



Landesamtsbericht Schleswig-Holstein

mit der Stellungnahme der Landesregierung

Landtagsbeschuß vom 26. September 1996 – Drucksache 14/227 –

Drucksache 14/2276

Landesarmutsbericht Schleswig-Holstein

mit der

**Stellungnahme
der Landesregierung**

**Stellungnahme der Landesregierung
zum Landesarmutsbericht Schleswig-Holstein**

Inhaltsübersicht

- 1. Berichtsauftrag**
- 2. Vorbemerkungen**
- 3. Untersuchungsverfahren und Darstellung der Ergebnisse**
 - 3.1 Einkommensarmut**
 - 3.2 Lebenslagen armer Familien und Kinder**
- 4. Wertung der Handlungsperspektiven**

1. Berichtsauftrag

Im September 1996 hat der Schleswig-Holsteinische Landtag die Landesregierung beauftragt, eine Landesarmutsberichterstattung zu entwickeln (Landtagsdrucks. Nr. 14/227 vom 10.09.1996).

Ein erster Bericht soll

- eine Bestandsaufnahme der Einkommensarmut in Schleswig-Holstein auf der Grundlage der verfügbaren Daten liefern,
- Wege zur Bekämpfung von Einkommensarmut und Ungleichheit in der Einkommensentwicklung aufzeigen und
- insbesondere die Situation von Kindern und Jugendlichen und deren Familien behandeln.

Federführend für die Erstellung des Landesarmutsberichtes innerhalb der Landesregierung ist das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales. Dieses hat das Institut für Soziologie der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, vertreten durch Prof. Dr. Hradil (im folgenden Gutachter genannt), mit der Erstellung des Berichtes beauftragt.

Um der Forderung des Landtages gerecht zu werden, die Berichterstattung in enger Zusammenarbeit mit den Kommunen, Wohlfahrtsverbänden und sonstigen Akteuren zu entwickeln, ist ein Beirat eingerichtet worden. Dieser setzt sich zusammen aus Vertreterinnen und Vertretern des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales, des Ministeriums für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau, der kommunalen Landesverbände, der Landesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände und des Landesjugendhilfeausschusses. Der Beirat hat die Erarbeitung und Fertigstellung des Armutsbberichtes begleitet.

2. Vorbemerkungen

Die Landesregierung begrüßt den Auftrag des Landtages als eine Chance, vorhandene Datengrundlagen zu verbessern und Lücken zu schließen, um langfristig vertiefte Erkenntnisse für weitere Möglichkeiten der Armutsbewältigung zu gewinnen.

Der Landesregierung ist bewußt, daß Armut ein gesellschaftliches Problem ist, das mit materieller und sozialer Ausgrenzung der betroffenen Menschen einhergeht. Die Landesregierung betrachtet diese Entwicklung mit großer Sorge. Sie wird auch zukünftig alle ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten nutzen, um Armut und soziale Ausgrenzung grundlegend und nachhaltig zu bekämpfen.

Für den Begriff "Armut" gibt es wegen seiner Vielschichtigkeit keine allgemein gültige Definition. Armut kann unter mehreren Gesichtspunkten beschrieben werden.

Der vorliegende Landesarmutsbericht geht - dem Auftrag des Landtages entsprechend - von einem Konzept der Armut bezogen auf Einkommen, (Aus-) Bildung, Erwerbstätigkeit, Wohnen, Gesundheit und soziale Integration (Lebenslagenkonzept) unter besonderer Berücksichtigung der Einkommensarmut aus.

Sowohl bei der ressourcenbezogenen Betrachtung als auch unter Zugrundelegung eines Lebenslagenkonzepts läßt sich Armut absolut oder relativ betrachten. Auch die finanziellen Armutsgrenzen können auf unterschiedliche Weise festgelegt werden. Der Armutsbegriff läßt sich zum einen auf die Höhe von bestehenden Mindestsicherungsregelungen wie die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt beziehen. Denkbar ist zum anderen auch die Festlegung bestimmter Durchschnittseinkommen, deren Unterschreiten als Armut gilt.

Der Gutachter ist beide Wege gegangen, er beschäftigt sich mit der Armut als Sozialhilfebedürftigkeit und stellt Meßkonzepte und Ergebnisse der relativen Einkommensarmut in Schleswig-Holstein und Westdeutschland dar.

Dabei nimmt der Gutachter, um verteilungspolitische Ungleichheit sichtbar zu machen, Bezug auf die sogenannte Armutdefinition der EU. Danach werden als arm jene Personen definiert, „die über so geringe (materielle, kulturelle und soziale) Mittel verfügen, daß sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedstaat, in dem sie leben, als Minimum annehmbar sind“ (Beschuß des Rates vom 19. Dezember 1984).

Die Landesregierung hält die Definition von Armut, die seitens der Europäischen Union zugrunde gelegt wurde, für zentral. Sie ist sich jedoch im klaren darüber, daß es auch andere als vom Gutachter ausgewählte Meßkonzepte zur Operationalisierung der o.g. Definition von Armut gibt.

Die Abgrenzung des Armutsbegriffs und die zugrunde gelegten Dimensionen werden stets beeinflußt durch Werturteile und gesellschaftliche Entwicklungen. Vom Gutachter selbst wird darauf hingewiesen, daß die Grenzen „relativer Einkommensarmut“ im Grunde willkürlich festgesetzt sind und nicht notwendigerweise etwas über Armut besagen. Vor diesem Hintergrund akzeptiert die Landesregierung den theoretischen Ansatz und die Methodik des Gutachters in dem für Schleswig-Holstein vorgelegten Armutsbbericht als eine von verschiedenen Möglichkeiten.

3. Untersuchungsverfahren und Zusammenfassung der Ergebnisse

Der vorliegende Bericht geht davon aus, daß unzureichendes Einkommen zwar

den Kern der Armut darstellt, Armut im umfassenden Sinne aber erst sichtbar wird, wenn auch die jeweilige Lebenslage u. a. auf dem Sektor der (Aus-) Bildung, der Erwerbsarbeit, des Wohnens, der Gesundheit und der sozialen Integration berücksichtigt wird. Er steht damit in Übereinstimmung mit der Armuts- und Sozialberichterstattung einiger Länder und einzelner Kommunen.

Unter Verwendung dieses mehrdimensionalen Armutsbegriffes hat der Gutachter neben der Auswertung der vorhandenen amtlichen Daten für viele Fragestellungen insbesondere zu Kapitel 4 (Lebenslagen armer Familien und Kinder in Schleswig-Holstein) eigene Erhebungen mit Hilfe von Fragebögen sowie Interviews mit Betroffenen und Experten durchgeführt.

3.1 Einkommensarmut

Das Kapitel 3 des Landesarmutsberichtes, das die Einkommensarmut in Schleswig-Holstein und Westdeutschland beschreibt, basiert dem Anliegen des Antrags entsprechend auf bereits vorhandenen Daten der amtlichen Statistik. Der Gutachter hat auf diese jeweils aktuellsten auswertbaren Daten zurückgegriffen:

- Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) aus dem Jahr 1993,
- den Mikrozensus 1995 und
- die Sozialhilfestatistiken der Jahre 1996 und 1997.

Die Auswertung dieser Datengrundlagen hat für den Bereich der Einkommensarmut folgende wesentliche Ergebnisse erbracht:

Im Jahr 1993 mußten in Schleswig-Holstein ca. 22 % der Haushalte von einem Niedrigeinkommen leben, 11 % davon befanden sich in Armut und 3,8 % in strenger Armut.

Nach Auffassung des Gutachters sind als Niedrigeinkommen solche Einkommen anzusehen, die weniger als 60 % des Durchschnittseinkommens betragen. Armut definiert er als Einkommen unter 50 % des Durchschnittseinkommens. Strenge Armut liegt seiner Ansicht nach vor, wenn weniger als 40 % des Durchschnittseinkommens zur Verfügung steht.

Die Messung der relativen Einkommensarmut erfolgt dabei auf der Grundlage des sogenannten "Äquivalenzeinkommens", das Meßkonzept ist unter 2.2.3. des Landesarmutsberichts dargestellt.

Mit den ca. 11 % der in Armut lebenden Privathaushalte belegt Schleswig-Holstein einen Mittelplatz in der Rangfolge der westdeutschen Länder. Der mit 3,8 % im Verhältnis zum Bundesdurchschnitt relativ geringe Anteil an Haushalten, die in strenger Armut leben, ist positiv zu bewerten. Dies könnte nach Auffassung des Gutachters darin begründet sein, daß in Schleswig-Holstein ein relativ hoher Bevölkerungsanteil laufende Hilfe zum Lebensunterhalt (Sozialhilfe) bezieht, die zumindestens vor einem Abgleiten in die strenge Armut bewahrt.

Auch die Tatsache, daß in Schleswig-Holstein bei Paaren mit 3 und mehr Kindern deutlich weniger strenge Armut als in anderen Ländern vorzufinden ist, spricht nach Einschätzung des Gutachters für eine vergleichsweise erfolgreiche Armutsbekämpfung in Schleswig-Holstein. Dabei darf aber nicht übersehen werden, daß selbst in Schleswig-Holstein ca. 10 % aller kinderreichen Haushalte (3 und mehr Kinder) in strenger Armut leben. In Westdeutschland sind es mit 17,5 % deutlich mehr.

Die Zahl der Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger hat sich zwischen 1980 und 1997 etwa verdreifacht.

Hauptursache dafür, daß Menschen sozialhilfebedürftig werden, sind Arbeitslosigkeit, familiäre Probleme, die schwierige wirtschaftliche Situation von Alleinerziehenden und kinderreichen Familien sowie Mängel der vorgelagerten Sicherungssysteme.

Arbeitslose sind von Sozialhilfebedürftigkeit in stark gewachsenem Ausmaß betroffen. Die Gründe dafür konnten im Rahmen des Berichts nicht untersucht werden. Nach Auffassung des Gutachters dürften sie aber größtenteils auf Änderungen bei Leistungen für Arbeitslose sowie auf Einschränkungen der aktiven Arbeitsmarktpolitik des Bundes in der Vergangenheit zurückzuführen sein.

Frauen sind vergleichsweise immer noch stärker auf Sozialhilfe angewiesen als Männer, obwohl sich die Anteile im Laufe der letzten Jahre immer mehr angeglichen haben. Insbesondere alleinerziehende und nichtdeutsche Frauen sind häufig sozialhilfebedürftig. Betrachtet man die altersabhängigen Sozialhilfequoten von Frauen, so erkennt man die typische Struktur des weiblichen Lebenslaufs. Mit der Geburt von Kindern wird die Erwerbstätigkeit reduziert oder unterbrochen. Fällt in dieser Situation die Familienabsicherung weg, bleibt häufig nur der Weg in die Sozialhilfe.

Der Gutachter weist darauf hin, daß sich die Sozialhilfebedürftigkeit von der älteren auf die jüngere und jüngste Generation verlagert.

Ältere Menschen sind im Vergleich aller Altersgruppen am wenigsten sozialhilfebedürftig, was unter anderem darin begründet ist, daß Ältere immer länger in Paargemeinschaften leben und Frauen eigene und höhere Rentenansprüche als in der Vergangenheit erwerben.

Eine abgeschlossene Berufsausbildung schützt nach den Erkenntnissen des Gutachters die meisten Haushaltstypen recht gut vor Armut, nicht jedoch die bereits erwähnten kinderreichen Haushalte. Höherqualifizierte haben größere Chancen, die Sozialhilfe durch Aufnahme einer Erwerbstätigkeit wieder zu

verlassen.

Für Städte und Landkreise stellt der Gutachter unterschiedliche Sozialhilfedichten und unterschiedliche Entwicklungen der Empfängerzahlen fest. So ist seiner Ansicht nach die Zahl der Hilfeempfänger in den Landkreisen in den letzten Jahren verhältnismäßig stark angewachsen. Diese festgestellte wachsende Sozialhilfebedürftigkeit in den Landkreisen beruht unter anderem auf strukturellen Veränderungen in der Sozialhilfe; insbesondere auf der erhöhten Sozialhilfebedürftigkeit von Familien und Kindern, die immer häufiger in das Umland der Städte wegen der dort niedrigeren Lebenshaltungs- und Mietkosten zögen. Auch die wachsende Zahl der häufig sozialhilfeabhängigen Zuwanderer, die dezentral untergebracht sind, hat nach seiner Auffassung zur Verlagerung der Sozialhilfe in die Kreise beigetragen.

Die dennoch vorhandene räumliche Konzentration von Armut in den Städten wird mit der hier herrschenden überproportional hohen Arbeitslosigkeit, mit dem nur begrenzt zur Verfügung stehenden preiswerten Wohnraum und den vielen jungen männlichen und älteren weiblichen Alleinstehenden, die ein hohes Armutsrisiko aufweisen, begründet.

3.2 Lebenslagen armer Familien und Kinder

Für das Kapitel 4 des Landesarmutsberichtes, das die Auswirkungen von Armut auf Kinder und familiäre Lebenszusammenhänge in Schleswig-Holstein darstellen soll, waren geeignete Datengrundlagen bisher nur unzureichend vorhanden. Deshalb mußte der Gutachter eigenständige Erhebungen durchführen. Es erfolgten drei Befragungen:

- Eine schriftliche Befragung armer und armutsnaher Familien, die sich hilfesuchend an eine soziale Einrichtung gewandt hatten, mittels eines standardisierten Fragebogens,
- eine mündliche Befragung armer Familien mittels Intensivinterviews und
- Expertengespräche mit Vertretern(innen) von Wohlfahrtsverbänden, Sozialämtern und der Sozialarbeit.

Von den 700 verschickten Fragebögen waren 430 Rückläufe zur Auswertung geeignet. Nach Auffassung des Gutachters sind die Ergebnisse der schriftlichen Befragung im Hinblick auf Gruppenvergleiche innerhalb der armen und armutsnahen Familien als repräsentativ anzusehen. Um eine repräsentative Vergleichsbasis zu nicht armen Familien bzw. zur gesamten Wohlbevölkerung in Schleswig-Holstein zu ermöglichen, hätten nach Einschätzung des Gutachters ca. 20.000 Personen befragt werden müssen. Dies war insbesondere wegen der eingeschränkten finanziellen Möglichkeiten nicht zu realisieren.

Im Rahmen der Intensivinterviews wurden 37 arme Familien befragt.

Ziel der Expertengespräche war es, Einschätzungen zur Armutssituation in Schleswig-Holstein zu gewinnen. Es fanden zwei größere Gesprächsrunden und mehrere Einzelgespräche statt. Befragt wurden Mitarbeiter(innen) der freien Wohlfahrtsverbände und von Sozialämtern sowie kommunale Gleichstellungsbeauftragte.

Vor diesem Hintergrund ist der Gutachter zu folgenden wesentlichen Erkenntnissen gelangt:

Viele arme und armutsnahe Familien in Schleswig-Holstein, die mittels des Fragebogens schriftlich befragt wurden, gaben neben finanziellen Problemen Unterversorgung in zahlreichen anderen Lebensbereichen an (zum besseren Verständnis sei darauf hingewiesen, daß die folgenden prozentualen Angaben sich ausschließlich auf die Anzahl der befragten Familien bezieht.), so z. B.

- *Ausbildung:* Ca. 25 % der Befragten haben keine Berufsausbildung.
- *Erwerbstätigkeit:* Fast 30 % der befragten Eltern sind arbeitslos, geringfügig oder nur gelegentlich beschäftigt.
- *Wohnen:* Etwa 60 % der Befragten leiden in irgendeiner Form an Wohnungsunterversorgung. So leben ca. 8 % in einer Notunterkunft oder gänzlich ohne Unterkunft, 37 % in zu kleinen Wohnungen und fast 30 % in unterausgestatteten Wohnungen.
Besonders von der Wohnungsproblematik betroffen sind ausländische, kinderreiche und wenig gebildete Familien.
- *Gesundheit:* Hier hat die Befragung ergeben, daß jede/r 10. chronisch krank oder aber pflegebedürftig ist. Weitere 15 % leben mit kranken und pflegebedürftigen Familienangehörigen zusammen.
- *Zwischenmenschliche Beziehungen:* Die Befragten haben wesentlich weniger und auch weniger intensive soziale Beziehungen als der Bevölkerungsdurchschnitt. So haben ca. 17 % keine engen Freunde, und ca. 18 % pflegen keine engen Kontakte zu Verwandten. Fast 8 % sind völlig, weitere 10 % fast völlig isoliert.

Armut wird vor allen Dingen ausgelöst durch den Verlust des Arbeitsplatzes, Trennung bzw. Scheidung, Schwangerschaft und Verschuldung.

Als Folge der Armut müssen diese Familien ihren Konsum einschränken, z. B. in den Bereichen Urlaub, Reisen, Besuch von Gaststätten, Wohnungseinrichtung, Hobbys und Kleidung, während in den Bereichen Essen sowie Kinderbekleidung und Kinderspielzeug eher nicht gespart wird. Als Gegenstrategien zur Armut setzen die Familien zum großen Teil eine striktere Haushaltsplanung,

zusätzliche Geldbeschaffung und Eigenproduktion ein. Leider fehlt insbesondere beim Konsumverhalten der armen Familien ein Vergleich mit dem Konsumverhalten nicht armer Familien

Armut wird in der Stadt anders wahrgenommen als auf dem Land. Während sie auf dem Dorf eher als individuelles Einzelschicksal erfahren wird, ist Armut in der Stadt häufiger in sozialen Brennpunkten konzentriert und wird hier mehr als kollektives Schicksal empfunden.

Die Tatsache, daß Familien mit 3 und mehr Kindern trotz der Vollzeitberufstätigkeit eines Elternteils ein besonders hohes Risiko tragen, in Einkommensarmut zu geraten, läßt nach Ansicht des Gutachters darauf schließen, daß deutliche Mängel im Kinderlastenausgleich bestehen.

Als bemerkenswert wertet der Gutachter die Tatsache, daß etwa 70 % der befragten wohnungsarmen Fünf- und Mehr-Personenhaushalte eine Wohnung auf dem freien Wohnungsmarkt gefunden haben, obwohl sicher ein großer Teil von ihnen Anspruch auf eine Sozialwohnung hätte. Dies führt er u.a. auf Vorbehalte gegen Sozialwohnungen zurück, die häufig in städtischen Randlagen mit sozialen Brennpunkten liegen und deshalb von den Familien insbesondere mit Rücksicht auf ihre Kinder gemieden werden.

Gerade junge Eltern sind nach seinen Erhebungen häufig von Bildungsarmut betroffen, woraus der Gutachter die Schlußfolgerung zieht, daß es für junge Eltern ein großes Problem darstellt, ihre Ausbildung und die Betreuung von Kindern miteinander zu vereinbaren. Die oft lang anhaltende und wiederholt auftretende Sozialhilfebedürftigkeit kinderreicher Familien wird von ihm auch mit der Unvereinbarkeit von Berufstätigkeit und Kindererziehung begründet.

Kinder spielen im Leben der befragten Familien eine große Rolle. So versuchen die befragten Eltern häufig, ihre Kinder vor Einschränkungen zu bewahren. Die eigenen Bedürfnisse werden zugunsten der Kinder zurückgestellt. Die Gründe für dieses Verhalten sieht der Gutachter neben der Sorge um das Wohlergehen der Kinder und eigenen Schuldgefühlen auch in der Scham gegenüber Außenstehenden.

Trotz der Bemühungen der Eltern bleiben nach der Beobachtung des Gutachters den Kindern oftmals belastende Ausgrenzungserfahrungen im schulischen und außerschulischen Bereich unter Gleichaltrigen nicht erspart.

Eltern in armen Familien in Schleswig-Holstein geben nach den Ergebnissen der Befragung ihren Kindern einen wichtigen Stellenwert in ihrem Leben und können mit Hilfe der Kinder ihre eigene Situation besser meistern. So sorgen Kinder dafür, daß z. B. bei Verlust des Arbeitsplatzes und dem damit einhergehenden Gefühl der Sinnlosigkeit und dem Verlust des Selbstwertgefühls eine Lebensaufgabe besteht, die weiterhin erfüllt werden muß. Der Lebensrhythmus

der Kinder hilft den arbeitslosen Eltern, ihren Alltag neu zu organisieren, und lenkt von selbstzerstörerischen Grübeleien ab.

Leider konstatiert der Gutachter aber auch, daß Kindesmißhandlungen dann auftreten, wenn Eltern Gewalt als ein Mittel einsetzen, um eigene Überforderungen zu kompensieren.

4. Wertung der Handlungsperspektiven

Der Gutachter zeigt im Rahmen von Handlungsempfehlungen eine Reihe von Perspektiven auf, die von allgemeiner sozialpolitischer Gültigkeit sind. Die Auseinandersetzung mit den verschiedenen Vorschlägen ist erforderlich, um Klarheit darüber zu gewinnen, aus welchen Perspektiven ggf. sinnvolle Hinweise für die Weiterentwicklung der Sozialpolitik des Landes gewonnen werden können:

Zu 5.1 Wirtschaft und Arbeitsmarkt

Regionale und sektorale Strukturpolitik

Wenn auch die Entwicklung wirtschaftspolitischer Rahmenbedingungen für die Schaffung neuer Arbeitsplätze und damit die nachhaltige Verminderung der Arbeitslosigkeit beim Bund liegt, bleibt dieses Ziel auch für die Landesregierung die wichtigste Aufgabe. Impulse für Innovation und regionales Wachstum kann Schleswig-Holstein selbst auslösen.

Zur Schaffung zusätzlicher Beschäftigungsmöglichkeiten sind aus wirtschaftspolitischer Sicht die Angebotsbedingungen und die Standortattraktivität in Schleswig-Holstein, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen, weiter zu verbessern. Dazu gehört in erster Linie der Ausbau und die Modernisierung der wirtschaftsnahen Infrastruktur. Dies betrifft

- Bildung und Ausbildung ebenso wie
- Forschung und Entwicklung,
- die Ausweisung und Reaktivierung von Gewerbeflächen und
- die Verkehrsinfrastruktur ebenso wie
- die Unterstützung der kleinen und mittleren Unternehmen in der Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnologien.

Die Landesregierung betreibt eine Wirtschaftspolitik für die Regionen. Das seit 1989 erfolgreiche Regionalprogramm für strukturschwache ländliche Räume greift die o.g. politische Schwerpunktsetzung auf, denn es zielt darauf ab, die regionalen Standortfaktoren zu verbessern, den wirtschaftlichen Strukturwandel zu unterstützen und neue Beschäftigungspotentiale in den Programmregionen - zu denen u.a. auch die im Landesarmutsbericht genannte Westküste und

der Fiensburger Raum gehören - zu erschließen. Im Rahmen des Regionalprogrammes wurden auch Beschäftigungsprojekte gefördert, die in Kombination mit Instrumenten der Arbeitsmarktpolitik realisiert wurden.

Das Regionalprogramm wird entsprechend den vorgenannten Zielsetzungen weiter entwickelt und ab 2000 zum "Dach" der gesamten regionalen Wirtschaftsförderung ausgebaut. Schwerpunkt der Förderung bleibt der Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur. Dabei soll die Förderung verstärkt für sog. weiche wirtschaftsnahe Strukturen, wie z. B. Dienstleistungsstrukturen für kleinere und mittlere Unternehmen, geöffnet werden.

Der Gutachter spricht sich dafür aus, durch nicht näher beschriebene Fördermaßnahmen insbesondere ökologische und soziale Dienstleistungen zu etablieren, da diese arbeitsplatzintensiv seien und einem vergleichsweise geringen technologischen Rationalisierungsdruck unterlägen.

Aus wirtschaftspolitischer Sicht erscheint es fraglich, in diesem Bereich undifferenziert einen Schwerpunkt zu setzen und dazu entsprechende Unternehmen durch öffentliche Zuschüsse anzusiedeln und marktfähig zu machen. Zu bedenken ist, daß der gesamte tertiäre Sektor unter einem erheblichen Anpassungs- und Rationalisierungsdruck steht. Auch bei den Dienstleistungen, die heute noch überdurchschnittlich viele geringqualifizierte Arbeitnehmer beschäftigen, ist ein Rückgang dieser Beschäftigungen zu erwarten. Die Tendenz geht auch hier hin zu mehr und höheren Qualifikationsanforderungen. Die Anstrengungen sollten daher insbesondere bei der Bildung und der beruflichen Qualifikation erhöht werden.

Der Gutachter weist darauf hin, daß der Ausbau des Nahverkehrs für die Aufnahme der Erwerbsarbeit dienlich sei. Dem wünschenswerten Ausbau des Nahverkehrs sind jedoch finanzielle Grenzen gesetzt. Zielführender erscheint es, die Bereitschaft der Arbeitslosen zu mehr Flexibilität und Mobilität - auch über die Bildung von Fahrgemeinschaften hinaus - zu fördern und zu unterstützen.

Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, „Arbeit für Schleswig-Holstein“

Im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik ist neben den arbeitsmarktpolitischen Aktivitäten der Bundesanstalt für Arbeit in erster Linie auf das Arbeitsmarktprogramm des Landes "Arbeit für Schleswig-Holstein III" (ASH III) zu verweisen. Durch dieses Programm sind seit 1995 mit ganz erheblichem Mittelaufwand seitens der EU, des Landes und der Kommunen bis jetzt (30.04.1999) rd. 41.700 Arbeitslose und von Arbeitslosigkeit bedrohte Personen gefördert worden. Das Land setzt einschließlich der EU-Mittel hierfür rd. 310 Mio DM ein.

Insbesondere das Programm „ASH“ trägt mit einer breiten Palette vieler Maß-

nahmen und Projekte zur Bekämpfung von zwei entscheidenden Armutsrisiken bei, nämlich der Minderqualifizierung und der Arbeitslosigkeit. Darüber hinaus befördert die Arbeitsmarktpolitik des Landes die Entwicklung innovativer Methoden und Maßnahmen, z.B. von Dienstleistungsagenturen oder besondere Formen der Direktvermittlung von Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger, Ausbildung statt Sozialhilfe usw. Insoweit bedeutsam ist auch der Beitrag des Jugendaufbauwerks Schleswig-Holsteins. Über dessen Träger und Maßnahmen werden z.Z. rd. 2.500 vor allem auch armutsgefährdete Jugendliche durch Lehrgänge der Berufsvorbereitung und Aktivitäten zur Verbesserung sozialer Qualifikationen erreicht. Jugendliche sind eine der Hauptgruppen im Programm „ASH“. Zusätzlich haben im Jahr 1999 landesweit bereits über 3.000 Jugendliche vom „Sofortprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit der neuen Bundesregierung“ profitiert.

Die Fortschreibung des Programms wird Impulse zur Verbesserung der Standortbedingungen und der Eingliederungschancen in den ersten Arbeitsmarkt geben.

Kürzere und flexiblere Arbeitszeiten

Neben dem Ausbau herkömmlicher größtenteils frauentypischer Teilzeitarbeit ist auch in der Einführung und Umsetzung flexibler Arbeitszeitmodelle für Frauen und Männer ein Beitrag zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Armut zu sehen. Die Landesregierung setzt sich schon seit Jahren dafür ein, daß Unternehmen und Behörden vermehrt flexible Teilzeitmodelle anbieten und die Rahmenbedingungen für die Aufnahme einer Teilzeitarbeit verbessert werden. Erfreuliche Ansätze sind sowohl bei den öffentlichen Arbeitgebern als auch in diversen Bereichen der Wirtschaft zu verzeichnen. Diese Entwicklung wird die Landesregierung nach den „Leitlinien für eine zukunftsorientierte Arbeitsmarktpolitik“ und im Rahmen des „Bündnisses Arbeit für Schleswig-Holstein“ fördern.

Bessere Verzahnung von Sozialhilfe- und Beschäftigungssystem

Die vom Gutachter skizzierten Vorschläge zur Verzahnung der Systeme sind schon länger in der politischen und fachlichen Diskussion. Es werden verschiedene Modelle erörtert, insbesondere für Geringqualifizierte Arbeitsplätze zu schaffen: In Elmshorn fördert die Landesregierung ein Modellprojekt, in dem erprobt werden soll, unter welchen Bedingungen es möglich ist, zusätzliche Arbeitsplätze für Geringqualifizierte zu schaffen. Kern des Projekts ist die Verknüpfung von öffentlichen Sozialleistungen und die Bezuschussung von Sozialversicherungsbeiträgen mit Lohnleistungen des Arbeitgebers.

Weiterhin schlägt der Gutachter vor, höhere Beträge des Einkommens bei der Gewährung von Sozialhilfe nicht anzurechnen. Bei der Veränderung der derzeitigen Anrechnungsregelungen spielen folgende Gesichtspunkte eine Rolle, die bei einer Neuregelung beachtet werden müssen: Spürbare Beschäfti-

gungswirkungen wird man nur erreichen, wenn in dem Zusammenhang auch die Freibeträge entsprechend großzügig angehoben werden. Gleichzeitig muß aber bedacht werden, daß eine Verbesserung der Anrechnungsregelung die Zahl der sozialhilfeberechtigten Personen erhöht.

Da die angesprochenen Modelle eine Senkung der Anrechnung von Erwerbseinkommen vorsehen, bringen sie nicht nur fiskalische Risiken mit sich. So sind darüber hinaus die erhofften positiven Auswirkungen auf die Arbeitsanreize nicht gesichert. Auch sollte zunächst einmal verstärkt von der neu geschaffenen Möglichkeit des § 18 Abs. 5 BSHG Gebrauch gemacht werden. Nach dieser Bestimmung soll der Sozialhilfeträger Hilfeempfänger zur Überwindung der Hilfebedürftigkeit bei der Eingliederung in den allgemeinen Arbeitsmarkt fördern und zu diesem Zweck bei Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen oder selbständigen Erwerbstätigkeit für einen zeitlich begrenzten Zeitraum einen Zuschuß gewähren.

Beschäftigungsgesellschaften sind in Schleswig-Holstein nahezu flächendeckend tätig und leisten einen Beitrag zum Abbau von Arbeitslosigkeit und somit auch zur Bekämpfung von Armut. Daneben werden z.B. Dienstleistungsagenturen öffentlich gefördert, da speziell in diesem Sektor zusätzliche einfach strukturierte Arbeitsplätze für Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger angeboten werden können.

Von besonderer Bedeutung ist die vom Gutachter angesprochene gemeinsame Verwaltung der Sozial- und Arbeitslosenhilfe durch kommunale Stellen mit dem Ziel einer nachhaltigeren Betreuung und Förderung der betroffenen Personengruppen. In Schleswig-Holstein sind hierzu bereits bundesweit beachtete und wegweisende Vorstellungen (z.B. im Rahmen der Gemeinsamen Erklärung der Arbeitsämter und der Sozialämter vom 9. Juni 1997) entwickelt worden. Zur Zeit laufen zur weiteren Konkretisierung dieses Vorhabens Bemühungen zur Durchführung eines vom Bund geförderten Modellprojektes in Schleswig-Holstein.

Zu 5.2 Bildung

Bildungsoffensive

Dem Gutachter ist zuzustimmen, daß aller Voraussicht nach Arbeitsplätze mit hohen Qualifikationsanforderungen weiterhin zunehmen, solche mit qualifizierten Anforderungen auf dem bisherigen Niveau verbleiben, und Arbeitsplätze mit geringen Anforderungen deutlich abnehmen werden. Das Land fördert zahlreiche benachteiligte Jugendliche, die noch nicht ausbildungsreif sind, in ausbildungsorientierten Maßnahmen, die weit überwiegend in den Jugendaufbauwerken angeboten werden. Sie sollen dadurch an die Aufnahme qualifizierter Ausbildungsverhältnisse herangeführt werden. Darüber hinaus unterstützt / bezuschußt das Land auch Arbeitgeber, die jugendlichen Sozialhil-

feempfängerinnen und Sozialempfängern zusätzliche Ausbildungsplätze anbieten.

Aus- und Weiterbildung

Ausbildung und Weiterbildung in bisherigem Umfang reichen heute nicht mehr aus, um den Anforderungen eines modernen Arbeitsplatzes über Jahre voll gerecht zu werden. Angesichts immer kürzer werdender Halbwertszeiten beruflichen Wissens und der in schnellem Tempo fortschreitenden Veränderungen der Wirtschaftslandschaft ist lebenslanges Lernen und die Bereitschaft, das Erlernte in der täglichen Praxis umzusetzen und das angesammelte Wissen an andere weiterzugeben, notwendig. Aus- und Weiterbildung sind daher wichtige und anerkannte bildungspolitische Aufgaben, die zukünftig noch mehr an Bedeutung gewinnen werden.

Die vom Gutachter empfohlene Beratung und Unterstützung während der (Aus-) Bildung wird in Schleswig-Holstein bereits praktiziert. Die Landesregierung fördert seit 1995 das Projekt "Regionale Ausbildungsbetreuung in Schleswig-Holstein". 15 Ausbildungsbetreuerinnen und Ausbildungsbetreuer unterstützen junge Menschen bei der persönlichen Berufswegplanung und beraten speziell Jugendliche, aber auch Eltern und Ausbildungsbetriebe bei Konfliktsituationen vor und während der Ausbildung. Ziel des Projektes ist es, junge Menschen zu motivieren, eine berufliche Ausbildung zu beginnen bzw. erfolgreich abzuschließen. Insbesondere geht es darum, Ausbildungsabbrüche zu verhindern bzw. Alternativen zu entwickeln, um einen Ausstieg aus der beruflichen Erstqualifizierung und damit den Einstieg in die Langzeitarbeitslosigkeit zu vermeiden. Seit Beginn des Projektes sind bereits 10.228 Jugendliche in Einzelberatungen und Gruppenveranstaltungen erreicht worden. Über 14.400 Beratungsgespräche wurden als Einzelberatungen durchgeführt. Für 82 % der Ratsuchenden konnten positive berufliche Perspektiven entwickelt werden (Fortsetzung der Ausbildung, des Schulbesuchs, Aufnahme einer betrieblichen, überbetrieblichen oder schulischen Ausbildung, Vermittlung in berufsvorbereitende Qualifizierungsmaßnahmen, etc.).

Einem Teil der Jugendlichen, die trotz aller Bemühungen die allgemeinbildende Schule ohne einen formalen Abschluß verlassen, ermöglicht es ein Programm im Rahmen von ASH, den Hauptschulabschluß im gleichgewichtig mit Berufsvorbereitungsanteilen kombinierten Maßnahmeangeboten nachzuholen, wenn sie sich dies ggf. nach einer gewissen Zeit der Arbeitslosigkeit zutrauen wollen.

Auch gibt es bereits ein Programm der Landesregierung, das die Wiederaufnahme der Erwerbstätigkeit von Frauen fördert. Ergänzend zu den Weiterbildungsmaßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit wird hier in mindestens 60 Unterrichtsstunden mit anschließendem Berufspraktikum den Frauen der Wiedereinstieg in das Berufsleben erleichtert und ermöglicht.

Nach den Erkenntnissen des Gutachters sind Haupt- und Grundschulen in sozialen Brennpunkten auf dem Weg, zu Schulen besonderer pädagogischer Probleme zu werden. Die Landesregierung muß leider feststellen, daß das Armutproblem auch an anderen Schularten anzutreffen ist. Gesetzliche Aufgabe der Schulen ist es, die pädagogischen Antworten zu finden, mit denen den Schülerinnen und Schülern die Hilfe angeboten wird, die sie zur Bewältigung ihres Lebens benötigen. Soziales Lernen und gegenseitiges Verstehen gehört seit langem zu den Erziehungsprinzipien der schleswig-holsteinischen Schulen.

Organisatorische Veränderungen

Zu den vom Gutachter angeregten organisatorischen Veränderungen im Bildungsbereich wird darauf verwiesen, daß die Landesregierung wesentliche Schritte zu ihrer Realisierung bereits unternommen hat.

Die Anstrengungen der Landesregierung zur Weiterentwicklung des Schulwesens waren in den letzten Jahren erfolgreich. In Ganztagschulen und Schulen mit Ganztagsangeboten haben Kinder die Chance, auch über den Schulvormittag hinaus ein Feld der Betreuung und des Spielens und Lernens in Anspruch zu nehmen. Die Folgen der Armut werden durch diese pädagogisch wertvolle Arbeit erkennbar gemindert. Insbesondere in den Grund- und Förderschulen unterstützt die Landesregierung Maßnahmen der Betreuung von Kindern im Primärbereich vor und nach dem Unterricht. Durch diese außerunterrichtliche Einbindung der Kinder entstehen Räume sozialer Sicherheit, die sich positiv auf die Entwicklung auswirken. Dies gilt insbesondere für die Kinder, bei denen eine Kompensation häuslicher Defizite notwendig ist. Darüber hinaus wird den Müttern dieser Kinder die Möglichkeit zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit oder einer Ausbildung bzw. Umschulung erleichtert.

Insgesamt kann festgestellt werden, daß sich insbesondere die Grund- und Sonderschulen zu vielfältigen "Häusern für Kinder" entwickelt haben. Das neue Schulgesetz mit dem Schwerpunkt "Stärkung der Eigenverantwortung" und der Verpflichtung zur Erstellung eines Schulprogrammes hat diese Entwicklung deutlich gefördert. Die Schule ist an vielen Orten bereits in einem lokalen Netzwerk verankert, in dem Sozialämter, Jugendämter, Polizei, Vereine und örtliche Organisationen (Rat für Kriminalitätsverhütung) gemeinsam an der Lösung der schwierigen Probleme der Armut arbeiten. Die Rolle der Schule, insbesondere der Lehrerinnen und Lehrer, kann bei der Bewältigung der Folgen der vorhandenen Armut eine positive sein, besonders dann, wenn entsprechende Ausbildung, Weiterbildung und institutionelle Regelungen sie dabei unterstützen.

Qualifikation in der Sozialhilfe

Den Ausführungen des Gutachters ist zuzustimmen. Schon die jetzige Rechtslage (§§ 18, 19 BSHG) gibt den Sozialhilfeträgern die Möglichkeit, Qualifizierungsmaßnahmen zu finanzieren.

Zu 5.3 Sozialpolitik

Sozialhilfe und Pauschalierung

Die vom Gutachter thematisierte Pauschalierung von Sozialhilfeleistungen beherrscht seit geraumer Zeit die sozialpolitische Diskussion. Sie soll einerseits die Eigenständigkeit und Eigenverantwortlichkeit der Hilfeempfängerinnen und Hilfeempfänger stärken, andererseits durch Verwaltungsvereinfachung Kosten reduzieren.

Ob eine Pauschalierung diese Ziele erreichen kann, soll auch in Schleswig-Holstein modellhaft erprobt werden. Das Siebte Gesetz zur Änderung des Bundessozialhilfegesetzes enthält eine entsprechende zeitlich begrenzte Experimentierklausel.

Sozialhilfe und Familienlastenausgleich

Bei der Ausgestaltung des Familienlastenausgleichs hat sich der Gesetzgeber an steuerrechtlichen Vorgaben ebenso zu orientieren wie an den im Sozialhilferecht vorgegebenen Regelungen zum Existenzminimum. Daher ist es sinnvoll, die familienpolitischen Aussagen des Gutachters zur Sozialhilfe und zum Familienlastenausgleich gemeinsam zu betrachten.

Derzeit steht das Bemessungssystem für die Regelsätze in der Sozialhilfe auf dem Prüfstand. Modellrechnungen der vom Bundesministerium für Gesundheit in der vergangenen Legislaturperiode in Auftrag gegebenen Gutachten zeigen in der Tendenz auf, daß möglicherweise der Regelsatz des Alleinstehenden zu niedrig und die Prozentanteile für die Haushaltsangehörigen zu hoch bemessen sind. Wegen der Anbindung des steuerrechtlichen Existenzminimums an die Hilfe zum Lebensunterhalt, die auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) zurückgeht, werden die gutachterlichen Aussagen auf Bundesebene kritisch betrachtet.

Das BVerfG hat im November 1998 grundlegende Beschlüsse gefaßt, die den Gesetzgeber verpflichten, den Familienlastenausgleich den verfassungsrechtlichen Anforderungen entsprechend neu zu regeln. Dem Gesetzgeber ist es zwar grundsätzlich freigestellt, die Kindesbedingte Minderung der Leistungsfähigkeit im Steuerrecht zu berücksichtigen, ihr im Sozialrecht durch eine ausreichende Gewährung von Kindergeld Rechnung zu tragen oder beim bisherigen dualen System zu verbleiben. Im Ergebnis aber müssen die Auswirkungen gleichwertig sein.

Der Gutachter konnte die Ausführungen des BVerfG und die daraus folgenden Bindungen des Gesetzgebers bei der Neugestaltung des Familienlastenausgleichs noch nicht in vollem Umfang einbeziehen. Eine abschließende Stel-

lungnahme der Landesregierung kann erst nach einer tiefgreifenden Diskussion der denkbaren und im Ergebnis verfassungskonformen Lösungsmöglichkeiten für die zukünftige Familienentlastung erfolgen. Daher soll an dieser Stelle lediglich angemerkt werden, daß die Anregungen des Gutachters unter dem Blickwinkel der Armutsbekämpfung positiv zu sehen sind. Auch läßt sich aus der vom BVerfG vorgegebenen Anknüpfung des Familienlastenausgleichs an das sozialhilferechtlich definierte Existenzminimum ein Auftrag zur ständigen Anpassung (also Dynamisierung) des Kinderlastenausgleichs herleiten. Auf der Grundlage der aktuellen Beschlüsse des BVerfG ist aber fraglich, ob eine degressive Gestaltung des Kinderlastenausgleichs bzw. ein vertikaler Familienlastenausgleich in der Form in Betracht kommt, daß das Kindergeld bzw. der Kinderfreibetrag bei einem höheren Einkommen abgeschmolzen wird.

Gezielte Hilfen für bestimmte Gruppierungen

- a) Kinder und Jugendliche

Die Landesregierung teilt die Auffassung, daß Kinder und Jugendliche ein eigenes Wohnumfeld und Freizeitangebote vor Ort benötigen. Um bei der Schaffung solcher Angebote auch einer Forderung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes und des Jugendförderungsgesetzes Schleswig-Holstein hinsichtlich der Notwendigkeit der Beteiligung von Kindern an der Gestaltung ihrer Lebenswelt gerecht zu werden, gibt es die Gemeinschaftsaktion „Schleswig-Holstein - Land für Kinder“. Diese hat vor allem die Aufgabe, in vielfältiger Weise Beteiligungsformen von Kindern in den Kommunen und in einzelnen Projekten der Städtebauförderung zu entwickeln und zu fördern.

Beispielhaft sei hier ein Bürgerpark in Flensburg-Engelsby genannt, der aus Städtebauförderungsmitteln geschaffen wurde. In diesem Stadtteil, der als „Problemstadtteil“ gilt, wurden insbesondere ausländische und sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche in die Planungen einbezogen.

Den vorgeschlagenen Maßnahmen zur Verbesserung der Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen entspricht die Landesregierung bereits durch ihren Entwurf zur Änderung des Kindertagesstättengesetzes, der u.a. die Verpflichtung zur Bereitstellung bedarfsgerechter Angebote für die Betreuung von Kindern unter 3 Jahren und im schulpflichtigen Alter und für Ganztagsbetreuung enthält.

Die Landesregierung sieht darin eine geeignete Maßnahme, die Situation von Familien und Alleinerziehenden und ihrer Kinder - auch im Hinblick auf die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit - zu verbessern.

- b) Alleinerziehende Mütter und ihre Kinder

Die Beraterinnen in 12 Beratungsstellen „Frauen und Beruf“ unterstützen und beraten Frauen bei der Suche nach einem Arbeitsplatz, bei der Anpassung ih-

rer beruflichen Fähigkeiten und Kenntnisse an sich immer schneller verändernde berufliche Anforderungsprofile, insbesondere beim Wiedereinstieg nach der Familienphase. Sie sind Ansprechpartnerinnen für Betriebe und Verbände in allen Fragen der Frauenförderung, z.B. bei der Entwicklung von familienfreundlichen Arbeitszeitmodellen oder der Personalentwicklungsplanung.

In enger Zusammenarbeit mit Betrieben und Trägern der beruflichen Weiterbildung bemühen sich die Stellen, neue und auf die Möglichkeiten des regionalen Arbeitsmarktes zugeschnittene Qualifizierungswege für Frauen zu entwickeln. Sie kooperieren außerdem mit den Institutionen des Arbeitsmarktes, um zusammen mit ihnen die strukturellen Bedingungen der Erwerbstätigkeit von Frauen zu verbessern.

Neben den Berufsrückkehrerinnen stehen die Beratungsstellen allen Frauen offen, die Unterstützung brauchen, um sich beruflich weiterentwickeln oder Familienarbeit mit Berufstätigkeit vereinbaren zu können: z.B.

- Müttern mit kleinen Kindern, vor allem Erziehungsurlauberinnen,
- un- und angelernten Frauen aus Industriebetrieben,
- von Entlassung bedrohten Frauen,
- ausländischen Arbeitnehmerinnen,
- älteren Arbeitnehmerinnen,
- Sozialhilfeempfängerinnen und
- inhaftierten Frauen.

Als erstes Land hat Schleswig-Holstein daneben auch die mobile Beratung in den dünnbesiedelten ländlichen Räumen eingeführt.

- c) *Migrant(inn)en*

Die Landesregierung befürwortet die Empfehlung des Gutachters, daß eine weiter als bisher gehende interkulturelle Öffnung der sozialen Dienste einen - aus hiesiger Sicht wesentlichen - Beitrag zur Integration von Zuwanderern leisten kann. Bereits jetzt bemüht sie sich auch jetzt schon um eine Verbesserung der Informationen für sozialpolitische Akteure. So wird ein "Netzwerk Integration" zur Vermittlung von Informationen und Kontakten im Rahmen der Integration von jungen Migrantinnen und Migranten finanziell unterstützt.

Die Landesregierung sieht im Rückgang des inländischen Erwerbspersonenpotentials und in der Alterung der deutschen Gesellschaft zwei von zahlreichen Faktoren, die bei einer Entscheidung über die Höhe zukünftiger Zuwanderung maßgeblich sind. Da es derzeit aber noch an Datenmaterial für eine verantwortliche umfassende Entscheidung über den zukünftigen Bedarf an Zuwanderung fehlt, wird die Auffassung des Gutachters, diese Faktoren erzwingen nachhaltig eine über die Aufnahme von Flüchtlingen hinausgehende Zuwanderung, nicht geteilt.

- d) Überschuldete

Zwischenzeitlich gibt es in Schleswig-Holstein 35 Schuldnerberatungsstellen, die nach dem Gesetz zur Ausführung der Insolvenzordnung als geeignete Stelle im Sinne des § 305 der Insolvenzordnung anerkannt sind. Die Standorte der Schuldnerberatungsstellen verteilen sich über das ganze Land. Es gibt in jedem Kreis mindestens eine Schuldnerberatungsstelle. Ein Bedarf für die Schaffung neuer Schuldnerberatungsstellen ist von daher nur im Ausnahmefall gegeben.

Das Land fördert den Ausbau der Schuldnerberatungsstellen systematisch. Im Haushalt 1999 sind zusätzlich 800.000,- DM dafür bereitgestellt worden. Diese zusätzlichen Mittel werden zur Ausweitung der Personalkapazitäten der bestehenden Schuldnerberatungsstellen verwendet. Auf diese Weise soll gesichert werden, daß die Gesamtberatungskapazität für Überschuldete ausgeweitet wird.

Da die Schuldnerberatungsstellen nach dem Gesetz zur Ausführung der Insolvenzordnung einer staatlichen Anerkennung bedürfen, kann die Sorge des Gutachters, daß Geschäftemacher von der Beratungslücke profitieren, nicht nachvollzogen werden.

In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, daß in Schleswig-Holstein die "Stiftung Familie in Not" besteht. Sie hilft Familien mit Kindern, alleinstehenden Frauen und Männern mit Kindern sowie alleinstehenden schwangeren Frauen, die in wirtschaftliche Not geraten sind, wenn gesetzliche Hilfen nicht möglich sind oder nicht ausreichen, um die Notlage zu beheben. Die Hilfeleistungen erfolgen im Rahmen von Beihilfen, zinslosen Darlehen oder Übernahme von Bürgschaften. In der Regel werden über die Stiftung Maßnahmen zur Schuldenregulierung durchgeführt. In den vergangenen 10 Jahren wurden in rd. 1.150 Fällen Hilfeleistungen in Höhe von rd. 17,2 Mio DM bewilligt. Jährlich stehen für Hilfeleistungen etwa 1 Mio DM zur Verfügung.

Zu 5.5 Wohnungsbau- und Wohnungspolitik

Auch die Landesregierung erkennt die Notwendigkeit der Fortführung der Wohnungsbauförderung an, um einen Beitrag zum Abbau der weiterhin bestehenden Wohnungsversorgungsengpässe für einkommensschwache Haushalte zu leisten. Besondere Bedeutung kommt der Wohnungsbauförderung auch insofern zu, als in den kommenden Jahren massiv Wohnungen aus den Sozialbindungen fallen.

Die Einschätzung, daß es zur Vorbeugung einer sozialräumlichen Segregation darauf ankommt, gemischten Siedlungskonzepten Priorität zukommen zu las-

sen, wird von der Landesregierung geteilt. Die Wohnungsbauförderung weist daher bereits jetzt auf eine ausgewogene Kombination von geförderten und frei finanzierten Wohnungen und von Eigentumsmaßnahmen und Mietwohnungen hin. Bei größeren Bauvorhaben oder bei einer entsprechenden städtebaulichen Einbindung besteht im Rahmen des geförderten Wohnungsbaus darüber hinaus zur Vermeidung einseitiger Belegungsstrukturen die Möglichkeit, einen Teil der geförderten Wohnungen an Haushalte zu vermieten, die die Einkommensgrenzen höchstens um 40 % überschreiten. Bauvorhaben, die auf tragfähigen Gesamtkonzepten basieren und der Befriedigung unterschiedlicher Wohnungsbedürfnisse dienen, wird ein Förderungsvorrang eingeräumt.

Zu 5.6 Evaluation und Information

Die Aussagen des Gutachters zu wünschenswerten Informationsverbesserungen auf verschiedenen Ebenen wie die Institutionalisierung einer Armutsberichterstattung, die Einrichtung eines Sachverständigenrats für Soziale Fragen, Kontrollen der Wirksamkeit sozialpolitischer Maßnahmen sowie Informationsverbesserungen für sozialpolitische Akteure sind sehr weitreichend.

So hat auch der Schleswig-Holsteinische Landtag in seinem Antrag vom September 1996 um die Entwicklung einer (fortlaufenden) Armutsberichterstattung gebeten. Die neue Bundesregierung plant, eine Armuts- und Reichtumsberichterstattung in die Wege zu leiten. Bevor eine Entscheidung über die Art und Weise der Fortführung der Armutsberichterstattung auf Landesebene getroffen wird, sollte abgewartet werden, zu welchen Erkenntnissen die Bundesregierung bei der konzeptionellen Aufbereitung ihres Berichts gelangt. Daneben ist es für die beabsichtigte Fortführung der Armutsberichterstattung für Schleswig-Holstein erforderlich, weitere Daten zu ermitteln. Die Landesregierung geht davon aus, daß das von ihr in anderem Zusammenhang initiierte Projekt eines Kennzahlenvergleichs entsprechende Daten liefern kann. Dieser Kennzahlenvergleich, der z.Z. gemeinsam mit den Kommunen in der Sozialhilfe im Aufbau ist, wird sowohl organisatorisch als auch finanziell von der Landesregierung maßgeblich unterstützt. Ziel des Projektes ist es, den Wettbewerb der örtlichen Sozialhilfeträger um bessere Lösungen in der Sozialhilfe durch systematische Leistungsvergleiche zu fördern und einen systematischen Informationsaustausch zwischen den örtlichen Sozialhilfeträgern zu installieren. Ein aus Kreisen und kreisfreien Städten gebildete Arbeitsgruppe (Vergleichsring) erarbeitet einen Kennzahlenkatalog, auf dessen Grundlage die Datenerhebung stattfinden wird. Mit ersten Ergebnissen wird ab Ende 1999 zu rechnen sein.

Stefan Hradil / Dagmar Müller

**Landesarmutsbericht
Schleswig-Holstein**

**Bericht des Instituts für Soziologie der
Johannes Gutenberg-Universität Mainz
im Auftrag der Ministerin für
Arbeit, Gesundheit und Soziales
des Landes Schleswig-Holstein**



Inhalt

Abbildungsverzeichnis	6
Tabellenverzeichnis	8
1. Einleitung	12
1.1 Auftrag und Zielsetzungen	12
1.2 Aufbau des Berichts	13
1.3 Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse	14
1.3.1 Einkommensarmut	14
1.3.2 Die Lebenslagen armer Familien und Kinder	16
2. Das Konzept des Armutsberichts	19
2.1 Armut in modernen Gesellschaften	19
2.2 Armutsbegriffe und Armutsgrenzen	21
2.2.1 Die verwendeten Armutsdimensionen	22
2.2.2 Die verwendeten Armutsgrenzen	22
2.2.3 Die Messung relativer Einkommensarmut	24
2.3 Datengrundlagen	27
2.3.1 Sekundäranalysen vorhandener Daten	27
2.3.1.1 Einkommens- und Verbrauchsstichprobe	28
2.3.1.2 Mikrozensus	28
2.3.1.3 Sozialhilfestatistik	29
2.3.2 Primärerhebungen	30
2.3.2.1 Schriftliche Befragung	30
2.3.2.2 Intensivinterviews	32
2.3.2.3 Expertenbefragung	32
3. Einkommensarmut in Schleswig-Holstein und in Westdeutschland ..	34
3.1 Relative Einkommensarmut	34
3.1.1 Haushalts- und Familienformen	35
3.1.2 Haushalte nach Alter	39
3.1.3 Haushalte nach Berufsausbildung	43
3.1.4 Haushalte nach Erwerbsstatus	45
3.1.5 Haushalte nach Sozialhilfebezug	48
3.1.6 Personen nach Geschlecht	51
3.1.7 Personen nach Alter	51
3.1.8 Personen nach Staatsangehörigkeit	52
3.1.9 Personen nach Haushaltsgröße	52
3.1.10 Zusammenfassung der Ergebnisse	53

3.2	Armut als Sozialhilfebedürftigkeit.....	54
3.2.1	Leistungsansprüche nach dem BSHG.....	54
3.2.1.1	Grundsätze der Hilfestellung.....	54
3.2.1.2	Arten der Hilfe.....	55
3.2.1.3	Höhe der Hilfe zum Lebensunterhalt.....	55
3.2.2	Ausmaß des Sozialhilfebezugs.....	60
3.2.2.1	Entwicklung der Zahl der Hilfeempfänger(innen).....	61
3.2.2.2	Entwicklung der allgemeinen Sozialhilfequote.....	63
3.2.3	Soziale Struktur des Sozialhilfebezugs.....	65
3.2.3.1	Strukturverschiebungen im Zeitverlauf.....	66
3.2.3.2	Haushalts- und Familienformen.....	69
3.2.3.3	Alter.....	76
3.2.3.4	Geschlecht.....	81
3.2.3.5	Staatsangehörigkeit.....	85
3.2.3.6	Bildung.....	91
3.2.3.7	Erwerbsstatus.....	97
3.2.4	Gründe des Sozialhilfebezugs.....	102
3.2.4.1	Warten auf vorrangige Leistungen.....	102
3.2.4.2	Mangel an Erwerbstätigkeit.....	103
3.2.4.3	Mangel an Einkommen.....	105
3.2.4.4	Besondere soziale Situationen.....	107
3.2.4.5	Kombinationen von Gründen.....	110
3.2.5	Dauer des Sozialhilfebezugs.....	112
3.2.5.1	Dauer des Sozialhilfebezugs von Bedarfsgemeinschaften.....	113
3.2.5.2	Dauer des Sozialhilfebezugs von Personen.....	121
3.2.6	Regionale Unterschiede des Sozialhilfebezugs in Schleswig-Holstein	127
3.2.6.1	Ausmaß des Sozialhilfebezugs.....	127
3.2.6.2	Soziale Struktur des Sozialhilfebezugs.....	131
3.2.6.3	Gründe des Sozialhilfebezugs.....	138
3.2.6.4	Dauer des Sozialhilfebezugs.....	141
3.2.7	Zusammenfassung der Ergebnisse.....	143
4.	Lebenslagen armer Familien und Kinder in Schleswig-Holstein.....	146
4.1	Lebenslagen armer Familien.....	146
4.1.1	Grunddaten.....	146
4.1.2	Dimensionen der Lebenslage.....	147
4.1.2.1	Einkommen.....	149
4.1.2.2	Bildung.....	159
4.1.2.3	Erwerbsarbeit.....	160
4.1.2.4	Wohnen.....	163
4.1.2.5	Gesundheit.....	171
4.1.2.6	Soziale Integration.....	173
4.1.2.7	Kombinationen und Kumulationen der Unterversorgung.....	177
4.1.2.8	Armutindex.....	182
4.2	Bestimmungsgründe der Lebenslagenarmut.....	185

4.3	Wege in und Wege durch die Lebenslagenarmut.....	188
4.3.1	Dauer der Lebenslagenarmut.....	188
4.3.2	Anstoßereignisse.....	192
4.3.3	Verlaufsmuster der Lebenslagenarmut.....	195
4.4	Wahrnehmung und Bewältigung der Lebenslagenarmut.....	196
4.4.1	Haushaltsbudget und Haushaltsführung.....	196
4.4.1.1	Konsumeinschränkungen.....	196
4.4.1.2	Haushaltsplanung.....	202
4.4.1.3	Erschließung von Geldquellen.....	203
4.4.2	Subjektive Deutung von Lebenslagenarmut.....	204
4.4.3	Wohnumfeld und Wahrnehmung der Lebenslagenarmut.....	208
4.4.4	Innerfamiliäre Beziehungen.....	210
4.4.5	Kinder als Lebensmittelpunkt.....	213
4.4.6	Folgen für die kindliche Entwicklung.....	215
4.5	Zusammenfassung der Ergebnisse.....	218
5.	Handlungsperspektiven.....	222
5.1	Wirtschaft und Arbeitsmarkt.....	222
5.2	Bildung.....	224
5.3	Sozialpolitik.....	226
5.4	Gesundheitspolitik.....	231
5.5	Wohnungs- und Wohnungsbaupolitik.....	232
5.6	Evaluation und Information.....	232
6.	Literaturverzeichnis.....	235
7.	Anhänge.....	250
7.1	Danksagungen.....	250
7.2	Ergänzende Tabellen zum Kapitel 3.2.6: Regionale Unterschiede des Sozialhilfebezugs in Schleswig-Holstein.....	252
7.3	Dokumentation der Erhebungsinstrumente.....	264
7.3.1	Schriftliche Befragung.....	264
7.3.1.1	Anschreiben an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der an der Be- fragung armer und armutsnaher Familien beteiligten Einrichtungen.....	264
7.3.1.2	Fragebogen.....	269
7.3.1.3	Datenschutzerklärung.....	294
7.3.2	Intensivinterviews.....	296
7.3.2.1	Gesprächsleitfaden.....	296
7.3.2.2	Fragebogen.....	304
7.3.2.3	Interviewerbericht.....	312

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1:	Einkommensarmut in Schleswig-Holstein und in Westdeutschland 1993 nach Familientyp.....	38
Abb. 2:	Berechnungsgrundlagen der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt.....	57
Abb. 3:	Empfänger(innen) laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen in Schleswig-Holstein 1980 bis 1997.....	62
Abb. 4:	Entwicklung der Sozialhilfequoten in Schleswig-Holstein und im früheren Bundesgebiet 1980 bis 1997	64
Abb. 5:	Sozialhilfequoten in den alten Bundesländern 1997	65
Abb. 6:	Altersspezifische Sozialhilfequoten in Schleswig-Holstein 1980, 1990 und 1997.....	69
Abb. 7:	Sozialhilfebedarfsgemeinschaften und Privathaushalte in Schleswig-Holstein 1997 nach Haushaltstyp	71
Abb. 8:	Sozialhilfequoten von Haushalten in Schleswig-Holstein 1997	73
Abb. 9:	Sozialhilfebedarfsgemeinschaften und Familien in Schleswig-Holstein 1997 nach Familientyp.....	74
Abb. 10:	Sozialhilfequoten von Familien in Schleswig-Holstein 1997	75
Abb. 11:	Haushalts- und Familienformen der 65jährigen und älteren Sozialhilfeempfänger(innen) in Schleswig-Holstein 1997	77
Abb. 12:	Kinder und Jugendliche in der Sozialhilfe in Schleswig-Holstein 1980 bis 1997	78
Abb. 13:	Entwicklung der Sozialhilfequoten von Kindern und Jugendlichen in Schleswig-Holstein 1990 bis 1997	80
Abb. 14:	Haushalts- und Familienformen der minderjährigen Sozialhilfeempfänger(innen) in Schleswig-Holstein 1997.....	81
Abb. 15:	Frauen und Männer in der Sozialhilfe in Schleswig-Holstein 1980 bis 1997	82
Abb. 16:	Entwicklung der geschlechtsspezifischen Sozialhilfequoten in Schleswig-Holstein 1980 sowie 1990 bis 1997	83
Abb. 17:	Altersspezifische Sozialhilfequoten von Frauen und Männern in Schleswig-Holstein 1997	84
Abb. 18:	Haushalts- und Familienformen der 18- bis unter 50jährigen Sozialhilfeempfänger(innen) in Schleswig-Holstein 1997	85
Abb. 19:	Ausländerrechtlicher Status der nichtdeutschen Sozialhilfeempfänger(innen) in Schleswig-Holstein 1997	87
Abb. 20:	Sozialhilfequoten der deutschen und der nichtdeutschen Bevölkerung in Schleswig-Holstein 1994 bis 1997	88
Abb. 21:	Altersspezifische Sozialhilfequoten der deutschen und der nichtdeutschen Bevölkerung in Schleswig-Holstein 1997.....	89
Abb. 22:	Altersspezifische Sozialhilfequoten von deutschen Frauen und Männern in Schleswig-Holstein 1997	90
Abb. 23:	Altersspezifische Sozialhilfequoten von nichtdeutschen Frauen und Männern in Schleswig-Holstein 1997	90
Abb. 24:	Bildung der 15- bis unter 65jährigen Sozialhilfeempfänger(innen) in Schleswig-Holstein 1997	91
Abb. 25:	Sozialhilfeempfänger(innen) ohne Berufsausbildung in Schleswig-Holstein 1997	94
Abb. 26:	Bildung der 15- bis unter 65jährigen Sozialhilfeempfänger(innen) und der Bevölkerung in Schleswig-Holstein 1997	96

Abb. 27:	Erwerbsstatus der 15- bis unter 65jährigen Sozialhilfeempfänger(innen) in Schleswig-Holstein 1997.....	97
Abb. 28:	Erwerbsstatus der 15- bis unter 65jährigen Sozialhilfeempfänger(innen) und der Bevölkerung in Schleswig-Holstein 1997.....	99
Abb. 29:	Sozialhilfebedarfsgemeinschaften in besonderen sozialen Situationen in Schleswig-Holstein 1997.....	108
Abb. 30:	Besondere soziale Situationen von Sozialhilfeempfänger(innen) in Schleswig-Holstein 1997.....	109
Abb. 31:	Durchschnittliche bisherige und ununterbrochene Dauer der Hilfestellung an Bedarfsgemeinschaften in Schleswig-Holstein 1997 (in Monaten).....	114
Abb. 32:	Sozialhilfebedarfsgemeinschaften in Schleswig-Holstein 1997 mit einer ununterbrochenen Dauer der Hilfestellung an mindestens ein Mitglied der Bedarfsgemeinschaft von unter 12 Monaten/60 und mehr Monaten (Anteile in %).....	117
Abb. 33:	Sozialhilfebedarfsgemeinschaften mit minderjährigen Kindern in Schleswig-Holstein 1997 mit einer ununterbrochenen Hilfestellung von 60 und mehr Monaten (Anteile in %).....	118
Abb. 34:	Durchschnittliche bisherige Dauer der Hilfestellung an Frauen und Männer in Schleswig-Holstein 1997 nach Altersgruppen.....	123
Abb. 35:	Kurz- und Langzeitbezug deutscher und nichtdeutscher Sozialhilfeempfänger(innen) in Schleswig-Holstein 1997.....	124
Abb. 36:	Kurz- und Langzeitbezieher(innen) von Sozialhilfe in Schleswig-Holstein 1997 nach Bildungsabschlüssen.....	125
Abb. 37:	Durchschnittliche bisherige Dauer der Hilfestellung an Sozialhilfeempfänger(innen) in Schleswig-Holstein und im früheren Bundesgebiet 1996.....	126
Abb. 38:	Relative Zunahme der Sozialhilfequoten in den Kreisen und kreisfreien Städten Schleswig-Holsteins 1980 bis 1997 (Index 1980 = 100).....	128
Abb. 39:	Sozialhilfequoten in den Kreisen und kreisfreien Städten Schleswig-Holsteins 1980 und 1997.....	129
Abb. 40:	Anteile der Familien an allen Sozialhilfebedarfsgemeinschaften in den Kreisen und kreisfreien Städten Schleswig-Holsteins 1997.....	132
Abb. 41:	Sozialhilfequoten von Kindern und Jugendlichen bis unter 18 Jahren in den Kreisen und kreisfreien Städten Schleswig-Holsteins 1997.....	134
Abb. 42:	Auf je 100 männliche Sozialhilfeempfänger ab 18 Jahren kamen 1997 in den Kreisen und kreisfreien Städten Schleswig-Holsteins ... weibliche Hilfeempfängerinnen.....	135
Abb. 43:	Geschlechterquotient der Sozialhilfequoten in den Kreisen und kreisfreien Städten Schleswig-Holsteins 1997.....	136
Abb. 44:	Sozialhilfequoten der nichtdeutschen Bevölkerung in den Kreisen und kreisfreien Städten Schleswig-Holsteins 1997.....	137
Abb. 45:	Ausländerquotient der Sozialhilfequoten in den Kreisen und kreisfreien Städten Schleswig-Holsteins 1997.....	138
Abb. 46:	Arbeitslosigkeit in der Erwerbsbevölkerung und bei den Sozialhilfeempfänger(innen) in den Kreisen und kreisfreien Städten Schleswig-Holsteins 1997.....	139
Abb. 47:	Einkommensarmut der befragten Familien nach Kinderzahl und Armutsschwellen.....	151

Abb. 48:	Befragte Familien mit einer Wohnfläche je Person von ... bis unter ... qm (Anteile in %)	166
Abb. 49:	Beziehungen zwischen den Armutsdimensionen	178
Abb. 50:	Kumulative Armut der befragten Familien	181
Abb. 51:	Bewertung der finanziellen Lage des Elternhauses	190
Abb. 52:	Bewertung der derzeitigen finanziellen Situation im Vergleich zu vor fünf Jahren	191
Abb. 53:	Subjektive Schichteinstufung nach Einkommensarmut der Befragten	192
Abb. 54:	"Wie oft gibt es in Ihrer Familie Streit ums Geld?"	212
Abb. 55:	"Glauben Sie, daß es Ihr Kind / Ihre Kinder einmal besser haben werden als Sie?"	215

Tabellenverzeichnis

Tab. 1:	Die Anteile der Bevölkerungsfünftel am Gesamteinkommen in Schleswig-Holstein und in Westdeutschland 1993	34
Tab. 2:	Armutquoten in den Ländern Westdeutschlands 1993	35
Tab. 3:	Niedrigeinkommen nach Haushaltstyp in Schleswig-Holstein und in Westdeutschland 1993	35
Tab. 4:	Armut nach Haushaltstyp in Schleswig-Holstein und in Westdeutschland 1993	36
Tab. 5:	Strenge Armut nach Haushaltstyp in Schleswig-Holstein und in Westdeutschland 1993	36
Tab. 6:	Niedrigeinkommen nach Alter der Haushaltsbezugsperson in Schleswig-Holstein und in Westdeutschland 1993	40
Tab. 7:	Armut nach Alter der Haushaltsbezugsperson in Schleswig-Holstein und in Westdeutschland 1993	41
Tab. 8:	Strenge Armut nach Alter der Haushaltsbezugsperson in Schleswig-Holstein und in Westdeutschland 1993	42
Tab. 9:	Niedrigeinkommen nach Berufsausbildung der Haushaltsbezugs- person in Schleswig-Holstein und in Westdeutschland 1993	43
Tab. 10:	Armut nach Berufsausbildung der Haushaltsbezugsperson in Schleswig-Holstein und in Westdeutschland 1993	44
Tab. 11:	Strenge Armut nach Berufsausbildung der Haushaltsbezugs- person in Schleswig-Holstein und in Westdeutschland 1993	44
Tab. 12:	Niedrigeinkommen nach Erwerbsstatus der Haushaltsbezugs- person in Schleswig-Holstein und in Westdeutschland 1993	46
Tab. 13:	Armut nach Erwerbsstatus der Haushaltsbezugsperson in Schleswig-Holstein und in Westdeutschland 1993	46
Tab. 14:	Strenge Armut nach Erwerbsstatus der Haushaltsbezugsperson in Schleswig-Holstein und in Westdeutschland 1993	47
Tab. 15:	Niedrigeinkommen nach Sozialhilfebezug und Haushaltstyp in Schleswig-Holstein und in Westdeutschland 1993	48
Tab. 16:	Armut nach Sozialhilfebezug und Haushaltstyp in Schleswig-Holstein und in Westdeutschland 1993	49
Tab. 17:	Strenge Armut nach Sozialhilfebezug und Haushaltstyp in Schleswig-Holstein und in Westdeutschland 1993	49
Tab. 18:	Armutquoten nach Altersgruppen in Schleswig-Holstein und in Westdeutschland 1995	51

Tab. 19:	Armutsquoten von Personen in Haushalten unterschiedlicher Größe in Schleswig-Holstein und in Westdeutschland 1995.....	52
Tab. 20:	Regelsätze für die Hilfe zum Lebensunterhalt (Stand: Juli 1998).....	56
Tab. 21:	Bruttobedarf und Nettoanspruch der Bedarfsgemeinschaften von Empfänger(innen) laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen in Schleswig-Holstein 1997.....	58
Tab. 22:	Bruttobedarf und Nettoanspruch der Bedarfsgemeinschaften von Empfänger(innen) laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen in Schleswig-Holstein 1996 und 1997 und im früheren Bundesgebiet 1996.....	59
Tab. 23:	Empfänger(innen) laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen in Schleswig-Holstein und im früheren Bundesgebiet 1980 bis 1997.....	61
Tab. 24:	Entwicklung der Sozialhilfequoten in Schleswig-Holstein und im früheren Bundesgebiet 1980 bis 1997.....	63
Tab. 25:	Veränderungen der Zusammensetzung der Sozialhilfeempfänger(innen) in Schleswig-Holstein 1980 bis 1997.....	66
Tab. 26:	Veränderungen der Haushaltsstruktur der Sozialhilfeempfänger(innen) in Schleswig-Holstein 1985 bis 1997.....	67
Tab. 27:	Veränderungen der Sozialhilfequoten ausgewählter Bevölkerungsgruppen in Schleswig-Holstein 1980 sowie 1990 bis 1997.....	68
Tab. 28:	Bedarfsgemeinschaften von Empfänger(innen) laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen in Schleswig-Holstein 1997.....	70
Tab. 29:	Kinder und Jugendliche in der Sozialhilfe in Schleswig-Holstein 1980 sowie 1990 bis 1997.....	79
Tab. 30:	Nichtdeutsche Sozialhilfeempfänger(innen) in Schleswig-Holstein 1980 sowie 1990 bis 1997.....	86
Tab. 31:	Anteile nichtdeutscher Hilfeempfänger(innen) an allen Sozialhilfeempfängerinnen in Schleswig-Holstein 1994 bis 1997.....	86
Tab. 32:	Ausländerrechtlicher Status der nichtdeutschen Sozialhilfeempfänger(innen) in Schleswig-Holstein 1994 bis 1997.....	87
Tab. 33:	Bildung der Sozialhilfeempfänger(innen) in Schleswig-Holstein 1997.....	92
Tab. 34:	Sozialhilfeempfänger(innen) ohne Berufsausbildung in Schleswig-Holstein 1994 bis 1997.....	93
Tab. 35:	Bildung der deutschen und der nichtdeutschen Sozialhilfeempfänger(innen) in Schleswig-Holstein 1997.....	95
Tab. 36:	Erwerbsstatus der Sozialhilfeempfänger(innen) in Schleswig-Holstein 1997.....	98
Tab. 37:	Erwerbsstatus der Sozialhilfeempfänger(innen) und der Bevölkerung in Schleswig-Holstein 1997.....	100
Tab. 38:	Arbeitslos gemeldete Sozialhilfeempfänger(innen) in Schleswig-Holstein 1994 bis 1997.....	101
Tab. 39:	Sozialhilfebedarfsgemeinschaften mit Vorleistungen in Schleswig-Holstein am Jahresende 1997.....	103
Tab. 40:	Haupteinkommensarten von Sozialhilfebedarfsgemeinschaften in Schleswig-Holstein 1997.....	106
Tab. 41:	Die zehn häufigsten Ursachenkombinationen des Sozialhilfebezugs in Schleswig-Holstein 1997.....	110
Tab. 42:	Sozialhilfebedarfsgemeinschaften in Schleswig-Holstein 1997 nach der bisherigen Dauer der Hilfegewährung.....	115

Tab. 43:	Sozialhilfebedarfsgemeinschaften in Schleswig-Holstein 1997 nach der ununterbrochenen Dauer der Hilfestellung.....	116
Tab. 44:	Dauer der ununterbrochenen Hilfestellung an deutsche und nichtdeutsche Bedarfsgemeinschaften in Schleswig-Holstein 1997.....	119
Tab. 45:	Dauer der ununterbrochenen Hilfestellung an Bedarfsgemeinschaften in Schleswig-Holstein und im früheren Bundesgebiet 1996	120
Tab. 46:	Sozialhilfeempfänger(innen) in Schleswig-Holstein 1997 nach Alter, Geschlecht und der bisherigen Dauer der Hilfestellung	122
Tab. 47:	Sozialhilfequoten ausgewählter Bevölkerungsgruppen in den Kreisen und kreisfreien Städten Schleswig-Holsteins 1997.....	133
Tab. 48:	Frauenanteil an den registrierten Arbeitslosen und an den arbeitslosen Sozialhilfeempfänger(innen) in den Kreisen und kreisfreien Städten Schleswig-Holsteins 1997.....	140
Tab. 49:	Dauer der bisherigen und ununterbrochenen Hilfestellung an Sozialhilfebedarfsgemeinschaften in den Kreisen und kreisfreien Städten Schleswig-Holsteins 1997	142
Tab. 50:	Übersicht über die in der Befragung verwendeten Dimensionen der Unterversorgung.....	148
Tab. 51:	Monatliches Haushaltsnettoeinkommen der befragten Familien und aller Familien in Schleswig-Holstein.....	149
Tab. 52:	Einkommensquellen der befragten Familien.....	152
Tab. 53:	Unterhaltszahlungen an alleinerziehende Mütter.....	153
Tab. 54:	Einkommensarmut nach Sozialhilfebezug der befragten Familien.....	154
Tab. 55:	Wohnkostenbelastung der befragten Familien.....	155
Tab. 56:	Ausmaß der Verschuldung der befragten Familien.....	157
Tab. 57:	Verfügbares Pro-Kopf-Einkommen der befragten Familien	158
Tab. 58:	Bildungsarmut der Befragten.....	160
Tab. 59:	Aktuelle und frühere Erfahrungen der Befragten mit Arbeitslosigkeit	162
Tab. 60:	Erwerbsarmut im Haushaltskontext.....	163
Tab. 61:	Wohnformen der befragten Familien.....	164
Tab. 62:	Wohnungsgröße und Wohnungsbelegung.....	168
Tab. 63:	Wohnraumunterversorgung der Kinder und Jugendlichen in den befragten Familien	169
Tab. 64:	Wohnungsarmut der befragten Familien.....	170
Tab. 65:	Beeinträchtigungen des physischen und psychischen Wohlbefindens ...	173
Tab. 66:	Treffen mit dem besten Freund/der besten Freundin.....	174
Tab. 67:	Anzahl enger Freunde und Verwandte der Befragten	175
Tab. 68:	Unterstützungsquellen der Befragten.....	176
Tab. 69:	Soziale Isolation unter den Befragten.....	177
Tab. 70:	Rangreihe der Unterversorgungen von Personen	178
Tab. 71:	Rangreihe der Unterversorgungen von Haushalten	179
Tab. 72:	Kumulationen von Unterversorgungen bei Personen und Haushalten.....	180
Tab. 73:	Kombinationen von Unterversorgungen bei den befragten Familien.....	181
Tab. 74:	Armut in mindestens einer der vier Dimensionen Einkommen, Bildung, Arbeit und Wohnen	183
Tab. 75:	Lebenslagenarmut der befragten Familien und der mitbetroffenen Kinder im Vergleich.....	184
Tab. 76:	Bestimmungsgründe der Lebenslagenarmut	187
Tab. 77:	Aktueller und früherer Sozialhilfebezug der befragten Familien	189
Tab. 78:	Armut nach finanzieller Lage des Elternhauses.....	190

Tab. 79:	Anstoßereignisse der Armut.....	193
Tab. 80:	Starke Konsumeinschränkungen in allen acht Konsumbereichen.....	198
Tab. 81:	Konsumeinschränkungen in den einzelnen Bereichen.....	199
Tab. 82:	Taschengeld der Kinder.....	200
Tab. 83:	Reaktionen von Eltern und Kindern auf finanzielle Einschränkungen.....	201
Tab. 84:	Aktivitäten zur Verbesserung der finanziellen Situation	204
Tab. 85:	Selbsteinstufung als "arm" bzw. "nicht arm" und "objektive" Lebenslagenarmut.....	205
Tab. 86:	Selbsteinstufung als "arm" bzw. "nicht arm" und die "subjektiv" wahrgenommene Lebenslage	206
Tab. 87:	Ausprägungen der Armut in der Stadt und auf dem Land	208
Tab. 88:	Finanzielle Einschätzung der Nachbarn.....	209
Tab. 89:	Schulbesuch der 11- bis 14jährigen Mädchen und Jungen	218
Tab. 90:	Empfänger(innen) laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen in den Kreisen und kreisfreien Städten Schleswig-Holsteins 1980 sowie 1990 bis 1997.....	253
Tab. 91:	Entwicklung der Sozialhilfequoten in den Kreisen und kreisfreien Städten Schleswig-Holsteins 1980 sowie 1990 bis 1997	254
Tab. 92:	Sozialhilfebedarfsgemeinschaften in den Kreisen und kreisfreien Städten Schleswig-Holsteins 1997.....	255
Tab. 93:	Soziodemographische Struktur der Sozialhilfeempfänger(innen) in den Kreisen und kreisfreien Städten Schleswig-Holsteins 1997	256
Tab. 94:	Kinder und Jugendliche als Sozialhilfeempfänger(innen) in den Kreisen und kreisfreien Städten Schleswig-Holsteins 1997.....	257
Tab. 95:	Nichtdeutsche Sozialhilfeempfänger(innen) in den Kreisen und kreisfreien Städten Schleswig-Holsteins 1997.....	258
Tab. 96:	Erwerbsstatus der Sozialhilfeempfänger(innen) in den Kreisen und kreisfreien Städten Schleswig-Holsteins 1997.....	259
Tab. 97:	Arbeitslose Sozialhilfeempfänger(innen) in den Kreisen und kreisfreien Städten Schleswig-Holsteins 1997.....	260
Tab. 98:	Dauer der bisherigen Hilfestellung an Sozialhilfe- empfänger(innen) in den Kreisen und kreisfreien Städten Schleswig-Holsteins 1997	261
Tab. 99:	Durchschnittliche Dauer der ununterbrochenen Hilfestellung an Sozialhilfebedarfsgemeinschaften in den Kreisen und kreisfreien Städten Schleswig-Holsteins 1997.....	262
Tab. 100:	Durchschnittlicher Sozialhilfeanspruch von Bedarfsgemeinschaften in den Kreisen und kreisfreien Städten Schleswig-Holsteins 1997	263

1. Einleitung

1.1 Auftrag und Zielsetzungen

Das Parlament des Landes Schleswig-Holstein hat auf Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Landesregierung damit beauftragt, einen Landesarmutsbericht vorzulegen (Schleswig-Holsteinischer Landtag, Drucksache 14/227 vom 10. 9. 1996). Dieser soll den Ausgangspunkt für eine kontinuierliche Landesarmutsberichtserstattung bilden. Der Bericht soll folgende inhaltliche Schwerpunkte aufweisen: "Die Landesregierung wird gebeten, eine Landesarmutsberichtserstattung zu entwickeln und im Rahmen eines ersten Berichts einen Schwerpunkt auf Auswirkungen von Armut bei Kindern und Jugendlichen und deren Familien zu legen. Dabei ist den unterschiedlichen Lebenssituationen von Mädchen und Jungen Rechnung zu tragen." (S. 1) "Inhalt des ersten Berichts soll sein, eine Bestandsaufnahme der Einkommensarmut in Schleswig-Holstein auf der Grundlage der verfügbaren Daten zu leisten, dem Schleswig-Holsteinischen Landtag Wege zur Bekämpfung von Einkommensarmut und Ungleichheit in der Einkommensentwicklung vorzulegen und darüber hinaus insbesondere die Situation von Kindern und Jugendlichen und deren Familien zu behandeln." (S. 2)

Im vorliegenden Landesarmutsbericht werden die vom Schleswig-Holsteinischen Landtag erbetenen Informationen vorgelegt. Hierzu waren, wie im Auftrag gefordert, vorhandene Daten im Hinblick auf die Situation in Schleswig-Holstein zu analysieren. Zusätzlich mußten jedoch eigenständige empirische Untersuchungen in Schleswig-Holstein vorgenommen werden. Denn eine Reihe von verfügbaren Daten zur Armutproblematik, die für die gesamte Bundesrepublik Deutschland vorliegen, erlauben wegen des geringen Bevölkerungsanteils des Bundeslandes Schleswig-Holstein keine statistisch gesicherten Aussagen über Armut in diesem Bundesland.

Ziel des Berichts ist es, das Problem der Armut öffentlich bewußt zu machen, die Lage der Betroffenen darzustellen und die Richtung von Gegenmaßnahmen zu skizzieren. Im Bericht wird keine Bestandsaufnahme und Bewertung gegenwärtiger sozialpolitischer Maßnahmen vorgenommen.

Der vorliegende Landesarmutsbericht enthält im Vergleich zur Armut- und Sozialberichterstattung in anderen Bundesländern und Kommunen (vgl. u.a. MAGS Baden-Württemberg 1994; FHH/BAGS - Landessozialamt 1993; MASFG Rheinland-Pfalz 1993; Landeshauptstadt Kiel/Sozialdezernat 1998; MAGS Nordrhein-Westfalen 1992a, 1992b, 1993; Niedersächsisches MFAS 1998) spezifische Schwerpunkte:

- Er geht davon aus, daß unzureichende Einkommen zwar den Kern von Armut darstellen, Armut in vollem Sinne aber erst dann sichtbar wird, wenn auch die jeweilige Lage auf dem Sektor der (Aus-)Bildung, der Erwerbsarbeit, des Wohnens, der Gesundheit, der sozialen Integration und der Identität berücksichtigt wird. Zugrundegelegt wird also ein mehrdimensionaler Armutsbegriff.
- Immer mehr Menschen, auch aus den mittleren Schichten unserer Gesellschaft, leben (z.B. infolge Überschuldung) in Armut, obwohl der äußere Anschein dem nicht entspricht. Neben manifester Armut wird in diesem Bericht auch latenter Armut und den wachsenden Armutsrissen in zuvor kaum betroffenen Bevölkerungskreisen Beachtung geschenkt werden.

- Frauen sind nach wie vor häufiger als Männer von Armut betroffen. Zudem enthält Armut z.B. für Alleinerziehende ganz spezifische Problemstellungen. Soweit es die verfügbaren Informationen erlauben, geht der Bericht durchgängig auf geschlechtsspezifische Unterschiede ein.
- Mit Familien und Kindern nimmt der Bericht eine Bevölkerungsgruppe in den Blick, in der Armut in den letzten Jahren nicht nur erheblich zugenommen hat, sondern die allem Anschein nach auch von ihren Auswirkungen in besonderem Maße betroffen ist. Die bislang hierüber verfügbaren wissenschaftlichen Informationen halten sich in engen Grenzen. Der Bericht leistet einen Beitrag zur Verbesserung der diesbezüglichen Kenntnisse.
- Armut ist nicht nur eine Frage der verfügbaren Geldmittel und der äußeren Lebensbedingungen. Der Bericht legt besonderes Gewicht auf die Wahrnehmung, Deutung und Bewältigung von Armut durch die Betroffenen, auch und gerade innerhalb von Familien und unter Berücksichtigung der Kinder.

1.2 Aufbau des Berichts

Der Bericht besteht, sieht man vom einleitenden ersten Kapitel ab, aus vier Teilen.

Im zweiten Kapitel werden historische, begriffliche und Daten-Grundlagen der Berichterstattung dargestellt.

Das dritte Kapitel informiert über die Einkommensarmut in Schleswig-Holstein und im früheren Bundesgebiet. Zunächst erfolgt eine Darstellung der relativen Einkommensarmut in Schleswig-Holstein und in Westdeutschland. Sodann werden die Strukturen der Sozialhilfebedürftigkeit in Schleswig-Holstein vor dem Hintergrund der Gegebenheiten in ganz Westdeutschland vermittelt.

Die Lebenslagen armer und armutsnaher Familien in Schleswig-Holstein kommen im vierten Kapitel zur Darstellung. Die Lebenslagen werden bezüglich der erzielten Einkommen in Verbindung mit der jeweiligen Bildungssituation, der Erwerbsarbeit bzw. Arbeitslosigkeit, den Wohnbedingungen, der Gesundheitslage und der sozialen Integration aufgeführt. Wesentlich sind hierbei neben den Zusammenhängen zwischen einzelnen Bereichen Kombinationen und Kumulationen von Unterversorgungen in den genannten Dimensionen.

Im fünften Kapitel werden Handlungsperspektiven politischer und gesellschaftlicher Akteure skizziert, die geeignet sind, Armut weitergehend als bisher zu vermeiden und zu bekämpfen. Dem Auftrag gemäß beschränkt sich der Bericht auf die Hervorhebung wesentlicher Handlungswege.

1.3 Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse

1.3.1 Einkommensarmut

1993 lebten 21,9 % der Haushalte in Schleswig-Holstein mit Niedrigeinkommen, 11,3 % in Armut und 3,8 % in strenger Armut¹. In der Rangfolge dieser Risiken relativer Einkommensarmut nahm Schleswig-Holstein einen Mittelplatz unter den westdeutschen Bundesländern ein.

Niedrigeinkommen waren 1993 in Schleswig-Holstein etwas häufiger, Armut etwa gleich häufig und strenge Armut deutlich weniger häufig als im Durchschnitt der alten Bundesländer zu finden.

Das geringere Risiko der strengen Armut dürfte im Zusammenhang damit stehen, daß in Schleswig-Holstein Sozialhilfe in höherem Ausmaß als in anderen Bundesländern in Anspruch genommen wurde. In Schleswig-Holstein lebten 1997 4,5 %, in Westdeutschland nur 3,8 % der Bevölkerung von Sozialhilfe (Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen). Dies spricht dafür, daß in Schleswig-Holstein der Bevölkerungsanteil relativ klein ist, der zwar Anspruch auf Sozialhilfeleistungen hat, diese aber nicht erhält.

Die Zahl der Sozialhilfeempfänger(innen) und ihr Bevölkerungsanteil haben sich in Schleswig-Holstein zwischen 1980 und 1997 etwa verdreifacht. Dieser Anstieg war insbesondere nach 1994 steiler als im westdeutschen Durchschnitt.

Die Bevölkerungsgruppen mit den höchsten Risiken der relativen Einkommensarmut und der Sozialhilfebedürftigkeit unterscheiden sich in Schleswig-Holstein und in Westdeutschland nicht wesentlich. Jedoch tragen diese Gruppierungen in Schleswig-Holstein im allgemeinen ein etwas geringeres Risiko der relativen Einkommensarmut als in Westdeutschland. Andererseits weisen sie durchweg höhere Quoten der Sozialhilfeabhängigkeit auf.

- *Arbeitslose:* Die Haushalte von Arbeitslosen waren 1993 in Schleswig-Holstein zu 39,5 % arm. Dieses Armutsrisiko war etwa dreieinhalb mal so groß wie das der Durchschnittshaushalte Schleswig-Holsteins.
- *Alleinerziehende:* Die Haushalte von Alleinerziehenden waren 1993 mit einem Armutsrisiko von 34,9 % mehr als dreimal so häufig arm wie der Bevölkerungsdurchschnitt Schleswig-Holsteins. Alleinerziehende Mütter wiesen zudem die höchste Quote der Sozialhilfeabhängigkeit aller genannten Risikogruppierungen auf. Sie bezogen 1997 in Schleswig-Holstein zu 29,3 % Sozialhilfe.
- *Kinder und Jugendliche:* Kinder und Jugendliche tragen ein hohes Armutsrisiko, besonders wenn sie in kinderreichen Haushalten leben. Kinder bis zum Alter von sieben Jahren waren 1995 von allen Altersgruppen der Einwohner Schleswig-Holsteins am häufigsten arm. Von zehn Haushalten, in denen drei oder mehr Kinder bis 18 Jahre lebten, waren 1993 in Schleswig-Holstein drei (30,0 %) arm. Kinder und Jugendliche trifft auch das größte Risiko der Sozialhilfeabhängigkeit aller Altersgruppen. In Schleswig-Holstein war 1997 jedes elfte, im

¹ Zu diesen Begriffen vgl. Kapitel 2.2.

früheren Bundesgebiet jedes vierzehnte Kind unter 18 Jahren auf Sozialhilfe angewiesen. Je jünger die Kinder, desto höher war die Gefahr, in Sozialhilfeabhängigkeit zu geraten. Besonders häufig lebten die Kinder von alleinerziehenden Müttern und von nichtdeutschen Eltern auf Sozialhilfeniveau. – Im Gegensatz hierzu weisen ältere Menschen ein unterdurchschnittliches Armutsrisiko und das geringste Sozialhilferisiko aller Altersgruppen auf. In Schleswig-Holstein ist die Gefahr, daß ältere Menschen in Sozialhilfeabhängigkeit geraten könnten, noch etwas geringer als im westdeutschen Durchschnitt.

- *Frauen:* Frauen sind nicht wesentlich häufiger arm als Männer, sie sind jedoch häufiger als diese so extrem einkommensschwach, daß sie auf Sozialhilfeleistungen angewiesen sind. 1995 lebten in Schleswig-Holstein Frauen zu 10,7 %, Männer zu 10,9 % in Armut. Jede 20. Frau, aber nur jeder 25. Mann war 1997 in Schleswig-Holstein von Sozialhilfe abhängig.
- *Gering Qualifizierte:* Menschen mit geringer (Aus-)Bildung sind überproportional häufig arm und sozialhilfeabhängig. 30,6 % aller schleswig-holsteinischen Haushalte, in denen die Bezugsperson über keine abgeschlossene Berufsausbildung verfügte, waren 1993 arm. Personen ohne Berufsausbildung machten 1997 in Schleswig-Holstein mindestens ein Viertel aller Sozialhilfeempfänger(innen) im erwerbsfähigen Alter aus.
- *Nichtdeutsche:* Die Anteile der Armen und der Sozialhilfeabhängigen unter den nichtdeutschen Einwohnern waren 1995 bzw. 1997 mehr als dreimal so hoch wie die der deutschen Bevölkerung in Schleswig-Holstein. In Schleswig-Holstein lebten zwar weniger Ausländer als im Durchschnitt der alten Bundesländer, aber ihr Sozialhilferisiko war wesentlich höher.

1997 waren zum Teil andere Gruppierungen in besonderem Maße auf Sozialhilfe angewiesen als noch 1980:

- Das Sozialhilferisiko hat sich von der älteren auf die jüngere und jüngste Generation verlagert.
- Die Sozialhilfeabhängigkeit der ausländischen Bürger(innen) hat stark zugenommen. Auch nach der Einführung des Asylbewerberleistungsgesetzes sind nach 1994 Zahl und Anteil der nichtdeutschen Sozialhilfeempfänger(innen) überproportional gewachsen. – Beide Entwicklungen, die "Ethnisierung" und die "Infantilisierung der Sozialhilfebedürftigkeit" sind in Schleswig-Holstein weiter vorangeschritten als im westdeutschen Durchschnitt.
- Der traditionelle Gegensatz zwischen geringen Sozialhilferisiken auf dem Land und hohen in der Stadt baute sich durch Zuzüge in das Umland der Städte tendenziell ab.

Die Ursachen, die Menschen in Sozialhilfeabhängigkeit führen, sind am häufigsten auf den Gebieten des Arbeitsmarkts (40 %) und der Familie (25 %) zu finden. Probleme der Gesundheit und des Alters (9 %) sowie besondere soziale Problemlagen, wie Haftentlassung, Sucht, Wohnungslosigkeit etc. (6 %) haben demgegenüber geringeres Gewicht.

Die schleswig-holsteinischen Haushalte bezogen 1996 etwas länger (41,7 Monate) ununterbrochene Sozialhilfe als die Haushalte im Durchschnitt Westdeutschlands (40,9 Monate). Mehr als ein Drittel (37 %) der in Schleswig-Holstein sozialhilfebeziehenden Haushalte hatte 1997 die Hilfe weniger als ein Jahr lang ununterbrochen in Anspruch genommen. Andererseits stand ein Fünftel schon mindestens fünf Jahre lang ohne Unterbrechung im Bezug. Familien beziehen oft über längere Zeit, jedoch diskontinuierlich Sozialhilfe. Jedes zehnte sozialhilfebeziehende Kind unter 7 Jahren wuchs in Schleswig-Holstein schon drei oder mehr Jahre lang auf Sozialhilfeniveau auf.

1.3.2 Die Lebenslagen armer Familien und Kinder

Viele der armen und armutsnahen Familien(mitglieder), die als Klient(inn)en sozialer Einrichtungen im Zuge der Erstellung des Landesarmutsberichts im Jahre 1998 befragt wurden, waren nicht nur einkommensarm, sondern auch unterversorgt in anderen Lebenslagebereichen. Alle im folgenden genannten Grade der Unterversorgung liegen deutlich über denen der Gesamtbevölkerung:

- *Disponibles Einkommen:* Jede zehnte befragte Familie befand sich in "Ausgabenarmut": Sie hatte höhere fixe Ausgaben (Wohnkosten, Schuldentrückzahlung, Versicherungsbeträge, berufliche Fahrtkosten, Aufwendungen für Krankheit, Behinderung oder Pflege) als Gesamteinnahmen. Die Hauptwege in diese Unterversorgung führten über Arbeitslosigkeit, eine geringe (Aus-)Bildung und eine hohe Kinderzahl.
- *Bildung:* Jedes elfte befragte Elternteil hatte die Schule ohne Abschluß beendet oder nur einen Sonderschulabschluß erworben. Ein gutes Viertel der Befragten verfügte über keine Berufsausbildung. Insgesamt waren damit 27,1 % der Befragten unterausgestattet im Bereich der Bildung. "Bildungsarmut" fand sich besonders häufig bei jungen Eltern.
- *Erwerbstätigkeit:* Arbeitslos, geringfügig oder nur gelegentlich beschäftigt waren fast drei von zehn (27,7 %) der befragten Elternteile. Dies waren oft ausländische und ältere Männer. Zudem war in jedem zweiten befragten Haushalt ein weiteres Familienmitglied arbeitslos.
- *Wohnen:* In einer Notunterkunft lebten 7,8 % der Befragten. "Wohnungsnotfälle" stellten 17,5 % der Befragten dar. Sie wohnten in Notunterkünften, waren unmittelbar von Wohnungslosigkeit bedroht oder lebten in unzumutbaren Wohnverhältnissen. In Wohnungen, die weniger Fläche aufwiesen, als der Minimalstandard des sozialen Wohnungsbaus in Schleswig-Holstein vorsieht, lebten 30,8 % der befragten Familien. Zu wenige Räume (weniger als ein Raum pro Person ab 7 Jahren) hatten 28 % zur Verfügung. Und mit unterausgestatteten Wohnungen mußten 29,2 % der Befragten vorlieb nehmen. Ausländische, kinderreiche und wenig gebildete Familien waren davon überproportional betroffen. Nur 40 % der Befragten nannten keine Wohnungsunterversorgung (Notunterkunft, zu geringe Fläche, Raumzahl, Ausstattung).

- *Gesundheit:* Jede(r) zehnte Befragte war dauerhaft krank oder pflegebedürftig. Weitere 15 % lebten mit kranken und pflegebedürftigen Angehörigen zusammen. Armut führt häufig zu psychischen und/oder physischen Beeinträchtigungen.
- *Zwischenmenschliche Beziehungen:* Die Befragten hatten wesentlich weniger und auch weniger intensive soziale Beziehungen als der Bevölkerungsquerschnitt. 16,5 % der Befragten gaben an, keine engen Freunde zu haben. Die durchschnittliche Anzahl von Freunden betrug ca. vier Personen. Fast jede(r) fünfte Befragte, die/der wenigstens einen Freund hatte, traf ihn seltener als einmal im Monat. 17,5 % unterhielten keine engen Kontakte zu Verwandten. Insgesamt waren damit 7,6 % der Befragten völlig, weitere 8,8 % fast völlig isoliert. 8,5 % der Befragten hatten im letzten Jahr keinerlei Unterstützung erhalten, auch nicht von sozialen Einrichtungen. Unter den Bestimmungsgründen für soziale Isolation ragt die Einkommensarmut hervor.

Unter den aufgeführten Dimensionen sind Unterversorgungen im Wohnungs-, Einkommens-, Bildungs- und Erwerbsbereich die häufigsten. 17,2 % der Personen wiesen Unterversorgungen in mindestens vier, 24,2 % in dreien, 28,4 % in zweien und 21,1 % in einem Bereich auf. Von dieser "kumulativen Armut" waren vor allem kinderreiche Familien, Migrant(inn)en, jüngere Eltern sowie ältere Familien mit einem arbeitslosen Ernährer betroffen.

Die befragten Familien gerieten vor allem durch vier Arten von Lebensereignissen in Armut: Verlust des Arbeitsplatzes, Trennung bzw. Scheidung, Schwangerschaft und Verschuldung.

Die Folgen von Armut zeigten sich für 62,4 % der Befragten in umfassenden, für 35,5 % in teilweisen Konsumeinschränkungen. Dies betraf Alleinerziehende mehr als Ehepaarfamilien. Gespart wurde in erster Linie an Urlaub und selbst an kleineren Reisen, dann am Besuch von Gaststätten etc., an Wohnungseinrichtungen, Hobbies und Kleidung. An Kinderbekleidung, Kinderspielzeug und Essen wurden die wenigsten Einschränkungen vorgenommen. Allerdings mußte sich die Hälfte der einkommensarmen Familien selbst bei Kinderbekleidung und -spielzeug und ein Viertel bei Ausgaben für das Essen stark einschränken.

Etwa ein Viertel der Kinder der befragten Familien erhielt kein regelmäßiges Taschengeld. Dies führt häufig zur Ausgrenzung aus der Kinder- und Jugendkultur mit entsprechenden Folgen für das Ansehen und die Sozialkontakte der Kinder.

Armut wird von den betroffenen Familien überwiegend mit einer strikteren Haushaltsplanung und mit Strategien zusätzlicher Geldbeschaffung und Eigenproduktion beantwortet, also mit aktiven Bewältigungsstrategien.

Ein gutes Drittel der Befragten bezeichnete sich selbst nicht als "arm". Die knappe Hälfte der Befragten nannte sich "arm". Dies taten häufig einkommensarme und in mehreren Dimensionen unterversorgte Befragte. Besonders häufig hielten sich diejenigen für "arm", die sich selbst der Unterschicht zurechneten, ihre Konsumeinschränkungen als erheblich einstufen und ihre finanzielle Situation im Abwärtstrend sahen. Es war also mehr noch die Wahrnehmung der eigenen Lage als die Lage selbst, die die Selbsteinstufung als "arm" prägte. Diese Wahrnehmung vollzieht

sich meist relativ, im Vergleich zum früher erlebten Zustand oder zu sichtbaren Alternativen.

Armut auf dem Dorf wird eher als individuelles Einzelschicksal erfahren, das gegenüber dem der Mitmenschen abfällt. Gleichwohl tragen die auf dem Lande oft noch vorhandenen (Familien-)Netzwerke dazu bei, soziale Not aufzufangen. Armut in der Stadt ist häufiger in sozialen Brennpunkten konzentriert. Armut stellt sich für die Betroffenen hier eher als kollektives Schicksal dar. Dennoch ist die soziale Unterstützung durch Mitmenschen hier meist geringer. Arme Familien haben so in der Stadt meist mehr Sorgen als auf dem Land.

Armut bedeutet im Denken der Betroffenen vor allem:

- nicht frei über Geld entscheiden zu können,
- von Sozialleistungen und behördlichen Einschränkungen abhängig zu sein sowie
- von Mitmenschen herabgesetzt zu werden.

Innerhalb der befragten armen und armutsnahen Familien waren in der Regel die Mütter allein für Hausarbeit und Kindererziehung zuständig. Die traditionelle Rollenverteilung verfestigte sich im Zuge der Armut eher, als daß sie aufweichte. Konflikte wurden in den betroffenen Familien durch Armut weniger erzeugt als an die Oberfläche gebracht. In der Folge von Arbeitslosigkeit standen Auseinandersetzungen um die Rolle des "Ernährers" im Vordergrund, bei Verschuldung traten Konflikte um Geld zutage.

Kinder stellten für die Befragten überwiegend den Lebensmittelpunkt dar. Die Verantwortung für Kinder war Gegenstand der größten Sorgen, stellte für Eltern aber auch Selbstbestätigung und einen psychischen Halt dar. Die Zukunft der Kinder wurde oft überraschend positiv eingeschätzt, was oft als Projektion der Hoffnungen von Eltern gedeutet werden kann.

Hinsicht der konkreten Betreuung der Kinder (z.B. der Schularbeiten) waren sehr unterschiedliche Aktivitäten und Aktivitätsgrade erkennbar. Von seiten der Familien, die in beengten Wohnverhältnissen lebten, wurde immer wieder der Mangel an ruhigem Raum zur Anfertigung von Hausaufgaben vorgebracht.

Von den 11- bis 14jährigen Kindern aus den befragten Familien besuchten 10,7 % der Mädchen und 13 % der Jungen die Sonderschule. Wenn ein Elternteil keinen Schulabschluß oder nur einen Sonderschulabschluß aufwies, ging jedes dritte Mädchen und fast jeder dritte Junge in die Sonderschule.

2. Das Konzept des Armutsberichts

2.1 Armut in modernen Gesellschaften

Armut gab es in allen bekannten Gesellschaften, wenn auch in sehr unterschiedlichen Ausmaßen und Erscheinungsformen. Immer stellte Armut einen weitgehenden Ausschluß von den "wertvollen Gütern" einer Gesellschaft dar, wertvoll, weil sie unerläßliche Hilfsmittel zur Führung eines "guten Lebens" waren.

Armut in modernen Gesellschaften unterscheidet sich in mehrerer Hinsicht von Armut in früheren Epochen. Bei oberflächlicher Betrachtung ergibt sich der Eindruck, die moderne Armut sei weniger gravierend als die traditionale: Es geht offenkundig kaum mehr um das Fehlen der Mittel zum bloßen physischen Überleben. Auch sind nicht mehr große Teile oder gar die Mehrheit der Bevölkerung arm. Bei näherem Hinsehen zeigen sich in modernen Gesellschaften aber Entwicklungstendenzen der Armut, die sie in mancher Hinsicht sogar problematischer als Armut in vorhergehenden Epochen machen:

- Armut widerspricht den Grundwerten moderner Gesellschaften. Spätestens seit sich im Zuge der Aufklärung die Vorstellung von der naturrechtlichen Gleichheit der Menschen durchgesetzt hat, läuft Armut dem selbstgesetzten Anspruch von Gesellschaften zuwider. Sie gilt als gesellschaftlicher Mißstand. Dies war früher nicht notwendigerweise so. Armut war durchaus ein Bestandteil des Selbstverständnisses vormoderner Gesellschaften. Sie galt zu jener Zeit nur sehr begrenzt als Übel.
- Armut wurde in traditionellen Gesellschaften weitgehend als zwangsläufig, als unvermeidliches Schicksal angesehen. Armut galt als von Gott auferlegt, als Folge unvermeidlicher menschlicher Unzulänglichkeiten oder als Konsequenz unabweisbarer Ereignisse. In modernen Gesellschaften wird Armut dagegen als vermeidbar angesehen. Sowohl für die Betroffenen als auch für die Gesellschaft und ihre Instanzen ist es nunmehr eine Frage von "Schuld" und Versäumnissen, wenn Bürger in Armut leben müssen. Damit zusammenhängend wuchs die Unterstützung von Armen durch Organisationen oder staatliche Instanzen. Dies hatte zur Folge, daß es nicht mehr nur der Mangel war, der Armut ausmachte, sondern auch das Angewiesensein auf die Hilfe anderer.
- Armut ist in modernen, wohlhabenden Gesellschaften in aller Regel von Ausgrenzung begleitet. War z.B. in mittelalterlichen Städten vielerorts die Hälfte der Menschen – auch nach damaligen Maßstäben – arm und im 18. Jahrhundert auf dem Lande ein noch größerer Bevölkerungsanteil, so wurden diese Existenzen gerade deshalb als "normal" angesehen, weil sie so häufig waren. Arme standen nicht am Rande der Gesellschaft. In modernen Gesellschaften ist Armut dagegen vom Ausschluß aus wesentlichen Aktivitäten der Gesellschaft begleitet. Dies macht gerade den Kern moderner Armut aus.
- Das Problem der Armut gewinnt in modernen Gesellschaften in den letzten Jahrzehnten an Schärfe. Die lange aufrecht erhaltene, häufig unterschwellig gebliebene Erwartung, Armut werde im Zuge der Modernisierung und Wohlstandsmehrung allmählich verschwinden, schwindet selbst. Die Ansicht, die noch bestehende Armut sei zwar schlimm, gehe aber auf individuelles Fehlverhalten

zurück und stehe tröstlicher Weise auf dem Aussterbeetat der Geschichte, ist weitgehend zusammengebrochen. Moderne Gesellschaften sehen sich zur Einsicht gezwungen, daß die "Modernisierung moderner Gesellschaften" (z.B. infolge technologischer Umwälzungen, der Globalisierung oder Selbststeuerungsprozessen einzelner Gesellschaftsbereiche) von der Gefahr begleitet ist, wachsende Bevölkerungsteile in Armut zu hinterlassen. Die Einsicht nimmt zu, daß in diesem Zusammenhang die Herausforderungen an politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Instanzen wachsen.

- In modernen Gesellschaften besteht die arme Bevölkerung zu großen Teilen aus sehr verschiedenartigen einzelnen Gruppierungen. Arbeitslose, Ausländer mit sehr unterschiedlichem Aufenthaltsstatus, Aussiedler, Alleinerziehende, Drogenabhängige, gesundheitlich Beeinträchtigte, Wohnungslose etc. haben jedoch kaum die Chance, gemeinsam auf ihre Situation aufmerksam zu machen. Schon gar nicht sind sie in der Lage, Druck auszuüben und so auf Veränderungen hinzuwirken. Dies unterscheidet die Lage der Armen heute von der Situation der Armen in frühmodernen Gesellschaften, wo das Proletariat durchaus mit Arbeitsverweigerung drohen konnte: "Alle Räder stehen still, wenn Dein starker Arm es will".
- Schließlich ist – zusätzlich zu den genannten allgemeinen Entwicklungstendenzen in modernen Gesellschaften – speziell in Deutschland in den letzten Jahren eine Reihe von armutsverschärfenden Bestimmungsgründen hinzugekommen: Hierzu zählen u.a. die Wiedervereinigung, die auf direktem Wege in Ostdeutschland und indirekt im Westen Armut vermehrte, Flüchtlings- und Aussiedlerzuzüge sowie Arbeitsplatzumschichtungen in Länder mit niedrigerem Lohnniveau.

Mit diesen Entwicklungstendenzen hat auch die Armut selbst ihr Gesicht verändert: Sie weist zum Teil neue Erscheinungsformen auf (z.B. Nichtteilhabe an außerschulischen, nachbarschaftlichen und kommunalen Aktivitäten, nach außen verborgene Armut in überschuldeten Haushalten, biographisch phasenweise Armut). Es finden sich neue Wege in die Armut (Kinderreichtum, Alleinerziehen usw.) und neue Ursachen der Armut (Migration, ökonomische Krisen bestimmter Wirtschaftszweige usw.).

Die Grenze zwischen Armut und Nicht-Armut ist in modernen Gesellschaften immer weniger "objektiv" festzumachen, sie wird immer mehr von den Wahrnehmungen, Bewertungen und Reaktionen der Mitmenschen abhängig. Unterhalb welcher Einkommenshöhe Personen als arm gelten, unterhalb welcher Wohnungsgröße und –ausstattung Unterversorgung und Armut vorliegt usw., ist Gegenstand politischer Aushandlung und bemißt sich nicht zuletzt nach den Einschätzungen der Bevölkerung.

Wie alle gesellschaftlichen Gegebenheiten, so ist auch Armut am Ende des 20. Jahrhunderts nur noch teilweise eine Problematik, die in nationalstaatlichem Rahmen entsteht, besteht und zu bewältigen ist. Einerseits wirken immer mehr supranationale Verursachungszusammenhänge und Bekämpfungsstrategien (vgl. die Programme der Europäischen Union). Andererseits gewinnen lokale und regionale Ursachen, Phänomene und Hilfen an Bedeutung: Armut hat im Kreis der einzelnen Regionen, zum Teil sogar der einzelnen Gemeinden, ein je eigenes Gesicht. Nicht selten wirken jeweils andere Ursachen (z.B. lokale Arbeitslosigkeit). Immer ist Armut, wiewohl ein Merkmal der individuellen Lebenslage, erst wirklich spürbar im Kontakt mit und im Vergleich mit

anderen Menschen. So stellt Armut stets auch eine lokale und regionale Problematik dar. Zudem müssen Aktivitäten, die geeignet sind, Armut im Vorfeld zu verhindern und Menschen aus Armut heraus zu führen, auch aus regionalen und lokalen Aktivitäten erwachsen. Aus den genannten Gründen ist es sinnvoll und keineswegs eine inhaltliche Wiederholung und eine Vergeudung von Arbeitskraft und Mitteln, daß ein kleines Bundesland wie Schleswig-Holstein nach anderen Bundesländern einen eigenen Landesarmutsbericht in Auftrag gibt.

2.2 Armutsbegriffe und Armutsgrenzen

In jeder Darstellung von Armut muß eine Klärung über den verwendeten Armutsbegriff herbeigeführt werden. Denn das Armutsverständnis der einzelnen Forscher, politischen Instanzen, sozialen Gruppierungen und Individuen geht weit auseinander. Es existiert kein gemeinsames Vorverständnis, auf das stillschweigend zurückgegriffen werden könnte. Auch gibt es keinen "wissenschaftlich objektiven und richtigen" Begriff von Armut. Jeder Armutsbegriff enthält Wertungen, die auf bestimmten, humanitär, christlich, technokratisch oder anders begründeten Standards beruhen. Zumindest die direkt in den jeweils verwendeten Armutsbegriff eingeflossenen Werthaltungen sollten daher offengelegt werden. Die Entscheidung für eine bestimmte Begrifflichkeit schließt bestimmte Erscheinungsformen von Armut in das Untersuchungskonzept ein, die bei Verwendung anderer Begrifflichkeiten nicht oder in anderer Form Eingang finden würden.

Ausgangspunkt des vorliegenden Armutsberichts ist eine Definition des Rates der Europäischen Union vom 19. Dezember 1984. Hiernach sind Arme "*Personen, Einzelpersonen, Familien und Personengruppen, die über so geringe (materielle, kulturelle und soziale) Mittel verfügen, daß sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedsstaat, in dem sie leben, als Minimum annehmbar ist.*" Dieser Begriff richtet sich in direktem Sinne auf die Verteilung von Ressourcen und Lebensbedingungen, und indirekt auf die Ausgrenzung von Menschen. Das Konzept Ausgrenzung "ist auf Fragen der sozialen Integration bezogen. Sozialmoralisch begründet es Rechte der Individuen auf Teilhabe an und in den Institutionen einer Gesellschaft." (Siebel 1997, S. 68) Damit besteht Armut nicht mehr nur in "vertikaler Ungleichheit", sondern auch in "horizontaler Differenzierung" (Teilhabe an bestimmten Funktionssystemen) und in einer Spaltung von "Drinnen" und "Draußen".

Der verwendete Armutsbegriff muß zum einen klären, was sachlich unter "Armut" verstanden werden soll, d.h. im Hinblick auf welche *Dimensionen* von Mitteln (Ressourcen, Lebensbedingungen, Integration bzw. soziale Beziehungen usw.) Mangel bestehen muß, wenn von Armut die Rede sein soll. Zum andern ist klarzustellen, wo die *Grenze* zwischen Armut und Nicht-Armut zu ziehen ist, unterhalb welcher Mittelausstattungen (d.h. Ressourcenmängel, Unterversorgungen, Desintegrationen usw.) innerhalb der einzelnen Dimensionen von Armut gesprochen werden soll.

2.2.1 Die verwendeten Armutsdimensionen

Im vorliegenden Landesarmutsbericht wird, dem Auftrag des Schleswig-Holsteinischen Landtags entsprechend, ein *Lebenslagenkonzept der Armut unter Einschluß und besonderer Berücksichtigung der Einkommensarmut (Ressourcenkonzept)* verwendet. Dem liegt die Einsicht zugrunde, daß ein Mangel an Einkommensressourcen in marktwirtschaftlich organisierten Gesellschaften, in dem der Großteil materieller und eine Vielzahl immaterieller Bedürfnisse durch Geld zu befriedigen ist, den "harten Kern" der Armut darstellt. Dem verwendeten Konzept liegt aber auch die Erkenntnis zugrunde, daß ein begrenzter Mangel an finanziellen Ressourcen beim Vorliegen ansonsten günstiger Lebensumstände nicht notwendigerweise Armut darstellen muß und daß andererseits ausreichende finanzielle Ressourcen nicht immer verhindern können, daß die Lebensumstände in weiteren wichtigen Dimensionen als "arm" zu charakterisieren sind. Welche Dimensionen in dieser Hinsicht wichtig sind, ist beim derzeitigen Stand der Forschung nicht theoretisch bestimmbar. Es empfiehlt sich auch nicht, die Betroffenen selbst danach zu fragen. Die Gefahr der Tabuisierung, des schlichten Vergessens o.ä. wären zu groß. Es besteht in der öffentlichen Meinung und in der sozialwissenschaftlichen Literatur jedoch weithin Übereinstimmung, daß die im folgenden einbezogenen Dimensionen *Einkommen, Erwerbstätigkeit, Bildung und Ausbildung, Wohnen, Gesundheit und gesellschaftliche Integration* feste Bestandteile einer Lebenslagendefinition der Armut darstellen sollten.

2.2.2 Die verwendeten Armutsgrenzen

In allen verwendeten Dimensionen sind die Schwellen festzulegen, unterhalb derer von "Armut" gesprochen werden soll. Armutsbegriffe, die das physische Existenzminimum als Grenzvorstellung der Armut verwenden, verfehlen die spezifischen, oben gezeigten, keineswegs harmlosen Armutserscheinungen moderner Gesellschaften.

Ihnen angemessene Armutsbegriffe beziehen sich auf den *sozio-kulturellen Minimallebensstandard* von Menschen. Er bestimmt sich durch die jeweiligen historisch, politisch und materiell geprägten Werthaltungen einer Gesellschaft. Diese wurden auch in der oben zitierten Armutsdefinition der Europäischen Gemeinschaften angesprochen, wo der minimale Lebensstandard als Armutsgrenze angeführt wurde, der in dem EU-Mitgliedsstaat als akzeptabel gilt, in dem die einzelnen leben. Ein "sozio-kulturelles Existenzminimum" unterscheidet sich nicht nur von Land zu Land, es ändert sich auch im Laufe der Zeit.

Im Bereich des Einkommens bestehen vor allem zwei Möglichkeiten, eine sozio-kulturelle Armutsgrenze zu definieren (vgl. Hauser 1997a). Sie wurden im vorliegenden Bericht beide verwendet:

Zum einen wurden *die Einkommenshöhen* als Armutsgrenze eingesetzt, unterhalb derer Sozialhilfeleistungen gewährt werden. Die so abgegrenzte Einkommensarmut wird im folgenden (Kap. 3.2) "*Armut als Sozialhilfebedürftigkeit*" genannt. Wer dazu berechtigt ist, Sozialhilfe in Form von "laufender Hilfe zum Lebensunterhalt" außerhalb von Einrichtungen zu erhalten, gilt als arm. Dieser *Sozialhilfestandard* stellt eine "politische" Operationalisierung der Armutsgrenze dar.

Diese Festsetzung hat den *Vorteil*, mit faktischen Maßnahmen der Armenunterstützung zusammenzufallen, die in politischen Prozessen auf der Grundlage demokratischer Prozeduren zustande gekommen sind. Insoweit ist diese Grenzziehung nicht willkürlich, sondern bringt eine öffentliche Mehrheitsmeinung, wenn auch nicht einen Konsens, über die Grenzen der Armut zum Ausdruck. Obendrein sind empirische Befunde zur so definierten Armut (durch die Sozialhilfestatistik) erhältlich.

Aber dieser Standard bringt auch *Probleme* mit sich: So werden Sozialhilfeleistungen zum Teil nach Ermessensentscheidungen aufgrund unterschiedlicher Einkommensgrenzen gewährt. Weiterhin sind Sozialhilfestatistiken zum Teil unvollständig. Nicht alle, die zum Bezug von Sozialhilfe berechtigt sind, beziehen auch Sozialhilfe (es bestehen Dunkelziffern). Grundsätzlich wird von seiten mancher Sozialpolitiker gegen den Sozialhilfestandard eingewendet, daß diejenigen, die die ihnen zustehenden Sozialhilfeleistungen in Anspruch nähmen, gerade deswegen nicht mehr arm seien. Sozialhilfe bekämpfe Armut und schaffe sie nicht. Die Anwendung des Sozialhilfestandards habe die absurde Konsequenz, daß eine intensivere Armutsbekämpfung ein Ansteigen und nicht etwa ein Sinken der Armut signalisiere. Nur wer seinen Anspruch auf Sozialhilfeleistungen nicht wahrnehme, könne als arm gelten (vgl. Deutscher Bundestag 1995, Drucksache 13/3339).

So verständlich diese Einwände aus der Sicht von Sozialpolitikern erscheinen mögen, so gehen mit dem Bezug von Sozialhilfe, insbesondere von Laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen, doch Erscheinungsformen der Armut einher: Unzureichende Möglichkeiten, minimale Ressourcen aus eigener Kraft zu gewinnen, das Angewiesen-Sein auf die Hilfe anderer, schließlich Prozesse gesellschaftlicher Stigmatisierung, der bürokratischen Unterordnung und des Verlusts von Sozialbeziehungen als "Sozialhilfeempfänger". Daher eignet sich aktuelle Sozialhilfebedürftigkeit durchaus als Armutsgrenze.

Zum ändern wurden die Grenzen der Einkommensarmut in diesem Bericht so festgesetzt, daß das Unterschreiten des gesellschaftlichen Durchschnittseinkommens um ein bestimmtes Maß als Armut gilt. Die so definierte Einkommensarmut wird im folgenden (Kap. 3.1) als "*relative Einkommensarmut*" bezeichnet. Einkommen, die niedriger sind als 40 % des Durchschnittseinkommens, werden "*strenge Armut*" genannt, Einkommen unter 50 % werden als "*Armut*" und geringere Einkommen als 60 % werden als "*Niedrigeinkommen*" bezeichnet (zur Messung im einzelnen, vgl. Kap. 2.2.3). Die so festgesetzten Armutsgrenzen werden heute international in den meisten Armutsstudien verwendet. Sie beruhen auf einem "*Wissenschaftsstandard*", d.h. auf einer Konvention von Wissenschaftlern.

Die Grenzen "relativer Einkommensarmut" sind im Grunde willkürlich festgesetzt. Sie besagen nicht notwendigerweise etwas über Armut. Denn der gewählte Abstand vom Durchschnittseinkommen bringt weder das generelle Einkommensniveau einer Gesellschaft und damit auch der Armen (Kohl 1992, S. 280) noch die Mindest-"Bedarfe von Menschen zum Ausdruck" (Piachaud 1992, S. 67). Zwar macht es diese Auffassung von Armutsgrenzen leicht, quantitative Vergleiche zwischen verschiedenen Regionen, Gesellschaften und Zeitpunkten vorzunehmen. Aber die so gemessene Armut ist in ihrer Qualität weder interkulturell noch zeitlich vergleichbar. Das Ausmaß der Armut wird vielmehr von der jeweiligen Ungleichheit der Einkommensverteilung abhängig. In wohlhabenden Ländern mit breiter Einkommensstreuung (z.B. in den USA oder in der Bundesrepublik Deutschland) fällt die so definierte Armutsquote grundsätzlich höher

aus als in weniger wohlhabenden Ländern mit geringer Einkommensstreuung (z.B. in Entwicklungsländern). "Nach dieser Sicht der Dinge sind Menschen, die gemeinsam hungern, niemals arm." (Krämer 1997, S. 12) Wenn die Einkommensverteilung in einem Lande ungleicher wird, wird dies zu einem Anstieg der so gemessenen Armutsquote führen, selbst wenn sich gleichzeitig der Lebensstandard der Armen verbessert (wie zum Beispiel in Ostdeutschland nach der Wende).

Das Verfahren, bestimmte Anteilswerte vom Durchschnittseinkommen als "Armutsgrenzen" einzusetzen, hat zweifellos Mängel, die beachtet werden müssen. Dennoch ist diese Vorgehensweise unter bestimmten Bedingungen gerechtfertigt.

Erstens ist diese Definition nur in wohlhabenden Ländern anwendbar, in denen die wichtigsten Grundbedürfnisse gesichert sind. Dort stellt sich Armut durchaus auch als Verteilungsproblem dar. Ausgrenzungen und Wahrnehmungen von Armut, die in modernen Gesellschaften den Kern des Armutsproblems ausmachen, knüpfen sehr wohl an Verteilungen, d.h. an Abweichungen vom Durchschnittlichen und insofern "Normalen" an. Zweitens sollte sichergestellt sein, daß die gewählten prozentualen Unterschreitungen des Durchschnittseinkommens ungefähr mit dem einher gehen, was in einem Lande als sozio-kulturelles Minimum des Lebensstandards gilt. Was dies betrifft, so kommt ein Einkommen von weniger als 50 % des Durchschnittseinkommens in Deutschland dem Sozialhilfeniveau sehr nahe (Hübinger 1996, S. 87). Da diese beiden Bedingungen gegeben sind, wurden neben der "Armut als Sozialhilfebedürftigkeit" im vorliegenden Bericht auch "relative" Grenzen der Einkommensarmut verwendet.

Auch im Rahmen der übrigen Dimensionen des (mehrdimensionalen) *Lebenslagenkonzepts der Armut* (Bildung, Erwerbsarbeit, Wohnen usw.) wurden Armutsgrenzen festgesetzt, unterhalb denen Unterversorgung vorliegt. Auch hierfür haben sich in der sozialwissenschaftlichen Literatur häufig schon "Wissenschaftsstandards" und/oder in politischen Instanzen schon "politische" Definitionen der Unterversorgung herausgebildet. So gilt z.B. eine Person im Bildungsbereich als unterversorgt, wenn sie keine abgeschlossene Berufsausbildung hat. Die Definitionen von Unterversorgung innerhalb der einzelnen Lebenslagedimensionen werden in Zusammenhang mit der Darstellung der entsprechenden empirischen Befunde in Kapitel 4 dargestellt.

2.2.3 Die Messung relativer Einkommensarmut

Relative Einkommensarmut (vgl. Kap. 3.1) wurde anhand der Haushaltsnettoeinkommen pro Kopf gemessen. Sie wurden in der Regel mit Hilfe der "neuen BSHG-Äquivalenzskala" und stellenweise (im Rahmen der Auswertung des Mikrozensus) durch die "ältere OECD-Äquivalenzskala" bedarfsgewichtet. Auf diese Weise wurde das "Äquivalenzeinkommen" aller Haushalte errechnet. Aufgrund des prozentualen Abstands des jeweils festgestellten Äquivalenzeinkommens zum arithmetischen Mittel des westdeutschen Äquivalenzeinkommens wurde bestimmt, ob relative Einkommensarmut vorlag.

Hierzu im folgenden einige methodische Erläuterungen:

(a) *Was wurde unter "Einkommen" verstanden?*

In diesem Armutsbericht wird wie in den meisten Armutsforschungen vom Haushaltsnettoeinkommen ausgegangen. Es setzt sich zusammen aus den Erwerbseinkommen (abzüglich der Steuern und Sozialabgaben), den Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, privaten Unterhaltszahlungen und den Sozialeinkommen (staatliche Transfers).²

Damit bleiben die finanziellen Ressourcen im vorliegenden Bericht unberücksichtigt, die außer dem Haushaltsnettoeinkommen den Menschen Wohlstand verschaffen können: Dies sind vor allem Vermögensbestände (Geld-, Grund- und Betriebsvermögen), betriebliche Vergünstigungen und kostenlose, jedoch geldwerte öffentliche Leistungen (z.B. Sozialwohnungen, Krankenkassenzuschüsse). Sie führen in Einkommensfeststellungen zu Unterschätzungen des Finanzspielraums. Andererseits verleitet die Orientierung am Haushaltsnettoeinkommen zu Überschätzungen des Wohlstands: So können Schulden den verfügbaren Einkommensspielraum der Haushalte erheblich einschränken. Schulden werden zur Relativierung des Nettoeinkommens in diesem Bericht (in Kap. 4) zwar einbezogen, dies kann aber nur fragmentarisch geschehen.

Die Orientierung am Nettoeinkommen ist nur insoweit aussagefähig, als "alle Grundbedarfsgüter für jeden ohne Diskriminierungen und zu annähernd gleichen Preisen zugänglich sind". (Hübinger 1996, S. 60; Hervorh. vom Autor) Diese Bedingungen sind zwar im großen und ganzen gegeben, jedoch nur mit Einschränkungen.

So werden im folgenden gleiche Preise für alle Haushalte unterstellt, obgleich bekannt ist, daß Einkommensschwache beim Kauf des alltäglichen Bedarfs für gleiche Güter eher mehr als andere Gruppierungen zahlen. Was die Zugänglichkeit ohne Diskriminierungen angeht, so wird davon ausgegangen, daß alle einzelnen Haushaltsmitglieder am Genuß des gesamten Haushaltseinkommen gleichermaßen teilhaben. Kinder, Hausfrauen und "Ernährer" gelten demzufolge dann alle als arm, wenn der Haushalt, in dem sie leben, insgesamt von Einkommensarmut betroffen ist. Dennoch ist diese Annahme einer haushaltsinternen Verteilung, die sich ohne Diskriminierungen nur nach den jeweiligen Bedürfnissen ausrichtet, im Einzelfall sicher problematisch (Piachaud 1992; Ludwig-Mayerhofer 1992). Gängige Vermutungen besagen, daß insbesondere Frauen und Kinder benachteiligt sind (Joos/Meyer 1998). Um sie zu prüfen, wird im vorliegenden Bericht u.a. der Frage nachgegangen, wie gleich oder ungleich Geldmittel innerhalb von Haushalten tatsächlich verteilt werden.

(b) *Wie wurden Ausgabenzwänge und Ersparismöglichkeiten im Haushaltszusammenhang berücksichtigt?*

Haushalte sind verschieden groß und unterschiedlich zusammengesetzt. Erwachsene und Kinder haben jedoch ungleiche Bedarfe und größere Haushalte könnten günstiger wirtschaften als kleinere. Das Haushaltseinkommen wird daher mit Hilfe einer "Äquivalenzskala", die die Bedarfe der einzelnen Haushaltsmitglieder gewichtet, in ein sog. "Äquivalenzeinkommen" umgerechnet. Dies geschieht, indem jedem Haushaltsmitglied ein bestimmtes Bedarfsgewicht zugemessen und das gesamte Nettoeinkommen

² Daneben finden sich auch Armutsanalysen, die auf dem weiteren Konzept des ausgabenfähigen Einkommens (z.B. Kaiser 1997) aufbauen, oder auf dem Konzept des frei verfügbaren (Hauser/Hübinger 1993a) oder des konsumierten Einkommens (Eurostat 1995) begründet sind.

des Haushalts durch die Summe der Bedarfsgewichte der einzelnen Mitglieder geteilt wird. Auf diese Weise wird das Pro-Kopf-Einkommen größerer Haushalte, vor allem, wenn sie Kinder enthalten, künstlich "hochgerechnet", um deren Ersparnisvorteile auszugleichen.

Es existieren unterschiedliche Äquivalenzskalen. Sie prägen das Ergebnis der Armutsuntersuchung deutlich. Im Landesarmutsbericht wird weitgehend die sog. neue BSHG-Skala verwendet, die aus den seit 1990 gültigen Regelsatzproportionen der Sozialhilfe abgeleitet ist. Sie mißt dem Bedarf für Familien und Kinder relativ großes Gewicht zu. Für Kinder bis zu 6 Jahren ist ein Gewicht von 0,5 bzw. 0,55 (Kinder von Alleinerziehenden) angesetzt, für Kinder zwischen 7 und 13 Jahren ein Gewicht von 0,65, für Kinder und Jugendliche von 14 bis 17 Jahren ein Gewicht von 0,9, für den Haushaltsvorstand ein Gewicht von 1,0 und für jede weitere Person ab 18 Jahren ein Gewicht von 0,8. Eine andere, in diesem Bericht für die Auswertung des Mikrozensus verwendete Äquivalenzskala ist die sog. alte OECD-Skala. Sie gibt folgende Personengewichte vor: 1,0 für die erste erwachsene Person, 0,7 für weitere Haushaltsmitglieder ab 15 Jahre, 0,5 für Kinder.³

(c) *Der Abstand von welchem Mittelwert wurde zugrundegelegt?*

Relative Armut kann als Unterschreitung *des einfachen Durchschnitts (arithmetisches Mittel)* der Äquivalenzeinkommen festgestellt werden. Dies geschieht in diesem Landesarmutsbericht. Oder aber es kann der Zentralwert (Median) des Nettoäquivalenzeinkommens herangezogen werden. Das arithmetische Mittel bezeichnet den Einkommensdurchschnitt, in den alle individuellen Einkommenshöhen eingehen und durch die Zahl der Individuen geteilt werden. Der Median dagegen teilt die Zahl der Einkommensbezieher in zwei gleich große Hälften, von denen eine geringere, die andere höhere Einkommen als das Medianeinkommen hat. Da viele Haushalte kleine und mittlere, wenige Haushalte dagegen höhere Einkommen erzielen, liegt das arithmetische Mittel in Einkommensverteilungen durchweg höher als der Median. Die Anbindung der Armutsgrenze an das arithmetische Mittel führt daher zum Resultat höherer, die Verwendung des Medians zum Ergebnis niedrigerer Armutsquoten.

³ Außer den beiden genannten finden sich in der Literatur zahlreiche weitere Äquivalenzskalen (vgl. z.B. die Übersicht von Faik 1995, 1997). Die Wahl der jeweiligen Skala bestimmt in hohem Maße das jeweilige Ergebnis der Armutsforschung. Werden z.B. die Bedarfsgewichte für Kinder (wie in der BSHG-Skala) eher hoch angesetzt, so ist das rechnerische Einkommen vor allem größer und kinderreicher Haushalte geringer als bei anderen Skalen: Die gemessene Armut nimmt zu. In der einschlägigen Forschung ist umstritten, welcher Skala der Vorzug zu geben ist. Eine Kritik an der BSHG-Skala ist, daß sie die unterschiedlichen Wohnkosten der Haushalte nicht berücksichtigt. Dadurch werde der Einkommensbedarf von Alleinlebenden unterschätzt und der von kinderreichen Haushalten überschätzt (vgl. Hauser/Faik 1996, Andraß/Lipsmeier 1998). Eine Berücksichtigung der tatsächlichen Wohnkosten liefe aber Gefahr, bestehende Unterschiede in der Wohnungsversorgung unzulässigerweise als bedarfsgerecht auszuweisen (vgl. Eggen 1998, S. 77f). Denn im Gegensatz zu den Alleinlebenden sind gerade kinderreiche Haushalte im unteren Einkommensbereich oft mit Wohnraum unterversorgt. Für die Verwendung der BSHG-Skala spricht auch, daß sie die Grundsatznorm familiengerechter Hilfe nach § 7 BSHG erfüllt (Eggen 1998, S. 79). – Einige Wissenschaftler gehen davon aus, daß die für Kinder notwendigen Ausgaben in allen Äquivalenzskalen unterschätzt werden. Denn bei der Bedarfsmessung stehen meist die empirisch beobachteten Verbrauchsausgaben unterer Einkommensgruppen im Vordergrund. Diese seien aber "eher Ausdruck von Budgetrestriktionen als von verringerten Bedürfnissen" (Wintersberger 1998, S. 16).

Der Bezug auf den Median ist vor allem in den USA üblich. Das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften und die Länder Europas gehen bei ihren Armutsmessungen dagegen vom arithmetischen Mittel aus (vgl. Eurostat 1995). Die Verwendung des Medians drückt eher den Abstand zu typischen mittleren Einkommen aus (Kohl 1992, S. 279). Bei Anwendung des arithmetischen Mittels wird Armut eher in Beziehung zum gesamtgesellschaftlichen Wohlstand und dem Maß des dadurch Möglichen gesetzt (Kaiser 1997, S. 659).

(d) *Welches Gebiet wurde als Bezugseinheit gewählt?*

Es macht einen erheblichen Unterschied, ob relative Einkommensarmut als Abweichung vom gesamtdeutschen, vom westdeutschen, vom Schleswig-Holsteinischen oder möglicherweise auch vom ostdeutschen Mittelwert der Einkommen bestimmt wird. Im folgenden wird das *Einkommensmittel der alten Bundesländer* als Maßstab herangezogen.

Je höher der Mittelwert der Einkommen im gewählten Bezugsterritorium, desto größer ist die Zahl der Haushalte, die z.B. unter die 50 %-Schwelle fallen und als einkommensarm angesehen werden. So wird die Zahl der Armen in Westdeutschland nach unten gedrückt, wenn statt dem westdeutschen das (niedrigere) gesamtdeutsche oder gar das (noch niedrigere) ostdeutsche Mittel der Einkommen zum Vergleich herangezogen wird.

Die Wahl des Bezugsgebietes sollte davon ausgehen, welche Bezüge die Menschen selbst in ihrem Denken herstellen, und welche ökonomischen und sozialen Verflechtungen bestehen. Da die Bewohner Westdeutschlands ostdeutsche Einkommensverhältnisse keineswegs als "normal" für ihr Gebiet ansehen, scheidet diese Bezugsgröße für den vorliegenden Bericht aus. Die Menschen in Schleswig-Holstein vergleichen ihre Einkommen auch keineswegs nur mit den Einkommensverhältnissen in ihrem Bundesland, sondern mit denen in Westdeutschland insgesamt. Zudem sind die wirtschaftlichen und sozialen Verflechtungen des verhältnismäßig kleinen Bundeslands mit anderen Regionen sehr eng.

2.3 Datengrundlagen

2.3.1 Sekundäranalysen vorhandener Daten

Die Teile des Landesarmutsberichts, die der Darstellung der Einkommensarmut dienen, (Kap. 3) beruhen auf Auswertungen bereits vorliegender Daten (Sekundäranalysen). Die wichtigsten Datengrundlagen stellen hierbei die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe und der Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes sowie die Sozialhilfestatistiken der Bundesländer bereit.

2.3.1.1 Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) wird seit 1963 in fünfjährigem Abstand durchgeführt. Die neueste auswertbare EVS stammt aus dem Jahr 1993.⁴ Sie liegt Teilen des Abschnitts 3.1 dieses Berichts zugrunde.⁵

Ziel der Einkommens- und Verbrauchsstichproben ist es, Daten über die Einnahmen, Ausgaben und Vermögen von Haushalten und zum Teil von Personen, gegliedert nach deren sozio-ökonomischen Merkmalen, bereitzustellen. Hierzu werden nicht nur Befragungen durchgeführt, die Probanden führen zum Teil auch Haushaltsbücher, die mit ausgewertet werden. Diese inhaltliche und methodische Ausrichtung macht die Daten der EVS ausgesprochen wertvoll für den Landesarmutsbericht. Allerdings ist die Zahl der in Schleswig-Holstein erfaßten Personen etwas knapp, um aufgefächerte statistische Auswertungen vorzunehmen. 1993 wurden im gesamten Bundesgebiet etwa 70.000 Haushalte in der EVS erfaßt, davon 1.782 in Schleswig-Holstein. Bedenkt man, daß – überschlägig gerechnet – ein gutes Zehntel der Bevölkerung als arm gilt, so befinden sich hierunter nur ca. 200 arme Haushalte. Diese geringe Zahl von Haushalten erschwert feinere Untergliederungen und macht Berechnungen von Zusammenhängen (etwa zwischen Familienform und Einkommenshöhe) sehr unsicher. Hinzu kommt, daß Teile der Armutsbevölkerung (z.B. Nichtdeutsche, Heimbewohner, Wohnungslose) nicht in der EVS erfaßt sind. Auch Haushalte mit besonders hohem Einkommen sind nicht vertreten.

2.3.1.2 Mikrozensus

Der Mikrozensus ist eine jährlich vorgenommene Stichprobenerhebung, die 1 % der Haushalte der Bevölkerung Deutschlands umfaßt. Seit 1957 werden hierdurch vielfältige Informationen über die wirtschaftliche und soziale Lage der Bevölkerung ermittelt. Die Stichprobe umfaßt etwa 800.000 Personen in rund 350.000 Haushalten. Darin enthalten sind ca. 27.000 Personen (3,3 %) aus Schleswig-Holstein. Dies sind völlig ausreichende Fallzahlen. Auch einkommensschwache Haushalte sind genügend repräsentiert, da Auskunftspflicht besteht. Aufgrund des breiten Themenspektrums (soziodemographische Angaben, Situation auf dem Arbeitsmarkt, Quellen des Lebensunterhalts und Nettoeinkommen, soziale Sicherung, Tätigkeitsmerkmale, Aus- und Weiterbildung etc.) sind in den Daten des Mikrozensus aber nur wenige und grobe Angaben enthalten, die für den Landesarmutsbericht von Interesse sind. Vor allem bietet der Mikrozensus nur ungenaue Einkommensangaben. Die Einkommen wurden durch Selbsteinstufung in 18 vorgegebene Einkommensgruppen erfragt. Bei dieser Selbsteinstufung wird die Einkommenshöhe vermutlich oft unterschätzt (Eggen 1998, S. 60ff.). Die gruppierten Einkommensangaben zwingen in Armutsanalysen zudem zu fragwürdigen methodischen Kunstgriffen.⁶ Besonders bedenklich ist, daß monatliche Netto-

⁴ Die 1998 durchgeführte EVS ist noch nicht auswertbar.

⁵ Ausgewertet von Thomas Seng, Neu-Isenburg.

⁶ Sie zwingen bei der Berechnung der relativen Einkommensarmut (vgl. 3.1) dazu, externe (nicht dem Mikrozensus entnommene) Einkommensdurchschnitte als Bezugsgrößen heranzuziehen und als Armutsgrenzen jene Grenzen von Einkommensklassen zu verwenden, die 40 % oder 50 % oder 60 % des Durchschnitts am nächsten liegen. Im vorliegenden Bericht wurden die als Bezugsgrößen verwendeten Einkommensdurchschnitte aus dem Sozio-Ökonomischen Panel, einer jährlich wiederholten Längsschnittuntersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung und des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung, entnommen.

einkommen über 7.500 DM gänzlich undifferenziert bleiben. Daten aus dem Mikrozensus des Jahres 1995⁷ wurden vor allem an jenen Stellen des Abschnitts 3.1 des Landesarmutsberichts verwendet, wo personen- und nicht haushaltsbezogene Daten gebraucht wurden.⁸

2.3.1.3 Sozialhilfestatistik

Die Sozialhilfestatistik wird jährlich seit 1963 erstellt. Aufgabe der Statistik ist es, über den Umfang der Leistungen und über den Personenkreis der Empfänger(innen) von Sozialhilfe zu informieren. Dazu werden örtliche und überörtliche Träger der Sozialhilfe befragt. Die Statistik wird von den einzelnen Bundesländern erhoben und vom Statistischen Bundesamt zusammengeführt. Sie dient Bund und Ländern als Grundlage zur weiteren Planung, Fortentwicklung und Abschätzung finanzieller Auswirkungen der Sozialhilfe. Für den Abschnitt 3.2 des Landesarmutsberichts wurden aus den Sozialhilfestatistiken des Landes Schleswig-Holstein und des Bundes umfangreiche Angaben über Bedarfsgemeinschaften und Empfänger(innen) laufender Hilfe zum Lebensunterhalt verwendet. Sie informieren u.a. über die Gesamtzahl der Personen, die innerhalb eines Jahres laufende Hilfe zum Lebensunterhalt erhalten haben, über soziodemographische Daten dieses Personenkreises und über Ursachen der Hilfestellung.

Die Sozialhilfestatistik hat 1994 wesentliche Änderungen erfahren. Zum einen wurde die Empfängerstatistik neu gestaltet, insbesondere was die Bezieher laufender Hilfe zum Lebensunterhalt betrifft. Der Merkmalskatalog wurde bedeutend erweitert. Erstmals liegen seither auch Angaben über die Dauer des Leistungsbezugs und über die Einkommenssituation der Hilfeempfänger(innen) vor. Zum anderen ist im November 1993 das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) in Kraft getreten. Asylbewerber(innen) haben seitdem keinen Anspruch auf Sozialhilfe mehr. Angaben über Leistungen an Asylbewerber(innen), abgelehnte Bewerber(innen), die zur Ausreise verpflichtet sind, und an geduldete Ausländer(innen) werden seit 1994 nicht mehr in der Sozialhilfestatistik, sondern in einer gesonderten Asylbewerberleistungsstatistik erfaßt.

Die Daten der Sozialhilfestatistik sind daher seit 1994 nur noch eingeschränkt mit denen vorangegangener Jahre vergleichbar. Zeitreihen sind nur auf der Basis der Jahresendzahlen möglich. Dabei sind lediglich einige Grunddaten deutscher Empfänger(innen) vergleichbar. Sozialhilfequoten für die nichtdeutsche Bevölkerung und für unterschiedliche Lebensformen sind mit früheren Angaben nur bedingt vergleichbar.⁹

⁷ Dies sind die aktuellsten Daten, die das Statistische Bundesamt zur Auswertung bereitstellte.

⁸ Der Mikrozensus des Landes Schleswig-Holstein wurde ausgewertet von Thomas Seng, Neulsenburg. Die Auswertung des Mikrozensus Westdeutschland wurde von Wolfgang Strengmann-Kuhn, Universität Frankfurt, zur Verfügung gestellt.

⁹ Ferner gab es Anlaufschwierigkeiten nach der Statistikumstellung. Von 1994 bis 1996 wurden Untererfassungen festgestellt, zum Beispiel in Schleswig-Holstein 1996 im Bereich der Hilfe zum Lebensunterhalt.

2.3.2 Primärerhebungen

Bislang fehlten die Datengrundlagen, um – den Zielen des Landesarmutsberichts entsprechend – die Auswirkungen von Armut auf Kinder und familiale Lebenszusammenhänge in Schleswig-Holstein darzustellen. Daher waren eigenständige Untersuchungen erforderlich.

Es wurden drei Befragungen durchgeführt:

- Eine schriftliche Befragung von Klient(inn)en sozialer Einrichtungen, die arme und armutsnahe Familien betreuen,
- eine mündliche Befragung armer Familien mittels Intensivinterviews sowie
- Expertengespräche mit Vertreter(innen) von Wohlfahrtsverbänden, Sozialämtern und der Sozialarbeit.

Ziel dieser Untersuchungen war es, ein möglichst "ganzheitliches" Bild der Lebenslagen von Familien und Kindern zu gewinnen. Neben der Bandbreite "objektiver" Lebensbedingungen sollten die unterschiedlichen Lebenswege in und durch die Armut erforscht und die "subjektiven" Deutungs- und Bewältigungsmuster identifiziert werden. Dabei sollte es, vor allem im Rahmen der Intensivinterviews, den Betroffenen ermöglicht werden, ihre eigene Sicht von Armut in den Bericht einzubringen.

2.3.2.1 Schriftliche Befragung

Die schriftliche Befragung mittels eines standardisierten Fragebogens diente dazu, quantitativ abgesicherte Erkenntnisse über die Lebenslagen armer Familien zu erlangen. Es wurden nur Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren im Haushalt befragt. Erhoben wurden insbesondere Informationen über

- die Versorgung in relevanten Dimensionen der Lebenslage (Einkommen, Bildung, Wohnen, Erwerbsarbeit, Gesundheit, soziale Integration)
- Gründe und biographische Anlässe der Armutssituation,
- Art und Ausmaß der alltäglichen finanziellen Einschränkungen und
- Einstellungen und Aktivitäten zur Bewältigung der Armut.

Die Untersuchung beschränkte sich bewußt nicht auf Arme im Sinne der Einkommensdefinition oder gar auf Bedarfsgemeinschaften von Sozialhilfeempfänger(innen). Da die Vielfalt der Erscheinungsformen der Armut sich ausweitet und gewisse, offenbar zunehmende Armutsphänomene nicht notwendig Einkommensarmut oder Sozialhilfebezug bedeuten, wurden im Sinne der o.a. Lebenslagendefinition neben manifest armen auch latent arme und armutsnahe Familien befragt, wie z.B. überschuldete Familien.

Hierzu wurde eine Befragung von Klient(inn)en sozialer Einrichtungen durchgeführt, die Familien in Armut und armutsnahen Situationen helfen. Dabei handelte es sich um

- Sozialämter
- Beratungsstellen der freien Wohlfahrtsverbände (DRK, Arbeiterwohlfahrt, Caritas, Diakonisches Werk) aus den Bereichen Schuldner-, Sucht-, Wohnungs-

- losen-, Migrations-, Kur-, Familien- und Schwangerschaftskonfliktberatung,
- Beratungsstellen der hauptamtlichen kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten,
- Kleiderkammern,
- Einrichtungen des Deutschen Kinderschutzbundes sowie
- Einrichtungen von Selbsthilfeorganisationen, die im DPWV organisiert sind (z.B. Arbeitslosenselbsthilfe, VAMV).

In diesen Einrichtungen war eine große Zahl von Mitarbeiter(inne)n bereit, Klient(inn)en, die mit Kindern zusammenleben und sich in Armut oder einer armutsnahen Situation befinden, um ihre Teilnahme an der Befragung zu bitten und ihnen bei Einwilligung den Fragebogen zum Selbstauffüllen auszuhändigen. Die Auswahl der Befragten erfolgte so weit wie möglich nach einem Zufallsverfahren, z.B. wurde jede(r) dritte Klient(in) ausgewählt. Jedem Fragebogen lag ein Anschreiben an die Befragten und ein datengeschützter Antwortumschlag bei, durch den die Anonymität sowohl gegenüber den Betreuer(innen) und Sachbearbeiter(innen) in den Einrichtungen wie auch gegenüber den auswertenden Sozialwissenschaftler(inne)n gewahrt wurde (vgl. das Anschreiben an die Mitarbeiter im Anhang 7.3.1.1).

Die Befragung fand in der Zeit vom 18. März bis zum 17. April 1998 statt¹⁰. Aufgrund der Urlaubszeit und aus arbeitsorganisatorischen Gründen konnten einige Einrichtungen ihre Zusagen nicht im geplanten Umfang oder überhaupt nicht realisieren. Es wurden ca. 700 Fragebögen verteilt. Hiervon wurden 464 ausgefüllte Fragebögen an uns zurückgesandt. Zur Auswertung geeignet waren Fragebögen von 430 Familien.¹¹

Die Ergebnisse der schriftlichen Befragung können Repräsentativität im Hinblick auf Gruppenvergleiche innerhalb der armen und armutsnahen Familien in Schleswig-Holstein beanspruchen. So waren Rückschlüsse auf typische Lebenslagen von armen Familien möglich, und es konnten statistisch fundierte Vergleiche zwischen den einzelnen Gruppierungen armer Familien durchgeführt werden, beispielsweise Vergleiche der Lebenslagen und Armutsrisiken verschiedener Qualifikationsstufen und Haushaltstypen in Schleswig-Holstein. Hierzu lagen bislang keine Daten vor. Die Resultate der schriftlichen Befragung können jedoch keine Repräsentativität für die armen Familien Schleswig-Holsteins im Vergleich zur Gesamtbevölkerung beanspruchen.¹² Aufgrund der durchgeführten empirischen Vorgehensweise fehlen auch Informationen über "verschämte" Armut. Denn es wurden nur Arme befragt, die sich hilfeschend an eine soziale Einrichtung gewandt hatten.¹³

Die Befragungsergebnisse wurden mit Hilfe eines computergestützten Statistikprogramms (SPSS) ausgewertet.

¹⁰ Einzelne Fragebögen wurden noch im Juni und Juli 1998 zurückgeschickt.

¹¹ Damit liegen personenbezogene Angaben von 430 Elternteilen und 895 Kindern in den befragten Familien vor.

¹² Dies zu erreichen, hätte die Befragung eines repräsentativen Bevölkerungsquerschnitts von ca. 20.000 Personen und einer eingehenderen Befragung der hieraus ermittelten armen Familien erfordert. Daran war angesichts der vorhandenen finanziellen und zeitlichen Ressourcen nicht zu denken. Gleichwohl zeigen punktuelle Überprüfungen, daß die Befragungsergebnisse einer Gesamtrepräsentativität recht nahe kommen.

¹³ Schließlich befanden sich unter den befragten Klient(inn)en neben armen und armutsnahen, auch einige nicht arme Familien, die aus anderen Motiven (z.B. in Familienberatungsstellen) um Beratung nachsuchten.

2.3.2.2 Intensivinterviews

Vom 21. bis 27. März 1998 wurden insgesamt 37 Intensivinterviews mit armen Familien in ganz Schleswig-Holstein durchgeführt. Im Mittelpunkt dieser Befragung standen biographische und innerfamiliäre Armutsprozesse sowie das subjektive Erleben und Verarbeiten von Armut. Als Interviewer(innen) wurden eigens ausgebildete Studierende der Universität Mainz eingesetzt.

Die Interviews gliederten sich in einen Erzählteil und problemzentrierte Nachfragen entlang eines flexibel zu handhabenden Gesprächsleitfadens (siehe Anhang 7.3.2.1). Abschließend wurde den Interviewpartner(inne)n ein kurzer Fragebogen zu biographischen und soziodemographischen Themen vorgelegt. Die Interviews wurden auf Tonband aufgezeichnet. Zusätzlich wurden Randbeobachtungen (Wohnsituation, Kleidung, Auftreten etc.) und die Interviewsituation erfaßt.

Die armen Familien wurden zur Befragung aufgrund folgender Gesichtspunkte ausgewählt. Befragt wurden: arme

- Alleinerziehende
- überschuldete Familien
- Migrantenfamilien
- arbeitslose Familien und
- kinderreiche Familien.

Bei der Auswahl der Befragten wurde darauf geachtet, jeweils möglichst kontrastierende Lebenssituationen zu erfassen (Jüngere/Ältere, Kurz-/Langzeitarme, Stadt-/Landbewohner etc.).

Der Zugang zu den Befragten erfolgte über Expert(inn)en, die wir gebeten hatten, uns "typische Fälle" zu vermitteln, sowie durch direkten Zugang ("scouting") zu den Gesprächspartner(inne)n in Wohngebieten mit hoher Armutsdichte, Sozialämtern und bei der "Kieler Tafel".

Etwa die Hälfte der Interviews fand als Gruppengespräch statt. Neben den Befragten waren Partner, Kinder oder auch Angehörige anwesend, die sich teilweise mit am Gespräch beteiligten.

Die Auswertung erfolgte durch Transskription, qualitative Inhaltsanalyse (Zusammenfassung und Systematisierung der Textbestandteile aufgrund ausgewählter Fragestellungen) und hermeneutische Textinterpretation (Einzelfallverstehen und -vergleich).

2.3.2.3 Expertenbefragung

Ziel der Expertenbefragungen war es, Einschätzungen zur Armutssituation in Schleswig-Holstein zu gewinnen. Es wurden zwei Expertenrunden (Oktober 1997 und Oktober 1998) und mehrere vertiefende Einzelgespräche (März 1998) durchgeführt. Beteiligt waren haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter(innen) der freien Wohlfahrtsverbände (DPWV, DRK, Caritas, Arbeiterwohlfahrt, DKSB, VAMV) und Vertreter(innen) von kommunalen Gleichstellungsbeauftragten und Sozialämtern. In einer ersten Experten-

runde wurden Problemdimensionen (z.B. latenter Armut) und Fragestellungen aufgedeckt, die in die quantitative und qualitative Befragung von armen Familien Eingang finden sollten. In einer zweiten Runde haben die Experten zur Interpretation der Ergebnisse der schriftlichen und mündlichen Befragungen beigetragen.

Themen der Expertenbefragungen waren

- in der Öffentlichkeit wenig bekannte Tendenzen der Armutsentwicklung in Schleswig-Holstein,
- die spezifische Situation von Familien und Kindern (Versorgungslage, soziale Sicherungsdefizite, Problemgruppen) sowie
- Strategien der Armutsvermeidung und Armutsbekämpfung.

3. Einkommensarmut in Schleswig-Holstein und in Westdeutschland

Dieses Berichtskapitel stellt die Einkommensarmut in Schleswig-Holstein dar und vergleicht sie mit den Verhältnissen in anderen Bundesländern und in Westdeutschland. Die hervorgehobene Stellung des Einkommens ergibt sich daraus, daß es in marktwirtschaftlich verfaßten Gesellschaften zweifellos das wichtigste Mittel zur Teilhabe an Lebensstandard und Kultur darstellt. Geld kann in vielen Lebensbereichen zur Befriedigung eines breiten Spektrums von Bedürfnissen eingesetzt werden.

3.1 Relative Einkommensarmut

Die *Einkommensverteilung* Schleswig-Holsteins unterscheidet sich nicht wesentlich von der Westdeutschlands im ganzen (vgl. Tab. 1). Sie ist lediglich im unteren Einkommensbereich geringfügig gleicher als im westdeutschen Durchschnitt. Das einkommensschwächste Fünftel der Haushalte verfügte 1993 in Schleswig-Holstein über 9,5 % der Gesamteinkommen, das einkommensschwächste Haushaltsquintil Westdeutschlands nur über 9,2 %.

Tab. 1: Die Anteile der Bevölkerungsfünftel am Gesamteinkommen in Schleswig-Holstein und in Westdeutschland 1993

	Anteil von je einem Fünftel der Haushalte am gesamten Nettoäquivalenzeinkommen aller Haushalte des jeweiligen Gebiets (in %)				
	1. Fünftel	2. Fünftel	3. Fünftel	4. Fünftel	5. Fünftel
Schleswig-Holstein	9,5	13,7	17,3	22,4	37,0
Westdeutschland	9,2	13,6	17,6	22,6	37,0

Daten: EVS 1993; BSHG-Skala.

Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Auch was das *Ausmaß der Armut* betrifft, zeigen sich nur geringe Unterschiede zwischen Schleswig-Holstein und ganz Westdeutschland. In mancher Hinsicht war 1993 die Verbreitung relativer Einkommensarmut in Schleswig-Holstein ein wenig geringer als im Rest Westdeutschlands. 1993 mußten in Schleswig-Holstein 11,3 % und in Westdeutschland 11,5 % aller Privathaushalte in Armut leben.

Damit belegte Schleswig-Holstein einen Mittelplatz in der Rangfolge der alten Bundesländer. Das geringste Ausmaß der Armut hatte 1993 Bayern aufzuweisen. Die höchsten Anteile armer Menschen lebten in West-Berlin und in Nordrhein-Westfalen (vgl. Tab. 2).

Tab. 2: Armutsquoten in den Ländern Westdeutschlands 1993

Rang	Bundesland	Armutsquote
1	Bayern	9,4
2	Bremen	9,7
3	Hessen	10,5
4	Saarland	10,6
5	Baden-Württemberg	10,7
6	Schleswig-Holstein	11,4
7	Hamburg	11,8
8	Niedersachsen	12,3
9	Rheinland-Pfalz	12,7
10	Berlin-West	13,0
10	Nordrhein-Westfalen	13,0

Daten: EVS 1993; BSHG-Skala; Armutsquoten (50%-Grenze) in %.
Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Die Lage im Bereich *strenger Armut* stellte sich in Schleswig-Holstein sogar ein gutes Stück günstiger dar als in den alten Bundesländern im ganzen: In Schleswig-Holstein mußten 1993 nur 3,8 % aller Haushalte mit höchstens 40 % des westdeutschen Durchschnittseinkommens auskommen, in ganz Westdeutschland dagegen 4,8 %. – Eine (Teil-)Erklärung für diese vergleichsweise befriedigende Situation ist wohl in dem relativ hohen Bevölkerungsanteil zu finden, der in Schleswig-Holstein Sozialhilfe (Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen) bezieht. Wer auf Sozialhilfeniveau lebt, hat üblicherweise etwas mehr als 40 % des durchschnittlichen Äquivalenzeinkommens zur Verfügung. Das in Schleswig-Holstein relativ dicht geknüpfte soziale Netz der Sozialhilfe sorgt offenbar dafür, daß hier relativ wenige Haushalte "durch die Maschen fallen" und mit 40 % oder weniger des Durchschnittseinkommens leben müssen.

Dagegen war die Situation im Bereich der *Niedrigeinkommen* in Schleswig-Holstein etwas ungünstiger als in Westdeutschland: In Schleswig-Holstein lebten 1993 21,9 % der Haushalte in so beengten finanziellen Verhältnissen und damit etwas mehr als in Westdeutschland insgesamt (21,5 %).

3.1.1 Haushalts- und Familienformen

Gliedert man die Haushalte nach Typen auf, so ergibt sich folgendes Bild:

Tab. 3: Niedrigeinkommen nach Haushaltstyp in Schleswig-Holstein und in Westdeutschland 1993

Haushaltstyp	Schleswig-Holstein	Westdeutschland
Einpersonenhaushalte	21,6	21,2
Paare ohne Kinder	11,2	13,5
Mehrpersonenhaushalte mit 1 Kind < 18 Jahren	25,5	24,1
Mehrpersonenhaushalte mit 2 Kindern < 18 Jahren	42,6	34,5
Mehrpersonenhaushalte mit 3 und mehr Kindern < 18 Jahren	58,4	55,6
sonstige Haushalte	16,6	14,2
<i>Haushalte insgesamt</i>	<i>21,9</i>	<i>21,5</i>

Quelle: EVS 1993; BSHG-Skala; Armutsquoten (60%-Grenze) in % der Haushalte.
Daten: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Tab. 4: Armut nach Haushaltstyp in Schleswig-Holstein und in Westdeutschland 1993

Haushaltstyp	Schleswig-Holstein	Westdeutschland
Einpersonenhaushalte	12,0	12,0
Paare ohne Kinder	5,5	6,4
Mehrpersonenhaushalte mit 1 Kind < 18 Jahren	12,6	12,1
Mehrpersonenhaushalte mit 2 Kindern < 18 Jahren	17,3	18,6
Mehrpersonenhaushalte mit 3 und mehr Kindern < 18 Jahren	30,0	35,8
sonstige Haushalte	11,7	6,4
<i>Haushalte insgesamt</i>	<i>11,3</i>	<i>11,5</i>

Daten: EVS 1993; BSHG-Skala; Armutsquoten (50%-Grenze) in % der Haushalte.
Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Tab. 5: Strenge Armut nach Haushaltstyp in Schleswig-Holstein und in Westdeutschland 1993

Haushaltstyp	Schleswig-Holstein	Westdeutschland
Einpersonenhaushalte	3,8	4,6
Paare ohne Kinder	0,9	2,6
Mehrpersonenhaushalte mit 1 Kind < 18 Jahren	4,2	4,8
Mehrpersonenhaushalte mit 2 Kindern < 18 Jahren	7,0	8,0
Mehrpersonenhaushalte mit 3 und mehr Kindern < 18 Jahren	10,9	17,5
sonstige Haushalte	6,5	2,8
<i>Haushalte insgesamt</i>	<i>3,8</i>	<i>4,8</i>

Daten: EVS 1993; BSHG-Skala; Armutsquoten (40%-Grenze) in % der Haushalte.
Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Vergleicht man die Alleinlebenden (*Einpersonenhaushalte*) mit dem Durchschnitt aller Haushalte, so zeigen die Tabellen 3, 4 und 5, daß das Armutsrisiko der Alleinlebenden 1993 im großen und ganzen so hoch war wie das der Haushalte insgesamt. Dies gilt für Schleswig-Holstein und für Westdeutschland gleichermaßen.

Stellt man Schleswig-Holstein und Westdeutschland gegenüber, so ergibt sich aus den Tabellen 3 und 4, daß Armut und Niedrigeinkommen 1993 unter Alleinlebenden (Einpersonenhaushalten) in Schleswig-Holstein genau so weit verbreitet waren wie unter den Alleinlebenden in Westdeutschland insgesamt. Die Alleinlebenden in Schleswig-Holstein mußten aber deutlich seltener als die Alleinlebenden im Durchschnitt der alten Bundesländer in strenger Armut leben (vgl. Tab. 5).

Paare (mit und ohne Trauschein) *ohne Kinder* waren 1993 sowohl in Schleswig-Holstein als auch in ganz Westdeutschland wesentlich seltener arm als alle anderen Haushaltstypen und auch als alle Haushalte im ganzen.

Tabelle 5 zeigt, daß kinderlose Paare (mit und ohne Trauschein) 1993 in Schleswig-Holstein praktisch keiner strengen Armut ausgesetzt waren, während im Mittel der alten Bundesländer immerhin jedes 40. kinderlose Paar in strenger Armut wirtschaften mußte. Auch Armut und Niedrigeinkommen waren 1993 bei Paaren ohne Kinder in Schleswig-Holstein etwas seltener anzutreffen als in den alten Bundesländern insgesamt (vgl. Tab. 4 und 3). Dies gilt allerdings nicht für junge kinderlose Paare unter 30 Jahren. Sie wiesen in Schleswig-Holstein ein höheres Armutsrisiko als in Westdeutschland insgesamt auf (vgl. Tab. 7). – Vermutlich spiegeln sich hierin weniger alters- oder lebensformtypische Armutsgefahren als arbeitsmarktypische Risiken: Denn

unter den armen jungen kinderlosen Paaren befanden sich überproportional viele Bezugspersonen ohne Berufsausbildung und Arbeitslose.

Tabelle 4 weist aus, daß die *Familien mit Kindern* unter 18 Jahren im Haushalt – hierin sind einstweilen sowohl Alleinerziehende als auch Zwei-Eltern-Familien enthalten – 1993 sowohl in Schleswig-Holstein wie auch im westdeutschen Durchschnitt einem höheren Armutsrisiko ausgesetzt waren als der Durchschnitt aller Haushalte. Hierbei stieg das Armutsrisiko mit der Kinderzahl steil an. So waren 1993 in Schleswig-Holstein von allen Familien mit nur einem Kind im Haushalt 12,6 % arm. Die Familien mit zwei unmündigen Kindern waren 1993 in Schleswig-Holstein zu 17,3 % arm. Und die Familien mit drei und mehr Kindern im Haushalt mußten zu 30 % in Armut leben.

Vergleicht man Schleswig-Holstein mit ganz Westdeutschland, so zeigt Tabelle 5, daß die Mehrpersonenhaushalte mit Kindern 1993 in Schleswig-Holstein etwas seltener in strenger Armut lebten als in Westdeutschland insgesamt. Unter den Haushalten mit drei und mehr Kindern unter 18 Jahren war in Schleswig-Holstein sogar deutlich weniger strenge Armut als im Schnitt der alten Bundesländer anzutreffen. Auch diese Befunde sprechen für eine vergleichsweise erfolgreiche Armutsbekämpfung in Schleswig-Holstein. Allerdings lebte selbst in Schleswig-Holstein ein gutes Zehntel aller kinderreichen Haushalte (mit 3 und mehr Kindern) in strenger Armut, in Westdeutschland sogar volle 17,5 %.

Aus Tabelle 4 geht hervor, daß Haushalte mit Kindern 1993 in Schleswig-Holstein ein etwa gleich hohes Armutsrisiko aufwiesen wie in den westdeutschen Bundesländern insgesamt. Nur die kinderreichen Haushalte in Schleswig-Holstein mußten 1993 etwas seltener in Armut leben als in den übrigen Bundesländern. Dabei ist aber zu bedenken, daß 1993 auch in Schleswig-Holstein fast ein Drittel, in ganz Westdeutschland sogar mehr als ein Drittel der kinderreichen Haushalte arm waren. – Diese Zahlen zeigen bereits, in wie hohem Maße sich Armutsrisiken auf Kinder verlagert haben.

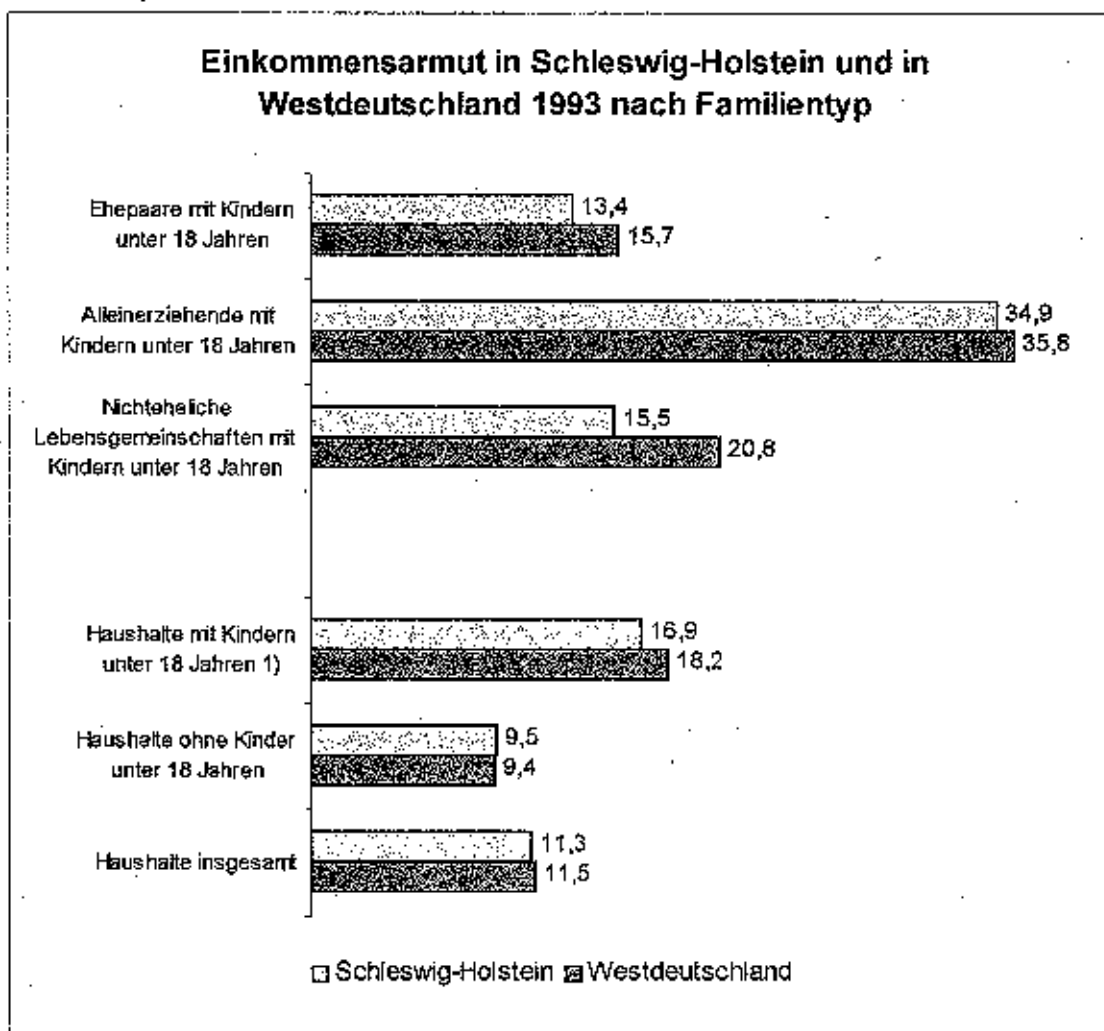
Tabelle 3 macht deutlich, daß im Unterschied zu Armut und strenger Armut Niedrigeinkommen in Schleswig-Holstein in Familien mit Kindern unter 18 Jahren im Haushalt etwas häufiger als im westdeutschen Durchschnitt anzutreffen waren. In schleswig-holsteinischen Familien mit zwei unmündigen Kindern waren Niedrigeinkommen sogar deutlich häufiger als im westdeutschen Mittel anzutreffen. – Dies spricht wiederum dafür, daß die Einkommensverteilung in Schleswig-Holstein keinesfalls besser vor Armut schützt als in Westdeutschland überhaupt, wohl aber das System der Armutsbekämpfung.

In *"sonstigen Haushalten"* (dies sind z.B. Wohngemeinschaften und Haushalte von Familien mit ausschließlich erwachsenen Kindern) finden sich in Westdeutschland durchweg geringere Armutsquoten als in den meisten anderen Haushaltstypen und auch als im Durchschnitt der Haushalte insgesamt (vgl. Tab. 3 bis 5). In Schleswig-Holstein unterliegen dagegen die *"sonstigen Haushalte"* meist höheren Armutsrisiken als andere Haushalte. Dies gilt insbesondere für strenge Armut (vgl. Tab. 5), unter der in Schleswig-Holstein fast doppelt so viele *"sonstige Haushalte"* leiden als im Haushaltsdurchschnitt. Nur die Niedrigeinkommen (vgl. Tab. 3) der *"sonstigen Haushalte"* bewegen sich in Schleswig-Holstein fast so weit unter dem Durchschnitt aller Haushalte wie in Westdeutschland insgesamt.

Bei der Gegenüberstellung Westdeutschlands und Schleswig-Holsteins ergibt sich denn auch, daß die "sonstigen Haushalte" dort zum Teil wesentlich höheren Armutsrisiken ausgesetzt waren als in Westdeutschland. Sie lebten 1993 mehr als doppelt so oft in strenger Armut, fast doppelt so oft in Armut und etwas häufiger im Bereich der Niedrigeinkommen als die "sonstigen Haushalte" Westdeutschlands (vgl. Tab. 3 bis 5). – Die Gründe hierfür konnten wir nicht ermitteln.

Die Unterscheidung nicht nur von Haushalts-, sondern auch von *Familienformen* erlaubt es, die Mehrpersonenhaushalte weitergehend zu differenzieren und so unter anderem die besondere Situation von Alleinerziehenden und Nichtehelichen Lebensgemeinschaften zu erkennen.

Abb. 1



1) Ehepaare, Alleinerziehende, nichteheliche Lebensgemeinschaften und sonstige Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren zusammen.

Daten: EVS 1993; BSHG-Skala; Armutsquoten (50%-Grenze) in % der Familien bzw. Haushalte.

Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Hiernach hatten die Haushalte mit Kindern insgesamt 1993 in Westdeutschland das doppelte, in Schleswig-Holstein immerhin fast das doppelte Armutsrisiko der kinder-

losen Haushalte zu tragen (vgl. Abb. 1). Von den Alleinerziehenden mit unmündigen Kindern war 1993 sowohl in Schleswig-Holstein als auch in Westdeutschland ein gutes Drittel arm. Dieses Armutsrisiko war in Schleswig-Holstein fast drei mal so hoch, in Westdeutschland gut doppelt so hoch wie die Armutsquote von Ehepaaren mit Kindern unter 18 Jahren. Denn in Schleswig-Holstein waren Ehepaare mit Kindern seltener arm als im westdeutschen Durchschnitt.

Die Alleinerziehenden mit unmündigen Kindern im Haushalt hatten in Schleswig-Holstein mit 13,7 % ein wesentlich niedrigeres Risiko der strengen Armut als in Westdeutschland generell (20,8 %) zu tragen. Da sich die Risiken der Armut, wie im übrigen auch der Niedrigeinkommen, von Alleinerziehenden in Schleswig-Holstein nicht gravierend von denen Alleinerziehender in Westdeutschland unterscheiden, ist davon auszugehen, daß das geringere Risiko der strengen Armut nicht aus einer in Schleswig-Holstein besonders vorteilhaften Einkommensverteilung, sondern aus einer relativ dichten Sozialhilfeabsicherung resultiert.

3.1.2 Haushalte nach Alter

Je jünger die Bezugspersonen von Haushalten sind, desto höher ist im allgemeinen ihr Risiko, in Armut leben zu müssen. Dies gilt für alle Schweregrade von Armut und traf 1993 für Schleswig-Holstein und für Westdeutschland gleichermaßen zu (vgl. Tab. 6 bis 8). Nur die Älteren (mindestens 65-Jährigen) hatten im Hinblick auf bestimmte Armutsgrade wieder ein etwas höheres Armutsrisiko als mittlere Altersgruppen zu tragen. Aber auch diese Quoten der Altersarmut blieben in Schleswig-Holstein wie auch im Durchschnitt Westdeutschlands unter dem Durchschnitt der Gesamtbevölkerung.

Tab. 6: Niedrigeinkommen nach Alter der Haushaltsbezugsperson in Schleswig-Holstein und in Westdeutschland 1993

Haushaltstyp	Schleswig-Holstein	Westdeutschland
<i>Bezugsperson bis 29 Jahre</i>	30,5	32,1
Einkommensarme Einpersonenhaushalte	30,1	31,1
Paare ohne Kinder	21,8	17,4
Mehrpersonenhaushalte mit 1 Kind < 18 Jahren	/	43,2
Mehrpersonenhaushalte mit 2 Kindern < 18 Jahren	(59,0)	65,0
Mehrpersonenhaushalte mit 3 und mehr Kindern < 18 J.	/	83,7
<i>Bezugsperson 30 bis 49 Jahre</i>	26,4	23,3
Einkommensarme Einpersonenhaushalte	14,5	15,5
Paare ohne Kinder	7,8	6,2
Mehrpersonenhaushalte mit 1 Kind < 18 Jahren	25,9	20,6
Mehrpersonenhaushalte mit 2 Kindern < 18 Jahren	41,1	32,5
Mehrpersonenhaushalte mit 3 und mehr Kindern < 18 J.	59,4	55,0
<i>Bezugsperson 50 bis 64 Jahre</i>	13,3	15,2
Einkommensarme Einpersonenhaushalte	19,4	17,9
Paare ohne Kinder	6,3	10,9
Mehrpersonenhaushalte mit 1 Kind < 18 Jahren	18,6	24,2
Mehrpersonenhaushalte mit 2 Kindern < 18 Jahren	(44,3)	32,3
Mehrpersonenhaushalte mit 3 und mehr Kindern < 18 J.	/	50,0
<i>Bezugsperson 65 Jahre und älter</i>	21,9	21,0
Einkommensarme Einpersonenhaushalte	23,2	22,4
Paare ohne Kinder	17,0	19,5
Mehrpersonenhaushalte mit 1 Kind < 18 Jahren	/	48,7
Mehrpersonenhaushalte mit 2 Kindern < 18 Jahren	/	38,5
Mehrpersonenhaushalte mit 3 und mehr Kindern < 18 J.	/	12,1
<i>Haushalte insgesamt</i>	21,9	21,5

() eingeschränkt aussagefähiger Wert.

/ wegen zu geringer Fallzahl kein Wert möglich.

Daten: EVS 1993; BSHG-Skala; Armutsquoten (60%-Grenze) in % der Haushalte.

Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Tab. 7: Armut nach Alter der Haushaltsbezugsperson in Schleswig-Holstein und in Westdeutschland 1993

Haushaltstyp	Schleswig-Holstein	Westdeutschland
<i>Bezugsperson bis 29 Jahre</i>	18,0	19,8
Einpersonenhaushalte	18,7	20,6
Paare ohne Kinder	16,3	10,9
Mehrpersonenhaushalte mit 1 Kind < 18 Jahren	/	22,2
Mehrpersonenhaushalte mit 2 Kindern < 18 Jahren	(39,8)	35,9
Mehrpersonenhaushalte mit 3 und mehr Kindern < 18 J.	/	64,7
<i>Bezugsperson 30 bis 49 Jahre</i>	12,1	13,2
Einpersonenhaushalte	6,9	10,0
Paare ohne Kinder	2,3	3,7
Mehrpersonenhaushalte mit 1 Kind < 18 Jahren	13,8	9,9
Mehrpersonenhaushalte mit 2 Kindern < 18 Jahren	16,2	17,4
Mehrpersonenhaushalte mit 3 und mehr Kindern < 18 J.	31,0	35,4
<i>Bezugsperson 50 bis 64 Jahre</i>	8,1	7,5
Einpersonenhaushalte	12,3	9,9
Paare ohne Kinder	2,7	5,0
Mehrpersonenhaushalte mit 1 Kind < 18 Jahren	12,5	13,4
Mehrpersonenhaushalte mit 2 Kindern < 18 Jahren	(17,4)	17,5
Mehrpersonenhaushalte mit 3 und mehr Kindern < 18 J.	/	26,3
<i>Bezugsperson 65 Jahre und älter</i>	10,8	9,8
Einpersonenhaushalte	12,2	11,0
Paare ohne Kinder	7,9	8,3
Mehrpersonenhaushalte mit 1 Kind < 18 Jahren	/	28,4
Mehrpersonenhaushalte mit 2 Kindern < 18 Jahren	/	12,4
Mehrpersonenhaushalte mit 3 und mehr Kindern < 18 J.	/	12,1
<i>Haushalte insgesamt</i>	11,3	11,5

() eingeschränkt aussagefähiger Wert.

/ wegen zu geringer Fallzahl kein Wert möglich.

Daten: EVS 1993; BSHG-Skala; Armutsquoten (50%-Grenze) in % der Haushalte.
Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Tab. 8: Strenge Armut nach Alter der Haushaltsbezugsperson in Schleswig-Holstein und in Westdeutschland 1993

Haushaltstyp	Schleswig-Holstein	Westdeutschland
<i>Bezugsperson bis 29 Jahre</i>	7,1	9,2
Einpersonenhaushalte	8,9	11,1
Paare ohne Kinder	3,6	5,0
Mehrpersonenhaushalte mit 1 Kind < 18 Jahren	/	5,5
Mehrpersonenhaushalte mit 2 Kindern < 18 Jahren	(29,3)	15,5
Mehrpersonenhaushalte mit 3 und mehr Kindern < 18 J.	/	34,3
<i>Bezugsperson 30 bis 49 Jahre</i>	4,5	6,0
Einpersonenhaushalte	1,9	4,7
Paare ohne Kinder	0,0	1,9
Mehrpersonenhaushalte mit 1 Kind < 18 Jahren	5,7	4,0
Mehrpersonenhaushalte mit 2 Kindern < 18 Jahren	6,0	7,4
Mehrpersonenhaushalte mit 3 und mehr Kindern < 18 J.	12,0	17,4
<i>Bezugsperson 50 bis 64 Jahre</i>	3,1	3,2
Einpersonenhaushalte	1,0	3,3
Paare ohne Kinder	1,2	2,5
Mehrpersonenhaushalte mit 1 Kind < 18 Jahren	1,7	6,9
Mehrpersonenhaushalte mit 2 Kindern < 18 Jahren	(3,9)	9,4
Mehrpersonenhaushalte mit 3 und mehr Kindern < 18 J.	/	8,7
<i>Bezugsperson 65 Jahre und älter</i>	2,2	2,7
Einpersonenhaushalte	3,9	2,7
Paare ohne Kinder	0,0	2,5
Mehrpersonenhaushalte mit 1 Kind < 18 Jahren	/	18,2
Mehrpersonenhaushalte mit 2 Kindern < 18 Jahren	/	0,0
Mehrpersonenhaushalte mit 3 und mehr Kindern < 18 J.	/	12,1
<i>Haushalte insgesamt</i>	3,8	4,8

() eingeschränkt aussagefähiger Wert.

/ wegen zu geringer Fallzahl kein Wert möglich.

Daten: EVS 1993; BSHG-Skala; Armutsquoten (40%-Grenze) in % der Haushalte.

Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Freilich unterschieden sich die Armutsquoten der verschiedenen Altersgruppen in Schleswig-Holstein und in Westdeutschland. Je jünger die Bezugspersonen in schleswig-holsteinischen Haushalten waren, desto höher war zwar, wie erwähnt, ihr Armutsrisiko im Vergleich zu älteren Haushalten, desto niedriger war aber ihr Armutsrisiko im Vergleich zum westdeutschen Durchschnitt der Haushalte gleichen Alters (vgl. Tab. 7). So lag die Armutsquote der jungen Haushalte (Bezugsperson bis unter 29 Jahre alt) 1993 fast zwei Prozentpunkte unter dem Armutsrisiko der gleichen Altersgruppe in ganz Westdeutschland. Die Armutsquote der Haushalte im mittleren Alter (30 bis unter 49 Jahre alt) war immerhin noch einen Prozentpunkt geringer, während die älteren Haushaltsgruppen in Schleswig-Holstein höhere Armutsrisiken als im westdeutschen Mittel zu tragen hatten. Die "Verjüngung" der Armut ist also in Schleswig-Holstein (noch?) nicht so weit "fortgeschritten" wie im Mittel Westdeutschlands.

Im Hinblick auf strenge Armut (vgl. Tab. 8) lagen die Armutsrisiken aller Altersgruppen, also auch der älteren, in Schleswig-Holstein unter denen Westdeutschlands, aber auch hier unterschritt die strenge Armut der jüngeren die westdeutschen Verhältnisse mehr als die strenge Armut der mittleren und älteren Altersgruppen. – Bei Niedrigeinkommen (vgl. Tab. 6) war die Situation uneinheitlich. Sie fanden sich bei jüngeren Haushalten (bis unter 29 Jahren) in Schleswig-Holstein seltener, bei Haushalten im mittleren Lebensalter (30 bis 49 Jahre) häufiger, in der Altersgruppe der 50- bis 64-Jährigen wieder

seltener und bei den Älteren etwa gleich häufig wie im westdeutschen Bevölkerungsdurchschnitt.

3.1.3 Haushalte nach Berufsausbildung

Die Tabellen 9, 10 und 11 zeigen, daß die Gefahr der Verarmung für Haushalte, in denen die Bezugsperson keine abgeschlossene Berufsausbildung vorweisen können, wesentlich höher ist als in Haushalten, deren "Ernährer" berufliche Qualifikationen besitzen. Von den beruflich unqualifizierten Haushalten lebte 1993 in Schleswig-Holstein jeder zwölfte in strenger Armut, fast jeder dritte in Armut und nahezu jeder zweite mußte mit niedrigen Einkommen wirtschaften.

Die beruflich ausgebildeten Haushalte, deren "Ernährer" mindestens über eine abgeschlossene Lehre verfügten, lebten dagegen 1993 in Schleswig-Holstein fast nie in strenger Armut, nur ein Zwölftel von ihnen war arm, und nur weniger als ein Fünftel mußte mit niedrigen Einkommen auskommen.

Tab. 9: Niedrigeinkommen nach Berufsausbildung der Haushaltsbezugsperson in Schleswig-Holstein und in Westdeutschland 1993

Haushaltstyp	Schleswig-Holstein	Westdeutschland
<i>Bezugsperson ohne abgeschlossene Berufsausbildung</i>	43,5	42,4
Einpersonenhaushalte	35,2	41,2
Paare ohne Kinder	49,1	33,9
Mehrpersonenhaushalte mit 1 Kind < 18 Jahren	(61,6)	55,1
Mehrpersonenhaushalte mit 2 Kindern < 18 Jahren	(77,2)	72,6
Mehrpersonenhaushalte mit 3 und mehr Kindern < 18 Jahren	(97,0)	90,4
<i>Bezugsperson mit abgeschlossener Berufsausbildung</i>	18,9	18,2
Einpersonenhaushalte	16,4	15,0
Paare ohne Kinder	7,9	11,5
Mehrpersonenhaushalte mit 1 Kind < 18 Jahren	23,4	21,8
Mehrpersonenhaushalte mit 2 Kindern < 18 Jahren	41,5	32,1
Mehrpersonenhaushalte mit 3 und mehr Kindern < 18 Jahren	56,2	51,7
<i>Haushalte insgesamt</i>	21,9	21,5

() eingeschränkt aussagefähiger Wert.

Daten: EVS 1993; BSHG-Skala; Armutsquoten (60%-Grenze) in % der Haushalte.
Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Tab. 10: Armut nach Berufsausbildung der Haushaltsbezugsperson in Schleswig-Holstein und in Westdeutschland 1993

Haushaltstyp	Schleswig-Holstein	Westdeutschland
<i>Bezugsperson ohne abgeschlossene Berufsausbildung</i>	30,6	27,0
Einpersonenhaushalte	26,9	25,9
Paare ohne Kinder	35,6	19,3
Mehrpersonenhaushalte mit 1 Kind < 18 Jahren	(29,1)	41,1
Mehrpersonenhaushalte mit 2 Kindern < 18 Jahren	(59,4)	50,5
Mehrpersonenhaushalte mit 3 und mehr Kindern < 18 Jahren	/	73,5
<i>Bezugsperson mit abgeschlossener Berufsausbildung</i>	8,6	9,1
Einpersonenhaushalte	7,2	7,7
Paare ohne Kinder	2,8	5,0
Mehrpersonenhaushalte mit 1 Kind < 18 Jahren	11,7	10,0
Mehrpersonenhaushalte mit 2 Kindern < 18 Jahren	16,0	16,6
Mehrpersonenhaushalte mit 3 und mehr Kindern < 18 Jahren	30,2	31,6
<i>Haushalte insgesamt</i>	11,3	11,5

() eingeschränkt aussagefähiger Wert.

/ wegen zu geringer Fallzahl kein Wert möglich.

Daten: EVS 1993; BSHG-Skala; Armutsquoten (50%-Grenze) in % der Haushalte.

Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Tab. 11: Strenge Armut nach Berufsausbildung der Haushaltsbezugsperson in Schleswig-Holstein und in Westdeutschland 1993

Haushaltstyp	Schleswig-Holstein	Westdeutschland
<i>Bezugsperson ohne abgeschlossene Berufsausbildung</i>	8,5	12,4
Einpersonenhaushalte	7,4	10,2
Paare ohne Kinder	8,2	9,2
Mehrpersonenhaushalte mit 1 Kind < 18 Jahren	/	20,1
Mehrpersonenhaushalte mit 2 Kindern < 18 Jahren	/	31,9
Mehrpersonenhaushalte mit 3 und mehr Kindern < 18 Jahren	/	52,6
<i>Bezugsperson mit abgeschlossener Berufsausbildung</i>	2,8	3,5
Einpersonenhaushalte	1,3	2,8
Paare ohne Kinder	0,3	1,9
Mehrpersonenhaushalte mit 1 Kind < 18 Jahren	4,5	3,7
Mehrpersonenhaushalte mit 2 Kindern < 18 Jahren	5,3	6,5
Mehrpersonenhaushalte mit 3 und mehr Kindern < 18 Jahren	10,1	13,5
<i>Haushalte insgesamt</i>	3,8	4,8

() eingeschränkt aussagefähiger Wert.

/ wegen zu geringer Fallzahl kein Wert möglich.

Daten: EVS 1993; BSHG-Skala; Armutsquoten (40%-Grenze) in % der Haushalte.

Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Vergleicht man Schleswig-Holstein mit ganz Westdeutschland, so zeigt Tabelle 9, daß wiederum die Niedrigeinkommen in Schleswig-Holstein 1993 verbreiteter waren als in Westdeutschland insgesamt. Dies trifft Unqualifizierte und Qualifizierte gleichermaßen, wenn auch der Abstand zum westdeutschen Durchschnitt in beiden Fällen gering ist. Auch Armut (vgl. Tab. 10) war 1993 in schleswig-holsteinischen Haushalten mit unqualifizierter Bezugsperson etwas häufiger anzutreffen als im Durchschnitt Westdeutschlands. Im Einklang mit dem oben entstandenen Erscheinungsbild war strenge Armut (vgl. Tab. 11) in Schleswig-Holstein 1993 dagegen deutlich seltener zu finden als im Durchschnitt der Länder Westdeutschlands. Dies gilt für unqualifizierte und für qualifizierte Haushalte gleichermaßen.

Eine abgeschlossene Berufsausbildung schützt die meisten Haushalte recht gut vor Armut. Unterscheidet man die Situation der einzelnen Haushaltstypen, dann zeigt Tabelle 10, daß beruflich qualifizierte Alleinlebende (Eiersonenhaushalte) und Paare ohne Kinder 1993 in Schleswig-Holstein und in Westdeutschland ein im Vergleich zu allen Haushalten deutlich verringertes Armutsrisiko aufwiesen. Während in Westdeutschland auch die qualifizierten Familien mit einem Kind ein unterdurchschnittliches Armutsrisiko trugen, war ihr Armutsrisiko in Schleswig-Holstein leicht erhöht. Mit zunehmender Kinderzahl stieg die Verarmungsgefahr der Familien trotz abgeschlossener Berufsausbildung an. Haushalte qualifizierter Eltern mit drei und mehr Kindern waren in Schleswig-Holstein wie auch in Westdeutschland fast zu einem Drittel arm. Hier zeigt sich, daß der Schutzwall, den eine abgeschlossene Berufsqualifikation gegen die Armut darstellt, für kinderreiche Haushalte oft nicht hoch genug ist. Dies bestätigt sich auch darin, daß von allen Mehrpersonenhaushalten mit drei und mehr Kindern im Haushalt in Westdeutschland mehr als ein Achtel trotz einer abgeschlossenen Berufsausbildung in strenger Armut (vgl. Tab. 11) wirtschafteten. In Schleswig-Holstein befand sich immerhin noch ein Zehntel dieser Gruppe in strenger Armut.

3.1.4 Haushalte nach Erwerbsstatus

Im Gefolge der Berufsausbildung stellt der Erwerbsstatus einen wirkungsvollen Bestimmungsgrund dar, der – je nach Ausprägung – Menschen in Armut führt bzw. sie vor Armut bewahrt. Drei Formen des Erwerbsstatus sollen im folgenden auseinandergelassen werden:

- *Erwerbstätigkeit:* Hier stellt sich die Frage nach den "working poor", das heißt nach denjenigen, die trotz einer Erwerbstätigkeit arm sind.
- *Arbeitslosigkeit:* Hier fragt sich, wie viele Menschen durch Arbeitslosigkeit in Armut geraten und unter welchen Bedingungen dies der Fall ist.
- *Nichterwerbstätigkeit:* Welche Personen sind wegen ihres Alters, ihrer Gesundheit, ihrer familiären Bindung, Scheidung oder anderer Ereignisse nicht erwerbstätig und deshalb arm?

Tab. 12: Niedrigeinkommen nach Erwerbsstatus der Haushaltsbezugsperson in Schleswig-Holstein und in Westdeutschland 1993

Haushaltstyp	Schleswig-Holstein	Westdeutschland
<i>Bezugsperson erwerbstätig</i>	14,7	14,4
Eiipersonenhaushalte	6,8	6,2
Paare ohne Kinder	1,6	3,7
Mehrpersonenhaushalte mit 1 Kind < 18 Jahren	19,0	17,8
Mehrpersonenhaushalte mit 2 Kindern < 18 Jahren	39,6	30,1
Mehrpersonenhaushalte mit 3 und mehr Kindern < 18 J.	48,4	50,0
<i>Bezugsperson arbeitslos</i>	66,3	66,3
Eiipersonenhaushalte	/	72,8
Paare ohne Kinder	/	37,6
Mehrpersonenhaushalte mit 1 Kind < 18 Jahren	/	78,5
Mehrpersonenhaushalte mit 2 Kindern < 18 Jahren	/	92,5
Mehrpersonenhaushalte mit 3 und mehr Kindern < 18 J.	/	89,8
<i>Bezugsperson nicht erwerbstätig</i>	27,5	19,7
Eiipersonenhaushalte	29,3	28,5
Paare ohne Kinder	20,6	22,4
Mehrpersonenhaushalte mit 1 Kind < 18 Jahren	/	53,9
Mehrpersonenhaushalte mit 2 Kindern < 18 Jahren	/	65,0
Mehrpersonenhaushalte mit 3 und mehr Kindern < 18 J.	/	81,5
<i>Haushalte insgesamt</i>	21,9	21,5

/ wegen zu geringer Fallzahl kein Wert möglich.

Daten: EVS 1993; BSHG-Skala; Armutsquoten (60%-Grenze) in % der Haushalte.

Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Tab. 13: Armut nach Erwerbsstatus der Haushaltsbezugsperson in Schleswig-Holstein und in Westdeutschland 1993

Haushaltstyp	Schleswig-Holstein	Westdeutschland
<i>Bezugsperson erwerbstätig</i>	5,8	6,4
Eiipersonenhaushalte	3,2	2,1
Paare ohne Kinder	0,3	1,6
Mehrpersonenhaushalte mit 1 Kind < 18 Jahren	7,1	6,6
Mehrpersonenhaushalte mit 2 Kindern < 18 Jahren	13,3	13,3
Mehrpersonenhaushalte mit 3 und mehr Kindern < 18 J.	24,5	29,4
<i>Bezugsperson arbeitslos</i>	39,5	49,8
Eiipersonenhaushalte	/	51,4
Paare ohne Kinder	/	23,9
Mehrpersonenhaushalte mit 1 Kind < 18 Jahren	/	59,9
Mehrpersonenhaushalte mit 2 Kindern < 18 Jahren	/	87,2
Mehrpersonenhaushalte mit 3 und mehr Kindern < 18 J.	/	75,2
<i>Bezugsperson nicht erwerbstätig</i>	16,2	15,1
Eiipersonenhaushalte	17,2	16,4
Paare ohne Kinder	11,0	10,3
Mehrpersonenhaushalte mit 1 Kind < 18 Jahren	/	38,3
Mehrpersonenhaushalte mit 2 Kindern < 18 Jahren	/	54,6
Mehrpersonenhaushalte mit 3 und mehr Kindern < 18 J.	/	65,5
<i>Haushalte insgesamt</i>	11,3	11,5

/ wegen zu geringer Fallzahl kein Wert möglich.

Daten: EVS 1993; BSHG-Skala; Armutsquoten (50%-Grenze) in % der Haushalte.

Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Tab. 14: Strenge Armut nach Erwerbsstatus der Haushaltsbezugsperson in Schleswig-Holstein und in Westdeutschland 1993

Haushaltstyp	Schleswig-Holstein	Westdeutschland
<i>Bezugsperson erwerbstätig</i>	1,6	2,0
Einkpersonenhaushalte	0,7	0,6
Paare ohne Kinder	0,0	0,7
Mehrpersonenhaushalte mit 1 Kind < 18 Jahren	2,9	1,9
Mehrpersonenhaushalte mit 2 Kindern < 18 Jahren	3,2	3,5
Mehrpersonenhaushalte mit 3 und mehr Kindern < 18 J.	4,9	10,5
<i>Bezugsperson arbeitslos</i>	18,1	30,9
Einkpersonenhaushalte	/	24,9
Paare ohne Kinder	/	15,7
Mehrpersonenhaushalte mit 1 Kind < 18 Jahren	/	33,6
Mehrpersonenhaushalte mit 2 Kindern < 18 Jahren	/	66,2
Mehrpersonenhaushalte mit 3 und mehr Kindern < 18 J.	/	67,9
<i>Bezugsperson nicht erwerbstätig</i>	5,5	6,1
Einkpersonenhaushalte	6,5	6,0
Paare ohne Kinder	2,0	3,7
Mehrpersonenhaushalte mit 1 Kind < 18 Jahren	/	16,9
Mehrpersonenhaushalte mit 2 Kindern < 18 Jahren	/	39,5
Mehrpersonenhaushalte mit 3 und mehr Kindern < 18 J.	/	42,8
<i>Haushalte insgesamt</i>	3,8	4,8

/ wegen zu geringer Fallzahl kein Wert möglich.

Daten: EVS 1993; BSHG-Skala; Armutsquoten (40%-Grenze) in % der Haushalte.

Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Von den genannten drei Ausprägungen ist Arbeitslosigkeit der direkteste Weg in die Armut. Vier von zehn aller Arbeitslosenhaushalte in Schleswig-Holstein waren 1993 arm (vgl. Tab. 13). Dagegen war zu gleicher Zeit in Schleswig-Holstein nur einer von 20 Haushalten mit erwerbstätiger Bezugsperson und einer von sechs Haushalten von nicht Erwerbstätigen als arm einzustufen.

Ein Vergleich zwischen Schleswig-Holstein und Westdeutschland ergibt, daß unter den Erwerbstätigen- und vor allem unter den Arbeitslosenhaushalten Schleswig-Holsteins Armut (vgl. Tab. 13) seltener war als in Westdeutschland insgesamt. Dagegen war Armut in den Nichterwerbstätigenhaushalten Schleswig-Holsteins etwas häufiger als im Mittel Westdeutschlands. Strenge Armut (vgl. Tab. 14) war 1993 in allen drei Formen des Erwerbsstatus, das heißt in Arbeitslosen-, Erwerbstätigen- und in Nichterwerbstätigenhaushalten, in Schleswig-Holstein seltener als in Westdeutschland. Besonders auffällig ist hierunter die relativ geringe Quote strenger Armut in den Arbeitslosenhaushalten Schleswig-Holsteins. Niedrigeinkommen (vgl. Tab. 12) waren in schleswig-holsteinischen Erwerbstätigen- und in Arbeitslosenhaushalten etwa so häufig wie in Westdeutschland insgesamt. Dagegen fanden sich Niedrigeinkommen in den Haushalten nicht Erwerbstätiger in Schleswig-Holstein deutlich häufiger als in Westdeutschland.

Das Risiko, trotz Erwerbstätigkeit in Armut zu geraten, ist im allgemeinen gering. Eine Ausnahme bilden die Haushalte mit zwei und besonders mit drei und mehr Kindern. Sie wiesen 1993 sowohl in Schleswig-Holstein als auch in Westdeutschland ein im Vergleich zu allen Haushalten erhöhtes Armutsrisiko auf (vgl. Tab. 12 bis 14). Ähnlich wie die Berufsausbildung bietet also auch die Erwerbstätigkeit vielen kinderreichen Familien keinen hinreichenden Schutz vor Armut.

Vergleicht man Schleswig-Holstein mit Westdeutschland im ganzen, so zeigt sich, daß die Werte für strenge Armut (vgl. Tab. 14) der Erwerbstätigen mit mindestens drei Kindern im Haushalt 1993 in Schleswig-Holstein ganz erheblich unter dem westdeutschen Durchschnittsniveau lagen. Armut (vgl. Tab. 13) war in Schleswig-Holstein in den kinderreichen Haushalten Erwerbstätiger etwas seltener als im Mittel Westdeutschlands anzutreffen. Niedrigeinkommen (vgl. Tab. 12) waren nahezu gleich häufig. Jeweils die Hälfte der Erwerbstätigenhaushalte mit drei und mehr Kindern in Schleswig-Holstein und in Westdeutschland waren 1993 gezwungen, mit niedrigem Einkommen auszuhalten.

3.1.5 Haushalte nach Sozialhilfebezug

Es ist in mehrerer Hinsicht aufschlußreich, Fragen nach dem Zusammenhang zwischen Armut und Sozialhilfebezug nachzugehen. Einige von ihnen sind: Wie viele Haushalte sind arm, indem sie Sozialhilfe beziehen? Auf welcher Ebene relativer Armut leben diese Sozialhilfebezieher? Inwieweit schützt Sozialhilfe vor strenger Armut? Oder aber: Wie viele Haushalte sind arm und beziehen keine Sozialhilfe? Inwieweit lassen sich hieraus Anzeichen erkennen, daß Menschen ihren Anspruch auf Sozialhilfeleistungen nicht wahrnehmen, daß also "verdeckte Armut" und eine Dunkelziffer der Armut existiert?

Tab. 15: Niedrigeinkommen nach Sozialhilfebezug und Haushaltstyp in Schleswig-Holstein und in Westdeutschland 1993

Haushaltstyp	Schleswig-Holstein	Westdeutschland
<i>Haushalt bezieht keine Sozialhilfe</i>	20,0	19,6
Einpersonenhaushalte	18,5	19,5
Paare ohne Kinder	11,3	13,1
Mehrpersonenhaushalte mit 1 Kind < 18 Jahren	21,7	21,0
Mehrpersonenhaushalte mit 2 Kindern < 18 Jahren	41,1	31,5
Mehrpersonenhaushalte mit 3 und mehr Kindern < 18 Jahren	57,2	51,7
<i>Haushalt bezieht Sozialhilfe</i>	72,2	75,4
Einpersonenhaushalte	(78,4)	74,2
Paare ohne Kinder	/	64,2
Mehrpersonenhaushalte mit 1 Kind < 18 Jahren	(67,6)	77,2
Mehrpersonenhaushalte mit 2 Kindern < 18 Jahren	(77,2)	88,8
Mehrpersonenhaushalte mit 3 und mehr Kindern < 18 Jahren	(100,0)	92,7
<i>Haushalte insgesamt</i>	21,9	21,5

() eingeschränkt aussagefähiger Wert.

/ wegen zu geringer Fallzahl kein Wert möglich.

Daten: EVS 1993; BSHG-Skala; Armutsquoten (60%-Grenze) in % der Haushalte.

Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Tab. 16: Armut nach Sozialhilfebezug und Haushaltstyp in Schleswig-Holstein und in Westdeutschland 1993

Haushaltstyp	Schleswig-Holstein	Westdeutschland
<i>Haushalt bezieht keine Sozialhilfe</i>	9,5	9,8
Einpersonenhaushalte	9,1	10,6
Paare ohne Kinder	5,8	6,0
Mehrpersonenhaushalte mit 1 Kind < 18 Jahren	9,6	9,4
Mehrpersonenhaushalte mit 2 Kindern < 18 Jahren	15,1	15,3
Mehrpersonenhaushalte mit 3 und mehr Kindern < 18 Jahren	28,7	30,8
<i>Haushalt bezieht Sozialhilfe</i>	57,6	60,2
Einpersonenhaushalte	(64,0)	55,7
Paare ohne Kinder	/	57,7
Mehrpersonenhaushalte mit 1 Kind < 18 Jahren	(45,5)	58,9
Mehrpersonenhaushalte mit 2 Kindern < 18 Jahren	(69,2)	77,7
Mehrpersonenhaushalte mit 3 und mehr Kindern < 18 Jahren	(70,8)	83,8
<i>Haushalte insgesamt</i>	11,3	11,5

() eingeschränkt aussagefähiger Wert.

/ wegen zu geringer Fallzahl kein Wert möglich.

Daten: EVS 1993; BSHG-Skala; Armutsquoten (50%-Grenze) in % der Haushalte.

Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Tab. 17: Strenge Armut nach Sozialhilfebezug und Haushaltstyp in Schleswig-Holstein und in Westdeutschland 1993

Haushaltstyp	Schleswig-Holstein	Westdeutschland
<i>Haushalt bezieht keine Sozialhilfe</i>	3,1	3,7
Einpersonenhaushalte	2,9	4,1
Paare ohne Kinder	0,9	2,2
Mehrpersonenhaushalte mit 1 Kind < 18 Jahren	3,3	3,1
Mehrpersonenhaushalte mit 2 Kindern < 18 Jahren	4,6	5,4
Mehrpersonenhaushalte mit 3 und mehr Kindern < 18 Jahren	10,1	12,4
<i>Haushalt bezieht Sozialhilfe</i>	21,5	36,6
Einpersonenhaushalte	(20,6)	20,6
Paare ohne Kinder	/	52,8
Mehrpersonenhaushalte mit 1 Kind < 18 Jahren	(13,8)	34,8
Mehrpersonenhaushalte mit 2 Kindern < 18 Jahren	(60,0)	55,7
Mehrpersonenhaushalte mit 3 und mehr Kindern < 18 Jahren	(38,8)	66,2
<i>Haushalte insgesamt</i>	3,8	4,8

() eingeschränkt aussagefähiger Wert.

/ wegen zu geringer Fallzahl kein Wert möglich.

Daten: EVS 1993; BSHG-Skala; Armutsquoten (40%-Grenze) in % der Haushalte.

Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Erwartungsgemäß ist strenge Armut (vgl. Tab. 17) bei Haushalten, die nicht Sozialhilfe beziehen, sehr selten. 1993 befanden sich 3,7 % der Haushalte in Westdeutschland und 3,1 % der Haushalte in Schleswig-Holstein in dieser Situation. Man wird davon ausgehen können, daß – sieht man von denkbaren Erfassungs- und Berechnungsproblemen im Zuge der empirischen Untersuchung einmal ab – die meisten dieser Haushalte Anspruch auf Sozialhilfeleistungen haben. Diese Quoten dürften daher Bestandteile¹⁴ der mutmaßlichen "Dunkelziffer" der Armut darstellen.

¹⁴ Obwohl durchaus Konstellationen in Rechnung zu stellen sind, in denen sehr geringe Einkommen bestehen, aber infolge vorhandener Vermögensbestände (etwa im Falle einer Witwe mit

Dagegen mußte ein gutes Drittel der westdeutschen Haushalte, die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen bezogen, mit Einkommen unter 40 % des westdeutschen Durchschnitts auskommen. In Schleswig-Holstein war nur ein reichliches Fünftel der sozialhilfeempfangenden Haushalte so schlecht gestellt. – Diese erhebliche Differenz zeigt, daß Sozialhilfeleistungen in Schleswig-Holstein Haushalte seltener in strenge Armut geraten lassen als in anderen Teilen Westdeutschlands.

Gliedert man die Haushalte nach Typen auf, so wird deutlich, daß es sich bei den sozialhilfeabhängigen Haushalten in strenger Armut vor allem um Problemgruppen wie kinderreiche Familien handelt. Unter 40 % des Durchschnittseinkommens lagen 1993 in Westdeutschland volle zwei Drittel und in Schleswig-Holstein "nur" etwa vier von zehn¹⁵ der sozialhilfeabhängigen Haushalte mit drei und mehr Kindern im Haushalt. Auch bei den sozialhilfebeziehenden Haushalten mit einem Kind, darunter waren viele Haushalte von Alleinerziehenden, befanden sich 1993 in Westdeutschland ein gutes Drittel, in Schleswig-Holstein lediglich ein Achtel¹⁶ in strenger Armut.

Andererseits spielt strenge Armut (vgl. Tab. 17) unter den Haushalten, die *nicht* Sozialhilfe beziehen, mit Ausnahme von Haushalten mit drei und mehr Kindern praktisch keine Rolle. In Westdeutschland gelang es 1993 einem Achtel der sozialhilfebeziehenden kinderreichen Haushalte nicht, aus dem Bereich der strengen Armut herauszukommen. In Schleswig-Holstein war diese Problemgruppe wiederum kleiner: Nur jeder zehnte kinderreiche sozialhilfeempfangende Haushalt war gezwungen, auf niedrigstem Einkommensniveau zu leben.

Arm (vgl. Tab. 16) war 1993 ein knappes Zehntel aller nicht sozialhilfebeziehenden Haushalte in Schleswig-Holstein und in Westdeutschland. Diese Quote kann nicht als Indiz für eine Dunkelziffer der Armut angesehen werden. Im Unterschied zu Haushalten, die auf 40 %-Niveau arm sind, kann nicht davon ausgegangen werden, daß diese Haushalte einen Anspruch auf Sozialhilfeleistungen haben. Armut bei Nicht-Sozialhilfeempfängern spielte dabei erwartungsgemäß vor allem in Familien eine Rolle: Etwa 15 % aller Haushalte mit einem Kind und etwa 30 % der Zwei-Kinder-Haushalte waren 1993 arm. Dies gilt für Schleswig-Holstein wie für Westdeutschland im ganzen.

Unter den sozialhilfeabhängigen Haushalten war Armut (vgl. Tab. 16) dagegen eher die Regel als die Ausnahme. Sozialhilfeempfangende Haushalte hatten im großen und ganzen ein Einkommen, daß meist etwas unter der 50 %-Grenze lag. Diese Armutsquote stieg mit der Kinderzahl tendenziell an. Die Zumessung der Sozialhilfe vermochte also die Belastungsungleichheiten zwischen kinderreichen und kinderarmen Haushalten nicht vollständig zu vermindern.

Niedrigeinkommen (vgl. Tab. 15) waren bei etwa einem Fünftel der nicht sozialhilfebeziehenden Haushalte anzutreffen. Wie zu vermuten war, häuften sich Niedrigeinkommen in nicht sozialhilfeabhängigen Familien mit zwei und erst Recht mit drei und mehr Kindern.

Unter den sozialhilfeabhängigen Haushalten überwogen Niedrigeinkommen (vgl. Tab. 15) bei weitem. Immerhin konnten 1993 aber etwa ein Viertel der Haushalte von Sozialhilfeempfängern in Schleswig-Holstein und in Westdeutschland mit höheren Ein-

geringer Rente, die in einem relativ großen Eigenheim wohnt) kein Sozialhilfeanspruch besteht.

¹⁵ Unsicherer Wert mit hohen Fehlerbandbreiten wegen geringer Fallzahl.

¹⁶ Unsicherer Wert mit hohen Fehlerbandbreiten wegen geringer Fallzahl.

künften wirtschaften. Bei kinderreichen Sozialhilfeempfängern fanden sich diese relativ auskömmlichen Einkommen praktisch nie. Aber ein Viertel bis ein Drittel der Ein-Kind-Familien, kinderlosen Paare und Einpersonenhaushalte überschritten 1993 die Grenze der Niedrigkeinkommen.

Schließlich sei angemerkt, daß sich nach den Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993 die gute Hälfte (52,8 %) der armen Bevölkerung in Westdeutschland und in Schleswig-Holstein auf einer sechsstufigen Skala als "weder wohlhabend noch minderbemittelt" einstuft. Diese Selbsteinordnungen liegen nicht viel niedriger als die der nicht armen Bevölkerung (60 %). Allerdings bezeichnete sich ein Viertel der armen Menschen (28,4 %), aber nur jeder 20. nicht Arme als "eher minderbemittelt". – Immerhin vermag es das System der sozialen Absicherung, so läßt sich daraus schließen, der guten Hälfte der armen Bevölkerung das Gefühl zu vermitteln, ihre materielle Lage entfere sich nicht allzu weit vom Gros der Bevölkerung.

3.1.6 Personen nach Geschlecht

Die Auswertung des Mikrozensus 1995 ergab, daß sich die Armutsrisiken von Frauen und Männern nicht wesentlich unterschieden. Dies gilt für Schleswig-Holstein und für Westdeutschland gleichermaßen. Freilich waren in Schleswig-Holstein für beide Geschlechter die Armutsrisiken etwas geringer als in Westdeutschland. Frauen lebten 1995 in Schleswig-Holstein zu 10,7 % und Männer zu 10,9 % in Armut. In Westdeutschland lag 1995 das Armutsrisiko der Frauen bei 12,8 % und das der Männer bei 12,2 %. Allerdings waren wegen des größeren Bevölkerungsanteils der Frauen sowohl in Schleswig-Holstein (51,3 %) als auch in Westdeutschland (52,8 %) etwas mehr als die Hälfte aller armen Personen Frauen.

3.1.7 Personen nach Alter

Tab. 18: Armutsquoten nach Altersgruppen in Schleswig-Holstein und in Westdeutschland 1995

Altersgruppen	Schleswig-Holstein	Westdeutschland
0 bis 7 Jahre	22,0	24,5
8 bis 15 Jahre	18,9	20,1
16 bis 30 Jahre	14,3	15,3
31 bis 45 Jahre	10,2	11,4
46 bis 60 Jahre	5,0	6,8
61 bis 75 Jahre	6,3	8,1
76 Jahre und älter	9,3	10,4
<i>Personen insgesamt</i>	<i>10,8</i>	<i>12,5</i>

Daten: Mikrozensus 1995, alte OECD-Skala, Armutsquoten (50%-Grenze) in % der Personen der jeweiligen Altersgruppe.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen von W. Strengmann-Kuhn (Universität Frankfurt); eigene Berechnungen.

Die Auswertung des Mikrozensus 1995 ergänzt die Befunde des Abschnitts 3.1.2 durch genauere Informationen vor allem über die Armut Kinder und Jugendlicher. Hiernach

lebten 1995 mehr als vier mal so viele kleine Kinder (bis 7 Jahre) und drei mal so viele größere Kinder (7 bis 15 Jahre) als Erwachsene im Alter von 45 bis 60 Jahren in Armut. Diese Proportionen waren trotz eines etwas niedrigeren Armutsniveaus in Schleswig-Holstein in Westdeutschland und in Schleswig-Holstein die gleichen.

3.1.8 Personen nach Staatsangehörigkeit

Die Armutsrisiken von Deutschen und Ausländern unterscheiden sich krass. Die Auswertung des Mikrozensus ergab, daß 1995 in Schleswig-Holstein 9,7 % der deutschen Bevölkerung, jedoch 35,4 % der ausländischen Bevölkerung in Armut lebte. In Westdeutschland insgesamt war der Abstand des Armutsrisikos etwas weniger groß: 10,3 % der deutschen und 33,2 % der ausländischen Bevölkerung lebten in Armut. Aufgrund des relativ geringen Ausländeranteils in der schleswig-holsteinischen Bevölkerung machten Ausländer nur 14,2 % der Armen aus, während in Westdeutschland insgesamt jeder vierte (26 %) Arme Ausländer war.

3.1.9 Personen nach Haushaltsgröße

Tab. 19: Armutsquoten von Personen in Haushalten unterschiedlicher Größe in Schleswig-Holstein und in Westdeutschland 1995

Haushaltsgröße	Schleswig-Holstein	Westdeutschland
1 Person	11,5	12,5
2 Personen	6,4	7,6
3 Personen	7,2	9,4
4 Personen	14,4	16,3
5 und mehr Personen	23,4	24,6

Daten: Mikrozensus 1995, alte OECD-Skala, Armutsquoten (50%-Grenze) in % der Personen in Haushalten unterschiedlicher Größe.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen von W. Strengmann-Kuhn (Universität Frankfurt); eigene Berechnungen.

Gliedert man die Haushalte nach ihrer Größe auf, so zeigt sich, daß die Menschen in Zwei-Personenhaushalten das niedrigste Armutsrisiko zu tragen haben. Je größer die Haushalte, desto größer wird auch das Armutsrisiko. Eine Ausnahme machen nur die Einpersonenhaushalte. Armut fand sich unter Alleinlebenden häufiger als in Drei-, aber nicht so oft wie in Vier-Personenhaushalten. Diese Reihenfolge gilt für Schleswig-Holstein und für Westdeutschland gleichermaßen. Allerdings ist bei der Interpretation der Armutsquoten der einzelnen Haushaltsgrößen zu bedenken, daß sich in bestimmten Haushaltsgrößen durchaus unterschiedliche Haushaltstypen (vgl. Abschnitt 3.1.1) verbergen können. So kann ein Zwei-Personenhaushalt ein kinderloser Doppelverdienerhaushalt, aber auch der Haushalt einer Alleinerziehenden sein.

Die Auswertung des Mikrozensus 1995 ergab, daß die Armutsquoten in Schleswig-Holstein in allen Haushaltsgrößen unter denen Westdeutschlands lagen.

3.1.10 Zusammenfassung der Ergebnisse

Ausmaß und Struktur der relativen Einkommensarmut unterscheiden sich in Schleswig-Holstein nicht wesentlich vom Durchschnitt des früheren Bundesgebiets. 1993 lebten 11,3 % aller Haushalte in Schleswig-Holstein und 11,5 % der Haushalte in Westdeutschland mit weniger als 50 % des Äquivalenzeinkommens (des durchschnittlichen bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Haushaltseinkommens).

In der Rangfolge der Armutsrisiken nahm Schleswig-Holstein einen Mittelplatz unter den westdeutschen Bundesländern ein.

Strenge Armut war 1993 in Schleswig-Holstein mit 3,8 % deutlich weniger verbreitet als im Durchschnitt des früheren Bundesgebiets. Dort mußten 4,8 % der Haushalte mit weniger als 40 % des Äquivalenzeinkommens auskommen. Das geringere Risiko strenger Armut dürfte darauf zurückzuführen sein, daß in Schleswig-Holstein Sozialhilfe in höherem Ausmaß als in anderen Bundesländern in Anspruch genommen wurde.

Dagegen waren Niedrigeinkommen 1993 in Schleswig-Holstein etwas häufiger als in Westdeutschland. In Schleswig-Holstein mußten 21,9 % und in den alten Bundesländern 21,5 % der Haushalte mit weniger als 60 % des Äquivalenzeinkommens wirtschaften.

Die Gruppen mit den höchsten Armutsrisiken sind in Schleswig-Holstein und in Westdeutschland die gleichen:

- Die Haushalte von *Arbeitslosen* waren 1993 in Schleswig-Holstein zu 39,5 % arm. Dieses Armutsrisiko war dreieinhalb mal so groß wie das der Durchschnittshaushalte Schleswig-Holsteins.
- Auch *Gering Qualifizierte* trugen ein überproportional hohes Armutsrisiko. 30,6 % aller schleswig-holsteinischen Haushalte, in denen die Bezugsperson über keine abgeschlossene Berufsausbildung verfügte, waren 1993 arm.
- Die Haushalte *Alleinerziehender* waren 1993 mit einem Armutsrisiko von 34,9 % mehr als dreimal so häufig arm wie der Bevölkerungsdurchschnitt Schleswig-Holsteins.
- Ähnlich hoch war das Armutsrisiko *kinderreicher Familien*. Von zehn Haushalten, in denen drei oder mehr Kinder bis 18 Jahre lebten, waren 1993 in Schleswig-Holstein drei (30,0 %) arm.
- *Kinder* bis zum Alter von sieben Jahren hatten 1995 mit 22 % von allen Altersgruppen der Einwohner Schleswig-Holsteins das höchste Armutsrisiko zu tragen.
- Mehr als ein Drittel (35,4 %) aller *nichtdeutschen* Personen in Schleswig-Holstein waren 1995 arm. Diese Armutsquote war mehr als dreimal so hoch wie die der deutschen Bevölkerung Schleswig-Holsteins.

Die Armutsquoten aller genannten Risikogruppen lagen 1993 bzw. 1995 in Schleswig-Holstein unter dem westdeutschen Durchschnitt.

3.2 Armut als Sozialhilfebedürftigkeit

Kapitel 3.2 behandelt Einkommensarmut in Gestalt der Sozialhilfebedürftigkeit. Hierbei steht die durch Sozialhilfeleistungen "bekämpfte Armut" im Vordergrund der Darstellung. Grundlage dieses Kapitels sind die Daten der amtlichen Sozialhilfestatistik (vgl. Kap. 2.3.1.3).

3.2.1 Leistungsansprüche nach dem BSHG

Die Sozialhilfe stellt im bundesdeutschen System der sozialen Sicherung das unterste Auffangnetz dar. Nach dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG 1962) hat jede(r) Bürger(in), der (die) sich nicht selbst helfen kann und die erforderliche Hilfe auch nicht von anderen erhält, einen rechtlichen Anspruch auf Sozialhilfe. Aufgabe der Sozialhilfe ist es, "dem Empfänger der Hilfe die Führung eines Lebens zu ermöglichen, das der Würde des Menschen entspricht" (§ 1, Abs. 2, Satz 1 BSHG). Der Anspruch auf Sozialhilfe bringt damit ein politisch definiertes soziokulturelles Existenzminimum zum Ausdruck.

3.2.1.1 Grundsätze der Hilfestellung

Die Hilfestellung nach dem BSHG orientiert sich an vier Grundsätzen:

- *Einzelfallgrundsatz*: "Art, Form und Maß der Sozialhilfe" sollen sich nach der "Besonderheit des Einzelfalls, vor allem nach der Person des Hilfeempfängers, der Art seines Bedarfs und den örtlichen Verhältnissen" richten (§ 3, Abs. 1 BSHG).
- *Bedarfsdeckungsgrundsatz*: Die zu gewährende Hilfe hängt von dem tatsächlichen vorhandenen Bedarf ab. Die Sozialhilfe hat nur einen gegenwärtigen, noch bestehenden Bedarf zu befriedigen.
- *Selbsthilfegrundsatz*: Die Sozialhilfe soll den Empfänger "soweit wie möglich befähigen, unabhängig von ihr zu leben; hierbei muß er nach seinen Kräften mitwirken" (§ 1, Abs. 2, Satz 2 BSHG).
- *Nachrangigkeitsgrundsatz*: Die Sozialhilfe wird nur gewährt, wenn alle anderen Hilfsmöglichkeiten ausgeschöpft sind und sich der Hilfesuchende nicht aus eigener Kraft helfen kann. Die Selbsthilfe durch Einsatz der eigenen Arbeitskraft sowie des eigenen Einkommens und Vermögens hat Vorrang. Auch Ansprüche gegenüber anderen, besonders gegenüber unterhaltspflichtigen Angehörigen und Trägern anderer Sozialleistungen, sind vorab geltend zu machen.

3.2.1.2 Arten der Hilfe

Die Bundessozialhilfegesetz unterscheidet zwei Arten der Sozialhilfe: die Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) und die Hilfe in besonderen Lebenslagen (HBL).

Die Hilfe zum Lebensunterhalt erhält derjenige, "der seinen notwendigen Lebensunterhalt nicht oder nicht ausreichend aus eigenen Kräften und Mitteln (...) beschaffen kann" (§ 11, Abs. 1 BSHG). Sie soll den notwendigen Bedarf für eine menschenwürdige Lebensführung abdecken. Nach § 12, Abs. 1 BSHG umfaßt der notwendige Bedarf "Ernährung, Unterkunft, Kleidung, Körperpflege, Hausrat, Heizung und persönliche Bedürfnisse des täglichen Lebens". Dazu zählen "in vertretbarem Umfang auch Beziehungen zur Umwelt und eine Teilnahme am kulturellen Leben". Die Hilfe zum Lebensunterhalt kann aus laufenden und/oder einmaligen Leistungen bestehen. Die laufenden Leistungen nach Regelsätzen sollen den "Regelbedarf" einer Bedarfsgemeinschaft befriedigen. Für bestimmte Personengruppen (z.B. Alleinerziehende, Schwangere, Behinderte) wird dabei ein Mehrbedarf anerkannt. Durch einmalige Leistungen sollen zusätzliche Bedarfspositionen abgedeckt werden, für die Aufwendungen nicht regelmäßig in gleicher Höhe anfallen (z.B. Beschaffung langlebiger Gebrauchsgüter).

Die Hilfen in besonderen Lebenslagen werden in außergewöhnlichen Bedarfssituationen gewährt, die z.B. aufgrund von Schwangerschaft, Krankheit, Behinderung oder Pflegebedürftigkeit entstehen. Sie sollen individuelle Notlagen mildern und vermeiden, daß hilfebedürftige Menschen in diesen Situationen in ihrer allgemeinen Lebenshaltung beeinträchtigt werden. Der Anspruch auf Hilfe in besonderen Lebenslagen besteht unabhängig von der Hilfe zum Lebensunterhalt. Sie wird also auch solchen Personen gewährt, die wirtschaftlich für ihren üblichen Lebensunterhalt selbst sorgen können. Je nach Hilfeart bemißt sich die Hilfestellung nach unterschiedlichen Einkommensgrenzen. Für Personen, die in einem Heim oder einer Einrichtung Hilfe beziehen, wird auch der Lebensunterhalt in dieser Einrichtung übernommen.

Aufgrund ihrer spezifischen Ausrichtung stellt die Hilfe in besonderen Lebenslagen keinen Indikator für Einkommensarmut dar. Sie wird daher im Armutsbericht nicht weiter behandelt. Die folgende Darstellung bezieht sich auf die sog. "Sozialhilfe im engeren Sinne", die *laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen*. Personen, die diese Hilfe erhalten, leben in Privathaushalten und sind regelmäßig auf staatliche Unterstützung angewiesen.

3.2.1.3 Höhe der Hilfe zum Lebensunterhalt

Die Bedarfsbemessung für die Hilfe zum Lebensunterhalt richtet sich nach sogenannten Regelsätzen (vgl. Tab. 20). Der Eckregelsatz für den Haushaltsvorstand beträgt seit dem 1. 7. 1998 in Schleswig-Holstein 540 DM, im Durchschnitt der alten Bundesländer 539 DM. Für Haushaltsangehörige werden bestimmte Prozentsätze des Eckregelsatzes veranschlagt.

Tab. 20: Regelsätze für die Hilfe zum Lebensunterhalt (Stand: Juli 1998)

Personengruppe	Prozent-satz ¹⁾	Monatliche Regelsätze in DM	
		Schleswig-Holstein	Früheres Bundesgebiet ²⁾
Haushaltsvorstände / Alleinstehende	100 %	540	539
Haushaltsangehörige			
• bis zur Vollendung des 7. Lebensjahres	50 %	270	269
• bis zur Vollendung des 7. Lebensjahres in Haushalten von Alleinerziehenden	55 %	297	296
• vom Beginn des 8. bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres	65 %	351	350
• vom Beginn des 15. bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres	90 %	486	485
• vom Beginn des 19. Lebensjahres an	80 %	432	431

1) Prozentualer Anteil am Eckregelsatz.

2) Rechnerischer Durchschnitt.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Die Sozialhilfeleistungen werden seit 1990 nicht mehr auf der Grundlage eines Warenkorbes, sondern nach dem sogenannten "Statistikmodell" bestimmt. Die 1996 in Kraft getretene Sozialhilfereform hat dieses Bemessungssystem weiter präzisiert. Die Festsetzung der Regelsätze hat demnach ab dem 1. 7. 1999 Stand und Entwicklung von Nettoeinkommen, Verbraucherverhalten und Lebenshaltungskosten zu berücksichtigen. "Grundlage sind die tatsächlichen, statistisch ermittelten Verbrauchsausgaben von Haushalten in unteren Einkommensgruppen" (§ 22, Abs. 3 BSHG), die nach Daten der in Fünf-Jahres-Abständen durchgeführten Einkommens- und Verbrauchsstichproben ermittelt werden sollen. Gemäß dem Lohnabstandsgebot soll die Hilfe zum Lebensunterhalt um einen bestimmten Prozentsatz unter den verfügbaren Einkommen unterer Lohn- und Gehaltsgruppen liegen.

Während Kritiker das Statistikmodell als endgültige Abkehr vom Bedarfsdeckungsprinzip bewerten, erhoffen sich Befürworter eine zielgenauere Ausgestaltung der Sozialhilfe. Die Anbindung der Regelsätze an Einkommen und Verbrauch unterer Einkommensgruppen soll es "Hilfebedürftigen (...) ermöglichen, in der Umgebung von Nichthilfeempfängern ähnlich wie diese zu leben" (Klingner 1998, S. 8).

Aus dem Nachrangprinzip der Sozialhilfe folgt, daß Hilfesuchende zunächst das eigene Einkommen und Vermögen einzusetzen haben, um ihre Notlage zu überwinden. Auch die meisten Sozialleistungen (z.B. Wohngeld, Arbeitslosengeld, Altersrente) sowie das Kindergeld sind auf die Hilfe zum Lebensunterhalt anzurechnen. Daher sind die ausbezahlten Leistungen der Sozialhilfe (Nettoanspruch) durchweg niedriger als der nach Regelsätzen und Zuschlägen bemessene Bruttobedarf. Abbildung 2 verdeutlicht die Berechnungsgrundlagen der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt.

Abb. 2: Berechnungsgrundlagen der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt

Bruttobedarf	abzüglich des anzurechnenden Einkommens	= Nettoanspruch (ausgezählte Leistung)
bestehend aus <ul style="list-style-type: none"> • dem Regelsatz für den Haushaltsvorstand • den Regelsätzen für Haushaltsangehörige • etwaigen Mehrbedarfszuschlägen • den Kosten für Miete oder Eigenheimbelastung • den laufenden Heizkosten • und ggf. den Beiträgen zur Kranken- und Pflegeversicherung (§ 13 BSHG) oder zur Alterssicherung (§ 14 BSHG) 	bestehend aus der Summe der Bruttoeinkommen abzüglich <ul style="list-style-type: none"> • Steuern und Sozialabgaben • etwaigen besonderen Versicherungsbeiträgen • Ausgaben, die für die Erzielung des Einkommens notwendig sind 	

Quelle: Zusammengestellt nach Breuer/Engels 1998 und Landeshauptstadt Kiel/Sozialdezernät 1998.

Die Höhe der 1997 in Schleswig-Holstein gezahlten Sozialhilfe geht aus Tabelle 21 hervor. Der durchschnittliche Bruttobedarf der Sozialhilfebedarfsgemeinschaften in Schleswig-Holstein betrug 1997 demnach 1.520 DM im Monat. Der durchschnittlich ausgezahlte Nettoanspruch belief sich nur auf die Hälfte, auf 770 DM monatlich. Die Bruttobedarfe stellten hierbei die Gesamteinkünfte der sozialhilfeabhängigen Haushalte dar. Die Anteile des Nettoanspruchs am Bruttobedarf zeigen an, welche Einkommensanteile die Sozialhilfeleistungen ausmachten. Die Differenz bildeten die anzurechnenden Einkommen der Sozialhilfeempfänger(innen). Freilich wiesen die einzelnen Haushalts- und Familientypen sehr unterschiedliche Bedarfe und Leistungen auf.

Tab. 21: Bruttobedarf und Nettoanspruch der Bedarfsgemeinschaften von Empfängern(innen) laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen in Schleswig-Holstein 1997

Typ der Bedarfsgemeinschaft	Durchschnittlicher			Bedarfsgemeinschaften mit einem Nettoanspruch				
	Brutto- bedarf	Nettoanspruch		unter 500	von ... bis unter ...		1.000 und mehr	DM im Monat
		in DM pro Monat	in DM pro Monat		in % des Brutto- bedarfs	500		
Ehepaare ohne Kinder	1.680	773	46,0	44,0	12,7	5,9	9,6	27,9
Ehepaare mit Kindern	2.560	1.132	44,2	29,4	12,9	5,9	6,4	45,4
mit 1 Kind	2.078	1.004	48,3					
mit 2 Kindern	2.495	1.119	44,9					
mit 3 und mehr Kindern	3.245	1.309	40,3					
Nichteheliche Lebensgemeinschaften ohne Kinder	1.645	794	48,3	35,0	18,3	10,6	12,9	23,3
Nichteheliche Lebensgemeinschaften mit Kindern	2.307	903	39,1	31,4	17,3	10,0	8,6	31,1
mit 1 Kind	2.086	854	41,3					
mit 2 Kindern	2.435	907	37,2					
mit 3 und mehr Kindern	3.056	1.091	35,7					
Alleinstehende Frauen	1.116	597	53,5	42,9	22,2	20,0	12,2	2,7
Alleinstehende Männer	1.018	664	65,2	28,9	32,1	24,1	12,8	2,1
Alleinerziehende Frauen	2.020	961	47,6	18,0	14,2	19,4	24,2	24,1
mit 1 Kind	1.699	901	53,0					
mit 2 Kindern	2.229	994	44,6					
mit 3 und mehr Kindern	2.916	1.141	39,1					
Alleinerziehende Männer	2.012	950	47,2	24,6	13,9	10,8	20,8	29,9
mit 1 Kind	1.711	853	49,9					
mit 2 Kindern	2.223	997	44,9					
mit 3 und mehr Kindern	2.951	1.302	44,1					
Bedarfsgemeinschaften mit Haushaltsvorstand zusammen	1.600	802	50,1	31,1	20,2	17,5	14,5	16,1
Bedarfsgemeinschaften ohne Haushaltsvorstand	668	443	66,3	65,2	25,4	6,3	2,3	0,8
Anderweitig nicht erfaßte Bedarfsgemeinschaften	1.879	884	47,0	32,5	20,9	12,7	11,5	22,4
Bedarfsgemeinschaften insgesamt	1.520	770	50,7	34,4	20,8	16,3	13,2	15,3

Daten: Sozialhilfestatistik.

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein; eigene Berechnungen.

Tabelle 22 weist aus, daß die Bedarfsgemeinschaften in Schleswig-Holstein trotz höherem Bruttobedarf einen geringeren Nettoanspruch als die Bedarfsgemeinschaften im früheren Bundesgebiet hatten. In der Höhe der anerkannten Bruttokaltmiete bestand 1996 kein Unterschied zum Durchschnitt Westdeutschlands, wohl aber war das angerechnete Einkommen in Schleswig-Holstein höher als in Westdeutschland. Offenbar gibt es in Schleswig-Holstein mehr Haushalte, die ergänzende Sozialhilfe zu ihren niedrigen Erwerbs- und Transfereinkommen beziehen.

Tab. 22: Bruttobedarf und Nettoanspruch der Bedarfsgemeinschaften von Empfänger(innen) laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen in Schleswig-Holstein 1996 und 1997 und im früheren Bundesgebiet 1996

Durchschnittliche(r/s) monatliche(r/s)		Früheres Bundesgebiet 1996	Schleswig-Holstein 1996	Schleswig-Holstein 1997
Bruttobedarf	in DM pro Monat	1.511	1.565	1.520
anerkannte Bruttokaltmiete	in DM pro Monat	531	532	546
	in % des Bruttobedarfs	35,1	34,0	36,0
	in % des Nettoanspruchs	64,8	69,0	71,0
angerechnetes Einkommen	in DM pro Monat	692	782	749
	in % des Bruttobedarfs	45,8	50,7	49,3
	in % des Nettoanspruchs	84,5	102,7	97,3
Nettoanspruch	in DM pro Monat	819	772	770
	in % des Bruttobedarfs	54,2	49,3	50,7

Daten: Sozialhilfestatistik.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein.

Die Armutsschwelle wird durch jene Einkommensgrenzen markiert, unterhalb derer überhaupt ein Anspruch auf laufende Hilfe zum Lebensunterhalt besteht, einerlei wie hoch dieser ist. Die folgenden Analysen beschränken sich auf den Bereich der "bekämpften Armut", d.h. auf die Personen, die diese Hilfe auch erhalten. Ihr Lebensstandard befindet sich auf dem politisch definierten Existenzminimum. Davon zu unterscheiden ist die "verdeckte Armut" derjenigen, die zwar einen Anspruch auf Hilfe zum Lebensunterhalt haben, diesen aber nicht geltend machen. Wer in verdeckter Armut lebt, unterschreitet mit seinem Lebensstandard das hierzulande jedem zugedachte Existenzminimum. Statistisch gesicherte Angaben über das Ausmaß verdeckter Armut in Schleswig-Holstein liegen nicht vor.¹⁷

¹⁷ Vgl. Kap. 3.1.5 – In Westdeutschland waren 1996 nach Daten des Sozio-Ökonomischen Panels 3,2 % der Bevölkerung "verdeckt arm". Dem entsprach eine "Dunkelziffer" der Armut von 48,5 %, das heißt, von 100 Sozialhilfeberechtigten nahmen fast die Hälfte ihr Recht nicht in Anspruch (Neumann/Hertz 1998, S. 75) ("Dunkelziffer" = Verhältnis der verdeckt Armen zur Gesamtzahl der Sozialhilfeberechtigten (verdeckt Arme und Hilfeempfänger(innen) zusammen)).

3.2.2 Ausmaß des Sozialhilfebezugs

Seit Inkrafttreten des BSHG im Jahre 1962 hat sich die Sozialhilfe von einem Auffangnetz für individuelle Notlagen zu einer Grundsicherung für einen wachsenden Teil der Bevölkerung entwickelt. Dieser Funktionswandel hat strukturelle Gründe: Mit der Massenarbeitslosigkeit, der Differenzierung von Familien- und Lebensformen und der zunehmenden Migration sind immer mehr Menschen von Verarmung betroffen, die durch die vorgelagerten sozialen Sicherungssysteme nicht mehr hinreichend aufgefangen werden kann. Bereits in den 1970er Jahren war ein Anstieg der Sozialhilfeempfänger(innen) zu verzeichnen; seit den 1980er Jahren hat sich die Entwicklung beschleunigt.

Die Zahl der Empfänger(innen) laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (außerhalb von Einrichtungen) in Schleswig-Holstein hat sich, ebenso wie im früheren Bundesgebiet, von 1980 bis 1997 nahezu verdreifacht (vgl. Tab. 23). Gleiches gilt für die Sozialhilfequote, d.h. den Anteil der Hilfeempfänger(innen) an der Bevölkerung (vgl. Tab. 24). Ende 1997 bezogen in Schleswig-Holstein 123.780 Frauen und Männer laufende Hilfe zum Lebensunterhalt. Das entsprach einem Bevölkerungsanteil von 4,5 %.

3.2.2.1 Entwicklung der Zahl der Hilfeempfänger(innen)

Tab. 23: Empfänger(innen) laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen in Schleswig-Holstein und im früheren Bundesgebiet 1980 bis 1997

Jahr	Schleswig-Holstein		Früheres Bundesgebiet	
	Anzahl der Empfänger(innen) am Jahresende	Veränderung gegenüber Vorjahr (in %)	Anzahl der Empfänger(innen) am Jahresende	Veränderung gegenüber Vorjahr (in %)
1980	42.551		851.152	
1981	40.175	- 5,6	846.821	- 0,7
1982	48.709	21,2	1.025.317	19,2
1983	50.630	3,9	1.140.877	10,8
1984	62.902	24,3	1.217.468	6,5
1985	67.407	7,2	1.397.783	14,6
1986	71.925	6,7	1.468.186	4,8
1987	78.554	9,2	1.552.210	4,6
1988	79.396	1,1	1.619.229	3,3
1989	86.913	9,5	1.737.273	7,4
1990	84.361	- 2,9	1.772.481	2,1
1991	87.904	4,2	1.818.739	2,4
1992	95.948	9,2	2.049.550	12,4
1993	103.682	8,1	2.162.494	4,8
1994 ¹⁾	92.811	- 10,5	2.017.100	- 7,1
1995 ²⁾	111.364	20,0	2.240.945	11,9
1996 ³⁾	117.022	5,1	2.388.657	6,6
1997	123.780	5,8	2.511.228	5,1
Veränderung 1980 bis 1993	+ 61.131	+ 143,7	+ 1.311.342	+ 154,1
Veränderung 1994 bis 1997	+ 30.969	+ 33,4	+ 494.128	+ 22,5

1) Aufgrund der Einführung des Asylbewerberleistungsgesetzes ist die Zahl der Sozialhilfeempfänger(innen) von 1993 auf 1994 zurückgegangen.

2) Die Zahl der Empfänger(innen) im früheren Bundesgebiet (1995) weist eine Untererfassung auf: Es fehlen ca. 27.000 Fälle aus Berlin sowie ca. 16.000 Fälle aus Bremerhaven.

3) Die Zahl der Empfänger(innen) im früheren Bundesgebiet (1996) schließt 6.175 nachgemeldete Fälle aus Schleswig-Holstein ein.

Daten: Sozialhilfestatistik.

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein; Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Tabelle 23 weist aus, daß die Zahl der Sozialhilfeempfänger(innen) in Schleswig-Holstein in mehreren zeitlichen Schüben angestiegen ist. Nach besonders hohen Zuwachsraten Anfang der 1980er Jahre verlangsamte sich der Anstieg gegen Ende der 1980er Jahre. 1993 wurden erstmals mehr als 100.000 Empfänger(innen) in Schleswig-Holstein gezählt. Der deutliche Rückgang der Empfängerzahl im darauffolgenden Jahr ist auf die Einführung des Asylbewerberleistungsgesetzes zurückzuführen, durch das 1994 rund 8.500 Personen aus der Sozialhilfe in das Asylbewerberleistungsrecht überwechselten.

Seit 1994 ist eine wieder beschleunigte Zunahme der Sozialhilfeempfänger(innen) zu beobachten. Obwohl Asylbewerber(innen) aus der Sozialhilfe ausgegliedert wurden, ist die Zahl der Hilfeempfänger(innen) in Schleswig-Holstein in nur vier Jahren – von 1994 bis 1997 – um rund 31.000 Personen gestiegen, annähernd so viel wie in den acht Jahren zuvor (1986 bis 1993 um rund 32.000 Personen). Die prozentuale Zunahme der Hilfeempfänger(innen) zwischen 1994 und 1997 war in Schleswig-Holstein (33,4 %) deutlich höher als im Durchschnitt der alten Bundesländer (22,5 %).

Noch wesentlich dramatischer verlief die Steigerung der Sozialhilfeabhängigkeit in den neuen Bundesländern (61,5 %).

Abb. 3:

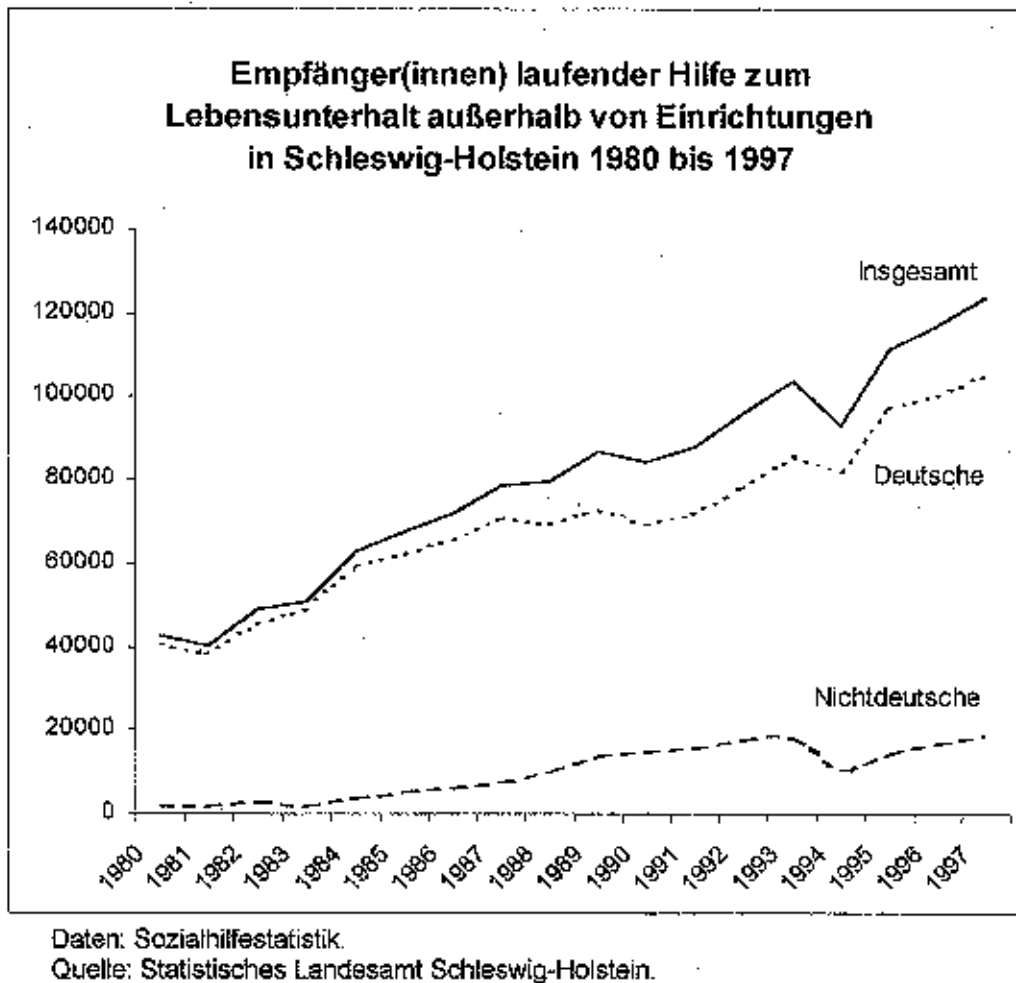


Abbildung 3 zeigt, daß es Anfang der 1980er Jahre vor allem die wachsende Sozialhilfebedürftigkeit der deutschen Bevölkerung war, die die Gesamtzahl der Hilfeempfänger(innen) in Schleswig-Holstein in die Höhe trieb. Dagegen wurde die Entwicklung in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre stärker durch die zunehmende Zahl nichtdeutscher Hilfeempfänger(innen) beeinflusst. Seit 1994 ist sowohl die Zahl der deutschen (einschließlich Aussiedler) als auch die Zahl der nichtdeutschen Hilfeempfänger(innen) stark gestiegen.

Eine Teilerklärung für die langfristige Zunahme der Sozialhilfebedürftigkeit in Schleswig-Holstein ist die Zunahme der Arbeitslosigkeit. Sie hat vor allem zu den starken Anstiegen der Zahl der Hilfeempfänger(innen) in der ersten Hälfte der 1980er Jahre und nach 1994 beigetragen.¹⁸ Dagegen war in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre trotz

¹⁸ Die Arbeitslosenquote (Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen) in Schleswig-Holstein nahm zwischen 1980 und 1985 von 4,2 % auf 11,1 % zu. In den Folgejahren ging die Arbeitslosenquote bis 1992 auf 7,2 % zurück, um danach erneut anzusteigen. 1997 waren 11,2 % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen in Schleswig-Holstein arbeitslos gemeldet (Quelle: Statistisches Bundesamt).

einer Entlastung am Arbeitsmarkt keine Entlastung der Sozialhilfe zu verzeichnen. Im Gegenteil: Die Zahl der Sozialhilfeempfänger(innen) in Schleswig-Holstein nahm, ebenso wie die Sozialhilfequote, auch in diesem Zeitraum kontinuierlich zu.

3.2.2.2 Entwicklung der allgemeinen Sozialhilfequote

Tab. 24: Entwicklung der Sozialhilfequoten in Schleswig-Holstein und im früheren Bundesgebiet 1980 bis 1997

Jahr	Schleswig-Holstein	Früheres Bundesgebiet	Differenz der Sozialhilfequoten in Prozentpunkten
	Von je 100 Einwohnern bezogen am Jahresende laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen (in %)		
1980	1,6	1,4	0,2
1981	1,5	1,4	0,1
1982	1,9	1,7	0,2
1983	1,9	1,9	-
1984	2,4	2,0	0,4
1985	2,6	2,3	0,3
1986	2,8	2,4	0,4
1987	3,0	2,5	0,5
1988	3,1	2,6	0,6
1989	3,3	2,8	0,5
1990	3,2	2,8	0,4
1991	3,3	2,8	0,5
1992	3,6	3,1	0,5
1993	3,8	3,3	0,5
1994 ¹⁾	3,4	3,1	0,3
1995 ²⁾	4,1	3,4	0,7
1996 ³⁾	4,3	3,6	0,7
1997	4,5	3,8	0,7
Relative Veränderung			
1980 = 100	281	271	350
1994 = 100	132	123	233

1) Aufgrund der Einführung des Asylbewerberleistungsgesetzes ist die Zahl der Sozialhilfeempfänger(innen) und damit die Sozialhilfequote von 1993 auf 1994 zurückgegangen.

2) Die Zahl der Empfänger(innen) im früheren Bundesgebiet (1995) weist eine Untererfassung auf: Es fehlen ca. 27.000 Fälle aus Berlin sowie ca. 18.000 Fälle aus Bremerhaven.

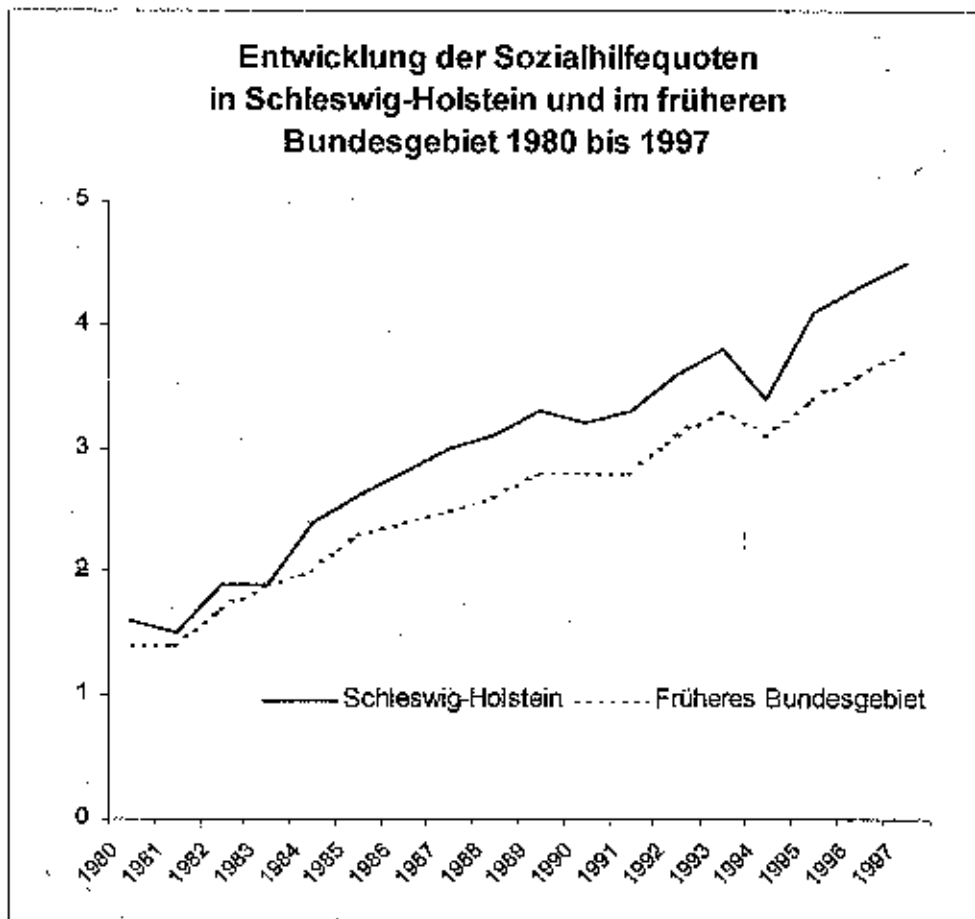
3) Die Zahl der Empfänger(innen) im früheren Bundesgebiet (1996) schließt 6.175 nachgemeldete Fälle aus Schleswig-Holstein ein.

Daten: Sozialhilfestatistik; Statistik der Fortschreibung des Bevölkerungsstands.

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein; Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Der Anteil der Sozialhilfeempfänger(innen) an der Bevölkerung in Schleswig-Holstein ist im gesamten Beobachtungszeitraum von 1,6 % (1980) auf 4,5 % (1997) gestiegen (vgl. Tab. 24 und Abb. 4). Der Anstieg der Sozialhilfequote war damit steiler als im Durchschnitt des früheren Bundesgebiets. Dort nahm die Sozialhilfequote von 1,4 % (1980) auf 3,8 % (1997) zu. Insbesondere nach 1994 ist der Abstand zum westdeutschen Durchschnitt gewachsen. Während in Schleswig-Holstein die Sozialhilfequote zwischen 1994 und 1997 (relativ) um ein Drittel zunahm, stieg sie im früheren Bundesgebiet im gleichen Zeitraum um knapp ein Viertel.

Abb. 4:

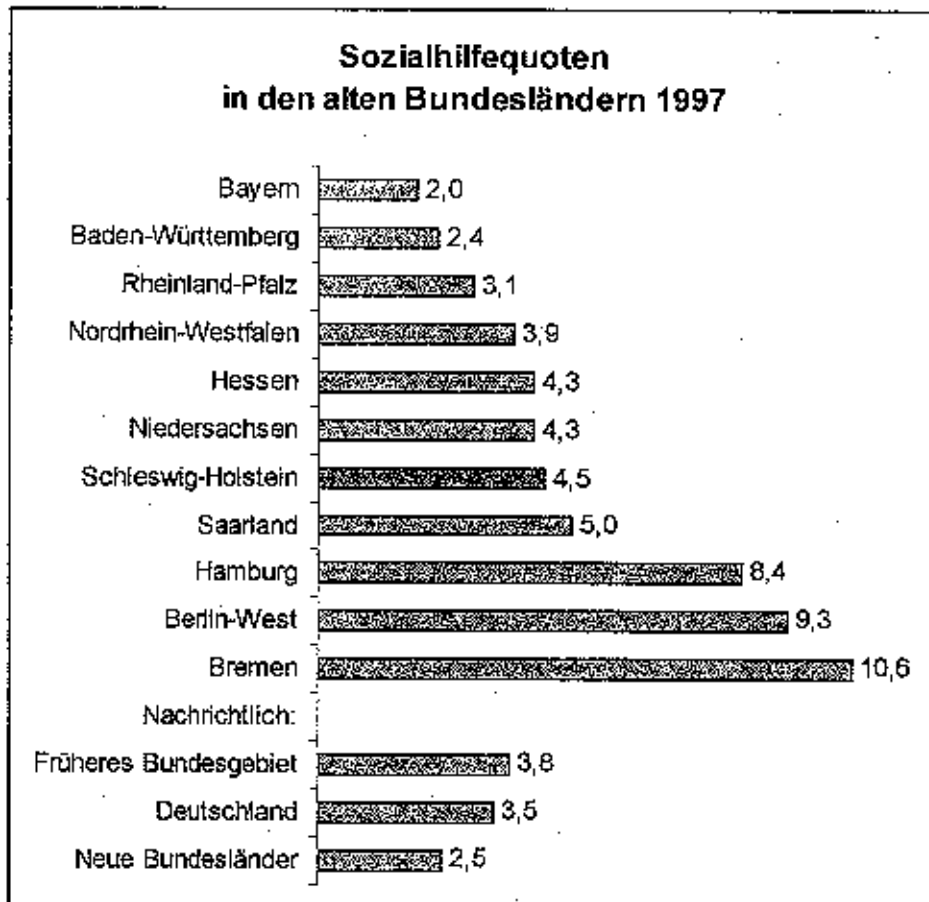


Sozialhilfequote: Empfänger(innen) laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen in % der Bevölkerung.

Daten: Sozialhilfestatistik; Statistik der Fortschreibung des Bevölkerungsstands.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein.

Gemessen an der Bevölkerungszahl lebten 1997 in Schleswig-Holstein mehr Menschen von Sozialhilfe als in den meisten anderen westdeutschen Flächenländern (vgl. Abb. 5). Die Sozialhilfequote in Schleswig-Holstein war 1997 die fünfthöchste unter den alten und auch unter allen Bundesländern, nach den Stadtstaaten Bremen, Hamburg und Berlin und dem Saarland.

Abb. 5:



Daten: Sozialhilfestatistik; Statistik der Fortschreibung des Bevölkerungsstands.
Quelle: Statistisches Bundesamt.

3.2.3 Soziale Struktur des Sozialhilfebezugs

Sozialhilfebedürftigkeit konzentriert sich in bestimmten Bevölkerungsgruppen und schafft dort verschärfte Problemlagen. Diese Risikogruppen des Sozialhilfebezugs stehen im Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit und Diskussion. Durch die Analyse gruppenspezifischer Sozialhilferisiken lassen sich die Bestimmungsgründe und Ursachen ermitteln, die Menschen mit bestimmten sozialen Merkmalen häufiger als andere in Armut führen. Die Kenntnis der Struktur der Sozialhilfebedürftigkeit ist eine Voraussetzung für die zielgenaue Ausgestaltung der Armutsbekämpfung.

Um diese Problematik einschätzen zu können, soll in diesem Abschnitt dargestellt werden, wie sich die Sozialhilfebezieher(innen) in Schleswig-Holstein zusammensetzen und welche Bevölkerungsgruppen in Schleswig-Holstein besonders häufig auf Sozialhilfe angewiesen sind. Zunächst wird ein Überblick über die wichtigsten Veränderungen im Zeitablauf gegeben. Nachfolgend wird die Struktur der Haushalte und Familien (Bedarfsgemeinschaften) in der Sozialhilfe dargestellt. Die weiteren Abschnitte gehen vertiefend auf einzelne Personengruppen in der Sozialhilfe ein.

3.2.3.1 Strukturverschiebungen im Zeitverlauf

Die Zusammensetzung der Sozialhilfeempfänger(innen) in Schleswig-Holstein hat sich zwischen 1980 und 1997 erheblich verändert. Tabelle 25 zeigt, daß der Anteil der nicht-deutschen Hilfeempfänger(innen) in diesem Zeitraum stark gestiegen ist. Der Frauenanteil an den Sozialhilfeempfänger(innen) ist langfristig gesunken, wenngleich Frauen nach wie vor mehr als die Hälfte der von Sozialhilfe abhängigen Bürger(innen) in Schleswig-Holstein ausmachen. Auffällig sind die Veränderungen in der Alterszusammensetzung der Hilfeempfänger(innen). Während der Anteil der älteren Hilfeempfänger(innen) ab 65 Jahren von rund 19 % (1980) auf 5 % (1997) zurückging, hat, insbesondere seit Ende der 1980er Jahre, der Anteil der Kinder und Jugendlichen zugenommen. Dadurch hat sich das Durchschnittsalter der Sozialhilfeempfänger(innen) verringert.

Im Vergleich zum früheren Bundesgebiet gibt es in Schleswig-Holstein weniger Ältere und weniger Nichtdeutsche unter den Hilfeempfänger(innen).

Tab. 25: Veränderungen der Zusammensetzung der Sozialhilfeempfänger(innen) in Schleswig-Holstein 1980 bis 1997

Jahr	Empfänger(innen) laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen am Jahresende				
	Insgesamt	darunter (in %)			
		Frauen	Kinder unter 18 J.	Ältere ab 65 Jahre	Nichtdeutsche
1980	42.551	64,4	36,0	19,1	4,6
1981	40.175	65,3	34,2	18,9	4,4
1982	48.709	62,0	34,7	14,1	6,4
1983	50.630	61,5	34,1	12,7	3,5
1984	62.902	60,2	34,0	10,5	5,8
1985	67.407	59,8	33,8	9,3	7,6
1986	71.925	58,7	34,7	8,5	8,5
1987	78.554	58,1	34,2	7,5	9,6
1988	79.396	57,7	34,2	7,6	12,5
1989	86.913	56,4	34,1	6,8	15,9
1990	84.361	56,1	34,4	6,9	17,4
1991	87.904	55,7	35,6	6,5	18,0
1992	95.948	55,3	36,4	6,2	18,6
1993	103.682	56,1	36,9	6,2	17,4
1994	92.811	57,6	38,4	6,2	11,4
1995	111.364	57,1	38,6	5,5	12,8
1996	117.022	56,7	38,0	5,4	14,5
1997	123.780	55,5	38,0	5,1	15,0
		Zum Vergleich: Früheres Bundesgebiet ¹⁾			
1996	2.388.657	56,6	37,7	6,6	25,9

1) Die Zahlen für das frühere Bundesgebiet (1996) schließen 6.175 nachgemeldete Fälle aus Schleswig-Holstein ein.

Daten: Sozialhilfestatistik.

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein; Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Auch was die Haushalts- und Familienformen von Sozialhilfeempfänger(innen) in Schleswig-Holstein betrifft, sind Strukturveränderungen zu beobachten (vgl. Tab. 26): Auffällig ist der gesunkene Anteil alleinstehender (zumeist älterer) Frauen und der wachsende Anteil alleinerziehender (zumeist jüngerer) Frauen. Bemerkenswert ist

auch der seit Beginn der 1990er Jahre steigende Anteil der Ehepaare ohne minderjährige Kinder im Haushalt. Der Anteil der Ehepaare mit Kindern unter 18 Jahren weist demgegenüber im Zeitverlauf Schwankungen auf. Unter den sozialhilfeabhängigen Ehepaaren mit Kindern ist der Anteil der kinderreichen Familien (mit drei und mehr Kindern) stark angewachsen.

Im Vergleich zum früheren Bundesgebiet gibt es in Schleswig-Holstein mehr alleinstehende Männer, mehr alleinerziehende Frauen und weniger Ehepaare (mit und ohne Kinder) unter den Haushalten von Sozialhilfeempfänger(innen).

Tab. 26: Veränderungen der Haushaltsstruktur der Sozialhilfeempfänger(innen) in Schleswig-Holstein 1985 bis 1997

Jahr	Bedarfsgemeinschaften von Empfänger(innen) laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen am Jahresende ¹⁾								
	Insgesamt	darunter (in %)							
		Alleinstehende Frauen	Alleinstehende Männer	Ehepaare ohne Kinder ²⁾	Ehepaare mit Kindern ²⁾		Alleinerziehende Frauen	Alleinerziehende Männer	
				zusammen	mit drei u. mehr Kindern				
1985	38.540	32,7	17,4	4,6	10,6	2,0	19,1	0,6	
1986	41.813	31,2	18,9	4,5	9,6	2,2	18,8	0,8	
1987	45.073	29,3	19,3	4,7	9,6	2,3	19,6	0,7	
1988	45.535	29,0	19,2	4,5	9,3	2,4	19,3	0,8	
1989	48.974	27,1	21,0	4,8	10,8	2,7	18,4	0,8	
1990	47.918	27,1	21,8	4,8	10,3	2,9	18,4	0,7	
1991	49.450	25,9	22,8	4,6	9,7	3,1	19,7	0,8	
1992	52.919	24,4	22,8	4,9	10,2	3,2	20,7	0,8	
1993	55.456	24,7	20,3	5,1	11,3	3,6	21,8	0,8	
1994	48.413	24,5	17,4	5,8	11,1	3,1	24,5	0,6	
1995	57.448	23,1	18,3	5,7	11,2	3,2	24,5	0,6	
1996	61.124	23,7	19,1	5,7	11,2	3,1	23,2	0,6	
1997	64.053	23,5	19,3	5,8	11,3	3,2	22,8	0,7	
		Zum Vergleich: Früheres Bundesgebiet ³⁾							
1996	1.227.903	23,3	18,0	7,1	12,6	3,5	21,5	0,7	

1) Aufgrund der Reform der Sozialhilfestatistik sind die Haushaltstypen ab 1994 nicht direkt mit denen der vorangegangenen Jahre vergleichbar.

2) Kinder bis unter 18 Jahren.

3) Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften im früheren Bundesgebiet (1996) weist eine Untererfassung auf. Es fehlen die nachgemeldeten Fälle aus Schleswig-Holstein.

Daten: Sozialhilfestatistik.

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein; Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Aus den Veränderungen in der Zusammensetzung der Hilfeempfänger(innen) kann nicht unmittelbar auf Veränderungen in den Sozialhilferisiken einzelner Bevölkerungsgruppen geschlossen werden. Zu berücksichtigen sind auch demographische Effekte. Wenn z.B. der Ausländeranteil an den Hilfeempfänger(innen) gewachsen ist, so könnte dies auch auf einen wachsenden Ausländeranteil an der Bevölkerung zurückzuführen sein, ohne daß sich die Inanspruchnahme der Sozialhilfe durch Ausländer verändert hätte. Mittels der Sozialhilfequote können derartige demographische Effekte kontrolliert und gruppenspezifische Sozialhilferisiken quantitativ verglichen werden.

Aufgrund der unzureichenden Datenlage sind für Haushalte und Familien keine Zeitreihen über die Entwicklung der Sozialhilferisiken möglich (vgl. Kap. 3.2.3.2). Die Entwicklung bei ausgewählten Personengruppen geht aus Tabelle 27 hervor. Sie zeigt zwei wesentliche Veränderungen der Risikostruktur:

- Das Sozialhilferisiko von *Kindern* ist stark gestiegen und hat sich zwischen 1980 und 1997 nahezu vervierfacht.
- Seit 1994 ist eine verstärkte Zunahme der Sozialhilfebedürftigkeit in der *nicht-deutschen Bevölkerung* zu beobachten.

Mit Ausnahme der älteren Bevölkerung ab 65 Jahren liegen die Sozialhilfequoten in allen betrachteten Bevölkerungsgruppen über dem Durchschnitt des früheren Bundesgebiets.

Tab. 27: Veränderungen der Sozialhilfequoten ausgewählter Bevölkerungsgruppen in Schleswig-Holstein 1980 sowie 1990 bis 1997

Jahr	Anteile der Empfänger(innen) laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe (in %)						
	Insgesamt	Männer	Frauen	Kinder unter 18 Jahre	Ältere ab 65 Jahre	Deutsche	Nicht-deutsche ¹⁾
Schleswig-Holstein							
1980	1,6	1,2	2,0	2,5	1,9	X	X
1990	3,2	2,9	3,5	6,2	1,4	2,8	14,2
1991	3,3	3,0	3,6	6,6	1,3	2,8	14,2
1992	3,6	3,3	3,9	7,2	1,4	3,1	14,1
1993	3,8	3,5	4,2	7,7	1,5	3,3	13,9
1994	3,4	3,0	3,9	7,1	1,3	3,2	8,0
1995	4,1	3,6	4,6	8,5	1,4	3,8	10,3
1996	4,3	3,8	4,7	8,6	1,4	3,8	11,8
1997	4,5	4,0	5,0	9,0	1,4	4,0	12,7
Zum Vergleich: Früheres Bundesgebiet							
1996	3,6	3,1	3,9	6,9	1,5	3,0	8,6

X Angaben lagen nicht vor.

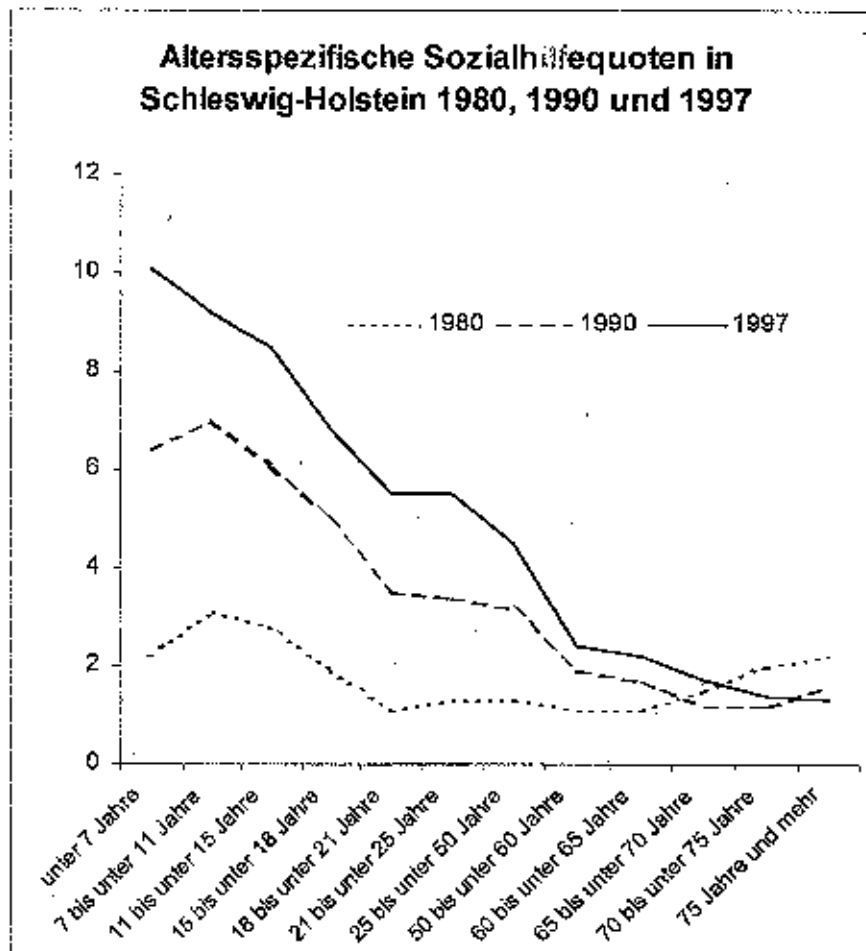
1) Die Sozialhilfequote der nichtdeutschen Bevölkerung weist ab 1994 eine systematische Unterschätzung auf, da die Zahl der nichtdeutschen Sozialhilfeempfänger(innen) nicht exakt auf den Kreis der anspruchsberechtigten Bevölkerung (ohne Asylbewerber) bezogen werden kann.

Daten: Sozialhilfestatistik; Statistik der Fortschreibung des Bevölkerungsstandes.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein; eigene Berechnungen.

Die auffälligste und u.E. problematischste Entwicklungstendenz ist die Verlagerung des Sozialhilferisikos von der älteren auf die jüngere und jüngste Generation (vgl. Abb. 6). Kinder tragen heute von allen Altersgruppen das höchste Sozialhilferisiko. Diese "Infantilisierung der Sozialhilfebedürftigkeit" ist in Schleswig-Holstein weiter vorangeschritten als im Durchschnitt der alten Bundesländer. In Schleswig-Holstein war 1997 jedes elfte Kind, im früheren Bundesgebiet jedes vierzehnte Kind unter 18 Jahren auf Sozialhilfe angewiesen.

Abb. 6:



Altersspezifische Sozialhilfequote: Sozialhilfeempfänger(innen) (HLU) einer bestimmten Altersgruppe in % der gleichaltrigen Bevölkerung.

Daten: Sozialhilfestatistik; Statistik der Fortschreibung des Bevölkerungsstandes.

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein; eigene Berechnungen.

3.2.3.2 Haushalts- und Familienformen

Ende 1997 erhielten in Schleswig-Holstein 64.053 "Bedarfsgemeinschaften" laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen (vgl. Tab. 28).¹⁹ Alleinstehende Frauen und Männer stellten mit zusammen rund 43 % den größten Anteil an den Bedarfsgemeinschaften. Allerdings machten sie nur 22 % aller Empfänger(innen) aus. Die Mehrzahl der Hilfeempfänger(innen) – rund 61 % – lebte in unterschiedlichen Haushalts- und Familienkonstellationen mit minderjährigen Kindern zusammen. Insgesamt waren knapp 24.900 bzw. 39 % aller Bedarfsgemeinschaften Haushalte oder Haushaltsteile mit Kindern unter 18 Jahren.

¹⁹ Zu einer Bedarfsgemeinschaft zählen alle Personen, die in die gemeinsame Berechnung für die Sozialhilfeleistung einbezogen werden. Je nach Bedürftigkeit kann eine Bedarfsgemeinschaft einen ganzen Haushalt (z.B. eine alleinlebende Frau, ein Ehepaar mit Kindern) oder auch nur eine einzelne Person aus einer Haushaltsgemeinschaft (z.B. ein Kind) umfassen.

Tab. 28: Bedarfsgemeinschaften von Empfänger(innen) laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen in Schleswig-Holstein 1997

Typ der Bedarfsgemeinschaft	Insgesamt	davon: mit nicht- deutschem Haushalts- vorstand (in %)	Anteil des jeweiligen Typs der Bedarfsgemein- schaft an allen	
			Bedarfs- gemein- schaften	Hilfe- empfän- gern
Bedarfsgemeinschaften mit Haushaltsvorstand	55.553	11,2	86,7	89,1
Ehepaare ohne Kinder ¹⁾	3.731	21,5	5,8	6,0
Ehepaare mit Kindern ¹⁾	7.252	32,7	11,3	24,2
Nichteheliche Lebensgemeinschaften ohne Kinder ¹⁾	918	5,7	1,4	1,5
Nichteheliche Lebensgemeinschaften mit Kindern ¹⁾	1.203	7,0	1,9	3,5
Alleinstehende Frauen	15.041	4,8	23,5	12,2
Alleinstehende Männer	12.355	10,1	19,3	10,0
Alleinerziehende Frauen mit Kindern ¹⁾	14.635	6,0	22,8	30,9
Alleinerziehende Männer mit Kindern ¹⁾	418	14,6	0,7	0,9
Bedarfsgemeinschaften ohne Haushaltsvorstand	6.203	11,3	9,7	5,2
Anderweitig nicht erfaßte Bedarfsgemeinschaften	2.297	15,4	3,6	5,7
<i>Bedarfsgemeinschaften insgesamt</i>	<i>64.053</i>	<i>11,4</i>	<i>100,0</i>	<i>100,0</i>
<i>darunter: mit Kindern unter 18 Jahren²⁾</i>	<i>24.894</i>	<i>13,9</i>	<i>38,9</i>	<i>60,8</i>

1) Kinder unter 18 Jahre.

2) Ohne anderweitig nicht erfaßte Bedarfsgemeinschaften mit minderjährigen Kindern.

Daten: Sozialhilfestatistik.

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein; eigene Berechnungen.

Welche Haushalts- oder Familientypen weisen nun ein besonders hohes Sozialhilferisiko auf? Dies ergibt sich aus einem Vergleich der Sozialhilfebedarfsgemeinschaften mit der Haushalts- und der Familienstruktur der Wohnbevölkerung in Schleswig-Holstein.²⁰

²⁰ Als Vergleichszahlen werden dazu Daten aus dem Mikrozensus vom April 1997 herangezogen. Der Begriff "Haushalt" bezeichnet im Mikrozensus jede Gemeinschaft von Personen, die zusammen wohnt und wirtschaftet. Auch alleinlebende Personen bilden einen eigenen (Ein-Personen-)Haushalt. Der Begriff "Familie" bezieht sich im Mikrozensus auf verwandtschaftliche und familienstandsrechtliche Gefüge innerhalb eines Haushalts. Er umfaßt Ehepaare mit (ledigen) Kindern, Ehepaare ohne Kinder und Alleinerziehende, unabhängig davon, ob sie allein oder mit einem Partner zusammenleben.

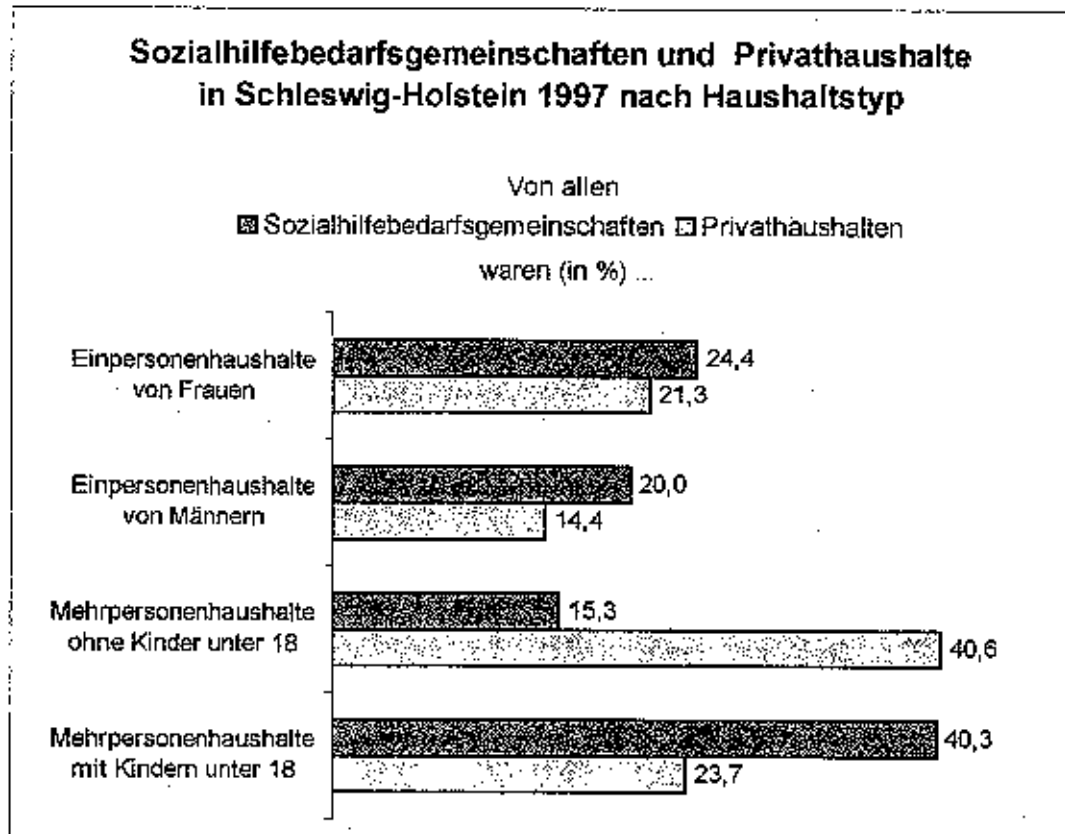
Die Zahlen der im Mikrozensus erfaßten Haushalte und Familien stimmen nicht überein. Auf der einen Seite kann es bei Haushalten zu Doppelzählungen kommen (z.B. Haushalte mit mehreren Wohnungen). Auf der anderen Seite ist zu beachten, daß in einem Haushalt mehrere Familien leben können (z.B. wird ein Haushalt mit Großeltern, Eltern und Kindern als Zweifamilienhaushalt gezählt).

Da sich die Bedarfsgemeinschaften der Sozialhilfeleistung nur bedingt als Haushalte oder Familien interpretieren lassen (und sich die Datenquellen zudem auf unterschiedliche Zeitpunkte beziehen), stellen die im folgenden genannten Anteilswerte und Sozialhilfequoten lediglich Näherungswerte dar.

Das Sozialhilferisiko der verschiedenen Haushaltstypen

In Abbildung 7 werden die Anteile der einzelnen Haushaltstypen in der Sozialhilfe und in der Bevölkerung Schleswig-Holsteins gegenübergestellt. Unter anderem ist zu erkennen, daß Mehrpersonenhaushalte mit Kindern unter 18 Jahren in der Sozialhilfe stark überrepräsentiert sind.

Abb. 7:



Daten: Sozialhilfestatistik; Mikrozensus.

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein; eigene Berechnungen.

Für einen Vergleich der Sozialhilfebezieher mit der *Haushaltsstruktur* in Schleswig-Holstein werden nachfolgend die Sozialhilfebedarfsgemeinschaften mit und ohne Haushaltsvorstand nach den vorliegenden Angaben zu Haushaltstypen zusammengefaßt. Dabei muß unterstellt werden, daß jede Bedarfsgemeinschaft einen einzelnen Haushalt bildet bzw. einem einzelnen Haushalt angehört. "Anderweitig nicht erfaßte Bedarfsgemeinschaften" wurden nicht in die Berechnung einbezogen. Daher unterscheiden sich die Anteile der einzelnen Haushaltstypen von denen in Tabelle 26. Der Vergleich der Sozialhilfebezieher mit der *Familienstruktur* in Schleswig-Holstein stützt sich auf die Angaben über Bedarfsgemeinschaften mit einem Haushaltsvorstand. Zu berücksichtigen ist, daß im Mikrozensus Alleinerziehende und nichteheliche Lebensgemeinschaften zusammengefaßt sind, während diese in der Sozialhilfestatistik gesondert ausgewiesen sind. Die Grundgesamtheit der Haushalte und Familien im Mikrozensus ist größer als die in der Sozialhilfestatistik.

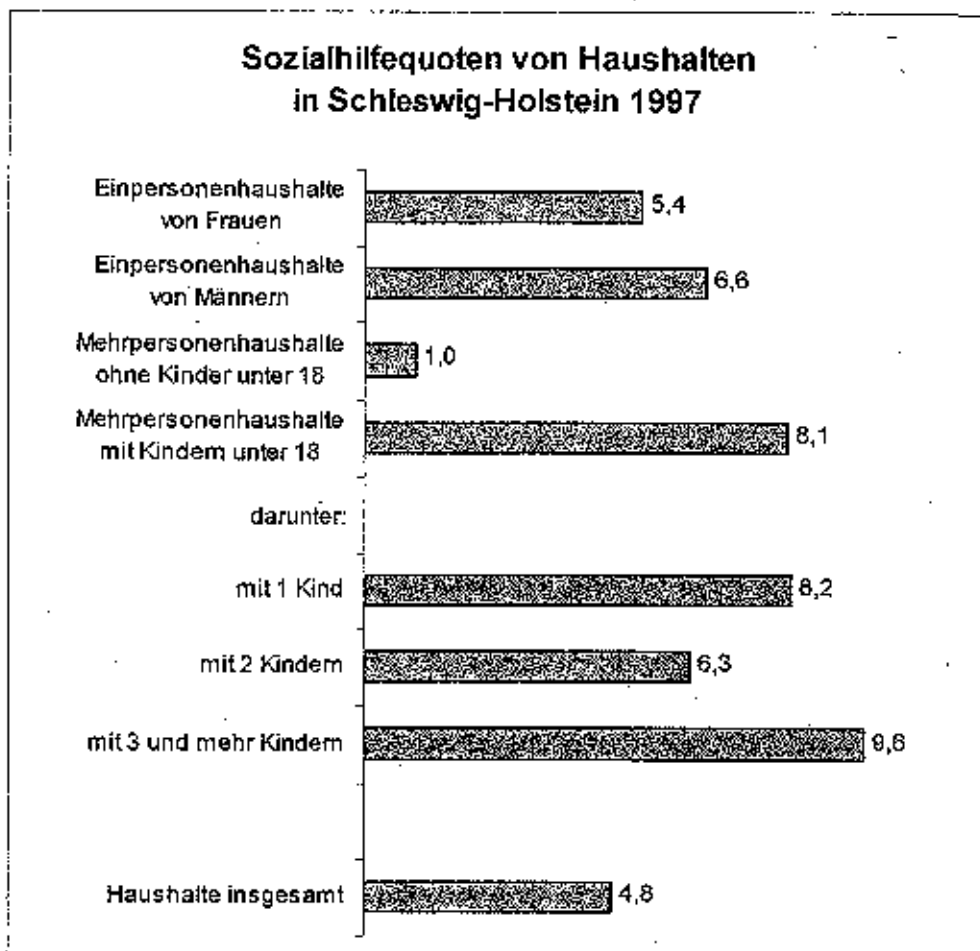
Die Sozialhilferisiken der einzelnen Haushaltstypen gehen aus Abbildung 8 hervor. Sie zeigt:

- Mehrpersonenhaushalte mit Kindern unter 18 Jahren wiesen von allen Haushaltsformen die höchste Sozialhilfequote auf. Jeder zwölfte Haushalt mit Kindern (8,1 %) bezog 1997 in Schleswig-Holstein Sozialhilfe.
- Differenziert nach Zahl der Kinder waren Haushalte mit einem und mit drei und mehr Kindern häufiger sozialhilfebedürftig als Haushalte mit zwei Kindern.²¹ Dieses auf den ersten Blick paradoxe Ergebnis entsteht dadurch, daß einerseits relativ viele Alleinerziehende nur ein Kind haben und auf Sozialhilfe angewiesen sind²², andererseits relativ viele kinderreiche Familien Sozialhilfe beziehen.
- Auch Einpersonenhaushalte wiesen ein überdurchschnittlich hohes Sozialhilferisiko auf. Alleinstehende Männer waren häufiger auf Sozialhilfe angewiesen als alleinstehende Frauen.
- Mehrpersonenhaushalte ohne minderjährige Kinder waren weit unterproportional sozialhilfebedürftig.

²¹ Das Ergebnis ist teilweise verzerrt, da aus der Sozialhilfestatistik nur für die "Bedarfsgemeinschaften mit Haushaltsvorstand", d.h. für Ehepaare, nichteheliche Lebensgemeinschaften und Alleinerziehende Angaben über die Kinderzahl vorliegen. Die Vergleichszahlen aus dem Mikrozensus beziehen sich demgegenüber auf alle Privathaushalte mit Kindern unter 18 Jahren.

²² Alleinerziehende Frauen stellen allein 70 % der sozialhilfebeziehenden Haushalte mit einem Kind.

Abb. 8:



Daten: Sozialhilfestatistik; Mikrozensus.

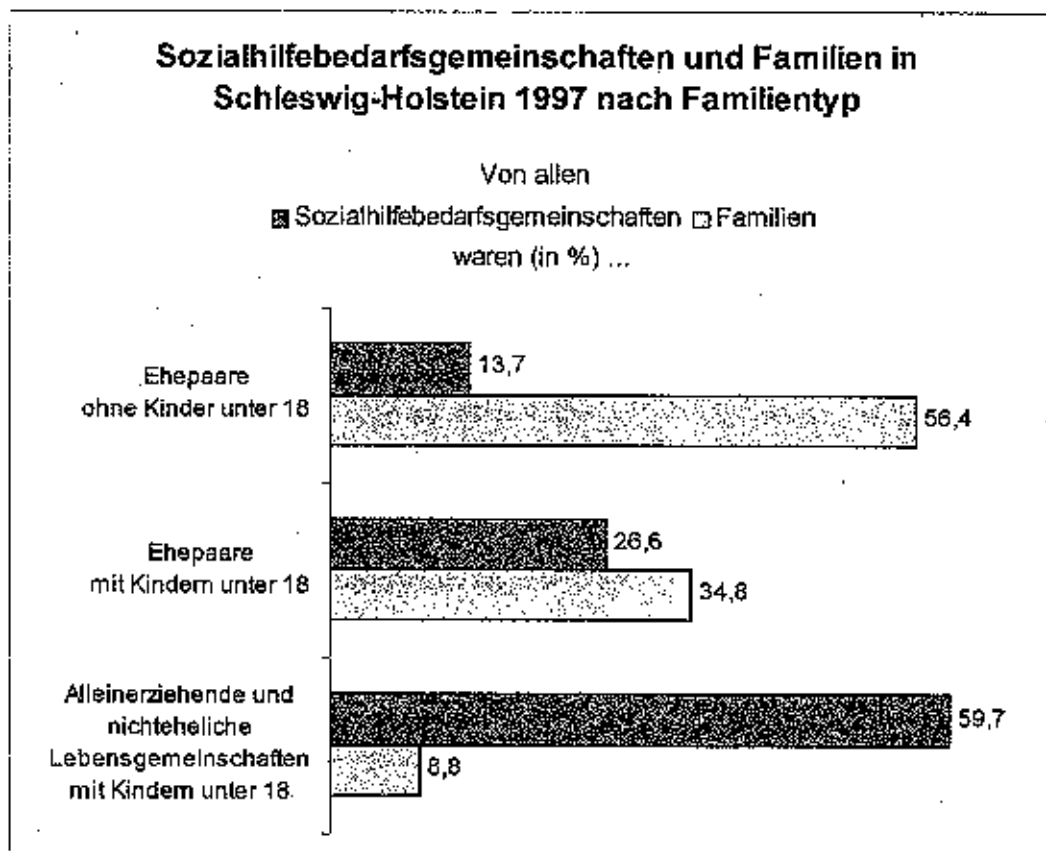
Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein; eigene Berechnungen.

Das Sozialhilferisiko der verschiedenen *Familientypen*

Ein Vergleich der Familienformen der Sozialhilfebedarfsgemeinschaften und der Bevölkerung erlaubt eine differenziertere Einschätzung der Sozialhilfebedürftigkeit von Haushalten mit Kindern (vgl. Abb. 9 und Abb. 10).

Dabei wird deutlich, daß Ehepaare mit Kindern kein generell erhöhtes Sozialhilferisiko tragen. Nur für kinderreiche Ehepaare, darunter viele ausländische Familien, ergibt sich eine überdurchschnittlich hohe Sozialhilfebedürftigkeit. Familienarmut ist in erster Linie die Armut alleinerziehender Frauen mit ihren Kindern: Nahezu jede dritte alleinerziehende Mutter in Schleswig-Holstein (29,3 %) bekam 1997 Sozialhilfe (vgl. Abb. 10).

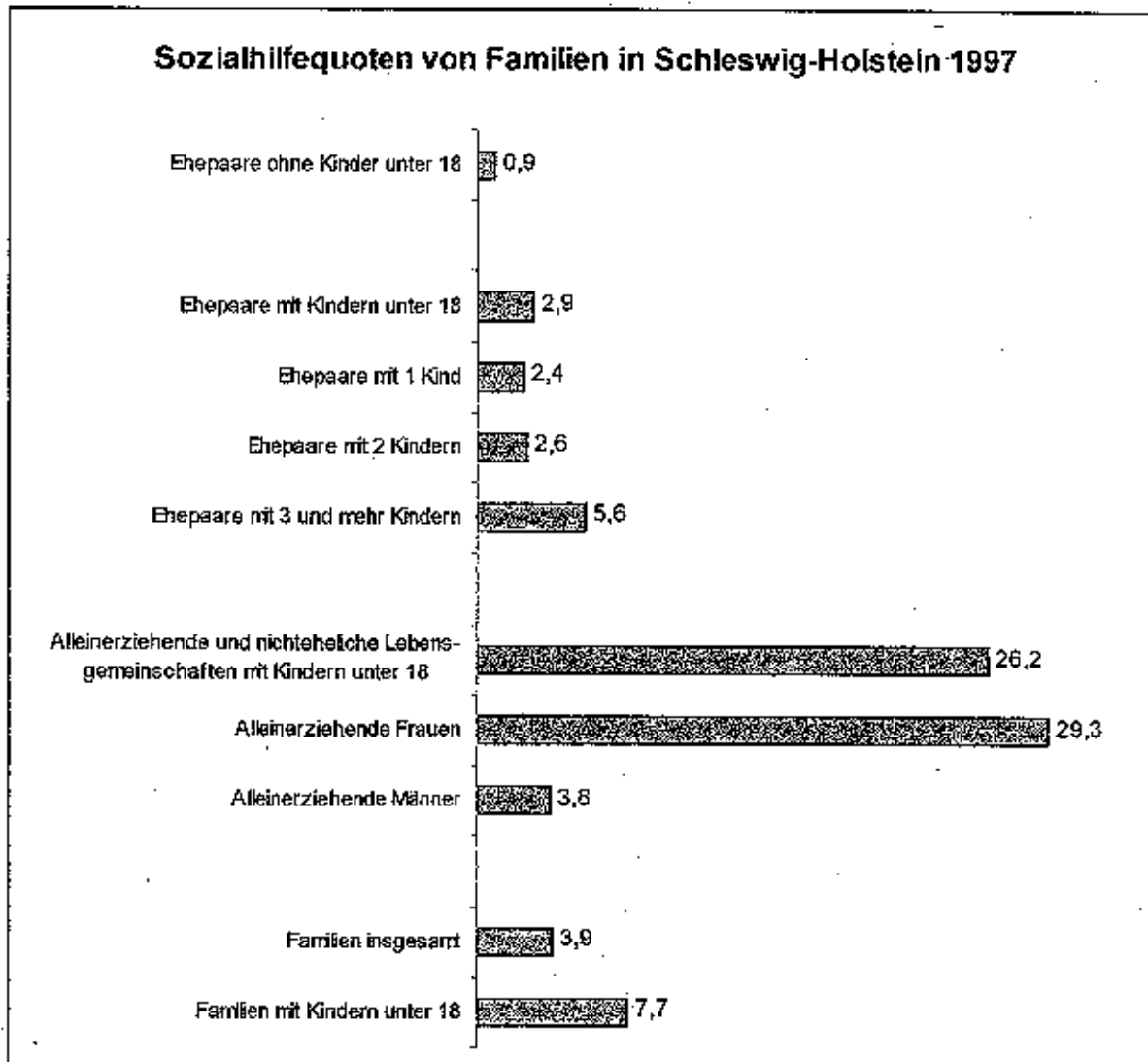
Abb. 9:



Daten: Sozialhilfestatistik; Mikrozensus.

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein; eigene Berechnungen.

Abb. 10:



Daten: Sozialhilfestatistik; Mikrozensus.

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein; eigene Berechnungen.

Nachdem bislang haushalts- und familienbezogene Sozialhilferisiken dargestellt wurden, werden im folgenden die einzelnen Personengruppen in der Sozialhilfe nach ausgewählten Strukturmerkmalen betrachtet.

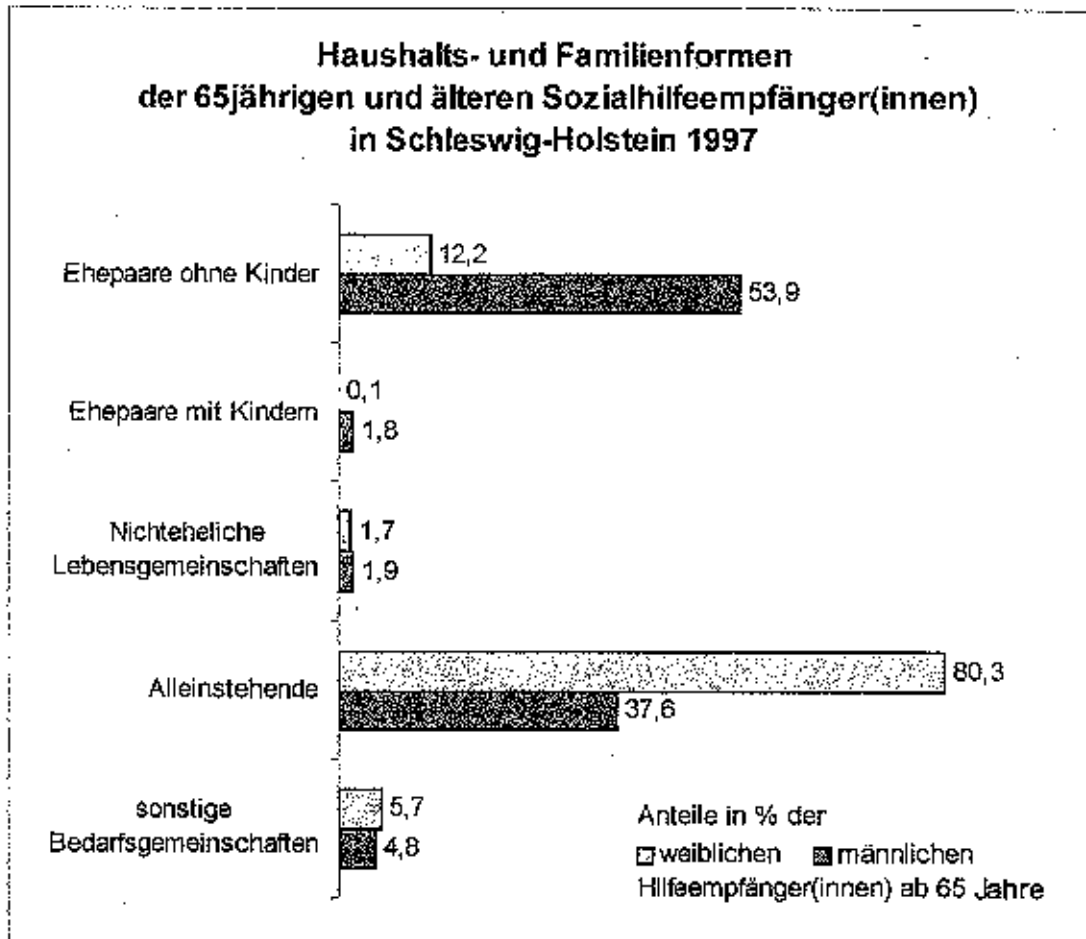
3.2.3.3 Alter

Ältere Menschen

Der Anteil älterer Personen ab 65 Jahre an allen Empfänger(innen) von Sozialhilfe ist im Zeitverlauf deutlich gesunken (vgl. Tab. 25). Noch im Jahre 1980 war das Risiko der Sozialhilfeabhängigkeit für ältere Menschen in Schleswig-Holstein höher als das der mittleren Altersgruppen und etwa so hoch wie das der Kinder (vgl. Tab. 27 und Abb. 6). 1980 waren 1,9 % der mindestens 65jährigen auf Sozialhilfe angewiesen, mehr als im Durchschnitt der Bevölkerung (1,6 %). 1997 bezogen nur noch 1,4 % laufende Hilfe zum Lebensunterhalt (Bevölkerungsdurchschnitt 4,5 %). Ältere Menschen trugen damit von allen Altersgruppen in der Bevölkerung das geringste Sozialhilferisiko. Die Gründe für diese zweifellos erfreuliche Entwicklung liegen u.a. darin, daß Ältere immer länger in Paargemeinschaften leben und daß Frauen eigene und höhere Rentenansprüche als zuvor erwerben.

Von den 6.300 Personen ab 65 Jahren, die 1997 in Schleswig-Holstein Sozialhilfe bekamen, waren drei Viertel (76,7 %) Frauen. Gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil nahmen ältere Frauen relativ häufiger Sozialhilfe in Anspruch (1,8 %) als ältere Männer (0,9 %). Hierbei kommen haushaltsspezifische Risikounterschiede zum Tragen: Bei den sozialhilfeempfangenden Frauen im Rentenalter handelte es sich 1997 zu 80 % um alleinstehende Frauen, während von den sozialhilfeabhängigen Männern ab 65 Jahren über die Hälfte mit einer Ehepartnerin zusammenlebte (vgl. Abb. 11).

Abb. 11:



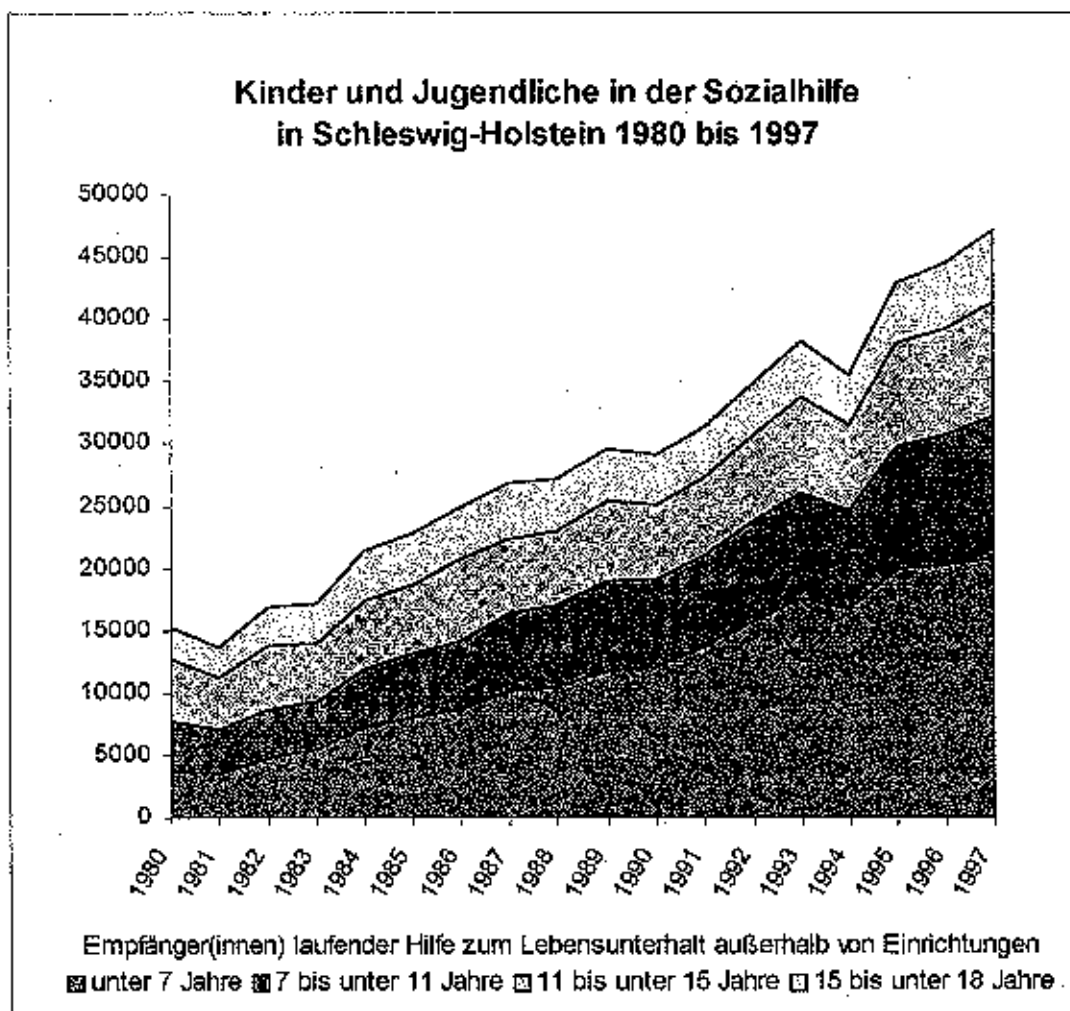
Daten: Sozialhilfestatistik.

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein; eigene Berechnungen.

Kinder und Jugendliche

Seit Beginn der 1980er Jahre nehmen Zahl und Anteil der minderjährigen Hilfeempfänger(innen) zu. Insbesondere die Zahl der Kinder bis unter 7 Jahren ist im Zeitverlauf deutlich gestiegen (vgl. Abb. 12 und Tab. 29). 1997 mußten in Schleswig-Holstein insgesamt rund 47.000 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren von Sozialhilfe leben. Der Anteil der Kinder und Jugendlichen in der Sozialhilfe war mit 38,0 % doppelt so hoch wie der Anteil der Kinder und Jugendlichen an der Bevölkerung mit 19,0 %.

Abb. 12:



Daten: Sozialhilfestatistik.

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein; eigene Berechnungen.

Tab. 29: Kinder und Jugendliche in der Sozialhilfe in Schleswig-Holstein 1980 sowie 1990 bis 1997

Jahr	Minderjährige Empfänger(innen) laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen am Jahresende						
	Ins-gesamt	davon im Alter von ... bis unter ... Jahren				Kinder bis unter 15 J.	
		unter 7	7 – 11	11 – 15	15 – 18	deutsch	nicht-deutsch ¹⁾
1980	15.327	3.725	3.918	5.012	2.672	12.282	373
1990	29.049	11.985	7.124	6.043	3.897	20.989	4.163
1991	31.310	13.779	7.266	6.363	3.902	22.820	4.588
1992	34.920	15.813	8.003	6.943	4.161	26.542	5.217
1993	38.255	17.579	8.492	7.645	4.539	27.898	5.818
1994	35.597	16.722	7.902	6.965	4.008	27.953	3.636
1995	42.973	20.007	9.753	8.342	4.871	33.286	4.816
1996	44.476	20.265	10.382	8.620	5.209	33.534	5.733
1997	47.062	20.817	11.378	9.198	5.669	35.062	6.331
Relative Veränderung 1980 = 100	307	569	290	184	212	285	1.697
1994 = 100	132	124	144	132	141	125	174
1980	Anteil an der Bevölkerung gleichen Alters (Sozialhilfequoten in %)						
1980	2,5	2,2	3,1	2,8	1,9	X	X
1990	6,2	6,4	7,0	6,1	5,0	5,7	17,7
1991	6,6	7,0	7,1	6,3	5,0	6,1	20,5
1992	7,2	7,8	7,8	6,7	5,3	6,9	20,8
1993	7,7	8,5	8,2	7,3	5,8	7,1	22,9
1994	7,1	8,1	7,3	6,5	5,2	7,0	13,9
1995	8,5	9,7	8,6	7,8	6,1	8,3	17,6
1996	8,6	9,8	8,7	8,0	6,4	8,3	20,2
1997	9,0	10,1	9,2	8,5	6,8	8,6	21,9
Relative Veränderung 1980 = 100	360	459	298	304	358	X	X
1994 = 100	127	125	126	131	131	123	158
1997	Zum Vergleich: Sozialhilfequoten im früheren Bundesgebiet						
1997	7,2	8,1	7,3	6,6	5,6	6,4	X

X Angaben lagen nicht vor.

1) Die Sozialhilfequote der nichtdeutschen Kinder weist ab 1994 eine systematische Unterschätzung auf, da die Zahl der nichtdeutschen Sozialhilfeempfänger(innen) nicht exakt auf den Kreis der anspruchsberechtigten Bevölkerung (ohne Asylbewerber) bezogen werden kann.

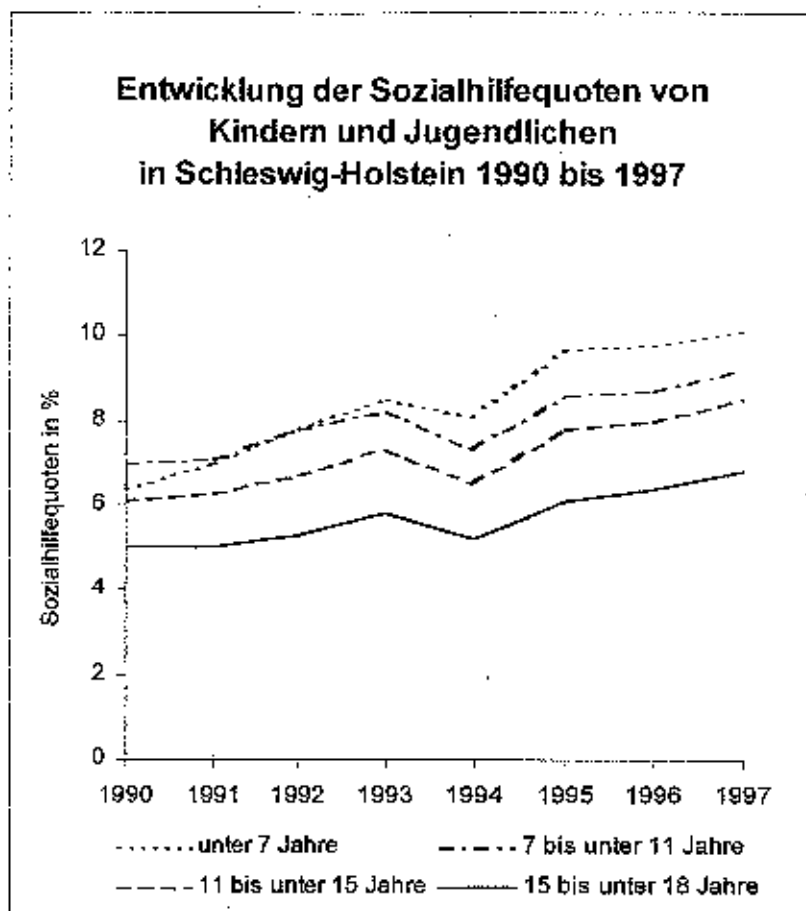
Daten: Sozialhilfestatistik; Statistik der Fortschreibung des Bevölkerungsstandes.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein; eigene Berechnungen.

Tabelle 29 dokumentiert die stark gewachsene Sozialhilfeabhängigkeit von Kindern und Jugendlichen in Schleswig-Holstein. Die Sozialhilfequote von Kindern und Jugendlichen ist zwischen 1980 und 1997 weitaus stärker gestiegen (um 360 %) als im Durchschnitt der Bevölkerung (um 281 %). Zu dieser Entwicklung hat auch die überproportional wachsende Sozialhilfebedürftigkeit nichtdeutscher Kinder beigetragen. 1997 war mehr als jedes fünfte nichtdeutsche Kind bis unter 15 Jahren in Schleswig-Holstein auf Sozialhilfe angewiesen.

Kinder und Jugendliche trugen 1997 von allen Altersgruppen das höchste Sozialhilferisiko. Je jünger die Kinder, desto größer war der Anteil der Hilfeempfänger(innen).

Abb. 13:

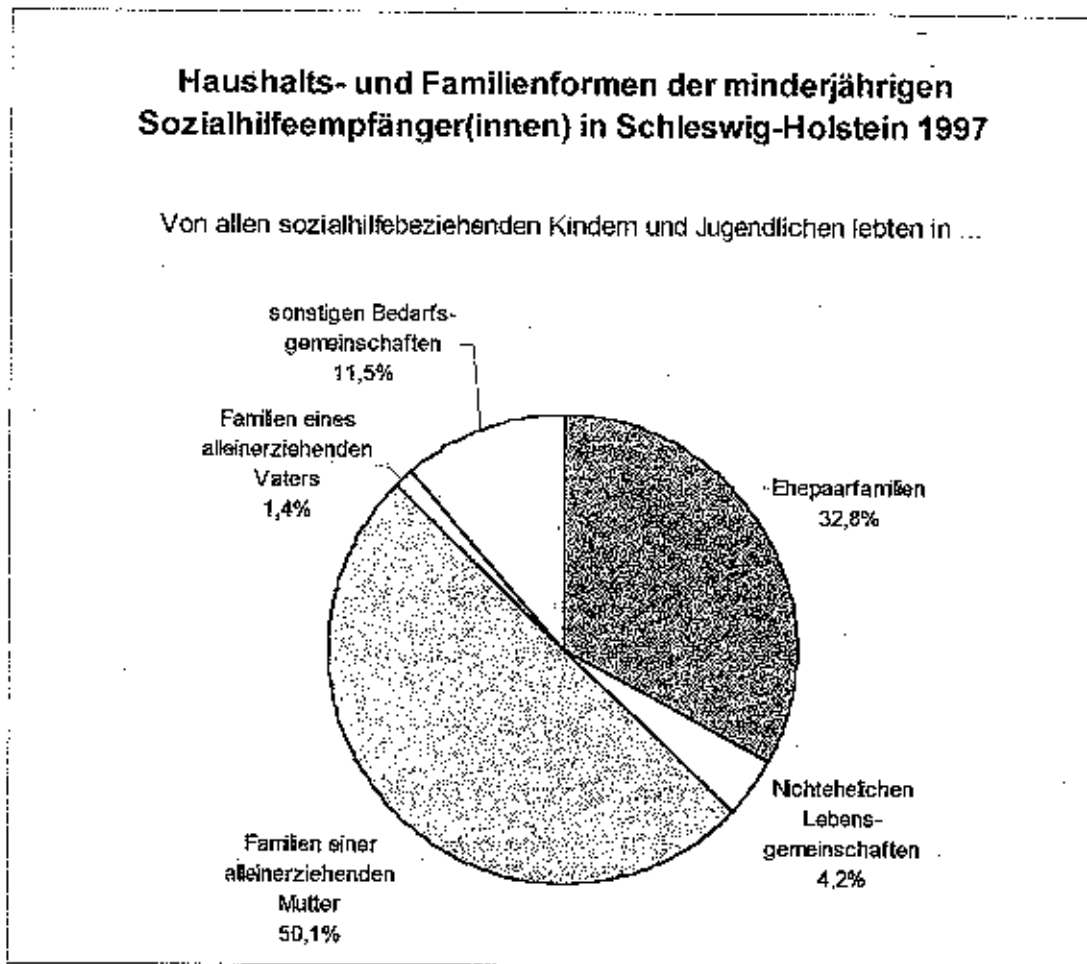


Daten: Sozialhilfestatistik; Statistik der Fortschreibung des Bevölkerungsstandes.
Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein; eigene Berechnungen.

Die Sozialhilferisiken der Kinder sind nicht nur eine Frage des Alters, sondern auch der Familienform. Kinder alleinerziehender Mütter trugen in Schleswig-Holstein 1996 ein zehnfach höheres Sozialhilferisiko als Kinder, die mit ihren verheirateten Eltern lebten. Jedes dritte minderjährige Kind aus Familien alleinerziehender Mütter (rund 31%), aber nur jedes dreißigste Kind aus Ehepaarfamilien (rund 3,5%) war 1996 auf Sozialhilfe angewiesen. Für Kinder, die mit einem alleinerziehenden Vater lebten, ergab sich eine Sozialhilfequote von 5,5 %.

Aufgrund dieser Risikounterschiede sind Kinder alleinerziehender Mütter in der Sozialhilfe stark überrepräsentiert. Jedes zweite Kind bis unter 18 Jahren, das 1997 in Schleswig-Holstein Sozialhilfe bekam, lebte mit einer alleinerziehenden Mutter zusammen (vgl. Abb. 14). In der Bevölkerung wuchs dagegen nur jedes siebte Kind bei einer alleinerziehenden Mutter auf.

Abb. 14:



Daten: Sozialhilfestatistik.

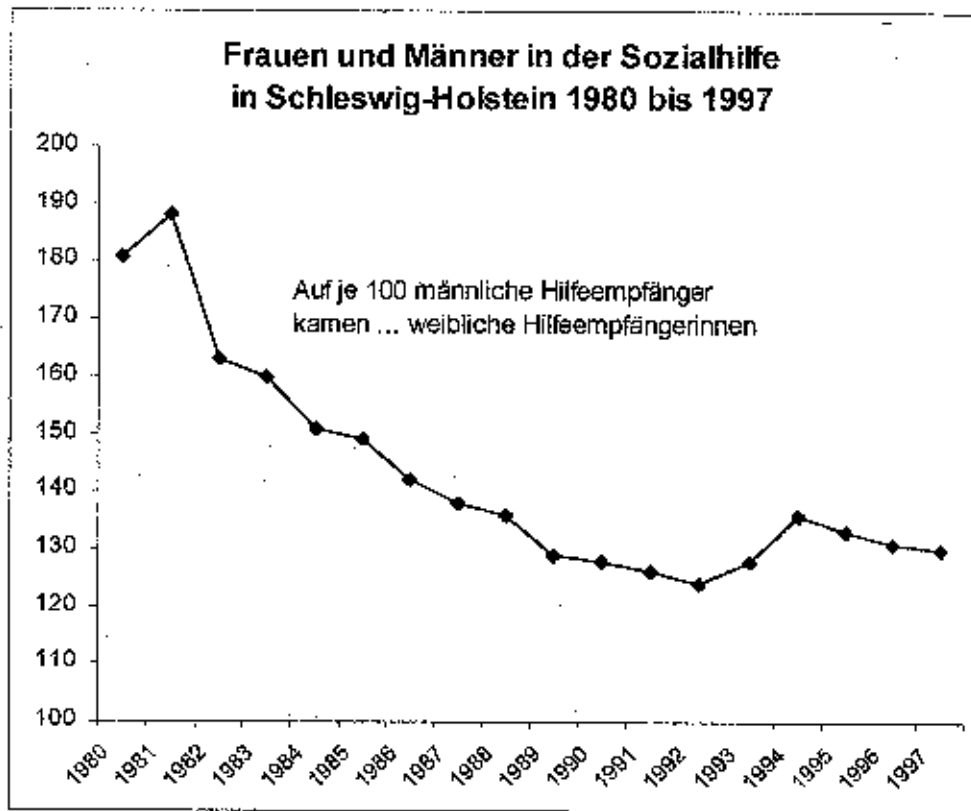
Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein; eigene Berechnungen.

3.2.3.4 Geschlecht

Der Frauenanteil an den Hilfeempfänger(innen) in Schleswig-Holstein ist langfristig deutlich zurückgegangen. Während 1980 noch 181 Frauen auf 100 Männer in der Sozialhilfe kamen, waren es 1997 nur mehr 130 Frauen (vgl. Abb. 15). Diese Annäherung in der Bedürftigkeit ist allerdings nicht auf verminderte Sozialhilferisiken von Frauen, sondern auf die gewachsenen Sozialhilferisiken von Männern zurückzuführen.

Zwischen 1992 und 1994 war kurzfristig eine Zunahme des Frauenanteils an den Sozialhilfeempfänger(innen) in Schleswig-Holstein zu beobachten. Sie beruht größtenteils auf der Einführung des Asylbewerberleistungsgesetzes. Da 60 % der Asylbewerber Männer waren, fielen mehr Männer als Frauen aus der Sozialhilfe. Entsprechend veränderte sich die Relation zwischen männlichen und weiblichen Hilfeempfänger(innen).

Abb. 15:

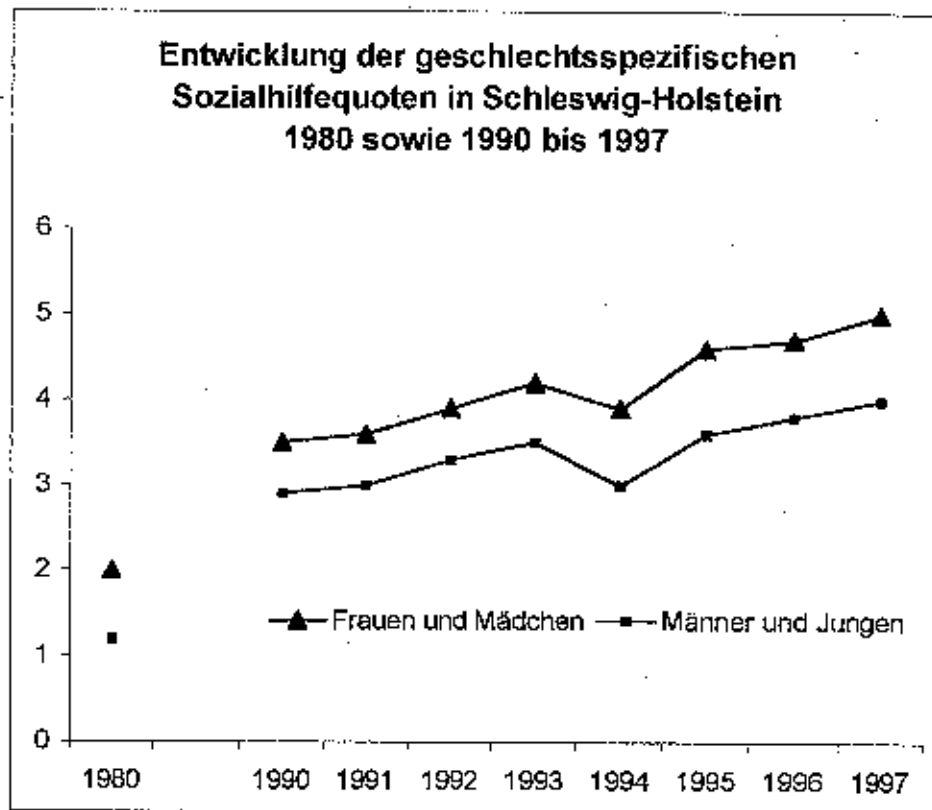


Daten: Sozialhilfestatistik.

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein; eigene Berechnungen.

Gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil sind Frauen nach wie vor häufiger auf Sozialhilfe angewiesen als Männer: 1997 bezogen 5 % aller Frauen und 4 % aller Männer in Schleswig-Holstein Sozialhilfe. Nachdem sich die Sozialhilfequoten von Frauen und Männern lange Zeit parallel entwickelt haben, ist der Abstand seit Mitte der 1990er Jahre wieder gestiegen (vgl. Tab. 27 und Abb. 16). Diese Entwicklung ist teilweise auf statistisch-demographische Verzerrungen infolge des Asylbewerberleistungsgesetzes zurückzuführen (s.o.). Sie ist aber auch Ausdruck der wachsenden Sozialhilferisiken alleinerziehender und nichtdeutscher Frauen.

Abb. 16:



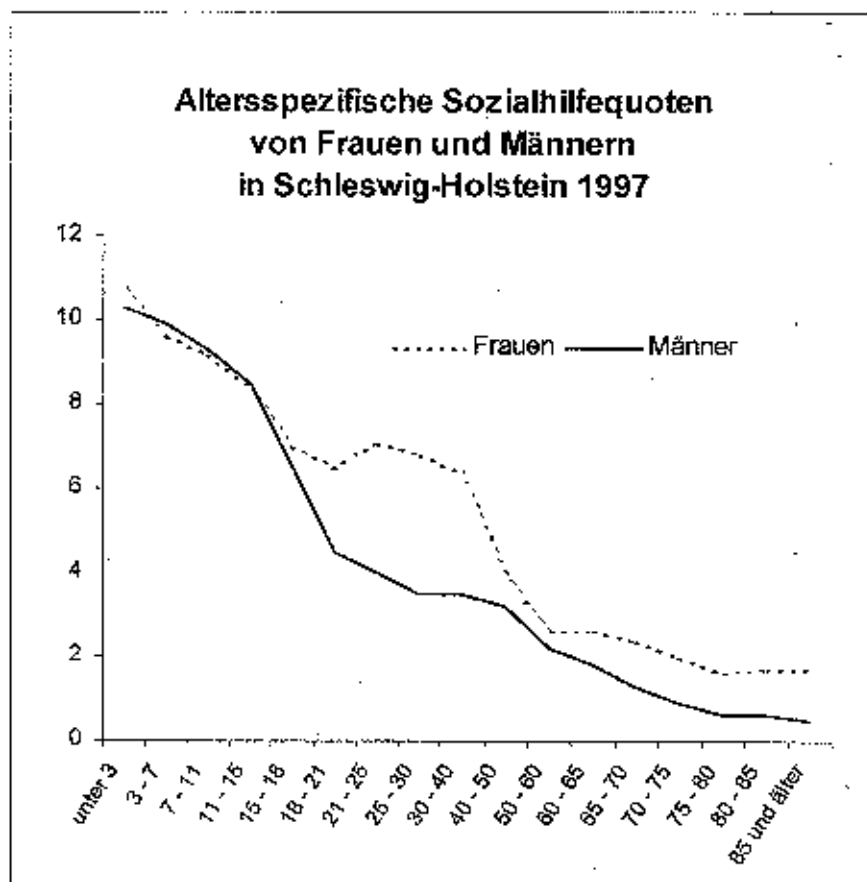
Daten: Sozialhilfestatistik; Statistik der Fortschreibung des Bevölkerungsstandes.
Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein; eigene Berechnungen.

Differenziert man Männer und Frauen nach dem Alter, so zeigt sich, daß Jungen und Mädchen 1997 in Schleswig-Holstein gleich häufig auf Sozialhilfe angewiesen waren. Sowohl bei den Hilfeempfänger(innen) unter 18 Jahren als auch in der gleichaltrigen Bevölkerung kamen etwa 105 Jungen auf 100 Mädchen.

Der Frauenanteil unter den erwachsenen Hilfeempfänger(innen) ab 18 Jahren lag mit 63,5 % deutlich über dem Frauenanteil von 51,7 % in der Bevölkerung Schleswig-Holsteins. Erwachsene Frauen erhielten also überproportional häufig Sozialhilfe.

Hierbei war 1997 die Überrepräsentation von Frauen in der Sozialhilfebedürftigkeit insbesondere in der Familien- und Erwerbsphase im Alter von 18 bis unter 50 Jahren auffällig (vgl. Abb. 17). Die altersabhängigen Sozialhilfequoten von Frauen spiegeln die typische Struktur des (traditionellen) "weiblichen Lebenslaufs": Mit der Geburt von Kindern wird häufig die Erwerbstätigkeit reduziert oder unterbrochen. Wenn dann die Familienabsicherung entfällt, zum Beispiel durch Trennung oder durch die Arbeitslosigkeit des Partners, bleibt vielfach nur noch der Gang zum Sozialamt. Die Lücken in der Erwerbs- und Versicherungsbiographie setzen sich dann im Alter als unzureichende Rente fort.

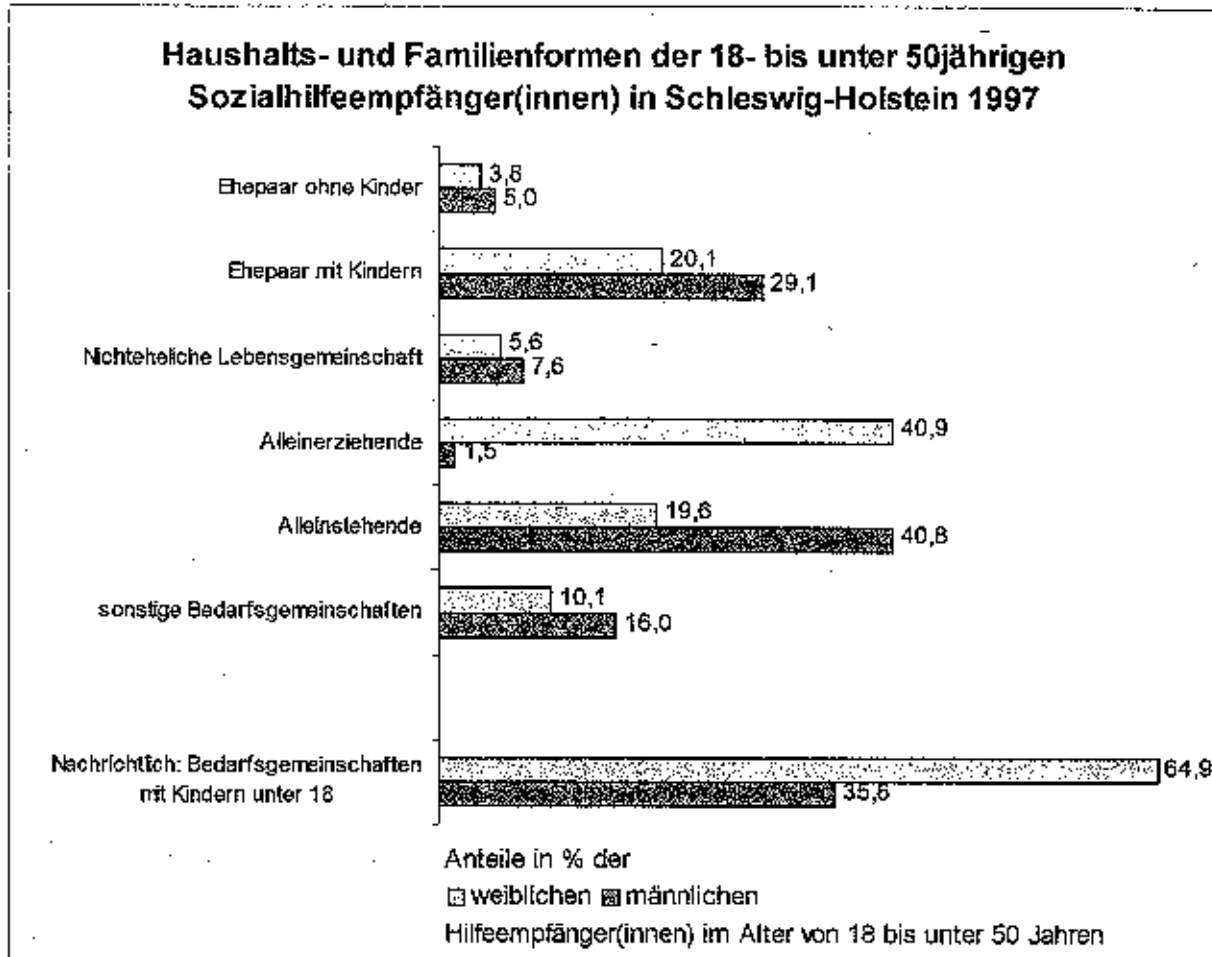
Abb. 17:



Daten: Sozialhilfestatistik; Statistik der Fortschreibung des Bevölkerungsstandes.
Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein; eigene Berechnungen.

Geschlechtsspezifische Unterschiede zeigen sich in den Haushalts- und Familienformen, in denen die 18- bis unter 50jährigen Sozialhilfeempfänger(innen) 1997 in Schleswig-Holstein lebten (vgl. Abb. 18). Fast zwei Drittel der Frauen, aber nur ein gutes Drittel der Männer lebte mit minderjährigen Kindern zusammen. Frauen waren also sehr viel stärker von familiären Armutsrisiken betroffen als Männer. Allein rund 41 % der sozialhilfebeziehenden Frauen zwischen 18 und 50 Jahren waren alleinerziehend.

Abb. 18:



Daten: Sozialhilfestatistik.

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein; eigene Berechnungen.

3.2.3.5 Staatsangehörigkeit

Die Entwicklung von Zahl und Anteil nichtdeutscher Sozialhilfeempfänger(innen) in Schleswig-Holstein zeigt eine langfristig kontinuierlich steigende Tendenz (vgl. Tab. 30). Trotz Inkrafttreten des Asylbewerberleistungsgesetzes ist die Zahl nichtdeutscher Hilfeempfänger(innen) auch seit 1994 um 76 % gestiegen. Entsprechend nahm auch der Anteil Nichtdeutscher an allen Sozialhilfeempfänger(inne)n zu (vgl. Tab. 31).

Tabelle 30 zeigt, daß bei den nichtdeutschen Hilfeempfänger(innen), ähnlich wie bei den deutschen, im Zeitverlauf eine deutliche Verjüngung zu beobachten ist. Anders als bei den deutschen ist bei den ausländischen Hilfeempfänger(innen) ein wachsender Anteil von Frauen zu registrieren.

Tab. 30: Nichtdeutsche Sozialhilfeempfänger(innen) in Schleswig-Holstein 1980 sowie 1990 bis 1997

Jahr	Nichtdeutsche Empfänger(innen) laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen am Jahresende										
	insgesamt	im Alter von ... bis unter ... Jahren							Nichtdeutsche Frauen		
		unter 15		unter 18	18 – 25	25 – 50	50 – 65	65 und älter			
	Anzahl	Anzahl	Anteil ¹⁾	Anzahl					Anzahl	Anteil ¹⁾	
1980	1.970	373	18,9	X	X	X	X	X	648	32,9	
1990	14.679	4.163	28,4	X	X	X	X	X	X	X	
1991	15.839	4.588	29,0	X	X	X	X	X	X	X	
1992	17.893	5.217	29,2	X	X	X	X	X	X	X	
1993	18.083	5.818	32,3	X	X	X	X	X	X	X	
1994	10.586	3.636	34,3	4.174	1.197	4.002	925	288	5.052	47,7	
1995	14.207	4.816	33,9	5.550	1.564	5.500	1.218	375	6.862	48,3	
1996	17.010	5.733	33,7	6.634	1.794	6.582	1.521	479	8.302	48,8	
1997	18.590	6.331	34,1	7.321	1.872	7.126	1.729	542	9.102	49,0	
Relative Veränderung 1980 = 100	944	1.697	180	X	X	X	X	X	1.405	149	
1994 = 100	176	174	99	175	156	178	187	188	180	103	

1) Anteil an den nichtdeutschen Hilfeempfänger(innen) (in %).

X Angaben liegen nicht vor.

Daten: Sozialhilfestatistik.

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein; eigene Berechnungen.

Tab. 31: Anteile nichtdeutscher Hilfeempfänger(innen) an allen Sozialhilfeempfänger(innen) in Schleswig-Holstein 1994 bis 1997

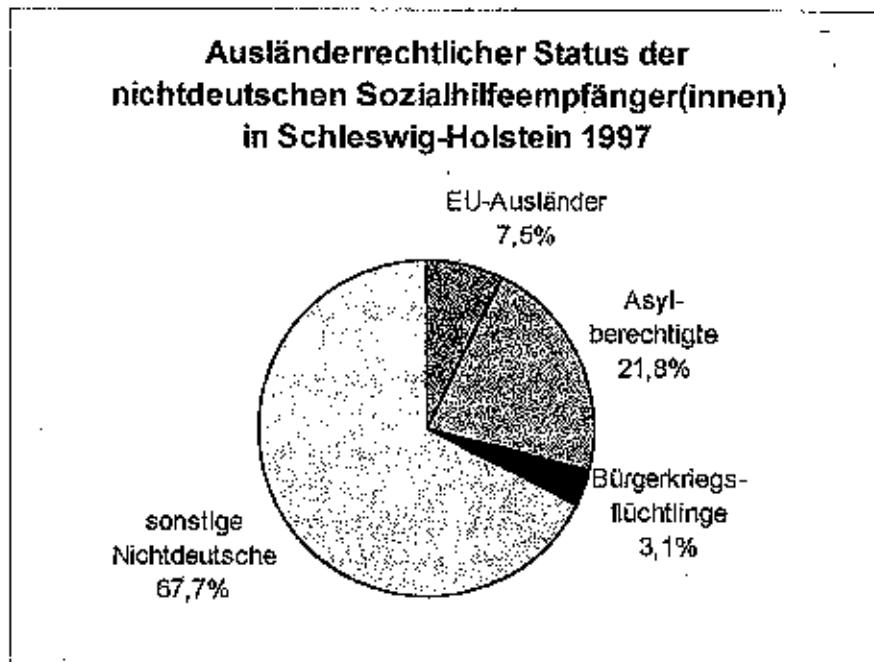
Jahr	Von je 100 Empfänger(innen) laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen waren nichtdeutsche Hilfeempfänger(innen) (in %)									
	insgesamt	Frauen	Männer	Empfänger(innen) im Alter von ... bis unter ... Jahren						
				unter 7	unter 18	18 – 25	25 – 50	50 – 65	65 und älter	
1994	11,4	9,4	14,1	11,6	11,7	15,8	11,9	9,0	5,0	
1995	12,8	10,8	15,4	12,5	12,9	16,8	13,4	10,4	6,1	
1996	14,5	12,5	17,2	14,6	14,9	17,7	15,0	12,4	7,6	
1997	15,0	13,0	17,6	15,5	15,6	17,0	15,3	13,3	8,6	

Daten: Sozialhilfestatistik.

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein; eigene Berechnungen.

Abbildung 19 und Tabelle 32 informieren über den ausländerrechtlichen Status der nichtdeutschen Hilfeempfänger(innen) in Schleswig-Holstein. Ihre Zunahme seit 1994 beruht vor allem auf der wachsenden Anzahl Asylberechtigter und "sonstiger Nichtdeutscher" – ein Indiz für die zunehmende Sozialhilfebedürftigkeit auch der schon länger hier ansässigen ausländischen Bevölkerung. Die in Schleswig-Holstein ohnehin nur kleine Anzahl von Bürgerkriegsflüchtlingen hat durch Rückführungen stark abgenommen.

Abb. 19:



Daten: Sozialhilfestatistik.

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein; eigene Berechnungen.

Tab. 32: Ausländerrechtlicher Status der nichtdeutschen Sozialhilfeempfänger(innen) in Schleswig-Holstein 1994 bis 1997

Jahr	Nichtdeutsche Empfänger(innen) laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen									
	Insgesamt	nach ausländerrechtlichem Status								
		EU-Ausländer		Asylberechtigte		Bürgerkriegsflüchtlinge		sonstige Nichtdeutsche		
		Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	
	Nichtdeutsche Hilfeempfänger(innen) insgesamt									
1994	10.586	843	8,0	2.366	22,4	596	5,6	6.781	64,1	
1995	14.207	1.291	9,1	3.340	23,5	905	6,4	8.671	61,0	
1996	17.010	1.420	8,3	3.779	22,2	921	5,4	10.890	64,0	
1997	18.590	1.396	7,5	4.048	21,8	567	3,1	12.579	67,7	
	Nichtdeutsche Frauen									
1994	5.052	416	8,2	1.005	19,9	292	5,8	3.339	66,1	
1995	6.862	672	9,8	1.413	20,6	442	6,4	4.335	63,2	
1996	8.302	716	8,6	1.662	20,0	436	5,3	4.488	54,1	
1997	9.102	725	8,0	1.782	19,6	261	2,9	6.334	69,6	
	Nichtdeutsche Männer									
1994	5.534	427	7,7	1.361	24,6	304	5,5	3.442	62,2	
1995	7.345	619	8,4	1.927	26,2	463	6,3	4.336	59,0	
1996	8.708	704	8,1	2.117	24,3	485	5,6	5.402	62,0	
1997	9.488	671	7,1	2.266	23,9	306	3,2	6.245	65,8	
	Nichtdeutsche Kinder und Jugendliche bis unter 18 Jahren									
1994	4.174	285	6,6	1.062	25,4	210	5,0	2.628	63,0	
1995	5.550	437	7,9	1.478	26,6	314	5,7	3.021	59,8	
1996	6.634	441	6,6	1.710	25,8	299	4,5	4.184	63,1	
1997	7.321	444	6,1	1.884	25,7	190	2,6	4.803	65,6	

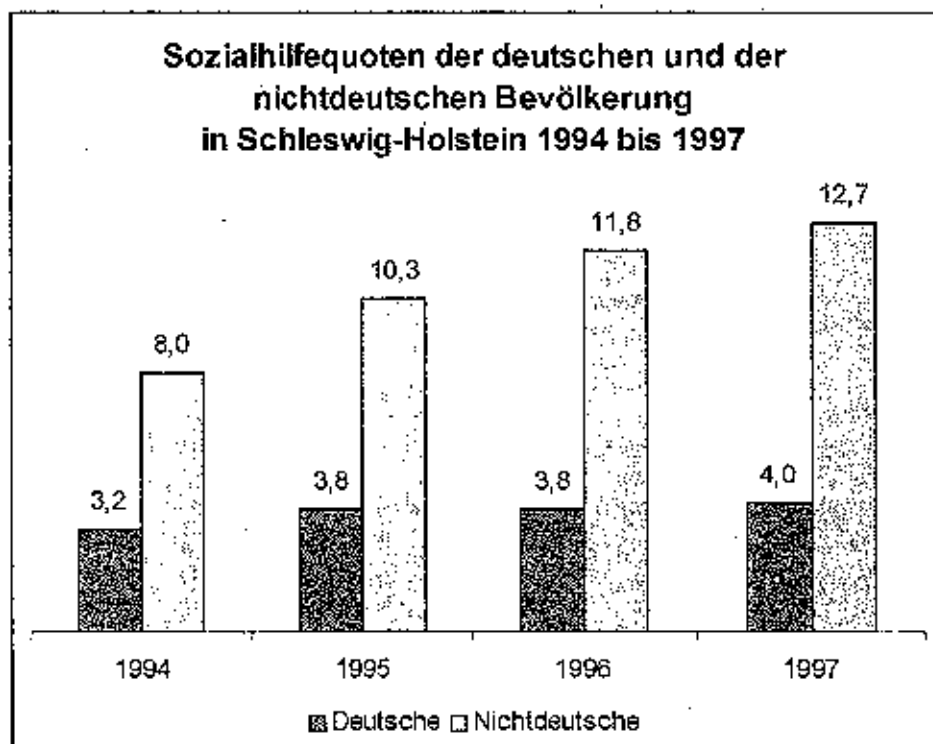
Daten: Sozialhilfestatistik.

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein; eigene Berechnungen.

Die skizzierten Entwicklungen bewirken eine allmähliche "Ethnisierung" der Sozialhilfebedürftigkeit. Ende 1997 hatte bereits jede neunte Sozialhilfebedarfsgemeinschaft in Schleswig-Holstein (11,4 %) einen nichtdeutschen Haushaltsvorstand (vgl. Tab. 28). Besonders groß war der Ausländeranteil bei sozialhilfebeziehenden Ehepaaren mit Kindern (32,7 %), vor allem, wenn drei oder mehr Kindern zu versorgen waren (41,8 %). Auch unter den alleinerziehenden Vätern mit mehreren Kindern gab es überdurchschnittlich viele Ausländer (21,2 %). Im Hinblick auf Einzelpersonen ist festzustellen, daß nur jede(r) zwanzigste Einwohner(in) in Schleswig-Holstein (5,3 %), aber mehr als jede(r) siebte Hilfeempfänger(in) (15 %) 1997 nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besaß.

Abbildung 20 zeigt, daß das Sozialhilferisiko der ausländischen Bevölkerung in Schleswig-Holstein seit 1994 überproportional stark angewachsen ist.²³ Die Sozialhilfequote der nichtdeutschen Bevölkerung war 1997 bereits drei mal so hoch wie die der deutschen Bevölkerung. Sie liegt auch deutlich über dem Durchschnitt der alten Bundesländer: Ende 1996 bekamen in Schleswig-Holstein 11,8 %, im westdeutschen Durchschnitt 8,6 % der Nichtdeutschen Sozialhilfe (vgl. Tab. 27).

Abb. 20:



Daten: Sozialhilfestatistik; Statistik der Fortschreibung des Bevölkerungsstandes.
Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein; eigene Berechnungen.

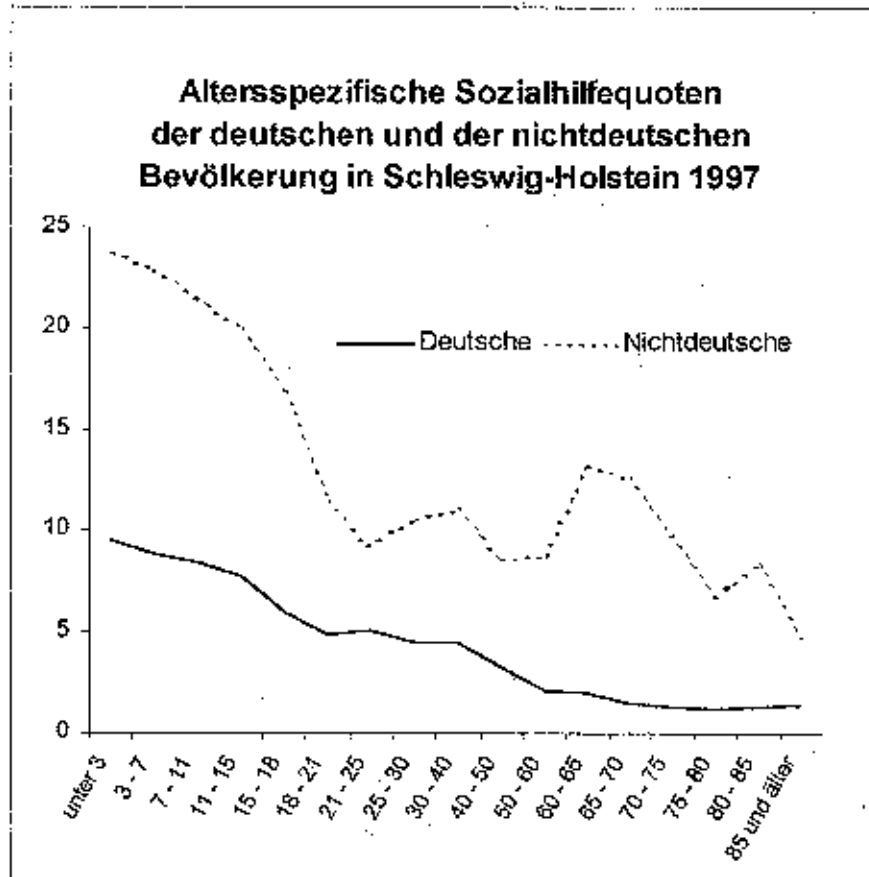
Innerhalb der nichtdeutschen Bevölkerung Schleswig-Holsteins hatten 1997 Kinder und Ältere zwischen 60 und 70 Jahren ein besonders hohes Sozialhilferisiko zu tragen (vgl. Abb. 21). Die häufige Sozialhilfebedürftigkeit ausländischer Kinder ergibt sich aus der

²³

Die Sozialhilfequoten der nichtdeutschen Bevölkerung weisen ab 1994 eine systematische Unterschätzung auf, da die Zahl der nichtdeutschen Sozialhilfeempfänger(innen) nicht exakt auf den Kreis der anspruchsberechtigten Bevölkerung (ohne Asylbewerber) bezogen werden kann.

überproportionalen Armut kinderreicher ausländischer Familien, die der Älteren aus unzureichenden Rentenansprüchen.

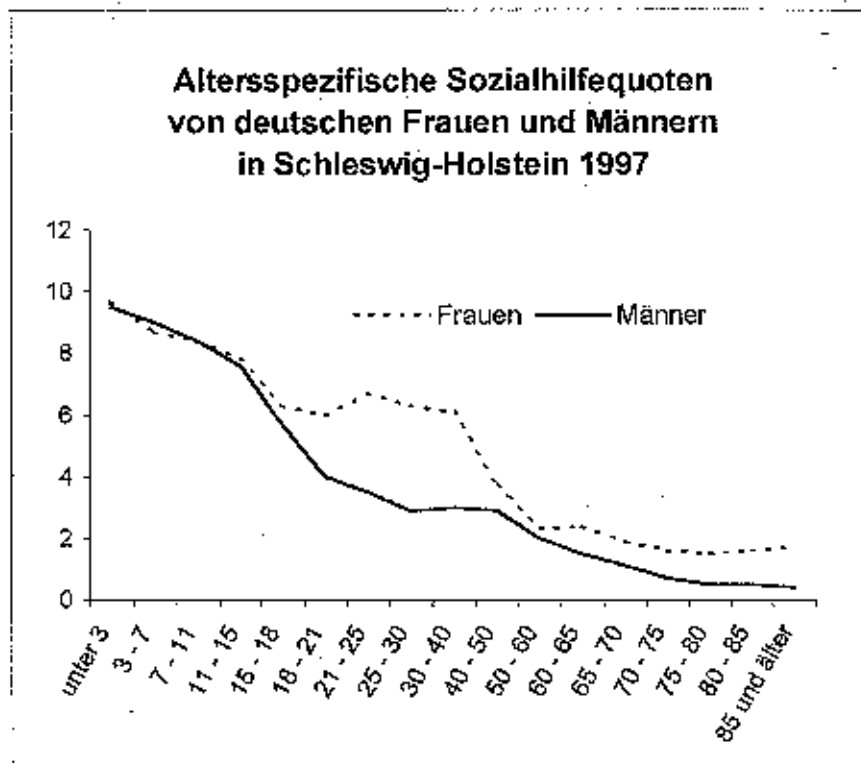
Abb. 21:



Daten: Sozialhilfestatistik; Statistik der Fortschreibung des Bevölkerungsstandes.
Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein; eigene Berechnungen.

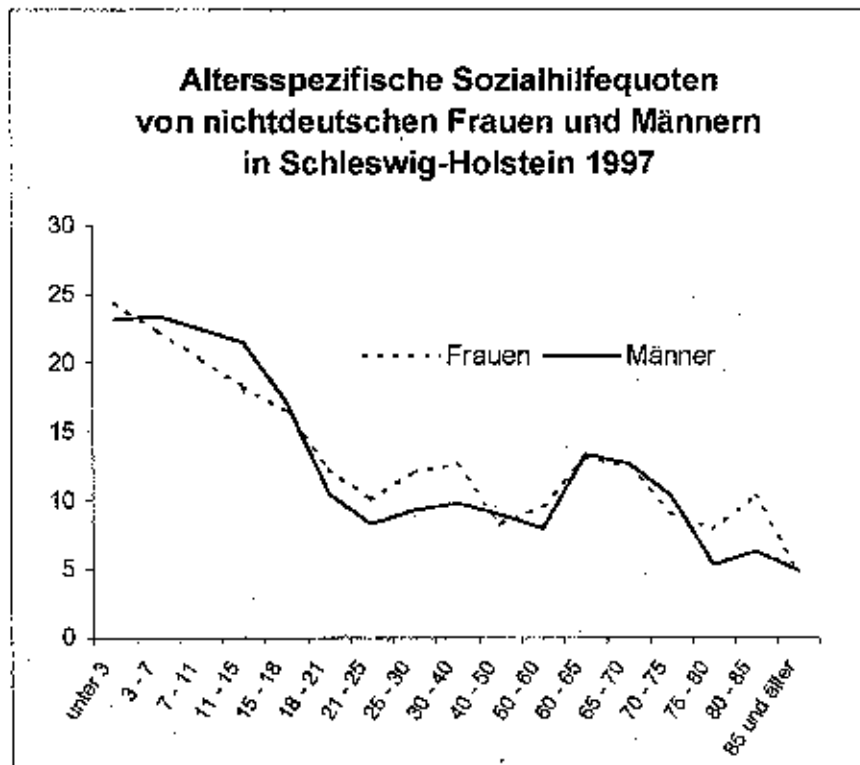
Während sich die Sozialhilferisiken der deutschen Frauen und Männer vor allem im "Familien-" bzw. erwerbsfähigen Alter deutlich unterscheiden (vgl. Abb. 22), sind bei den nichtdeutschen Empfänger(innen) eher geringe Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern festzustellen (vgl. Abb. 23). Dies ist vermutlich Ausdruck des noch stärkeren Familienzusammenhalts. So gibt es nur wenige nichtdeutsche alleinerziehende Frauen; die Mehrzahl lebt mit Partner und Kindern zusammen. Möglicherweise verzichten auch viele nichtdeutsche Frauen auf die Inanspruchnahme der Sozialhilfe, sei es aus Unkenntnis der Rechtsansprüche oder aus Scham.

Abb. 22:



Daten: Sozialhilfestatistik; Statistik der Fortschreibung des Bevölkerungsstandes.
Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein; eigene Berechnungen.

Abb. 23:



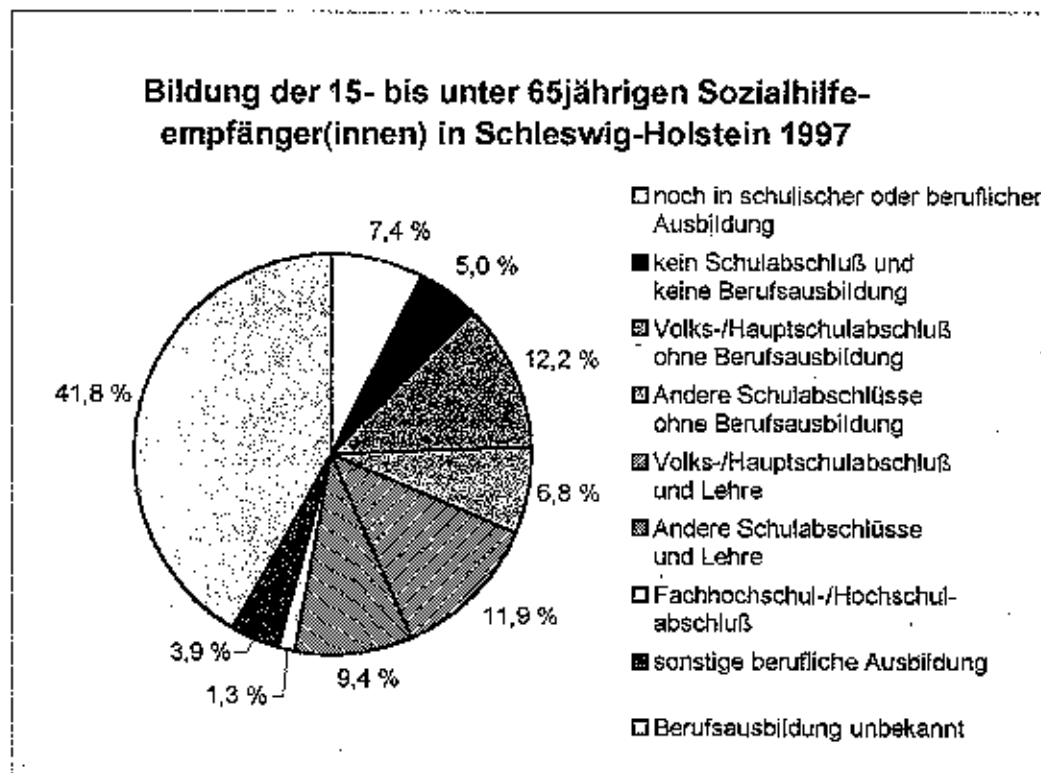
Daten: Sozialhilfestatistik; Statistik der Fortschreibung des Bevölkerungsstandes.
Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein; eigene Berechnungen.

3.2.3.6 Bildung

Eine weitere Risikogruppe der Sozialhilfebedürftigkeit stellen Menschen mit geringer Bildung und Ausbildung dar. Trotz unsicherer Datengrundlage²⁴ steht fest, daß 1997 in Schleswig-Holstein fast jede(r) dritte (29,6 %) Hilfeempfänger(in) aus der Altersgruppe der 15- bis unter 65-Jährigen keine Berufsausbildung absolviert hatte und damit nicht nur arm an Einkommen, sondern auch arm an Bildung war (vgl. Tab. 33). Das waren rund 22.500 Personen. 5 % der Sozialhilfeempfänger(innen) im erwerbsfähigen Alter verfügten weder über einen Berufs- noch über einen Schulabschluß (vgl. Abb. 24).

Andererseits hatte ein gutes Viertel (27 %) der Hilfeempfänger(innen) berufliche Qualifikationen vorzuweisen, in der Regel eine abgeschlossene Lehre. Die Bildungsstruktur der Sozialhilfeempfänger(innen) in Schleswig-Holstein entsprach damit annähernd derjenigen im Durchschnitt des früheren Bundesgebiets.

Abb.24:



Daten: Sozialhilfestatistik.

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein; eigene Berechnungen.

²⁴

Es ist nur mit großen Einschränkungen möglich, der Sozialhilfestatistik die Anteile der Menschen mit bestimmten Bildungsgraden an allen Sozialhilfeempfängern zu entnehmen. Die Ermittlung der Sozialhilferisiken der einzelnen Bildungsgruppierungen mit Hilfe der Sozialhilfestatistik ist noch ungenauer. Die neue Sozialhilfestatistik bietet zwar erstmals Informationen über die Schul- und Berufsausbildung der Hilfeempfänger(innen) im erwerbsfähigen Alter (15 bis unter 65 Jahre). Die Angaben sind jedoch noch unvollständig. Bei mehr als 40 % der Hilfeempfänger(innen) in Schleswig-Holstein waren die Bildungsabschlüsse 1997 "unbekannt".

Tab. 33: Bildung der Sozialhilfeempfänger(innen) in Schleswig-Holstein 1997

	Empfänger(innen) laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren						
	Anteile in Spaltenprozenten						
	Insgesamt	davon im Alter von ... bis unter ... Jahren		Frauen		Männer	
	15 - 21	21 - 30	30 - 50	50 - 65			
Höchster <i>allgemeinbildender Schulabschluß</i> noch in schulischer Ausbildung	6,4	45,7	0,9	0,1	0,0	5,6	7,5
kein Schulabschluß	5,6	5,6	6,5	5,4	4,9	5,3	6,1
Volks-/Hauptschulabschluß	27,8	15,2	33,7	28,2	28,8	28,4	27,1
Realschulabschluß oder gleichwertiger Abschluß	9,0	4,2	12,9	10,1	4,7	10,3	7,1
Fachhochschul-/Hochschulreife (Abitur)	4,5	0,5	5,1	5,8	2,6	4,0	5,0
sonstiger Schulabschluß	2,2	1,6	3,2	2,3	0,8	1,9	2,6
Schulabschluß unbekannt	44,5	27,2	37,6	47,9	57,9	44,5	44,6
Höchster <i>Berufsausbildungsabschluß</i> noch in beruflicher Ausbildung	1,0	3,8	1,6	0,3	-	1,0	1,0
kein Berufsausbildungsabschluß	29,6	62,5	35,3	21,4	18,8	30,5	28,2
abgeschlossene Lehre	21,7	2,3	23,0	26,8	21,0	20,4	23,6
abgeschlossene schulisch-berufliche Ausbildung	1,2	0,3	1,6	1,4	0,6	1,5	0,6
Abschluß einer Fach-, Meister-, Technikerschule o.Ä.	0,8	0,0	0,5	1,0	1,1	0,6	1,0
Fachhochschul-/Hochschulabschluß	1,3	-	0,9	1,9	1,4	1,2	1,5
anderer beruflicher Ausbildungsabschluß	2,0	0,2	2,1	2,5	1,9	2,3	1,6
Berufsausbildungsabschluß unbekannt	42,4	30,8	35,1	44,6	55,2	42,4	42,4
<i>Ausgewählte Kombinationen von Schul- und Berufsausbildung</i>							
kein Schulabschluß und keine Berufsausbildung	5,0	5,1	6,0	4,8	4,2	X	X
Volks-/Hauptschule ohne Berufsausbildung	12,2	10,9	17,5	10,3	11,2	X	X
sonstige Schulabschlüsse ¹⁾ ohne Berufsausbildung	6,8	6,0	11,0	6,2	3,4	X	X
Volks-/Hauptschulabschluß und Lehre	11,9	1,3	12,3	14,3	13,3	X	X
sonstige Schulabschlüsse ¹⁾ und Lehre	9,4	1,0	10,4	12,1	7,3	X	X

X Angaben lagen nicht vor.

1) Realschulabschluß, Fachhochschul-/Hochschulreife, sonstige Schulabschlüsse und Schulabschluß unbekannt.

Daten: Sozialhilfestatistik.

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein; eigene Berechnungen.

Folgt man der Sozialhilfestatistik, so sind Zahl und Anteil der Hilfeempfänger(innen) ohne Berufsausbildung in Schleswig-Holstein in den letzten vier Jahren gestiegen²⁵ (vgl. Tab. 34). Auffällig ist insbesondere der starke Anstieg der Hilfeempfänger(innen) ohne Berufsausbildung in den jüngeren Altersgruppen, vor allem bei den 18- bis 24-Jährigen. Offensichtlich wird es für Jugendliche und junge Erwachsene ohne Ausbildung schwieriger, nach der Schule eine Lehrstelle zu finden.

Tab. 34: Sozialhilfeempfänger(innen) ohne Berufsausbildung in Schleswig-Holstein 1994 bis 1997

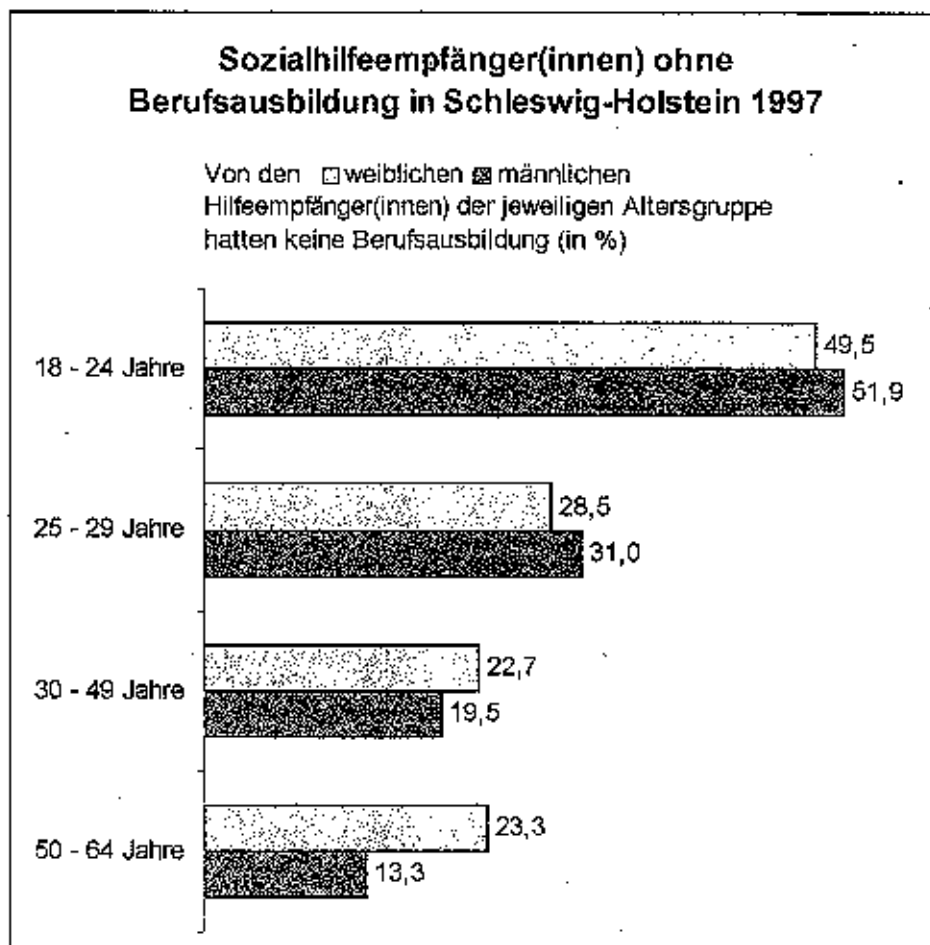
Jahr	Empfänger(innen) laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen ohne Berufsabschluß ¹⁾					
	Insgesamt		Anteile in den Altersgruppen von ... bis unter ... Jahren			
	Anzahl	Anteil an allen Hilfeempfänger(innen) ¹⁾	18 – 25	25 – 30	30 – 50	50 – 65
	Empfänger(innen) insgesamt					
1994	10.231	19,9	36,9	21,7	16,0	15,6
1995	13.569	21,8	41,9	23,1	17,5	16,2
1996	16.286	24,6	46,9	27,3	19,5	17,7
1997	18.805	26,7	50,4	29,7	21,4	18,8
	Frauen					
1994	6.539	20,7	35,5	20,3	16,9	18,8
1995	8.674	22,9	41,2	21,8	18,7	20,2
1996	10.359	26,0	46,4	26,1	20,9	22,2
1997	11.820	28,0	49,5	28,9	22,7	23,3
	Männer					
1994	3.692	18,6	39,0	23,1	14,5	11,4
1995	4.895	20,1	43,0	25,5	15,6	11,0
1996	5.927	22,4	47,7	29,4	17,3	12,2
1997	6.985	24,7	51,9	31,0	19,5	13,3

1) In der Tabelle sind nur Empfänger(innen) im Alter von 18 bis unter 65 Jahren berücksichtigt. – Ohne Berufsausbildung heißt: ohne Berufsabschluß und nicht in beruflicher Ausbildung. Die jüngeren Personen befinden sich zum Teil noch in einer schulischen Ausbildung.

Daten: Sozialhilfestatistik.

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein; eigene Berechnungen.

Abb. 25:



Daten: Sozialhilfestatistik.

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein; eigene Berechnungen.

Bemerkenswert ist, daß die nichtdeutschen Hilfeempfänger(innen) eher besser qualifiziert waren als die deutschen (vgl. Tab. 35). So hatten 8,4 % der nichtdeutschen gegenüber 3,7 % der deutschen Empfänger(innen) das Abitur vorzuweisen; 3 % bzw. 1 % verfügten über einen Fach-/Hochschulabschluß. Auch waren die Anteile der ausländischen Sozialhilfebeziehenden ohne Berufsausbildung geringer als die der inländischen. Zu berücksichtigen ist allerdings, daß für die Hälfte der nichtdeutschen Empfänger(innen) keine Bildungsangaben vorliegen. Vermutlich hat ein großer Teil dieses Personenkreises keine (in Deutschland anerkannte) Ausbildung.

Tab. 35: Bildung der deutschen und der nichtdeutschen Sozialhilfeempfänger(innen) in Schleswig-Holstein 1997

Höchster allgemeinbildender Schulabschluß Höchster Berufsausbildungsabschluß	Empfänger(innen) laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren				
	Deutsche		Nichtdeutsche		Anteil ND ¹⁾
	Anzahl	%	Anzahl	%	
in schulischer Ausbildung	3.948	6,1	888	7,6	18,4
Volks-/Hauptschulabschluß	19.564	30,4	1.623	13,9	7,7
Realschulabschluß oder gleichwertig	6.166	9,6	689	5,9	10,1
Fachhochschul-/Hochschulreife	2.404	3,7	983	8,4	29,0
sonstiger Schulabschluß	1.448	2,2	216	1,8	13,0
kein Schulabschluß	3.349	5,2	914	7,8	21,4
unbekannt	27.491	42,7	6.404	54,7	18,9
Zusammen	64.370	100	11.717	100	18,2
noch in beruflicher Ausbildung	691	1,1	85	0,7	11,0
kein Abschluß	19.201	29,8	3.293	28,1	14,6
Abgeschlossene kaufmännische Lehre	5.271	8,2	332	2,8	5,9
Abgeschlossene gewerbliche, technische o.a. Lehre	9.736	15,1	1.173	10,0	10,8
Abgeschlossene beruflich-schulische Ausbildung	794	1,2	84	0,7	9,6
Abschluß einer Fach-, Meister-, Technikerschule o.Ä.	439	0,7	152	1,3	25,7
Fachhochschul-/Hochschulabschluß	656	1,0	346	3,0	34,5
anderer beruflicher Ausbildungsabschluß	1.341	2,1	206	1,8	13,3
unbekannt	26.241	40,8	6.046	51,6	18,7
Zusammen	64.370	100	11.717	100	18,2

1) Anteile der Nichtdeutschen an allen Hilfeempfänger(innen) des jeweiligen Abschlusses.

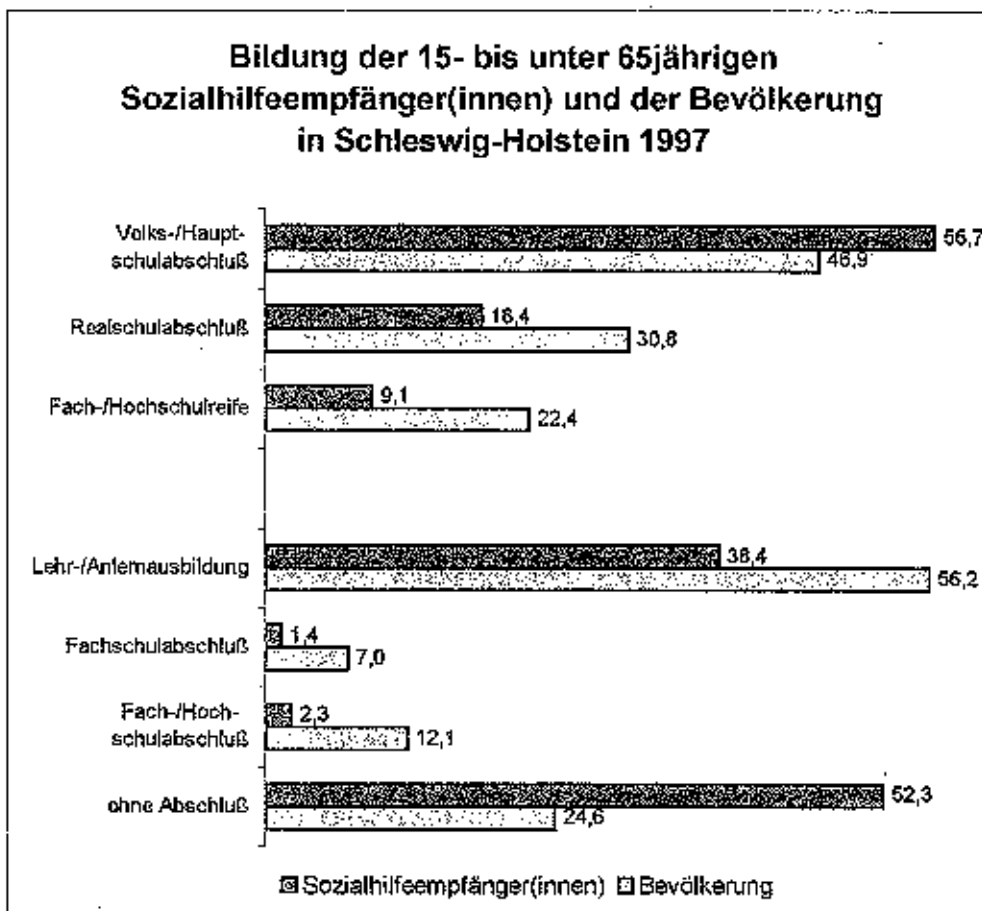
Daten: Sozialhilfestatistik.

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein; eigene Berechnungen.

Wer heute ohne Berufsausbildung den Arbeitsmarkt betritt, ist durch Rationalisierungsmaßnahmen und verstärkte internationale Konkurrenz von Arbeitslosigkeit bedroht. Die Bildungsanforderungen auf dem Arbeitsmarkt werden höher. Arbeitsplätze mit geringen Qualifikationsanforderungen werden abgebaut. Unqualifizierte haben so nur geringe Chancen, ein ausreichendes Erwerbseinkommen zu erzielen. Angesichts dieser Tendenzen stellt sich für junge unqualifizierte Frauen, die weder Aussicht auf Aus- und Weiterbildung noch auf befriedigende Erwerbstätigkeit haben, eine frühe Mutterschaft (wieder) als die bessere Alternative dar.

Trotz der unzureichenden Datenlage gibt es Hinweise, daß gering Qualifizierte (Personen mit Volks-/Hauptschulabschluß sowie Personen ohne Berufsausbildung) einem weit überproportionalen Sozialhilferisiko ausgesetzt sind. Betrachtet man nur die Sozialhilfeempfänger(innen), für die Bildungsangaben vorliegen und die sich nicht in Ausbildung befanden, so hatte 1997 gut die Hälfte keine Berufsausbildung vorzuweisen. In der Bevölkerung Schleswig-Holsteins hatte dagegen nur jede(r) Vierte keine Berufsausbildung (vgl. Abb. 26).

Abb. 26:



In der Abbildung sind nur die Sozialhilfeempfänger(innen) berücksichtigt, für die Bildungsangaben vorliegen und die sich nicht in einer schulischen oder beruflichen Ausbildung befinden. Die Anteilswerte weichen daher stark von denen in Tab. 33 ab.

Daten: Sozialhilfestatistik; Mikrozensus.

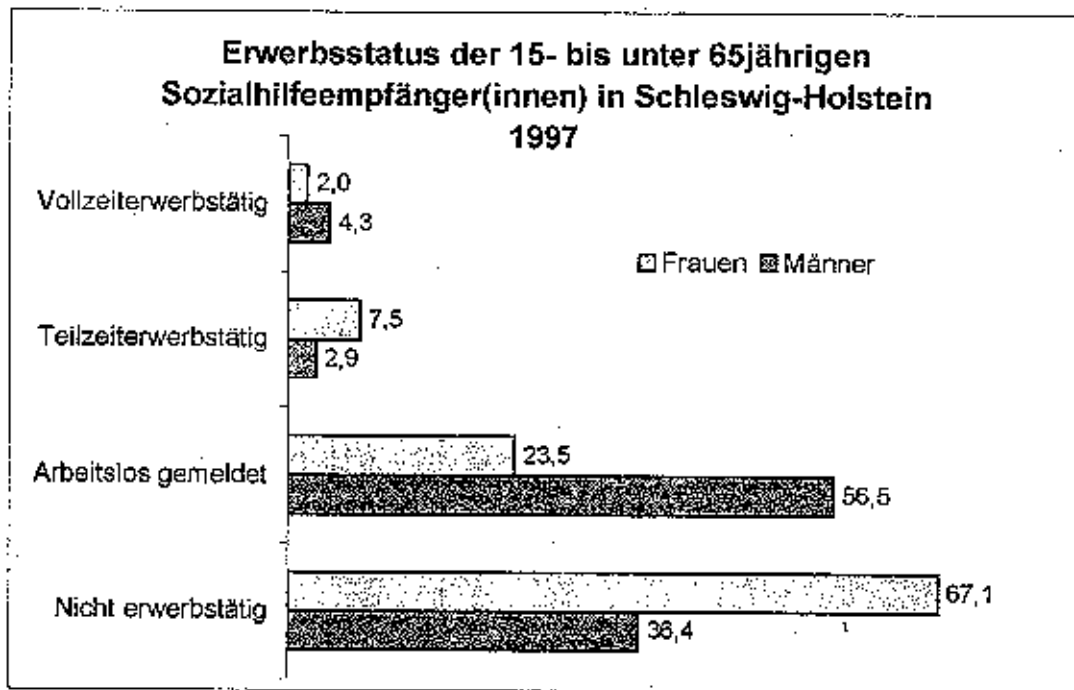
Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein; eigene Berechnungen.

3.2.3.7 Erwerbsstatus

Eine theoretisch wie praktisch (für die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik) gleichermaßen wichtige Frage ist, inwieweit es ausschließlich nichterwerbstätige Menschen oder auch erwerbstätige sind, die in Armut geraten.

Abbildung 27 und Tabelle 36 zeigen, daß die weit überwiegende Anzahl der Sozialhilfeempfänger(innen) in Schleswig-Holstein 1997 nicht erwerbstätig oder arbeitslos gemeldet war. Nur jede(r) zwölfte (8,5 %) Hilfeempfänger(in) im erwerbsfähigen Alter war erwerbstätig und dennoch auf ergänzende Sozialhilfe angewiesen. Hierbei waren die Proportionen zwischen den Geschlechtern nahezu spiegelverkehrt: Sozialhilfeabhängige Frauen waren zu einem Viertel (23,5 %) arbeitslos gemeldet, zu zwei Dritteln nicht erwerbstätig (67,1 %), überwiegend aus familiären Gründen. Sozialhilfeabhängige Männer waren zu mehr als der Hälfte (56,5 %) arbeitslos und nur zu einem guten Drittel (36,4 %) nicht erwerbstätig. Die männlichen Armutsrisiken sind nach wie vor stärker vom Arbeitsmarkt abhängig als die weiblichen.

Abb. 27:



Daten: Sozialhilfestatistik.

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein; eigene Berechnungen.

Tab. 36: Erwerbsstatus der Sozialhilfeempfänger(innen) in Schleswig-Holstein 1997

Alter von ... bis unter ... Jahren	Empfänger(innen) laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren										
	insgesamt		davon waren (in %)				und zwar nicht erwerbstätig ...				
	Zusammen	erwerbstätig	arbeitslos gemeldet	nicht erwerbstätig	wegen Aus- und Fortbildung	wegen häuslicher Bindung	wegen Krankheit, Behinderung, Arbeitsunfähigkeit	aus Altersgründen	aus sonstigen Gründen		
	Vollzeit	Teilzeit									
15 – 18	5.669	1,1	0,5	0,5	2,7	96,2	51,1	1,3	0,4	–	43,4
18 – 25	11.003	6,0	3,1	2,9	42,2	51,8	11,1	18,8	3,3	–	18,6
25 – 30	10.604	8,7	3,2	5,6	36,3	55,0	1,6	35,8	4,2	–	13,4
30 – 40	22.677	11,6	3,8	7,8	36,4	52,0	1,0	31,8	5,8	–	13,4
40 – 50	13.160	10,6	3,3	7,3	47,0	42,4	0,7	15,0	9,9	0,0	16,8
50 – 65	12.974	6,1	1,5	4,6	38,9	55,0	0,3	3,6	23,4	7,1	20,6
Zusammen	76.087	8,5	2,9	5,6	37,0	54,5	6,1	20,5	8,5	1,2	18,2
15 – 18	2.865	1,1	0,5	0,6	2,6	96,3	51,7	2,2	0,6	–	42,1
18 – 25	6.695	5,8	2,6	3,2	32,2	62,0	10,0	30,8	3,0	–	18,2
25 – 30	6.756	8,2	1,7	6,5	19,1	72,8	1,6	55,8	3,1	–	12,4
30 – 40	14.394	12,2	2,2	10,0	19,6	68,1	0,9	49,6	4,3	–	13,3
40 – 50	7.182	13,1	2,4	10,7	31,4	55,5	0,8	26,6	9,4	0,0	18,8
50 – 65	7.133	7,9	1,3	6,6	27,9	64,2	0,3	6,1	23,3	9,3	25,1
Zusammen	45.025	9,4	2,0	7,5	23,5	67,1	5,5	34,1	7,5	1,5	18,5
15 – 18	2.804	1,0	0,6	0,4	2,9	96,1	50,6	0,6	0,2	–	44,7
18 – 25	4.308	6,4	4,0	2,3	57,7	35,9	12,8	0,2	3,7	–	19,2
25 – 30	3.848	9,7	5,8	3,9	66,5	23,8	1,7	0,9	6,1	–	15,1
30 – 40	8.283	10,5	6,6	3,9	65,5	24,0	1,1	0,9	8,4	–	13,6
40 – 50	5.978	7,5	4,3	3,2	65,8	26,7	0,6	1,2	10,6	–	14,4
50 – 65	5.841	4,0	1,8	2,1	52,3	43,7	0,3	0,4	23,4	4,4	15,2
Zusammen	31.062	7,2	4,3	2,9	56,5	36,4	7,0	0,7	10,0	0,8	17,8

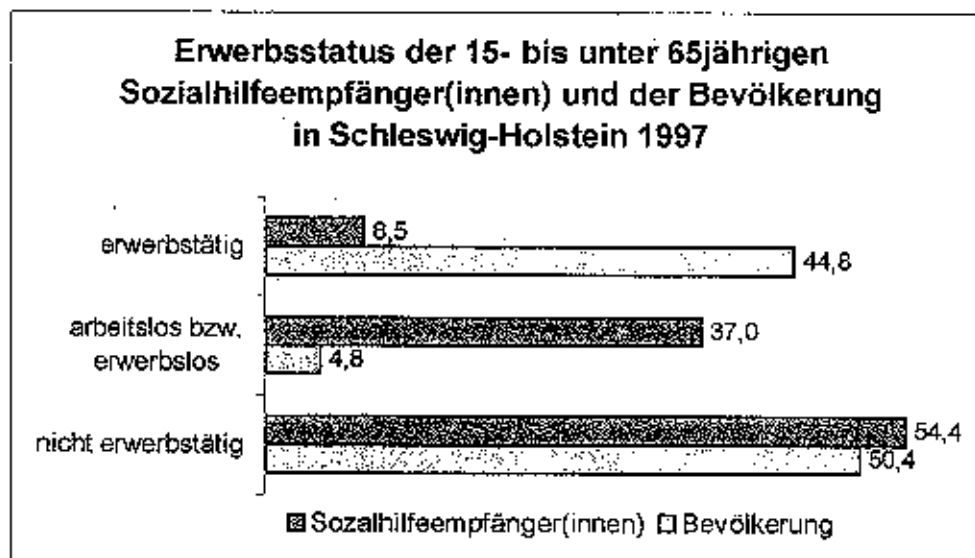
Daten: Sozialhilfestatistik. Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein; eigene Berechnungen.

In Abbildung 28 und Tabelle 37 werden die Erwerbsmuster der 15- bis unter 65jährigen Sozialhilfeempfänger(innen) und der gleichaltrigen Bevölkerung in Schleswig-Holstein gegenübergestellt. Daraus läßt sich näherungsweise das Sozialhilferisiko der einzelnen Gruppen ablesen.

Das Sozialhilferisiko von Nichterwerbstätigen in Schleswig-Holstein war 1997 nur wenig erhöht: Sie waren im Vergleich zur Bevölkerung unter den Hilfeempfänger(innen) nur geringfügig überrepräsentiert. Lediglich in der Altersgruppe der 30- bis 39-Jährigen war das Sozialhilferisiko der Nichterwerbstätigen deutlich höher: Während in der Bevölkerung nur knapp 16 % keiner Erwerbsarbeit nachgingen, waren es von den Hilfeempfänger(innen) mehr als die Hälfte. Sechs von zehn dieser Hilfeempfänger(innen) waren Frauen, die aufgrund der Verantwortung für Kinder und Angehörige an den Haushalt "gebunden" waren.

Das Sozialhilferisiko Arbeitsloser war dagegen drastisch höher als das anderer Gruppen: Ihr Anteil an den Hilfeempfänger(innen) im Alter von 15 bis unter 65 Jahren (37,0 %) war 1997 in Schleswig-Holstein fünf mal höher als der Anteil der registrierten Arbeitslosen (6,8 % im Jahresdurchschnitt 1997)²⁶ und fast acht mal so groß wie der Anteil der Erwerbslosen (4,8 %)²⁷. Im Vergleich zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter waren weibliche Arbeitslose unter den Sozialhilfeempfängern des Jahres 1997 etwa sechs mal, männliche Arbeitslose etwa zehn mal überrepräsentiert.

Abb. 28:



Daten: Sozialhilfestatistik; Mikrozensus.

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein; eigene Berechnungen.

²⁶ Arbeitslosenquote (Arbeitslos gemeldete Personen in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen).

²⁷ Anteil der Erwerbslosen an der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren (Daten des Mikrozensus). – Nach dem Erwerbskonzept des Mikrozensus sind "Erwerbslose" Personen ohne Arbeitsverhältnis, die sich um eine Arbeitsstelle bemühen, unabhängig davon, ob sie beim Arbeitsamt als Arbeitslose gemeldet sind. Insofern ist der Begriff der Erwerbslosen umfassender als der der Arbeitslosen. Andererseits werden Arbeitslose, die vorübergehend geringfügige Tätigkeiten ausüben, im Mikrozensus nicht als Erwerbslose, sondern als Erwerbstätige gezählt.

Tab. 37: Erwerbsstatus der Sozialhilfeempfänger(innen) und der Bevölkerung in Schleswig-Holstein 1997

Empfänger(innen) laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren		Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren		Sozialhilfequote (Näherungswerte)
Erwerbsstatus	in %	Erwerbsstatus	in %	
Insgesamt				
erwerbstätig	8,5	Erwerbstätige	44,8	0,5
arbeitslos	37,0	Erwerbslose	4,6	21,1
nicht erwerbstätig	54,5	Nichterwerbsperson	50,4	3,0
Frauen				
erwerbstätig	9,4	Erwerbstätige	37,0	0,8
arbeitslos	23,5	Erwerbslose	4,1	18,3
nicht erwerbstätig	67,1	Nichterwerbsperson	58,9	3,7
Männer				
erwerbstätig	7,2	Erwerbstätige	52,9	0,3
arbeitslos	56,5	Erwerbslose	5,6	23,4
nicht erwerbstätig	38,4	Nichterwerbsperson	40,0	2,0
Personen im Alter von 30 bis unter 40 Jahren				
erwerbstätig	11,6	Erwerbstätige	76,2	0,8
arbeitslos	36,4	Erwerbslose	8,1	22,9
nicht erwerbstätig	52,0	Nichterwerbsperson	15,7	16,8

Daten: Sozialhilfestatistik; Mikrozensus.

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein; eigene Berechnungen.

Die Zahl der arbeitslos gemeldeten Sozialhilfeempfänger(innen) ist in Schleswig-Holstein zwischen 1994 und 1997 von gut 17.000 auf über 28.000 Personen gestiegen (vgl. Tab. 38). Damit hat sich ihr Anteil an den Sozialhilfeabhängigen von rund 31 % auf 37 % erhöht. Darunter befanden sich immer mehr Langzeitarbeitslose. Allein zwischen 1994 und 1997 stieg die Zahl der Hilfeempfänger(innen), die mindestens ein Jahr arbeitslos waren, von 7.500 auf über 16.700 Personen.

Tab. 38: Arbeitslos gemeldete Sozialhilfeempfänger(innen) in Schleswig-Holstein 1994 bis 1997

Jahr	Arbeitslos gemeldete Empfänger(innen) laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen ¹⁾						
	Insgesamt		darunter: mit einer bisherigen Dauer der Arbeitslosigkeit von ... und mehr Monaten				Anteil der arbeitslos gemeldeten Hilfeempfänger(innen) mit AFG-Leistung (in %)
	Anzahl	Anteil an allen Hilfeempfänger(innen) ¹⁾	12 und mehr		36 und mehr		
			Anzahl	%	Anzahl	%	
	Arbeitslos gemeldete Hilfeempfänger(innen) insgesamt						
1994	17.454	31,4	7.542	43,2	3.154	18,1	37,7
1995	22.626	33,7	11.907	52,6	3.943	17,4	39,0
1996	26.038	36,4	14.721	56,5	4.670	17,9	41,8
1997	28.126	37,0	16.758	59,6	6.971	24,5	42,2
	Arbeitslos gemeldete Frauen						
1994	6.216	18,5	2.514	40,4	948	15,3	36,7
1995	8.131	20,2	4.228	52,0	1.247	15,3	38,7
1996	9.654	22,7	5.360	55,5	1.533	15,9	41,5
1997	10.590	23,5	6.191	58,5	2.448	23,1	41,3
	Arbeitslos gemeldete Männer						
1994	11.238	51,4	5.028	44,7	2.206	19,6	38,2
1995	14.495	54,1	7.679	53,0	2.696	18,6	39,3
1996	16.384	56,5	9.361	57,1	3.147	19,1	41,9
1997	17.536	56,5	10.567	60,3	4.523	25,8	42,7

1) Er werden nur Empfänger(innen) im Alter von 15 bis unter 65 Jahren berücksichtigt.

Daten: Sozialhilfestatistik.

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein; eigene Berechnungen.

Diese Entwicklung spiegelt zum einen die speziell in Schleswig-Holstein ungünstige Arbeitsmarktentwicklung der letzten Jahre. Seit Beginn des Jahres 1996 ist die Zahl der Arbeitslosen in Schleswig-Holstein stärker gestiegen als in Westdeutschland, während die Entwicklung in den Jahren zuvor deutlich besser verlief (vgl. Institut für Regionalforschung der Universität Kiel 1997, S. 24). Zum anderen trägt die Verarmung von Arbeitslosen zu den steigenden Anteilen Arbeitsloser in der Sozialhilfe bei: Die Zunahme der (Langzeit)arbeitslosigkeit in Schleswig-Holstein war zwischen 1994 und 1997 mit 33 % weniger stark als die gleichzeitige Zunahme (langzeit-)arbeitsloser Sozialhilfeempfänger(innen) um 61 %. Die wachsenden Armutsrisiken von Arbeitslosen dürften größtenteils auf Kürzungen bei Arbeitslosenleistungen sowie auf Einschränkungen der aktiven Arbeitsmarktpolitik des Bundes (vgl. Institut für Regionalforschung der Universität Kiel 1997, S. 33ff.) zurückzuführen sein.

3.2.4 Gründe des Sozialhilfebezugs

Zu den Ursachen des steigenden Sozialhilfebezugs zählen insbesondere:

- die anhaltende Arbeitslosigkeit, die sich auch in einem wachsenden Anteil Arbeitsloser an den Hilfeempfänger(innen) ausdrückt (vgl. 3.2.3.7),
- die Zunahme unsicherer und minder bezahlter Beschäftigungsverhältnisse, insbesondere bei Frauen und gering qualifizierten Erwerbstätigen,
- die vor allem in den 1980er Jahren gestiegenen Aufwendungen für Miete und Mietnebenkosten sowie die Wohnungsnot,
- bundesrechtliche Einschnitte in das soziale Netz durch die Kürzung und Befristung bei einigen Sozialleistungen (insbesondere bei der Arbeitslosenunterstützung),
- die gestiegene Steuer- und Abgabenbelastung (auch der unteren Einkommensgruppen) sowie
- die starke demographische Zunahme von Gruppierungen, die schon seit langem armutsgefährdet sind, so vor allem von alleinerziehenden Müttern und Migrant(innen).

Die vorstehenden Faktoren begründen das Anwachsen sowohl der Armut als auch der Sozialhilfebeziehenden. Die langfristige Zunahme der Sozialhilfeempfänger(innen) hat aber auch Gründe, die nicht auf eine Vermehrung der Armut hinauslaufen. Sie liegen u.a. in der stärkeren Inanspruchnahme der Sozialhilfe durch veränderte Werthaltungen der Menschen (Abbau der Dunkelziffer), insbesondere bei jüngeren Menschen (vgl. Neumann/Hertz 1998).

Der Sozialhilfestatistik²⁸ lassen sich folgende Gründe des Sozialhilfebezugs entnehmen.

3.2.4.1 Warten auf vorrangige Leistungen

An eine geringe Anzahl von Menschen (3,6 % der Bedarfsgemeinschaften) wurde die Sozialhilfe in Schleswig-Holstein 1997 als Vorleistung ausbezahlt (vgl. Tab. 39). Der Bezug begründete sich also nur daraus, daß Leistungen anderer Stellen (Arbeitslosengeld, -hilfe, Rente, Unterhaltsvorschuß, Ausbildungsförderung) noch nicht bewilligt oder ausbezahlt wurden und die eigenen Rücklagen zu gering waren, um die Wartezeit überbrücken zu können.

Auf den ersten Blick erscheint der Anteil dieser "Wartefälle" gering. Allerdings handelt es sich dabei um eine Momentaufnahme. Wartefälle beziehen in der Regel nur kurzfristig Sozialhilfe, bis die vorrangigen Leistungen einsetzen. Daher sind im Laufe eines

²⁸ Die Gründe des Sozialhilfebezugs sind der Sozialhilfestatistik nur in einem sehr eingeschränkten Sinne zu entnehmen. Nur einige der für den persönlichen Weg der Betroffenen in die Armut maßgebenden Gründe und Anlässe werden statistisch festgehalten. Strukturelle, überpersönliche Ursachen des wachsenden Sozialhilfebezugs bleiben dagegen unberücksichtigt.

Jahres weitaus mehr Menschen aus diesem Grund auf Sozialhilfe angewiesen als die obige Stichtagszahl verrät. Über die Gesamtzahl der schleswig-holsteinischen Vorleistungsempfänger(innen) während des ganzen Jahres liegen keine Angaben vor.

Von den Menschen, die innerhalb eines Jahres erstmals Sozialhilfe bezogen, erhielten 1983 und 1989 in Bremen mehr als ein Drittel, von ausländischen Erstbeziehern sogar mehr als die Hälfte Sozialhilfeleistungen als "Vorleistung" (Zwick 1997, S. 80f). In einigen Fällen mochte das Warten auf Versäumnisse der Antragsteller(innen) zurückzuführen sein, erforderliche Unterlagen zu beschaffen oder beizubringen. In anderen Fällen "sind es jedoch Politik und Sozialbürokratie selbst, die entweder massenhaft ‚Wartefälle‘ importieren oder aber die Bearbeitung und Transferzahlungen verzögern und damit Sozialhilfefälle produzieren" (Zwick 1997, S. 81).

Im Rahmen der Sozialhilfereform 1996 wurden die Voraussetzungen für vorläufige AFG-Leistungen des Arbeitsamtes so verändert, daß die Sozialhilfe in diesen Fällen nicht mehr so oft wie bisher als "Vorschußkasse" eintreten muß. Ob damit das Problem behoben werden kann, bleibt abzuwarten. Ohne eine weitergehende Vereinfachung der rechtlichen Regelungen und eine adäquate Personalausstattung der Ämter wird es auch künftig schwer möglich sein, mit vorrangigen Leistungen flexibel und rasch auf Notlagen zu reagieren.

Tab. 39: Sozialhilfebedarfsgemeinschaften mit Vorleistungen in Schleswig-Holstein am Jahresende 1997

Typ der Bedarfsgemeinschaft	Bedarfsgemeinschaften von Empfänger(innen) laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen mit Vorleistungen		
	Insgesamt		Anteil am jeweiligen Typ der Bedarfsgemeinschaft
	Anzahl	in %	
Ehepaare ohne Kinder unter 18 Jahren	180	7,8	4,8
Ehepaare mit Kindern unter 18 Jahren	343	14,8	4,7
Nichteheliche Lebensgemeinschaften ohne Kinder unter 18 J.	36	1,6	3,9
Nichteheliche Lebensgemeinschaften mit Kindern unter 18 J.	35	1,5	2,9
Alleinerziehende Frauen mit Kindern unter 18 Jahren	209	9,0	1,4
Alleinerziehende Männer mit Kindern unter 18 Jahren	13	0,6	3,1
Alleinstehende Frauen	399	17,3	2,7
Alleinstehende Männer	800	34,6	6,5
Bedarfsgemeinschaften ohne Haushaltsvorstand	244	10,6	3,9
Anderweitig nicht erfaßte Bedarfsgemeinschaften	51	2,2	2,2
Bedarfsgemeinschaften insgesamt	2.310	100	3,6

Daten: Sozialhilfestatistik.

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein; eigene Berechnungen.

3.2.4.2 Mangel an Erwerbstätigkeit

Ein Hauptgrund für die Inanspruchnahme von Sozialhilfe ist die mangelnde Integration ins Erwerbsleben. Für Männer stellt heute Arbeitslosigkeit, für Frauen Nichterwerbstä-

tigkeit aufgrund familiärer Verpflichtungen die häufigste Ursache des Sozialhilfebezugs dar (vgl. Kap. 3.2.3.7).

Hindernisse, eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen, die dann den Bezug von Sozialhilfe nach sich ziehen, stellen sich verschiedenen Gruppierungen in unterschiedlicher Form entgegen:

- 51 % der Hilfeempfänger(innen) im Alter zwischen 15 und 18 Jahren und 6,1 % der Sozialhilfebeziehenden im erwerbsfähigen Alter des Jahres 1997 waren aufgrund einer *Aus- und Fortbildung* nicht erwerbstätig.
- Ein Drittel der weiblichen und 58 % der männlichen Hilfeempfänger(innen) zwischen 18 und 25 Jahren waren 1997 arbeitslos gemeldet. Diese Zahlen weisen darauf hin, daß *junge Arbeitslose häufig keinen Ausbildungsplatz finden oder nach der Ausbildung nicht (sofort) ins Berufsleben einsteigen können*.
- Eine weitere Barriere gegen die eigene Erwerbstätigkeit und damit einen Weg in die Armut stellt die *"häusliche Bindung"* von Frauen, insbesondere aufgrund von *Kindererziehung oder der Pflege von Angehörigen* dar. Dies trifft auf über ein Drittel der weiblichen Hilfeempfängerinnen und auf ein Fünftel aller Hilfebeziehenden im erwerbsfähigen Alter zu.
- Eine große Anzahl von Männern war in der Kernphase ihrer Erwerbsbiographie im Alter zwischen 25 und 50 Jahren wegen (*Langzeit-*)*Arbeitslosigkeit* gezwungen, Sozialhilfe zu beziehen. Zwei Drittel aller männlichen Hilfeempfänger in diesem Alter waren 1997 arbeitslos gemeldet, 61 % davon länger als ein Jahr. Insgesamt stellte diese Gruppe 8,4 % aller Hilfeempfänger(innen) im erwerbsfähigen Alter.
- 25 % der weiblichen Hilfeempfängerinnen in Schleswig-Holstein im Alter von 25 bis unter 50 Jahren waren 1997 arbeitslos gemeldet, 59 % davon länger als ein Jahr. Insgesamt stellte die Gruppe 8,4 % aller Hilfeempfänger(innen) im erwerbsfähigen Alter. Diese Gruppe der (*langzeit*)*arbeitslosen Frauen* in der Kernphase ihrer Erwerbsbiographie im Alter zwischen 25 und 50 Jahren macht darauf aufmerksam, daß zum Beispiel *Berufsrückkehrerinnen nach Zeiten der Kindererziehung* der Weg in die Erwerbstätigkeit häufig versperrt ist.
- Eine Anzahl von Personen steht dem Arbeitsmarkt aufgrund von *Krankheit, Behinderung oder Arbeitsunfähigkeit* nicht zur Verfügung. Diese Konstellation traf 1997 auf ein Viertel aller Hilfeempfänger(innen) im Alter von 50 bis unter 65 Jahren und auf 8,5 % aller Hilfeempfänger(innen) im erwerbsfähigen Alter zu.
- Schließlich bezogen *ältere (Langzeit-)Arbeitslose mit geringen Chancen auf eine Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt* Sozialhilfe. Damit überbrückt vermutlich eine Anzahl von Hilfebeziehenden die Zeit bis zur Rente. 1997 waren 39 % der Hilfeempfänger(innen) im Alter von 50 bis unter 65 Jahren (52 % der Männer und 28 % der Frauen) arbeitslos gemeldet. Drei Viertel davon schon länger als ein Jahr, 22 % sogar länger als fünf Jahre. Der Anteil dieser älteren Arbeitslosen an allen Hilfeempfänger(innen) im erwerbsfähigen Alter betrug 6,6 %.

Nimmt man die genannten Gruppen zusammen, die mangels Erwerbstätigkeit in Sozialhilfeabhängigkeit gerieten, so machten sie 1997 72 % aller Hilfeempfänger(innen)

im erwerbsfähigen Alter in Schleswig-Holstein aus. Dazu kommen weitere Personen, die "aus sonstigen Gründen" nicht erwerbstätig waren. Für sie liegen keine näheren Angaben vor.

3.2.4.3 Mangel an Einkommen

Unzureichend bezahlte Erwerbsarbeit

Unzureichende Erwerbseinkommen sind relativ selten Auslöser für den Sozialhilfebezug. Aber 1997 waren in Schleswig-Holstein immerhin 4,3 % der männlichen und 2,0 % der weiblichen Hilfeempfänger(innen) im erwerbsfähigen Alter (zusammen 2,9 %) trotz *Vollzeiterwerbstätigkeit* auf ergänzende Sozialhilfe angewiesen. Solche Fälle treten vor allem in Familien auf, in denen nur ein Elternteil in gering qualifizierter Stellung erwerbstätig ist, und so das Einkommen nicht reicht, um die Familie "ernähren" zu können.

Sozialhilfebezug infolge unzureichender *Teilzeiterwerbseinkommen* dürfte vor allem alleinerziehende und alleinstehende Frauen betreffen. 1997 waren 7,5 % der weiblichen und 2,9 % der männlichen Hilfeempfänger(innen) im erwerbsfähigen Alter (zusammen 5,6 %) teilzeiterwerbstätig. Das Spektrum der Teilzeitarbeit reicht dabei von sozialversicherungsrechtlich abgesicherter Halbtagsarbeit bis zu geringfügigen und ungeschützten Beschäftigungsverhältnissen ("630-Mark-Jobs").

Tabelle 21 (in Kap. 3.2.1.3) machte deutlich, daß der Anteil der Sozialhilfeleistungen am Gesamteinkommen mit der Kinderzahl sinkt. Das bedeutet, daß bei kinderreichen Familien öfter als bei anderen Haushaltstypen eigene Einkünfte vorhanden sind, daß diese aber vielfach nicht reichen, um den nötigen Lebensunterhalt zu sichern. Ein Problem ist hier die hohe Belastung durch die "Kinderkosten" (vgl. Deutscher Kinderschutzbund/Volkswagen AG 1998, S. 99ff). Kinderreiche Familien sind daher besonders häufig auf ergänzende Sozialhilfe angewiesen.

Unzureichende Unterhaltsleistungen

Aus den Angaben über anzurechnende Einkommen in Tabelle 40 ergibt sich, daß bei insgesamt 92 % der Bedarfsgemeinschaften bei Sozialhilfeleistungen eigene Einkommen angerechnet wurden. Gegliedert nach Haupteinkommensarten zeigt sich, daß alleinerziehende Frauen besonders häufig infolge fehlender oder unzureichender Unterhaltsleistungen auf Sozialhilfe angewiesen sind.

Tab. 40: Haupteinkommensarten von Sozialhilfebedarfsgemeinschaften in Schleswig-Holstein 1997

	Bedarfgemeinschaften von Empfänger(innen) laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen													
	Insgesamt	ohne ange-rechne-tes Ein-kommen	zu-sam-men	mit angerechnetem Einkommen										
				EWT	EUR	AR	HR	ALG	ALH	UV	KG	WG	PU	
Anzahl	in %													
Ehepaare ohne Kinder	3.731	5,8	94,3	10,8	11,3	21,1	0,1	6,1	11,1	11,1	—	0,4	28,0	0,3
Ehepaare mit Kindern	7.252	1,0	99,0	22,5	2,9	0,6	0,0	8,8	12,8	0,1	25,6	19,8	0,2	0,2
mit 1 Kind	2.563	0,9	99,1	24,3	4,3	0,9	—	7,8	13,2	0,1	9,8	31,7	0,2	0,2
mit 2 Kindern	2.632	1,1	98,9	24,1	2,5	0,5	0,0	10,3	13,3	0,0	23,1	18,5	0,3	0,3
mit 3 und mehr Kindern	2.057	1,0	99,0	18,1	1,6	0,3	—	8,0	11,5	0,1	48,5	6,6	0,3	0,3
Nichteheliche Lebensgemeinschaften ohne Kinder	918	4,1	95,9	23,1	4,2	5,1	4,6	9,3	15,9	0,2	5,3	22,3	1,2	1,2
Nichteheliche Lebensgemeinschaften mit Kindern	1.203	0,7	99,3	29,2	0,7	0,4	0,8	10,2	18,2	0,7	17,5	13,7	2,2	2,2
mit 1 Kind	724	0,6	99,4	31,2	0,8	0,7	1,0	10,9	19,8	1,1	8,6	17,8	2,2	2,2
mit 2 Kindern	297	0,7	99,3	30,6	1,0	—	0,7	10,8	18,2	—	20,2	9,8	3,4	3,4
mit 3 und mehr Kindern	182	1,1	98,9	18,7	0,5	—	0,5	6,6	12,1	—	48,4	3,8	0,5	0,5
Alleinerziehende Frauen	14.635	0,5	99,5	14,8	0,3	0,0	1,1	1,5	2,3	4,9	26,0	29,8	13,9	13,9
mit 1 Kind	8.248	0,5	99,5	17,7	0,4	0,0	1,2	1,9	3,0	5,5	8,2	45,5	11,6	11,6
mit 2 Kindern	4.475	0,5	99,5	14,1	0,4	—	1,0	1,3	1,7	4,3	38,2	12,8	19,5	19,5
mit 3 und mehr Kindern	1.912	0,5	99,5	4,2	0,3	—	0,7	0,4	0,7	3,7	74,3	2,2	10,8	10,8
Alleinerziehende Männer	418	2,2	97,8	7,2	1,4	0,2	3,6	6,0	12,0	6,5	25,4	26,8	3,1	3,1
mit 1 Kind	246	2,4	97,6	5,7	1,6	0,4	2,8	6,5	14,6	8,1	12,2	36,2	2,8	2,8
mit 2 Kindern	120	1,7	98,3	8,3	1,7	—	5,0	5,8	10,0	2,5	39,2	15,0	4,2	4,2
mit 3 und mehr Kindern	52	1,9	98,9	11,5	—	—	3,8	3,8	3,8	7,7	55,8	9,6	1,9	1,9
Alleinstehende Frauen	15.041	5,6	94,4	9,4	3,1	14,6	10,2	3,5	4,6	0,4	4,7	35,4	4,2	4,2
Alleinstehende Männer	12.355	15,2	84,8	7,2	2,6	3,3	0,5	4,0	8,8	0,1	2,3	52,1	0,4	0,4
Bedarfgemeinschaften mit Haushaltsvorstand zusammen	55.553	5,6	94,4	12,8	2,7	6,3	3,3	4,2	7,0	1,5	12,7	34,4	5,0	5,0
Bedarfgemeinschaften ohne Haushaltsvorstand	6.203	29,0	71,0	8,2	0,5	1,4	1,4	0,8	0,9	0,9	37,7	11,9	3,7	3,7
Anderweitig nicht erfaßte Bedarfgemeinschaften	2.297	4,5	95,5	11,4	1,5	1,5	0,7	2,9	4,8	2,6	43,4	16,5	5,1	5,1
Bedarfgemeinschaften insgesamt	64.053	7,9	92,1	12,3	2,5	5,6	3,0	3,8	6,3	1,5	16,2	31,6	4,9	4,9

1) EWT Einkünfte aus unselbständiger Arbeit; EUR Erwerbs-, Berufsunfähigkeitsrente; AR Altersrente; HR Hinterbliebenenrente; ALG Arbeitslosengeld; ALH Arbeitslosenhilfe; UV Unterhaltsvorschuß; KG Kindergeld; WG Wohngeld; PU Private Unterhaltsleistungen

Daten: Sozialhilfestatistik. Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein; eigene Berechnungen

Unzureichende Transferzahlungen

Tabelle 40 zeigt ferner, daß bei vielen alleinerziehenden Vätern, Ehepaaren und nicht-ehelichen Lebensgemeinschaften mit Kindern offenbar die Arbeitslosenleistungen nicht zur Bedarfsdeckung einer ganzen Familie ausreichen. Auffällig ist, daß bei nahezu einem Drittel der Bedarfsgemeinschaften Wohngeld als Haupteinkommensart angerechnet wurde. Hierbei können offenkundig die Mietbelastungen nur teilweise durch Wohngeld gedeckt werden. Allein die Mietkosten machten 1997 durchschnittlich 71 % des Nettoanspruchs (ausgezählte Sozialhilfeleistungen) aus.

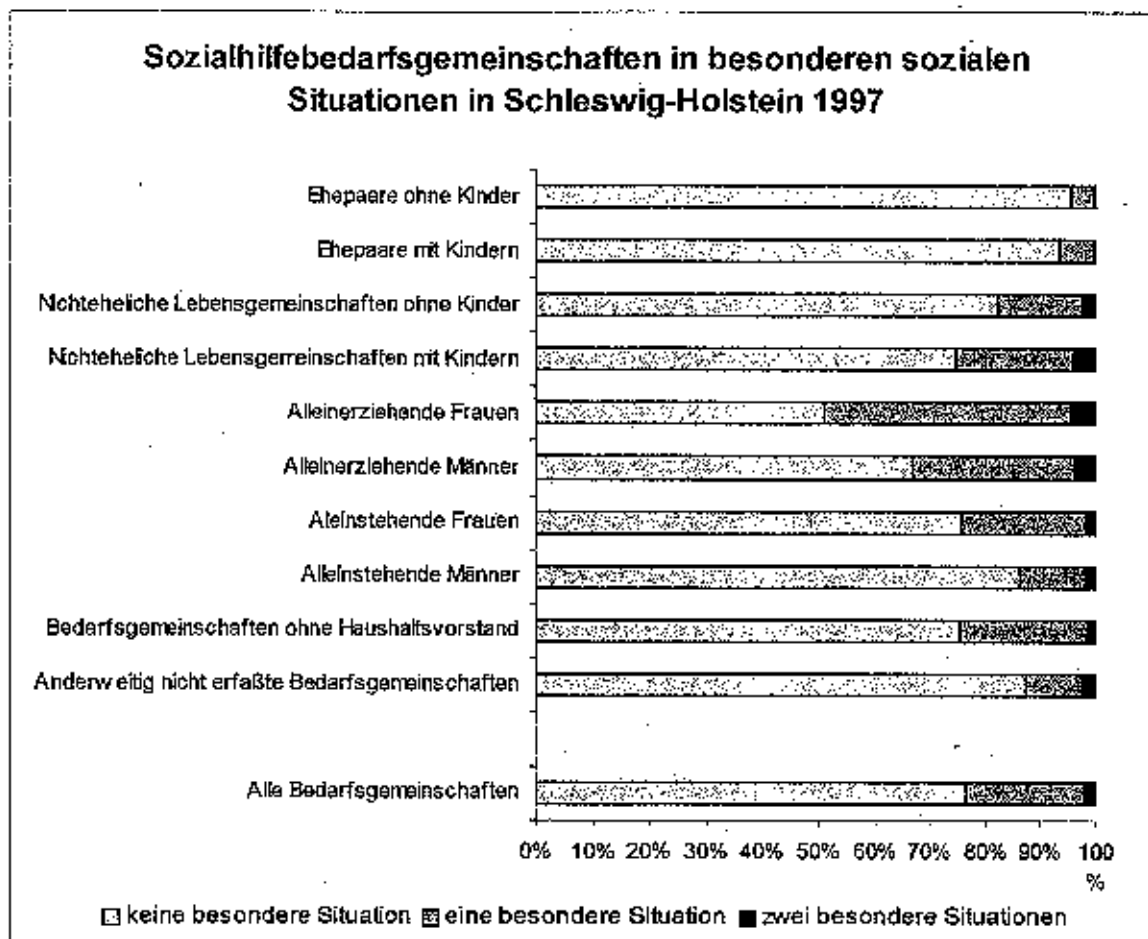
3.2.4.4 Besondere soziale Situationen

Die "besonderen Situationen" bezeichnen Ereignisse und soziale Notlagen zu Beginn der Hilfgewährung²⁹. Sie müssen nicht notwendig die aktuellen Lebensumstände der Hilfebeziehenden sein.

Bei etwa einem Viertel aller Bedarfsgemeinschaften (23,6 %) in Schleswig-Holstein lag 1997 eine besondere soziale Situation vor (vgl. Abb. 29). Am häufigsten waren alleinerziehende Frauen mit ihren Kindern infolge besonderer Umstände auf Sozialhilfe angewiesen (49 %), zumeist nach einer Trennung oder Scheidung (38 %) und/oder der Geburt eines Kindes (12 %). Auch die Hilfgewährung an alleinerziehende Väter (zu 33 %), nichteheliche Lebensgemeinschaften mit Kindern (zu 25 %) und alleinstehende Frauen (zu 24 %) begründete sich überdurchschnittlich häufig aus einer besonderen Situation. Dagegen waren Ehepaare kaum von "besonderen Situationen" betroffen.

²⁹ Die in der Sozialhilfestatistik erfaßten "besonderen sozialen Situationen" beruhen auf Angaben der Sachbearbeiter(innen) in den Sozialämtern. Sie notieren maximal zwei dieser Situationen pro Antragstellung.

Abb. 29:

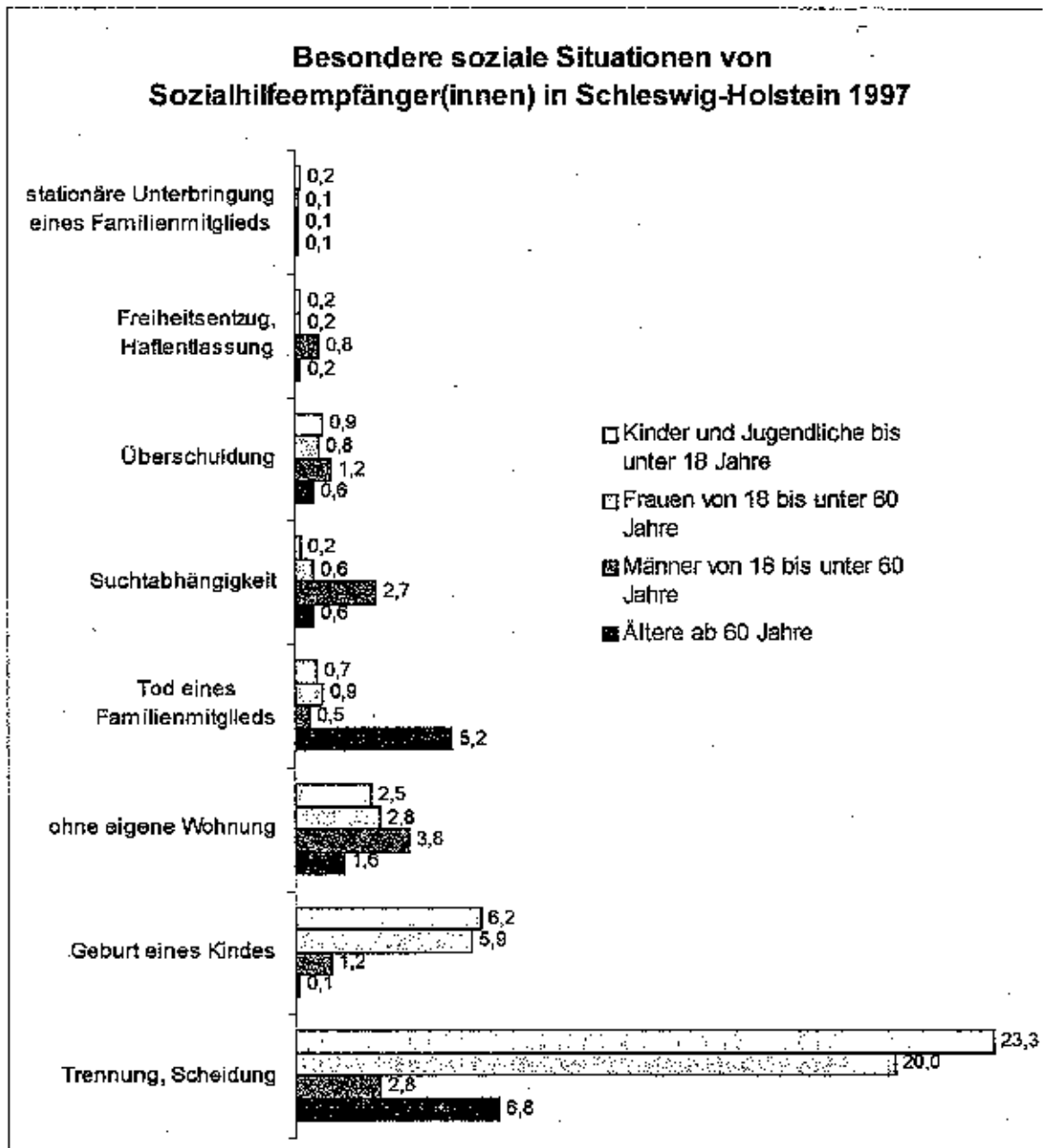


Daten: Sozialhilfestatistik.

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein; eigene Berechnungen.

Abbildung 30 zeigt, welche Art von Situationen zur Hilfgewährung geführt hat. Dabei fällt auf, daß klassische soziale Problemlagen, wie z.B. die Entlassung aus der Haft, Wohnungsnot oder Sucht eine nur kleine, allerdings besonders belastete Minderheit der Hilfeempfänger(innen) betrafen. Häufig entstanden Notsituationen aus familiären Ereignissen, wobei insbesondere Frauen und Kinder, kaum aber Männer infolge Trennung/Scheidung oder der Geburt eines Kindes Sozialhilfe bezogen.

Abb. 30:



Daten: Sozialhilfestatistik.

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein; eigene Berechnungen.

3.2.4.5 Kombinationen von Gründen

Die verschiedenen Ausprägungen des Erwerbsstatus und der "besonderen sozialen Situation" können allein oder in Kombinationen zum Bezug von Sozialhilfe führen. Nach Tabelle 41 war an der Sozialhilfebedürftigkeit von Männern in erster Linie der Erwerbsstatus beteiligt. Für die Hälfte der Männer war 1997 Arbeitslosigkeit sogar alleiniger Grund des Sozialhilfebezugs. Bei Frauen waren die Gründe des Sozialhilfebezugs komplexer. Besondere Bedeutung unter den Ursachenkonstellationen hatten hier familiäre Situationen.

Tab. 41: Die zehn häufigsten Ursachenkombinationen des Sozialhilfebezugs in Schleswig-Holstein 1997

Frauen ¹⁾		Männer ¹⁾	
1. nicht erwerbstätig wegen häuslicher Bindung	20,9%	1. arbeitslos	49,8%
2. arbeitslos	18,8%	2. nicht erwerbstätig aus sonstigen Gründen	15,5%
3. nicht erwerbstätig aus sonstigen Gründen	14,8%	3. nicht erwerbstätig wegen Krankheit, Behinderung, Arbeitsunfähigkeit	8,9%
4. nicht erwerbstätig wegen häuslicher Bindung und Trennung/Scheidung	9,2%	4. nicht erwerbstätig wegen Aus- und Fortbildung	5,6%
5. nicht erwerbstätig wegen Krankheit, Behinderung, Arbeitsunfähigkeit	5,9%	5. vollzeiterwerbstätig	3,7%
6. teilzeiterwerbstätig	4,4%	6. teilzeiterwerbstätig	2,7%
7. nicht erwerbstätig wegen Aus- und Fortbildung	4,3%	7. arbeitslos und ohne eigene Wohnung	2,5%
8. nicht erwerbstätig wegen häuslicher Bindung und Geburt eines Kindes	3,9%	8. arbeitslos und suchtabhängig	1,5%
9. erwerbstätig und Trennung/Scheidung	3,0%	9. arbeitslos und Trennung/Scheidung	1,4%
10. arbeitslos und Trennung/Scheidung	3,0%	10. nicht erwerbstätig aus sonstigen Gründen und Trennung/Scheidung	1,2%
Zusammen	88,2%	Zusammen	92,8%

1) Empfänger(innen) laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren.

Daten: Sozialhilfestatistik.

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein; eigene Berechnungen.

Die Vielfalt der Ursachenkombinationen auf dem Gebiet des Erwerbsstatus und der "besonderen sozialen Situationen" läßt sich zu vier typischen Ursachenfeldern zusammenfassen:

1. *Ursachenfeld Arbeitsmarkt:* Die größte Gruppe unter den Hilfeempfänger(innen) im erwerbsfähigen Alter waren 1997 Arbeitslose und Personen, die eine Umschulung, Aus- oder Fortbildung absolvierten (39,7 %). Der Sozialhilfebezug die-

ser Gruppe war in erster Linie durch den Arbeitsmarkt bestimmt. Nur bei 4,1 % der Sozialhilfeempfänger(innen) traf die Arbeitslosigkeit oder die Ausbildung mit einer besonderen Familiensituation zusammen (Trennung/Scheidung, Geburt eines Kindes, Tod oder stationäre Unterbringung eines Familienmitgliedes). Ansonsten handelte es sich um Personen ohne "besondere Situation". Männer waren doppelt so häufig arbeitslos oder in Aus- und Fortbildung (58 %) wie Frauen (27,7 %).

2. *Ursachenfeld Familie:* Für ein Viertel der Hilfeempfänger(innen) im erwerbsfähigen Alter, dies waren 40 % der Frauen, aber nur 3 % der Männer, erklärte sich der Sozialhilfebezug unmittelbar aus der Familiensituation oder aus einem besonderen familiären Ereignis. Herausragend war dabei der Sozialhilfebezug infolge einer Trennung oder Scheidung.
3. *Ursachenfeld Gesundheit:* Gesundheitliche Probleme oder Altersgründe, die eine Teilnahme am Erwerbsleben verhinderten, waren für 9 % der Hilfeempfänger(innen) (8,5 % der Frauen und 9,8 % der Männer) Ursache des Hilfebezugs.
4. *Ursachenfeld Problemlage:* Für 5,7 % der Hilfeempfänger(innen), dies waren 4,6 % der Frauen und 8,1 % der Männer, resultierte die Bedürftigkeit aus spezifischen sozialen Problemlagen (Haftentlassung, Sucht, Überschuldung, Wohnungslosigkeit). Der Großteil dieser Hilfeempfänger(innen) befand sich in besonders schwierigen Lebensumständen, da mehrere soziale oder familiäre Probleme zusammenkamen (3 % der Frauen, 6,2 % der Männer, 4,4 % insgesamt).

Keine Gründe festgestellt

Für ein Fünftel der Hilfeempfängerinnen können anhand der Sozialhilfestatistik keine eindeutigen Gründe des Sozialhilfebezugs festgestellt werden.

Zusammenfassend läßt sich festhalten, daß Arbeitslosigkeit, die wirtschaftlich schwierige Situation von alleinerziehenden und kinderreichen Familien sowie Mängel der vorgelagerten sozialen Sicherungssysteme die Hauptgründe des Sozialhilfebezugs bilden. Die Wege in die Sozialhilfe sind jedoch vielfältig. Sie können mit rein statistischen Daten nicht zureichend erschlossen werden. Sozialhilfebedürftigkeit ist daher heute nicht mehr auf klassische "Problemgruppen" beschränkt. Notlagen, die in die Sozialhilfe hineinführen, reichen bis weit in mittlere Einkommensgruppen hinein.

3.2.5 Dauer des Sozialhilfebezugs

Sozialhilfe wird zwar ohne zeitliche Befristung gewährt, ist aber als vorübergehende Leistung gedacht. Dem Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe gemäß sollen Bedürftige so bald wie möglich befähigt werden, unabhängig von staatlicher Unterstützung zu leben.

Eine gängige Kritik an der Sozialhilfe ist, daß sie dieser Funktionsbestimmung nicht mehr gerecht werde. Stattdessen sei sie für bestimmte Gruppen zu einer "rentenähnlichen Dauerleistung" geworden. Vielfach wird vermutet, daß Sozialhilfe abhängig mache und zu geringe Anreize zur Arbeitsaufnahme biete. Von anderer Seite wird auf Barrieren zur Überwindung von Sozialhilfeabhängigkeit verwiesen (z.B. auf die Arbeitsmarktsituation) und Dauerbezieher werden als Opfer sozial(politisch)er Ausgrenzung gesehen. Im Lichte der empirischen Daten stellt sich Sozialhilfe für die Mehrzahl der Menschen als eine kurzfristige, teilweise auch periodisch wiederkehrende Lebenssituation dar.

Die neue Sozialhilfestatistik liefert erstmals Informationen zur Dauer des Sozialhilfebezugs. Erhoben werden

- die *bisherige* Dauer der Hilfgewährung an eine Bedarfsgemeinschaft in ihrer derzeitigen Zusammensetzung und
- die *ununterbrochene* Dauer der Hilfgewährung an mindestens ein Mitglied der Bedarfsgemeinschaft.

Maßgeblich ist jeweils die Dauer der letzten Leistungsgewährung bis zum Stichtag am 31.12. eines Jahres. Die Angaben berücksichtigen also nur den aktuellen Sozialhilfebezug, nicht aber frühere Bezugszeiten.

Zu beachten ist, daß bereits eine Unterbrechung von einem Tag zu einem neuen Bezugszeitraum führt. Auch bei jeder Änderung der Haushaltszusammensetzung (z.B. durch Heirat, Geburt, Tod oder Erreichen der Volljährigkeit eines Familienmitglieds) beginnt die Messung der *bisherigen* Dauer der Hilfgewährung wieder bei Null. Dadurch wird das Ausmaß kurzfristiger Sozialhilfebedürftigkeit in der Sozialhilfestatistik überschätzt (vgl. Buhr 1995, S. 44; Leibfried/Leisering/Buhr u.a. 1995, S. 83).

Andererseits werden Bezieher(innen), die kurzfristig *während* des Kalenderjahres Sozialhilfe bezogen haben (z.B. in den ersten zwei Monaten) im Rahmen der Stichtagserhebung zum Jahresende gar nicht erfaßt. Darüber hinaus verschmilzt die Bestandserhebung verschiedene Zugangskohorten zu verschiedenen Zeitpunkten ihres Bezugs. Aus diesem Grund bietet die Sozialhilfestatistik nur ein unzureichendes Bild von der Dauer des Sozialhilfebezugs.

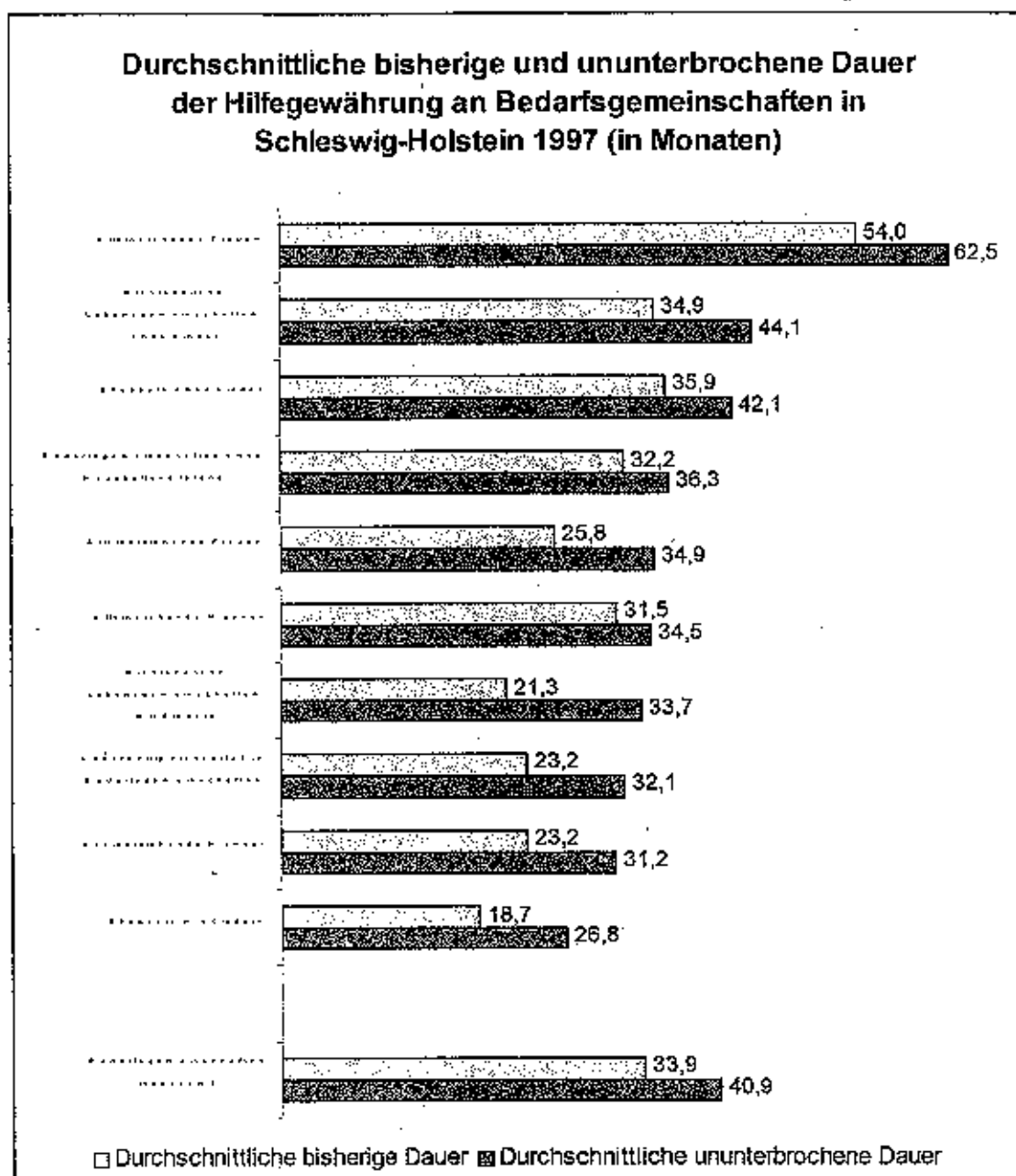
Im folgenden werden Bezugsdauern von bis zu einem Jahr als Kurzzeitbezug bezeichnet, Bezugsdauern von mehr als fünf Jahren als Langzeitbezug aufgefaßt. Freilich entsprechen diese Bezeichnungen nicht notwendigerweise den Erfahrungen der einzelnen: Für ein Kind sind vier Jahre eine Ewigkeit, für einen älteren Menschen mögen sechs Jahre eine biographisch "kurze" Zeit sein.

3.2.5.1 Dauer des Sozialhilfebezugs von Bedarfsgemeinschaften

Ende 1997 standen die Sozialhilfehaushalte in Schleswig-Holstein *bisher* durchschnittlich 33,9 Monate, also etwa zweidreiviertel Jahre im Bezug. Die durchschnittliche Dauer der *ununterbrochenen* Hilfestellung an mindestens ein Mitglied der Bedarfsgemeinschaft betrug 40,9 Monate (dreieinviertel Jahre). Die durchschnittliche Dauer des bisherigen und des ununterbrochenen Sozialhilfebezugs ist von 1994 auf 1995 zurückgegangen, vermutlich infolge verbesserter Erfassung. Sie bewegt sich seither auf etwa gleichem Niveau.

Abbildung 31 informiert über die durchschnittliche Dauer des Sozialhilfebezugs in den einzelnen Haushalts- und Familienformen. Alleinstehende Frauen, darunter viele ältere Frauen, bekamen demnach durchschnittlich am längsten Sozialhilfe. Alleinerziehende Frauen hatten längere Bezugszeiten als alleinerziehende Männer oder Ehepaare mit Kindern. Insgesamt wiesen jedoch Familien mit Kindern eine unterdurchschnittliche Bezugsdauer auf. Dies heißt jedoch keineswegs, daß Familien insgesamt weniger Zeit in der Sozialhilfe verbringen. Im Gegenteil: Längsschnittuntersuchungen (für Bielefeld: Andreß 1994; für Bremen: Buhr 1995; Leibfried/Leisering/Buhr u.a. 1995; Voges/Buhr/Zwick 1996; für sechs Kommunen in Ostdeutschland: Hanesch u.a. 1994; für Halle: Olk/Rentzsch 1998) kamen mehrfach zum Ergebnis, daß Alleinerziehende und Familien mit kleinen oder mehreren Kindern die Haushaltstypen mit den insgesamt längsten Bezugszeiten sind. Familien treten bei den Sozialämtern eher unregelmäßig und mit kürzeren und mittleren Bezugszeiten in Erscheinung. Aus der Sicht der Familien bedeutet dies jedoch, über längere Zeiträume "immer mal wieder" Sozialhilfe beantragen zu müssen. Familien haben also nicht nur ein höheres Zugangsrisiko in die Sozialhilfe, es fällt ihnen auch schwerer, Armutssituationen auf Dauer wieder zu verlassen (Buhr 1998, S. 74).

Abb. 31:



Daten: Sozialhilfestatistik.

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein.

Aufschlußreicher als Durchschnittswerte sind zeitliche Aufgliederungen und die jeweiligen Anteile der verschiedenen langen Bezugszeiträume (vgl. Tab. 42 und Tab. 43). Rund 42 % der Sozialhilfehaushalte in Schleswig-Holstein haben 1997 bisher weniger als ein Jahr lang Sozialhilfe bekommen (bzw. 37 %, wenn man die ununterbrochene Dauer der Hilfgewährung an mindestens ein Haushaltsmitglied betrachtet). 15 % (bzw. 20 %) standen bereits fünf Jahre oder länger im Bezug.

Tab. 42: Sozialhilfebedarfsgemeinschaften in Schleswig-Holstein 1997 nach der bisherigen Dauer der Hilfestellung

Typ der Bedarfsgemeinschaft	Bedarfsgemeinschaften von Empfänger(innen) laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen							Durchschnittliche bisherige Dauer der Hilfestellung in Monaten
	Insgesamt	davon mit einer bisherigen Dauer der Hilfestellung von ... bis unter ... Monaten						
		unter 6	6 - 12	12 - 24	24 - 36	36 - 60	60 und mehr	
	in Prozent							
Anzahl								
Ehepaare ohne Kinder	3.731	24,4	14,3	17,1	12,3	14,7	17,2	35,9
Ehepaare mit Kindern	7.252	32,5	18,6	22,5	12,0	9,3	5,1	18,7
mit 1 Kind	2.563	33,6	19,6	22,1	10,8	8,2	5,6	18,7
mit 2 Kindern	2.632	32,3	18,6	22,8	11,9	9,0	5,5	18,9
mit 3 und mehr Kindern	2.057	31,4	17,3	22,6	13,8	10,9	4,1	18,6
Nichteheliche Lebensgemeinschaften ohne Kinder	918	29,4	13,7	15,0	9,9	13,1	18,8	34,9
Nichteheliche Lebensgemeinschaften mit Kindern	1.203	32,7	18,0	20,9	10,1	9,9	8,4	21,3
mit 1 Kind	724	33,0	17,5	21,8	8,0	9,8	9,8	22,2
mit 2 Kindern	297	30,6	19,9	19,2	13,8	11,1	5,4	20,0
mit 3 und mehr Kindern	182	34,6	17,0	19,8	12,6	8,2	7,7	19,9
Alleinerziehende Frauen	14.635	26,0	15,3	20,2	14,1	13,8	10,5	25,8
mit 1 Kind	8.248	24,9	15,2	20,2	14,3	14,0	11,4	27,1
mit 2 Kindern	4.475	26,2	15,5	19,7	14,3	14,7	9,7	25,2
mit 3 und mehr Kindern	1.912	30,3	15,8	21,4	12,8	11,2	8,4	22,1
Alleinerziehende Männer	418	32,8	14,6	17,5	12,4	13,4	9,3	23,2
mit 1 Kind	246	33,7	15,9	15,4	12,6	14,2	8,1	22,6
mit 2 Kindern	120	30,0	15,0	20,8	12,5	10,8	10,8	23,1
mit 3 und mehr Kindern	52	34,6	7,7	19,2	11,5	15,4	11,5	26,5
Alleinstehende Frauen	15.041	21,0	10,6	13,6	12,6	14,2	28,0	54,0
Alleinstehende Männer	12.355	31,3	13,7	15,9	12,9	12,3	13,8	31,5
Bedarfsgemeinschaften ohne Haushaltsvorstand	6.203	31,3	14,8	17,2	12,2	10,8	13,8	32,2
Anderweitig nicht erfasste Bedarfsgemeinschaften	2.297	30,2	16,2	19,9	13,1	11,8	8,9	23,2
Bedarfsgemeinschaften insgesamt	64.053	27,4	14,2	17,5	12,8	12,7	15,4	33,9

Daten: Sozialhilfestatistik.

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein; eigene Berechnungen

Tab. 43: Sozialhilfebedarfsgemeinschaften in Schleswig-Holstein 1997 nach der ununterbrochenen Dauer der Hilfestellung

Typ der Bedarfsgemeinschaft	Bedarfsgemeinschaften von Empfänger(innen)										Durchschnittliche ununterbrochene Dauer der Hilfestellung in Monaten	
	Insgesamt mit bekannter Dauer	laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen										
		davon mit einer ununterbrochenen Dauer der Hilfestellung an mindestens ein Mitglied der Bedarfsgemeinschaft										
		von ... bis unter ... Monaten			in Prozent							
	unter 6	6 - 12	12 - 24	24 - 36	36 - 60	60 und mehr	Anzahl					
Ehepaare ohne Kinder	3.731	22,1	13,8	16,9	12,2	14,3	20,7	42,1				
Ehepaare mit Kindern	7.251	26,2	15,5	21,6	13,6	12,0	11,0	26,8				
mit 1 Kind	2.562	28,6	17,9	22,8	12,2	9,4	9,2	24,6				
mit 2 Kindern	2.632	26,4	15,3	21,6	13,8	12,6	10,2	26,0				
mit 3 und mehr Kindern	2.057	22,9	12,7	20,2	15,2	14,7	14,3	30,8				
Nichteheliche Lebensgemeinschaften ohne Kinder	918	25,7	12,9	14,5	10,8	12,0	24,2	44,1				
Nichteheliche Lebensgemeinschaften mit Kindern	1.203	21,3	14,5	21,5	12,1	14,6	16,0	33,7				
mit 1 Kind	724	24,0	15,6	23,1	10,6	12,6	14,1	30,3				
mit 2 Kindern	297	17,2	13,8	20,2	15,5	17,2	16,2	37,0				
mit 3 und mehr Kindern	182	17,0	11,0	17,6	12,1	18,7	23,6	41,6				
Alleinerziehende Frauen	14.635	21,6	13,2	18,0	15,0	14,9	17,1	34,9				
mit 1 Kind	8.248	21,6	13,9	19,1	14,5	14,6	16,1	33,9				
mit 2 Kindern	4.475	21,7	12,5	16,7	15,6	16,2	17,4	35,5				
mit 3 und mehr Kindern	1.912	22,9	11,5	16,6	15,6	12,8	20,6	37,8				
Alleinerziehende Männer	418	28,7	12,9	13,9	15,6	14,1	14,8	31,2				
mit 1 Kind	246	29,7	14,6	12,2	14,2	15,4	13,8	30,3				
mit 2 Kindern	120	26,7	11,7	15,8	17,5	10,0	18,3	32,9				
mit 3 und mehr Kindern	52	28,8	7,7	17,3	17,3	17,3	11,5	31,9				
Alleinstehende Frauen	15.038	20,0	9,9	12,8	11,8	13,6	32,0	62,5				
Alleinstehende Männer	12.355	30,5	13,2	15,6	12,3	12,5	15,8	34,5				
Bedarfsgemeinschaften ohne Haushaltsvorstand	6.203	29,8	14,2	16,7	11,8	11,0	16,4	36,3				
Anderweitig nicht erfasste Bedarfsgemeinschaften	2.296	24,0	13,9	18,8	14,2	13,9	15,2	32,1				
Bedarfsgemeinschaften insgesamt	64.048	24,5	12,8	16,7	13,0	13,3	19,8	40,9				

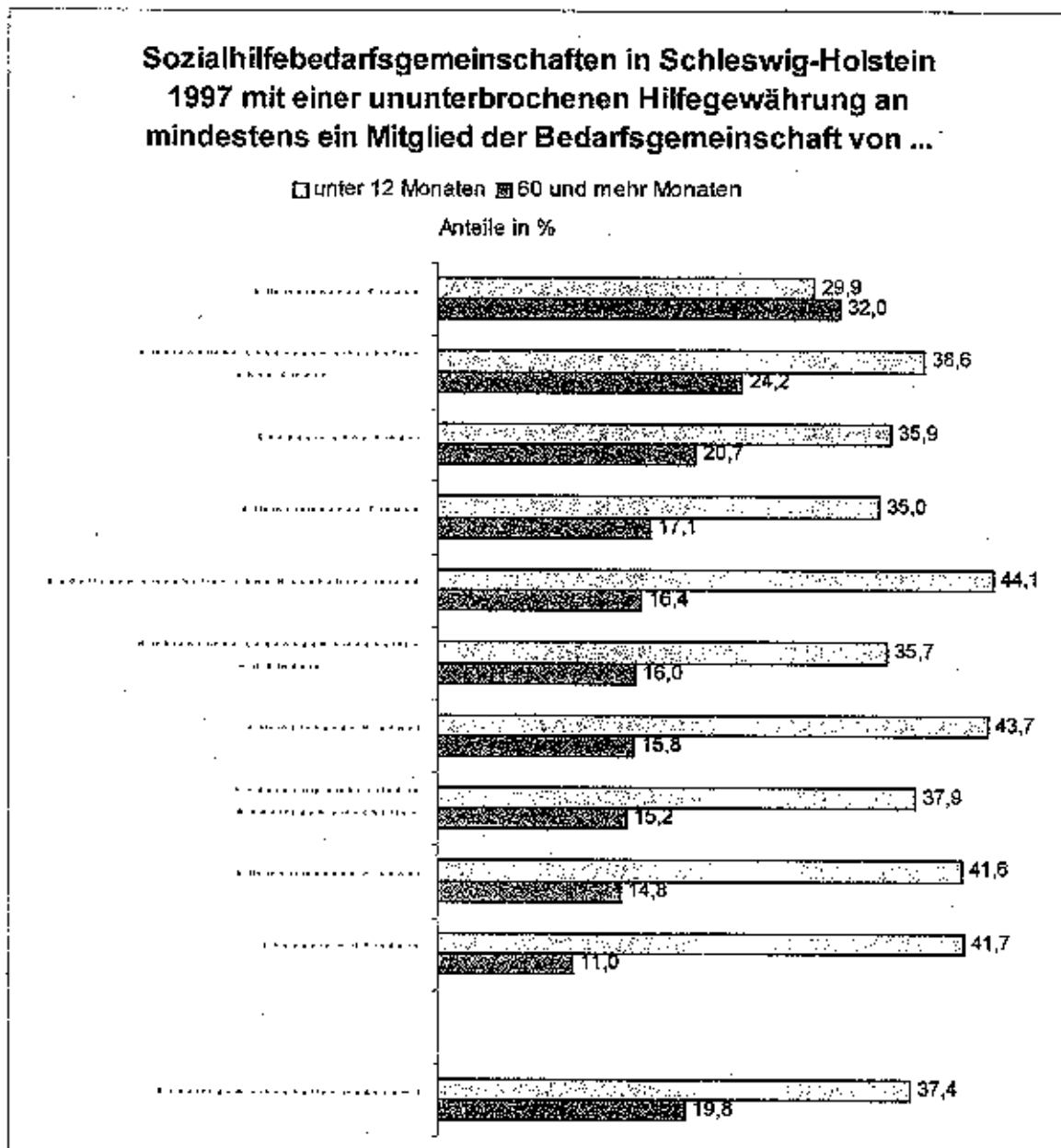
Daten: Sozialhilfestatistik.

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein; eigene Berechnungen

Kurz- und Langzeitbezieher waren in den einzelnen Haushaltstypen sehr unterschiedlich vertreten (vgl. Abb. 32). Beispielsweise dauerte für ein Drittel (35 %) der alleinerziehenden Frauen mit Kindern der letzte ununterbrochene Sozialhilfebezug weniger als 12 Monate an. 17 % der alleinerziehenden Frauen mit Kindern lebten dagegen schon fünf Jahre oder länger von Sozialhilfe.

Alleinstehende Frauen wiesen mit Abstand den höchsten Anteil an ununterbrochenen Langzeitbezieherinnen auf (32 %). Die höchsten Anteile von Kurzzeitbezieher(innen) fanden sich 1997 in der Gruppe der alleinstehenden Männer und in "Bedarfsgemeinschaften ohne Haushaltsvorstand" (Haushaltsteilen).

Abb. 32:

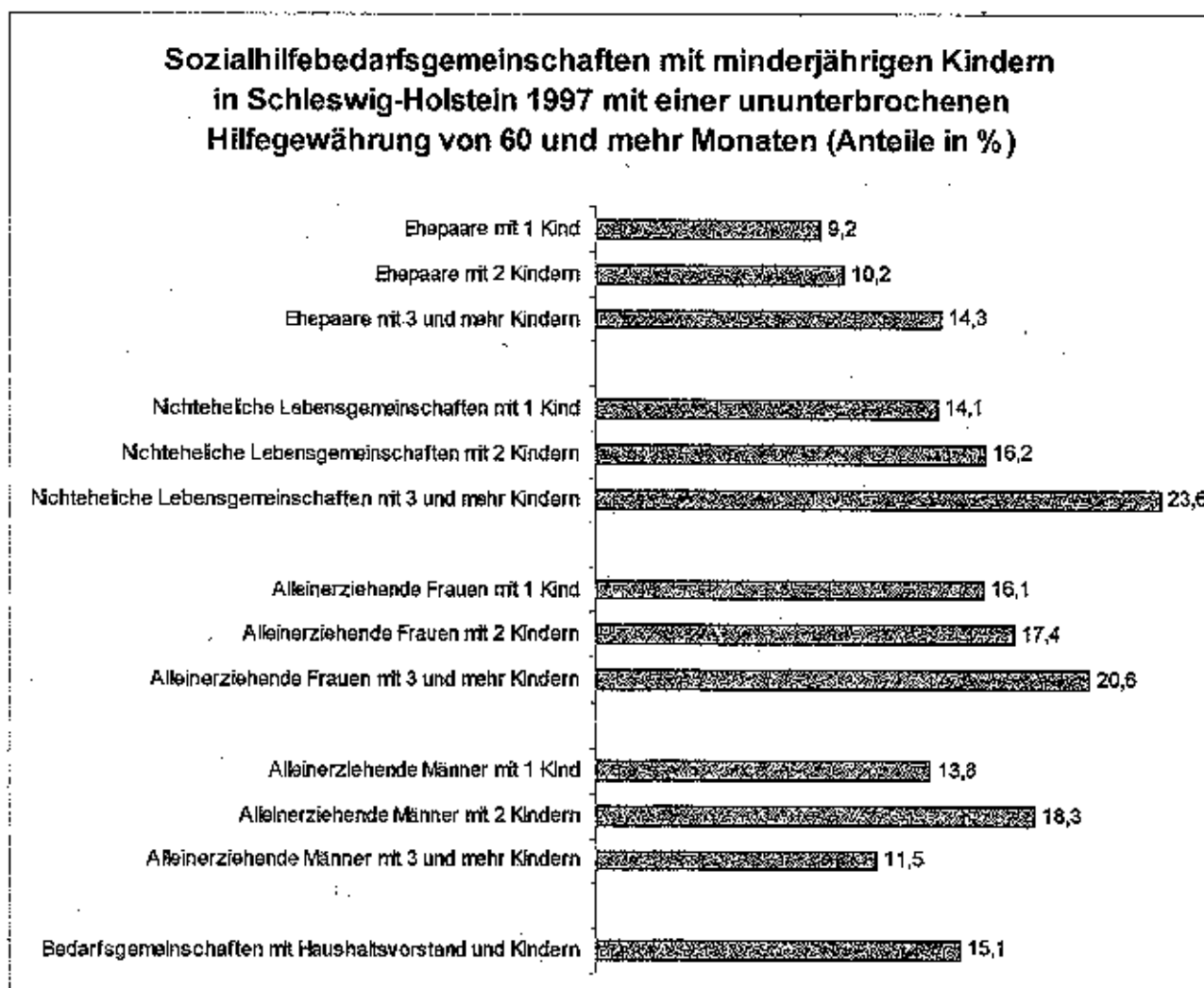


Daten: Sozialhilfestatistik.

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein; eigene Berechnungen.

Der Verbleib von Familien in der Sozialhilfe hing stark von der Kinderzahl ab (vgl. Abb. 33). Insbesondere nichteheliche Lebensgemeinschaften und alleinerziehende Frauen mit drei und mehr Kindern waren zu großen Teilen längere Zeit auf Sozialhilfe angewiesen.

Abb. 33:



Daten: Sozialhilfestatistik.

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein; eigene Berechnungen.

Haushalte mit einem ausländischen Haushaltsvorstand trugen zwar ein sehr viel höheres Sozialhilferisiko als deutsche Haushalte (vgl. Kap. 3.2.3.5), blieben aber weniger lang sozialhilfeabhängig (vgl. Tab. 44). Ein Grund sind die vielen Zuwanderer unter den nichtdeutschen Haushalten, die Sozialhilfe als Überbrückung bis zu einer Arbeitsaufnahme oder bis zum Einsetzen vorrangiger Leistungen benötigen (vgl. Buhr/Leibfried/Leisering 1996).

Tab. 44: Dauer der ununterbrochenen Hilfestellung an deutsche und nichtdeutsche Bedarfsgemeinschaften in Schleswig-Holstein 1997

	Von den Sozialhilfebedarfsgemeinschaften mit			
	deutschem		nichtdeutschem	
	Haushaltsvorstand waren (in %)			
	Kurzzeit- bezieher ¹⁾	Langzeit- bezieher ²⁾	Kurzzeit- bezieher ¹⁾	Langzeit- bezieher ²⁾
Ehepaare ohne Kinder	34,4	22,6	41,1	13,8
Ehepaare mit Kindern	43,9	11,0	37,1	11,0
Nichteheliche Lebensgemeinschaften ohne Kinder	38,1	24,4	46,2	21,2
Nichteheliche Lebensgemeinschaften mit Kindern	36,1	16,5	31,0	3,5
Alleinerziehende Frauen mit Kindern	34,6	17,5	40,0	10,6
Alleinerziehende Männer mit Kindern	41,2	15,4	44,3	11,5
Alleinstehende Frauen	29,2	32,8	42,8	15,1
Alleinstehende Männer	43,2	16,7	48,5	7,6
Bedarfsgemeinschaften ohne Haushaltsvorstand	42,6	17,9	55,7	5,4
Anderweitig nicht erfaßte Bedarfsgemeinschaften	37,7	15,6	39,1	12,5
<i>Bedarfsgemeinschaften insgesamt</i>	<i>36,7</i>	<i>21,0</i>	<i>42,4</i>	<i>10,7</i>

1) mit einer Dauer der ununterbrochenen Hilfestellung von unter 12 Monaten.

2) mit einer Dauer der ununterbrochenen Hilfestellung von 60 und mehr Monaten.

Daten: Sozialhilfestatistik.

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein; eigene Berechnungen.

Vergleich der Bezugsdauern in Schleswig-Holstein und in Westdeutschland

Die Haushalte in Schleswig-Holstein beziehen länger Sozialhilfe als im Durchschnitt der westdeutschen Bundesländer (vgl. Tab. 45). Die durchschnittliche Dauer der ununterbrochenen Hilfestellung an mindestens ein Mitglied der Bedarfsgemeinschaft betrug im Jahr 1996 in Westdeutschland 34,8 Monate, in Schleswig-Holstein 41,7 Monate. Der Anteil der Haushalte von Kurzzeitbezieher(innen) war in Schleswig-Holstein geringer, der Anteil der Haushalte von Langzeitbezieher(innen) entsprechend größer als im westdeutschen Durchschnitt. Insbesondere alleinstehende Frauen sowie Ehepaare und nichteheliche Lebensgemeinschaften ohne Kinder wiesen in Schleswig-Holstein deutlich längere Bezugszeiten auf.

Tab. 45: Dauer der ununterbrochenen Hilfestellung an Bedarfsgemeinschaften in Schleswig-Holstein und im früheren Bundesgebiet 1996

Typ der Bedarfsgemeinschaft	Schleswig-Holstein				Früheres Bundesgebiet			
	Durchschnittliche Dauer der ununterbrochenen Hilfestellung in Monaten	Bedarfsgemeinschaften mit einer ununterbrochenen Hilfestellung von ...		Durchschnittliche Dauer der ununterbrochenen Hilfestellung in Monaten	Bedarfsgemeinschaften mit einer ununterbrochenen Hilfestellung von ...		in Prozent	
		unter 12 Monaten	60 und mehr Monaten		unter 12 Monaten	60 und mehr Monaten		
Ehepaare ohne Kinder	43,2	34,5	20,6	32,6	37,6	15,7		
Ehepaare mit Kindern	26,3	41,8	10,1	23,0	44,1	8,3		
Nichteheleiche Lebensgemeinschaften ohne Kinder	44,5	34,4	21,9	37,5	38,3	18,4		
Nichteheleiche Lebensgemeinschaften mit Kindern	34,1	36,3	14,7	29,6	37,5	12,9		
Alleinerziehende Frauen	35,3	31,6	16,5	30,8	31,0	14,4		
Alleinerziehende Männer	27,1	37,8	10,8	26,7	37,4	11,5		
Alleinstehende Frauen	64,2	27,0	31,4	50,3	29,5	27,8		
Alleinstehende Männer	35,6	40,8	16,7	30,9	42,0	14,9		
Bedarfsgemeinschaften ohne Haushaltsvorstand	37,1	43,0	17,6	33,7	41,9	16,7		
Anderweitig nicht erfaßte Bedarfsgemeinschaften	30,7	39,7	14,3	28,5	38,4	12,4		
Bedarfsgemeinschaften insgesamt	41,7	35,1	19,6	34,8	37,1	17,2		

Daten: Sozialhilfestatistik.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein; eigene Berechnungen.

3.2.5.2 Dauer des Sozialhilfebezugs von Personen

Für die einzelnen Sozialhilfeempfänger(innen) in Schleswig-Holstein ergab sich 1997 folgendes Bild:

Die bisherige Dauer der Hilfgewährung, das heißt die letzte abgeschlossene oder noch andauernde Zahlung währte durchschnittlich 28,7 Monate. Rund 44 % der Hilfeempfänger(innen) hatten weniger als ein Jahr Sozialhilfe bekommen, 12 % fünf Jahre und länger.

Tabelle 46 und Abbildung 34 informieren über die Dauer des Sozialhilfebezugs nach Altersgruppen und Geschlecht. Sie zeigen, daß

- Kinder und Jugendliche überwiegend zu den Bezieher(innen) mit mittleren Bezugszeiten gehörten,
- aber bereits jedes fünfte sozialhilfebeziehende Kind unter 18 Jahren und jedes zehnte unter 7 Jahren für drei oder mehr Jahre auf Sozialhilfeniveau leben mußte,
- junge Erwachsene im Alter von 18 bis unter 25 Jahren am wenigsten lange Sozialhilfe erhielten und mit steigendem Alter die Dauer des Sozialhilfebezugs zunahm,
- erwachsene Frauen länger Sozialhilfe bezogen als Männer,
- fast die Hälfte (48 %) der Frauen über 65 Jahre wenigstens fünf Jahre lang Sozialhilfeleistungen bekamen, während nur ein Drittel (35,2 %) der Männer dieser Altersgruppe Langzeitbezieher waren.

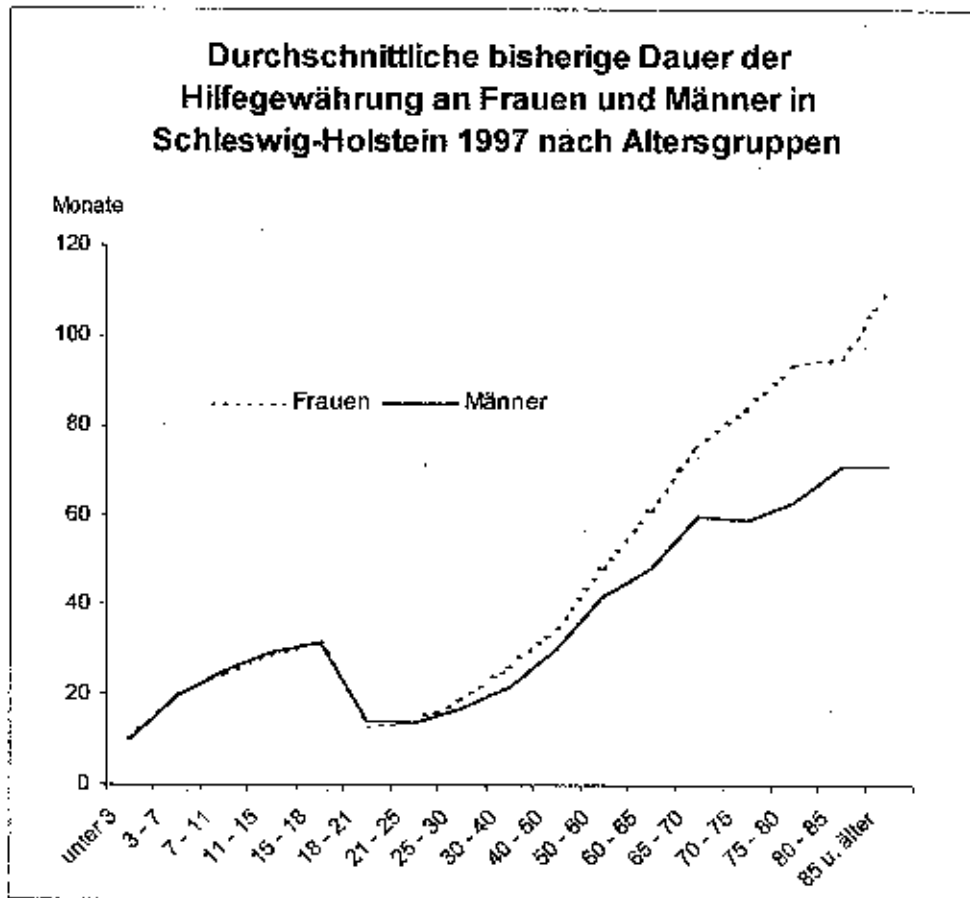
Tab. 46: Sozialhilfeempfänger(innen) in Schleswig-Holstein 1997 nach Alter, Geschlecht und der bisherigen Dauer der Hilfgewährung

Alter von ... bis unter ... Jahren	Empfänger(innen) laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen						
	Insgesamt	davon mit einer bisherigen Dauer der Hilfgewährung von ... bis unter ... Monaten (in %)					
		unter 6	6 – 12	12 – 24	24 – 36	36 – 60	60 u. mehr
Empfänger(innen) insgesamt							
unter 18	47.062	27,0	16,5	20,9	13,3	12,0	8,1
18 – 30	21.607	38,3	19,2	21,0	10,5	7,4	3,5
30 – 40	22.677	29,1	15,4	19,9	13,5	12,4	9,7
40 – 50	13.160	26,0	13,7	17,2	13,3	15,0	14,8
50 – 65	12.974	17,7	11,0	14,6	14,4	16,8	25,4
65 u. älter	6.300	10,5	6,7	10,1	12,1	15,6	45,1
Zusammen	123.780	28,3	15,4	19,1	12,9	12,3	12,0
Frauen							
unter 18	22.921	29,3	16,6	20,9	13,3	11,7	8,2
18 – 30	13.451	36,5	19,2	21,8	10,9	8,1	3,4
30 – 40	14.394	26,3	15,1	20,0	14,0	13,8	11,0
40 – 50	7.182	24,3	13,3	16,5	13,6	15,7	16,7
50 – 65	7.133	16,5	10,2	14,1	14,2	16,6	28,3
65 u. älter	4.834	9,6	5,8	9,3	11,9	15,3	48,1
Zusammen	69.915	26,9	15,0	18,9	13,0	12,6	13,5
Männer							
unter 18	24.141	29,2	16,5	20,9	13,3	12,2	8,0
18 – 30	8.156	41,4	19,2	19,6	9,9	6,2	3,6
30 – 40	8.283	34,0	16,1	19,7	12,6	10,0	7,5
40 – 50	5.978	28,0	14,2	18,1	13,0	14,1	12,5
50 – 65	5.841	19,1	12,0	15,2	14,7	17,1	21,9
65 u. älter	1.466	13,3	9,4	12,8	12,9	16,4	35,2
Zusammen	53.865	30,1	15,9	19,4	12,8	11,8	10,0
Kinder und Jugendliche							
unter 7	20.817	34,2	19,7	23,2	12,3	8,5	2,1
7 – 15	20.576	25,5	14,1	19,5	14,2	14,7	12,1
15 – 18	5.889	24,7	13,7	17,6	13,5	15,2	15,3

Daten: Sozialhilfestatistik.

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein; eigene Berechnungen.

Abb. 34:



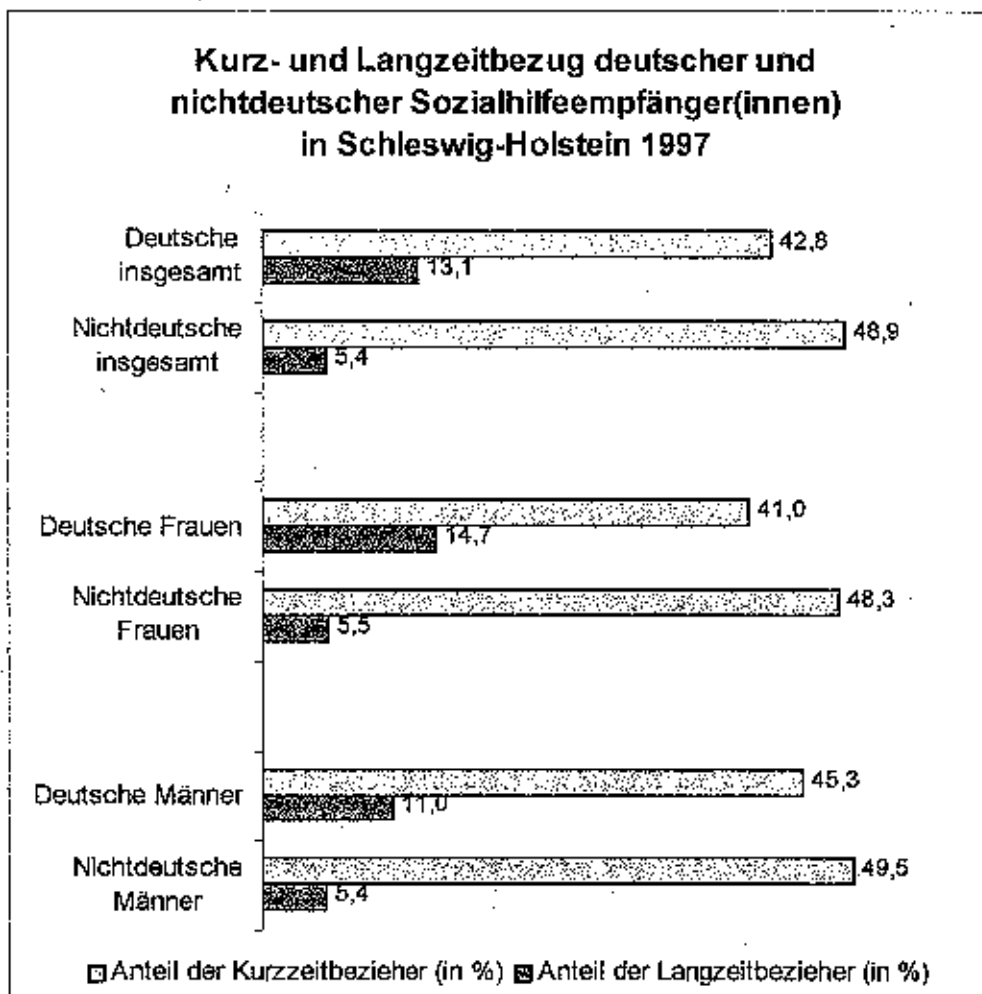
Daten: Sozialhilfestatistik.

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein.

Nichtdeutsche Hilfeempfänger(innen) waren wiederum weniger lang sozialhilfebedürftig als deutsche Hilfeempfänger(innen) (vgl. Abb. 35).

Die Dauer des Sozialhilfebezugs war auch eine Frage der Bildung: Mit steigendem Bildungsniveau nahm der Anteil der Langzeitbezieher(innen) an den Hilfeempfänger(innen) im erwerbsfähigen Alter ab (vgl. Abb. 36). Dies kann darauf zurückgeführt werden, daß höher Qualifizierte größere Chancen haben, die Sozialhilfe durch eine Erwerbstätigkeit auf Dauer zu verlassen (vgl. Gangl 1998).

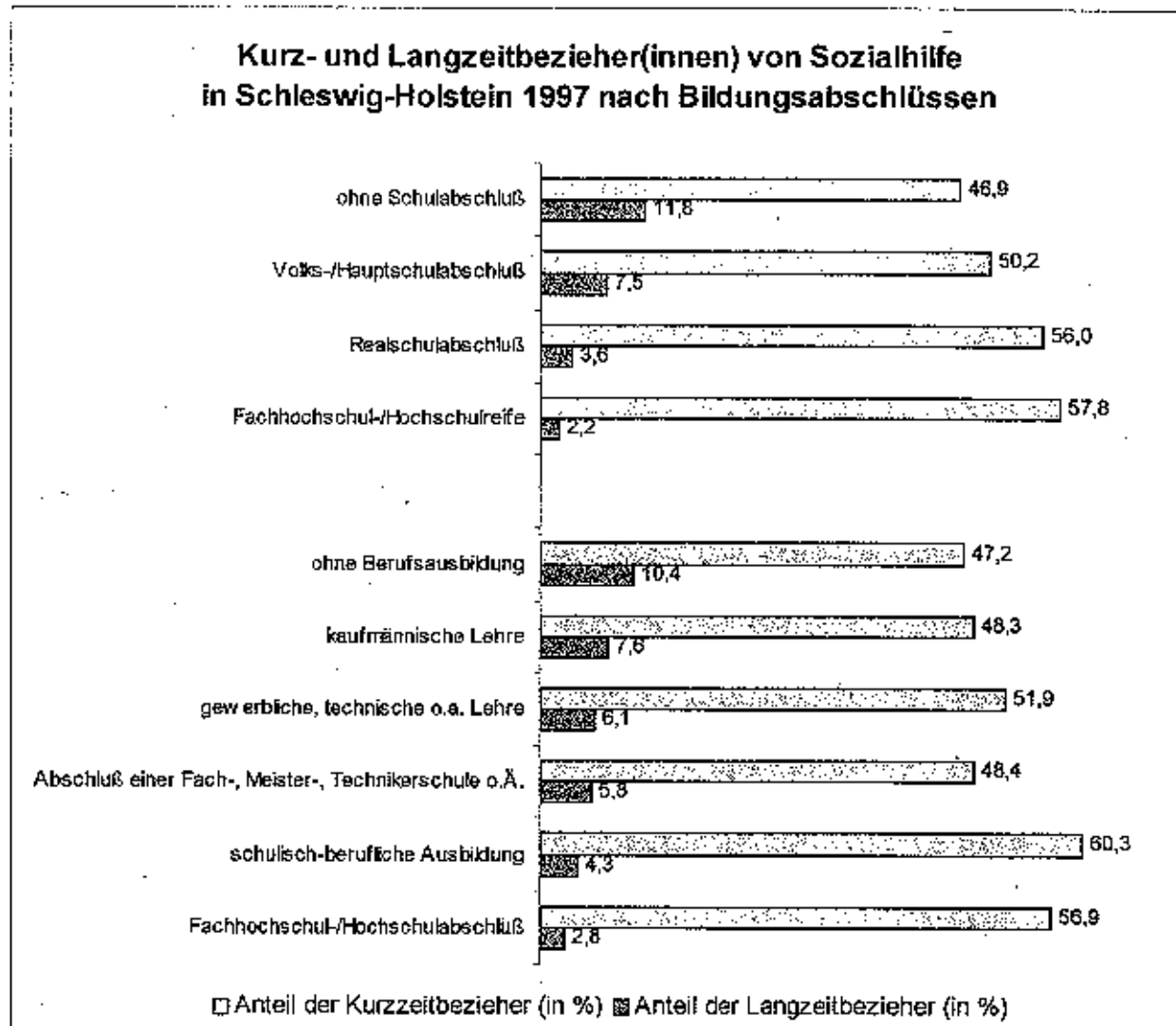
Abb. 35:



Daten: Sozialhilfestatistik

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein; eigene Berechnungen.

Abb. 36:



Daten: Sozialhilfestatistik.

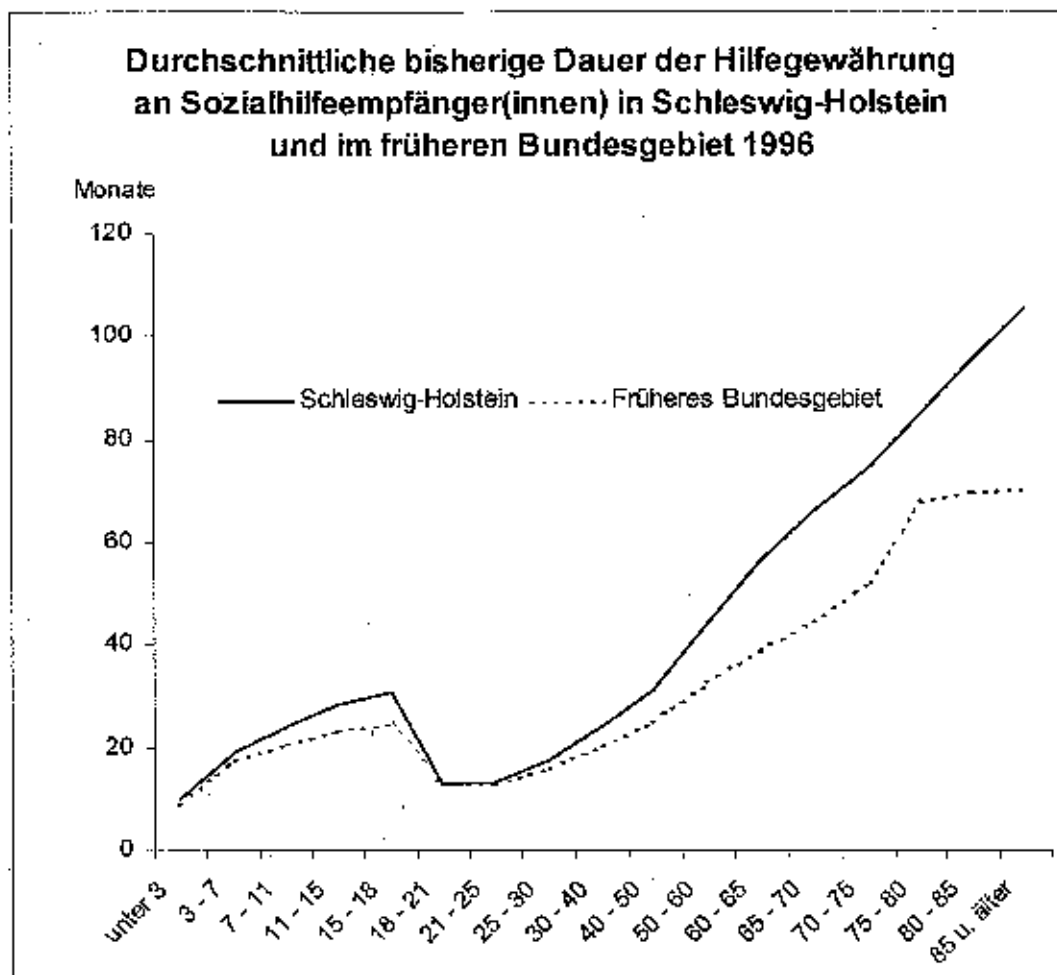
Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein; eigene Berechnungen.

Vergleich der Bezugsdauern in Schleswig-Holstein und in Westdeutschland

Wie die Bedarfsgemeinschaften (vgl. Kap. 3.2.5.1), so beziehen auch die Einzelpersonen in Schleswig-Holstein länger Sozialhilfe als die Empfänger(innen) im Schnitt der übrigen westdeutschen Bundesländer. Im Schleswig-Holstein lag Ende 1996 die durchschnittliche bisherige Bezugsdauer bei 27,8 Monaten, im früheren Bundesgebiet bei 23,1 Monaten. 43,8 % der Hilfeempfänger(innen) in Schleswig-Holstein gegenüber 48,4 % der Hilfeempfänger(innen) in Westdeutschland hatten weniger als ein Jahr Sozialhilfe erhalten. 10,7 % gegenüber 8,5 % standen mindestens fünf Jahre im Bezug.

Abbildung 37 zeigt, daß vor allem ältere Menschen in Schleswig-Holstein länger auf Sozialhilfe angewiesen waren als im Durchschnitt des früheren Bundesgebiets. Dies galt für ältere Frauen und ältere Männer gleichermaßen.

Abb. 37



Daten: Sozialhilfestatistik.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein.

3.2.6 Regionale Unterschiede des Sozialhilfebezugs in Schleswig-Holstein

Die Inanspruchnahme der Sozialhilfe in Deutschland weist große regionale Unterschiede auf (vgl. Bauereiss/Bayer/Bien 1997, S. 66ff.). In der öffentlichen Wahrnehmung erscheinen Armut und soziale Ausgrenzung vorrangig als Problem der großen Städte. Hier massieren sich soziale Problemlagen, hier treten die Gegensätze von arm und reich besonders krass hervor. Die Armutskonzentration in den Städten sollte jedoch nicht darüber hinweg täuschen, daß ein wachsender Teil der armen Bevölkerung in eher kleinstädtisch und ländlich geprägten Zusammenhängen lebt. Die Umstrukturierung ländlicher Lebensräume durch Suburbanisierungsprozesse und veränderte Muster regionaler Arbeitsteilung führt gerade in Flächenländern wie Schleswig-Holstein zur regionalen Verlagerung der Armut (vgl. Chassé 1996).

In diesem Kapitel werden die wichtigsten Ergebnisse der regionalen Analyse des Sozialhilfebezugs in Schleswig-Holstein dargestellt. Im Anhang (vgl. 7.2) sind weitergehende Tabellen und Übersichten dazu dokumentiert.

3.2.6.1 Ausmaß des Sozialhilfebezugs

Die Kreise und kreisfreien Städte Schleswig-Holsteins verzeichneten zwischen 1980 und 1997 unterschiedlich hohe Zunahmen der Zahl der Sozialhilfeempfänger(innen). Auch die Sozialhilfequoten sind in unterschiedlichem Maße angestiegen (vgl. Abb. 38 und Abb. 39). Insgesamt sind drei sozialräumliche Entwicklungsmuster erkennbar:

Abbau traditioneller Gegensätze zwischen Städten und Landkreisen

Die Kreise, die 1980 niedrige Sozialhilfequoten aufwiesen, hatten in der Regel besonders starke *relative* Anstiege der Sozialhilfequote zu verzeichnen (z.B. Dithmarschen und Nordfriesland)³⁰ (vgl. Abb. 38 und Abb. 39). Umgekehrt verzeichneten die Kreise und Städte, die bereits 1980 hohe Sozialhilfequoten hatten, unterdurchschnittlich starke Zunahmen (z.B. Flensburg und Steinburg).

Diese gegenläufigen Entwicklungen vollzogen sich tendenziell als Abbau der traditionellen Stadt-Land-Gegensätze. Der relative Anstieg des Sozialhilfebezugs in den Landkreisen war deutlich höher als der in den kreisfreien Städten. Allerdings ging die Zunahme von einem deutlich niedrigeren absoluten Niveau aus.

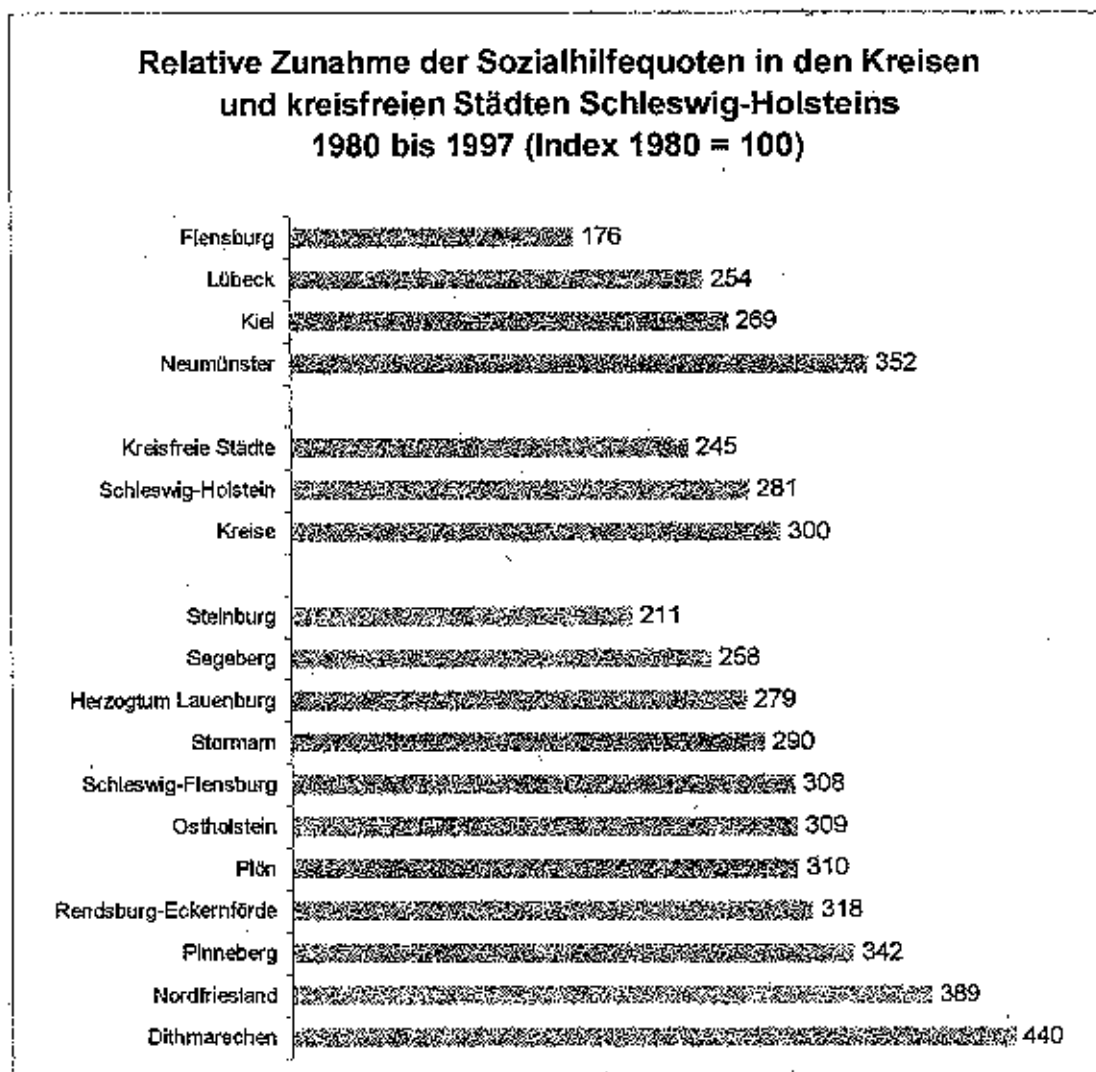
- Die Zahl der Sozialhilfeempfänger(innen) stieg zwischen 1980 und 1997 in den Kreisen im Schnitt um 232 %, in den Städten nur um 143 %.
- Die Sozialhilfequote stieg in den Kreisen im Mittel um 200 %, in den Städten nur um 145 %.

³⁰ Ähnliches gilt für die Stadt Neumünster, deren Sozialhilfequote 1980 zwar über dem Landesdurchschnitt, aber unter dem Durchschnitt der kreisfreien Städte lag. Neumünster hatte zwischen 1980 und 1993 eine besonders hohe Zunahme der Sozialhilfequote zu verzeichnen – hier war eine Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber lokalisiert. Durch die Einführung des Asylbewerberleistungsgesetzes fiel die Sozialhilfequote von 9,2% (1993) auf 5,5% (1994). Seitdem verläuft die Entwicklung etwa im Landesdurchschnitt.

- Während 1980 erst gut die Hälfte der Sozialhilfeempfänger(innen) in den Landkreisen lebte (54 %), waren es 1997 bereits 61,5 %.

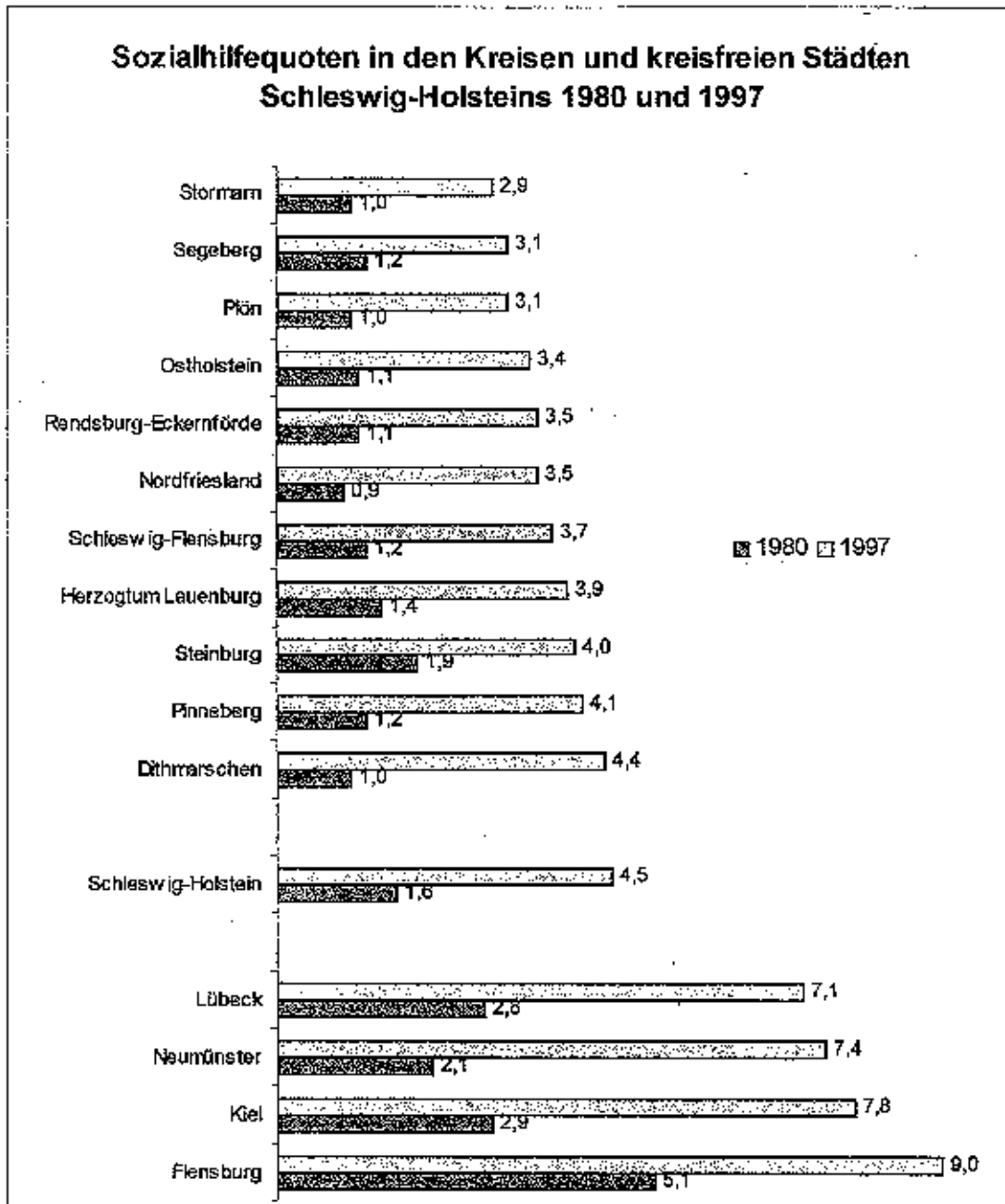
Die wachsende Sozialhilfebedürftigkeit in den Landkreisen beruht unter anderem auf Strukturveränderungen der Sozialhilfe: Das Sozialhilferisiko von Familien und Kindern hat sich deutlich erhöht. Diese ziehen wegen der hohen Lebenshaltungs- und Mietkosten immer häufiger in das Umland der Städte. Auch die wachsende Zahl der häufig sozialhilfeabhängigen Zuwanderer, die dezentral untergebracht werden, trägt zu der Verlagerung der Sozialhilfe in die Kreise bei.

Abb. 38:



Daten: Sozialhilfestatistik; Statistik der Fortschreibung des Bevölkerungsstandes.
Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein; eigene Berechnungen.

Abb. 39:



Daten: Sozialhilfestatistik; Statistik der Fortschreibung des Bevölkerungsstandes.
Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein; eigene Berechnungen.

Anhaltende Niveauunterschiede zwischen Stadt und Land

Trotz alledem gibt es nach wie vor große Niveauunterschiede zwischen Stadt und Land. Der Sozialhilfebezug ist immer noch in hohem Maße in den kreisfreien Städten und dort in bestimmten Stadtteilen und Wohnvierteln konzentriert. Auch innerhalb der Landkreise findet sich Sozialhilfebedürftigkeit eher in den Städten (vgl. z.B. die Sozialraumanalysen für Dithmarschen (ISS 1997) und Plön (Kreis Plön 1997)).

1997 war in den kreisfreien Städten durchschnittlich jede(r) 13. Einwohner(in) auf Sozialhilfe angewiesen (7,6 %), in den Landkreisen nur jede(r) 28. (3,6 %). In der Stadt Flensburg, deren Bevölkerung besonders stark von Arbeitslosigkeit betroffen ist, fanden sich die höchsten Bevölkerungsanteile von Sozialhilfeempfänger(innen) (vgl. Abb. 39).

Die räumliche Konzentration von Armut in den Städten hat mehrere Gründe:

Erstens enthalten die Lebensbedingungen der Stadt spezifische Armutsrisiken, die in ländlichen Gegenden weniger gehäuft auftreten (vgl. u.a. Dangschat 1996a). So sind Städter überproportional von Arbeitslosigkeit betroffen. Nicht nur der Abbau von Arbeitsplätzen, auch die Nachfrage nach Arbeit (durch Einpendler, Zuwanderer und die wachsende Erwerbsbeteiligung von Frauen) konzentriert sich in den Städten. Daher sind auch die Anteile arbeitsloser Hilfeempfänger in den Städten höher als auf dem Land (vgl. Kap. 3.2.6.3). Zudem ist in den größeren Städten nur wenig preiswerter Wohnraum zu finden.

Zweitens finden sich in Stadt und Land unterschiedliche soziodemographische Strukturen. In den Städten leben mehr junge männliche und mehr ältere weibliche Alleinstehende, zwei Gruppen, die überproportional hohe Armutsrisiken aufweisen. Diese Gruppierungen sind in Schleswig-Holstein überdurchschnittlich häufig vertreten (vgl. Hradil/Müller 1993; Bauereiss/Bayer/Bien 1997). Daraus resultiert eine gewisse Ballung der Armut in den Städten Schleswig-Holsteins.

Drittens führen Mentalitätsunterschiede zur Konzentration von Sozialhilfebedürftigkeit in der Stadt. Im ländlichen Raum ist Armut stärker tabuisiert. Materielle Not wird in der dörflichen Lebenswelt häufig ausgeblendet. Es herrscht die Norm, Probleme mit individueller und familiärer Hilfe zu bewältigen (Chassé 1996).

Neues Regionalgefälle zwischen den Landkreisen

Die Abbildungen 38 und 39 machen deutlich, daß sich auch zwischen den Landkreisen Verlagerungen der Sozialhilfebedürftigkeit ergeben haben.

Auf der einen Seite hatten die Kreise Stormarn, Segeberg und Plön einen vergleichsweise moderaten Anstieg der Sozialhilfebedürftigkeit zu verzeichnen.³¹ Sie wiesen 1997 die landesweit geringsten Sozialhilfequoten auf. Diese Kreise liegen im zentralen Wirtschaftsraum zwischen Hamburg und Kiel und können von Suburbanisierungsprozessen profitieren.

Auf der anderen Seite gibt es "soziale Verlierer" unter den Landkreisen. Besonders in Pinneberg, Nordfriesland und Dithmarschen hat das Ausmaß der Sozialhilfebedürftigkeit vergleichsweise stark zugenommen. Bei den Regionen an der Westküste handelt es sich um eher strukturschwache Regionen, die seit längerem Beschäftigungsverluste hinnehmen müssen.

³¹ Seit 1994 sind allerdings in Stormarn und Segeberg überproportionale Anstiege der Arbeitslosigkeit und des Sozialhilfebezugs zu beobachten. Es wäre aber zu früh, daraus eine Trendwende des sozialräumlichen Wandels abzuleiten.

3.2.6.2 Soziale Struktur des Sozialhilfebezugs

Regionale Unterschiede in den Haushalts- und Familienformen der Sozialhilfeempfänger(innen)

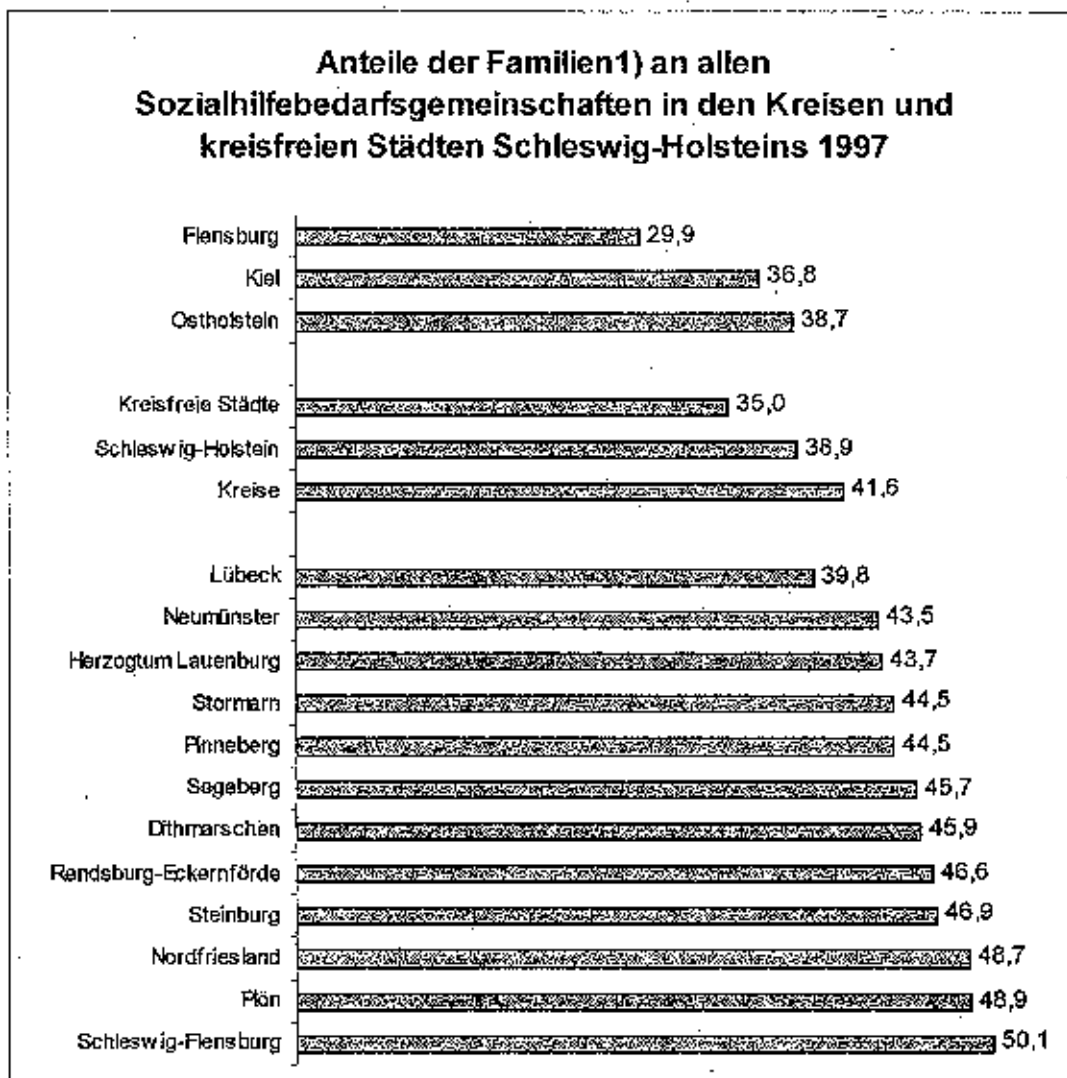
In den Landkreisen fanden sich 1997 mehr Familien unter den Sozialhilfebedarfsgemeinschaften als in den kreisfreien Städten (vgl. Abb. 40). Ausnahmen bildeten die Stadt Neumünster, in der ebenfalls viele Familien Sozialhilfe bezogen, und der Kreis Ostholstein, in dem Familien einen unterdurchschnittlichen Anteil an den Sozialhilfehaushalten stellten.³²

Der Anteil alleinerziehender Mütter mit Kindern war besonders hoch in den Kreisen Nordfriesland (27,0 % der Bedarfsgemeinschaften), Steinburg (26,9 %), Schleswig-Flensburg (26,3 %) und Plön (25,5 %) (Landesdurchschnitt 22,8 %).

³²

In Ostholstein lebten viele alleinstehende, meist ältere Frauen von Sozialhilfe.

Abb. 40:



1) Bedarfsgemeinschaften von Empfänger(innen) laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen mit Kindern unter 18 Jahren (ohne anderweitig nicht erfasste Bedarfsgemeinschaften).

Daten: Sozialhilfestatistik.

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein; eigene Berechnungen.

In Kiel, Lübeck und besonders in Flensburg wurde das Bild der Sozialhilfehaushalte vor allem durch Alleinstehende geprägt.

Die Anteile der verschiedenen Haushaltstypen in der Sozialhilfe lassen keine Rückschlüsse auf die jeweiligen Sozialhilferisiken zu. Hierzu würden Vergleichswerte zu den regionalen Familienstrukturen benötigt.

Tab. 47: Sozialhilfequoten ausgewählter Bevölkerungsgruppen in den Kreisen und kreisfreien Städten Schleswig-Holsteins 1997

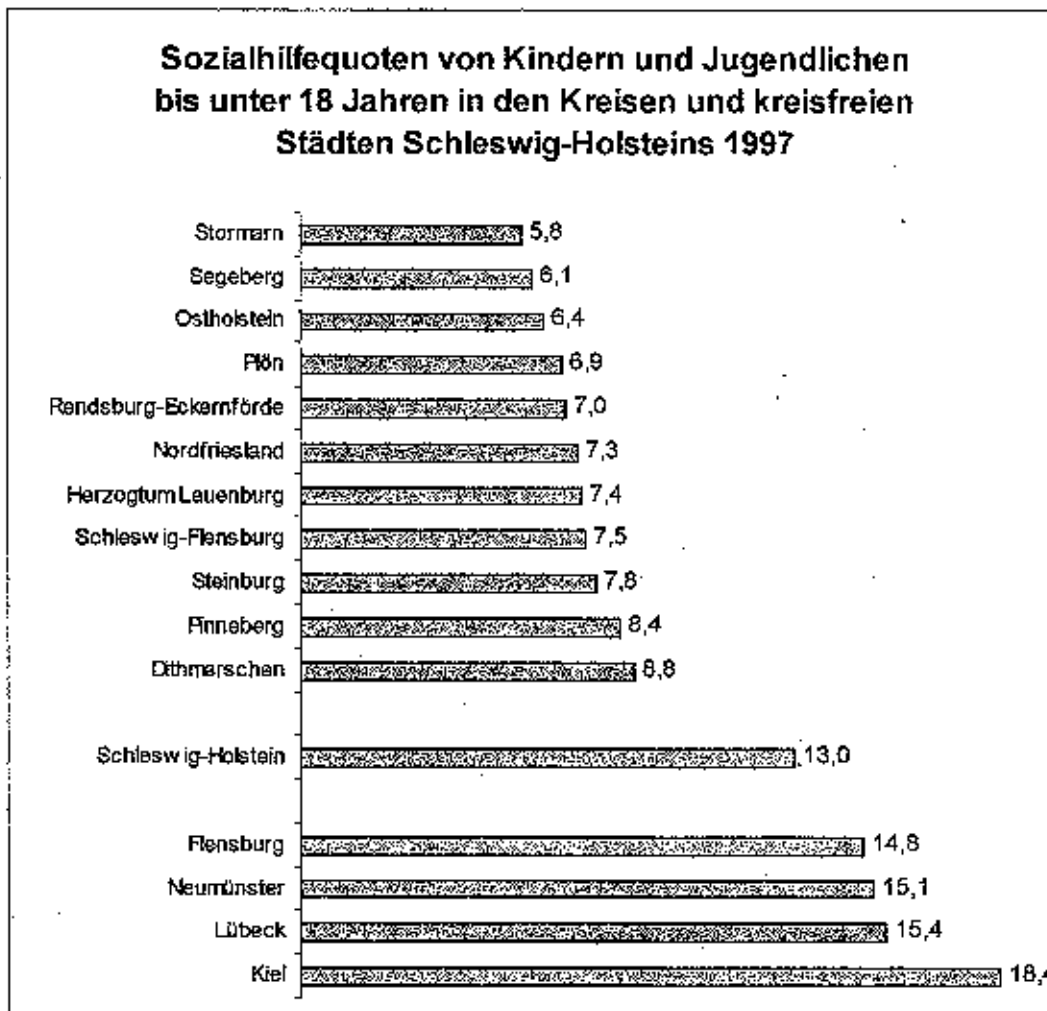
	Von je 100 Einwohnern bezogen am Jahresende 1997 laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen										
	Insgesamt	Frauen	Männer	Deutsche	Nicht-deutsche	Personen im Alter von ... bis unter ... Jahren					65 u. älter
						unter 18	18 – 25	25 – 50	50 – 65	65 u. älter	
Flensburg	9,0	9,7	8,1	8,2	17,2	14,8	11,8	10,1	5,5	2,9	
Kiel	7,8	8,4	7,1	7,0	16,4	18,4	7,3	7,3	5,0	2,1	
Lübeck	7,1	7,5	6,6	6,2	15,9	15,4	8,2	7,3	4,4	2,0	
Neumünster	7,4	8,0	6,6	6,5	18,5	15,1	9,4	7,2	4,2	1,7	
Dithmarschen	4,4	4,8	3,9	4,1	15,2	8,8	5,8	4,4	1,8	1,2	
Herzogtum Lauenburg	3,9	4,3	3,4	3,3	13,7	7,4	5,5	3,8	2,1	1,3	
Nordfriesland	3,5	3,9	3,1	3,3	9,1	7,3	3,7	3,4	1,6	1,2	
Ostholstein	3,4	3,8	2,9	3,2	7,8	6,4	4,5	3,8	1,7	1,1	
Pinneberg	4,1	4,4	3,7	3,4	12,2	8,4	5,2	4,0	2,0	1,3	
Plön	3,1	3,6	2,6	2,9	11,7	6,9	3,3	3,0	1,4	1,1	
Rendsburg-Eckernförde	3,5	3,9	3,1	3,3	9,8	7,0	4,1	3,4	1,7	1,2	
Schleswig-Flensburg	3,7	4,2	3,2	3,6	8,6	7,5	4,5	3,5	1,6	1,2	
Segeberg	3,1	3,4	2,7	2,7	9,4	6,1	4,0	2,9	1,6	1,2	
Steinburg	4,0	4,5	3,5	3,9	6,6	7,8	5,2	3,9	2,0	1,4	
Stormarn	2,9	3,2	2,5	2,6	9,4	5,8	3,6	2,9	1,2	1,1	
Schleswig-Holstein	4,5	5,0	4,0	4,0	12,7	9,0	5,5	5,6	2,3	1,4	

Daten: Sozialhilfestatistik; Statistik der Fortschreibung des Bevölkerungsstandes.
Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein; eigene Berechnungen.

Regionale Unterschiede in der Sozialhilfebedürftigkeit einzelner Gruppierungen (vgl. Tab. 47)

Die Einwohner der kreisfreien Städte wiesen über alle Altersgruppen hinweg ein höheres Sozialhilferisiko auf als die Einwohner der Landkreise. Besonders die Armut von *Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen (18 - 25 Jahre)* ist ein Problem der Städte. Die Sozialhilfequote für Minderjährige erreichte 1997 den höchsten Wert in Kiel (18,4 %) (vgl. Abb. 41). Die niedrigsten Werte waren in Stormarn (5,8 %) und Segeberg (6,1 %) zu beobachten. Die Stadt Flensburg nahm eine Sonderstellung ein: Die Sozialhilfequote der Kinder war geringer als in den anderen Städten, alle anderen Altersgruppen waren jedoch in stärkerem Maße sozialhilfeabhängig (vgl. Tab. 47). Die hohe Sozialhilfequote der 25- bis 50-Jährigen (10,1 % im Vergleich zu 5,6 % im Landesdurchschnitt) verweist auf die besonderen Arbeitsmarktprobleme in Flensburg.

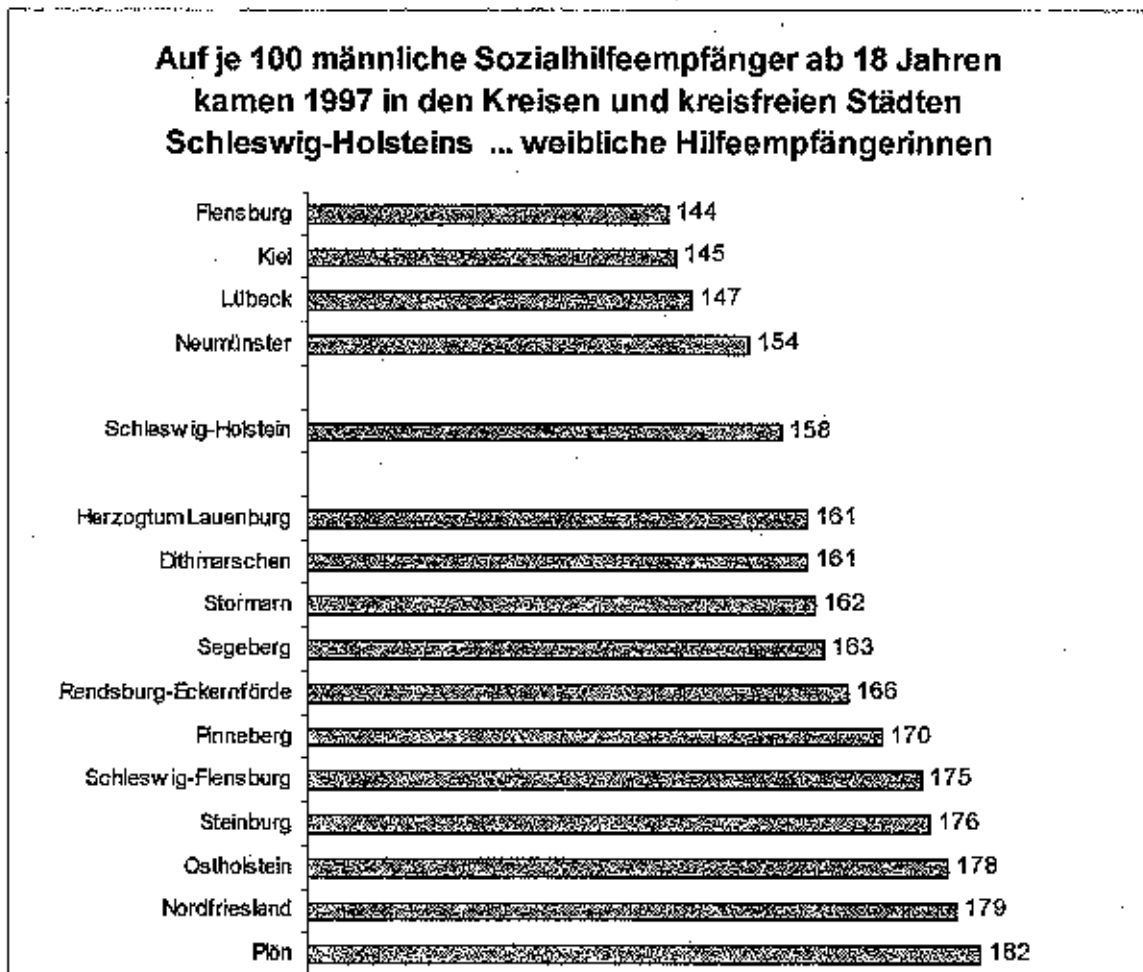
Abb. 41:



Daten: Sozialhilfestatistik; Statistik der Fortschreibung des Bevölkerungsstandes.
Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein; eigene Berechnungen.

In allen Regionen waren *Frauen häufiger als Männer* auf Sozialhilfe angewiesen (vgl. Abb. 42). In den kreisfreien Städten war die Geschlechterdifferenz jedoch schwächer ausgeprägt als auf dem Lande. Ein Grund ist, daß Frauen in den Städten bessere Erwerbsmöglichkeiten finden. Die Sozialhilfequote der Frauen betrug 1997 im Verhältnis zu der der Männer z.B. in Plön 138,5 % und in Lübeck nur 113,6 % (vgl. Abb. 43). Im Landesdurchschnitt lag dieser "Geschlechterquotient" bei 125 %. Das bedeutet, daß das Sozialhilferisiko von Frauen um 25 % größer war als das der Männer.

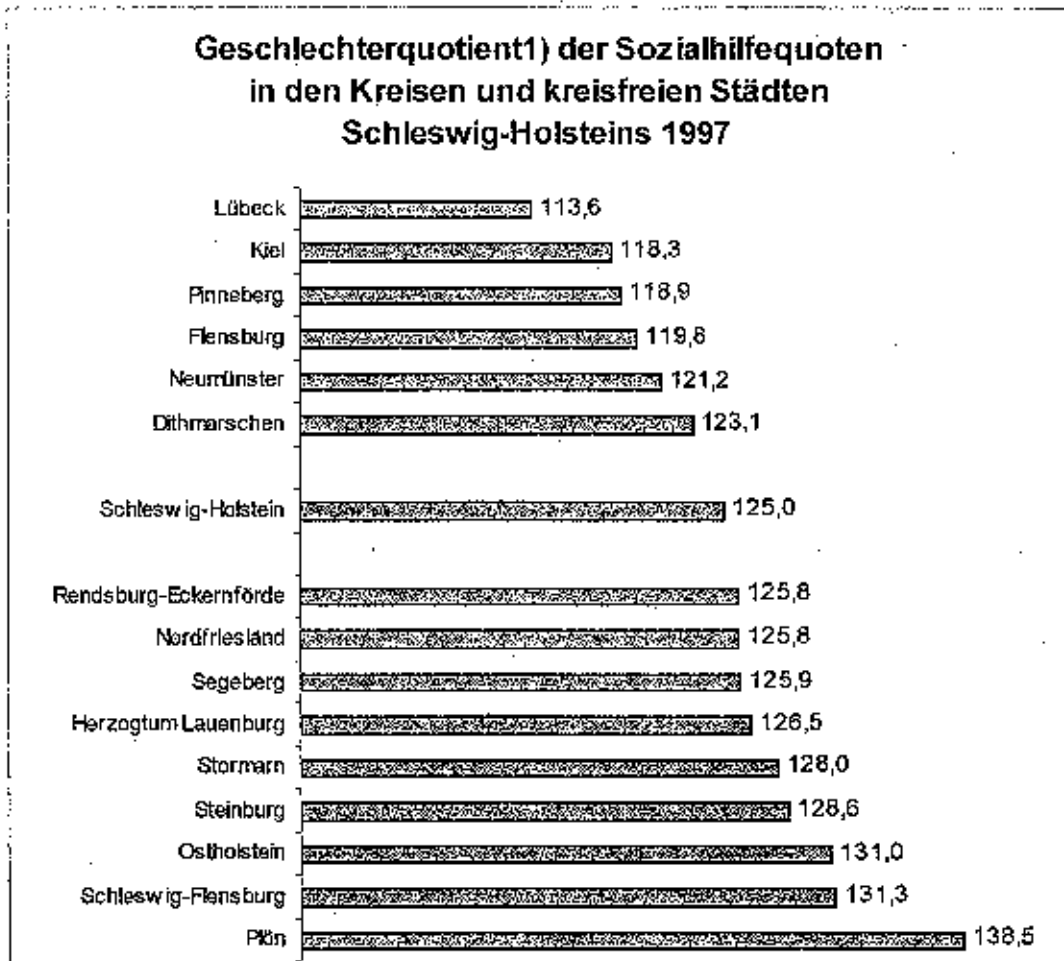
Abb. 42:



Daten: Sozialhilfestatistik.

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein; eigene Berechnungen.

Abb. 43:



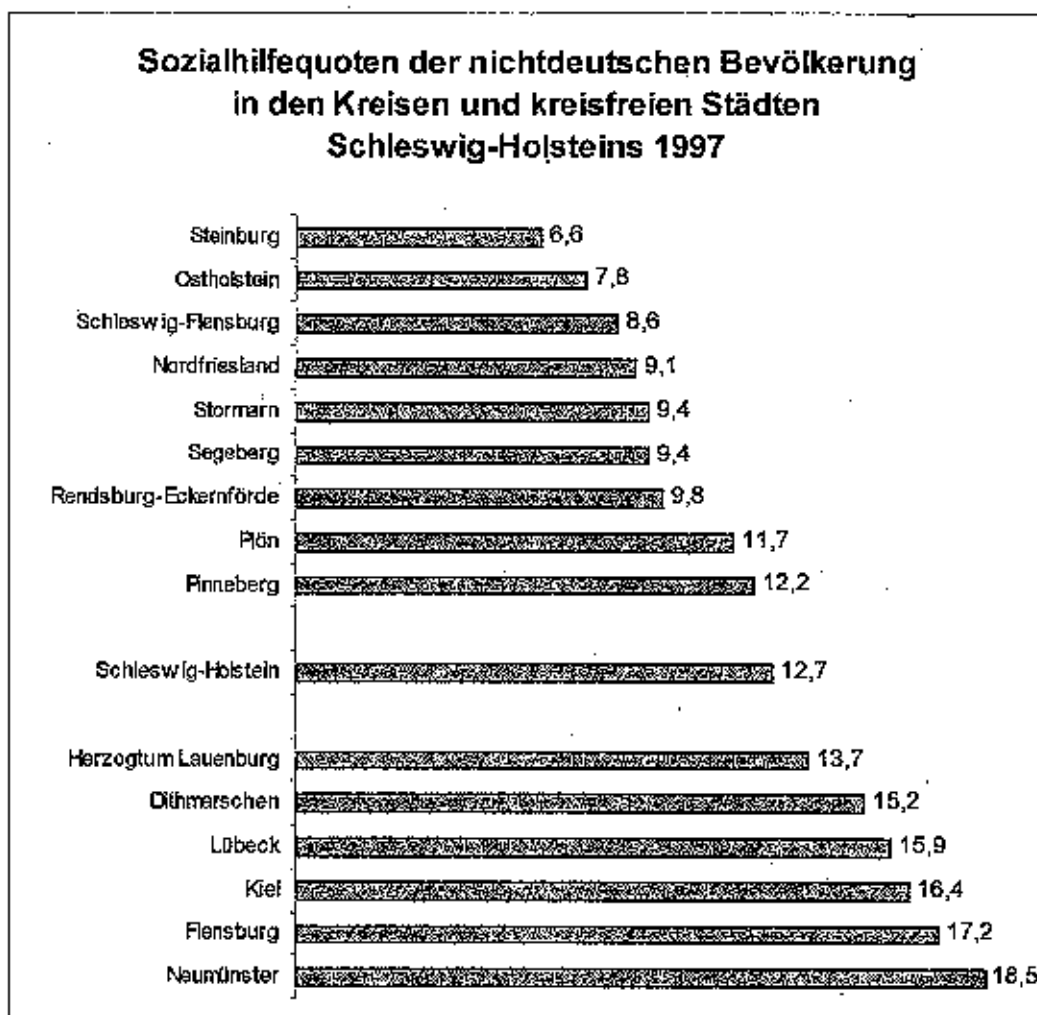
1) Sozialhilfequote der Frauen*100/Sozialhilfequote der Männer.

Daten: Sozialhilfestatistik; Statistik der Fortschreibung des Bevölkerungsstandes.
Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, eigene Berechnungen.

In allen Regionen waren *Ausländer* häufiger als Deutsche auf Sozialhilfe angewiesen. Das Ausmaß ihrer Sozialhilfebedürftigkeit weist allerdings große regionale Unterschiede auf (vgl. Abb. 44). Die kreisfreien Städte verzeichneten 1997 die höchsten Sozialhilfequoten für die nichtdeutsche Bevölkerung. Hohe Raten der Sozialhilfeabhängigkeit waren sowohl in Regionen zu finden, in denen viele Ausländer lebten (wie in den kreisfreien Städten), als auch in Regionen, in denen nur wenige Ausländer leben (wie z.B. in Dithmarschen). Hingegen verzeichneten Steinburg und Ostholstein landesweit die niedrigsten Sozialhilfequoten für die ausländische Bevölkerung.

Im Verhältnis zum Sozialhilferisiko der deutschen Bevölkerung hatten Ausländer im Hamburger Umland sowie in Dithmarschen und Plön ein besonders hohes Sozialhilferisiko zu tragen (vgl. Abb. 45). Dort war es dreieinhalb bis vier mal höher als das der Deutschen.

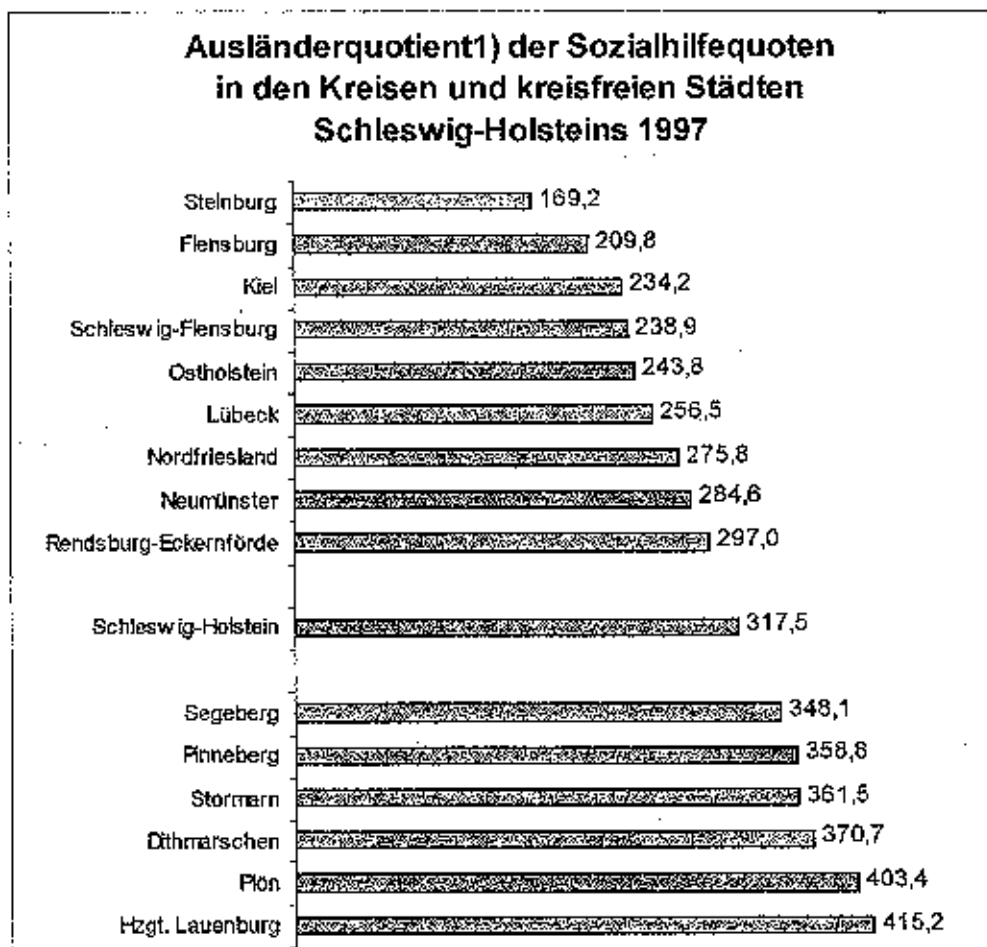
Abb. 44:



Die Sozialhilfequoten der nichtdeutschen Bevölkerung weisen eine systematische Unterschätzung auf, da die Zahl der nichtdeutschen Sozialhilfeempfänger(innen) nicht exakt auf den Kreis der anspruchsberechtigten Bevölkerung (ohne Asylbewerber) bezogen werden kann.

Daten: Sozialhilfestatistik; Statistik der Fortschreibung des Bevölkerungsstandes.
Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein; eigene Berechnungen.

Abb. 45



1) Sozialhilfequote der nichtdeutschen Bevölkerung*100/Sozialhilfequote der deutschen Bevölkerung.

Daten: Sozialhilfestatistik; Statistik der Fortschreibung des Bevölkerungsstandes.
Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, eigene Berechnungen.

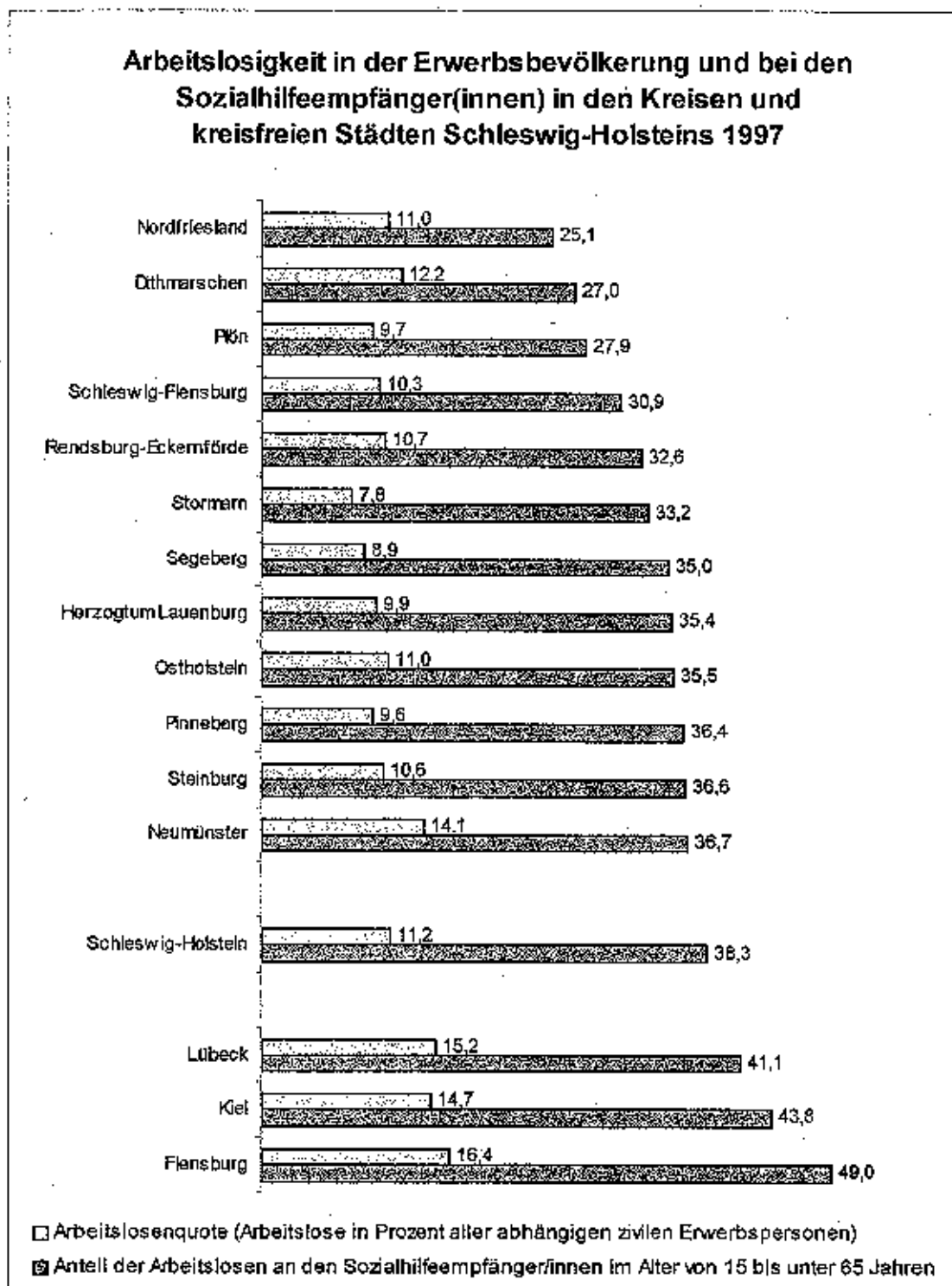
3.2.6.3 Gründe des Sozialhilfebezugs

Regionalspezifische Gründe des Sozialhilfebezugs lassen sich vor allem aus den Angaben zum Erwerbsstatus der Hilfeempfänger(innen) ableiten.

Die Städte Flensburg, Kiel und Lübeck wiesen 1997 die höchsten Anteile *arbeitsloser Hilfeempfänger(innen)* auf. Von diesen waren in allen drei Städten rund zwei Drittel langzeitarbeitslos. Flensburg, Kiel und Lübeck waren zugleich die Regionen mit der höchsten registrierten Arbeitslosigkeit (vgl. Abb. 46).

Andererseits waren auch in Dithmarschen und in Nordfriesland relativ viele Menschen arbeitslos. Arbeitslose machten dort jedoch einen wesentlich geringeren Anteil der sozialhilfeabhängigen Menschen aus als in Flensburg, Kiel und Lübeck. Diese Diskrepanz ist zum Teil mit dem geringeren Anteil der Langzeitarbeitslosen in Dithmarschen und Nordfriesland zu erklären. Andernteils wird Arbeitslosigkeit dort vermutlich eher in Familien aufgefangen als in den Städten.

Abb. 46:



Daten: Arbeitslosenstatistik; Sozialhilfestatistik.

Quelle: Landesarbeitsamt Nord; Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein; eigene Berechnungen.

Vergleicht man die Frauenanteile an den registrierten Arbeitslosen und an den arbeitslosen Hilfeempfänger(innen) (vgl. Tab. 48), dann zeigt sich, daß Frauen in der Regel seltener infolge Arbeitslosigkeit auf Sozialhilfe angewiesen waren als Männer. In der Stadt Flensburg und im Kreis Steinburg waren dagegen diese Risiken für Frauen höher.

Tab. 48 Frauenanteil an den registrierten Arbeitslosen und an den arbeitslosen Sozialhilfeempfänger(innen) in den Kreisen und kreisfreien Städten Schleswig-Holsteins 1997

	Frauenanteil (in %) an den		Differenz in Prozentpunkten
	registrierten Arbeitslosen ¹⁾	arbeitslosen Sozialhilfeempfänger(innen) ²⁾	
Neumünster	42,0	34,7	- 7,3
Rendsburg-Eckernförde	42,8	37,5	- 5,3
Pinneberg	43,9	38,8	- 5,1
Herzogtum Lauenburg	42,9	38,4	- 4,5
Nordfriesland	41,7	37,5	- 4,2
Segeberg	45,0	40,8	- 4,2
Stormarn	43,9	39,7	- 4,2
Schleswig-Holstein	40,9	37,7	- 3,2
Plön	42,7	40,0	- 2,7
Schleswig-Flensburg	40,6	38,3	- 2,3
Kiel	36,9	34,7	- 2,2
Lübeck	37,6	36,0	- 1,6
Dithmarschen	38,1	36,5	- 1,6
Ostholstein	41,9	41,3	- 0,6
Flensburg	36,0	38,1	+ 2,1
Steinburg	40,0	43,1	+ 3,1

1) Arbeitslos gemeldete Personen im Jahresdurchschnitt.

2) Arbeitslose Empfänger(innen) laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren.

Daten: Arbeitslosenstatistik; Sozialhilfestatistik.

Quelle: Landesarbeitsamt Nord; Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein; eigene Berechnungen.

Eine *Erwerbstätigkeit* schützt in den einzelnen Regionen Schleswig-Holsteins in ungleichem Maße vor Sozialhilfeabhängigkeit. Die höchsten Anteile erwerbstätiger Sozialhilfeempfänger(innen) verzeichneten 1997 die Kreise Segeberg (12,5 %), Herzogtum Lauenburg (11,6 %), Ostholstein (10,8 %), Plön und Schleswig-Flensburg (je 10,1 %). Dort finden sich vergleichsweise viele Erwerbstätige, die in konjunkturabhängigen Niedriglohnbranchen (z.B. im Tourismus) arbeiten. Im Hamburger Umland wird auch die hohe Mietbelastung dazu beitragen, daß trotz Erwerbsarbeit auf Sozialhilfe zurückgegriffen werden muß.

Nichterwerbstätige Menschen, das sind vor allem Mütter, beziehen in den Kreisen Nordfriesland (67,4 %), Dithmarschen (67,0 %), Plön (62 %) und Schleswig-Flensburg (59 %) besonders häufig Sozialhilfe. Das Arbeitsangebot in diesen Kreisen ist begrenzt. Die Aufnahme einer auskömmlichen Erwerbsarbeit erfordert oft weites Pendeln und läßt sich nur schwer mit Familienpflichten vereinbaren. In Nordfriesland, Plön und

Schleswig-Flensburg finden wir die höchsten Anteile von Familien in der Sozialhilfe, darunter viele alleinerziehende Mütter (vgl. Kap. 3.2.6.2).

3.2.6.4 Dauer des Sozialhilfebezugs

Die Sozialhilfebedarfsgemeinschaften in Flensburg und Lübeck wiesen 1997 mit Abstand die längsten (bisherigen und ununterbrochenen) durchschnittlichen Bezugsdauern auf (vgl. Tab. 49). In beiden Städten leben viele Langzeitarbeitslose und (ältere) alleinlebende Frauen in der Sozialhilfe. Auch Kiel hat viele langzeitarbeitslose Hilfeempfänger(innen), verzeichnete aber dennoch die kürzesten Bezugsdauern.

Relativ kurze Bezugsdauern fanden sich auch in Dithmarschen, Plön, Segeberg und Stormarn. Der Kurzzeitbezug in Dithmarschen erklärt sich teilweise aus den Hilfeeinzahlungen an Asylberechtigte. Plön, Segeberg und Stormarn sind Kreise, die aufgrund ihrer Standortvorteile mit sozialen Problemen vergleichsweise wenig konfrontiert sind.

Frauen waren in allen Regionen länger als Männer auf Sozialhilfe angewiesen. In Flensburg bezogen Frauen durchschnittlich am längsten Sozialhilfe (44,7 Monate, Landesdurchschnitt 31,0 Monate). Die regional unterschiedlichen Bezugsdauern, gegliedert nach den einzelnen Familientypen (durchschnittliche ununterbrochene Dauer der Hilfeeinzahlung an mindestens ein Mitglied der Bedarfsgemeinschaft), gehen aus den Tabellen im Anhang hervor.

Tab. 49: Dauer der bisherigen und ununterbrochenen Hilfestellung an Sozialhilfebedarfsgemeinschaften in den Kreisen und kreisfreien Städten Schleswig-Holsteins 1997

	Bedarfsgemeinschaften von Empfänger(innen) laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen					
	Insgesamt		Dauer der durchschnittliche Hilfestellung		davon mit einer ununterbrochenen Dauer	
	Anzahl	Dauer der Hilfestellung in Monaten	Anzahl ununterbrochenen Hilfestellung	Dauer der Hilfestellung in Monaten	unter 12 Monaten	60 u. mehr Monaten
	Anzahl	Dauer der Hilfestellung in Monaten	Anzahl ununterbrochenen Hilfestellung	Dauer der Hilfestellung in Monaten	unter 12 Monaten	60 u. mehr Monaten
Flensburg	4.651	46,3	4.651	24,1	29,9	57,4
Kiel	10.621	23,4	10.621	52,9	14,6	25,2
Lübeck	8.077	43,4	8.076	30,6	27,8	56,0
Neumünster	2.956	36,8	2.956	32,2	25,4	50,6
Dithmarschen	2.860	20,5	2.860	39,4	13,4	31,0
Herzogtum Lauenburg	3.431	24,4	3.431	38,1	22,0	40,9
Nordfriesland	2.680	24,9	2.680	34,7	15,9	39,9
Ostholstein	3.621	27,5	3.621	35,3	20,1	38,2
Pinneberg	5.899	26,3	5.899	32,7	16,6	38,7
Plön	1.928	29,6	1.928	39,0	13,0	32,4
Rendsburg-Eckernförde	4.504	35,7	4.503	38,2	21,1	42,0
Schleswig-Flensburg	3.427	33,2	3.424	37,0	17,7	37,5
Segeberg	3.685	29,4	3.685	37,7	16,6	31,5
Steinburg	2.620	31,9	2.620	34,0	22,2	35,4
Stromarn	3.093	28,8	3.093	38,0	14,6	32,9
Schleswig-Holstein	64.053	33,9	64.048	37,4	19,8	40,9

Daten: Sozialhilfestatistik.

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein; eigene Berechnungen.

3.2.7 Zusammenfassung der Ergebnisse

In Schleswig-Holstein lebte 1997 ein höherer Bevölkerungsanteil (4,5 %) von Sozialhilfe (Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen) als in Westdeutschland (3,8 %). Insbesondere ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt bezogen in Schleswig-Holstein relativ mehr Menschen als im Durchschnitt der alten Bundesländer. Diese Ergebnisse decken sich mit den Befunden zur relativen Einkommensarmut (vgl. 3.1), denen zufolge in Schleswig-Holstein ein besonders hoher Anteil der Haushalte mit Niedrigeinkommen wirtschaften muß, aber ein besonders niedriger Anteil der Haushalte in strenger Armut, also unterhalb der Sozialhilfeschwelle, lebt.

Die Zahl der Sozialhilfeempfänger(innen) und ihr Bevölkerungsanteil haben sich in Schleswig-Holstein zwischen 1980 und 1997 etwa verdreifacht. Dieser Anstieg war insbesondere nach 1994 steiler als im westdeutschen Durchschnitt. Vor allem die Zahlen der arbeitslosen und nichtdeutschen Hilfeempfänger(innen) wuchsen in Schleswig-Holstein im Vergleich zu Westdeutschland überproportional.

Die Risikostruktur hat sich in der Zeit von 1980 bis 1997 stark verändert. Zum einen hat sich das Sozialhilferisiko von der älteren auf die jüngere und jüngste Generation verlagert. Besonders stark zugenommen haben auch die Sozialhilfequoten von ausländischen Bürger(inne)n. Zahl und Anteil der nichtdeutschen Sozialhilfeempfänger(innen) sind auch nach der Einführung des Asylbewerberleistungsgesetzes nach 1994 überproportional gewachsen. Beide Entwicklungen, die "*Infantilisierung der Sozialhilfebedürftigkeit*" und die "*Ethnisierung der Sozialhilfebedürftigkeit*", sind in Schleswig-Holstein weiter vorangeschritten als im westdeutschen Durchschnitt. Dagegen (vgl. 3.1) liegt relative Einkommensarmut von Ausländern und Kindern in Schleswig-Holstein unter dem westdeutschen Durchschnitt.

Die wichtigsten Gruppierungen mit stark erhöhten Risiken der Sozialhilfebedürftigkeit sind folgende:

- Sozialhilfebedürftigkeit betrifft in erster Linie *alleinerziehende Mütter* und ihre Kinder. Sie bezogen 1997 in Schleswig-Holstein zu 29,3 % Sozialhilfe. *Ehepaare mit drei und mehr Kindern* trugen mit 5,6 % ein nur leicht erhöhtes Risiko der Sozialhilfebedürftigkeit. Bei diesen kinderreichen sozialhilfebeziehenden Ehepaaren handelt sich fast zur Hälfte um ausländische Familien. Dagegen ist die Gesamtheit der Familien mit minderjährigen Kindern nicht durch erhöhte Sozialhilfequoten belastet.
- Ältere Menschen ab 65 Jahren weisen von allen Altersgruppen das geringste Sozialhilferisiko auf. In Schleswig-Holstein ist die Gefahr, daß ältere Menschen in Sozialhilfeabhängigkeit geraten könnten, noch etwas geringer als im westdeutschen Durchschnitt.
- *Kinder und Jugendliche* trifft mittlerweile von allen Altersgruppen das höchste Sozialhilferisiko. In Schleswig-Holstein war 1997 jedes elfte, im früheren Bundesgebiet jedes vierzehnte Kind unter 18 Jahren auf Sozialhilfe angewiesen. Je jünger die Kinder, desto höher ist die Gefahr, in Sozialhilfeabhängigkeit zu ge-

raten. Hierbei leben die Kinder von alleinerziehenden Müttern und von nicht-deutschen Eltern besonders häufig auf Sozialhilfeniveau.

- *Frauen* waren 1997 in Schleswig-Holstein mit 5 % häufiger als Männer (4 %) von Sozialhilfe abhängig. Diese Ungleichheit zwischen den Geschlechtern hat sich seit 1980 nicht wesentlich verändert. Aber es ist eine Umschichtung weg von der Sozialhilfeabhängigkeit alleinstehender (meist älterer) hin zur Sozialhilfebedürftigkeit alleinerziehender (meist jüngerer) Frauen festzustellen.
- Das Sozialhilferisiko der *nichtdeutschen Bevölkerung* war in Schleswig-Holstein 1997 dreimal so hoch (12,7 %) wie das der deutschen Bevölkerung (4,0 %). In Schleswig-Holstein leben zwar weniger Ausländer als im Durchschnitt der alten Bundesländer, aber ihr Sozialhilferisiko ist wesentlich höher.
- *Gering Qualifizierte* und *Arbeitslose* sind unter den Hilfeempfänger(innen) deutlich überrepräsentiert. Nahezu jede(r) vierte Empfänger(in) im erwerbsfähigen Alter (24 %) hatte 1997 keine Berufsausbildung, mehr als ein Drittel (37 %) war arbeitslos gemeldet.

Die häufigsten Ursachenfelder, die Menschen in Sozialhilfebedürftigkeit führen, liegen im Arbeitsmarkt (40 %), in der Familie (25 %), in Problemen der Gesundheit und des Alters (9 %) sowie in besonderen sozialen Problemlagen, wie Haftentlassung, Sucht, Wohnungslosigkeit etc. (6 %). Für Männer stellt Arbeitslosigkeit, für Frauen stellen familiäre Verpflichtungen die wichtigsten Gründe der Sozialhilfeabhängigkeit dar. Alleinerziehende Mütter und kinderreiche Familien sind oft infolge unzureichender Erwerbs- und Transfereinkommen auf Sozialhilfe angewiesen.

Die schleswig-holsteinischen Haushalte bezogen 1996 etwas länger ununterbrochene Sozialhilfe als im Durchschnitt des früheren Bundesgebiets. Die durchschnittliche Bezugsdauer der ununterbrochenen Hilfestellung an mindestens ein Haushaltsmitglied dauerte in Schleswig-Holstein 41,7 Monate, in Westdeutschland 40,9 Monate. Hierbei nahm mehr als ein Drittel (37 %) der Sozialhilfehaushalte in Schleswig-Holstein 1997 die Hilfe weniger als ein Jahr lang ununterbrochen in Anspruch. Andererseits stand ein Fünftel (20 %) bereits mindestens fünf Jahre lang im Bezug. 44 % der Einzelpersonen hatten bisher weniger als ein Jahr lang, 12 % hatten schon wenigstens fünf Jahre lang Sozialhilfe erhalten. Familien beziehen im Unterschied zu anderen Haushaltstypen oft über längere Zeit, jedoch diskontinuierlich Sozialhilfe. Alleinstehende (meist ältere) Frauen weisen die längsten durchschnittlichen Bezugszeiten auf. Kinder und Jugendliche erhalten überwiegend Sozialhilfe für eine mittellange Dauer. Problematisch ist, daß jedes zehnte sozialhilfebeziehende Kind unter 7 Jahren in Schleswig-Holstein schon drei oder mehr Jahre lang in der Sozialhilfe aufwuchs.

Die Menschen, die in kreisfreien Städten wohnen, haben in Schleswig-Holstein, wie auch in den anderen Bundesländern, die höchsten Sozialhilferisiken zu tragen. Hier ist auch die Armut von Kindern besonders häufig. Im Hinblick auf die sozialräumlichen Unterschiede der Sozialhilfestellung sind folgende Entwicklungstendenzen erkennbar:

- Die traditionellen Gegensätze zwischen den wenigen Sozialhilfebeziehern auf dem Land und den vielen sozialhilfebeziehenden Menschen in der Stadt bauen sich im Zuge der Suburbanisierung kontinuierlich ab.
- Das Sozialhilferisiko ist in der Stadt nach wie vor wesentlich höher als auf dem Lande und konzentriert sich dort in bestimmten Stadtteilen und Wohnquartieren.
- Das Regionalgefälle zwischen der vergleichsweise günstigen Situation im Hamburger Umland und der weniger günstigen Lage in den Kreisen Nordfriesland, Dithmarschen und Pinneberg ist in den letzten Jahren ausgeprägter geworden.

4. Lebenslagen armer Familien und Kinder in Schleswig-Holstein

Dem zweiten Teil des Untersuchungsauftrags gemäß wird in Kapitel 4 die Armutssituation von Familien und Kindern in Schleswig-Holstein dargestellt. Der Auftrag erstreckt sich insbesondere auf die aus Armut "folgenden Konsequenzen sozialer Ausgrenzung von Kindern und Jugendlichen in ihrer Lebensumwelt (Wohnumfeld, Kindergarten, Schule) und die unterschiedlichen Lebenslagen von Jungen und Mädchen" (Schleswig-Holsteinischer Landtag, Drucksache 14/227, S. 4).³³

Die folgenden Darstellungen gehen über den Bereich der Einkommen bzw. der Sozialhilfeleistungen hinaus. Eine Beschränkung hierauf würde der Vieldimensionalität von Armut nicht gerecht werden. Insbesondere bei der Untersuchung der Armut von Kindern im Familienzusammenhang stößt eine rein monetäre Betrachtung bald an Grenzen (vgl. u.a. Walper 1995; Klocke 1996; Joos/Meyer 1998). Darüber hinaus sagen die verfügbaren Geldmittel nur etwas über *Versorgungsmöglichkeiten* und nicht unbedingt etwas über die Versorgung selbst aus (Hauser/Neumann 1992, S. 246). Die tatsächliche Versorgungslage kann je nach Einsatz der Geldmittel sehr unterschiedlich sein.

4.1 Lebenslagen armer Familien³⁴

4.1.1 Grunddaten

Haushalts- und Familienformen

Die nachfolgend dargestellten Informationen stammen hauptsächlich aus der zur Erstellung des Landesarmutsberichts durchgeführten schriftlichen Befragung armer und armutsnaher Familien in Schleswig-Holstein (vgl. 2.3.2). Befragt wurden nur Personen, die mit minderjährigen Kindern zusammenleben. Von ihnen waren 40,1 % Ehepaare, 10,5 % nichteheliche Lebensgemeinschaften und 49,4 % Alleinerziehende. Diese Anteile entsprechen annähernd den Strukturdaten der schleswig-holsteinischen Familien, die Sozialhilfe erhalten. Von den HLU-Bezieher(innen) im Alter zwischen 18 und 65 Jahren, die 1997 in Schleswig-Holstein mit minderjährigen Kindern in Bedarfsgemeinschaften mit einem Haushaltsvorstand lebten, waren 45,4 % Ehepaare, 7,5 % nichteheliche Lebensgemeinschaften und 47,2 % Alleinerziehende.

Dagegen bestanden die 1997 insgesamt in Schleswig-Holstein lebenden Familien mit minderjährigen Kindern zu 80 % aus Ehepaarfamilien und zu 20 % aus Alleinerziehenden oder nichtehelichen Lebensgemeinschaften³⁵. Dies zeigt, daß im Vergleich zur Ge-

³³ Die Auswirkungen von Armut auf Kinder und familiäre Lebenszusammenhänge sind bisher wenig erforscht (vgl. zusammenfassend u.a. Bieligk 1996; Neuberger 1997; Klocke/Hurrelmann 1998; Mansel/Neubauer 1998). Auch fehlen für Schleswig-Holstein ausreichend große Datensätze, auf deren Grundlage man differenziertere Sekundäranalysen der Lebenslagen von Familien und Kinder durchführen könnte. Daher waren eigenständige Untersuchungen in Schleswig-Holstein erforderlich (vgl. 2.3.2).

³⁴ Aus der schriftlichen Befragung liegen personen- und haushaltsbezogene Angaben von 430 Familien vor. Bestimmte Einzelfragen wurden nicht von allen Befragten (brauchbar) beantwortet. Alle im folgenden genannten Prozentwerte beziehen sich auf die jeweils auswertbaren Fälle.

³⁵ Ergebnisse des Mikrozensus.

samtbevölkerung vor allem Alleinerziehende unter den befragten armen Familien (und in der Sozialhilfe) überrepräsentiert sind.

Die befragten armen Alleinerziehenden waren zu 95 % Frauen. Dieser Anteil deckt sich mit der Sozialhilfestatistik. In der Bevölkerung Schleswig-Holsteins fanden sich 1997 hingegen nur 80 % Frauen unter den Alleinerziehenden. Knapp die Hälfte der von uns befragten Alleinerziehenden war geschieden, 28 % waren ledig, 18 % verheiratet und 5 % verwitwet.

Von den Befragten hatten 43,1 % ein Kind, 31,5 % zwei Kinder und 25,4 % drei und mehr Kinder (Bevölkerung: 47,1 %, 38,6 %, 14,3 %). Familien mit drei und mehr Kindern waren also in der Befragung stärker vertreten als in der Bevölkerung. Bei den kinderreichen befragten Familien handelte es sich vor allem um Ehepaare. Ein Drittel der befragten Ehepaare sorgten für drei oder mehr Kinder, von den Alleinerziehenden und den nichtehelichen Lebensgemeinschaften jeweils nur ein Fünftel.

Geschlecht

Drei Viertel der Befragten waren Frauen. Dieser hohe Anteil ist allein auf die große Zahl alleinerziehender Frauen zurückzuführen. Bei den Paaren waren je etwa zur Hälfte Männer und Frauen in der Befragung enthalten.

Alter

Die befragten Eltern waren zwischen 18 und 66 Jahren alt. Da die Mehrzahl der Befragten Kinder unter 14 Jahren hatte, lag ein deutlicher Schwerpunkt in der Altersgruppe zwischen 30 und 39 Jahren. Insgesamt waren 16,2 % der Befragten unter 30 Jahren alt, 51,8 % 30 bis 39 Jahre, 21,8 % 40 bis 49 Jahre und 10,2 % 50 Jahre und älter.

Migranten

Rund 20 % der Befragten waren Migranten aus dem Ausland. Die größte Gruppe stellten Aussiedler (35 % der Migranten). Die Fallzahlen in unserer Befragung erlauben jedoch keine differenzierteren Vergleiche zwischen einzelnen Gruppen von Migranten.

Insgesamt repräsentieren die Befragten einen recht guten Querschnitt der Armutsbevölkerung mit Kindern. Im Vergleich zur Sozialhilfestatistik (vgl. Kap. 3.2) sind keine größeren demographischen Verzerrungen zu erkennen.

4.1.2 Dimensionen der Lebenslage

Es wurden folgende Dimensionen der Lebenslage armer Menschen untersucht: Einkommen, Bildung, Erwerbsarbeit, Wohnen, Gesundheit und soziale Integration. Ausgehend von der Fachliteratur wurden für jede Lebenslagedimension sowohl individuelle als auch familienbezogene Unterversorgungsschwellen festgelegt (vgl. Tab. 50).

Tab. 50: Übersicht über die in der Befragung verwendeten Dimensionen der Unterversorgung

Dimensionen der Lebenslage	Familienbezogene Armutsgrenze	Personenbezogene Armutsgrenze (Befragte)
Einkommensarmut	Die Familie und die darin lebenden Personen westdeutschen Nettoäquivalenzeinkommens zur Verfügung.	haben weniger als 50% des durchschnittlichen westdeutschen Nettoäquivalenzeinkommens zur Verfügung. (Gewichtung nach der BSHG-Skala).
Bildungsarmut	Ein oder beide Elternteile haben	Der/die Befragte hat
Erwerbsarmut	In der Familie gibt es keine/n vollzeitberufstätige/n Ernährer/in und mindestens ein Elternteil ist arbeitslos oder gering beschäftigt.	Der/die Befragte ist arbeitslos oder gering beschäftigt.
Wohnungsarmut	Die Familie und die darin lebenden Personen	
Armut in mindestens einer der vier Kerndimensionen	<ul style="list-style-type: none"> • wohnen in einer Notunterkunft oder • wohnen in einer Wohnung ohne Bad, WC oder Heizung oder • haben weniger Wohnfläche, als die Mindeststandards des sozialen Wohnungsbaus vorsehen oder • haben nicht für jede Person ab 7 Jahren einen eigenen Raum zur Verfügung. 	<ul style="list-style-type: none"> • die Schule ohne Abschluß beendet oder • lediglich einen Sonderschulabschluß erworben und/oder • keine Berufsausbildung absolviert.
Kumulative Armut	Eine Familie und die darin lebenden Kinder sind arm, wenn die Familie in mindestens einer der Dimensionen Einkommen, Bildung, Arbeit und Wohnen arm ist.	Der/die Befragte ist arm, wenn er/sie in mindestens einer der Dimensionen Einkommen, Bildung, Arbeit und Wohnen arm ist.
Besorgnisse	Eine Familie und die darin lebenden Kinder sind kumulativ arm, wenn die Familie in mindestens drei der vier Dimensionen Einkommen, Bildung, Arbeit und Wohnen arm ist.	Der/die Befragte weist mindestens drei von fünf Besorgnissymptomen auf (Erschöpfung, Niedergeschlagenheit, Irritationsgefühle, Zittern, Nervosität).
Soziale Isolation	entfällt	Der/die Befragte
	entfällt	<ul style="list-style-type: none"> • hat keine engen Freunde oder Verwandte oder • trifft seine/n beste/n Freund/in seltener als einmal im Monat oder • hat im letzten Jahr keine soziale Unterstützung erhalten.

4.1.2.1 Einkommen

Das Einkommen ist die wichtigste Dimension der Lebenslage. Ein ausreichendes Einkommen ist die "unabdingbare Voraussetzung für einen sozial vertretbaren Lebensstandard und für eine freibestimmte Entfaltung der Persönlichkeit. Die Verfügbarkeit über Geld bestimmt nicht nur die materielle Lebenssituation (Wohnen, Nahrungs- und Genußmittel, Bekleidung, Reisen), sondern auch die Realisierbarkeit immaterieller Wünsche sowie soziale Kontaktmöglichkeiten, kulturelle und ehrenamtliche Betätigungen." (Hanesch u.a. 1994, S. 128f.) Deshalb ist Einkommensarmut besonders für Familien von großer Bedeutung, da so ein ungefährdetes und förderliches Aufwachsen der Kinder nicht gewährleistet ist.³⁶

Auch die laufenden Ausgaben der Haushalte wurden erfaßt, um deren finanzielle Belastungen zu bestimmen.³⁷ Wenn nach Abzug der laufenden Ausgaben kein verfügbares Einkommen mehr verbleibt, liegt "Ausgabenarmut" vor.

Einkommensarmut der befragten Familien

Das monatliche Haushaltsnettoeinkommen der befragten Familien betrug durchschnittlich 2.481 DM (Median 2.350 DM). Ein Vergleich mit Familien in der Gesamtbevölkerung Schleswig-Holsteins zeigt, daß in der Befragung, wie beabsichtigt, ganz überwiegend Familien mit niedrigen Einkommen erreicht wurden (vgl. Tab. 51).

Tab. 51: Monatliches Haushaltsnettoeinkommen der befragten Familien und aller Familien in Schleswig-Holstein

Monatliches Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... DM	Befragte Familien mit minderjährigen Kindern im März 1998	Familien mit minderjährigen Kindern im April 1996 (Mikrozensus Schleswig-Holstein)
	in Spaltenprozenten	in Spaltenprozenten
unter 1.000 DM	5,2	2,5
1.000 – 1.800 DM	22,4	6,8
1.800 – 2.500 DM	29,8	10,3
2.500 – 3.000 DM	14,1	9,6
3.000 – 3.500 DM	11,6	12,5
3.500 – 4.000 DM	7,2	12,5
4.000 – 5.000 DM	6,9	18,1
5.000 DM und mehr	2,8	27,4

Daten: Befragung armer und armutsnaher Familien in Schleswig-Holstein 1998; Mikrozensus 1996 (Quelle: Deutscher Kinderschutzbund/Volkswagen AG 1998).

³⁶ Zur Ermittlung von Einkommensarmut wurde das monatliche Haushaltsnettoeinkommen der befragten Familien in ein Äquivalenzeinkommen pro Kopf umgerechnet (BSHG-Skala). Die ermittelten Nettoäquivalenzeinkommen der befragten Haushalte wurden in Beziehung zum durchschnittlichen westdeutschen Nettoäquivalenzeinkommen gesetzt. 1995 betrug dieses 1.883 DM (Datengrundlage: Sozio-Ökonomisches Panel; Quelle: Statistisches Bundesamt 1997, S. 506). Für die folgenden Armutsanalysen wird in der Regel eine Armutsgrenze von 50 % des durchschnittlichen Äquivalenzeinkommens Westdeutschlands verwendet (vgl. Kap. 2.2.3).

³⁷ Die erfaßten Ausgaben waren die Miet-, Unterkunfts- und Wohneigentumsbelastungen (inkl. Heizung, Strom und Warmwasser), die Rückzahlungen von Krediten und Zinszahlungen, Aufwendungen für Versicherungen u.a.m.

Die Berechnung des Nettoäquivalenzeinkommens ergab einen durchschnittlichen Betrag von 917 DM für die befragten Familien. Das Durchschnittseinkommen der befragten Familien lag damit unter der Armutsgrenze.³⁸

Ein Drittel (32,9 %) der befragten Familien lebte in "strenger Armut"³⁹. Über die Hälfte (55,6 %) war von Armut betroffen. Vier Fünftel (78,8 %) lebten im Bereich der "Niedrigeinkommen"⁴⁰.

Der Vergleich zwischen verschiedenen Lebensformen ergab, daß Armut unter den befragten Ehepaaren (55,6 %), nichtehelichen Lebensgemeinschaften (51,4 %) und Alleinerziehenden (53,6 %) etwa gleichermaßen verbreitet war. Dies besagt nicht, daß im Gegensatz zu den oben (in Kap. 3.1.1) dargestellten Befunden die unterschiedlichen Haushalts- und Familienformen etwa gleich stark von Einkommensarmut betroffen wären. Da es sich um eine Klient(inn)enbefragung handelt, besagt dies lediglich, daß die Mitglieder der einzelnen Haushalts- und Familienformen von etwa den gleichen Graden der Betroffenheit von Armut an um Hilfe nachsuchen.

Demgegenüber waren deutliche Unterschiede der Betroffenheit von Armut nach Kinderzahl, Migrations- und Erwerbsstatus der Befragten festzustellen, die sich weitgehend mit den repräsentativen Befunden decken (vgl. Kap. 3.1).

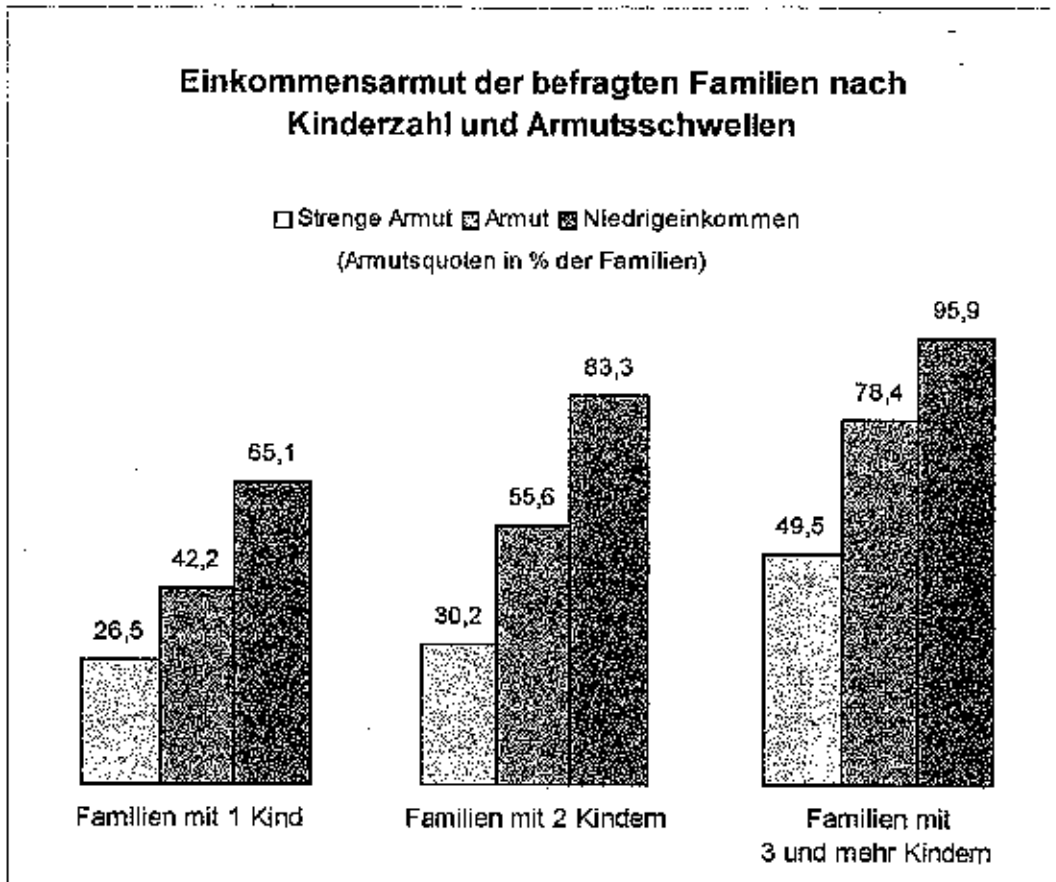
So nahm der Grad der Einkommensarmut mit der Kinderzahl der Befragten stark zu (vgl. Abb. 47). Familien mit einem Kind waren zu 42,2 %, mit zwei Kindern zu 55,6 %, mit drei und mehr Kindern zu 78,4 % einkommensarm.

³⁸ Einkommen unter 50 % des durchschnittlichen westdeutschen Nettoäquivalenzeinkommens (DM 941,50).

³⁹ Einkommen unter 40 % des durchschnittlichen westdeutschen Nettoäquivalenzeinkommens (DM 753,20).

⁴⁰ Einkommen unter 60 % des durchschnittlichen westdeutschen Nettoäquivalenzeinkommens (DM 1.129,80).

Abb. 47:



Daten: Befragung armer und armutsnaher Familien in Schleswig-Holstein 1998.

Die Befragten, die in Deutschland geboren und hier aufgewachsen sind, waren zur Hälfte (50,2 %) einkommensarm. Von den befragten Migranten lebten dagegen mehr als drei Viertel (77,6 %) in Einkommensarmut. Migranten waren auch häufiger von strenger Armut betroffen (57,9 %) als Nichtmigranten (26,9 %). Zuwanderer tragen also nicht nur ein sehr viel höheres Armutsrisiko als Einheimische. Ihre Einkommensarmut ist in der Regel auch krasser als die anderer Gruppen von Einkommensarmen.

Ein entscheidender Bestimmungsgrund für den Grad der Einkommensarmut ist die Nähe oder Ferne zum Arbeitsmarkt. Familien, in denen niemand erwerbstätig war, die also ausschließlich auf Transfereinkommen angewiesen waren, waren am stärksten von Einkommensarmut betroffen (65,9 %). Für die Befragten ergaben sich daher überdurchschnittlich hohe Armutsquoten, wenn sie arbeitslos (66,2 %), Hausfrau/Hausmann (63,9 %) waren oder sich in einer Ausbildung oder Umschulung befanden (62,5 %).

Familien, in denen mindestens ein Elternteil vollzeitberufstätig war, wiesen zwar von allen befragten Familien die niedrigste Armutsquote auf. Immerhin waren aber auch von ihnen ein Drittel (32,0 %) einkommensarm. Hierunter trugen Migrantenfamilien, insbesondere aber Familien mit drei und mehr Kindern, ein besonders hohes Risiko, trotz Erwerbsarbeit in Einkommensarmut zu geraten (47,1 % bzw. 62,5 %). Dies verweist auf deutliche Mängel im Kinderlastenausgleich, gerade in der Entlastung kinderreicher Familien.

Das Armutsrisiko der befragten Erwerbstätigen hing auch davon ab, in welcher beruflichen Stellung die Befragten arbeiteten. Gering qualifizierte Positionen bieten häufig

kein ausreichendes Einkommen, um den Grundbedarf einer mehrköpfigen Familie zu decken. Als besonders belastet erwiesen sich demnach die befragten an- und ungelernen Arbeiter(innen) mit einer Armutsquote von 44,4 %. Die befragten qualifizierten Angestellten und Beamten wiesen dagegen mit 20,0 % den niedrigsten Anteil an einkommensarmen Erwerbstätigen auf.

Die genannten Unterschiede weisen darauf hin, daß Kinderreiche, Aussiedler und Ausländer sowie Gering Qualifizierte unter den Befragten ein erhöhtes Risiko der Einkommensarmut haben. Sie steht in der Lebenslage dieser Gruppierungen im Vergleich zu anderen Armutsdimensionen besonders weit im Vordergrund.

Einkommensquellen

Haushalte im Niedrigeinkommensbereich sind in der Regel auf mehrere Einkommenszuflüsse und insbesondere auf diverse staatliche Transferleistungen angewiesen, um ihren Lebensunterhalt zu sichern. Die meisten der befragten armen Familien gaben an, drei oder vier Einkommen zu erhalten. Nur etwa vier von zehn Haushalten erzielten Einkommen aus Berufstätigkeit. Noch vor dem Einkommen aus Berufstätigkeit wurden am häufigsten die Einkommensarten Kindergeld, Sozialhilfe und Wohngeld genannt (vgl. Tab. 52).

Tab. 52: Einkommensquellen der befragten Familien

Die am häufigsten genannten Einkommensquellen	Alle befragten Familien	Ehepaare mit Kindern	Alleinerziehende
	in Spaltenprozenten (Mehrfachnennungen)		
Kindergeld	87,6	80,3	92,7
Sozialhilfe	52,7	39,4	67,2
Wohngeld	49,9	47,2	53,7
Einkommen aus Berufstätigkeit	43,1	53,5	30,5
Unterhaltszahlungen von (früheren) Partnern	27,3	3,5	45,2
Erziehungsgeld	14,4	15,5	11,3
Arbeitslosengeld	12,4	19,0	6,8
Arbeitslosenhilfe	10,7	12,7	6,8

Daten: Befragung armer und armutsnaher Familien in Schleswig-Holstein 1998.

Das Einkommen der befragten Alleinerziehenden hing in besonders hohem Maße von staatlichen Transfers ab. Nur knapp ein Drittel konnte auf Einkommen aus eigener Berufstätigkeit zurückgreifen (vgl. Tab. 52). Dabei handelte es sich meist um Einkommen aus Teilzeitarbeit, die zur Deckung des Grundbedarfs nicht reichten.

Im Gegensatz zu den befragten Alleinerziehenden beteiligen sich Alleinerziehende in der Bevölkerung insgesamt besonders häufig am Erwerbsleben. Sie arbeiten häufiger, auch häufiger Vollzeit, als z.B. verheiratete Mütter (vgl. Arbeitsgemeinschaft Riedmüller/Glatzer/Infratest 1996; Niepel 1994a). In Deutschland waren 1997 rund 63 % der alleinerziehenden Mütter und nur 58 % der verheirateten Mütter mit Kindern unter 18 Jahren erwerbstätig (Ergebnisse des Mikrozensus; Quelle: Statistisches Bundesamt 1998, S. 161). Gleichwohl ist das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen von Alleinerziehenden und ihren Kindern geringer als das von Ehepaarfamilien, da hier häufig beide Eltern

arbeiten oder der Mann höhere Verdienstmöglichkeiten hat (Niepel 1994a, S. 68). Arbeiten Alleinerziehende teilweise, so ist häufig Einkommensarmut die Folge. Entsprechend gering sind die Lohnersatzleistungen im Falle der Arbeitslosigkeit. Aufgrund der Alleinverdienerposition führen Arbeitslosigkeit oder Nichterwerbstätigkeit Alleinerziehende häufiger in Armut als Paare, die eher die Möglichkeit haben, den Wegfall eines Einkommens zu kompensieren.

Ein weiteres, mit Einkommensquellen zusammenhängendes Problem der Familien alleinerziehender Mütter stellen ausbleibende oder unregelmäßige *Unterhaltszahlungen* dar. 86 % der befragten alleinerziehenden Frauen in Schleswig-Holstein hatten Anspruch auf Unterhaltszahlungen für sich und/oder für ihre Kinder (vgl. Tab. 53). Doch nur jede Dritte (31,4 %) der befragten unterhaltsberechtigten Alleinerziehenden erhielt Unterhaltsleistungen in vollem Umfang. Rund 24 % der befragten unterhaltsberechtigten Alleinerziehenden gaben an, daß ihre Ansprüche nur teilweise erfüllt wurden, 45 % erhielten keine der ihnen zustehenden Unterhaltsleistungen. Auf die Frage nach den Gründen gab die Mehrzahl der Frauen an, daß der Unterhaltspflichtige zahlungsunfähig (35,6 %) oder zahlungsunwillig (31,7 %) sei. Diese Ergebnisse decken sich weitgehend mit vergleichbaren anderen Untersuchungen (vgl. Hauser/Hübinger 1993a, S. 204ff).

Tab. 53: Unterhaltszahlungen an alleinerziehende Mütter

	Befragte alleinerziehende Frauen mit minderjährigen Kindern		
	Insgesamt	Einkommens- arme	Nichtein- kommensarme
	in Spaltenprozenten		
Anteil der Frauen, die für sich oder ihre Kinder Anspruch auf Unterhalt haben	86,0	83,0	89,3
Anteil der unterhaltsberechtigten Frauen, deren Unterhaltsansprüche			
ganz	31,4	24,7	38,7
teilweise	23,7	27,2	(20,0)
gar nicht	44,9	48,1	41,3
erfüllt werden			

() eingeschränkt aussagefähiger Wert.

Daten: Befragung armer und armutsnaher Familien in Schleswig-Holstein 1998.

Im übrigen waren Alleinerziehende deutlich häufiger auf die Einkommen angewiesen, die auf ihre Kinder gerichtet sind (Kindergeld, Sozialhilfe, Unterhalt für Kinder), als andere Lebensformen. Bei 41 % der befragten Alleinerziehenden, und nur bei 12 % der Ehepaare, trugen die Kinder mehr als 35 % zum gesamten Haushaltseinkommen bei.

59 % der befragten Familien erhielten *Sozialhilfe*, darunter 56 % laufende Hilfe zum Lebensunterhalt. Nach dem Kindergeld stellte die Sozialhilfe die am zweit häufigsten genannte Einkommensquelle der befragten Haushalte dar (vgl. Tab. 52). Hierbei war das Einkommen der Sozialhilfeempfänger(innen) deutlich geringer als das von Personen, die keine Sozialhilfe erhielten. 71 % der befragten Haushalte, die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt bekamen, waren einkommensarm, jedoch nur 34 % der Haushalte, die keine laufende Hilfe zum Lebensunterhalt erhielten (vgl. Tab. 54).

Tab. 54: Einkommensarmut nach Sozialhilfebezug der befragten Familien

	Strenge Armut	Armut	Niedrigeinkommen
	Armutsquoten in % der Familien (Zeilenprozente)		
Befragte Familien mit Bezug laufender Hilfe zum Lebensunterhalt	44,3	71,1	87,7
Befragte Familien ohne Bezug laufender Hilfe zum Lebensunterhalt	19,0	34,0	66,0

Daten: Befragung armer und armutsnaher Familien in Schleswig-Holstein 1998.

Die befragten Alleinerziehenden mit minderjährigen Kindern erhielten signifikant häufiger laufende Hilfe zum Lebensunterhalt, nämlich zu 87,8 %, als Ehepaare (45,7 %) oder nichteheliche Lebensgemeinschaften (37,8 %) mit Kindern. Des weiteren mußten die befragten armen und armutsnahen Familien um so häufiger Sozialhilfe beanspruchen, je mehr Kinder sie haben. Von den Familien mit einem Kind unter 18 Jahren bezogen 45 % laufende Hilfe zum Lebensunterhalt. Bei Befragten mit zwei Kindern machte der Anteil der Hilfeempfänger bereits 56 % aus; bei drei und mehr Kindern waren es 70 %.

Ausgaben

Armut besteht oft in zu geringen Einkommen. Aber auch bei ausreichenden Einkommen kann Armut dadurch zustande kommen, daß die unabwendbaren Ausgaben zu hoch sind. Der verfügbare Einkommensspielraum wird dann durch laufende monatliche Ausgaben erheblich eingeengt. Von besonderer Bedeutung sind hierbei die Fixkosten für das Wohnen sowie eventuell vorhandene Kreditverpflichtungen. Eine zu hohe Mietbelastung kann, ebenso wie Überschuldung, eine wesentliche Ursache für Armut sein.

Wohnkosten: Haushalte im Niedrigeinkommensbereich müssen generell einen wesentlich größeren Anteil ihres Einkommens für das Wohnen aufwenden als Haushalte mit mittleren oder höheren Einkommen (Schwabesches Gesetz; vgl. Ulbrich 1993). Aufgrund ihres größeren Wohnraumbedarfs haben Familien im Schnitt eine höhere Wohnkostenbelastung als Haushalte ohne Kinder (vgl. Scheewe 1997). Im früheren Bundesgebiet mußten 1993 bspw. Ehepaare mit drei Kindern durchschnittlich 23 %, Ehepaare ohne Kinder dagegen nur 18 % ihres Haushaltsnettoeinkommens für die Miete aufwenden (BMFSFJ 1997, S. 124).

Die Wohnkosten machten bei den befragten armen und armutsnahen Familien Schleswig-Holsteins den größten Teil der monatlichen Ausgaben aus. Im Schnitt wurden pro Haushalt 902 DM für die Kaltmiete und 1.064 DM für die Warmmiete einschließlich Heizung, Strom und Gas ausgegeben. Die Mietbelastung (kalt) betrug im Durchschnitt 38,5 % des Haushaltsnettoeinkommens (vgl. Tab. 55). Diese hohe (höhere als in anderen Armutsstudien⁴¹ festgestellte) Mietbelastung erklärt sich großteils durch den Umstand, daß nur Familien mit Kindern in unserer Untersuchung berücksichtigt wurden.

⁴¹ Vgl. Hauser/Hübinger 1993a, S. 148; und BMFuS 1994. Dagegen ermittelten Korczak/Pfefferkorn 1992 für überschuldete Haushalte eine ähnlich hohe Mietbelastung.

Auffallend sind in Schleswig-Holstein die großen regionalen Unterschiede im Mietniveau. Besonders im Hamburger Umland geraten nach den Ergebnissen der Expert(inn)enbefragung viele Familien mangels preiswerten Wohnraums in Not.

Nach für ganz Deutschland repräsentativen Daten haben Alleinerziehende und kinderreiche Familien eine besonders hohe Mietbelastung zu tragen (Müller 1991; BMFSFJ 1997). Auch die auf ganz Deutschland bezogene Caritas-Armutsuntersuchung belegt eine "außerordentlich hohe Wohnkostenbelastung" von Alleinerziehenden, die mit als Auslöser für Einkommensarmut und Sozialhilfebezug angesehen wurden (Hauser/Hübinger 1993a, S. 220ff.).

Die Belastung von Alleinerziehenden bestätigte sich im Hinblick auf Schleswig-Holstein. Die befragten Alleinerziehenden mußten einen weit größeren Anteil ihres Einkommens für die Miete aufbringen (42,8 %) als Ehepaare (34,1 %) oder nichteheliche Lebensgemeinschaften (36,3 %) (vgl. Tab. 55). Nach der Kinderzahl ergaben sich nur geringe Unterschiede, vermutlich, weil bei den befragten Familien mit steigender Kinderzahl die Wohngeldleistungen entsprechend zunahmen.

Tab. 55: Wohnkostenbelastung der befragten Familien

	Durchschnittliche Kaltmiete in DM	Durchschnittliche Mietbelastung in % des Haushaltsnettoeinkommens	Anteil der Haushalte, die mehr als 30 % des Nettoeinkommens für die Miete aufwenden
Befragte Familien insgesamt	902	38,5	69,3
Ehepaare mit Kindern	1.000	34,1	61,4
mit 1 Kind	913	35,2	63,1
mit 2 Kindern	951	33,2	58,0
mit 3 und mehr Kindern	1.144	34,0	63,7
Alleinerziehende	819	42,8	78,4
mit 1 Kind	737	43,7	81,3
mit 2 Kindern	798	42,6	78,9
mit 3 und mehr Kindern	1.029	41,3	71,4

Daten: Befragung armer und armutsnaher Familien in Schleswig-Holstein.

In Deutschland insgesamt werden hohe Mietbelastungen durch Wohngeld nur teilweise kompensiert. Insbesondere Haushalte mit weit überdurchschnittlicher Warmmietbelastung werden nicht genügend entlastet und geraten deshalb in Ausgabenarmut (Hauser/Hübinger 1993a, S. 149). Hinzu kommt, daß Wohngeldansprüche vielfach nicht geltend gemacht werden. Nach zuverlässigen Schätzungen nahmen Ende der 80er Jahre nur etwa zwei Drittel der einkommensschwachen Haushalte in Deutschland ihr Recht auf Wohngeld wahr. Für die Gesamtbevölkerung ist von einer Dunkelziffer von etwa 60 % auszugehen (Ulbrich 1990).

Auch *Verschuldung* kann Ausgabenverpflichtungen mit sich bringen, die so wenig disponibles Einkommen übrig lassen, daß Haushalte in "Ausgabenarmut" geraten. Zwar ist die Verschuldung von Privathaushalten, insbesondere die Aufnahme von Konsumentenkrediten, heute ein normaler wirtschaftlicher Vorgang und keinesfalls immer gleichbedeutend mit finanzieller Not. Anders verhält es sich, wenn die Rückzahlungs-

und Zinszahlungsverpflichtungen das Nettoeinkommen so weitgehend aufzehren, daß "übermäßige Einschränkungen in der Lebensführung gemacht werden müssen" (Hauser/Hübinger 1993, 161) oder Zahlungsverpflichtungen nicht mehr erfüllt werden können, daß also Überschuldung entsteht: Sie kommt häufig durch das Eintreten ungeplanter Lebensereignisse wie Scheidung, Arbeitslosigkeit, Krankheit o.ä. zustande (vgl. Korczak/Pfefferkorn 1992, S. XXIf.).

Die Verschuldungssituation in Schleswig-Holstein ist bislang nicht erforscht.⁴² Für Westdeutschland liegt eine Studie im Auftrag des BMFS und des BMJ vor (Korczak/Pfefferkorn 1992). Nach deren Ergebnissen waren 1989 rund 35 % aller Haushalte in Westdeutschland verschuldet. Gut 4 % bzw. 1,2 Mio Haushalte in den alten Bundesländern waren überschuldet. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung schätzt für Gesamtdeutschland einen Anteil von ca. 6 % überschuldeter Haushalte. Jüngere Personen (20 bis 35 Jahre), Alleinerziehende und Familien mit Klein- und Schulkindern stellen überproportionale Anteile an den Kreditnehmern und sind auch besonders häufig überschuldet.

Von den befragten armen und armutsnahen Familien in Schleswig-Holstein hatte jede zweite Schulden. Dieser Anteil entspricht annähernd der Verschuldungsquote, die deutschlandweit für die Caritas-Klienten ermittelt wurde (47,2 %; Hauser/Hübinger 1993a, S. 161).

Bei den Schulden der befragten Familien in Schleswig-Holstein dürfte es sich überwiegend um Verpflichtungen aus Konsumentenkrediten handeln. Insgesamt ein Drittel (34 %) der Familien war im Zusammenhang mit Kreditaufnahmen in finanzielle Engpässe geraten: 22 % der Befragten gaben an, daß sie wegen Konsumentenkrediten (für Urlaub, Möbel, Auto, Kleidung etc.), 6 % wegen Baukrediten und 4 % wegen betrieblichen Krediten in eine Notlage geraten sind.

Die Höhe der Verschuldung war unter den verschuldeten Familien in der Befragung breit gestreut (vgl. Tab. 56). Durchschnittlich beliefen sich die Schulden auf 30.208 DM. (Zum Vergleich: Nach den Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe hatten sich die Haushalte mit Konsumentenkrediten in Schleswig-Holstein 1993 durchschnittlich mit 11.450 DM verschuldet.) Die monatlichen Ausgaben für Zins-, Raten- und Kreditrückzahlungen schlugen bei den befragten verschuldeten Familien mit durchschnittlich 536 DM zu Buche. Rund 30% wendeten monatlich weniger als 200 DM auf, 22% zahlten 600 DM oder mehr.

Einkommensarme Familien waren zwar seltener verschuldet (zu 45 %) als Familien oberhalb der Armutsgrenze (55 %). Die Schuldenlast wog jedoch schwerer und dürfte die Chancen zur Überwindung von Einkommensarmut wesentlich mindern.

⁴² Die Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe sind in diesem Punkt nur bedingt aussagefähig (vgl. Korczak/Pfefferkorn 1992, S. 52ff).

Tab. 56: Ausmaß der Verschuldung der befragten Familien

	Befragte Familien mit minderjährigen Kindern				
	Insgesamt	Paare mit Kindern	Alleinerziehende	Einkommensarme	Nichteinkommensarme
Anteil der verschuldeten Familien (in %)	50,0	55,2	44,7	45,4	54,6
Davon:					
Durchschnittliche Höhe der Verschuldung (in DM)	30.208	34.796	24.418	25.597	35.307
Höhe der Verschuldung nach Größenklassen (in %):					
unter 5.000 DM	24,9	16,8	35,0	21,3	27,8
5.000 – 20.000 DM	29,8	29,7	30,0	34,8	24,4
20.000 – 50.000 DM	29,3	34,7	22,5	30,3	28,9
50.000 DM und mehr	16,0	18,8	(12,5)	13,5	18,9
Durchschnittliche Höhe der monatlichen Zins- und Ratenzahlungen (in DM)	536	509	574	623	463
Höhe der Zins- und Ratenzahlungen nach Größenklassen (in %):					
unter 200 DM	29,3	14,9	50,0	30,9	30,1
200 – 400 DM	31,3	34,5	26,7	30,9	30,1
400 – 600 DM	17,7	23,0	(10,0)	20,6	14,5
600 DM und mehr	21,8	27,6	(13,3)	17,6	25,3

() eingeschränkt aussagefähiger Wert.

Daten: Befragung armer und armutsnaher Familien in Schleswig-Holstein 1998.

Tabelle 56 zeigt, daß Paare (Ehepaare und nichteheliche Lebensgemeinschaften) mit minderjährigen Kindern häufiger (zu 55,2 %) verschuldet waren als Alleinerziehende (44,7 %). Die befragten verschuldeten Paare mit Kindern waren (mit durchschnittlich 34.796 DM) auch höher verschuldet als Alleinerziehende (24.418 DM). Ein Grund für diese möglicherweise überraschend erscheinende Differenz ist, daß die Verschuldung häufig in der Aufbauphase einer Familie zur Gründung eines "normal ausgestatteten" Haushalts einsetzt. Die Bereitschaft, mittel- oder längerfristige Verschuldungen einzugehen, mag bei Paaren höher sein als bei Alleinerziehenden, da in der Regel mit Zweiteinkommen gerechnet wird. Andererseits haben Alleinerziehende häufig noch die Schulden aus einer beendeten Partnerschaft abzutragen.

Die befragten Experten berichteten über zahlreiche Fälle, in denen die Verschuldung in durchaus verantwortbarer Weise eingegangen, teilweise sogar aus der Not geboren wurde (z.B. wenn für die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit außerhalb des Wohnorts ein Auto angeschafft werden mußte). Es waren dann häufig unvermutete Lebensereignisse, wie der Verlust des Arbeitsplatzes oder die Trennung von Partnern, die Verschuldung in Überschuldung umschlagen ließen.

Neben den Ausgaben für das Wohnen und den Ausgaben zur Rückzahlung von Krediten spielen *Versicherungsbeiträge* die wichtigste Rolle unter den fixen Kosten der

Haushaltsführung der befragten armen Familien. 83 % der Befragten gaben jährliche Ausgaben für Versicherungen an.

Außerdem schlagen bei 28 % der Befragten Aufwendungen für *Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsplatz* zu Buch, was zum Ausdruck bringt, daß Schleswig-Holstein den höchsten Anteil an Berufspendlern von allen Bundesländern hat. 8 % der Befragten gaben *finanzielle Belastungen durch Krankheit, Behinderung oder Pflegebedürftigkeit* an.

In der Summe belaufen sich die durchschnittlichen *finanziellen Belastungen* (einschließlich Kreditverpflichtungen, jedoch ohne Wohnkosten) aller befragten Haushalte mit Kindern auf 703 DM monatlich. Hiervon hatten ein Viertel (24,6 %) keine Belastungen, ein knappes Drittel (31,8 %) Belastungen unter DM 200 im Monat, ein Fünftel (18,0 %) Belastungen zwischen 200 und 500 DM, 16,6 % zwischen 500 und 1.000 DM und ein Elftel (9,1 %) sogar Belastungen von 1.000 DM und mehr zu tragen.

Setzt man alle erfaßten Ausgaben (einschließlich Wohnkosten) in Beziehung zum Haushaltseinkommen, so erhält man das tatsächlich für die Lebensführung disponible Einkommen der Haushalte. Dieses verfügbare Einkommen der befragten Familien mit minderjährigen Kindern betrug im Schnitt 719 DM. Hiervon war der gesamte Bedarf zu decken. *Jede zehnte befragte Familie hatte mehr fixe Ausgaben als Einnahmen, war also "ausgabenarm"*.

Umgerechnet auf Pro-Kopf-Einkommen mußten die befragten Familien nach Abzug der laufenden Ausgaben mit durchschnittlich 288 DM je Familienmitglied auskommen (vgl. Tab. 57). In einkommensarmen Familien verblieben lediglich 183 DM pro Kopf, während nicht einkommensarme Familien durchschnittlich 413 DM pro Kopf zur Verfügung hatten.

Tab. 57: Verfügbares Pro-Kopf-Einkommen der befragten Familien

	Verfügbares monatliches Pro-Kopf-Einkommen nach Abzug laufender Ausgaben					
	Durchschnitt (in DM)	Anteile nach Größenklassen (in % der befragten Familien)				
		ausgabenarm	unter 200 DM	200 - 350 DM	350 - 500 DM	500 DM und mehr
Befragte Familien insgesamt	288	9,8	19,7	26,5	25,8	18,2
mit 1 Kind	355	(9,7)	(13,4)	23,9	22,4	30,6
mit 2 Kindern	250	(10,4)	22,6	28,3	26,4	12,3
mit 3 und mehr Kindern	230	(9,4)	25,9	28,2	30,6	(5,9)
Ehepaare mit Kindern	296	(8,8)	16,8	35,0	27,7	(11,7)
Alleinerziehende	272	(10,4)	22,7	19,5	26,0	21,4
Einkommensarme Familien	183	(10,7)	33,9	32,8	19,8	(2,8)
Nicht einkommensarme Familien	413	(8,8)	(2,7)	18,9	33,1	36,5

() eingeschränkt aussagefähiger Wert.

Quelle: Befragung armer und armutsnaher Familien in Schleswig-Holstein 1998.

4.1.2.2 Bildung

Die Bedeutung der Bildung zeigt sich massiv bei den Einstiegschancen ins Berufsleben und in den Risiken des Arbeitsplatzverlustes. Darüber hinaus ist Bildung ein zentraler Faktor der individuellen Persönlichkeitsentfaltung, der Aneignung kultureller und sozialer Kompetenzen, und dadurch der Möglichkeiten zur Teilnahme und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben:

Um nicht als unterversorgt im Bildungsbereich ("bildungsarm") eingestuft zu werden, muß eine Person mindestens eine berufliche Anlernausbildung oder einen Hauptschulabschluß besitzen. Haushalte werden als "bildungsarm" bezeichnet, wenn wenigstens ein Elternteil "bildungsarm" ist.

Die empirischen Befunde aus der Befragung armer und armutsnaher Familien in Schleswig-Holstein zeigen, daß jede(r) elfte Befragte (9,2 %) die Schule ohne Abschluß beendet oder einen Sonderschulabschluß erworben hat, also als "arm" im Bereich der Schulbildung anzusehen ist. 41,5 % hatten einen Hauptschulabschluß, 28,6 % die Mittlere Reife und 20,6 % ein Abitur oder die Fachhochschulreife vorzuweisen. Diese Verteilung entspricht annähernd der Bildungsstruktur der Bevölkerung in Schleswig-Holstein.⁴³

Geringerwertige Berufsausbildungen waren unter den Befragten etwas häufiger als in der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter insgesamt zu finden. Ein gutes Viertel der Befragten (28,1 %) und ein Viertel (24,6 %) der Bevölkerung verfügte über keine Berufsausbildung, war in dieser Hinsicht also als "arm" einzustufen. 45 % der befragten Personen aus armen Familien, aber 56,2 % der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren hatten eine Anlernausbildung oder eine Lehre vorzuweisen. 9,2 % der Befragten und nur 7 % der Bevölkerung hatten einen Fachschulabschluß erreicht. 10,8 % der befragten Personen, jedoch 12,1 % der Bevölkerung zwischen 15 und 65 Jahren gaben einen Fachhochschul- oder Hochschulabschluß an.

Insgesamt waren 27,1 % der Befragten bildungsarm (vgl. Tab. 58). Bei 19,9 % fehlte entweder ein Schulabschluß oder eine Berufsausbildung. 7,2 % hatten weder das eine noch das andere erworben. In besonderem Maße von Bildungsarmut betroffen waren jüngere Frauen bis unter 29 Jahren (49,1 %) sowie Frauen mit drei und mehr Kindern (39,1 %). Beide Gruppen von Befragten hatten häufig ihren Bildungsweg zugunsten von Kindern und Familie frühzeitig abgebrochen. Von den jüngeren bildungsarmen Frauen, darunter viele ledige Mütter, hatte jede fünfte (20 %) keinen Schulabschluß und jede zweite (52 %) keine Berufsausbildung erworben.

Eine fehlende oder geringe Berufsqualifikation mindert die Berufschancen und erhöht daher die Wahrscheinlichkeit, in Einkommensarmut zu geraten (vgl. Tab. 58). Bildungsarme Befragte waren doppelt so häufig einkommensarm (68,3 %) wie nicht bildungsarme Befragte (31,7 %). Andererseits wird sichtbar, daß auch höherwertige Berufsausbildungen Mütter und Väter nicht vor einem Abstieg in Armut schützen. So machten

⁴³ Geeignete Vergleichszahlen zur Bevölkerung Schleswig-Holsteins insgesamt liegen nicht vor. Im Mikrozensus werden Personen ohne Schulabschluß oder mit Sonderschulabschluß nicht gesondert ausgewiesen. Klammert man Befragte ohne Abschluß bzw. mit Sonderschulabschluß aus der Betrachtung aus, so ergeben sich in der Gegenüberstellung der Befragten zur Bevölkerung insgesamt nur geringe Unterschiede im Bildungsniveau.

bildungsarme Personen insgesamt auch nur ein Drittel (33,0 %) aller einkommensarmen Befragten aus.

Tab. 58: Bildungsarmut der Befragten

	Bildungsarm	darunter:	
		ohne Schulabschluß bzw. mit Sonderschulabschluß	ohne Berufsausbildung
		Anteile in Zeilenprozenten	
Befragte insgesamt	27,1	9,2	28,1
Männer	25,0	(8,3)	21,6
Frauen	27,9	9,3	30,2
Einkommensarme	33,0	12,3	34,2
Männer	(25,5)	(10,0)	(21,7)
Frauen	35,9	12,8	38,7
		Anteile in Spaltenprozenten	
Einkommensarme	68,3	73,5	68,1
Männer	(65,0)	(83,3)	(62,5)
Frauen	68,8	70,4	68,8

Daten: Befragung armer und armutsnaher Familien in Schleswig-Holstein 1998.

Bezieht man die Bildung der Partner(innen) mit ein, so war insgesamt jede dritte befragte Familie (34,1 %) als bildungsarm einzustufen. Das heißt, in diesen Familien war mindestens ein Elternteil von Bildungsarmut betroffen.

4.1.2.3 Erwerbsarbeit

Aus Erwerbsarbeit beziehen die Mitglieder moderner Arbeitsgesellschaften nicht nur den größten Teil des Einkommens. Die Stellung im Erwerbsleben prägt auch den Status von Menschen in der Berufs- und Einkommenshierarchie. Erwerbsarbeit erfüllt darüber hinaus psychosoziale Funktionen (Selbstwertgefühl, Kontakte, Basis für Zukunftspläne etc.), deren Ausfall psychische Belastungen und gesundheitliche Beeinträchtigungen mit sich bringt. Ferner ist Erwerbsarbeit die Basis der Arbeitslosigkeits- und Alterssicherung. Die soeben skizzierte Bedeutung der Erwerbsarbeit erstreckt sich nicht nur auf die Erwerbperson selbst, sondern wirkt sich auch auf das Leben der Familienmitglieder aus. "Routinen und Strukturen innerhalb der Familien stehen in engem Zusammenhang zur Erwerbstätigkeit des Ernährers bzw. der Ernährerin." (Hanesch u.a. 1994, S. 146)

Als "erwerbsarm" wurden Einzelpersonen definiert, die arbeitslos, geringfügig beschäftigt (unter 18 Stunden pro Woche) oder nur gelegentlich, "von Job zu Job", berufstätig sind. Haushalte gelten dann als "erwerbsarm", wenn es keine(n) vollzeitberufstätige(n) Ernährer(in) im Haushalt gibt und mindestens ein Elternteil arbeitslos oder gering beschäftigt ist.

Die empirischen Ergebnisse zeigen, daß *fast drei von zehn (27,7 %) der befragten Elternteile in Schleswig-Holstein "erwerbsarm" waren*. Männer erwiesen sich als häufiger "erwerbsarm" (45,5 %) als Frauen (21,8 %). Würde man in den Kreis der "erwerbsarmen" Personen auch die Angehörigen der sog. "stillen Reserve" einbeziehen (Personen, die erwerbsbereit sind oder eine Beschäftigung suchen, aber nicht arbeitslos gemeldet sind), so stiege der Anteil der "erwerbsarmen" Frauen deutlich. Üblicherweise (vgl. Hanesch u.a. 1994, S. 153f) geht man davon aus, daß die Zahl der registrierten Arbeitslosen von der "stillen Reserve" um etwa 60 % vermehrt wird, wobei hiervon drei Viertel Frauen sind. Daten für Schleswig-Holstein liegen u. W. nicht vor.

Bekanntlich zählen zu den Hauptrisikogruppen des deutschen Arbeitsmarkts gering Qualifizierte, Alleinerziehende und Ausländer. In den befragten armen und armutsnahen Familien Schleswig-Holsteins stellte sich das Bild anders dar:

- Die gering qualifizierten oder bildungsarmen befragten Elternteile waren – entgegen vielen Erwartungen – eher seltener arbeitslos oder geringfügig beschäftigt (22,4 %) als die nicht bildungsarmen (29,9 %)⁴⁴. Dies gilt für Männer und Frauen gleichermaßen. Aus den durchgeführten Intensivinterviews ergaben sich wiederholt Hinweise auf Gründe hierfür. Bildungsarme Personen mit Kindern ziehen sich häufig aus dem Arbeitsmarkt zurück, da sie die finanzielle Lage ihrer Familie durch Erwerbstätigkeit unter den gegebenen Bedingungen im Vergleich zum Sozialhilfebezug oder zur Schwarzarbeit nicht wesentlich verbessern können.
- Die Alleinerziehenden unter den befragten Frauen waren nicht wesentlich häufiger (24,4 %) "erwerbsarm" (arbeitslos oder geringfügig beschäftigt) als verheiratete oder mit Partner lebende Frauen mit Kindern (23,4 %). Betrachtet man statt der individuellen "Erwerbsarmut" jene im Haushaltskontext, so waren Ehepaare mit Kindern sogar häufiger "erwerbsarm" (39,7 %) als Familien von Alleinerziehenden (23,2 %).
- Das Arbeitsmarktrisiko von armen Ausländern erwies sich erwartungsgemäß als hoch: 45,5 % der befragten Migranten waren "erwerbsarm" im Vergleich zu 21,8 % der deutschen und hier geborenen Befragten⁴⁵. Als Ursachen hierfür sind unter anderem Eingliederungsprobleme, Qualifikationsdefizite und mangelnde Alternativen, z.B. in der Schattenwirtschaft, anzusehen. Zudem ist für viele Ausländer der Zugang zum Arbeitsmarkt rechtlich eingeschränkt (vgl. § 19 AFG, und die Bestimmungen der Arbeitserlaubnisverordnung) oder verboten (vgl. § 61, Abs. 1 Asylverfahrensgesetz).

Insgesamt ein Fünftel der Befragten (19,2 %) – 39,4 % der befragten Väter und 12,3 % der befragten Mütter – waren arbeitslos. Die meisten von ihnen suchten schon länger nach Arbeit. Rund 55 % der befragten arbeitslosen Eltern waren länger als ein Jahr arbeitslos, 12 % sogar schon länger als fünf Jahre. 57 % der befragten Arbeitslosen (60 % aller Befragten) hatten schon früher ein- oder mehrmals die Erfahrung der Arbeitslosigkeit gemacht (vgl. Tab. 59).

⁴⁴ Statistisch nicht signifikant.

⁴⁵ Statistisch signifikant.

Tab. 59: Aktuelle und frühere Erfahrungen der Befragten mit Arbeitslosigkeit

Betroffenheit von Arbeitslosigkeit	Befragte insgesamt	in Spaltenprozenten	
		Männer	Frauen
noch nie	31,3	24,7	33,2
jetzt nicht, aber früher	49,2	35,1	54,4
jetzt das erste Mal	8,0	16,5	5,4
jetzt und früher	11,5	23,7	7,0

Daten: Befragung armer und armutsnaher Familien in Schleswig-Holstein 1998.

Befragt nach den Gründen ihrer Arbeitslosigkeit, sagten (Mehrfachantworten)

- die arbeitslosen Männer zu 35,5 % "bin entlassen worden", zu 12,9 % "habe keine Lust zu arbeiten", und 29 % führten sonstige Gründe an,
- die arbeitslosen Frauen äußerten zu 34,6 % "habe Berufstätigkeit aus familiären Gründen unterbrochen", zu 23,6 % "konnte oder wollte wegen einer Schwangerschaft keine Arbeit aufnehmen", 23,2 % nannten sonstige Gründe, 10,3 % waren "entlassen worden", 9,2 % hatten "nur einen zeitlich befristeten Arbeitsvertrag" und 8,6 % "keine Teilzeitstelle gefunden".

Die Unterschiede zwischen alleinerziehenden und verheirateten Frauen mit minderjährigen Kindern hielten sich in engen Grenzen, was die genannten Gründe der Arbeitslosigkeit betrifft. Arbeitslose Ehefrauen bekundeten häufiger (14 %) als Alleinerziehende (7,4 %), keine Teilzeitstelle gefunden zu haben.

"Erwerbsarmut" ist in Haushalten wesentlich häufiger als unter Personen: In vier von fünf der befragten Haushalte mit minderjährigen Kindern (78,9 %) war mindestens ein Mitglied arbeitslos. Von "Erwerbsarmut" im engeren Sinne war jede dritte befragte Familie (30,6 %) betroffen: In diesen Familien war weder Mutter noch Vater vollzeitberufstätig und mindestens ein Elternteil war arbeitslos oder gering beschäftigt (vgl. Tab. 60).

Migrantenfamilien wiesen den höchsten Anteil "erwerbssarmer" Haushalte auf (54,8 %). Unter den befragten Ehepaaren nahm der Anteil "erwerbssarmer" Familien mit der Kinderzahl zu, bei den befragten Alleinerziehenden zeigte sich eine gegenläufige Tendenz. Da es für Alleinerziehende schwierig ist, allein die Betreuung und Versorgung mehrerer Kinder zu organisieren, müssen sie sich in diesen Fällen häufig aus dem Erwerbsleben zurückziehen. Aus den Intensivinterviews ergab sich, daß ein Teil der alleinerziehenden Mütter auch bewußt auf eine Berufstätigkeit zugunsten der Kinder verzichtete.

Tab. 60: Erwerbsarmut im Haushaltskontext

	Anteil der "erwerbsarmen" Familien an der jeweiligen Gruppe
Befragte Familien insgesamt	30,6
Migrantenfamilien	54,8
Einheimische Familien	25,2
Ehepaare mit Kindern	39,7
mit 1 Kind	26,8
mit 2 Kindern	43,3
mit 3 und mehr Kindern	41,7
Nichteheliche Lebensgemeinschaften	(25,0)
Alteinerziehende	23,2
mit 1 Kind	33,0
mit 2 Kindern	25,5
mit 3 und mehr Kindern	(12,9)
Bildungsarme Familien	25,3
Nicht bildungsarme Familien	31,2
Einkommensarme Familien	33,9
Nicht einkommensarme Familien	25,4

() eingeschränkt aussagefähiger Wert.

Daten: Befragung armer und armutsnaher Familien in Schleswig-Holstein.

4.1.2.4 Wohnen

Wohnen ist ein unbestrittenes Grundbedürfnis der Menschen. Nach Art. 25 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen hat jeder Mensch "Anspruch auf eine Lebenshaltung, die seine und seiner Familie Gesundheit und Wohlbefinden, einschließlich Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztlicher Betreuung und der notwendigen Leistungen der sozialen Fürsorge gewährleistet (...)". (zit. n. Hanesch u.a. 1994, S. 161)

Eine sichere, ausreichend große und ausreichend ausgestattete Wohnung bietet ihren Bewohnern über den Schutz vor der Witterung hinaus die Befriedigung von Bedürfnissen wie Essen, Schlafen, Kontakten, Rückzug und Geborgenheit.

Die Wohnung ist die Basis des Familienlebens und der Kindererziehung, Grundlage von Gesundheit und Gesundheitspflege, Voraussetzung der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit und des komplikationslosen Bezugs von Sozialleistungen. Die persönliche Entfaltung und das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen hängen darüber hinaus wesentlich von der Qualität des Wohnumfeldes ab (vgl. BMFuS 1994, S. 135).

Als "wohnungsarm" gelten im vorliegenden Bericht Familien, die

- wohnungslos sind bzw. in einer Notunterkunft leben (kommunale Notunterkunft, Aussiedlerheim, Unterkunft für Asylbewerber und Flüchtlinge, Frauenhaus, Einrichtung der Wohnungslosenhilfe etc.) oder

- über keine der Haushaltsgröße angemessene Wohnfläche verfügen⁴⁶ oder
- weniger als einen Raum pro Person ab 7 Jahren zur Verfügung haben⁴⁷ und damit auch nicht jedem Schulkind ein eigenes Kinderzimmer bieten können oder
- eine Wohnung ohne Innen-WC, Bad/Dusche und/oder Sammelheizung bewohnen.

Wohnungsversorgung, Wohnungslose und Wohnungsnotfälle

Ein Viertel der befragten Familien lebte aufgrund seiner Einkommensschwäche in Mietwohnungen des sozialen Wohnungsbaus. Jede neunte befragte Familie wohnte jedoch nicht im Rahmen eines "normalen" Miet- oder Eigentumsverhältnisses, sondern war zur Untermiete (3,5 %) oder in Notunterkünften (7,8 %) untergebracht (vgl. Tab. 61). Mit Ausnahme der darin enthaltenen Flüchtlinge und Asylbewerber müssen die letztgenannten Personen als "wohnungslos" bezeichnet werden.⁴⁸

Tab. 61: Wohnformen der befragten Familien

Wohnform	Befragte insgesamt	darunter:			
		Ehepaare	Alleinerziehende	Migranten	Einheimische
in Spaltenprozenten					
Heim, Notunterkunft zur Untermiete	7,8	(7,7)	8,0	24,3 ¹⁾	(3,2)
Mietwohnung des sozialen Wohnungsbaus	3,5	(4,2)	(2,3)	(2,9)	(3,9)
andere Mietwohnung gemietetes Haus	25,5	26,6	28,6	40,0	23,5
Eigentumswohnung, eigenes Haus	44,9	39,2	47,4	27,1	49,5
	9,7	13,3	(6,9)	(5,7)	11,6
	8,5	9,1	(6,9)	–	8,4

() eingeschränkt aussagefähiger Wert.

1) Davon rund 27 % Aussiedler, 23 % Asylbewerber, 36 % Flüchtlinge und 14 % sonstige Nichtdeutsche.

Daten: Befragung armer und armutsnaher Familien in Schleswig-Holstein 1998.

⁴⁶ Als Maßstab dienen die bei der Vergabe von Sozialwohnungen als angemessen erachteten Wohnflächen. Gemäß den Finanzierungsrichtlinien 1997 zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus in Schleswig-Holstein sind für Alleinstehende bis zu 45 qm angemessen, für zwei Haushaltsmitglieder 45 – 60 qm, für drei Haushaltsmitglieder 60 – 70 qm, für vier Haushaltsmitglieder 70 – 85 qm, für fünf Haushaltsmitglieder 85 – 95 qm und für jedes weitere Haushaltsmitglied zusätzlich bis zu 10 qm (vgl. Amtsblatt für Schleswig-Holstein, Nr. 7/1999, S. 49). Die unteren Grenzwerte wurden in der Untersuchung als Unterversorgungsschwellen festgelegt. Demnach gilt z.B. ein Vier-Personen-Haushalt als unterversorgt, wenn er über weniger als 70 qm Wohnfläche verfügt.

⁴⁷ In der wohnungspolitischen Diskussion wird in der Regel von einem Mindeststandard von einem Wohnraum pro Person ausgegangen (Küche, Bad und Toilette nicht mitgezählt). Aufgrund des begrenzten Angebots an ausreichend großen und preiswerten Wohnungen ist dieser Standard für kinderreiche Familien und Familien mit mehreren Kleinkindern zu relativieren. Im Landesarmutsbericht wird daher eine engere Abgrenzung gewählt, die nur für Haushaltsmitglieder ab 7 Jahren einen eigenen Raum fordert.

⁴⁸ Nach einer Definition des Deutschen Städtetages sind Personen in Notunterkünften eine Teilgruppe der aktuell Wohnungslosen, vorausgesetzt, daß "sie diese Einrichtungen bei Verfügbarkeit einer geeigneten Wohnung verlassen können" (vgl. Evers/Ruhstrat 1994, S. 16). Diese Voraussetzung trifft auf die meisten Flüchtlinge und Asylbewerber nicht zu, da ihnen der Zugang zum Wohnungsmarkt aus aufenthaltsrechtlichen Gründen versperrt ist. – Gleichwohl mußten die befragten Migranten erwartungsgemäß deutlich häufiger in einer Notunterkunft leben (24,3 %) als einheimische Familien (3,2 %).

1998 waren insgesamt 17,5 % der befragten armen und armutsnahen Familien in Schleswig-Holstein als Wohnungsnotfälle einzustufen (einschließlich Wohnungsloser in Notunterkünften, jedoch ohne Asylbewerber und Flüchtlinge). Vor allem Familien mit drei und mehr Kindern (46,3%) und Migrantenfamilien (30,1%) waren zu den Wohnungsnotfällen zu zählen. Für die befragten alleinerziehenden Mütter ergab sich ein unterdurchschnittlicher Anteil (12,7 %).

"Wohnungsnotfälle" umfassen hierbei nicht nur die aktuell Wohnungslosen in Notunterkünften, sondern auch unmittelbar von Wohnungslosigkeit bedrohte Haushalte sowie Personen und Haushalte in unzumutbaren Wohnverhältnissen.⁴⁹ Als unzumutbar wurden u.a. außergewöhnlich beengte Wohnverhältnisse (zwei oder mehr Personen als Räume je Wohnung) und Haushalte mit völlig unzureichender Wohnungsausstattung (weder Bad noch WC in der Wohnung vorhanden) angesehen.⁵⁰

Die Zahlen zeigen, daß die Wohnungssicherung und -versorgung für einkommensschwache Familien nur begrenzt wirksam ist. Das Gros der Wohnungsnotfälle stellen zwar Alleinstehende, jedoch deuten die Ergebnisse der durchgeführten Befragung sowie der GISS-Untersuchung über Wohnungsnotfälle in Schleswig-Holstein (Evers/Ruhstrat 1994) darauf hin, daß auch zahlreiche Familien in akuter Wohnungsnot leben und Personen aus Familienzusammenhängen heraus wohnungslos werden. Auffällig ist hierbei eine wachsende Zahl junger Frauen, die nach einer Trennung oder Scheidung wohnungslos werden (vgl. Evers/Ruhstrat 1994, S. 243f) oder mangels Wohnraum in konfliktbeladenen Partnerschaften leben müssen.⁵¹

Wohnungsgröße und -belegung

Jeder befragten armen und armutsnahen Person in Schleswig-Holstein standen knapp 24 qm Wohnfläche zur Verfügung. Dies war viel weniger als die Wohnfläche, die der Durchschnitt der Bevölkerung zur Verfügung hatte. Schon 1993 lebte jeder Bewohner Westdeutschlands im Mittel auf 37,8 qm. In Haushalten ohne Kinder standen durchschnittlich 44,8 qm, in Haushalten mit Kindern durchschnittlich 27,4 qm je Person zur Verfügung (vgl. Scheewe 1997).

Die in Schleswig-Holstein befragten Ehepaare mit Kindern unter 18 Jahren im Haushalt mußten sich mit gut 19 qm pro Person bescheiden (vgl. Tab. 62). Die Alleinerziehenden hatten immerhin 25 qm pro Kopf zur Verfügung. Erwartungsgemäß sinkt die auf jede Person entfallende Wohnfläche mit wachsender Haushaltsgröße: Mitglieder von Drei-Personenhaushalten lebten auf gut 24 qm. Personen in Vier-Perso-

⁴⁹ Definition des Deutschen Städtetages (vgl. Evers/Ruhstrat 1994, S. 16).

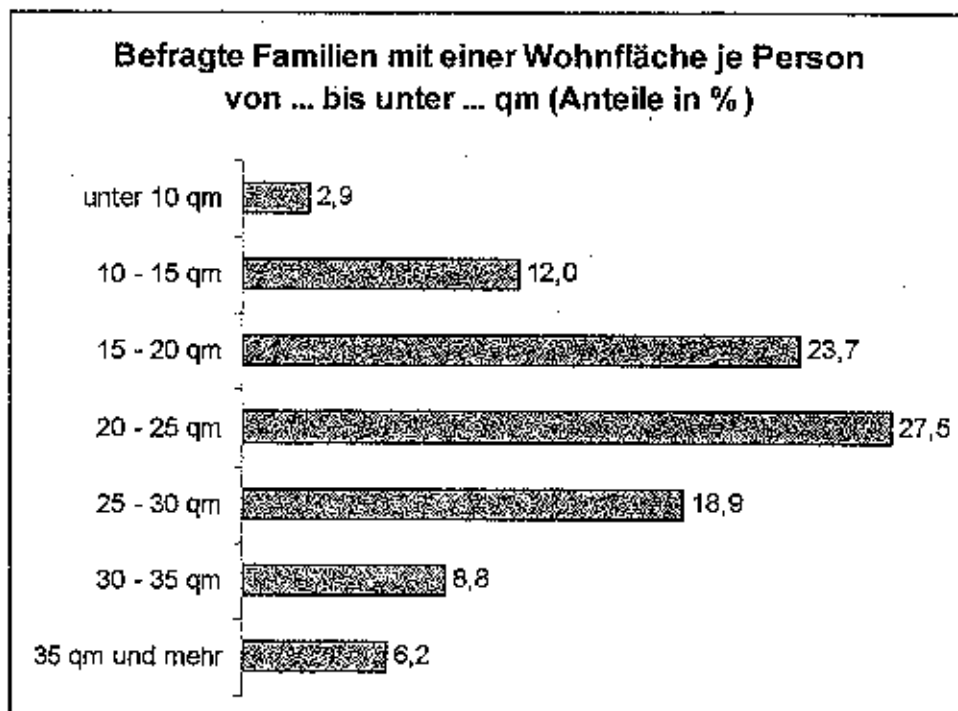
⁵⁰ Definition wie in der GISS-Studie über Wohnungsnotfälle in Schleswig-Holstein (Evers/Ruhstrat 1994, S. 19f).

⁵¹ Die Empfehlungen des Berichts zur Wohnungsnotfallproblematik in Schleswig-Holstein (MASJG Schleswig-Holstein 1996) sahen vor, bei der Planung und Gewährung von Hilfen für Wohnungsnotfälle geschlechtsspezifischen Aspekten Rechnung zu tragen. Zwischenzeitlich wurden in den vier kreisfreien Städten Kiel, Lübeck, Flensburg und Neumünster mit erheblicher finanzieller Unterstützung des Landes Beratungsstellen ausschließlich für Frauen eingerichtet, die zum Teil auch als Tagesaufenthalt genutzt werden können. Darüber hinaus werden in stationären Einrichtungen in Lübeck und Prisdorf Hilfen nach § 72 BSHG ausschließlich für Frauen in besonderen sozialen Schwierigkeiten gewährt. Die von Wohnungsnot betroffenen Frauen stellen auch eine besondere Zielgruppe im Rahmen der Landeswohnungsbauprogramme dar. Seit 1995 stellt das Land für solche Wohnungsnotfälle Sonderkontingente bereit.

nenhaushalten wohnten auf 20 qm. Menschen in Fünf-Personenhaushalten hatten 18 qm zur Verfügung. Haushalte mit mindestens sechs Mitgliedern lebten auf rund 15 qm pro Person zusammengedrängt.

Abbildung 48 zeigt, daß insgesamt fast jede siebte befragte Familie mit weniger als 15 qm Wohnfläche pro Person auskommen mußte.

Abb. 48



Daten: Befragung armer und armutsnaher Familien in Schleswig-Holstein 1998.

Das Ausmaß an *Unterversorgung* mit Wohnfläche und Wohnräumen ("Wohnflächenarmut" und "Wohnraumarmut") geht aus Tabelle 62 hervor:

- *Knapp ein Drittel (30,8 %) der befragten Familien lebte in Wohnungen, deren Fläche die im sozialen Wohnungsbau des Landes Schleswig-Holstein geltenden Mindeststandards unterschreitet.*
- *Rund 28 % hatten nicht für alle Familienmitglieder ab 7 Jahren einen eigenen Raum zur Verfügung.*
- *Fast jede zehnte Familie (9,5 %) lebte sogar in extrem überbelegten Wohnungen: In ihnen lebten mindestens zwei Personen mehr als Räume zur Verfügung standen, wobei Kinder unter 7 Jahren nicht mit eingerechnet wurden.*

Vor allem die großen und kinderreichen Haushalte waren zu hohen Anteilen hinsichtlich Wohnfläche und Wohnräumen unterversorgt.

Deutliche Versorgungsunterschiede zeigten sich zwischen den befragten Ehepaaren und Alleinerziehenden mit Kindern. Ehepaare mußten sehr viel häufiger in beengten

Wohnverhältnissen leben als Alleinerziehende. Allerdings ist zu berücksichtigen, daß viele alleinerziehende Mütter zugunsten ihrer Kinder auf einen eigenen Schlafraum verzichten (vgl. Tab. 62). Die Wohnraumversorgung der Kinder geht also zu Lasten der Mütter, da der kombinierte Wohn-/Schlafraum tagsüber weniger Rückzugs- und Regenerationsmöglichkeiten bietet.

Die hohen Unterversorgungsquoten der befragten Migrantenfamilien sind nicht allein auf deren oft große Personen- und Kinderzahlen zurückzuführen. Auch im Vergleich zu gleich großen einheimischen Familien waren Migranten durchweg schlechter gestellt. Beispielsweise hatten unter den Familien mit drei und mehr Kindern 80 % der Migranten, gegenüber 46,5 % der Nicht-Migranten keinen Raum für jedes Familienmitglied ab 7 Jahren.

Tab. 62: Wohnungsgröße und Wohnungsbelegung

	Durchschnittliche Wohnfläche		Anteile der Befragten			
	je Wohnung	je Person	mit zu geringer Wohnfläche ¹⁾	in Wohnungen mit weniger als einem Raum je Person ab 7 Jahren	in extrem überbelegten Wohnungen ²⁾	ohne eigenes Elternschlafzimmer
	in qm	in qm	in Prozent			
Befragte Familien insgesamt	75,0	23,5	30,8	28,2	9,5	33,1
Ehepaare mit Kindern	81,5	19,3	42,6	38,6	15,0	20,1
Nichteheilige Lebensgemeinschaften	80,7	20,7	(36,1)	(32,4)	/	(34,2)
Alleinerziehende	68,2	25,0	20,2	18,4	/	43,6
Familien mit 1 Kind	63,9	25,6	23,7	16,3	/	35,7
Familien mit 2 Kindern	77,8	22,0	27,2	23,8	/	32,3
Familien mit 3 und mehr Kindern	93,4	17,5	48,4	54,3	24,5	29,0
2 Personen-Haushalte	55,3	29,4	(17,5)	/	/	45,0
3 Personen-Haushalte	73,2	24,5	19,8	17,4	/	29,3
4 Personen-Haushalte	79,8	20,1	31,4	30,1	/	33,3
5 Personen-Haushalte	87,3	18,0	51,2	51,3	/	/
6 und mehr Personen-Haushalte	103,3	15,3	66,7	76,2	59,5	(29,3)
Migranten	63,3	17,0	61,2	58,2	28,6	43,2
Einheimische	78,4	23,5	24,0	21,6	5,1	31,0

() eingeschränkt aussagefähiger Wert.

/ wegen zu geringer Fallzahl kein Wert möglich.

1) Wohnungen, deren Wohnfläche die im sozialen Wohnungsbau des Landes Schleswig-Holstein für einzelne Haushaltsgrößen geltenden Standards unterschreitet.

2) Wohnungen, in denen - ungerechnet die Kinder im Vorschulalter - mindestens zwei Familienmitglieder mehr leben als Räume zur Verfügung standen.

Daten: Befragung armer und armutsnaher Familien in Schleswig-Holstein 1998.

Tabelle 63 zeigt die Wohnraumunterversorgung der Kinder und Jugendlichen in den befragten Familien. Über die Hälfte der Kinder im Schulalter und rund 45 % der 15- bis 18-Jährigen hatten demnach keinen eigenen Raum zum Anfertigen von Schularbeiten, Lesen, Nachdenken oder Treffen mit Freunden zur Verfügung. Jedes siebte Kind (17,0 %) mußte sogar in extrem überbelegten Wohnungen leben.

Tab. 63 Wohnraumunterversorgung der Kinder und Jugendlichen in den befragten Familien

	Anteile (in %) der Kinder und Jugendlichen		
	ohne eigenes Kinderzimmer	in Familien ohne eigenes Kinderzimmer für jedes Kind ab 7 Jahren	in extrem überbelegten Wohnungen ¹⁾
Kinder und Jugendliche insgesamt	59,0	39,1	17,0
Mädchen	57,8	39,6	17,4
Jungen	58,3	36,1	15,2
Kinder unter 3 Jahre	64,3	(20,5)	(7,2)
Kinder von 3 bis unter 7 Jahre	62,2	19,3	(4,3)
Kinder von 7 bis unter 11 Jahre	60,0	37,2	16,8
Kinder von 11 bis unter 15 Jahre	54,8	37,9	16,1
Kinder von 15 bis unter 18 Jahre	44,9	36,8	30,4
Kinder in Ehepaarfamilien	67,0	46,7	25,0
Kinder von Alleinerziehenden	46,2	30,6	6,8
Einzelkinder	15,5	(11,3)	(6,5)
Kinder mit 1 Schwester oder Bruder	44,7	19,1	6,6
Kinder mit 2 Geschwistern	76,3	45,9	12,3
Kinder mit 3 und mehr Geschwistern	98,2	66,1	43,5
Migrantenkinder	78,2	73,0	41,4
Einheimische Kinder	54,4	31,5	10,7

() eingeschränkt aussagefähiger Wert.

1) Wohnungen, in denen – ungerechnet die Kinder im Vorschulalter – mindestens zwei Familienmitglieder mehr lebten als Räume zur Verfügung standen.

Daten: Befragung armer und armutsnaher Familien in Schleswig-Holstein 1998.

Wohnungsausstattung

Die Ausstattung der Wohnung lag in den Haushalten von fast einem Drittel (29,2 %) der Befragten unter dem Minimalstandard. Von den drei Ausstattungsmerkmalen Bad, Innen-WC und Heizung fehlten in 2 % der Wohnungen alle drei, in 5,9 % der Wohnungen zwei und in 21,3 % der Wohnungen der Befragten immerhin eines.⁵² Der Anteil der befragten Familien mit unzureichend ausgestatteter Wohnung war damit doppelt so hoch wie im Durchschnitt der westdeutschen Gesamtbevölkerung. 1993 mußten 14,8 % aller westdeutschen Haushalte mit Kindern in einer Wohnung unter Standard leben (Scheewe 1997).

⁵² Darüber hinaus war in 3,4 % der befragten Haushalte auch keine Küche oder Kochgelegenheit vorhanden.

Die "Ausstattungsarmut" der Wohnung betraf die befragten Migrantenfamilien (41,9 %) deutlich häufiger als Nicht-Migranten (25,8 %). Ansonsten waren nur geringe Versorgungsunterschiede festzustellen. Die befragten (Ehe)Paare mit Kindern (31,6 %) berichteten etwas häufiger über defizitäre Ausstattungen als Alleinerziehende (25,5 %).

Zusammengefaßte Wohnungsarmut

Faßt man die betrachteten Unterversorgungen im Bereich des Wohnens zusammen, so ergibt sich folgendes Bild: Rund 40 % der Befragten nannten keine der drei Arten der Wohnungsunterversorgung (zu geringe Wohnfläche, zu geringe Raumzahl, unzureichende Wohnungsausstattung). 33 % gaben eine dieser Unterversorgungen an. 15 % berichteten von zwei dieser Unterversorgungen. Und 4 % waren in allen drei Aspekten unterversorgt. Nimmt man noch die 8 % Befragten hinzu, die in Heimen oder Notunterkünften lebten, so waren insgesamt 60 % der befragten Familien "wohnungsarm".

"Wohnungsarmut" in diesem zusammengefaßten Sinne, das heißt mindestens eine Art der genannten Unterversorgungen, betraf in besonderem Maße Haushalte mit fünf oder mehr Personen (vgl. Tab. 64). Die befragten Migranten lebten ganz überwiegend in unzureichenden Wohnverhältnissen (84,4 %), während die ansässigen Befragten "nur" gut zur Hälfte (53,9 %) wohnungsarm waren.

Tab. 64: Wohnungsarmut der befragten Familien

	Anteil "wohnungsarmer" ¹⁾ Familien
Befragte insgesamt	60,3
Ehepaare mit Kindern	69,3
Nichteheliche Lebensgemeinschaften	69,4
Alleinerziehende	52,3
Familien mit 1 Kind	56,5
Familien mit 2 Kindern	54,4
Familien mit 3 und mehr Kindern	75,5
2 Personen-Haushalte	49,4
3 Personen-Haushalte	50,4
4 Personen-Haushalte	60,0
5 Personen-Haushalte	81,0
6 und mehr Personen-Haushalte	90,0
Migranten	84,4
Einheimische	53,9

1) Mindestens eine der drei Arten der Unterversorgung (zu geringe Wohnfläche, weniger als ein Raum je Person ab 7 Jahren, unzureichende Wohnungsausstattung) oder Notunterkunft.

Daten: Befragung armer und armutsnaher Familien in Schleswig-Holstein 1998.

Die besonderen Wohnungsprobleme kinderreicher und nichtdeutscher Familien resultieren hauptsächlich aus der Einkommensschwäche dieser Gruppen und aus dem

Mangel an entsprechend großen und preiswerten Wohnungen. Zudem ging aus durchgeführten Intensivinterviews hervor, daß sich kinderreiche und ausländische Familien von Vermietern und Nachbarn häufig mit Vorurteilen konfrontiert sehen. Bemerkenswert ist, daß nahezu zwei Drittel der befragten wohnungsarmen Fünf- und Mehr-Personenhaushalte auf dem freien Wohnungsmarkt untergekommen sind, obwohl sicher ein größerer Anteil Anspruch auf eine Sozialwohnung hätte. Neben Unkenntnis der Rechtsansprüche mögen dafür auch Vorbehalte gegenüber Sozialwohnungen verantwortlich sein. In den Intensivinterviews mit armen Familien wurde mehrfach das Problem angesprochen, daß Sozialwohnungen oft nur in städtischen Randlagen verfügbar sind, wo sie sich in "sozialen Brennpunkten" massieren. Das Wohnen in dieser Umgebung wird insbesondere für die Kinder als abträglich angesehen, so daß eher nach privaten Lösungen gesucht wird.

4.1.2.5 Gesundheit

Die Weltgesundheitsorganisation der Vereinten Nationen (WHO) definiert Gesundheit als "Zustand eines vollkommenen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens und nicht allein als das Fehlen von Krankheiten und Gebrechen". Diese anspruchsvolle Definition betont unter anderem den sozialen und subjektiven Charakter von Gesundheit (vgl. Hanesch u.a. 1994, S. 168f.).

Unter Krankheit sollen vorübergehende Beeinträchtigungen der physischen Funktionen und/oder der psychischen Befindlichkeit, ggf. auch körperliche Veränderungen verstanden werden. Krankheit verhindert weitgehend die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Jedoch bedeutet keineswegs jede Krankheit schon Pflegebedürftigkeit und Arbeitsunfähigkeit.

In der medizinsoziologischen Forschung wurde immer wieder festgestellt, daß enge Zusammenhänge zwischen der Schichtzugehörigkeit der Menschen und ihrem Gesundheitszustand bestehen. Die unteren Schichten haben insgesamt mehr und typischerweise andere Erkrankungen als die oberen Schichten (Mielck 1994). Auch die Lebenserwartung unterer Schichten ist geringer als die bessergestellter Gruppierungen. Auch und gerade bei Kindern wurde ein direkter, linearer Zusammenhang zwischen der gesellschaftlichen Stellung und dem Ausmaß gesundheitlicher Beeinträchtigung beobachtet (Hurrelmann/Klocke 1997; vgl. Mielck 1998). Eine ganze Reihe von Studien zeigte, daß Morbidität und Mortalität insbesondere in sozial schwachen und armen Bevölkerungsgruppen deutlich erhöht sind.

Hierbei entsteht die Frage nach der Wirkungsrichtung. Sind Krankheiten eine Ursache und/oder eine Folge von Armut? Aufgrund der Ergebnisse vieler Studien steht fest, daß viele der besonders häufig auftretenden körperlichen und seelischen Krankheiten eine Folge von Armut sind. Dies gilt, anders als vielfach angenommen, kaum für Alkohol- und psychosomatische Krankheiten, wohl aber für Herz-Kreislauf- und viele andere Krankheiten sowie für eine verkürzte Lebenserwartung. Über Krankheiten als Ursache von Armut ist bislang wenig bekannt (vgl. Statistisches Bundesamt 1998a, S. 106). Zwar können bestimmte Suchtkrankheiten (illegale Drogen, Alkohol) durchaus Armut hervorrufen. Im allgemeinen ist Krankheit im engeren Sinne der zeitweiligen Pflegebedürftigkeit und Arbeitsunfähigkeit jedoch *keine Ursache* von Armut. Menschen mit gra-

vierenden gesundheitlichen Beeinträchtigungen tragen kein generell erhöhtes Armutsrisiko.

Langwierige gesundheitliche Probleme können allerdings eine bestehende Armutssituation verschärfen. Einerseits können Kranke, in den meisten Fällen auch die betreuenden Personen, kaum durch Erwerbstätigkeit zum Einkommen beitragen. Andererseits ist in Haushalten mit kranken Mitgliedern oft ein Teil des Nettoeinkommens zweckgebunden für Rehabilitationen, Arznei- und Hilfsmittelzuzahlungen sowie die Inanspruchnahme von Hilfsdiensten (vgl. Hauser/Hübinger 1993a, S. 155).

Jede(r) Zehnte unter den befragten armen und armutsnahen Familienangehörigen in Schleswig-Holstein gab an, dauerhaft krank oder pflegebedürftig zu sein. Weitere 15 % der Befragten waren zwar nicht selbst dauerhaft krank, lebten aber mit kranken und pflegebedürftigen Angehörigen zusammen. Insgesamt waren also ein Viertel der befragten Haushalte (26,6 %) Haushalte mit kranken oder pflegebedürftigen Mitgliedern.

Die tatsächliche Häufigkeit von Erkrankungen unter den Befragten und ihren Familienangehörigen dürfte indessen größer als diese ermittelten Raten sein. Denn es ist zu vermuten, daß wegen der nachweislich geringen Nutzung von Vorsorgeuntersuchungen durch sozial benachteiligte Personen die Befragten manche bestehende Krankheit (noch) nicht wahrgenommen haben. Berücksichtigt man dies und stellt in Rechnung, daß Morbidität und Pflegebedürftigkeit mit dem Alter der Menschen zunehmen, die Altersstruktur der Befragten jedoch vergleichsweise jung ist, so erweist sich der Anteil der Kranken unter den Befragten als überhöht (vgl. Statistisches Bundesamt 1997, S. 180f). Insgesamt spricht dieser Befund für die These "Armut macht krank". Er schließt jedoch nicht aus, daß auch die umgekehrte These "Krankheit macht arm" zutrifft.

Für die letztgenannte These fanden sich in der durchgeführten Befragung mehr Hinweise, als angesichts bisher bestehender Kenntnisse zu erwarten war. Zumindest waren viele Befragte der Meinung, daß Krankheit sie arm gemacht habe. Insgesamt gaben 9,4 % der Befragten an, daß sie aufgrund einer *plötzlich aufgetretenen* Krankheit, die sie zu einer Lebensumstellung gezwungen hat, in finanzielle Not geraten sind. Für 11,9 % waren eine *dauerhafte* Krankheit, Behinderung oder Erwerbsunfähigkeit Grund für finanzielle Engpässe. 4 % der Befragten nannten beide Gründe, so daß insgesamt 17 % der Befragten nach eigenen Angaben durch Krankheit in finanzielle Bedrängnis gerieten.

Jenseits körperlicher Erkrankungen klagten zahlreiche Befragte über Beeinträchtigungen des physischen und psychischen Wohlbefindens und wiesen "Besorgnissymptome" (Glatzer 1984) auf. Auch diese stehen zum großen Teil in signifikantem Zusammenhang mit Einkommensarmut (in Tab. 65 fett gedruckt).

Tab. 65: Beeinträchtigungen des physischen und psychischen Wohlbefindens

Art der Beeinträchtigung	Befragte insgesamt	Einkommensarme	Nichteinkommens- arme
	in Spaltenprozenten (Mehrfachantworten)		
(a) erschöpft, zerschlagen	80,3	79,4	83,9
(i) Ängste, Sorgen	73,6	75,4	72,0
(j) Schlafstörungen	50,8	53,8	47,0
(e) Kopfschmerzen	48,2	52,3	42,9
(b) unglücklich, niedergeschlagen	46,9	51,3	40,5
(c) Sorgen über Gesundheit	36,8	43,2	26,8
(h) aufgeregt, nervös	32,6	33,7	29,2
(f) durcheinander	29,0	30,2	27,4
(d) Herzklopfen	20,2	24,1	14,3
(g) zittern, schütteln	13,2	15,1	10,1

Daten: Befragung armer und armutsnaher Familien in Schleswig-Holstein 1998. (Die Beeinträchtigungen wurden mit Hilfe der von der Weltgesundheitsorganisation entwickelten Anxiety-Skala gemessen).

Keinerlei Besorgnisse im engeren Sinne (erschöpft, unglücklich, durcheinander, zittern, aufgeregt/nervös) hatten nur 16 % der Befragten. Die Mehrzahl nannte 1-2 Besorgnisse (52,7 %). Ein knappes Drittel (31,3 %) nannte 3-5 Besorgnisse und kann als besonders "besorgt" gelten.

Erwartungsgemäß waren kranke und pflegebedürftige Befragte deutlich häufiger (53,7 %) besorgt als gesunde Befragte (28,7 %). Eine körperliche Erkrankung beeinträchtigt, nicht erstaunlich, in hohem Maße das seelische Befinden. Ansonsten waren jedoch keine Zusammenhänge zwischen Besorgnis und sozialen Merkmalen der Befragten zu erkennen. Lediglich Frauen (32,7 %) waren etwas häufiger besorgt als Männer (26,7 %). Alleinerziehende waren nicht häufiger besorgt als verheiratete Frauen.

4.1.2.6 Soziale Integration

Gute zwischenmenschliche Beziehungen sind eine ebenso wichtige Lebensbedingung wie eine ausreichende Wohnung und eine marktgängige Bildung. Zwischenmenschliche Beziehungen können Versorgungslücken schließen, zum Beispiel durch Zuwendungen von Geld und Kleidung. Ein vorhandenes Netzwerk, damit sind Freunde, Bekannte, Verwandte und Nachbarn gemeint, gibt das Gefühl von Sicherheit, Vertrauen und Zusammengehörigkeit. Mit Hilfe des Netzwerks kann Rat, Trost und Hilfe, emotionale Zuwendung und soziale Bestätigung erlangt werden.

Als "integrationsarm" (sozial isoliert) gelten Personen, die entweder

- keine Freunde und Verwandten haben, oder
- ihre(n) beste(n) Freund(in) seltener als ein Mal im Monat treffen, oder
- in den letzten 12 Monaten keine Unterstützung aus ihrem sozialen Umfeld (Geld, Hausrat, Kinderspielzeug oder etwa ein vertrauensvoll helfendes Gespräch) erhalten haben.

Die Anzahl "enger Freunde", die die befragten armen und armutsnahen Familienmitglieder in Schleswig-Holstein nannten, lag bei durchschnittlich 4,3 Personen. Einkommensarme Befragte nannten durchschnittlich 4, nicht einkommensarme Befragte

durchschnittlich 4,5 Personen als Freunde. Aus anderen Befragungen weiß man, daß dies recht kleine Kontaktnetze sind. Ehepaare hatten Anfang der 90er Jahre in Westdeutschland ein Netzwerk von 6,9 Personen als Freunde, Personen in nichtehelicher Partnerschaft von 7,1 Personen und Singles ohne Partner sogar von 7,4 Personen (Schlemmer 1994, S. 79).

Jede(r) sechste Befragte (16,5 %) aus den armen und armutsnahen Familien in Schleswig-Holstein gab an, keine(n) enge(n) Freund(in) zu haben. Demgegenüber hatten von allen erwachsenen Einwohnern Westdeutschlands 1993 nur 14,8 % keinen engen Freund⁵³ (Daten des Wohlfahrtssurveys 1993; Quelle: Schwenk 1998).

Kontakte zu Freunden: Fast jede(r) fünfte Befragte, die/der mindestens einen Freund hatte, traf den besten Freund seltener als einmal im Monat (18,3 %) (vgl. Tab. 66). Dieser Anteil der Menschen mit seltenen Sozialkontakten ist doppelt so hoch wie im westdeutschen Durchschnitt. Dies liegt kaum an der Tatsache, daß es sich bei den Befragten um Familienmitglieder handelt. Familien haben kaum geringere Kontakthäufigkeiten als andere Lebensformen. Dies liegt mit hoher Sicherheit an der Armutssituation der Befragten. Eine Bestätigung findet sich darin, daß 21 % der einkommensarmen Befragten, aber nur 14,3 % der nicht einkommensarmen Befragten ihren besten Freund seltener als einmal im Monat oder nie trafen.

Tab. 66: Treffen mit dem besten Freund/der besten Freundin

Treffhäufigkeit	Befragte in Schleswig-Holstein 1998			Zum Vergleich: Wohlfahrtssurvey Westdeutschland 1993
	Insgesamt	Einkommens- arme	Nichtein- kommensarme	
	in Spaltenprozenten			in %
täglich, fast täglich	17,9	21,0	13,7	12,8
mind. einmal pro Woche	38,3	36,0	41,6	49,6
mind. einmal pro Monat	25,5	22,0	30,4	29,4
seltener oder nie	18,3	21,0	14,3	8,2

Daten: Befragung armer und armutsnaher Familien in Schleswig-Holstein 1998; Wohlfahrtssurvey Westdeutschland 1993 (Quelle: Schwenk 1998).

Andererseits war der Anteil derer, die ihren besten Freund täglich oder fast täglich trafen, unter den einkommensarmen (21 %) höher als unter den nicht einkommensarmen (13,7 %) Befragten. Es ist jedoch wahrscheinlich, daß hierunter die Partner von Alleinerziehenden einen wesentlichen Teil ausmachen.

Ähnlich ist die Situation mit den *Kontakten zu Verwandten*. Sie sind unter den Befragten seltener als in der Gesamtbevölkerung. 17,5 % der Befragten unterhielten keine engen Kontakte zu Verwandten. Darunter hatten wiederum mehr einkommensarme Befragte (23,4 %) keine engen Kontakte zu Verwandten als nicht arme Befragte (10,7 %).

Die genannten Einzelbefunde deuten bereits an, daß *Einkommensarme weniger integriert sind, das heißt weniger enge soziale Kontakte haben, als Nichtarme. Dies bestätigt sich in der zusammenfassenden Betrachtung der Anzahl von Freunden und Ver-*

⁵³ Dabei ist zu berücksichtigen, daß der für Westdeutschland genannte Wert auch die häufig isolierten Älteren einschließt, während die befragten Familienmitglieder in Schleswig-Holstein eine jüngere Altersstruktur aufwiesen.

wandten (vgl. Tab. 67). Ihr zufolge sind 7,6 % der Befragten völlig isoliert. Die soziale Einbindung weiterer 8,8 % der Befragten (mit nur 1-2 engen Freunden oder Verwandten) kann als "isoliationsgefährdet" bezeichnet werden. Diese Werte liegen etwas über den Größenordnungen, die für arm(utsnah)e Menschen in ganz Deutschland in Klientenbefragungen ermittelt wurden (vgl. Hübinger 1996, S. 113ff. und S. 200f).⁵⁴

Besonders viele Befragte ohne enge Freunde oder Verwandte fanden sich unter Migranten (11,1 %) und Personen ab 50 Jahren (18,4 %).

Tab. 67: Anzahl enger Freunde und Verwandte der Befragten

Anzahl enger Freunde und Verwandte	Befragte insgesamt	Einkommensarme	Nichteinkommensarme
	in Spaltenprozenten		
keine	7,6	10,3	3,5
1 - 2	8,8	8,4	9,8
3 - 5	18,3	21,5	15,6
6 und mehr	65,3	59,8	71,1

Daten: Befragung armer und armutsnaher Familien in Schleswig-Holstein 1998.

Eine wesentliche Funktion von Netzwerken liegt in der Möglichkeit, praktische, finanzielle und/oder emotionale *Unterstützung* zu erhalten. 8,5 % der Befragten gaben an, daß sie im letzten Jahr überhaupt keine dieser Unterstützungen erhalten hatten, auch nicht von sozialen Einrichtungen. Bedenkt man, daß Klienten befragt wurden, ist dies ein hoher Anteil. Alleinerziehende hatten häufiger Unterstützung erhalten (96 %) als Ehepaare mit Kindern (86,3 %), was auf den höheren Unterstützungsbedarf Alleinerziehender z.B. in der Kinderbetreuung zurückgeführt werden kann (vgl. Tab. 68).

Einkommensarme und nicht einkommensarme Befragte hatten etwa gleich häufig Unterstützung erhalten (vgl. Tab. 68). Auch dies erklärt sich dadurch, daß ausschließlich Klienten befragt wurden. Einkommensarme konnten aber im Schnitt auf weniger Unterstützungsquellen zurückgreifen. Vor allem konnten sie weniger auf die Hilfe von Freunden und Eltern zählen.

⁵⁴ Hierbei ist zu berücksichtigen, daß in der Caritas-Untersuchung neben der Zahl von Freunden und Verwandten auch Besuchskontakte mit Nachbarn und die Intensität dieser Kontakte erhoben wurden.

Tab. 68: Unterstützungsquellen der Befragten

	Befragte insgesamt	Einkommensarme	Nichteinkommensarme	Ehepaare mit Kindern	Alleinerziehende
Anteil der Befragten, die in den letzten 12 Monaten Unterstützung erhalten haben	91,5	93,1	90,9	86,3	96,0
Anteil der Befragten, die aus einer der folgenden Quellen Unterstützung erhalten haben (Mehrfachantworten):					
Freunde, Bekannte	47,6	39,4	58,9	34,8	57,6
Eltern, Schwiegereltern	46,6	37,5	54,4	39,1	53,7
Sozialamt, ASD	45,6	56,9	32,6	43,5	49,7
Beratungsstellen, Wohlfahrtsverbände	31,1	31,0	31,4	30,4	32,8
Geschwister	28,2	23,1	34,9	20,3	35,0
Arzt, Therapeut	16,7	13,4	20,6	9,4	19,8
Jugendamt	15,3	15,3	16,0	6,5	22,0
Nachbarn	14,1	11,6	17,1	8,7	18,6
andere Verwandte	12,4	10,2	15,4	11,6	11,9
Durchschnittliche Zahl der Quellen	3,46	3,07	3,94	2,86	3,84

Daten: Befragung armer und armutsnaher Familien in Schleswig-Holstein 1998.

Wendet man die o.a. Definition der "Integrationsarmut" (Isolation) an, so erwiesen sich 28,2 % der Befragten in mindestens einem der drei Aspekte als isoliert (vgl. Tab. 69). Nur sehr wenige Befragte (1,1 %) wiesen alle drei Isolationsmerkmale zugleich auf, hatten also weder Freunde noch Verwandte genannt, noch hatten sie im letzten Jahr Unterstützung erhalten. 8,7 % der Befragten waren in zweierlei Hinsicht isoliert, 18,4 % in einer. Von den zuletzt genannten hatten drei Viertel zwar einen Freundeskreis und auch Unterstützung erhalten, trafen ihren besten Freund aber seltener als einmal im Monat. Das restliche Viertel verfügte zwar über ein Netzwerk, hatte aber keine Unterstützung erhalten.

Es konnte kein Zusammenhang zwischen Isolation einerseits und Gesundheit bzw. Krankheit andererseits festgestellt werden.

Tab. 69: Soziale Isolation unter den Befragten

	Anteil "sozial isolierter" in der jeweiligen Gruppe	darunter: mit mindestens zwei Merkmale der sozialen Isolation
Befragte insgesamt	28,2	9,8
Frauen	23,6	(5,2)
Männer	40,9	22,7
Einkommensarme	32,5	11,7
Nichteinkommensarme	16,0	(6,7)
Migranten	31,0	(14,1)
Einheimische	27,4	8,8
Ehepaare mit Kindern	34,7	(14,5)
Alleinerziehende	24,7	(6,0)
Jüngere bis 29 Jahre	(21,1)	(3,5)
Ältere ab 50 Jahre	(51,5)	(27,3)

() eingeschränkt aussagefähiger Wert.

Daten: Befragung armer und armutsnaher Familien in Schleswig-Holstein 1998.

4.1.2.7 Kombinationen und Kumulationen der Unterversorgung

Bislang wurden die einzelnen Dimensionen der Armut getrennt dargestellt. Allerdings leben die Menschen nicht separat im Bereich der Einkommen, der Bildung, der Erwerbstätigkeit, des Wohnens und der sozialen Beziehungen. Diese Lebensbedingungen wirken vielmehr zusammen und schaffen insgesamt Lebenslagen, ggf. Armuts-lagen, der Menschen. Besonders wichtig sind hierunter Kumulationen von Nachteilen, die für viele Menschen typisch sind.

Was die Zusammenhänge zwischen einzelnen Armutsdimensionen betrifft, so war für die befragten Familien ein enger Zusammenhang zwischen Einkommensarmut und Wohnungsarmut festzustellen⁵⁵.

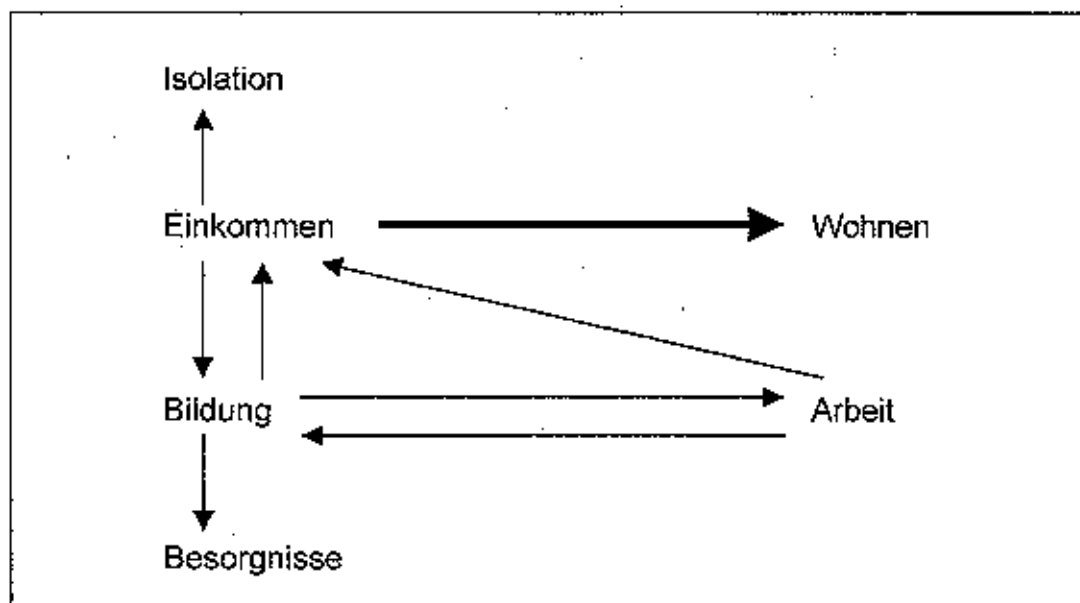
Weitere, aber schwächere Zusammenhänge⁵⁶ bestanden u.a. zwischen Einkommensarmut und Bildungsarmut, zwischen Einkommensarmut und sozialer Isolation sowie zwischen Bildungsarmut und Besorgnissen. Ansonsten fanden sich die o.a. Dimensionen der Armut im Leben der Menschen relativ unabhängig voneinander. Dies zeigt, daß keinesfalls davon ausgegangen werden kann, daß in jeder Hinsicht arm ist, wer in einer bestimmten Hinsicht arm ist. Um so wichtiger ist es, von einem mehrdimensionalen Armutsbegriff auszugehen. Zwar gehen Unterversorgungen im Wohnbereich oder soziale Isolation häufig mit Einkommensarmut einher. Dennoch kennt man nur einen geringen Teil des Armutsspektrums, wenn man über Einkommensarmut informiert ist.

⁵⁵ Phi .335 (Signifikanz .000).

⁵⁶ Phi zwischen .150 und .200.

Abbildung 49 verdeutlicht die bei den befragten Familien gefundenen Beziehungen zwischen den Armutsdimensionen. Die Pfeile zeigen die Richtung und die Stärke der Einflüsse zwischen den Dimensionen.⁵⁷

Abb. 49: Beziehungen zwischen den Armutsdimensionen



Daten: Befragung armer und armutsnaher Familien in Schleswig-Holstein 1998.

Die Unterversorgungen in den einzelnen Lebensbereichen lassen sich nach Häufigkeit der Nennungen in eine Rangreihe bringen:

Tab. 70: Rangreihe der Unterversorgungen von Personen

Rang	Dimension der Unterversorgung	Anteil armer Befragter
1	Wohnungsarmut	60,3
2	Einkommensarmut	55,6
3	Besorgnisse	31,3
4	Soziale Isolation	28,2
5	Erwerbsarmut	27,7
6	Bildungsarmut	27,1

Daten: Befragung armer und armutsnaher Familien in Schleswig-Holstein 1998.

Tabelle 70 zeigt, daß Wohnungs- und Einkommensarmut mit Abstand die meisten unter den Befragten betrafen. Dies war in allen Altersgruppen, Lebensformen, Geschlechtern oder Migrationsarten der Fall. "Unterhalb" der Wohnungs- und Einkommensdimension unterschied sich die Situation der einzelnen Gruppierungen. Während für Männer Erwerbsarmut (45,5 %) und soziale Isolation (40,9 %) an nächst häufiger Stelle standen,

folgten bei Frauen Besorgnisse (32,4 %) an dritter Stelle. Bildungsarmut stand bei kinderreichen Eltern an dritter Stelle (37,2 %).

Betrachtet man die Situation der Haushalte und nicht die der einzelnen Personen, so können nur vier Armutsdimensionen (Einkommen, Bildung, Arbeit, Wohnen) berücksichtigt werden. Insgesamt gesehen ist das Ausmaß der Armut für Haushalte größer als das für Einzelpersonen (vgl. Tab. 71). Knapp zwei Drittel aller befragten Familien (60,3 %) lebten in Wohnungsarmut, gut die Hälfte (55,6 %) war einkommensarm. In 34,1 % der befragten Familien war mindestens ein Elternteil bildungsarm. 30,6 % der Familien waren von Erwerbsarmut betroffen.

Tab. 71: Rangreihe der Unterversorgungen von Haushalten

Dimension der Unterversorgung	Unterversorgungsquoten der befragten Familien mit minderjährigen Kindern					
	Insgesamt	Ehepaare	Alleinerziehende	Familien mit 3 und mehr Kindern	Migranten	Einheimische
Wohnungsarmut	60,3	69,3	52,3	75,5	84,4	53,9
Einkommensarmut	55,6	57,2	52,8	78,4	77,6	50,2
Bildungsarmut	34,1	41,6	28,6	44,2	26,2	35,0
Erwerbsarmut	30,6	38,4	25,1	28,2	47,9	26,1

Daten: Befragung armer und armutsnaher Familien in Schleswig-Holstein 1998.

Betrachtet man mehrere Armutsdimensionen zugleich, so fragt sich, in wie vielen Haushalten Häufungen der Armut in mehreren Dimensionen (z.B. Einkommens-, Bildungs-, und Integrationsarmut zugleich) auftreten. Diese *Kumulationen* von Unterversorgungen geben Auskunft über den jeweiligen "Schweregrad" und die "Konsistenz" von Armutslagen.

Betrachtet man zunächst nur vier der o.a. sechs Armutsdimensionen, die insofern "objektiv" sind, als sie vom Denken und Handeln der Menschen unabhängig auftreten und wirken,⁵⁸ so nannten von den befragten Personen 15,1 % keine Unterversorgung innerhalb der vier Armutsdimensionen Einkommen, Bildung, Arbeit und Wohnen. 28,6 % wiesen Armut in einer, 32,4 % Armut in zwei, 20,0 % Armut in drei und 3,8 % Armut in allen vier Bereichen auf (vgl. Tab. 72). Berücksichtigt man zusätzlich die beiden Dimensionen Besorgnisse und soziale Isolation, so erwiesen sich nur 9,1 % als in keiner Hinsicht arm, 21,1 % waren in einem Bereich unterversorgt, 28,4 % in zweien, 24,2 % in dreien, und bei 17,2 % häufte sich Armut in mindestens vier Dimensionen.

Bleiben wir bei den vier Bereichen Einkommen, Bildung, Arbeit und Wohnen, so zeigt sich, daß es erwartungsgemäß besonders die einkommensarmen Personen waren, die häufig auch in anderer Hinsicht unterversorgt waren. 87,3 % der befragten Einkommensarmen waren in mindestens einer weiteren Dimension arm. 35,5 % der befragten einkommensarmen Personen waren in zwei weiteren Bereichen unterversorgt, und 6,9 % der Einkommensarmen waren sogar Anhäufungen von Nachteilen in allen vier ge-

⁵⁸ Besorgnisse und soziale Integration, die beiden weiteren Armutsdimensionen, reichen dagegen in "subjektiv" empfundene Deprivationen hinein und können teilweise auch als Folge materieller Unterversorgungen auftreten.

nannten Dimensionen ausgesetzt. Dergleichen Kumulationen von Unterversorgungen traten bei nicht einkommensarmen Personen deutlich seltener auf.

Von kumulativer Armut in besonders starkem Maße betroffen waren unter den Einkommensarmen vor allem Migranten, Ehepaare, jüngere (bis 29 Jahre) und ältere Personen (ab 50 Jahre). Bei letzteren handelte es sich meist um jüngere Familien in der Aufbauphase und um ältere Familien mit einem arbeitslosen Ernährer. Ehepaare mit Kindern waren, vor allem wegen oft unzureichender Wohnraumversorgung, häufiger kumulativ arm als Alleinerziehende. Männer waren, vor allem wegen Arbeitslosigkeit, häufiger kumulativ arm als Frauen.

Die einzige Gruppierung, die unter den nicht einkommensarmen Personen relativ häufig kumulativ arm war, waren Migranten. Dies erklärt sich durch das recht häufige Zusammentreffen von Erwerbs- und Wohnungsarmut.

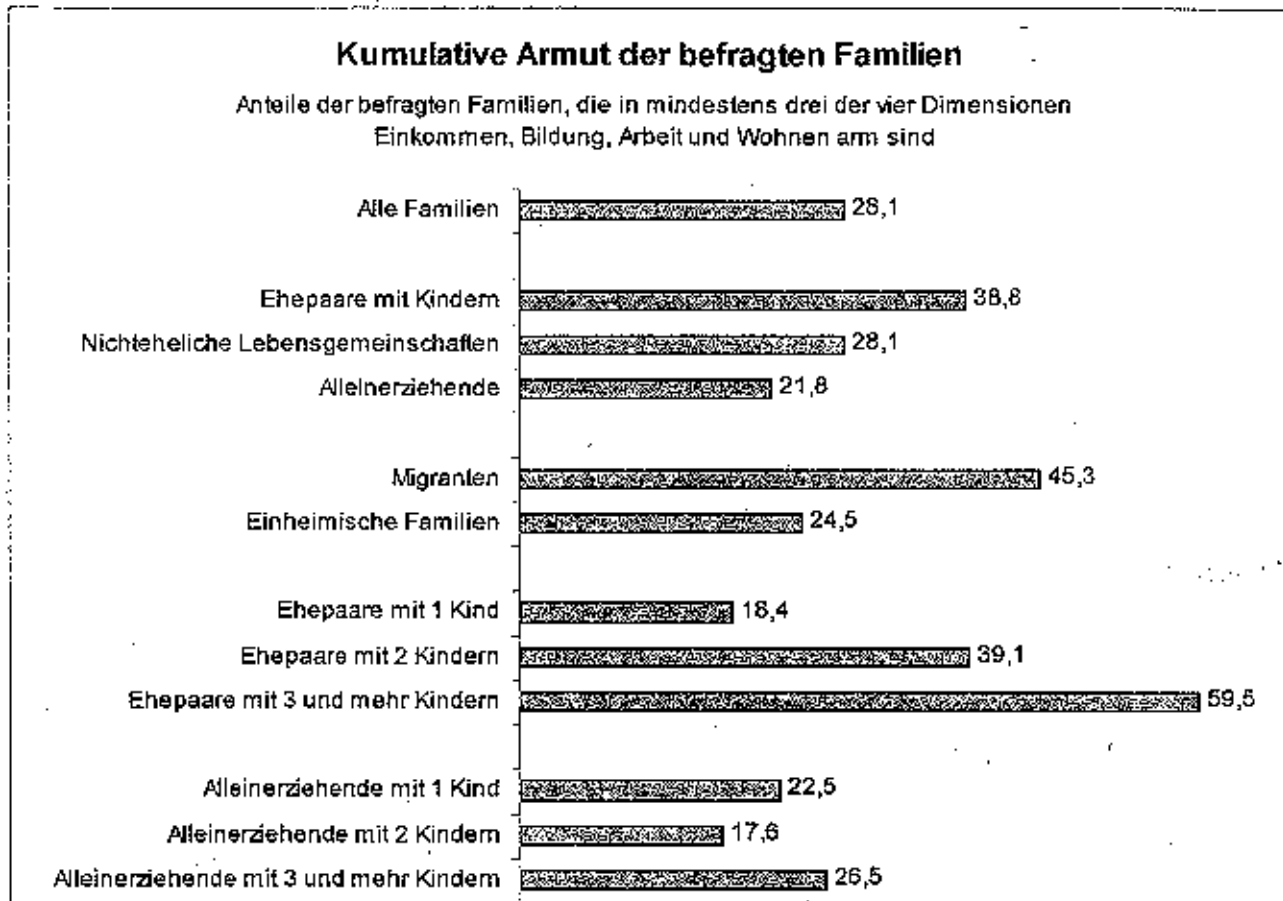
Tab. 72: Kumulationen von Unterversorgungen bei Personen und Haushalten

	Kumulative Unterversorgung in den Dimensionen Einkommen, Bildung, Arbeit und Wohnen	
	Befragte Personen	Befragte Familien
	Anteile in Spaltenprozenten	
nicht unterversorgt	15,1	14,5
eine Unterversorgung	28,6	29,0
zwei Unterversorgungen	32,4	28,4
drei Unterversorgungen	20,0	22,7
vier Unterversorgungen	3,8	5,4
durchschnittliche Zahl der Unterversorgungen	1,69	1,76

Daten: Befragung armer und armutsnaher Familien in Schleswig-Holstein 1998.

Auch das Ausmaß kumulativer Armut stellt sich auf der Ebene der Haushalte größer dar als auf der Ebene der Einzelpersonen (vgl. Tab. 72 und Abb. 50). *Mehr als jede vierte befragte Familie (28,1 %) war extrem belastet und in mindestens drei der vier Dimensionen Einkommen, Bildung, Arbeit und Wohnen unterversorgt.* Die höchste Quote kumulativ armer Familien ergab sich für Ehepaare mit drei und mehr Kindern, darunter viele Familien von Migranten.

Abb. 50:



Daten: Befragung armer und armutsnaher Familien in Schleswig-Holstein 1998.

Kumulationen der Armut sind aufschlußreich im Hinblick auf den Schweregrad der Armut. Geht man jedoch *Kombinationen* der Armut (z.B. dem Bildungsgrad, der Wohnsituation und der Einkommensarmut einer Alleinerziehenden) nach, so erkennt man die jeweilige Besonderheit der Lage einer armen Familie.

Die am häufigsten vorkommenden Kombinationen von Unterversorgung waren:

Tab. 73: Kombinationen von Unterversorgungen bei den befragten Familien

Kombinationen von Unterversorgungen	Befragte Familien insgesamt	Ehepaare mit Kindern	Alleinerziehende
	in Spaltenprozenten		
Einkommen + Wohnen	10,1	9,1	15,8
Einkommen + Bildung + Wohnen	9,7	14,0	13,3
Wohnen	8,0	12,4	(7,3)
Einkommen + Arbeit + Wohnen	6,4	13,2	6,1
Einkommen	5,1	/	9,1
Arbeit	5,1	(4,1)	8,5
Einkommen + Bildung + Arbeit + Wohnen	4,1	9,1	/

() eingeschränkt aussagefähiger Wert.

/ wegen zu geringer Fallzahl kein Wert möglich.

Daten: Befragung armer und armutsnaher Familien in Schleswig-Holstein 1998.

Die häufigste Kombination, die Verbindung von Einkommens- und Wohnungsarmut, war kennzeichnend für die Situation vieler Familien von Alleinerziehenden (vgl. Tab. 73). Die Kombination von Einkommens-, Arbeits- und Wohnungsarmut fand sich besonders häufig in Ehepaarfamilien mit mehreren Kindern. Das Gleiche gilt für ausschließliche Wohnungsarmut. Dagegen kam bei Alleinerziehenden eher Einkommensarmut ohne weitere Unterversorgungen vor.

4.1.2.8 Armutsindex

Aus den dargestellten Einzeldimensionen der Armut wurde ein Gesamtindex gebildet. Ihm zufolge gilt eine Person dann als arm, wenn sie in mindestens einer der Dimensionen Einkommen, Bildung, Arbeit oder Wohnen unterversorgt ist. Nach dieser Definition waren 84,9 % der Befragten arm (vgl. Tab. 74).

Das Risiko der so gemessenen Armut war für die befragten Migranten, Kinderreichen, Arbeiter sowie (definitionsbedingt) für gering Gebildete und Arbeitslose wesentlich höher als für Nichtmigranten, Personen mit höchstens zwei Kindern und mittlere/leitende Angestellte bzw. Beamte. Die befragten Männer trugen ein etwas höheres Armutsrisiko als die befragten Frauen. Unterdurchschnittlich war (vor allem wegen ihrer vergleichsweise guten Wohnsituation) die Armutsquote der befragten Alleinerziehenden.

Tab. 74: Armut in mindestens einer der vier Dimensionen
Einkommen, Bildung, Arbeit und Wohnen

	Armutquote
Befragte insgesamt	84,9
Geschlecht	
Männer	87,8
Frauen	83,7
Alter	
bis 29 Jahre	86,9
30 bis 39 Jahre	84,7
40 bis 49 Jahre	84,0
50 Jahre und älter	90,3
Migrationsstatus	
Migranten	96,9
Deutsche	81,9
Lebensform mit Kindern unter 18	
Ehepaare	87,9
Nichteheliche Lebensgemeinschaften	90,9
Alleinerziehende	81,8
Zahl der Kinder unter 18 in der Familie	
ein Kind	81,2
zwei Kinder	81,5
drei und mehr Kinder	95,5
Schulbildung	
kein Abschluß, Sonderschule	100,0
Hauptschulabschluß	89,2
Mittlere Reife	74,5
Abitur, Fachhochschulreife	82,1
Berufsausbildung	
keine Ausbildung	100,0
Anternausbildung, Berufsfachschule	82,9
Lehre	79,4
Fachschule, Meisterschule	76,5
Fach-/Hochschulabschluß	81,8
Erwerbsstatus der Befragten	
voll- oder teilzeitberufstätig	67,1
gering oder nur gelegentlich berufstätig	100,0
arbeitslos	100,0
Hausfrau, Hausmann	85,5
aus sonst. Gründen nicht erwerbstätig	80,0
Berufliche Stellung der Befragten ¹⁾	
Arbeiter	92,0
einfache Angestellte, Beamte	82,0
mittlere u. leitende Angestellte, Beamte	68,3
Freiberufler, Selbständige	96,4
in Ausbildung und Sonstige	86,7

1) bei Berufstätigen aktuelle Stellung, bei nicht Berufstätigen letzte berufliche Stellung.

Daten: Befragung armer und armutsnaher Familien in Schleswig-Holstein.

Tabelle 75 zeigt, daß Kinder nicht nur die Armut ihrer Eltern teilen, sondern überproportional durch Lebenslagenarmut betroffen sind, da kinderreiche Haushalte besonders oft arm sind. Von den Kindern waren zum Teil weit höhere Anteile arm als von den befragten Familien.

Tab. 75: Lebenslagenarmut der befragten Familien und der mitbetroffenen Kinder im Vergleich

	Armutsquoten der befragten Familien mit minderjährigen Kindern	Armutsquoten der mitbetroffenen Kinder					
		Insgesamt	nach Familienform		nach Zahl der Geschwister		
			Kinder in Ehepaar-familien	Kinder von Allein-erziehenden	Einzelkinder	Kinder mit 1 Geschwister	Kinder mit 2 und mehr Geschwistern
Einkommensarmut	55,6	64,2	68,4	60,2	46,7	57,5	79,8
Bildungsarmut eines oder beider Elternteile	34,1	37,0	43,5	29,8	29,4	33,6	46,0
Erwerbsarmut eines oder beider Elternteile	30,6	30,9	39,7	23,2	30,2	33,1	29,4
Wohnungsarmut	60,3	71,1	82,0	58,4	61,1	60,5	81,1
darunter: in extrem überbelegten Wohnungen ¹⁾	9,5	17,0	25,0	6,8	(6,5)	6,6	29,3
Armut in mindestens einer der vier Dimensionen	85,5	90,2	94,5	85,4	83,4	87,6	95,5
Kumulative Armut in drei oder vier Dimensionen	28,1	36,2	48,6	25,2	22,7	31,9	47,2

1) Wohnungen, in denen – ungerechnet die Kinder im Vorschulalter – mindestens zwei Familienmitglieder mehr lebten als Räume zur Verfügung standen.

Daten: Befragung armer und armutsnaher Familien in Schleswig-Holstein 1998.

4.2 Bestimmungsgründe der Lebenslagenarmut

In den vorangegangenen Abschnitten wurden unter anderem die sozialen Merkmale dargestellt, die mit höheren oder geringeren Armutsrisiken einhergehen. Nun wird die Stärke dieser Zusammenhänge vergleichend gezeigt werden. Dadurch kann die kausale Struktur der Armut wenigstens teilweise offengelegt werden (vgl. Tab. 76).⁵⁹

Vergleicht man alle erfaßten Einflußfaktoren, so hing die *Einkommensarmut* der befragten Familien in erster Linie von ihrer Erwerbsbeteiligung, Schulbildung und Kinderzahl ab. Arbeitslosigkeit und Nichterwerbstätigkeit, eine geringe Bildung und eine hohe Kinderzahl erhöhten deutlich die Wahrscheinlichkeit, arm zu sein. Des weiteren trug auch der Migrantenstatus in starkem Maße zu erhöhten Armutsrisiken bei.

Die *Bildungsarmut* der Befragten war hingegen hauptsächlich vom Alter abhängig. Je jünger die befragten Eltern waren, desto eher kam Bildungsarmut vor. Daneben wurde ein leicht erhöhtes Risiko der Bildungsarmut für Alleinerziehende mit drei oder mehr Kindern festgestellt. – Wie bereits erwähnt, führen Schwangerschaften in jungem Alter häufig zum Abbruch der Ausbildung. Der Befund deutet auch an, wie schwierig es ist, eine Ausbildung und die Betreuung von Kindern zu vereinbaren.

Die *Erwerbsarmut* der Befragten wurde stark durch das Geschlecht, mittelstark durch den Migrationsstatus und schwach durch das Alter geprägt. Demnach waren besonders ausländische und ältere Männer erhöhten Risiken am Arbeitsmarkt ausgesetzt.

Wohnungsarmut entstand hauptsächlich durch den Migrantenstatus und eine hohe Kinderzahl. Weitere, mittelstarke Einflüsse auf Wohnungsarmut hatten die Lebensform (höheres Armutsrisiko von Paaren mit Kindern), die Schulbildung und die Erwerbsbeteiligung der Befragten (höheres Armutsrisiko von gering Gebildeten, Arbeitslosen und Nichterwerbstätigen). Das Alter der Befragten hatte darüber hinaus einen schwachen Einfluß.

Für "*Besorgnisse*" wurde ein starker Erklärungsfaktor gefunden: die Schulbildung. Je geringer die Bildung, desto häufiger gaben die Befragten an, erschöpft, unglücklich, durcheinander, nervös etc. zu sein. Dieser Zusammenhang erklärt sich vermutlich daraus, daß eine geringe Bildung meist wenig Optimismus, soziale Fertigkeiten und Zukunftsperspektiven vermittelt.

Soziale Isolation wurde, allerdings eher schwach, vom Geschlecht und vom Alter der Befragten beeinflußt. Wichtiger als diese individuellen Merkmale waren hier die Lebensbedingungen der Befragten. So war soziale Isolation häufig Folge von Einkommensarmut (vgl. Kapitel 4.1.2.6).

Armut insgesamt, d.h. Armut in mindestens einer der vier Kerndimensionen Einkommen, Bildung, Arbeit und Wohnen, hing vor allem vom Migrationsstatus und von

⁵⁹ Die Bestimmungsgründe der Lebenslagenarmut wurden mit Hilfe logistischer Regressionen ermittelt. Mit diesem statistischen Verfahren kann die Wahrscheinlichkeit des Eintretens von Armut bei Vorliegen bestimmter sozialer Merkmale (z.B. Migrantenstatus, Kinderzahl) vorhergesagt werden. In der Regression werden dazu für jedes Merkmal Quotenverhältnisse geschätzt (Exp (B)). Sie sagen beispielsweise aus, um wieviel wahrscheinlicher Migranten als Nicht-Migranten in Armut geraten.

der Kinderzahl ab. Diese beiden Determinanten beeinflussen das Armutsrisiko sehr stark.⁶⁰

Kumulative Armut, d.h. Armut in mindestens drei der vier Kerndimensionen⁶¹, war vor allem eine Frage des Migrationsstatus, der Kinderzahl und der beruflichen Stellung der Befragten. Der Migrationsstatus erwies sich hierbei als stärkster Prädiktor. Migranten waren also in besonderem Maße gefährdet, gleich in mehrerer Hinsicht in Armut zu geraten.

⁶⁰ Die Determinanten Bildung und Erwerbsbeteiligung wurden hierbei aus der Analyse ausgeschlossen, da sie zugleich Dimensionen der Armut darstellen.

⁶¹ Auch hierbei wurden Bildung und Erwerbsbeteiligung nicht als Determinanten berücksichtigt.

Tab. 76: Bestimmungsgründe der Lebenslagenarmut

Bestimmungsgründe	Armut in einzelnen Lebenslagedimensionen												Isolation			Armut in mindestens einer der vier Kern-dimensionen ¹⁾			Kumulative Armut in mindestens drei der vier Kern-dimensionen ¹⁾														
	Einkommen			Bildung			Arbeit			Wohnen			Besorgnisse																				
	Sig	R	Exp (B)	Sig	R	Exp (B)	Sig	R	Exp (B)	Sig	R	Exp (B)	Sig	R	Exp (B)	Sig	R	Exp (B)	Sig	R	Exp (B)	Sig	R	Exp (B)	Sig	R	Exp (B)						
Geschlecht (Männer/Frauen)																																	
Alter (in Jahren)	***	,17	5,08	***	-,19	,93	***	-,19	,31	*	,11	1,05	*	,11	1,05	*	,11	1,05	*	,11	1,05	*	,11	1,05	*	,11	1,05	*	,11	1,05			
Migrantenstatus (nein/ja)	***	,18	1,77	*	,07	2,13	*	,08	2,04	*	,10	1,39	*	,10	1,39	*	,10	1,39	*	,10	1,39	*	,10	1,39	*	,10	1,39	*	,10	1,39	*	,10	1,39
Lebensform (Paare/Alleinerziehende)	***	-,22	,44	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/			
Kinderzahl (Anzahl)	***	-,17	,33	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/			
Kinderzahl*Lebensform ²⁾																																	
Schulabschluss ³⁾																																	
Berufsausbildung (ja/nein)																																	
Erwerbstätigkeit (nein/ja)																																	
Berufliche Stellung ⁴⁾																																	
Chi Square für das jeweilige Modell	53,211***			20,744***			36,237***			43,035***			17,204***			13,186**			17,680***			27,803***											

1) Kerndimensionen Einkommen, Bildung, Arbeit und Wohnen.

2) Interaktionsvariable, die Wechselwirkungen zwischen Kinderzahl (1-2 Kinder/3 und mehr Kinder) und Lebensform (Paare/Alleinerziehende) erfaßt. - Für andere Interaktionsvariablen wurden keine nennenswerten Einflüsse festgestellt.

3) Kein Abschluß oder Sonderschulabschluß, Hauptschulabschluß, Mittlere Reife, Fachhochschulreife und Abitur.

4) Bei Erwerbstätigen: aktuelle, bei Nichterwerbstätigen letzte berufliche Stellung: Arbeiter, einfache Angestellte und Beamte, qualifizierte Angestellte und Beamte, Freiberufler und Selbständige.

Die Tabelle zeigt Ergebnisse logistischer Regressionen (Bedingte Vorwärtsauswahl der Merkmale).

/ Merkmal wurde aus inhaltlichen Gründen aus der Analyse ausgeschlossen.

Sig Signifikanzniveau *** ≤ .001
 ** ≤ .01
 * ≤ .05

Daten: Befragung armer und armutsnaher Familien in Schleswig-Holstein 1998.

4.3 Wege in und Wege durch die Armut

Armut ist ein Zustand, der unterschiedliche Ausprägungen aufweisen und für die Betroffenen ungleich problematisch sein kann. Um diese Differenzierungen besser erkennen zu können, ist es angebracht, Armut als Prozeß und nicht nur als Zustand aufzufassen. Die Lebensverläufe der zu einem gegebenen Zustand armen Menschen folgen ganz unterschiedlichen Mustern. Die Wege in und durch die Armut unterscheiden sich nach Beginn, Dauer, Richtung, Anzahl und (Dis-)Kontinuität der einzelnen Armutsphasen bzw. "Armutsepisoden" (Buhr 1995). Die Biographien der armen Menschen können einen ganz unterschiedlichen Gesamtverlauf nehmen: "Sozialer Abstieg, Verfestigung, relative Stabilisierung und Konsolidierung auf niedrigem Niveau und echter sozialer Aufstieg sind möglich." (Ludwig 1996, S. 83) Ein Absinken in Armut determiniert also nicht zwangsläufig den weiteren Lebensweg, wie es manche traditionellen Armutskonzepte unterstellen, in denen vom "Teufelskreis der Armut" oder von der "Subkultur der Armut" gesprochen wird. Solche Sichtweisen unterschätzen die Bedeutung subjektiver Bewältigungsstrategien und der Brüche in Armutskarrieren. Armut wird häufig nicht passiv "erlitten"; die Menschen gehen vielmehr oft aktiv damit um.

4.3.1 Dauer der Lebenslagenarmut

Obwohl keine Längsschnittdaten erhoben werden konnten, ließen sich aus den gestellten Fragen nach der Dauer des Sozialhilfebezugs, der Erwerbsarmut und der derzeitigen finanziellen Situation recht zuverlässige Anhaltspunkte über die Dauer der Armut in den befragten Familien gewinnen.

Dauer des Sozialhilfebezugs: Vergleicht man die befragten Familien mit den in der Sozialhilfestatistik erfaßten (vgl. Kap. 3.2.5), so waren die befragten Familien durchschnittlich länger auf laufende Hilfe zum Lebensunterhalt angewiesen. Der aktuelle Bezugszeitraum dauerte im Schnitt bereits 39 Monate an. Dies waren 7 Monate mehr als die Sozialhilfestatistik für Bedarfsgemeinschaften mit Minderjährigen in der schleswig-holsteinischen Bevölkerung ausweist. Jedes fünfte Ehepaar (20,4 %) und jede vierte Alleinerziehende (24,5 %), die zum Zeitpunkt der Befragung Sozialhilfe erhielten, bekamen diese Leistung bereits länger als fünf Jahre. Dagegen weist die Sozialhilfestatistik nur 11 % bzw. 17 % der Bedarfsgemeinschaften mit Kindern mit so langer Bezugsdauer aus.

Aufschlußreich ist auch ein Blick auf frühere Sozialhilfebezugszeiträume (vgl. Tab. 77). Nur knapp ein Fünftel der befragten Familien war noch nie mit Sozialhilfe in Berührung gekommen. Mehr als jede vierte Familie hatte dagegen nicht nur aktuell, sondern auch früher schon ein- oder mehrmals Sozialhilfe bezogen. Besonders viele dieser Mehrfachbezieher(innen) waren unter den kinderreichen Familien zu finden. Bei ihnen führen Einkommensverbesserungen zwar häufig aus der Sozialhilfe, nicht aber dauerhaft aus der Einkommensschwäche heraus. Ein Grund dafür ist, daß sich die Erziehung mehrerer Kinder nur schwer mit der Berufstätigkeit beider Elternteile vereinbaren läßt. Darüber hinaus wird das Haushaltsbudget länger durch Kinderkosten belastet als bei Familien mit ein oder zwei Kindern.

Tab. 77: Aktueller und früherer Sozialhilfebezug der befragten Familien

	Bezug laufender Hilfe zum Lebensunterhalt			
	noch nie	jetzt nicht, aber früher	das erste Mal	jetzt und früher
	in Zeilenprozenten			
Befragte Familien insgesamt	17,6	25,0	30,0	27,4
Ehepaare mit Kindern	24,2	28,8	23,5	23,5
Alleinerziehende	11,8	19,0	36,7	32,5
Familien mit				
1 Kind	23,2	29,1	27,8	19,9
2 Kindern	16,7	25,8	33,3	24,2
3 und mehr Kindern	(11,6)	(17,9)	27,3	43,2

() eingeschränkt aussagefähiger Wert.

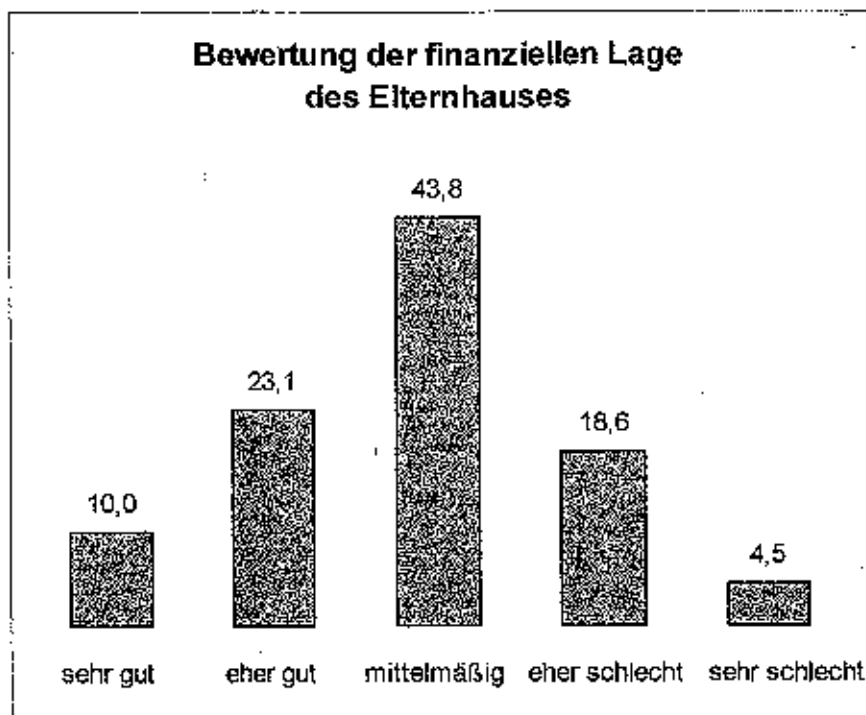
Daten: Befragung armer und armutsnaher Familien in Schleswig-Holstein 1998.

Dauer der Erwerbsarmut: Erwerbsarmut, das heißt das Fehlen eines ausreichenden Arbeitsplatzes (vgl. 4.1.2.3), dauerte für die betroffenen Elternteile im Schnitt bereits 35 Monate lang an. Über die Hälfte der befragten Arbeitslosen (55,4 %) war schon länger als ein Jahr arbeitslos. Geringfügige Beschäftigung stellte insbesondere für Alleinerziehende häufig einen Dauerzustand dar.

Subjektive Einschätzung der intergenerationellen Armutsdauer und des Auf- oder Abstiegs: Die Befragten wurden gebeten, die finanzielle Lage ihres Elternhauses während ihrer Kindheit und Jugend zu beurteilen. Aufgrund dieser Hinweise auf die soziale Herkunft waren nicht nur Auskünfte über die (intergenerationelle) Dauer der Armut zu erlangen. Es war auch möglich zu erkennen, ob der Lebensweg der Betroffenen im ganzen einen Abstieg in die Armut oder ein Verbleiben in Armut darstellt.

23,1 % der Befragte gaben an, daß die finanzielle Lage ihres Elternhauses "schlecht" oder "sehr schlecht" gewesen sei. Sie haben also selbst eine Sozialisation durch Mangel erfahren. Dagegen bewerteten 10 % der Befragten die finanzielle Situation ihres Elternhauses als "sehr gut" und 23,1 % als "eher gut". Für sie bedeutete Armut einen intergenerationellen Abstieg (vgl. Abb. 51).

Abb. 51:



Frage: "Wenn Sie einmal an Ihre Kindheit und Jugend zurückdenken: Wie beurteilen Sie insgesamt die finanzielle Lage in Ihrem Elternhaus?"
Antworten in % der Befragten.

Daten: Befragung armer und armutsnaher Familien in Schleswig-Holstein 1998.

Die naheliegende und häufig geäußerte Vermutung, daß sich Armut "vererbe", wird durch die Daten nicht bestätigt: Befragte, die aus finanziell schlechter gestellten Elternhäusern kamen, waren nicht häufiger einkommensarm als Befragte aus besser ausgestatteten Elternhäusern. Auch im Hinblick auf andere Armutsdimensionen ergab sich, daß die finanzielle Herkunft der Befragten mit ihrer Erwerbs-, Wohnungsarmut etc. kaum etwas zu tun hat.⁶² Die Prozentsatzdifferenzen deuten allerdings an, daß Befragte aus finanziell schlechter gestellten Elternhäusern ein etwas höheres Risiko kumulativer Armut aufweisen (vgl. Tab. 78).

Tab. 78: Armut nach finanzieller Lage des Elternhauses

	Von den Befragten, die die finanzielle Lage ihres Elternhauses		
	sehr oder eher gut	mittelmäßig	eher oder sehr schlecht
	beurteilen, sind ... (in %)		
einkommensarm	57,3	52,0	58,1
bildungsarm	19,5	34,7	23,3
erwerbsarm	24,2	27,5	30,9
wohnungsarm	58,5	61,5	66,3
kumulativ arm ¹⁾	19,9	25,1	28,1

1) Kumulativ arm in mindestens drei der Dimensionen Einkommen, Bildung, Arbeit und Wohnen.

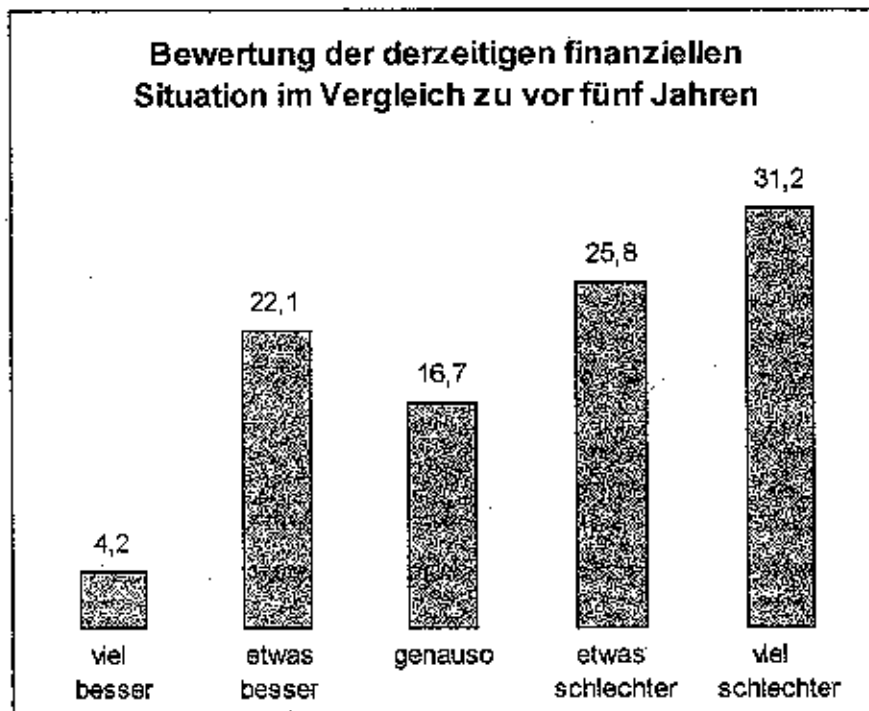
Daten: Befragung armer und armutsnaher Familien in Schleswig-Holstein 1998.

⁶² Es ergaben sich keine statistisch hohen oder signifikanten Korrelationen.

Die Befragten wurden außerdem gebeten, ihre derzeitige finanzielle Situation im Vergleich zu ihrer Lage vor fünf Jahren zu bewerten. Dadurch ergaben sich Hinweise auf die von den befragten armen und armutsnahen Familien wahrgenommene "Armutskarriere". Hier fiel die Bilanz meist negativ aus (vgl. Abb. 52). Knapp ein Drittel (31,2 %) meinte, daß es ihnen heute "viel schlechter" als vor fünf Jahren gehe. Ein Viertel (25,8 %) gab an, seine finanzielle Situation sei "etwas schlechter" als vor fünf Jahren. Ein weiteres Viertel (26,3 %) meinte im Gegenteil, es ginge ihm heute "viel besser" oder "etwas besser" als zuvor.

Diese Antworten besagen nichts über die aktuelle Einkommenslage der Befragten und auch nichts über die Dauer ihrer Armut. Denn die Angaben der einkommensarmen und der nicht einkommensarmen, der schon länger und der erst seit kurzem sozialhilfebeziehenden bzw. erwerbsarmen Befragten stimmten fast überein. Jedoch besagen die Antworten durchaus etwas über den finanziellen Auf- und Abstieg der Betroffenen und darüber, inwiefern eine früher erstrebte Entwicklung des Lebensstandards (nicht) eingetroffen ist.

Abb. 52:



Frage: "Wenn Sie Ihre derzeitige finanzielle Situation mit der Situation vor fünf Jahren vergleichen: Geht es Ihnen heute viel besser, etwas besser, genauso, etwas schlechter oder viel schlechter als vor fünf Jahren?"
Antworten in % der Befragten.

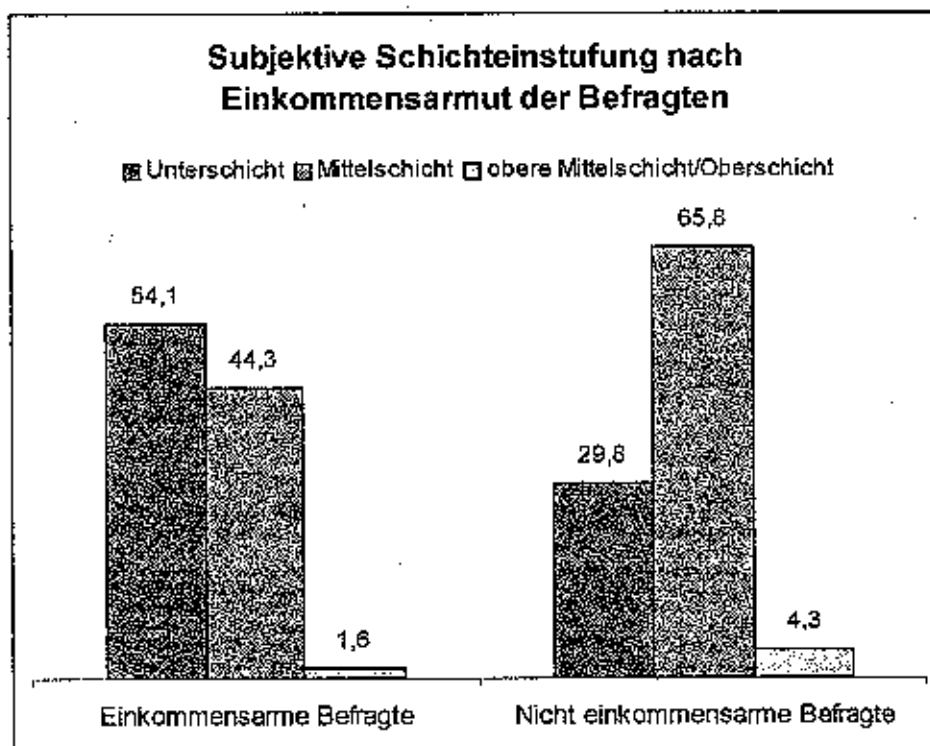
Daten: Befragung armer und armutsnaher Familien in Schleswig-Holstein 1998.

Wir haben die Befragten schließlich gebeten, sich selbst in die "Oberschicht", die "Mittelschicht" oder in die "Unterschicht" einzuordnen. Diese *subjektive Schichteinstufung* vermittelt indirekt auch Informationen über die Dauer der Armut. Da nahezu alle Befragten aktuell der "Unterschicht" zuzurechnen sind, sagen jene Befragten, die sich

selbst der "Unterschicht" zurechnen, damit aus, sie lebten bereits mit relativer Stabilität und Dauerhaftigkeit in dieser Lage. Dies gilt nicht notwendigerweise für die Befragten, die sich in die Mittel- und Oberschicht einstuften.

Rund 43 % der Befragten rechneten sich der "Unterschicht", erstaunliche 54 % der "Mittelschicht" und immerhin 3 % der "Oberschicht" zu. Offenkundig vermittelt das System der sozialen Sicherung und/oder die relativ geringe Dauer ihrer Mangellage vielen Betroffenen den Eindruck, sie gehörten den bedürftigsten Gruppierungen der Gesellschaft nicht an. Die Befragten, die sich selbst in die "Unterschicht" einordneten, waren häufiger (67 %) einkommensarm als jene, die sich als Mitglieder der "Mittelschicht" sahen (33 %). Umgekehrt gaben jedoch nur gut die Hälfte (54,1 %) der einkommensarmen Befragten an, daß sie sich der Unterschicht zurechnen (vgl. Abb. 53).

Abb. 53:



Frage: "Es wird heute viel über die verschiedenen Bevölkerungsschichten gesprochen. Welcher Schicht rechnen Sie sich selbst eher zu?"
 Antworten in % der Befragten.

Daten: Befragung armer und armutsnaher Familien in Schleswig-Holstein 1998.

4.3.2 Anstoßereignisse

Neben der Frage, wie lange die Armut der Betroffenen bereits andauert, ist auch von Interesse, welche Ereignisse dazu geführt haben, daß die Befragten in ihre Lage geraten sind. Diese Anstoßereignisse stellen Lebensereignisse dar, die als anfängliche Auslöser oder im Verlauf des Lebensweges als biographische "Katalysatoren" des Armutsprozesses verstanden werden können (Bane/Ellwood 1986; Voges/Rohwer 1991). Sie sind nicht zu verwechseln mit den strukturellen Ursachen (Arbeitsmarkt,

Ausgestaltung der sozialstaatlichen Leistungen etc.) und den individuell zuordbaren Bestimmungsgründen (ethnische Zugehörigkeit, Lebensform, Kinderzahl, Bildungsgrad usw.) der Armut (vgl. Kap. 4.2).

Im Mittelpunkt stehen zwei Fragen: Gibt es für Familien bzw. für bestimmte Familientypen spezifische Anstoßereignisse, die Auslöser der Armut waren? Inwieweit beeinflussen diese Anstoßereignisse Dauer, Schweregrad und Verlauf der Armut?

Die befragten Familien gerieten insbesondere durch vier Ereignisse in Einkommensarmut: Verlust des Arbeitsplatzes, Trennung bzw. Scheidung, Schwangerschaft und Kreditaufnahme (Verschuldung). Bei Ehepaaren dominierte eindeutig die Arbeitslosigkeit eines oder beider Elternteile. Für Alleinerziehende standen eher familiäre Ereignisse im Vordergrund. Armut infolge Verschuldung traf Ehepaare mehr als Alleinerziehende, häufig in Verbindung mit der Geburt von Kindern und der Kreditaufnahme für ein Eigenheim (vgl. Tab. 79).

Tab. 79: Anstoßereignisse der Armut

Lebensereignisse, die zu finanziellen Belastungen geführt haben	Befragte insgesamt	Einkommensarme		
		Insgesamt	Ehepaare	Alleinerziehende
		in Spaltenprozenten (Mehrfachantworten)		
Arbeitslosigkeit	46,2	55,8	73,2	40,7
Trennung, Scheidung	41,0	37,7	(2,8)	67,4
Schwangerschaft, Geburt von Kindern	37,6	35,2	26,8	39,5
Kreditaufnahme	30,8	21,6	26,8	11,6
keine oder abgebrochene Berufsausbildung	20,4	24,1	16,9	27,9
Wechsel der Wohnung, des Wohnorts	19,8	15,6	12,7	20,9
Miete wurde erhöht	14,1	12,6	16,9	(7,0)
plötzliche Krankheit, die zu einer Lebensumstellung gezwungen hat	9,9	10,6	15,5	(8,1)
Gründung eines eigenen Haushalts	9,7	9,0	(9,9)	(8,1)
Einwanderung nach Deutschland	8,9	12,6	22,5	(5,8)

() eingeschränkt aussagefähiger Wert.

Daten: Befragung armer und armutsnaher Familien in Schleswig-Holstein 1998.

Schwangerschaft und eine fehlende oder abgebrochene Berufsausbildung sind Ereignisse, die insbesondere junge Familien in Armut führen. Im Verlauf des weiteren Familienzyklus gewinnen dann die Anstoßereignisse Scheidung und Arbeitslosigkeit an Bedeutung (vgl. Eggen 1998).

Migrantenfamilien werteten die Einwanderung nur zu 52 % als Ausgangspunkt ihrer Armutssituation. Dies ist wohl teilweise darauf zurückzuführen, daß die Situation in ihrem Herkunftsland noch schlechter war. Auffällig ist, daß Migranten besonders häufig Arbeitslosigkeit als Anstoßereignis nannten, das sie in die Armut führte (zu 70%). Hingegen spielten Scheidungen, Schwangerschaften und die Geburt von Kindern in dieser Hinsicht für Migranten eine untergeordnete Rolle. Was die Geburt von Kindern betrifft, so ist deren seltener Nennung durch Migranten sicher ein Ausdruck dessen, daß sie in ihrer Kultur die mit Kindern verbundenen finanziellen Einschränkungen in sehr viel geringerem Umfang als Belastung werten als deutsche Familien.

Für die Mehrzahl der Familien standen mehrere Ereignisse am Beginn der Armut. So gaben je ein Drittel der Befragten zwei (32,2 %) oder drei und mehr (30 %) Auslöser der Armut an.

Die andere Frage ist, welchen Einfluß die erwähnten Anstoßereignisse auf Schwere und Dauer der Armut haben. Dies wurde mittels Regressionsanalysen überprüft. Hierbei wurde die Schwere der Armut durch das erzielte Nettoäquivalenzeinkommen und die Kumulation von Unterversorgungen gemessen. Die Dauer der Armut wurde anhand der Dauer des Sozialhilfebezugs festgestellt.⁶³

Es ergab sich, daß die Art der Anstoßereignisse nur wenig mit der Schwere der Armut und kaum etwas mit der Dauer der Armut zu tun hat. Andere Determinanten (wie Kinderzahl und Bewältigungsstrategien) oder strukturelle Gegebenheiten (wie die regionale Arbeitsmarktsituation und die Praxis der Sozialhilfegewährung) sind in dieser Hinsicht wesentlich erklärungskräftiger. Die dargestellten Anstoßereignisse tragen also vor allem dazu bei, daß Armut entsteht, wenig aber dazu, wie Armut verläuft.⁶⁴

Am ehesten waren es noch die Anstoßereignisse Einwanderung, Arbeitslosigkeit und der Abbruch einer Berufsausbildung, die schwerere Formen der Armut nach sich zogen. Hierbei erhöhte Immigration vor allem die Gefahr extremer Einkommensarmut. Arbeitslosigkeit erhöhte das Risiko der Unterversorgung in mehreren Lebensbereichen. Armut, die durch familiäre Ereignisse (Geburt eines Kindes, Trennung, Haushaltsgründung) ausgelöst wurde, war im allgemeinen etwas weniger gravierend, sofern nicht andere kritische Ereignisse wie etwa Arbeitslosigkeit hinzutraten.

Was die Dauer der Sozialhilfebezugs betrifft, so wiesen Befragte, die durch Kredite in Armut geraten waren, die kürzeste durchschnittliche Bezugsdauer von Sozialhilfe (26,2 Monate) auf.⁶⁵ Die längsten durchschnittlichen Bezugsdauern fanden sich nach Krankheit (45,4), der Geburt von Kindern (41,3) und Mieterhöhungen (41,2).⁶⁶

Die in Schleswig-Holstein mit Querschnittsdaten erzielten Befunde decken sich in wesentlichen Teilen mit Daten aus Längsschnittuntersuchungen anderer Regionen. So führen Krankheit und familiäre Ereignisse, folgt man den Bremer Untersuchungen der Sozialhilfekohorten 1983 und 1989, relativ häufig zu langen Bezugsdauern. Arbeitslosigkeit zieht dagegen oft kürzere Bezugsdauern nach sich, da der Eintritt der Sozialhilfeabhängigkeit häufig durch das Warten auf vorrangige Leistungen ausgelöst wird (Leibfried/Leisering/Buhr u.a. 1995, S. 89ff.). Dies ist nach Zuwanderungen, besonders bei deutschstämmigen Zuwanderern, ähnlich, denn Sozialhilfe wird hier vor allem als Darlehen auf das Eingliederungsgeld gezahlt. Asylbewerber wiesen (bis zur Einführung des AsylbLG) aufgrund des Arbeitsverbots dagegen die längsten Bezugsdauern von Sozialhilfe auf.

⁶³ Diese Analyse bezieht sich also nur auf den Teil der Befragten, der Sozialhilfe bezog.

⁶⁴ Allerdings mag dieses "magere" Ergebnis auch damit zu tun haben, daß nur Querschnittsdaten erhoben werden konnten, die nichts über die zeitliche Abfolge der Ereignisse und Auswirkungen besagen.

⁶⁵ Nach Maßgabe von Mittelwertvergleichen. Regressionsanalysen führten zu dem Ergebnis, daß die Ereignisse nur einen geringen Einfluß auf die Dauer des Sozialhilfebezugs hatten.

⁶⁶ Aufgrund der breiten Streuung der Bezugsdauern innerhalb der Gruppen sind diese Mittelwerte jedoch nur bedingt aussagefähig.

4.3.3 Verlaufsmuster der Lebenslagenarmut

Auf der Grundlage der Intensivinterviews wurden aus den genannten Bestimmungsgründen, Anstoßereignissen und Veränderungen der Lebenslagenarmut typische Verlaufsmuster rekonstruiert. Sie unterscheiden sich nach der lebensgeschichtlichen Dauer (Bestand die Armut von Kindheit bzw. Jugend an oder trat die Armut als biographischer Einschnitt erst im Erwachsenenalter ein?), nach der Dimension (Handelt es sich primär um Einkommensarmut oder um eine umfassende Lebenslagenarmut?) und nach der zeitlichen Konstanz (Verlief die Armut kontinuierlich oder mit Unterbrechungen?)

Grob vereinfacht ließen sich drei unterschiedliche Grundmuster erkennen:

- *Armut als dauerhafte Lebenslage:* Auffallend war hierbei die gemeinsame Herkunft aus unterprivilegierten Elternhäusern. Häufig wurden Erfahrungen mit Armut und mit sozialen Fürsorgeeinrichtungen (wie Heimen) schon in der Kindheit gemacht. Die Berufsausbildung wurde meist abgebrochen oder z.B. wegen früher Schwangerschaft gar nicht erst begonnen. Die Erwerbsbiographie verlief bei den dauerhaft armen Interviewpartner/innen diskontinuierlich: Phasen der Beschäftigung, der Arbeitslosigkeit und Umschulungsmaßnahmen wechselten sich ab. Gesundheitliche Beschwerden infolge körperlich anstrengender Arbeit (auch im Haushalt) traten oft auf. Auch die Partnerschaftsbeziehungen waren häufig unstetig. Insgesamt ist das Verlaufsmuster der Armut als dauerhafte Lebenslage durch eine Häufung und Aneinanderreihung von kritischen Lebensereignissen (teilweise mit Straffälligkeit, Drogenkonsum, sexuellen Mißbrauchserfahrungen) gekennzeichnet. Armut betrifft die Lebenslage in ihrer vollen Breite und den Lebensverlauf in seiner gesamten Länge. Wenn ein Problem bewältigt ist, kommt das nächste. Wie die Menschen, die jenem Typus zuzuordnen sind, jedoch ihre Dauerarmut verarbeiten, ist durchaus unterschiedlich.
- *Armut als wiederkehrende soziale Erfahrung:* Charakteristisch für dieses Verlaufsmuster war, daß Armut immer wieder in verschiedenen Lebensphasen auftrat. Die Befragten konnten sich zwischenzeitlich aber immer wieder aus ihrer Armut befreien. Diesen Typus repräsentierten z.B. Frauen, die mehrere Trennungen hinter sich hatten, Familien, die wiederholt in Arbeitslosigkeit gerieten oder auch einige Schuldnerfamilien. Diskontinuierliche Verlaufsmuster scheinen typisch für Familien zu sein, die in "prekärem Wohlstand" (Hübinger 1996) leben und durch kritische Lebensereignisse mehrfache Abstiege in Armut erfahren.
- *Armut als einmaliges Ereignis:* Dieser Verlaufstyp kennzeichnete die Armut einiger der befragten Alleinerziehenden. Armut war hier ein einschneidendes Ereignis, aber zeitlich begrenzt und meist nur auf einen oder einige wenige Lebensbereiche (z.B. auf Einkommen und Wohnen) beschränkt.

4.4 Wahrnehmung und Bewältigung der Lebenslagenarmut

Armut besteht nicht nur im Fehlen von minimalen Ressourcen und ausreichenden Lebensbedingungen. Sie gewinnt ihre volle Problematik erst durch belastende und ggf. zerrüttende Folgeerscheinungen. Diese treten nicht in jedem Falle auf. Bestimmte Bedingungen und Verläufe der Armut vergrößern jedoch die Wahrscheinlichkeit, daß es zu gravierenden Auswirkungen kommt. Im vorliegenden Abschnitt wird den wichtigsten Auswirkungen vor allem bei Familien und Kindern nachgegangen werden.

Wie belastend oder zerrüttend die Folgewirkungen von Armut sind, hängt auch davon ab, wie die einzelnen mit ihrer Lage umgehen. Wie wird die eigene Armut wahrgenommen und interpretiert, wie wird die Reaktion der Mitwelt gesehen, welche Auswege werden gesucht? Häufig sind diese Verhaltensweisen mit spezifischen Folgeerscheinungen eng verwoben. So sind beispielsweise die Folgen von Armut auf das Haushaltsbudget und den Konsum von der jeweiligen Haushaltsführung kaum zu trennen.

4.4.1 Haushaltsbudget und Haushaltsführung

Einkommens- oder Ausgabenarmut schlagen sich im Haushaltsbudget und in der Haushaltsführung der betroffenen Haushalte nieder. Welche Folgen hierbei im einzelnen auftreten und welche Strategien dabei entwickelt werden, hängt jedoch nicht allein von objektiven Zwängen, sondern wesentlich auch von subjektiven Einschätzungen der Lage ab (vgl. Neuberger 1997, S. 83). Neben schicht- oder milieuspezifischen Unterschieden der Wahrnehmung und Deutung scheint hierbei besonders die Einschätzung der Dauer der Notlage ausschlaggebend zu sein. Viele Familien, die sich nur kurzfristig bedroht sehen, versuchen ihren Lebensstandard durch Aufzehren des Ersparnis und durch Verschuldung zu halten. Das kann fatal werden, wenn sich die Armut länger ausdehnt als erwartet. Dann, wenn zum Beispiel Arbeitslosigkeit unvermutet lange andauert und der Anspruch auf Arbeitslosengeld erschöpft ist, erweisen sich die bisherigen Bewältigungsstrategien als Bumerang. "Harte" ökonomische Probleme schlagen durch, zerstören bislang aufrechterhaltene Fassaden und erzwingen Verhaltensänderungen.

4.4.1.1 Konsumeinschränkungen

Die Befragten wurden gebeten anzugeben, wie sehr sich ihre Familie aus finanziellen Gründen in acht unterschiedlichen Konsumbereichen (Essen, Kinderkleidung, persönliche Kleidung, Wohnungseinrichtung, Urlaub, Gaststättenbesuche, Hobbies und Kinderspielzeug) einschränken muß.⁶⁷

62,4 % der einkommensarmen unter den befragten Familien gaben an, sich in allen genannten Bereichen stark oder sehr stark einschränken zu müssen. Nur 2,2 % bekundeten, sie müßten sich trotz Einkommensarmut nicht oder nur gering einschränken. Die

⁶⁷ Die Befragten konnten ihre Antwort auf einer fünfstufigen Skala ankreuzen (von 1 "überhaupt nicht einschränken" bis 5 "sehr stark einschränken"). Für die Zwecke der Auswertung wurden diese Antworten in drei Stufen ("geringe", "mittlere" und "starke" Einschränkungen) zusammengefaßt.

übrigen 35,4 % erlebten mehr oder minder gravierende Einschränkungen nur in einzelnen Lebensbereichen.

Für die befragten Familien, die nicht einkommensarm waren, stellte sich die Situation nur wenig besser dar. Nur 3,8 % von ihnen gaben geringe Einschränkungen an. 48,7 % bekundeten Einschränkungen in einzelnen Bereichen. 47,5 % waren nach eigenen Angaben zu starken Einschränkungen in allen acht Bereichen gezwungen. Dabei ist zu bedenken, daß auch diese Befragten in der Regel mit Niedrigeinkommen wirtschaften mußten. Auch ein Leben etwas oberhalb der statistischen Armutsschwelle ermöglicht also Familien aus eigener Sicht meist keine Teilhabe an einem normalen Lebensstandard. Die ohnehin geringen Konsumunterschiede zwischen "Einkommensarmut" und "Niedrigeinkommen" verwischen sich vor allem für kinderreiche Familien. Bei den befragten Familien mit drei und mehr Kindern waren überhaupt keine Auswirkungen des Einkommens auf den Konsum festzustellen: Kinderreiche Familien mit Einkommen unter und etwas über der Armutsgrenze gaben gleichermaßen hohe Einschränkungen zu Protokoll. Je rund 60 % der einkommensarmen und der nicht einkommensarmen befragten Familien mit drei und mehr Kindern mußten sich in allen acht genannten Konsumbereichen stark einschränken.

Erwartungsgemäß waren Befragte, die Sozialhilfe⁶⁶ bezogen, häufiger (61,5 %) starken Konsumbeschränkungen in allen acht Bereichen unterworfen als Befragte, die nicht sozialhilfeabhängig waren (48,5 %) (vgl. Tab. 80). Mit zunehmender Dauer des Sozialhilfebezugs nahm die Stärke der Einschränkungen zu. Auch mit der Kumulation von Armut in verschiedenen Dimensionen stiegen starke Einschränkungen in allen genannten Konsumbereichen. Unter den Befragten, die in vier Dimensionen (vgl. 4.1.2.7) arm waren, mußten sich gut zwei Drittel in jeder erfragten Hinsicht einschränken. Unter den Befragten, die "nur" in einer Dimension arm waren, gaben nur 40,9 % starke Konsumeinschränkungen in allen Bereichen an.

Die befragten Alleinerziehenden gaben durchweg häufiger als Ehepaarfamilien an, sich aus finanziellen Gründen stark einschränken zu müssen (vgl. Tab. 80).

⁶⁶

Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen.

Tab. 80: Starke Konsumeinschränkungen in allen acht Konsumbereichen

	Anteil der Befragten mit starken/sehr starken Einschränkungen in allen acht Konsumbereichen ¹⁾		
	Insgesamt	Ehepaare	Alleinerziehende
Befragte insgesamt	55,9	53,5	59,9
Einkommensarmut			
Arme	62,4	57,7	68,8
Nichtarme	47,5	47,3	50,0
Kumulative Armut			
arm in einer Dimension	(40,9)	(55,9)	55,0
arm in zwei Dimensionen	53,2	(50,0)	68,8
arm in drei Dimensionen	58,1	(50,0)	(61,3)
arm in vier Dimensionen	69,2	(75,0)	(100,0)
Sozialhilfebezug (HLU)			
Haushalte mit HLU	61,5	62,5	64,2
Haushalte ohne HLU	48,3	46,2	49,0
Durchschnittliche Zahl der Konsumbereiche, in denen (sehr) starke Einschränkungen gemacht werden müssen:			
Insgesamt	4,95	4,90	5,31
Einkommensarme	5,26	5,11	5,60
Nichteinkommensarme	4,68	4,59	4,98

() eingeschränkt aussagefähiger Wert.

1) Essen, Kinderkleidung, persönliche Kleidung, Wohnungseinrichtung, Urlaub, Gaststättenbesuche, Hobbies und Kinderspielzeug.

Daten: Befragung armer und armutsnaher Familien in Schleswig-Holstein 1998.

In welchen Konsumbereichen müssen einkommensarme und mit Niedrigeinkommen wirtschaftende Familien vorrangig Einschränkungen vornehmen? Es zeigte sich eine klare Rangfolge: An Urlaub und Reisen, auch an kurzfristigen Nahreisen, wurde am meisten gespart. Einschränkungen beim Besuch von Gaststätten etc., bei der Wohnungseinrichtung, bei persönlichen Hobbies und der eigenen Kleidung der Eltern folgten auf den nächsten Plätzen. Bei Kinderbekleidung, Kinderspielzeug und Essen wurden die wenigsten Einschränkungen vorgenommen (vgl. Tab. 81). Diese Rangfolge läßt erkennen, wie eindeutig die befragten Eltern Prioritäten zugunsten ihrer Kinder setzten. Zu bedenken ist, daß erhebliche Einschränkungen auch bei scheinbaren "Luxusgütern" wie Hobbies, Reisen und Gaststättenbesuchen auf die Dauer wesentliche Beschränkungen der Erfahrungswelt insbesondere von Kindern mit sich bringen.

Die genannte Reihenfolge war in den einkommensarmen und in den nicht einkommensarmen unter den befragten Familien die gleiche. Allerdings mußten sich die einkommensarmen Familien zu noch wesentlich höheren Anteilen als die nicht einkommensarmen Familien auch in den Kernbereichen einschränken, die die Kinder und das Essen betreffen (vgl. Tab. 81): Die Hälfte (51,6 %) der einkommensarmen Familien gab an, starke Einschränkungen bei der Kinderkleidung (44,1 % beim Kinderspielzeug) vornehmen zu müssen. Ein Viertel (25,8 %) der einkommensarmen Familien mußte sich bei den Ausgaben für das Essen stark einschränken. Nur 22 % der einkommensarmen Familien gaben an, sich beim Essen überhaupt nicht einschränken zu müssen. Diese Resultate stimmen im wesentlichen mit jenen aus bundesweiten Klientenbefragungen überein (Hauser/Hübinger 1993a, S. 163)

Tab. 81: Konsumeinschränkungen in den einzelnen Bereichen

Anteile der Befragten mit (sehr) starken Einschränkungen in den Bereichen ...	Befragte insgesamt	Einkommens- arme	Nichteinkommens- arme
Urlaub, Reisen	93,3	96,2	91,9
Besuch von Cafés, Gaststätten, Restaurants	85,2	85,4	86,0
Wohnungseinrichtung (Möbel, Hausrat)	82,2	85,4	80,8
persönliche Hobbies	72,8	75,1	70,3
persönliche Kleidung	71,4	76,5	65,7
Kinderkleidung	45,7	51,6	40,1
Kinderspielzeug	39,5	44,1	35,5
Essen	20,5	25,8	12,8

Daten: Befragung armer und armutsnaher Familien in Schleswig-Holstein 1998.

Beim Essen werden die folgenden Einschränkungen vorgenommen⁶⁹:

- In erster Linie wird auf Fleisch, frisches Gemüse und Obst, Vollkornbrot und Vollmilch verzichtet. Dagegen werden deutlich häufiger als im Bevölkerungsdurchschnitt Chips, Pommes frites, Kaffee und Cola verzehrt (vgl. Walper 1995; Barlösius u.a. 1995; Klocke 1996).
- Jungen ernähren sich schlechter als Mädchen, weil sie oft ein anderes Bild vom eigenen Körper und seinen Funktionen haben. Ältere Jugendliche ernähren sich schlechter als jüngere, weil die älteren mehr Zeit außer Haus verbringen und sich vielfach Nahrung selbst kaufen.
- Neben der sozialen Lage haben Freizeit, elterliche Unterstützung und die Art der sozialen Einbindung in Gleichaltrigengruppen großen Einfluß auf das Ernährungsverhalten (vgl. Klocke 1996).
- Der Besuch einer Essenstafel wird vielfach bereits als ähnlich "normal" wie der Gang zu "Aldi" und keineswegs als Makel angesehen. Dem entspricht die wachsende Verbreitung von Essenstafeln (nicht nur) in Schleswig-Holstein.
- Für zahlreiche Kinder aus sozialen Brennpunkten ist das Mittagessen im Hort die erste Mahlzeit am Tage. Sie erhalten in der Familie kein Frühstück.
- Nicht wenige Kinder bekommen in der Familie praktisch nie eine warme Mahlzeit (vgl. Busch-Geertsema/Ruhstrat 1993, S. 187ff.).
- Ernährungsdefizite sind bei Kindern nicht nur deswegen problematisch, weil sie zu Entwicklungsstörungen führen können. Die Kinder lernen darüber hinaus kein gesundheitsförderndes Eßverhalten (Kürner/Nafroth 1994; Bieligg 1996).

Die befragten Eltern versuchten häufig, ihre Kinder vor Einschränkungen zu bewahren. Sie sparten z.B. weit häufiger bei ihrer persönlichen Kleidung als bei der Kinderkleidung (vgl. Tab. 81). Dabei spielen neben der Sorge um das Wohlergehen der Kinder und eigenen Schuldgefühlen auch Gefühle der Scham gegenüber Außenstehenden eine

⁶⁹ Ergebnisse der Intensivinterviews und der Experteninterviews.

große Rolle.⁷⁰ Gleichwohl sind die finanziellen Verhältnisse oft so beengt, daß nicht einmal der normale Schulalltag der Kinder gewährleistet ist, da Lernmittel und Klassenfahrten nicht finanziert werden können (vgl. Walper 1995).

Taschengeld zur eigenen Verfügung erhielten die Kinder der befragten Eltern im allgemeinen erst im schulpflichtigen Alter. Kinder aus einkommensarmen Familien erhielten hierbei deutlich seltener regelmäßiges Taschengeld als Kinder, die mit ihrer Familie im Niedrigeinkommensbereich lebten (vgl. Tab. 82). Die monatliche Höhe der regelmäßig gezahlten Taschengelder war sehr unterschiedlich. Sie ging kaum mit sozialen Merkmalen der armen Familien einher, sondern streute individuell. Lediglich bei Jugendlichen im Alter von 15 bis 17 Jahren war ein deutlicher Einfluß der Einkommensarmut erkennbar. Gerade in dem Alter, in dem die Konsumbedürfnisse der Kinder wachsen und sie den eigenverantwortlichen Umgang mit Geld lernen sollten, konnten einkommensarme Familien nur wenig Taschengeld zahlen. Jede(r) vierte Jugendliche aus den befragten einkommensarmen Familien erhielt sogar kein regelmäßiges Taschengeld.

Tab. 82: Taschengeld der Kinder

	Kinder aus den befragten Familien im Alter von ...		
	7-10 Jahren	11-14 Jahren	15-17 Jahren
Anteil der Kinder, die kein regelmäßiges Taschengeld bekommen			
Kinder insgesamt	22,5	17,6	21,1
Einkommensarme Kinder	25,4	23,1	25,5
Nicht einkommensarme Kinder	15,0	2,7	7,1
Durchschnittliche monatliche Höhe des regelmäßig gezahlten Taschengelds (in DM)			
Kinder insgesamt	13,10	27,60	49,90
Einkommensarme Kinder	12,80	27,30	44,40
Nicht einkommensarme Kinder	13,50	28,10	65,50

Daten: Befragung armer und armutsnaher Familien in Schleswig-Holstein 1998.

Nach Einschätzung der befragten Expert(inn)en ist im Gefolge der dargestellten Konsum- und Taschengeldeinschränkungen insbesondere die Ausgrenzung aus der Kinder- und Jugendkultur nachteilig. Kinder, die z.B. an Kindergeburtstagen von Schulkamerad(inn)en nicht mehr teilnehmen können und nach entsprechendem Aggressions- und/oder Rückzugsverhalten auch nicht mehr eingeladen werden, sowie Kinder, die nicht über symbol- und integrationsträchtige Konsumgüter wie Markenkleidung, Inline-Skates oder Game-Boy verfügen, machen belastende Ausgrenzungserfahrungen.

Diese Einschätzung wird auch von einem Teil der befragten einkommensarmen Eltern geteilt. Fast ein Fünftel (18,5 %) von ihnen meinte, daß ihre Kinder schlechter angesehen werden, weil sie nicht alles mitmachen können. Rund 12 % glaubten, daß ihre Kinder schwer Freunde finden, weil sie sich vieles nicht leisten können. Etwa 8 % befürchteten sogar, daß ihre Kinder gelegentlich "klauen", um mit anderen Kindern mithalten zu können (vgl. Tab. 83).

⁷⁰ Ergebnisse der Intensivinterviews.

Tab. 83: Reaktionen von Eltern und Kindern auf finanzielle Einschränkungen

	Frage: "Heutzutage wollen viele Kinder Markenkleidung tragen (z.B. Jeans, Turnschuhe) oder bestimmtes Spielzeug haben (z.B. Gameboy, Inline-Skater). Viele Eltern können oder wollen da finanziell nicht mithalten. Wie ist das bei Ihnen? Wie weit treffen die folgenden Aussagen auf Sie zu"		
	Anteile der Befragten, die den Aussagen eher und ganz zustimmen		
	Insgesamt	Einkommensarme	Nichteinkommensarme
Ich spare bei mir selbst, um meinen Kindern mehr kaufen zu können.	84,7	84,2	85,3
Ich möchte meinen Kindern gerne mehr ermöglichen, kann mir das aber nicht leisten.	81,8	85,0	77,8
Ich sehe nicht ein, für solche Dinge Geld auszugeben.	61,1	62,0	61,3
Meine Kinder wollen keine Markenkleidung.	47,4	44,8	51,0
Meine Kinder schmerzt es sehr, daß wir uns diese Dinge nicht leisten können.	35,7	43,7	26,0
Meine Kinder werden schlechter angesehen, weil sie nicht alles mitmachen können.	15,3	18,5	11,4
Meine Kinder finden schwer Freunde, weil sie sich vieles nicht leisten können.	10,0	12,4	7,1
Ich fürchte, daß meine Kinder gelegentlich klauen, um mit anderen Kindern mithalten zu können.	6,6	(7,7)	(5,2)

() eingeschränkt aussagefähiger Wert.

Daten: Befragung armer und armutsnaher Familien in Schleswig-Holstein 1998.

Die befragten Alleinerziehenden und Zwei-Eltern-Familien reagierten auf finanzielle Einschränkungen in gleicher Weise. Dagegen unterschieden sich die Konsequenzen von Müttern und Vätern. Mütter gaben öfter als Väter an, daß sie eher bei sich selbst sparen (86 % vs. 79 %). Auch in den Intensivinterviews fanden sich Aussagen, daß Einschränkungen zum Wohle der Kinder eher zu Lasten der Mütter gehen (vgl. Kap. 4.4.5).

Dagegen glaubten Väter wesentlich häufiger als Mütter, daß ihre Kinder schwer Freunde finden (24 % vs. 9 %) oder schlechter angesehen werden (27 % vs. 17 %). Vermutlich spielen die größere Außenorientierung von Vätern, die Projektion eigener Versagensängste und das Motiv eine größere Rolle, die finanzielle Lage nach außen zu verbergen.

4.4.1.2 Haushaltsplanung

In der sozialwissenschaftlichen Literatur gilt "die Kontrolliertheit und Rechenhaftigkeit ihres Wirtschaftens – mag sich diese Rechenhaftigkeit auch an Prioritäten orientieren, die für Außenstehende mitunter schwer nachvollziehbar sind" (Tobias/Boettner 1992, S. 22) als Hauptmerkmal der Haushaltsführung armer Familien. Dieser Befund steht im Widerspruch zu vielen Meinungen, denen zufolge Spontankäufe und unwirtschaftliche Haushaltsführung kennzeichnend für arme Familien seien. Im Gegensatz hierzu stimmen die empirischen Befunde darin überein, daß statt Spontankäufen die Fixierung auf Sonderangebote und eine ausgeprägte Vorratshaltung kennzeichnend sind. "Fast immer wird auf den Preis geachtet, fast immer wird das Billigste gekauft" (Tobias/Boettner 1992, S. 21).

Auch die in Schleswig-Holstein interviewten Eltern ließen eine ausgeprägte Sensibilität für Preis-Leistungsverhältnisse erkennen. Viele verfügten über exakte Preiskennnisse und berichteten, wo welche Grundnahrungsmittel am günstigsten beschafft werden konnten. Die mühselige Suche nach günstigen Angeboten kostete viel Zeit, vermittelte einigen Befragten aber auch Stolz, wenn das erworbene Produkt *"billiger wie Aldi"* war. *"Ich plane lange für so was vor, wenn ich was kaufen will. Guck ich mir an, was am billigsten ist und .. ja, ich such Angebote irgendwo raus. Ich hab so 'n komisches Gefühl, ich find immer wo was Billigeres ..."* (Int. Nr. 22, arbeitsloser Familienvater).

Besonders in überschuldeten Familien ließ sich als besondere Ausprägung der "Rechenhaftigkeit" eine strikte Zweckbindung der verfügbaren finanziellen Mittel beobachten. So wurden bestimmte Einnahmen (z.B. Kindergeld) von vorne herein für bestimmte Ausgaben vorgesehen und an diese "gekoppelt", um die Zahlung sicherzustellen und das Haushaltsbudget übersichtlicher zu gestalten (vgl. Tobias/Boettner 1992, S. 18). Probleme traten dann auf, wenn das knappe Budget durch unvorhergesehene Ausgabenzwänge (z.B. Ersatz defekter Haushaltsgeräte) überzogen werden mußte.

Trotz der gemeinsamen Kontrolliertheit und Rechenhaftigkeit unterscheiden sich die Haushalte armer Menschen erheblich in den Prioritäten, die sie bei Ausgaben setzen. Wichtig ist hierbei, welches Niveau und welche Art des Lebens als Sollvorstellung der eigenen Lebensführung zugrunde gelegt wird. Dies ist weitgehend eine Frage des Herkunftsmilieus. Für Familien, die sich an (klein)bürgerlichen Standards orientieren, kann zum Beispiel eine "vorzeigbare" Kleidung oder Wohnungseinrichtung wichtiger sein als eine gesunde Ernährung. Die Ausgabenprioritäten hängen auch von der Dauer der Armutslage und den Aussichten auf Überwindung der Armut ab. Für Familien, die dauerhaft in Armut leben, kann z.B. ein Festessen dienlich zur Bewältigung der Situation und insofern zweckrational sein, auch wenn das bedeutet, sich wochenlang dafür das Geld vom Munde absparen zu müssen. Schon Marie Jahoda warnte in ihrer klassischen Studie über die "Arbeitslosen von Marienthal" (1933) davor, solche Verhaltensweisen als unwirtschaftlich zu interpretieren, ohne sie aus der Lebenswelt der Betroffenen heraus zu verstehen: "Natürlich wäre es höchst vernünftig, wenn die Menschen mit sehr niedrigem Einkommen alles, was sie haben, für eine sorgfältig geplante, optimale Ernährung ausgaben. Aber in der Mikrowelt der Familie herrscht keine Rationalität der Haushaltsführung, und das gilt für die Reichen nicht weniger als für die Armen. Die Annahme, daß alle Ausgaben für kleine Luxusgüter plötzlich aufhören, wenn es zur Erwerbslosigkeit kommt, geht vollkommen an den menschlichen Bedürfnissen vorbei,

solange die Betroffenen nicht direkt vom Verhungern bedroht sind." (zit n. Tobias/Boettner 1992, S. 21).

4.4.1.3 Erschließung von Geldquellen

Zu den Strategien der Geldbeschaffung gehören u.a. Ratenkäufe, das Leihen von Geld bei Verwandten, Nebentätigkeiten und Gelegenheitsjobs (vgl. Tab. 84) sowie auch eine verstärkte Eigenproduktion z.B. von Nahrung und Bekleidung. *"Bei mir, ich mach viel selber, so auch pullovermäßig und so, also dann kauf ich mir lieber die Wolle und dann setz ich mich abends hin und dann strick ich die Pullover eben selber, die ich haben will, und das kann ich ja eben, ne, das ist für mich überhaupt kein Problem, da brauch ich nicht innen Laden zu laufen und mir da für 30 Mark 'n Pullover zu kaufen, wenn ich mir für 5 Mark die Wolle kaufen kann."* (Int. Nr. 30, sozialhilfeabhängige Mutter in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft)

Weitere Strategien sind die Nutzung und der Verkauf von Gebrauchtwaren. Second-Hand-Artikel, die kostenlos von Kirchengemeinden oder Wohlfahrtsorganisationen (z.B. Kleiderkammern) angeboten werden, werden offenbar vorrangig von der ausländischen Bevölkerung genutzt. Deutsche empfinden, nach Aussagen von befragten Experten, eine größere Scham, um mildtätige Gaben anzustehen. Dagegen scheinen sich viele deutsche Familien auf den Gebrauchtwarenhandel und -tausch hauptsächlich im Familien- und Freundeskreis sowie in der Nachbarschaft zu konzentrieren. Dort können Tausch- und Unterstützungsbeziehungen eher mit Argumenten der Gegenseitigkeit begründet werden ("hilfst Du mir, helf ich Dir."), und müssen nicht als einseitige Bedürftigkeit und als Entmündigung erfahren werden.

Tab. 84: Aktivitäten zur Verbesserung der finanziellen Situation

Aktivitäten zur Verbesserung der finanziellen Situation ¹⁾	Insgesamt	Einkommens- arme	Nichteinkommens- arme
	in Spaltenprozenten (Mehrfachantworten)		
Halte mich mit Neben- oder Gelegenheitsjobs über Wasser.	17,0	18,7	14,9
Leihe Geld von Verwandten oder Freunden.	17,8	19,2	16,1
Leihe Geld von Banken, Kreditunternehmen.	8,7	(7,8)	(9,8)
Kaufe auf Teilzahlungsbasis, Ratenzahlungen (z.B. im Versandhandel).	24,2	21,0	28,2
Kaufe billig ein (z.B. Sonderangebote, Gebrauchsgüter).	82,7	81,7	83,9
Gehe zu Tauschbörsen, Kleiderkammern, Essenstafeln usw.	25,3	27,5	22,4
Spreche auf der Straße Leute an und bitte sie um Geld.	(0,8)	(1,4)	–
Nichts davon, schlage mich irgendwie durch.	(3,1)	(3,7)	(2,3)
Kann nichts an meiner Situation ändern.	15,5	16,9	13,8

1) Frage: "Was tun Sie, um Ihre derzeitige finanzielle Situation zu verbessern?"

() eingeschränkt aussagefähiger Wert.

Daten: Befragung armer und armutsnaher Familien in Schleswig-Holstein 1998.

4.4.2 Subjektive Deutung von Lebenslagenarmut

Die Haushaltsführung in armen Haushalten und die Strategien zur Bewältigung dieser Situation stehen in engem Zusammenhang damit, wie die jeweilige Situation gesehen und interpretiert wird.

Auf die direkte Frage: "Würden Sie sich selbst als arm bezeichnen?" antwortete die relative Mehrheit der Befragten (43,1 %) mit "ja", ein gutes Drittel (35,8 %) allerdings mit "nein" (vgl. Tab. 85). Diese Selbsteinordnungen sind im allgemeinen keineswegs willkürlich. Sie gründen sich vielmehr oft auf gute Gründe, das heißt auf verifizierbare Unterversorgungen. So schätzten sich insbesondere von den Befragten, die einkommensarm waren, Sozialhilfe bezogen oder kumulativ arm waren, viele (52,2 % bzw. 53 % bzw. 71,4 %) selbst als arm ein. Umgekehrt waren von den Befragten, die sich selbst als arm bezeichneten, mehr als zwei Drittel einkommensarm (68 %), wohnungsarm (68,9 %) bzw. Sozialhilfeempfänger(innen) (67,2 %). Doch selbst bei diesen Gruppen gab es hohe Anteile von Befragten, die das Attribut "arm" zurückwiesen oder unentschieden waren.

Tabelle 85 zeigt die "subjektive" Selbsteinschätzung als "arm" oder "nicht arm" in Abhängigkeit von "objektiv" festgestellten Unterversorgungen sowie dem Sozialhilfebezug.⁷¹

Tab. 85: Selbsteinstufung als "arm" bzw. "nicht arm" und "objektive" Lebenslagenarmut

	Auf die Frage: "Würden Sie sich selbst als arm bezeichnen?" antworteten von den Befragten		
	ja	nein	weiß nicht
	in Zeilenprozenten		
Befragte insgesamt	43,1	35,8	21,1
Einkommensarme	52,2	27,2	20,5
Nicht Einkommensarme	30,9	47,2	21,9
Bildungsarme	46,8	28,4	24,8
Nicht Bildungsarme	41,4	38,7	19,9
Erwerbsarme	54,9	31,9	13,3
Nicht Erwerbsarme	38,7	37,4	23,9
Wohnungsarme	46,7	31,3	22,0
Nicht Wohnungsarme	35,1	42,6	22,3
Arme (Index) ¹⁾	44,7	33,9	21,4
Nicht Arme (Index) ¹⁾	(25,0)	50,0	(25,0)
Kumulativ Arme in drei Dimensionen	50,0	26,3	23,7
Kumulativ Arme in vier Dimensionen	(71,4)	(21,4)	(7,1)
Befragte mit Sorgen	48,1	27,5	24,4
Befragte ohne Sorgen	41,1	38,9	20,0
Sozial Isolierte	46,7	29,0	24,3
Nicht sozial Isolierte	41,7	37,6	20,7
Befragte mit Sozialhilfebezug	53,0	27,4	19,3
Befragte ohne Sozialhilfebezug	30,9	44,7	24,5
	Von den Befragten, die sich selbst als		
	arm	nicht arm	
	bezeichnen, sind ...		
	in Spaltenprozenten		
einkommensarm	68,0	42,1	
bildungsarm	29,7	21,5	
erwerbsarm	35,0	24,5	
wohnungsarm	68,9	55,0	
arm in einer Dimension	22,2	35,6	
arm in zwei Dimensionen	37,9	27,3	
arm in drei Dimensionen	24,8	(15,2)	
arm in vier Dimensionen	(6,5)	(2,3)	
arm in mindestens einer Dimension (Index)	76,5	(50,0)	
besorgt	35,0	24,5	
sozial isoliert	30,7	23,3	
Sozialhilfeempfänger(innen)	67,2	42,1	

1) Arm in mindestens einer der vier Dimensionen Einkommen, Bildung, Arbeit und Wohnen.

() eingeschränkt aussagefähiger Wert.

Daten: Befragung armer und armutsnaher Familien in Schleswig-Holstein 1998.

⁷¹ Hohe und statistisch signifikante Korrelationen sind in der Tabelle fett gedruckt.

Obleich auch die "objektiven" Unterversorgungen die Selbsteinschätzungen der Befragten als "arm" bzw. "nicht arm" prägten, erwiesen sich die "subjektiven" Maßstäbe als entscheidender. Es waren vor allem die subjektive Schichteinstufung, das Ausmaß der wahrgenommenen Konsumeinschränkungen und die Beurteilung der derzeitigen finanziellen Situation im Zeitvergleich, die die Selbsteinschätzung als "arm" oder als "nicht arm" bestimmten (vgl. Tab. 86). Dies bestärkt Thesen, daß vor allem "relative Deprivationen", das heißt die im Vergleich zu Mitmenschen wahrgenommenen Vor- bzw. Nachteile das Denken und Verhalten der Menschen prägen.

Tab. 86: Selbsteinstufung als "arm" bzw. "nicht arm" und die "subjektiv" wahrgenommene Lebenslage

	Auf die Frage: "Würden Sie sich selbst als arm bezeichnen?" antworteten von den Befragten		
	ja	nein	weiß nicht
	in Zeilenprozenten		
Befragte insgesamt	43,1	35,8	21,1
Subjektive Schichteinstufung			
Unterschicht	66,9	12,2	20,9
Mittelschicht	24,9	53,4	21,7
Obere Mittelschicht, Oberschicht	(27,3)	(72,7)	–
Wahrgenommene Konsumeinschränkungen			
gering	(10,0)	(90,0)	–
mittel	28,5	47,2	24,3
stark	56,0	21,2	22,8
Beurteilung der derzeitigen finanziellen Lage im Vergleich zu vor fünf Jahren			
besser	31,3	54,0	14,3
genauso	42,0	29,0	29,0
schlechter	49,2	28,5	22,3
	Von den Befragten, die sich selbst als		
	arm	nicht arm	
	bezeichnen, ...		
	in Spaltenprozenten		
... rechnen sich zur			
Unterschicht	66,5		14,3
Mittelschicht	31,8		80,3
Oberen Mittelschicht, Oberschicht	(1,7)		(5,4)
... empfinden Konsumeinschränkungen			
gering	(0,7)		(7,6)
mittel	27,3		57,6
stark	72,0		34,7
... beurteilen ihre derzeitige finanzielle Lage im Vergleich zu vor fünf Jahren als			
besser	19,1		40,7
genauso	15,8		13,3
schlechter	65,0		46,0

() eingeschränkt aussagefähiger Wert.

Daten: Befragung armer und armutsnaher Familien in Schleswig-Holstein 1998.

Aus den durchgeführten Intensivinterviews ergab sich, daß die eigene Einschätzung als "arm" meist mit der bedrängten finanziellen Situation begründet wurde.

Es sind vor allem drei Aspekte, die von den Interviewten als belastend gesehen wurden und die für sie "Armut" ausmachten:

- Erstens bedeutet Armut, nicht frei über Geld verfügen zu können. *"Es wär schon ganz nett, wenn man irgendwann aus diesem Gekrauche irgendwie raus ... und nicht ständig gucken muß, ob man den Pfennig 'nen paarmal umdrehen muß und überlegen muß."* (Int. Nr. 22, alleinerziehende Mutter)
- Zweitens bedeutet Armut, von Sozialleistungen und behördlichen Einschränkungen abhängig zu sein. In diesem Zusammenhang wurden häufig die strikten Vorgaben des Sozialamts bei der Beschaffung von Kleidung oder Möbeln erwähnt. Statt mit Gutscheinen um Gebrauchsgüter anzustehen, suchten viele nach eigenen Finanzierungsmöglichkeiten. *"Wenn wir uns nicht so auf Raten bestellen könnten, na, dann würden wir doch ganz schön alt aussehen. Gucken Sie doch mal ein Möbellager da an, was für Möbel da sind, sowas kannst du dir doch gar nicht reinstellen (...) Aber das Recht, das nehm ich mir einfach, daß ich mir das kauf."* (Int. Nr. 5, Mutter einer kinderreichen Familie)
- Und drittens bedeutete Armut für die Betroffenen Stigmatisierung durch Mitmenschen. *"Was mich persönlich am meisten stört, ist die Akzeptanz der Leute. Also ich merk jetzt, also ich wohn hier in Sozialwohnungen und wenn ich mich denn mit 'm Hausmeister streite oder mit der Wohnungsbaugesellschaft, ich merk einfach, die denken, die hier sind die Asozialen (...) also wenn ich mit denen spreche, die meinen, mich für blöd verkaufen zu müssen."* (Int. Nr. 11, alleinerziehende Mutter)

Gleichwohl wurde die eigene Situation in mindestens zweierlei Hinsicht als *relative Armut* wahrgenommen. Zum einen wurde sie relativ zum früher erlebten Zustand gesehen. Befragte, die aus einer vergleichsweise gesicherten sozialen Position in Armut abgestiegen sind, litten besonders unter den unzureichenden Mitteln für qualitativ höherwertige Gebrauchsgüter oder für die Freizeitgestaltung (Urlaub, Kneipe, Kino usw.). Dagegen bewerteten Befragte, die stets nur einen geringen Lebensstandard hatten, ihre finanzielle Situation tendenziell besser und sahen darin nicht notwendigerweise ein Armutsmerkmal, selbst dann nicht, wenn sie objektiv über weniger Einkommen als die zuerst genannten Personen verfügten.

Zum anderen fiel auf, daß unsere Interviewpartner(innen) ihre Lage im Verhältnis zu Mitmenschen nicht als "ortsfesten" und auch nicht als konsistenten Zustand sahen. Sie nahmen ihre Lage vielmehr in ständigen Vergleichsprozessen mit Bekannten als relative Armut wahr. Je nach Kontext wurden dabei unterschiedliche Selbstzuordnungen vorgenommen. Dies machte die Selbstwahrnehmung oft schwankend und widersprüchlich: Im Vergleich z.B. mit einer kinderreichen Familie wurde die eigene Wohnungssituation als vergleichsweise befriedigend, aber die Einkommenslage als miserabel eingestuft, im Vergleich z.B. mit einer älteren Alleinstehenden wurde die Aussicht auf einen Arbeitsplatz als relativ günstig, aber die Wohnungssituation als relativ schlecht gesehen.

Vor diesem Hintergrund wird verständlich, wenn sich die Interviewten gegen "wirklich Arme" abgrenzen und insofern, auch wenn sie sich selbst als "arm" bezeichnen, gegen die Zuschreibung des Merkmals "arm" von anderen zur Wehr setzen. Die Interviewpartner(innen) verwiesen hierbei auf Erscheinungsformen absoluter Armut (z.B. Wohnungslose, hungernde Kinder in Afrika), auf soziale Isolation ("keine Familie, zu der

man hingehen kann"), auf Krankheit und Gebrechlichkeit. Viele setzten "wirkliche Armut" auch mit Bettelei und sozialer Verelendung gleich, gegen die sie ihre eigenen Respektabilität geltend machen. *"Wir sorgen schon dafür, daß wir nicht arm werden, so richtig arm werden"*, sagte etwa die Mutter einer von Sozialhilfe lebenden kinderreichen Familie (Int. Nr. 5). Auf die Nachfrage, was sie damit meint, antwortet sie: *"Naja, wenn ich schon die Boxen draußen durchstößern muß, daß meine Kinder mit geflicktem Zeug rumlaufen oder kaputten Schuhen rumlaufen, das ist bei mir schon arm."*

4.4.3 Wohnumfeld und Wahrnehmung der Lebenslagenarmut

Entsprechend der Siedlungsstruktur Schleswig-Holsteins lebten zwei Drittel (65,7 %) der befragten armen und armutsnahen Familien in ländlichen oder kleinstädtischen Räumen. In Großstädten von mehr als 100.000 Einwohnern wohnten 9 % der befragten Familien, aber 16,8 % der Einwohner Schleswig-Holsteins.

Die Ausprägungen der Armut in großen Städten, in Kleinstädten und auf dem Lande sind unterschiedlich (vgl. Tab. 87). In Dörfern waren die befragten armen Familien trotz einer üblichen Rate von Erwerbsarmut (Arbeitslosigkeit) weniger häufig von Einkommensarmut betroffen. Vermutlich tragen die hier noch engmaschigeren Familiennetze dazu bei, soziale Not aufzufangen. Arme Familien, die in Dörfern leben, sind darüber hinaus weniger oft wohnungsarm als Familien in den städtischen Agglomerationen. Wohnungen sind auf dem Lande billiger. Familien, die sich selbst auf dem Lande keine Wohnung leisten können, ziehen weg. Denn auf dem Lande gibt es kaum Notunterkünfte. Diese sind eher in Städten angesiedelt.

Arme Familien, die in Kleinstädten leben, sind überdurchschnittlich oft von Einkommens- und Erwerbsarmut betroffen. Denn die lokalen Erwerbsmöglichkeiten sind dort begrenzter als in großen Städten. Die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit von einer Kleinstadt aus setzt oft das Pendeln und den Besitz eines Wagens voraus.

Andererseits fällt bei armen und armutsnahen Familien, die in der Großstadt leben, insbesondere das hohe Ausmaß der Bildungsarmut auf. Es handelt sich häufig um Familien, die auch u.U. vorhandene Erwerbsmöglichkeiten mangels Qualifikation nicht nutzen können.

Tab. 87: Ausprägungen der Armut in der Stadt und auf dem Land

	Von den befragten Familien mit minderjährigen Kindern, die			
	auf dem Dorf	in Kleinstädten	in mittelgroßen Städten	in Großstädten oder Vororten von Großstädten
	leben, sind ... (in Prozent)			
einkommensarm	46,0	55,8	53,6	(53,3)
bildungsarm	(32,8)	30,7	37,0	(46,4)
erwerbsarm	31,7	33,1	31,7	(17,2)
wohnungsarm	54,1	62,9	65,5	63,3
kumulativ arm	(25,4)	31,6	31,1	(25,0)

() eingeschränkt aussagefähiger Wert.

Daten: Befragung armer und armutsnaher Familien in Schleswig-Holstein 1998.

Um etwas über das lokale Wohnumfeld zu erfahren, wurden die Befragten um eine Einschätzung gebeten, ob es ihren Nachbarn finanziell ähnlich, besser oder schlechter geht als ihnen selbst.

Es ergab sich, daß Armut auf dem Dorf eher als Einzelschicksal erfahren wird. Den anderen geht es aus der Sicht der Betroffenen häufig besser (vgl. Tab. 88). In den großen Städten ist Armut stärker sozialräumlich in Armutsvierteln und in sozialen Brennpunkten konzentriert. Den Nachbarn geht es demnach in der Einschätzung der Befragten oft finanziell ähnlich schlecht wie ihnen selbst. Armut wird dort oft als kollektives Phänomen erfahren.

Tab. 88: Finanzielle Einschätzung der Nachbarn

	Von den befragten Familien mit minderjährigen Kindern geben an, daß es ihren Nachbarn finanziell		
	schlechter	ähnlich	besser
	geht als ihnen selbst (in Zeilenprozenten)		
Familien insgesamt	(1,5)	40,9	57,6
Einkommensarme Familien	(0,7)	43,4	55,9
auf dem Dorf	–	(23,8)	(76,3)
in Kleinstädten	–	39,4	60,6
in mittelgroßen Städten	–	(50,0)	(50,0)
in Großstädten oder Vororten von Großstädten	(6,7)	(73,3)	(20,0)

() eingeschränkt aussagefähiger Wert.

Daten: Befragung armer und armutsnaher Familien in Schleswig-Holstein 1998.

Einkommensarme Familien haben in Städten generell mehr Sorgen als auf dem Land, einerlei ob es aus ihrer Sicht den Nachbarn finanziell ähnlich oder besser als ihnen selbst geht. Auf dem Lande hat das Wohnumfeld jedoch durchaus Einfluß auf die Sorgen: Werden die finanziellen Verhältnisse der Nachbarn ähnlich beurteilt, haben arme Familien weniger Sorgen, werden sie besser eingeschätzt, werden mehr Sorgen genannt.⁷²

Das Wohnumfeld prägt auch ein Stück weit die Selbsteinschätzung der Armen: Einkommensarme Familien, die meinten, daß es ihren Nachbarn besser als ihnen selbst geht, rechneten sich eher der Unterschicht zu (61 % vs. 52 %), schätzten sich eher als arm ein (59 % vs. 49 %) und gaben häufiger starke Konsumeinschränkungen an (65 % vs. 47 %) als einkommensarme Familien, die meinten, daß es ihren Nachbarn ähnlich wie ihnen geht.⁷³

⁷² Ergebnisse eines Mittelwertvergleichs der Zahl der Sorgen (vgl. Kap. 4.1.2.5); Unterschiede statistisch nicht signifikant.

⁷³ Eingeschränkt aussagefähige Werte wegen geringer Fallzahlen.

4.4.4 Innerfamiliäre Beziehungen

Besonders fühlbar sind Folgen der Armut, wenn sie das Zusammenleben von Familien betreffen. Trägt Armut zur Zerrüttung von Familien bei? Festigt sie im Gegenteil den Zusammenhalt von Familien? Verändern sich die Arbeitsteilungen zwischen Mann, Frau und Kindern? Weichen die überkommenen Aufgabenteilungen auf?

Was die *innerfamiliäre Arbeitsteilung* betrifft, so unterscheidet sich die Situation der Alleinerziehenden und der mit Partner lebenden Mütter nur wenig.⁷⁴ Auch bei den intensiv interviewten Ehepaaren und nichtehelichen Lebensgemeinschaften sind in der Regel die Mütter allein für Hausarbeit und Kindererziehung zuständig. Ihnen allein obliegt auch die Verwaltung des knappen Haushaltsbudgets. Dagegen finden sich bei Behördenkontakten und sozialrechtlichen Aufgaben unterschiedliche Arrangements. Teils ist es der Mann, teils die Frau, der/die die familiären Interessen nach außen vertritt.

Vielfach wird vermutet, daß in Familien, die von Armut oder Arbeitslosigkeit betroffen sind, die traditionelle Rollenverteilung unter dem Druck des ökonomischen Mangels aufweicht. Dies trifft für den Bereich der Erwerbsarbeit offenbar zu, nicht aber für die "Familienarbeit". Selbst in den interviewten Familien, in denen der Mann zum Zeitpunkt der Befragung arbeitslos, die Frau jedoch berufstätig war, sind Haushalt und Kinder in der Hauptverantwortung der Frau geblieben.

Im Gegensatz zur erwähnten Vermutung kann ein Leben unter Armutbedingungen traditionelle geschlechtsspezifische Rollenverteilungen verfestigen. Dies war bei einem Teil der intensiv interviewten "Working-Poor-Familien" mit kleinen Kindern zu beobachten. In diesen Familien konnte die Sicherung des Lebensunterhalts nur dann gelingen, wenn der Familienernährer Überstunden und Nebenjobs leistet. Dann aber ist er in der Familie kaum anwesend. Andererseits ist in diesen Familien die Hauswirtschaft unter Maßgabe knapper Mittel mit zusätzlicher Organisation der Kinderbetreuung ein fulltimejob. Unter diesen Bedingungen ist offenkundig die Weiterführung und sogar die Verfestigung einer strikten herkömmlichen Arbeitsteilung der Geschlechter rational: *"Also es sieht so aus: Im Endeffekt, sag ich mal, ich geh' arbeiten, verdien das Geld und verplanen tut mehr oder weniger meine Frau, weil sie ist tagsüber zu Hause, sie sieht den Bedarf, was benötigt wird und hat eben auch die Zeit, das zu organisieren, daß das rankommt (...) diese Sachen aufzuschreiben, zu notieren, was das kostet, wo die Angebote sind, (...) wo das Geld hingeh't, das macht sie zum größten Teil."* (Int. Nr. 2, Vater einer Schuldnerfamilie)

Haushaltsplanung und rationelles Wirtschaften erfordern also in einer Lage der Armut hohe Kompetenzen. Einige Frauen pochen schon deshalb darauf, den Haushalt zu führen, weil sie ihrem Mann diese Kompetenzen nicht zutrauen: *"Am meisten kauf ich ein, weil mein Mann nicht auf die Preise achten kann, vergleichen kann, dann kauft er alles teuer und darum kauf ich (...). Er kauft auch manchmal überflüssige Sachen, das wir in den Müll werfen müssen, verzehren wir nicht und werfen wir weg. Ich kauf zum Beispiel vier, fünf Stück einer Sorte von Obst, aber mein Mann kauft kistenweise und das (...) das kommt ja, das sieht man, daß er aus einer großen Familie kommt."* (Int. Nr. 9, Mutter einer Migrantenfamilie)

⁷⁴ Ergebnisse der Intensivinterviews.

Verantwortung für den Haushalt zu haben, wirkt sich für Frauen ambivalent aus. Einerseits können sie Selbstbestätigung daraus beziehen, daß sie alles alleine schaffen. Andererseits bedeuten die täglichen Anstrengungen der Überlebenssicherung eine hohe psychische und physische Belastung. Hinzu kommt, daß die Arbeit meist nicht als solche vom Partner gewürdigt wird. *"Sie sagt immer so schön: Du gehst zwar arbeiten, aber ich arbeite auch. Ich find, ich akzeptier das auch, aber es ist ja auch so, daß, wenn ich das jetzt so bei einigen Arbeitskollegen da mitbekomm, auch verheiratet, auch mittlerweile zwei Kinder, der kommt nach Hause, setzt sich an 'nen gedeckten Tisch, das kommt hier selten vor."* (Int. Nr. 2, Vater einer Schuldnerfamilie)

Vielfach wird erwartet, daß im Gefolge der Armut *Konflikte in der Familie* entstehen. Eine Reihe von Untersuchungen hat belegt, daß Armut nicht per se familiäre Beziehungen belastet, sondern eher dazu beiträgt, bislang latent gebliebene Konflikte zu manifestieren. Die Nachteile armer Familien bestehen dann darin, daß sie weniger Möglichkeiten als andere haben, latente Konflikte, die es bei ihnen wie in Familien aller Schichten gibt, auch latent zu halten. So können sie zum Beispiel belastende Aufgaben mangels Geld nicht durch Familienfremde erledigen lassen. *"Ökonomische Deprivation führt (...) im wesentlichen zu einer Akzentuierung von schon zuvor bestehenden Tendenzen des Familiensystems, die durch die finanzielle Verknappung zusätzlich verschärft werden."* (Walper 1988, S. 83)

Aus den in Schleswig-Holstein durchgeführten Intensivinterviews ergaben sich Hinweise darauf, daß vor allem in zweierlei Hinsicht familiäre Konflikte auftauchen, die zuvor im Dunkeln geblieben sind. (a) Infolge Arbeitslosigkeit aktualisieren sich Konflikte vor allem um die "Ernährerrolle", und (b) infolge Verschuldung kommen Konflikte um Geld an die Oberfläche.

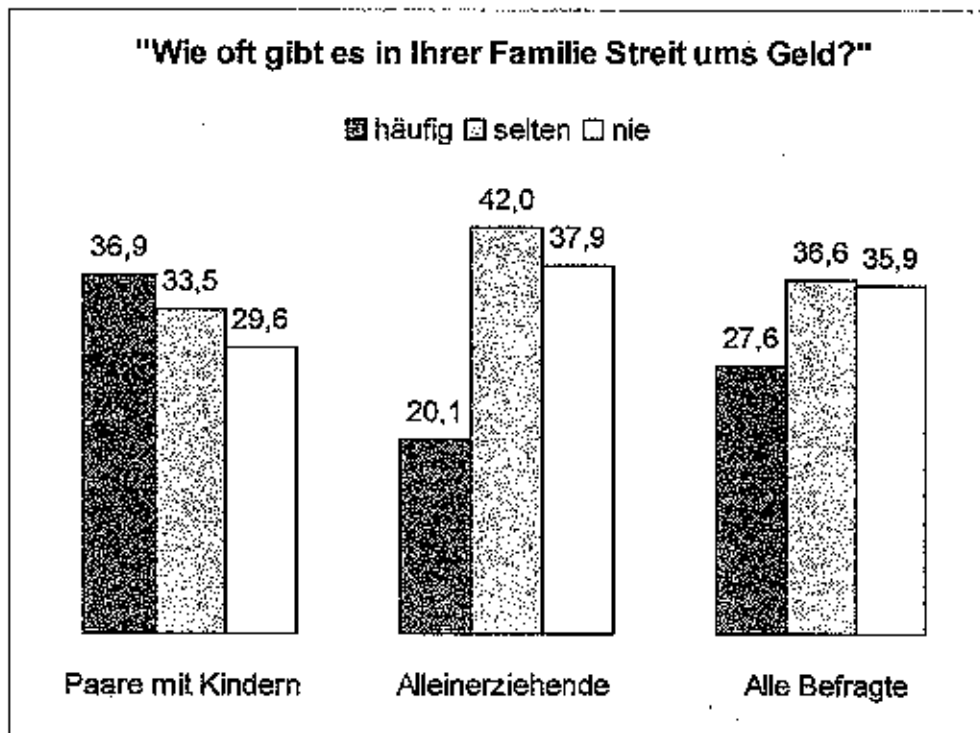
(a) Unfreiwillige Arbeitslosigkeit beeinträchtigt das Selbstwertgefühl des "Ernährers" der Familie. Zudem geht die gewohnte zeitliche Strukturierung des Alltags verloren. Wenn ein Elternteil aufgrund von Arbeitslosigkeit zu Hause ist, muß sich das Familienleben neu einspielen. Befunde der in Schleswig-Holstein durchgeführten Intensivinterviews bestätigten frühere Untersuchungen, nach denen sich Familien gegen Veränderungen der internen Organisation wehren und häufig an tradierten Rollenzuweisungen nach dem Familienernährermodell festhalten (vgl. Neuberger 1997). In diesem Kontext wird die Arbeitslosigkeit des Ernährers häufig als persönliches Versagen gedeutet und führt zu Schuldzuweisungen auch von seiten der Frau. In einem Fall war zu beobachten, daß zwar äußerlich die Rollen getauscht wurden, aber trotzdem an den alten Rollenidealen festgehalten wurde. Konflikte um die "Ernährerrolle" beeinträchtigen in hohem Maße auch die Erziehung der Kinder. Hintergrund ist in vielen Fällen, daß die Eltern bei Beibehaltung der bisherigen Rollenbilder keine weiterführende Perspektive mehr sehen, die Rollenbilder aber dennoch nicht ernsthaft verändern, was u.U. neue Perspektiven eröffnen würde.

(b) Geld ist in verschuldeten Familien der dominierende Anlaß für Konflikte, vor allem wenn es um größere Anschaffungen geht. Der Hintergrund ist, daß gerade der Umgang mit Geld diese Familien in Armut führte. Selbst wenn dieses Konfliktfeld lange latent gehalten werden konnte, so manifestiert es sich spätestens dann, wenn es um neue finanzielle Entscheidungen geht.

Rund 37 % der befragten Familien mit zwei Elternteilen und 20 % der Alleinerziehenden gaben an, daß es in ihrer Familie häufig Streit ums Geld gibt (vgl. Abb. 54). Geldstreitigkeiten sind besonders wahrscheinlich, wenn Paare verschuldet sind (52 % häufig, 31 % selten, 17 % nie) und wenn sich Befragte selbst als arm einschätzen.⁷⁵

Die Häufigkeit von Streitigkeiten um Geld korreliert nicht mit dem Grade der Einkommensarmut. Allerdings erleichtern höhere Einkommen die Lösung von Konflikten.

Abb. 54:



Antworten in % der Befragten.

Daten: Befragung armer und armutsnaher Familien in Schleswig-Holstein 1998.

Familien, in denen die elterliche Beziehung nachhaltig gestört ist, führen bei den Kindern zu Verlustängsten und Streß, die auf unterschiedliche Weise verarbeitet werden. Die betreffenden Elternteile berichteten z.B. über Aggressivität, inneren Rückzug, Sprachstörungen, Betrüßerei und psychosomatische Beschwerden ihrer Kinder. Allerdings wurden diese Symptome von den Interviewpartner(innen) nur teilweise mit der Familiensituation in Verbindung gebracht. Nach den Erkenntnissen der befragten Expert(inn)en neigen Kinder, die tagtäglich Armut und familiäre Konflikte erfahren, häufig dazu, sich Beeinträchtigungen als eigene Schuld zuzurechnen.

In zwei extremen Fällen, in denen der Vater drogen- bzw. alkoholabhängig war, kamen auch Kindesmißhandlungen zur Sprache. Es handelte sich beide Male um kumulativ benachteiligte Familien, in denen der Vater arbeitslos und dem psychischen Druck nicht gewachsen war. *"Seine Laune läßt er dann an den Kindern aus und dann ... werd ich böse (Interviewerin: Also indem er sie anschreit oder?) Ja ... Und grundsätzlich: Er darf*

⁷⁵ Ergebnisse von Regressionsanalysen.

die Kinder nicht hauen. Denn er hat ordentliche Pranken und .. er hat sich dann, wenn er ordentlich wütend ist, nicht unter Kontrolle und da kann so was schon mal schiefgehen, braucht er nur mal verkehrt zu hauen, das war zweimal jézt passiert.“

Sofern in Intensivinterviews Konflikte zwischen Eltern und Kindern zur Sprache kamen, betrafen sie die Notwendigkeit finanzieller Einschränkungen. Besonders alleinerziehende Mütter schilderten Probleme, die entstehen, wenn sie Konsumbedürfnisse ihrer heranwachsenden Töchter und Söhne abwehren müssen.

4.4.5 Kinder als Lebensmittelpunkt

Alle Interviewpartner(innen) wiesen Kindern eine zentrale Bedeutung in ihrem Leben zu. Die Sorge, den Lebensunterhalt nicht sichern und den Kindern nichts bieten zu können, stellte für viele Eltern eine hohe psychosoziale Belastung dar. Auffällig war das intensive Bemühen, die Kinder vor materiellen Einschränkungen zu bewahren oder die nötigen Verzichtleistungen durch eine verstärkte emotionale Zuwendung zu kompensieren.

“Man kann dem Kind ja nicht alles verbieten, man möchte ja auch, daß das Kind Spaß hat, es soll ja Kind sein.“ (Int. Nr. 2, Schuldnerfamilie)

“Also, ich hab dann lieber selber verzichtet auf irgendwas und hab das dann lieber den Kindern gegeben (...) ja, weil ich denk mir mal, das ist wichtiger, daß die Kinder das kriegen.“ (Int. Nr. 30, alleinerziehende Mutter)

Die Verantwortung für Kinder vermittelt den Eltern andererseits auch einen stabilen Halt. Kinder stehen als Symbol für "Glück", Lebenssinn und die Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Dies gilt in besonderem Maße für die Mütter, die für sich selbst wenig Chancen zur Überwindung ihrer Armut sehen: *“Das ist das einzige, was ich mir wünsche, das aus meinen Kindern was wird.“* (Int. Nr. 5) Aus der Sorge für Kinder kann Selbstbestätigung gezogen werden, wenn andere Anerkennungen im Beruf oder in der Partnerschaft versagt sind. Kinder strukturieren zudem den Tagesablauf und wirken so anomischen Tendenzen entgegen.

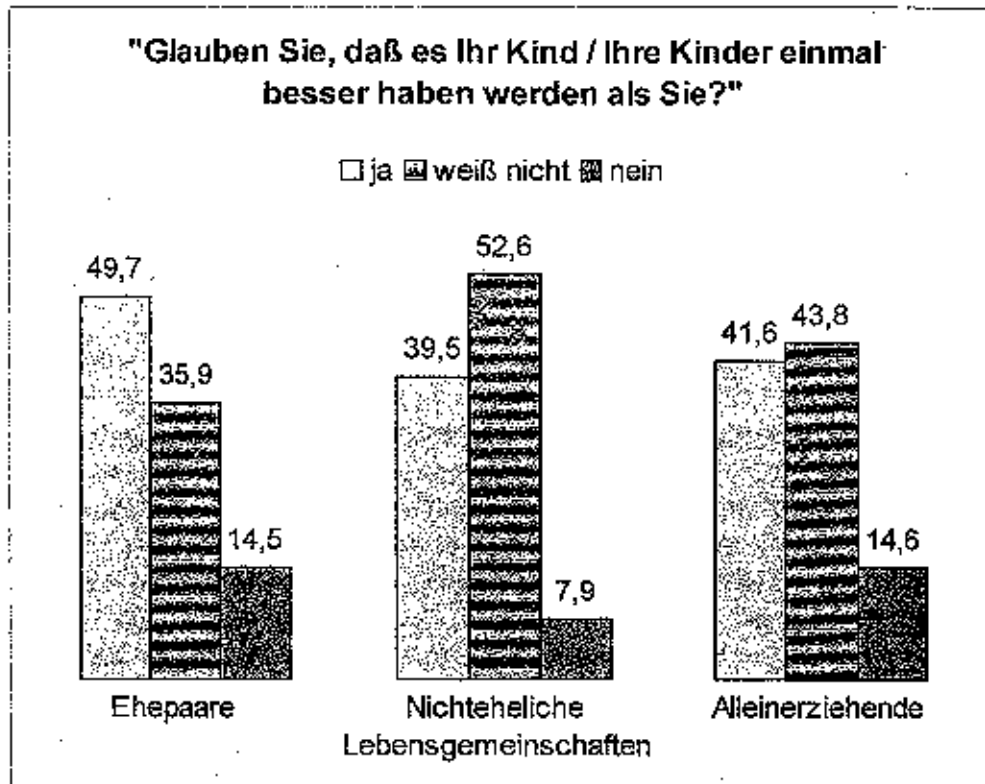
Diese Ergebnisse der in Schleswig-Holstein durchgeführten Intensivinterviews decken sich mit wesentlichen Resultaten der Arbeitslosenforschung: *“Wo Arbeitslosigkeit mit der Erfahrung von Sinnlosigkeit und dem Verlust des Selbstwertgefühls einher geht, wo die Grundlagen für die Sinnggebung der täglichen Aufgaben der Eltern bedroht sind, zeitliche und soziale Ordnungen schwinden und partnerschaftliche Beziehungen belastet sind, wächst die Bedeutung von Kindern im Sinne einer Aufgabe und Verpflichtung, die auch weiterhin erfüllt werden muß. Immer wieder berichteten Eltern, daß sie ohne Kinder schon resigniert hätten, daß der Lebensrhythmus der Kinder ihnen helfe, den Alltag neu zu organisieren. Die Kinder lenkten von selbstzerstörerischen Grübeleien ab, weil sie das Familienleben belebten, Beachtung verlangten, Ordnungen benötigten, Zuwendungen brauchten. Die Verankerung der Kinder in außerfamilialen Zusammenhängen bedeutete für die Familien zudem, daß sie trotz Arbeitslosigkeit zur Gesellschaft dazugehörten (...).“* (Neuberger 1997, S. 104f)

Kinder müssen in Familien von Arbeitslosen eine stabilisierende Rolle übernehmen, selbst wenn diese zur Überforderung führt: "Sie werden emotional überfordert, wenn sie Familien stabilisieren und das Vertrauen der Eltern in die Zukunft aufrechterhalten sollen, als auch den bald einzigen Bezug der Eltern zur gesellschaftlichen Realität darstellen." (Neuberger 1997, S. 107) Als charakteristisch erwies sich eine "forcierte Selbständigkeitsentwicklung" bei Kindern, deren Eltern aus Unsicherheit oder Überlastung keine zuverlässigen Zukunftsorientierungen vermitteln können. Auch empirische Untersuchungen in "sozialen Brennpunkten" zeigten auf, daß ältere Kinder kaum Ansprechpartner(innen) für ihre Sorgen und Nöte hatten und sich schon früh selbständig machen mußten. "Dies gilt besonders für die Mädchen: Sie werden frühzeitig für Kindererziehung und Haushalt eingespannt und müssen oft alle schulischen Angelegenheiten (den täglichen Schulbesuch zuallererst) alleine regeln." (Salz 1991, S. 14)

In den schleswig-holsteinischen Intensivinterviews zeigte sich, daß Kinder alleinerziehender Mütter eher zu einer frühen Selbständigkeit genötigt sind als Kinder aus Paarfamilien. Dies hat freilich nicht nur mit dem Leben in Armut, sondern auch mit der Familiensituation zu tun: Wenn die Mutter erwerbstätig ist, müssen die Kinder früher im Haushalt oder bei der Betreuung jüngerer Geschwister mithelfen. Obendrein scheinen Kinder auch ein emotionaler Partnerersatz zu sein. *"Ich muß, glaube ich, sehr offen mit den Kindern sprechen, offener vielleicht als wenn man .. einen Ehepartner da hätte, mit dem man das alles besprechen könnte .. sag ich dann doch schon, wenn ich 'ich fühle mich heute nicht so wohl, weil ich müde bin oder weil ich sauer bin, weil das und das passiert ist' und, ähm, naja ich kann ihnen keine Show vormachen, wie vielleicht andere das machen können und erziehe dann auch die Kinder schon sehr selbständig, zur Selbständigkeit, daß sie eben mithelfen im Haushalt, so 'komm, das kannst du schon machen, mach doch das mal, das kann ich nicht alles alleine'. Und das baut doch schon 'ne eher partnerschaftliche Beziehung auf, denke ich, als wenn man so ein reines Eltern-Kind-Verhältnis hat."* (Int. Nr. 16, alleinerziehende Mutter)

Auch Ergebnisse der schriftlichen Befragung armer und armutsnaher Familien in Schleswig-Holstein belegen, daß in armen Familien Kinder häufig den Eltern Halt und Zukunftshoffnung vermitteln: 44,6% der Befragten meinten, daß es ihre Kinder "einmal besser haben werden" als sie. Nur 13,6 % nahmen an, daß es ihren Kindern (noch) schlechter gehen werde. 41,6 % kreuzten "weiß nicht" an. Ehepaare waren zuverlässlicher als nichteheliche Lebensgemeinschaften und Alleinerziehende (vgl. Abb. 55). Die insgesamt vergleichsweise optimistischen Antworten stellen wohl nicht nur Erwartungen im Hinblick auf den Lebensweg der Kinder, sondern auch Projektionen eigener Hoffnungen und Wünsche dar.

Abb. 55:



Antworten in % der Befragten.

Daten: Befragung armer und armutsnaher Familien in Schleswig-Holstein 1998.

Einkommensarme Familien schätzten die Zukunft ihrer Kinder häufiger positiv ein (48,7 %) als nicht einkommensarme Familien (38 %). Dies bestätigt die o.g. Interpretation, daß eigene Zukunftshoffnungen auf die Kinder projiziert werden. Vor allem Migrant(inn)en (ja 69,9 %) und Sozialhilfebezieher(innen) (63,7 %) setzen große Hoffnungen in die Zukunft ihrer Kinder. Wenig rosig sehen dagegen Erwerbsarme (nein 22,1 %) die Zukunft ihrer Kinder.⁷⁶

4.4.6 Folgen für die kindliche Entwicklung

In der Deprivationforschung wird im allgemeinen davon ausgegangen, daß Armut einerseits die kindliche Entwicklung direkt beeinträchtigen kann, daß andererseits indirekte Effekte bestehen.⁷⁷

⁷⁶ Der Migrationsstatus, der Sozialhilfebezug und die Erwerbsarmut erwiesen sich in Regressionsanalysen als die stärksten Prädiktoren der Zukunftserwartungen. Dagegen hatten die Dauer des Sozialhilfebezugs sowie Zahl und Alter der Kinder nur geringen Einfluß auf die Zukunftserwartungen.

⁷⁷ Da es sich bei der Befragung von armen und armutsnahen Familienangehörigen in Schleswig-Holstein um eine "Momentaufnahme" (Querschnittsbefragung) handelte, können keine Aussagen über die Sozialisation und die weitere psychosoziale Entwicklung der Kinder getroffen und keine diesbezüglichen Vergleiche zwischen armen und nicht armen Familien angestellt werden.

Die Forschungen ergaben, daß *körperliche Gewalt in Familien* offenbar kein spezifisches Armuts- oder Unterschichtphänomen, sondern ein schichtübergreifendes Mittel elterlicher Erziehung darstellt. Nach Ergebnissen des "Bielefelder Jugendsurveys" (1992/93), bei dem 2.400 13- bis 16jährige Schüler(innen) in Nordrhein-Westfalen und Sachsen befragt wurden, gaben 81,5 % an, daß sie Ohrfeigen erhalten hatten, 30,6 % hatten schon Prügel bezogen. Für Kinder aus unteren sozialen Schichten wurde allerdings eine erhöhte Belastung mit körperlicher Gewalt festgestellt (vgl. Busmann 1995). Aus Expert(inn)enbefragungen geht hervor, daß Kindesmißhandlungen dann auftreten, wenn Gewalt für Eltern ein Mittel ist, eigene Überforderungen und Kontrollverluste zu kompensieren.

Vernachlässigung ist eine "andauernde oder wiederholte Unterlassung fürsorglichen Handelns sorgeverantwortlicher Personen (Eltern oder andere von ihnen autorisierte Personen), welche zur Sicherstellung der psychischen und physischen Versorgung des Kindes notwendig wäre. Diese Unterlassung kann aktiv oder passiv (unbewußt), aufgrund unzureichender Einsicht und unzureichenden Wissens erfolgen. Die durch Vernachlässigung bewirkte chronische Unterversorgung des Kindes (...) hemmt, beeinträchtigt oder schädigt seine körperliche, geistige und seelische Entwicklung und kann zu gravierenden bleibenden Schäden oder gar zum Tode des Kindes führen." (Schone u.a. 1997, S. 21) Bei Säuglingen und Kleinkindern stellen auch leichtere Formen der Vernachlässigung und Ablehnung ein hohes Risiko für neuropsychiatrische Störungen dar. Die Gesamtzahl vernachlässigter Kinder in Deutschland wird auf mindestens 50.000 geschätzt (Deutscher Kinderschutzbund/Volkswagen AG 1998). Etwa zwei Drittel der vernachlässigten Kinder kommen aus sozialhilfeabhängigen Familien (Schone u.a. 1997, S. 98ff.).

Jugendliche aus deprivierten Familien neigen eher zu *Selbstabwertungen* als Jugendliche aus einkommensstabilen Familien. Bei hoher Integration der Familie ist die Beeinträchtigung des Selbstwertgefühls weniger ausgeprägt. Dagegen erwies sich unterstützendes Verhalten der Mutter als irrelevant (Walper 1988).

Je stärker die finanzielle Deprivation, desto kritischer erweist sich die *Einstellung* der Jugendlichen gegenüber geltenden Normen und sozialen Kontrollen. Dies bedeutet jedoch nicht notwendigerweise eine erhöhte Bereitschaft zu normverletzendem Verhalten (Walper 1988, 1995).

Mädchen aus Familien Arbeitsloser lassen mehr *emotionale Belastungen*, mehr *Beziehungsprobleme*, aber *weniger Freizeitaktivitäten* erkennen als Mädchen mit erwerbstätigem Vater. Bei Jungen sind jedoch keine diesbezüglichen Unterschiede festzustellen (Schindler/Wetzels 1990). Die vielfach vermuteten Einflüsse der Arbeitslosigkeit auf die *Lernmotivation* oder das *Vertrauen in die berufliche Zukunft* können weder bei Jungen noch bei Mädchen nachgewiesen werden (Schindler/Wetzels 1990). Nach US-amerikanischen Studien (Elder 1974; Elder u.a. 1985) sind geschlechtsspezifische Reaktionsmuster von Kindern auf Arbeitslosigkeit und Deprivation altersabhängig: Jungen sind in der Kindheit besonders verletzlich, Mädchen in der Pubertät.

Was die *kognitive Entwicklung*, die *schulischen Leistungen* und den *Bildungserfolg* von Kindern betrifft, so macht sich Armut, isoliert betrachtet, in der kognitiven Entwicklung nur schwach, bei den schulischen Leistungen und dem Bildungserfolg hingegen stark bemerkbar. Kinder aus dem "Armutsmilieu" fallen (nach Grundmann 1998, S. 179) erst mit 15 Jahren unter das kognitive Kompetenzniveau anderer Kinder ab, sie erlangen

aber durchgängig schlechtere Schulnoten und brechen die Bildungslaufbahn häufiger frühzeitig ab. Kinder aus unterprivilegierten Familien können die "Leistungserwartungen im mittelschichtdominierten Bildungssystem" (S. 167) nicht erfüllen. Unterstützende Erziehungsstile wirken sich lediglich in oberen Soziallagen positiv auf die Kognition aus. In unteren Lagen führen sie offenbar im Gegenteil zu einer Verzögerung der kognitiven Entwicklung und zu schlechteren Schulleistungen (S. 175ff.). Denn unterstützendes Verhalten entspricht nicht den faktischen Lebensbedingungen und Handlungserfordernissen deprivierter Milieus (S. 166, S. 179). Hinsichtlich des Schulerfolgs zeigt sich jedoch auch in unteren Lagen ein positiver Einfluß der elterlichen Unterstützung, weil Eltern "die Kinder nicht dazu drängen, den Bildungsprozeß frühzeitig abzubrechen, um eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen" (S. 178).

Die in Schleswig-Holstein geführten Intensivinterviews machten deutlich, daß Befragte, die selbst gering qualifiziert sind, großen Wert auf eine solide *schulische und berufliche Ausbildung* ihrer Kinder legen: *"Jo, dann versuch ich natürlich dann auch, zusammen mit meiner Frau sie schulisch zu unterstützen. Ich selbst hab von meinen Eltern schulisch kaum Unterstützung bekommen. (...) und ich hoff natürlich, daß sie dadurch eine bessere Schulausbildung bekommen, das heißt einen leichteren Weg haben in der Schule und eventuell einen besseren Abschluß erzielen. Das heißt, ich erhoffe mir zumindest für meine beiden Kinder einen Realschulabschluß statt nur einen Hauptschulabschluß (...) mit Hauptschulabschluß hat man nicht mehr allzuviele Chancen, ne."* (Int. Nr. 2, Schuldnerfamilie)

Das Bemühen von Eltern, ihren Kindern soziale Chancen offenzuhalten, reicht allerdings oft nur so weit, daß die Kinder gezwungen sind, selbst die Verantwortung für ihre schulische und berufliche Laufbahn zu übernehmen. Denn viele Eltern wissen nicht oder sind sich nicht sicher, *welche Bildungswege welche sozialen Chancen eröffnen*: *"Die beiden können machen, was se wollen. Ich zwing keinen dazu, was zu lernen, wenn er nicht lernen will. Will er zur Uni gehen, kann er zur Uni gehen, wollen se nicht gehen, wollen se Soldat werden, können se Soldat werden (...) bloß, was se anfangen, müssen sie auch zu Ende durchziehen (...), 'was ihr anfangt', sag ich euch, 'umschulen, umlernen könnt ihr nachher immer noch, aber erst mal was lernen', was se brauchen."* (Int. Nr. 22, arbeitsloser Familienvater)

Die Betreuung von Schularbeiten verläuft, der Befragung schleswig-holsteinischer armer und armutsnaher Familien zufolge, nach keinem einheitlichen Muster. Einige Eltern (in der Regel die Mütter) schilderten eine intensive Betreuung. Andere befürchteten, daß sie ihren Kindern bald nicht mehr bei den Schularbeiten helfen könnten, da das Lernpensum ihre eigenen Kenntnisse übersteigen würde. Gelegentlich reduzierte sich Unterstützung auf die Belohnung guter Schulnoten. Von Familien, die in beengten Wohnverhältnissen leben, wurde immer wieder das Problem geschildert, daß die Kinder keinen ruhigen Raum finden, um Hausaufgaben machen zu können.

Von den 11- bis 14jährigen Mädchen und Jungen aus den befragten Familien besuchten 10,7 % bzw. 13 % die Sonderschule (vgl. Tab. 89). Wenn die 11- bis 14jährigen aus den befragten Familien mindestens ein bildungsarmes Elternteil hatten, war sogar jedes dritte Mädchen (33,3 %) und fast jeder dritte Junge (29,4 %) in der Sonderschule. Insgesamt bestätigte sich erneut, daß Kinder aus armen Familien häufiger die Haupt- und Sonderschule und seltener das Gymnasium als der Bevölkerungsquerschnitt besuchten.

Tab. 89: Schulbesuch der 11- bis 14jährigen Mädchen und Jungen

	11-14jährige Kinder aus den befragten Familien		darunter: aus					
			einkommensarmen Familien		bildungsarmen Familien		erwerbsarmen Familien	
	M	J	M	J	M	J	M	J
Schulbesuchsquoten in %								
Sonderschule	10,7	13,0	15,4	11,1	(33,3)	(29,4)	(4,8)	(13,3)
Hauptschule	32,2	37,0	35,9	55,6	(26,7)	(29,4)	(42,8)	(40,0)
Realschule	35,7	34,8	38,4	25,9	(40,0)	(29,4)	(38,1)	(33,4)
Gymnasium	21,4	15,2	10,3	7,4	–	(11,8)	(14,3)	(13,3)

M Mädchen / J Jungen

() eingeschränkt aussagefähiger Wert.

Daten: Befragung armer und armutsnaher Familien in Schleswig-Holstein 1998.

Ein ähnliches Bild zeigte sich bei den Kindern und Jugendlichen, die die Schule bereits verlassen hatten. Insbesondere die Kinder aus besonders einkommensarmen Familien hatten signifikant niedrigere Schulabschlüsse als nicht arme Kinder erreicht.

4.5 Zusammenfassung der Ergebnisse

Die Darstellung der Lebenslagen armer und armutsnaher Familien in Schleswig-Holstein geht über den Bereich der Einkommen bzw. der Sozialhilfeleistungen hinaus. Eine Beschränkung hierauf würde der Vieldimensionalität von Armut nicht gerecht werden. Insbesondere bei der Untersuchung der Armut von Kindern im Familienzusammenhang greift eine rein monetäre Betrachtung zu kurz. Auch sagen die verfügbaren Geldmittel nur etwas über *Versorgungsmöglichkeiten* und nicht unbedingt etwas über die Versorgung selbst aus, die je nach Einsatz der Geldmittel sehr unterschiedlich sein kann.

Die dargestellten Informationen stammen aus der zur Erstellung des Landesarmutsberichts durchgeführten schriftlichen Befragung armer und armutsnaher Familien in Schleswig-Holstein sowie aus den Intensivinterviews mit ausgewählten Betroffenen (vgl. 2.3.2). Insgesamt repräsentieren die Befragten einen recht guten Querschnitt der Armutsbevölkerung mit Kindern. Im Vergleich zur Sozialhilfestatistik (vgl. Kap. 3.2) sind keine größeren demographischen Verzerrungen zu erkennen.

Das Nettoäquivalenzeinkommen der befragten Familien betrug durchschnittlich 917 DM. Damit lag das Durchschnittseinkommen der befragten Familien unter der Armutsgrenze. Ein Drittel (32,9 %) der befragten Familien lebte in "strenger Armut". Über die Hälfte (54,6 %) war von Armut betroffen. Vier Fünftel (78,8 %) lebten im Bereich der "Niedrigeinkommen".

Viele der befragten armen und armutsnahen Familien(mitglieder) waren auch "arm" in anderen Lebenslagebereichen. Alle im folgenden genannten Grade der Unterversorgung liegen deutlich über denen der Gesamtbevölkerung:

- *Disponibles Einkommen*: Jede zehnte befragte Familie befand sich in "Ausgabenarmut": Sie hatte höhere fixe Ausgaben (Wohnkosten, Schuldenrückzah-

lung, Versicherungsbeträge, berufliche Fahrtkosten, Aufwendungen für Krankheit, Behinderung oder Pflege) als Gesamteinnahmen. Die Hauptwege in diese Unterversorgung führten über Arbeitslosigkeit, eine geringe (Aus-)Bildung und eine hohe Kinderzahl.

- **Bildung:** Jedes elfte befragte Elternteil hatte die Schule ohne Abschluß beendet oder nur einen Sonderschulabschluß erworben. Ein gutes Viertel der Befragten verfügte über keine Berufsausbildung. Insgesamt waren damit 27,1 % der Befragten unterausgestattet im Bereich der Bildung. "Bildungsarmut" fand sich besonders häufig bei jungen Eltern.
- **Erwerbstätigkeit:** Arbeitslos, geringfügig oder nur gelegentlich beschäftigt waren fast drei von zehn (27,7 %) der befragten Elternteile. Dies waren oft ausländische und ältere Männer. Zudem war in jedem zweiten befragten Haushalt ein weiteres Familienmitglied arbeitslos.
- **Wohnen:** In einer Notunterkunft lebten 7,8 % der Befragten. "Wohnungsnotfälle" stellten 17,5 % der Befragten dar. Sie wohnten in Notunterkünften, waren unmittelbar von Wohnungslosigkeit bedroht oder lebten in unzumutbaren Wohnverhältnissen. In Wohnungen, die weniger Fläche aufwiesen, als der Minimalstandard des sozialen Wohnungsbaus in Schleswig-Holstein vorsieht, lebten 30,8 % der befragten Familien. Zu wenige Räume (weniger als ein Raum pro Person ab 7 Jahren) hatten 28 % zur Verfügung. Und mit unterausgestatteten Wohnungen mußten 29,2 % der Befragten vorlieb nehmen. Ausländische, kinderreiche und wenig gebildete Familien waren davon überproportional betroffen. Nur 40 % der Befragten nannten keine Wohnungsunterversorgung (Notunterkunft, zu geringe Fläche, Raumzahl, Ausstattung).
- **Gesundheit:** Jede(r) zehnte Befragte war dauerhaft krank oder pflegebedürftig. Weitere 15 % lebten mit kranken und pflegebedürftigen Angehörigen zusammen. Armut führt häufig zu psychischen und/oder physischen Beeinträchtigungen.
- **Zwischenmenschliche Beziehungen:** Die Befragten hatten wesentlich weniger und auch weniger intensive soziale Beziehungen als der Bevölkerungsquerschnitt. 16,5 % der Befragten gaben an, keine engen Freunde zu haben. Die durchschnittliche Anzahl von Freunden betrug ca. vier Personen. Fast jede(r) fünfte Befragte, die/der wenigstens einen Freund hatte, traf ihn seltener als einmal im Monat. 17,5 % unterhielten keine engen Kontakte zu Verwandten. Insgesamt waren damit 7,6 % der Befragten völlig, weitere 8,8 % fast völlig isoliert. 8,5 % der Befragten hatten im letzten Jahr keinerlei Unterstützung erhalten, auch nicht von sozialen Einrichtungen. Unter den Bestimmungsgründen für soziale Isolation ragt die Einkommensarmut hervor.

Unter den aufgeführten Dimensionen sind Unterversorgungen im Wohnungs-, Einkommens-, Bildungs- und Erwerbsbereich die häufigsten. 17,2 % der Personen wiesen Unterversorgungen in mindestens vier, 24,2 % in drei, 28,4 % in zwei und 21,1 % in einem Bereich auf. Von dieser "kumulativen Armut" waren vor allem kinderreiche Familien, Migrant(inn)en, jüngere Eltern sowie ältere Familien mit einem arbeitslosen Ernährer betroffen.

Die befragten Familien gerieten vor allem durch vier Arten von Lebensereignissen in Armut: Verlust des Arbeitsplatzes, Trennung bzw. Scheidung, Schwangerschaft und Verschuldung.

Die Folgen von Armut zeigten sich für 62,4 % der Befragten in umfassenden, für 35,5 % in teilweisen Konsumeinschränkungen. Dies betraf Alleinerziehende mehr als Ehepaarfamilien. Gespart wurde in erster Linie an Urlaub und selbst an kleineren Reisen, dann am Besuch von Gaststätten etc., an Wohnungseinrichtungen, Hobbies und Kleidung. An Kinderbekleidung, Kinderspielzeug und Essen wurden die wenigsten Einschränkungen vorgenommen. Allerdings mußte sich die Hälfte der einkommensarmen Familien selbst bei Kinderbekleidung und -spielzeug und ein Viertel bei Ausgaben für das Essen stark einschränken.

Etwa ein Viertel der Kinder der befragten Familien erhielt kein regelmäßiges Taschengeld. Dies führt häufig zur Ausgrenzung aus der Kinder- und Jugendkultur mit entsprechenden Folgen für das Ansehen und die Sozialkontakte der Kinder.

Armut wird von den betroffenen Familien überwiegend mit einer strikteren Haushaltsplanung und mit Strategien zusätzlicher Geldbeschaffung und Eigenproduktion beantwortet, also mit aktiven Bewältigungsstrategien.

Ein gutes Drittel der Befragten bezeichnete sich selbst nicht als "arm". Die knappe Hälfte der Befragten nannte sich "arm". Dies taten häufig einkommensarme und in mehreren Dimensionen unterversorgte Befragte. Besonders häufig hielten sich diejenigen für "arm", die sich selbst der Unterschicht zurechneten, ihre Konsumeinschränkungen als erheblich einstufen und ihre finanzielle Situation im Abwärtstrend sahen. Es war also mehr noch die Wahrnehmung der eigenen Lage als die Lage selbst, die die Selbsteinstufung als "arm" prägte. Diese Wahrnehmung vollzieht sich meist relativ, im Vergleich zum früher erlebten Zustand oder zu sichtbaren Alternativen.

Armut auf dem Dorf wird eher als individuelles Einzelschicksal erfahren, das gegenüber dem der Mitmenschen abfällt. Gleichwohl tragen die auf dem Lande oft noch vorhandenen (Familien-)Netzwerke dazu bei, soziale Not aufzufangen. Armut in der Stadt ist häufiger in sozialen Brennpunkten konzentriert. Armut stellt sich für die Betroffenen hier eher als kollektives Schicksal dar. Dennoch ist die soziale Unterstützung durch Mitmenschen hier meist geringer. Arme Familien haben so in der Stadt meist mehr Sorgen als auf dem Land.

Armut bedeutet im Denken der Betroffenen vor allem:

- nicht frei über Geld entscheiden zu können,
- von Sozialleistungen und behördlichen Einschränkungen abhängig zu sein sowie
- von Mitmenschen herabgesetzt zu werden.

Innerhalb der befragten armen und armutsnahen Familien waren in der Regel die Mütter allein für Hausarbeit und Kindererziehung zuständig. Die traditionelle Rollenverteilung verfestigte sich im Zuge der Armut eher, als daß sie aufweichte. Konflikte wurden in den betroffenen Familien durch Armut weniger erzeugt als an die Oberfläche gebracht. In der Folge von Arbeitslosigkeit standen Auseinandersetzungen um

die Rolle des "Ernährers" im Vordergrund, bei Verschuldung traten Konflikte um Geld zutage.

Kinder stellten für die Befragten überwiegend den Lebensmittelpunkt dar. Die Verantwortung für Kinder war Gegenstand der größten Sorgen, stellte für Eltern aber auch Selbstbestätigung und einen psychischen Halt dar. Die Zukunft der Kinder wurde oft überraschend positiv eingeschätzt, was oft als Projektion der Hoffnungen von Eltern gedeutet werden kann.

Hinsicht der konkreten Betreuung der Kinder (z.B. der Schularbeiten) waren sehr unterschiedliche Aktivitäten und Aktivitätsgrade erkennbar. Von seiten der Familien, die in beengten Wohnverhältnissen lebten, wurde immer wieder der Mangel an ruhigem Raum zur Anfertigung von Hausaufgaben vorgebracht.

Von den 11- bis 14jährigen Kindern aus den befragten Familien besuchten 10,7 % der Mädchen und 13 % der Jungen die Sonderschule. Wenn ein Elternteil keinen Schulabschluß oder nur einen Sonderschulabschluß aufwies, ging jedes dritte Mädchen und fast jeder dritte Junge in die Sonderschule.

Zur Ermittlung der längerfristigen Folgen von Armut für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen, einschließlich eventueller unterschiedlicher Konsequenzen für Mädchen und Jungen, wäre eine kontinuierliche Armutsforschung und -berichterstattung auf der Basis von Längsschnittuntersuchungen notwendig. Diese fehlt in Schleswig-Holstein. Auch in Deutschland überhaupt ist sie nur ausschnittsweise vorhanden (vgl. 5.6).

5. Handlungsperspektiven

Die vorstehenden Darstellungen des Landesarmutsberichts zeigen, daß sich Armut nicht länger auf kleine "Problemgruppen" konzentriert, sondern weit in ehemals gesicherte mittlere Soziallagen der Gesellschaft hinein reicht. Vor allem die Armutsrisiken infolge von Arbeitslosigkeit, Migration und familiären Ereignissen sind zunehmend "normal" geworden. Die bestehenden sozialen Sicherungssysteme schützen nicht mehr hinreichend vor ihnen. Armut gewinnt dadurch eine neue Qualität und stellt die soziale Integration infrage. Vor diesem Hintergrund sind erhebliche Reformen notwendig.

Zahlreiche dieser Reformen sollten länderübergreifend im nationalen und supranationalen Rahmen durchgeführt werden. Aber auch von seiten der Länder, Kommunen, Verbände und anderer Akteure kann viel getan werden, teils als Ergänzung und Konkretisierung der nationalen und supranationalen Maßnahmen, teils als eigenständige Aktivitäten.

Im folgenden werden Handlungsperspektiven vor allem für jene ausgewählten Felder skizziert, die nach den Befunden des Landesarmutsberichts sowie den Ergebnissen der durchgeführten Expertenbefragungen besonders dringlich und erfolgversprechend sind.

5.1 Wirtschaft und Arbeitsmarkt

Arbeitslosigkeit stellt eine der Hauptursachen für Armut dar. Gut ein Drittel der Sozialhilfeempfänger(innen) im erwerbsfähigen Alter sind arbeitslos. Dies waren 1997 in Schleswig-Holstein rund 28.100 Personen. Die Zahl der sozialhilfeabhängigen Personen, die in der Lage sind, eine Erwerbstätigkeit auszuüben und dadurch der Armut zu entkommen (die "stille Reserve"), ist jedoch größer. Sie umfaßt zusätzlich bis zu 13.800 Menschen. Diese Personen beziehen derzeit aus "sonstigen Gründen" Sozialhilfe.

Der Erhalt und die Schaffung von regulären Beschäftigungsverhältnissen ist eine Voraussetzung zur Minderung arbeitslosigkeitsbedingter Armut. Wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen sind daher von großer Bedeutung für die Vermeidung und Bekämpfung von Armut.

Regionale und sektorale Strukturpolitik

In Schleswig-Holstein finden sich unter anderem an der Westküste und im Flensburger Raum umfangreiche Regionen, die von wirtschaftlicher Strukturschwäche gekennzeichnet sind (vgl. 3.2.6). In diesen Gebieten ist eine Arbeitsaufnahme an Ort und Stelle häufig nicht möglich oder erfordert weites Pendeln. Dies gestaltet sich gerade in armen Familien aus familiären Gründen oder mangels eines eigenen Kraftfahrzeugs oft sehr schwierig.

Hilfreich sind daher Maßnahmen der qualitativen Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik, insbesondere zur Unternehmensansiedlung in strukturschwachen Regionen. Hierzu bieten sich in erster Linie Fördermaßnahmen innerhalb des Dienstleistungssektors an. Ihnen wird das größte Potential zum Aufbau neuer Arbeitsplätze eingeräumt. Insbesondere sollten ökologische und soziale Dienstleistungen etabliert werden, auch und ge-

rade solche, die über die in Schleswig-Holstein geläufigen Fremdenverkehrs- und Gesundheitsdienstleistungen hinausreichen. Sie sind arbeitsplatzintensiv und unterliegen einem vergleichsweise geringen technologischen Rationalisierungsdruck.

Weiterhin ist der Ausbau des Nahverkehrs der Aufnahme einer Erwerbsarbeit dienlich. Hier erscheinen neben öffentlichen Maßnahmen auch private Verkehrsträger und die flexible Förderung von Fahrgemeinschaften durch Informations-, Organisations- und finanzielle Unterstützung hilfreich.

Kürzere und flexiblere Arbeitszeiten

Kürzere und flexiblere Arbeitszeiten erleichtern es, das vorhandene Arbeitsvolumen auf mehr Menschen zu verteilen, und erlauben es auch Menschen mit familiären Pflichten, eine Erwerbsarbeit aufzunehmen.

Im Vergleich zu anderen Bundesländern weist Schleswig-Holstein einen relativ hohen Anteil an Teilzeitarbeitsplätzen auf. Mitte 1996 waren in Schleswig-Holstein 15,6 % und im früheren Bundesgebiet 13,4 % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten teilzeiterwerbstätig. Gut neun Zehntel von ihnen (91,8 % in Schleswig-Holstein; 90,6 % in Westdeutschland) waren Frauen.

Auch wenn Teilzeitarbeitsplätze Müttern die Erwerbstätigkeit und möglicherweise den Ausstieg aus der Sozialhilfeabhängigkeit erlauben, so zeigten die befragten armen und armutsnahen Mütter in ihrer gegenwärtigen Situation doch nur begrenztes Interesse an Teilzeitarbeitsplätzen. Hierbei wünschten Ehefrauen eher noch als Alleinerziehende die Aufnahme einer Teilzeitarbeit. In bestimmten Fällen wird Teilzeitarbeit als Mittel zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf begrüßt. In anderen Fällen verbessert Teilzeitarbeit die finanzielle Situation wenig, verschlechtert aber die familiäre Lage deutlich.

Wünschenswert erscheint daher neben dem Ausbau herkömmlicher frauentypischer Teilzeitarbeitsplätze die Förderung neuer flexibler Arbeitszeitmodelle für Frauen und Männer. Dabei sind allerdings gerade von seiten der armen Bevölkerung Vorurteile in Gestalt traditioneller Rollenvorstellungen (vgl. 4.4.4) in Rechnung zu stellen.

Weiterhin erscheint die informationelle, organisatorische und finanzielle Förderung von Modellen des gleitenden Übergangs in den Ruhestand geeignet, mehr arbeitslosen Erwerbspersonen eine Erwerbstätigkeit zu ermöglichen.

Bessere Verzahnung von Sozialhilfe- und Beschäftigungssystem

Sozialhilfeempfängern wird derzeit der Übergang und der Einstieg in eine reguläre Erwerbsarbeit erschwert. Arbeitseinkommen, die einen geringen anrechnungsfreien Betrag überschreiten, werden voll auf die Sozialhilfe angerechnet. Aus der Sicht der befragten Sozialhilfeempfangenden lohnt sich die Aufnahme einer gering entlohnten bzw. Teilzeit-Erwerbstätigkeit oft nicht. Aus der Sicht potentieller Arbeitgeber bestehen nur geringe Möglichkeiten, die Leistungsfähigkeit von arbeitslosen Sozialhilfeempfängern kennenzulernen, ohne das Risiko einer vollvergüteten bzw. Ganztags-Anstellung einzugehen. Der (Re-)Integration der Sozialhilfeempfänger in den Arbeitsmarkt stehen dadurch hohe Barrieren entgegen.

Eine Lockerung der Zuverdienstregelungen von Sozialhilfeempfängern würde deren Eigenaktivitäten zur (Wieder-)Aufnahme einer Erwerbstätigkeit anspornen. Eine über das bisherige Maß hinausgehende Übernahme der anfänglichen Lohnzahlungen sowie Einarbeitungszuschüsse durch sozialpolitische Instanzen würden es Arbeitgebern erleichtern, auch Langzeitarbeitslosen die Chance einer Erwerbstätigkeit zu geben. Hierzu sollten entsprechende Vorschriften, wie die Zuverdienstregelungen (z.B. Freibeträge und Anrechnungsanteile), das Lohnabstandsgebot und die Hilfen zur Arbeit, flexibilisiert werden.

Hilfreich sind für Sozialhilfeempfänger(innen) neben den finanziellen Veränderungen auch erleichterte Zugänge zu Arbeitsstellen selbst, z.B. in Form von Beschäftigungsgesellschaften und Dienstleistungsagenturen. Eine gemeinsame Verwaltung der Sozial- und der Arbeitslosenhilfe durch kommunale Stellen könnte es erleichtern, Maßnahmen der Hilfe zur Arbeit und Maßnahmen aufgrund des Arbeitsförderungsgesetzes (z.B. für Langzeitarbeitslose und Berufsanfänger) zu verknüpfen und neben armutsbekämpfenden auch mehr vorbeugende Aktivitäten zu entwickeln.

Neben der Arbeits- und der Sozialverwaltung sollten auch die örtlichen Organisationen der Wirtschaft (u.a. durch geeignetere Kommunikations- und Informationswege) zur konkreten Hilfe beim Übergang vom Sozialhilfe- in das Beschäftigungssystem besser als bisher befähigt werden.

5.2 Bildung

Etwa 30 % aller Sozialhilfeempfänger(innen) im erwerbsfähigen Alter haben derzeit keinen Berufsabschluß. Mangelnde Qualifikation verschlechtert für sie nicht nur die Arbeitsmarktchancen, sondern auch die Durchsetzung eigener Interessen im öffentlichen und privaten Bereich (z.B. gegenüber Unterhaltspflichtigen). Geringe (Aus-)Bildung ist eine der wichtigsten Quellen von Armut.

Bildungsoffensive

Eine generelle Bildungs- und Forschungsoffensive würde mittelfristig zur Vermehrung von höherqualifizierten, zukunftssicheren Arbeitsstellen führen und der Arbeitslosigkeit von Jugendlichen vorbeugen. Alle Prognosen (auch des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit) stimmen darin überein, daß hochqualifizierte Arbeitsplätze weiterhin zunehmen, qualifizierte auf dem Niveau des bisherigen Anteils bleiben und unqualifizierte Arbeitsplätze deutlich abnehmen werden.

Weiterbildung

Die Beschleunigung des technischen und sozialen Wandels sowie die rapide Vermehrung des Wissens haben dazu geführt, daß das Wissen, das die einzelnen zu Beginn ihres Lebenswegs erworben haben, immer weniger für den ganzen Lebensweg ausreicht. Systematische Weiterbildung mit dem Ziel des lebenslangen Lernens sollte gleichrangig neben die Anfangs(aus)bildung treten.

Das Lernen nach der Erst(aus)bildung und Maßnahmen der Weiterbildung sind für Teile der armen Bevölkerung besonders dringlich:

- Insbesondere in sozialen Brennpunkten brechen Mädchen und junge Mütter ihre Schullaufbahn und Ausbildung wegen Schwangerschaft oder privater Probleme häufig ab. Dem kann durch entsprechende Beratung und Unterstützung schon während der (Aus-)Bildung oft vorgebeugt werden. Nach dem Abbruch des Bildungsgangs sollte durch gezielte Weiterbildung der Aufbau einer eigenen Existenzsicherung erleichtert werden.
- Weiterbildung sollte Müttern während der familienbedingten Erwerbsunterbrechung Dequalifizierung ersparen und die (Wieder-)Aufnahme einer Erwerbstätigkeit erleichtern.
- Aussiedler und Flüchtlinge stehen vor dem Problem, daß ihre Bildungs- und Berufsabschlüsse häufig nicht anerkannt werden (können) und ihnen so nur geringerwertige oder keine Erwerbsarbeiten offenstehen. Mehr und gezieltere Weiterbildungsmaßnahmen könnten die Anerkennung der bereits erworbenen Abschlüsse erleichtern.
- Mehr Sprachlehrgänge für Aussiedler und Ausländer qualifizieren diese auch für vergleichsweise sichere Berufe im Dienstleistungssektor, die weniger von Arbeitslosigkeit und Armut bedroht sind. Der steigenden Einkommensarmut und Sozialhilfeabhängigkeit von Ausländern könnte so entgegengewirkt werden.
- Hauptschulen und Grundschulen in sozialen Brennpunkten sind auf dem Weg, zu Schulen besonderer pädagogischer Probleme zu werden. Sie sollten vermehrt zu Schulen besonderer pädagogischer Förderung werden. Kindern aus Armutsfamilien sollten dort durch spezielle Lernprojekte gezielt gefördert werden und alle Schulkinder sollten durch die Thematisierung von Armut für diese Problematik sensibilisiert werden, um der "Vererbung" von Bildungsarmut künftig besser entgegenwirken zu können.

Organisatorische Veränderungen

Die folgenden organisatorischen Veränderungen im Bildungsbereich stellen keine Alternativen dar. Sie ergänzen sich vielmehr und sollten nebeneinander bestehen:

- Ganztagschulen, in denen Schulkinder auch ihr Mittagessen einnehmen und Hausaufgabenbetreuung erfahren können, sind in anderen europäischen Ländern gang und gäbe. Ihre Einführung würde auch hierzulande Müttern die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit erleichtern und so der Zunahme familiär bedingter Armut entgegenwirken. Obendrein lassen sich dadurch familiäre und schulische Folgen der Armut mindern (vgl. 4.4).
- Angesichts der in Schleswig-Holstein unterdurchschnittlichen Versorgung mit Hortplätzen sollten "Betreute Halbtags-Grundschulen" wenigstens sicherstellen, daß Schulkinder zu bestimmten, im vorhinein festgelegten und regelmäßigen Tageszeiten in der Schule bleiben und dort eine Betreuung finden können. Gegenwärtig stellen unregelmäßige Schulzeiten und ausfallende Stunden in der

Grundschule Betreuungsprobleme für Kinder und gerade für viele einkommensschwache Mütter ein Hindernis dar, eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen.

- In "Häusern für Kinder" sollten Kindergarten-, Hort- und Schulkinder gemeinsam in breiter Altersmischung ganztägig Betreuung finden können. Dadurch werden nicht nur eine ganztägige Betreuung gewährleistet und Müttern die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit erleichtert, sondern insbesondere sozial schwachen Kindern auch ein breites Erfahrungsspektrum und eine Fülle von sozialen Kontakten vermittelt, die ihnen ansonsten kaum möglich sind.

Schule wurde lange Zeit als eine Einrichtung gesehen, die ausschließlich der schulischen Sozialisation und Wissensvermittlung dient. Die Schule sollte sich vielmehr, gerade im Hinblick auf die arme Bevölkerung, als Glied in einer Kette von sozialen Einrichtungen verstehen, die unter anderem Frühförderstellen, Erziehungsberatungsstellen, Sozialämter, Jugendämter, Schuldnerberatungsstellen und privaten Einrichtungen wie z.B. Sportvereine und Initiativen zum Schutz gegen sexuellen Mißbrauch umfassen. Nötig erscheint eine stärkere Öffnung und Vernetzung von Schulen mit der sozialen Infrastruktur. Lehrer sind außer den Eltern die einzigen Personen, die Kinder kontinuierlich und täglich über einen längeren Zeitraum erfahren können. Sie sollten durch entsprechende Ausbildung, Weiterbildung und institutionelle Regelungen in die Lage versetzt werden, vermehrt Verbindungen zu außerschulischen sozialen Einrichtungen herzustellen.

Qualifikation in der Sozialhilfe

Generell sollten die Möglichkeiten der (Weiter-)Qualifikation von Sozialhilfeempfängern ausgebaut und bisher bestehende Hemmnisse in der Kooperation zwischen den Sozial- und Arbeitsverwaltungen beseitigt werden. Insbesondere arbeitsfähigen, jedoch beruflich schwer vermittelbaren Sozialhilfeempfängern könnte durch qualifizierende Maßnahmen geholfen werden. Sie sollten vermehrt Fortbildungen und Umschulungen erhalten, die auf ihre Qualifikationsvoraussetzungen zugeschnitten sind.

Hierzu sind nicht notwendigerweise rechtliche Veränderungen nötig. Schon die jetzt bestehenden Möglichkeiten werden nicht ausreichend genutzt: So erlaubt das schleswig-holsteinische Programm "Arbeit statt Sozialhilfe III" z.B. die Qualifizierung teilzeitbeschäftigter Berufsanfänger in der Sozialhilfe.

5.3 Sozialpolitik

Die vorstehende Bestandsaufnahme der sozialen Lage armer und armutsnaher Familien hat gezeigt, daß sich die Risikostruktur der Armut verändert hat. Die traditionellen Risiken, durch Alter, Krankheit und Invalidität in Armut zu geraten, haben sich vermindert. Das industriegesellschaftliche Armutsrisiko der Arbeitslosigkeit steht wieder im Vordergrund. Vergleichsweise neu in ihrer Massenhaftigkeit sind die Risiken, durch Zuwanderung, durch Alleinerziehen, durch Kinderreichtum sowie durch Überschuldung in Armut zu geraten. Die letztgenannten Faktoren haben dazu geführt, daß heute auch in zuvor abgesicherten und prosperierenden Bevölkerungsgruppen mit Armut zu rechnen ist.

Die veränderten Armutsrisiken erfordern auch und gerade im Bereich der Sozialpolitik veränderte Maßnahmen.

Sozialversicherungen

Insgesamt sollten die der Sozialhilfe vorgelagerten Sicherungssysteme "armutsfest" (Hanesch u.a. 1994) gemacht werden. So würde die Einführung von Mindestsicherungen in der Renten- und Arbeitslosenversicherung die Sozialhilfe von der Absicherung vieler Standardrisiken entlasten. Vorrangig erscheint hierbei die Anhebung der Arbeitslosenhilfe auf ein soziokulturelles Existenzminimum. Die Sozialhilfe hätte dann wieder die Aufgabe, gezielte, dem Einzelfall angemessene Hilfen zur Selbsthilfe zu leisten.

Sozialhilfe

Ein "horizontaler" Familienlastenausgleich ist in der Sozialhilfe zwar vorhanden, aber er ist unzureichend. Den Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993 zufolge (vgl. 3.1.5) lebten in Schleswig-Holstein 70,8 % der sozialhilfeabhängigen Familien mit drei und mehr Kindern, aber nur 45,5 % der sozialhilfeempfangenden Familien mit nur einem Kind in relativer Einkommensarmut. Auch die in Schleswig-Holstein befragten sozialhilfeempfangenden Familien mit drei und mehr Kindern lebten häufiger (zu 86,8 %) in relativer Einkommensarmut als die Familien mit nur einem Kind (58,3 %). Diese Schlechterstellung ergibt sich vor allem deswegen, weil familienspezifische Leistungen auf Sozialhilfeleistungen angerechnet werden. Eine Begrenzung dieser Anrechnungen würde die Situation armer kinderreicher Familien verbessern und einer weiteren "Infantilisierung der Armut" entgegenwirken. Sollte dadurch das Lohnabstandsgebot für kinderreiche Familien verletzt werden, so kann die Lösung nicht in einer Deckelung der Sozialhilfeleistungen, sondern nur in einer Verbesserung des Familienlastenausgleichs insbesondere im unterem Einkommensbereich liegen.

Einige Diskussionsvorstöße und politische Initiativen laufen derzeit allerdings in die entgegengesetzte Richtung. Sie haben anscheinend zum Ziel, den "horizontalen" Kinderlastenausgleich in der Sozialhilfe abzuschwächen. Sollten diese Initiativen Erfolg haben, wäre dies im Hinblick auf die faktischen Auswirkungen für Betroffene und hinsichtlich des familienpolitischen Symbolgehalts fatal.

Für sozialhilfebedürftige Familien wären weiter gesteckte Handlungsspielräume vorteilhaft. So sollte es Sozialhilfeempfängern durch die monatliche Pauschalierung von Leistungen ermöglicht werden, mehr Eigeninitiative zu entwickeln und in bestimmten Grenzen für größere Anschaffungen (z.B. von Hausrat) zu sparen. Die in Schleswig-Holstein durchgeführten Intensivinterviews belegen, daß gerade die Verhinderung dessen als besonders belastend empfunden wird. Obendrein diene diese Maßnahme auch der Verwaltungsvereinfachung und -verbilligung.

Familienlastenausgleich

Familiäre Ereignisse stellen das zweithäufigste Ursachenfeld für den Sozialhilfebezug dar. Ein Viertel aller Empfänger(innen) in Schleswig-Holstein wurde deshalb von Sozialhilfe abhängig. Es ist davon auszugehen, daß diese Wege wegen wachsender

Ausdifferenzierungen und Verwerfungen im Bereich der Lebensformen in Zukunft noch häufiger als bisher in die Armut führen werden.

Die derzeit nach entsprechenden Urteilen des Bundesverfassungsgerichts viel diskutierte Erhöhung von Kinderfreibeträgen als Element des horizontalen Familienlastenausgleichs dient der Vermeidung von Armut nur bedingt. Hilfreich wäre stattdessen eine degressive Gestaltung des Kindergeldes, eine steuerliche Entlastung insbesondere der Familien im unteren Einkommensbereich und vor allem eine Dynamisierung des Kinderlastenausgleichs. Insgesamt sollte der horizontale durch einen vertikalen Familienlastenausgleich ergänzt werden.

Besondere Bedeutung für die Armutsbekämpfung haben Maßnahmen des Familienlastenausgleichs zur verstärkten Förderung und Integration von Migrantenfamilien und zur Sicherung des Unterhalts von Alleinerziehenden.

Gezielte Hilfen für bestimmte Gruppierungen

Zielgerichtete Hilfen für bestimmte Gruppierungen sind nicht allein die Angelegenheit staatlicher und öffentlicher Einrichtungen. Privat organisierte Hilfsmaßnahmen, durch Netzwerke und Selbsthilfegruppen können hier wichtige Beiträge leisten. Hierzu zählen unter anderem Schuldnerberatungen, Hausaufgabenbetreuungen, Kleiderkammern, Mittagstische, "Spendenparlamente" und "Läden ohne Kassen". Selbst wenn die Vermehrung dieser Initiativen als Zeichen für Defizite öffentlicher Armutsbekämpfung gedeutet werden kann und die Gefahr in sich bergen mag, politische und administrative Stellen von ihrer Verantwortung freizusprechen, so sollten doch diese Hilfseinrichtungen keinesfalls zurückgedrängt werden. Was fehlt, ist im Gegenteil die systematische Unterstützung und Vernetzung dieser privaten Maßnahmen unter Verwendung öffentlicher Organisationen, Informationen, Baulichkeiten und Geldmitteln. Was weiterhin fehlt, sind strategische Bindeglieder zwischen privater und öffentlicher Hilfe. In erster Linie kommen hierfür Einrichtungen der Familien- und Gesundheitshilfe in Betracht.

In Schleswig-Holstein gibt es zwar eine hinreichende Anzahl, Ausdifferenzierung und Spezialisierung kompetenter zielgruppenorientierter Hilfeinrichtungen. Klient(inn)en mit Mehrfachproblemen (z.B. Familiendesintegration, Verschuldung, Alkoholmißbrauch und Gesundheitsschäden) sind aber derzeit zum Herangehen an mehrere, ganz unterschiedliche Stellen gezwungen. Dies erhöht die Zugangsschwellen und macht integrierte Hilfeansätze vielfach unmöglich. Die Arbeit der Hilfeinrichtungen sollte daher durch geeignete Formen der Kooperation ergänzt werden. Die derzeit fallweise und oft mühsam zustandekommende Zusammenarbeit sollte durch institutionalisierte Vernetzung erleichtert und in regelmäßige Kooperation überführt werden. Diese Empfehlungen, z.B. Arbeitsloseninitiativen mit Schuldner- und Familienberatungsstellen zu verknüpfen, sind bereits im Bericht der Landesregierung über "Beratungseinrichtungen des Sozial- und Gesundheitswesens in Schleswig-Holstein" (MAGS Schleswig-Holstein 1994) enthalten.

Unter anderem erscheinen soziale Hilfen für folgende Gruppierungen vordringlich:

a) *Kinder und Jugendliche*: Das Armutsrisiko von Kindern und Jugendlichen ist dramatisch gestiegen. Jedes fünfte Kind lebte 1995 in Schleswig-Holstein unter der Armutsschwelle (vgl. 3.1.7). Jedes elfte bezog 1997 Sozialhilfe (vgl. 3.2.3.3). Zusätzlich

ist Armut in diesen Altersgruppen von besonders negativen Folgeerscheinungen begleitet, wie z.B. von Ausgrenzung aus der Kinderkultur oder von mangelhafter Ernährung und ihren gesundheitlichen Folgen (vgl. 4.4.6).

Kindern und Jugendlichen sollten wesentlich mehr kommunale *Freizeitangebote* gemacht werden. Durch Ferienaufenthalte, Jugendkulturzentren, Stadtteilgestaltung, Verbesserung des eigenen Wohnumfeldes etc. sollten arme Kinder und Jugendliche aus sozialen Brennpunkten herausgeführt und die negativen Auswirkungen von Armut vermindert werden. Im Gegensatz hierzu ist nach Aussagen von Experten die offene Jugendarbeit derzeit rückläufig. Dies widerspricht den Zielsetzungen des KJHG.

In Schleswig-Holstein ist landesweit mindestens ein Fünftel der ausländischen Kinder und Jugendlichen sozialhilfebedürftig (vgl. 3.2.3.5). Die genannten Anregungen für Freizeit- und Beschäftigungsprogramme sollten daher vorrangig auf die Integration ausländischer Kinder und Jugendliche zugeschnitten werden.

Im Prozeß der *politischen Willensbildung* sollten die Interessen armer Kinder und Jugendlicher nachdrücklicher als bisher vertreten werden. So sollte die politische Interessenvertretung von Kindern durch Kinderbeauftragte und Kinderparlamente gestärkt werden. Vertreter(innen) der Kindertagesstätten, der Familienhilfe sowie der Kinder- und Jugendverbände sollten mehr als bisher an kommunalen Gremien der Jugendhilfe beteiligt werden.

Das Kriterium der "Kinderfreundlichkeit" sollte in den einzelnen Ressorts und ressortübergreifend zu einem vorrangigen sozialpolitischen Maßstab aufgebaut werden.

Die *Betreuung* von Kindern im Hinblick auf die Vermeidung und Bekämpfung von Armut kann durch folgende Maßnahmen verbessert werden:

- Die Öffnungszeiten von Kinderkrippen, Kindergärten und Kinderhorten können in vielen Kindertagesstätten bedarfsgerechter gestaltet werden. Jede Einrichtung sollte in die Lage versetzt werden, die sie betreffenden Bedarfe hinsichtlich der Öffnungszeiten zu ermitteln und diesbezügliche Änderungen durchzuführen.
- Zeitlich befristete Aktionen wie "spielzeugfreier Kindergarten" sind dazu geeignet, Stigmatisierungen armer Bevölkerungsgruppen abzubauen und die Kinder zu befähigen, mit wenig materiellen Hilfsmitteln sinnvolles und anregungsreiches Freizeitverhalten zu erlernen.
- Die Elternbeiträge für Kindertageseinrichtungen können noch sozial verträglicher gestaltet werden. Den Untersuchungen zufolge, die im Zuge des Landesarmutsberichts durchgeführt wurden, fühlen sich arme Eltern nicht selten aus finanziellen Gründen dazu genötigt, ihre Kinder aus Kindertageseinrichtungen abzumelden.
- Durch entsprechende Weiterbildung und Informationen sollten die Leiter(innen) und Mitarbeiter(innen) von Kindertageseinrichtungen mehr als bisher dazu befähigt werden, Situationen der Armut der in ihrer Einrichtung betreuten Kinder wahrzunehmen, zu analysieren und durch Hilfsangebote zu verbessern. Solche Hilfsangebote können unter anderem in Kooperationsangeboten mit anderen sozialen Diensten bestehen.

b) *Alleinerziehende Mütter und ihre Kinder*: Alleinerziehende sind eine Hauptrisikogruppe der Armut. Über ein Drittel von ihnen sind von Einkommensarmut betroffen. Alleinerziehende Mütter stellten 1997 in Schleswig-Holstein 31 % aller Sozialhilfeempfänger. In vielen Fällen besteht diese Armut trotz Erwerbstätigkeit. Deshalb reichen arbeitsmarktrelevante Maßnahmen nicht aus.

Alleinerziehenden insgesamt sollte durch eine Anhebung von Unterhaltsleistungen nach der "Düsseldorfer Tabelle" und durch eine längere Zahlung des Unterhaltsvorschlusses geholfen werden.

Darüber hinaus sind Alleinerziehende jedoch eine sehr heterogene Gruppierung. Deshalb empfehlen sich zielgruppenspezifische Maßnahmen, die nicht am Umstand des "Alleinerziehens", sondern an den Spezifika der einzelnen konkreten Lebenslagen ansetzen sollten. Unter anderem sollten Qualifizierungsmaßnahmen für gering qualifizierte sozialhilfeabhängige Alleinerziehende (vgl. 5.2) und Beschäftigungsmaßnahmen für qualifizierte sozialhilfebeziehende Alleinerziehende (vgl. 5.1) ausgebaut werden. Für mehrfach benachteiligte und für wohnungslose Alleinerziehende stellen Wohnheime und Wohnprojekte wirksame Hilfen dar. Sie sind den oftmals frag- und unwürdigen Lösungen im privaten Bekanntenkreis meist vorzuziehen. Wohneinrichtungen würden auch der öffentlichen "Unsichtbarkeit" der Probleme dieses Personenkreises abhelfen und weitere Hilfen erleichtern.

c) *Migrant(inn)en*: Migrant(inn)en stellen in Schleswig-Holstein zwar nur eine vergleichsweise kleine Bevölkerungsgruppe dar. Diese trägt aber ein besonders hohes Armutsrisiko. Mehr als ein Drittel der nichtdeutschen Bevölkerung in Schleswig-Holstein lebte 1993 in Einkommensarmut. Ein Achtel der Ausländer in Schleswig-Holstein bezog 1997 Sozialhilfe.

Die Armut ausländischer Migrant(inn)en kann nicht nur durch die genannten kurzfristigen Maßnahmen der Aus- und Weiterbildung, der Arbeitsmarktintegration und der Jugendhilfe allein bekämpft werden. Hierzu bedarf es zusätzlich einer langfristigen Politik der Integration ausländischer Zuwanderer. Sie erstreckt sich auf weit gespannte Politikbereiche und reicht von Fragen des Ausländerrechts und der Bildungspolitik bis hin zu Belangen der Zuwanderungsregelung und ihrer internationalen Koordination. Eine langfristig und strategisch angelegte Politik zur Integration von Migrant(inn)en ist nicht zuletzt zur Bewältigung von absehbaren Zukunftsentwicklungen notwendig. Der Rückgang des inländischen Erwerbspersonenpotentials und die Alterung der deutschen Gesellschaft wird Zuwanderung – über die Aufnahme von Flüchtlingen aus humanitären Gründen hinaus – nachhaltig erzwingen. Diese Migration kann aber nur dann dazu dienen, die absehbaren Probleme des Arbeitsmarkts und der Finanzierung sozialstaatlicher Maßnahmen zu lösen, wenn die Integration von Zuwanderern in das Bildungswesen, in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft gelingt. Ein Beitrag hierzu kann durch eine weiter als bisher gehende interkulturelle Öffnung der sozialen Dienste geleistet werden.

d) *Überschuldete*: Etwa ein Drittel aller Haushalte in Schleswig-Holstein haben Schulden. Von den befragten armen und armutsnahen Familien in Schleswig-Holstein hatten ca. die Hälfte Schulden. Die Rückzahlungsverpflichtungen mindern die ohnehin

geringen Einkommen dieser Familien. Ungefähr 4 bis 6 % aller schleswig-holsteinischen Haushalte sind überschuldet (vgl. 4.1.2.1).

Im Jahre 1993 gab es in Schleswig-Holstein 23 Schuldnerberatungsstellen. Sie können den Beratungsbedarf, der durch das Insolvenzgesetz und die dadurch eröffneten Entschuldungsperspektiven noch vermehrt wurde, nicht hinreichend decken. Eine weiter als bisher gehende Förderung von Schuldnerberatungsstellen sollte das Beratungsdefizit schließen und der Gefahr vorbeugen, daß Geschäftemacher von der Beratungslücke profitieren.

Verwaltungseffizienz

Eine wirksamere Bekämpfung der Armut kann allein schon durch Vereinfachungen innerhalb der damit befassten Verwaltungseinrichtungen erreicht werden. Beispielsweise unterscheiden sich die Vorschriften bzw. Verfahren der Be- und Anrechnung vorhandener Einkommen und Vermögen, die die Sozialämter bei der Bemessung von Sozialhilfe und die Arbeitsverwaltungen bei der Berechnung der Arbeitslosenhilfe zu beachten haben. Eine Angleichung böte Möglichkeiten der Verwaltungsvereinfachung.

Eine weitere Möglichkeit der Verwaltungsvereinfachung stellt die (oben bereits angesprochene) gemeinsame Verwaltung von Sozial- und Arbeitslosenhilfe dar.

5.4 Gesundheitspolitik

Die durchgeführte Befragung armer und armutsnaher Familien in Schleswig-Holstein ergab, daß ein überdurchschnittlich hoher Anteil dieser Menschen selbst krank ist oder mit Kranken zusammenlebt (vgl. 4.1.2.5). Als ein Ursachenfeld hierfür kann die typische Ernährung der armen Bevölkerung gelten (vgl. 4.4.1.1), die physiologisch der Gesundheitlich nicht zuträglich ist.

Es sollte darauf hin gewirkt werden, daß der Öffentliche Gesundheitsdienst es verstärkt als eine seiner zentralen Aufgaben wahrnehmen kann, sozial benachteiligten Personen den Zugang zu gesundheitlicher Versorgung zu erleichtern. Verbesserungen sollten u.a. in der Gesundheitshilfe für Wohnungslose erfolgen. Die zahnärztlichen Untersuchungen im Rahmen der Gruppenprophylaxe in Kindertagesstätten und Schulen zeigen, wie der Öffentliche Gesundheitsdienst einen Beitrag dazu leisten kann, daß die Gesundheit von Kindern aller Schichten nicht nur vom Gesundheitsbewußtsein der Eltern abhängt.

5.5 Wohnungs- und Wohnungsbaupolitik

Wohnungsunterversorgung stellt eines der Hauptprobleme der zur Erstellung des Landesarmutsberichts befragten armen und armutsnahen Familien dar. Sie betrifft insbesondere kinderreiche Familien.

Eine Unterversorgung mit Wohnungen besteht nicht in der Zahl schlechthin, sondern vor allem im Hinblick auf preisgünstige Wohnungen. Die Belastung der Familien und der Sozialhilfeträger durch Wohnkosten steigt, unter anderem durch das Auslaufen der Sozialbindung von Wohnungen. Dieser Entwicklung sollte in Schleswig-Holstein durch eine Ausdehnung der Landesförderung des Mietwohnungsbaus und eine sozial verträgliche Mietpreisgestaltung entgegengewirkt werden.

Das Problem der räumlichen Segregation und Konzentration der Armut in spezifischen Stadtvierteln und Regionen betrifft Ballungszentren in anderen Bundesländern bereits sehr massiv. Dort finden schwer eingrenzbar Prozesse der Stigmatisierung und biographischen Benachteiligung armer Bürger(innen) statt. Diese Problematik tritt in Schleswig-Holstein bislang nur in Einzelfällen auf. Diese vergleichsweise günstige Situation sollte erhalten werden, indem konsequent gemischte Siedlungskonzepte weiterverfolgt werden.

Zahlreichen Ausgangsprozessen und Folgeerscheinungen der Armut kann mittels Nachbarschaftshilfen entgegengewirkt werden. Daher sollten innerhalb der sozial gemischten Siedlungskonzepte neue Wohnmodelle favorisiert werden, die den Zweck haben, den Aufbau von Nachbarschaftshilfen gezielt zu fördern.

5.6 Evaluation und Information

Durch Informationsverbesserungen auf verschiedenen Ebenen ließe sich Armut bedeutend wirksamer bekämpfen.

Institutionalisierung einer Armutsberichterstattung

Die verfügbaren Informationen zur Entwicklung von Armut und Unterversorgung haben in den vergangenen Jahren zugenommen. Hieran waren Verbesserungen der Sozialhilfestatistik, anderer amtlicher Statistiken der statistischen Landes- und Bundesämter und der sozialwissenschaftlichen Forschung durch Umfragen, Akten- und Sekundäranalysen ebenso beteiligt wie die Erstellung von Armutsberichten einzelner Kommunen und Bundesländer.

Gleichwohl bleibt die Informationsbasis, -auswertung und -verbreitung im Hinblick auf Armut mangelhaft im Vergleich zu vielen anderen Wirtschafts- und Gesellschaftsdaten. Es fehlen insbesondere

- Daten, die es erlauben, durch echte Längsschnittuntersuchungen der zeitlichen Entwicklung von Armut im Leben der Betroffenen nachzugehen,

- Daten zur Armut von Migrant(inn)en, vor allem von Aussiedlern, Ausländern und Asylbewerbern,
- Daten zur Verschuldung,
- Daten zur verdeckten Armut,
- Daten über Armut in anderen als finanziellen Dimensionen,
- regelmäßige Datenauswertungen, die geeignet sind, die Informationslücken (z.B. über die Sozialhilfequoten von Nichtdeutschen, Haushalten und Familien) auszugleichen, die infolge der (an sich begrüßenswerten) Sozialhilfestatistikreform seit 1994 entstanden sind,
- Informationen über Armutsprozesse in Familien und Haushalten

und vor allem

- stetige Informationsverbreitungen in Form einer regelmäßigen Armutsberichterstattung.

Sachverständigenrat für Soziale Fragen

Der steigenden Bedeutung von Armut in einer reichen Gesellschaft wäre es angemessen, einen Sachverständigenrat für Soziale Fragen einzurichten. Dieser sollte, durch seine wissenschaftliche Kompetenz gestützt, die Aufklärung und Sensibilisierung der Öffentlichkeit nicht zuletzt für die Probleme der Armut verbessern.

In dieser Hinsicht könnten, ähnlich wie im Falle der Armutsberichterstattung bereits geschehen, die einzelnen Bundesländer mit gutem Beispiel vorangehen.

Kontrollen der Wirksamkeit sozialpolitischer Maßnahmen

Wir wissen wenig darüber, wie wirksam bestimmte sozialpolitische Maßnahmen sind. Deren Einrichtung, Ausgestaltung, Weiterführung, Verstärkung und Einstellung beruht weitgehend auf Vermutungen. Daher sollten regelmäßige Überprüfungen der Wirksamkeit bestimmter sozialpolitischer Maßnahmen stattfinden.

Verbesserungen der Informationen für sozialpolitische Akteure

Arbeitsverwaltungen, Sozialverwaltungen, Gleichstellungsstellen und viele andere sozialpolitische Instanzen können nur so gut beraten und helfen, wie ihre eigenen Informationen reichen. Offenbar sind diese Kenntnisse oftmals bei weitem nicht so gut, wie sie sein sollten und könnten. Daher sollten die nutzerspezifischen Informationen für die Instanzen zur Bekämpfung von Armut verbessert werden.

In diesem Zusammenhang fehlen auch Informationen für Interessenten aus dem privaten und wirtschaftlichen Bereich. Wer z.B. ausländischen Jugendlichen helfen will,

wer Kinderbetreuungen für Alleinerziehende einrichten oder Nachbarschaftshilfen für arme Familien organisieren möchte, könnte sich durch eine Fülle von in- und ausländischen Beispielen anregen und beraten lassen. Indessen sind diese Beispiele und Erfahrungsberichte in der Regel nicht gesammelt und zugänglich verfügbar. In dieser Hinsicht besteht erheblicher Informationsbeschaffungs- und -verbreitungsbedarf.

6. Literaturverzeichnis

- Achinger, Hans (1958): Sozialpolitik als Gesellschaftspolitik. Von der Arbeiterfrage zum Wohlfahrtsstaat. Hamburg: Rowohlt
- Andreß, Hans-Jürgen (1994): Steigende Sozialhilfezahlen. Wer bleibt, wer geht und wie sollte die Sozialverwaltung darauf reagieren? In: Zwick (Hrsg.) (1994), S. 75-105
- Andreß, Hans-Jürgen (1996): Analysen zum unteren Einkommensbereich – Auf- und Abstiege, Ereignisse, Reaktionen und subjektives Wohlbefinden. In: Zapf/Schupp/Habich (Hrsg.) (1996), S. 321-347
- Andreß, Hans-Jürgen/Burkatzki, Eckhard/Lipsmeier, Gero/Salentin, Kurt/Schulte, Katja/Strengmann-Kuhn, Wolfgang (1996): Leben in Armut. Analysen der Verhaltensweisen armer Haushalte mit Umfragedaten. Endbericht des DFG-Projektes "Versorgungsstrategien privater Haushalte im unteren Einkommensbereich (VuE)". Bielefeld
- Andreß, Hans-Jürgen/Lipsmeier, Gero (1995): Was gehört zum notwendigen Lebensstandard und wer kann ihn sich leisten? Ein neues Konzept zur Armutsmessung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B31-32/95, S. 35-49
- Andreß, Hans-Jürgen/Lipsmeier, Gero (1998): Kosten von Kindern – Auswirkungen auf die Einkommensposition und den Lebensstandard der betroffenen Haushalte. In: Klocke/Hurrelmann (Hrsg.) (1998), S. 26-50
- Arbeitsgemeinschaft Riedmüller/Glatzer/Infratest (1996): Die Lebenssituation alleinstehender Frauen. (Schriftenreihe des BMFSFJ Bd. 127) 2. Auflage. Stuttgart/Berlin/Köln: Kohlhammer
- Atkinson, Anthony B./Rainwater, Lee/Smeeding, Timothy M. (1995): Income Distribution in OECD Countries. Evidents from the Luxembourg Income Study. (Social Policy Studies No. 18) Paris: OECD
- Axhausen, Silke (Hrsg.) (1998): Wachsende Armut, wachsende Arbeitslosigkeit – Neue soziale Arbeit? Kiel: Christian-Albrechts-Universität
- Bäcker, Gerhard/Bispinck, R./Hofemann, K./Naegele, G. (1989): Sozialpolitik und soziale Lage in der Bundesrepublik Deutschland. 2 Bände. Köln
- Bäcker, Gerhard/Ebert, T. (1996): Zukunft des Sozialstaates. Defizite und Reformbedarf in ausgewählten Bereichen der sozialen Sicherung. (Schriftenreihe des MAGS des Landes Nordrhein-Westfalen) Düsseldorf
- Bäcker, Gerhard/Stolz-Willig, Brigitte (Hrsg.) (1994): Kind, Beruf und soziale Sicherung. Zukunftsaufgabe des Sozialstaats. Köln
- Balsen, Werner/Nakielski, Hans/Rössel, Karl/Winkel, Rolf (1984): Die neue Armut. Ausgrenzung von Arbeitslosen aus der Arbeitslosenunterstützung. Köln
- Bane, Mary Jo/Ellwood, David T. (1986): Slipping into and out of Poverty. The Dynamics of Spells. In: The Journal of Human Resources, Jg. 21, S. 1-23
- Bariösius, Eva/Feichtinger, Elfriede/Köhler, Barbara Maria (Hrsg.) (1995): Ernährung in der Armut. Gesundheitliche, soziale und kulturelle Folgen in der Bundesrepublik Deutschland. Hrsg. vom WZB. Berlin: edition sigma
- Bauereiss, Renate/Bayer, Hiltrud/Bien, Walter (1997): Familienatlas II: Lebenslagen und Regionen im vereinten Deutschland. Opladen: Leske + Budrich
- Beck, Ulrich (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt/Main: Suhrkamp
- Beck, M./Seewald, Hermann (1994): Zur Reform der amtlichen Sozialhilfestatistik. In: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge, Jg. 74, S. 27-31

- Becker, Irene/Häuser, Richard (Hrsg.) (1997): Einkommensverteilung und Armut. Deutschland auf dem Weg zur Vierfünftel-Gesellschaft? Frankfurt/Main und New York: Campus
- Bellermann, Martin/Hanesch, Walter/Huster, Ernst-Ulrich/Krummacher, Michael (1994): Social Exclusion in the Federal Republic of Germany. Consolidated Report 1990-1994. EC Observatory on National Policies to Combat Social Exclusion. Bochum
- Berger, Peter A./Hradil, Stefan (Hrsg.) (1990): Lebenslagen, Lebensläufe, Lebensstile. (Soziale Welt Sonderband 7) Göttingen: Schwartz
- Berntsen, Roland (1992): Dynamik der Einkommensverteilung privater Haushalte. Eine empirische Längsschnittstudie für die Bundesrepublik. Frankfurt/Main und New York: Campus
- Bieback, Karl-Jürgen/Milz, Helga (Hrsg.) (1995): Neue Armut. Frankfurt/Main und New York: Campus
- Bieligk, Andreas (1996): "Die armen Kinder". Armut und Unterversorgung bei Kindern – Belastungen und ihre Bewältigung. Essen: Die blaue Eule
- Blanke, Bernhard (Hrsg.) (1993): Zuwanderung und Asyl in der Konkurrenzgesellschaft. Opladen: Leske + Budrich
- BMBF (Hrsg.) (1997): Berufsbildungsbericht 1997. Bonn
- BMFuS (1994): Familien- und Familienpolitik im geeinten Deutschland – Zukunft des Humanvermögens. Fünfter Familienbericht. Bonn
- BMFSFJ (Hrsg.) (1995): Lebenshaltungsaufwendungen für Kinder. (Schriftenreihe des BMFSFJ Bd. 43) Stuttgart/Berlin/Köln: Kohlhammer
- BMFSFJ (Hrsg.) (1997): Die Familie im Spiegel der amtlichen Statistik. Bonn
- BMFSFJ (Hrsg.) (1998): Zehnter Kinder- und Jugendbericht. Bonn
- Breuer, Wilhelm/Engels, Dietrich (1998): Grundinformationen und Daten zur Sozialhilfe. Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit. Internet-Download vom BMG
- Büchel, Felix/Wagner, Gert (1996): Soziale Differenzen der Bildungschancen in Westdeutschland – unter besonderer Berücksichtigung von Zuwandererkindern. In: Zapf/Schupp/Habich (Hrsg.) (1996), S. 80-96
- Buhr, Petra (1995): Dynamik von Armut. Dauer und biographische Bedeutung von Sozialhilfebezug. Opladen: Westdeutscher Verlag
- Buhr, Petra (1998): Übergangsphase oder "Teufelskreis"? Dauer und Folgen der Armut bei Kindern. In: Klocke/Hurrelmann (Hrsg.) (1998), S. 72-86
- Buhr, Petra/Leibfried, Stephan/Leisering, Lutz (1996): Gibt es eine "neue Armut"? Was Aussiedler mit Arbeitslosen und Familien verbindet. Neue Ergebnisse der Bremer Sozialhilfestudie. In: Frankfurter Rundschau Nr. 74 vom 27.3.1996, S. 7
- Buhr, Petra/Leisering, Lutz/Ludwig, Monika/Zwick, Michael (1991): Armutspolitik und Sozialhilfe in vier Jahrzehnten. In: Blanke, Bernhard/Wollmann, Hellmut (Hrsg.): Die alte Bundesrepublik. Kontinuität und Wandel. (Leviathan Sonderheft 11) S. 502-546
- Bundesarbeitsgemeinschaft der Kinderschutz-Zentren (Hrsg.) (1996): Armut und Benachteiligung von Kindern. Köln
- Busch-Geertsema, Volker/Ruhstrat, Ekke-Ulf (1993): "Das macht die Seele so kaputt ..." Armut in Bremen. Hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtsverbände. Bremen
- Bussmann, K. D. (1995): Familiäre Gewalt gegen Kinder und das Recht. In: Gerhardt/Hradil/Lucke/Nauck (Hrsg.) (1995), S. 261-279
- Chassé, Karl August (1996): Ländliche Armut im Umbruch. Lebenslagen und Lebensbewältigung. Opladen: Leske + Budrich

- Cornelius, Ivar (1993): Zur Einkommensproblematik von Familien. In: Theorie und Praxis der sozialen Arbeit, Jg. 44., H. 4, S. 139-145
- Dangschat, Jens (1996a): "Stadt" als Ort und als Ursache von Armut und sozialer Ausgrenzung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B31-32/96
- Dangschat, Jens (1996b): Du hast keine Chance, also nutze sie! Arme Kinder und Jugendliche in benachteiligten Stadtteilen. In: Mansel/Klocke (Hrsg.) (1996), S. 152-173
- Deutsche Bundesbank (Hrsg.) (1993): Zur längerfristigen Entwicklung der Konsumentenkredite und der Verschuldung der privaten Haushalte. In: Monatsbericht April 1993, S. 19-32
- Deutscher Bundestag (1995): Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Abgeordneten Konrad Gilges, Gerd Andres, Ernst Bahr, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD: Armut in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn, Drucksache 13/3339, 28.11.1995
- Deutscher Caritasverband (1992): Arme unter uns. Der Deutsche Caritasverband bezieht Position. In: Caritas. Zeitschrift für Caritasarbeit und Caritaswissenschaft, H. 10
- Deutscher Kinderschutzbund (Hrsg.) (1994): Kind und Wohnen. Opladen: Leske + Budrich
- Deutscher Kinderschutzbund/Volkswagen-AG (Hrsg.) (1998): Taschenbuch der Kinderpresse. Remagen-Rolandseck: Rommerskirchen
- Deutsches Institut für Urbanistik (ifU) (Hrsg.) (1993): Armut in den Städten. Möglichkeiten und Grenzen kommunaler Strategien. Berlin
- DGB Bayern (Hrsg.) (1994): Leben ohne Würde. Armut in Bayern. Bayerischer Armutsbericht 1994. München
- Diakonisches Werk Württemberg (1996): Vorrang für die Armen. Reichtum verpflichtet – vom Umgang mit den Armen in Deutschland. Stuttgart
- Die Beauftragte der Bundesregierung für die Belange der Ausländer (1995): Zweiter Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für die Belange der Ausländer über die Lage der Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn
- Dienel, Christiane (1994): Familienpolitik und Armutsbekämpfung in den zwölf Ländern der EG. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 7-8/94, S. 22-31
- Dienel, Christiane (1998): Armut von Kindern im europäischen Vergleich. Strategien zu ihrer Bekämpfung. In: Mansel/Neubauer (Hrsg.) (1998), S. 200-213
- Dietz, Berthold (1997): Soziologie der Armut. Eine Einführung. Frankfurt/Main und New York: Campus
- Döring, Diether/Hanesch, Walter/Huster, Ernst-Ulrich (Hrsg.) (1990): Armut im Wohlstand. Frankfurt/Main: Suhrkamp
- Döring, Diether/Hauser, Richard (Hrsg.) (1994): Sozialstaat in Gefahr. Frankfurt/Main
- Dubet, F./Lapeyronne, D. (1994): Im Aus der Vorstädte. Der Zerfall der demokratischen Gesellschaft. Stuttgart
- Eckardt, Thomas (1997): Arm in Deutschland. Eine sozialpolitische Bestandsaufnahme. (Geschichte und Staat Bd. 311) München/Landsberg am Lech: Olzog
- Eggen, Bernd (1995): Familien und Kinder in der Sozialhilfe. Eine Untersuchung im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit. (Familienwissenschaftliche Forschungsstelle im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg) Stuttgart
- Eggen, Bernd (1997): Einkommenslagen und wirtschaftlich schwierige Situationen von Ehepaaren ohne Kinder und mit Kindern in Ost- und Westdeutschland. In: Sozialer Fortschritt, H. 3, S. 68-73

- Eggen, Bernd (1998): Privathaushalte mit Niedrigeinkommen. (Familienwissenschaftliche Forschungsstelle im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg) Hrsg. vom Bundesminister für Gesundheit. Baden-Baden: Nomos
- Elder, G. H. Jr. (1974): Children of the Great Depression. Chicago
- Elder, G. H. Jr./Nguyen, T.V./Caspi, A. (1985): Linking Family Hardship to Children's Lives. In: Child Development, Jg. 56, S. 361 - 375
- Elkeles, Thomas/Seifert, Wolfgang (1992): Arbeitslosigkeit und Gesundheit. Langzeitanalysen mit dem Sozio-Ökonomischen Panel. In: Soziale Welt, Jg. 43, H. 3, S. 278-300
- Enders-Drägässer, Uta (1994): Frauen in Wohnungsnot. Schlußbericht der Studie "Zur Situation alleinstehender wohnungsloser Frauen in Rheinland-Pfalz". Hrsg. vom Ministerium für die Gleichstellung von Frau und Mann Rheinland-Pfalz. Mainz
- Ernestus, H. (1994): Altersarmut von Frauen. Eine geschlechts- und schichtspezifische Analyse der Ursachen und Folgen. In: Soziale Sicherheit, H. 2, S. 50-58
- Esping-Andersen, Gøsta (1990): The Three Worlds of Welfare Capitalism. Cambridge
- Eurostat (Hrsg.) (1995): Armutsstatistik Ende der achtziger Jahre: Untersuchung auf der Basis von Mikrodaten. Luxemburg
- Evers, Jürgen/Ruhstrat, Ekke-Ulf (1994): Wohnungsnotfälle in Schleswig-Holstein. Hrsg. von der Ministerin für Arbeit, Soziales, Jugend und Gesundheit des Landes Schleswig-Holstein. Kiel
- Faik, Jürgen (1995): Äquivalenzskalen. Theoretische Erörterung, empirische Herleitung und verteilungsbezogene Anwendung für die Bundesrepublik Deutschland. Berlin
- Faik, Jürgen (1997): Institutionelle Äquivalenzskalen als Basis von Verteilungsanalysen – Eine Modifizierung der Sozialhilfeskala. In: Becker/Hauser (Hrsg.) (1997), S. 13-42
- FHH/BAGS – Landessozialamt (Hrsg.) (1993): Armut in Hamburg. Hamburg
- FHH/BAGS (Hrsg.) (1995): Die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Hamburg. Hamburg
- Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.) (1995): Sozialreform und Zukunft der Sozialhilfe. (Gesprächskreis Arbeit und Soziales Nr. 58) Bonn
- Gangl, Markus (1998): Sozialhilfebezug und Arbeitsmarktverhalten. Eine Längsschnittanalyse der Übergänge aus der Sozialhilfe in den Arbeitsmarkt. In: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 27, H. 3, S. 212-232
- Geissler, Birgit (1994): Klasse, Schicht oder Lebenslage? Was leisten diese Begriffe bei der Analyse der "neuen" sozialen Ungleichheiten? In: Leviathan, H. 4, S. 541-559
- Geißler, Heiner (1976): Die Neue Soziale Frage. Analysen und Dokumente. Freiburg/Basel/Wien: Herder
- Geißler, Rainer (1996): Die Sozialstruktur Deutschlands. Zur gesellschaftlichen Entwicklung mit einer Zwischenbilanz zur Vereinigung. 2. neubearbeitete und erweiterte Auflage. Opladen: Westdeutscher Verlag
- Geremek, Bronislaw (1991): Geschichte der Armut. Elend und Barmherzigkeit in Europa. München: dtv
- Gerhard, Ute (1990): Geschlechtsspezifische Sozialpolitik und die Unsicherheit weiblicher Lebenslagen. In: Döring/Hanesch/Huster (Hrsg.) (1990), S. 311-331
- Gerhard, Ute (1996): Feministische Sozialpolitik in vergleichender Perspektive. In: Feministische Studien, H. 2, S. 6-17
- Gerhardt, Uta/Hradil, Stefan/Lucke, Doris/Nauck, Bernhard (Hrsg.) (1995): Familie der Zukunft. Lebensbedingungen und Lebensformen. (Sozialstrukturanalyse Bd. 6) Opladen: Leske + Budrich

- Gillen, Gabi/Möller, Michael (1992): Anschluß verpaßt. Armut in Deutschland. Bonn: J.H.W. Dietz Nachf.
- Glatzer, Wolfgang (1984): Lebenszufriedenheit und alternative Maße subjektiven Wohlbefindens. In: Glatzer, Wolfgang/Zapf, Wolfgang (Hrsg.): Lebensqualität in der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt/Main, S. 177-191
- Glatzer, Wolfgang/Hübinger, Werner (1990): Lebenslagen und Armut. In: Döring/Hanesch/Huster (Hrsg.) (1990), S. 31-55
- Goffman, Erving (1963): Stigma. Über Techniken der Bewältigung beschädigter Identität. Frankfurt/Main: Suhrkamp
- Grundmann, Matthias (1998): Milieuspezifische Einflüsse familialer Sozialisation auf die kognitive Entwicklung und den Bildungserfolg. In: Klocke/Hurrelmann (Hrsg.) (1998), S. 161-182
- Gutschmidt, Gunhild (1989): Armut in Einelternfamilien. In: Blätter der Wohlfahrtspflege, Jg. 136, S. 335-338
- Hanesch, Walter u.a. (1994): Armut in Deutschland. Der Armutsbericht des DGB und des Paritätischen Wohlfahrtsverbands. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt
- Hanesch, Walter (1995): Sozialpolitik und arbeitsmarktbedingte Armut. Strukturmängel und Reformbedarf in der sozialen Sicherung bei Arbeitslosigkeit. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 31-32/95, S. 14-23
- Hanesch, Walter (Hrsg.) (1995): Sozialpolitische Strategien gegen Armut. Opladen: Westdeutscher Verlag
- Hanesch, Walter (Hrsg.) (1997): Überlebt die soziale Stadt? Konzeptionen, Krise und Perspektiven kommunaler Sozialstaatlichkeit. Opladen
- Hartmann, Helmut (1981): Sozialhilfebedürftigkeit und "Dunkelziffer" der Armut. (Schriftenreihe des BMJFG Bd. 98) Stuttgart
- Hauser, Richard (1992): Die personelle Einkommensverteilung in den alten und neuen Bundesländern vor der Vereinigung, in: Kleinhenz, Gerhard (Hrsg.) Sozialpolitik im vereinten Deutschland, Band 2 (Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Band 208/II), Berlin, S. 37-72
- Hauser, Richard (1995): Das empirische Bild der Armut in der Bundesrepublik Deutschland – ein Überblick. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B31-32/95, S. 3-13
- Hauser, Richard (Hrsg.) (1995): Sozialpolitik im vereinten Deutschland. Berlin
- Hauser, Richard (1997a): Armutsberichterstattung. In: Noll (Hrsg.) (1997), S. 19-45
- Hauser, Richard (1997b): Vergleichende Analyse der Einkommensverteilung und der Einkommensarmut in den alten und neuen Bundesländern 1990 bis 1995. In: Becker/Hauser (Hrsg.) (1997), S. 63-82
- Hauser, Richard/Hübinger, Werner (1993a): Arme unter uns. Teil 1: Ergebnisse und Konsequenzen der Caritas-Armutsuntersuchung. Hrsg. vom Deutschen Caritasverband. Freiburg: Lambertus
- Hauser, Richard/Hübinger, Werner (1993b): Arme unter uns. Teil 2: Dokumentation der Erhebungsmethoden und der Instrumente der Caritas-Armutsuntersuchung. Hrsg. vom Deutschen Caritasverband. Freiburg: Lambertus
- Hauser, Richard/Neumann, Udo (1992): Armut in der Bundesrepublik Deutschland. Die sozialwissenschaftliche Thematisierung nach dem Zweiten Weltkrieg. In: Leibfried/Voges (Hrsg.) (1992), S. 237-271
- Heidrich, Martin/Thien, Ulrich (1993): Ohne Moos nix los. Kinder und Jugendliche aus benachteiligten Familien in der Konsumwelt. In: Kind, Jugend und Gesellschaft, H. 1

- Heinelt, Hubert/Löhmann, Anne (1992): Immigranten im Wohlfahrtsstaat. Am Beispiel der Rechtspositionen und Lebensverhältnisse von Aussiedlern. Opladen: Leske + Budrich
- Helbrecht-Jordan, Ingrid (1996): Familien zwischen sozialer Erosion und neuer Infrastruktur. Selbsthilfe in der Risikogesellschaft. Bielefeld: Kleine
- Hoffmann, U./Beck, M. (1994): Die neue Sozialhilfe- und Asylbewerberleistungsstatistik. In: *Wirtschaft und Statistik*, H. 2, S. 116-127
- Hornstein, Walter (1988): Vater ist arbeitslos - Was passiert in der Familie? In: DJI (Hrsg.): *Wie gehts der Familie?* S. 259-268
- Hradil, Stefan/Immerfall, Stefan (Hrsg.) (1997): Die westeuropäischen Gesellschaften im Vergleich. Opladen: Leske + Budrich
- Hradil, Stefan/Müller, Dagmar (1993): Auswirkungen des demographischen, sozialen und kulturellen Wandels auf Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Schleswig-Holstein. Hrsg. von der Ministerpräsidentin des Landes Schleswig-Holstein. Kiel
- Hübinger, Werner (1991): Zur Lebenslage und Lebensqualität von Sozialhilfeempfängern. Eine theoretische und empirische Armutsuntersuchung. Frankfurt/Main: Eigenverlag des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge
- Hübinger, Werner (1996): *Prekärer Wohstand. Neue Befunde zu Armut und sozialer Ungleichheit.* Freiburg: Lambertus
- Hübinger, Werner/Hauser, Richard (Hrsg.) (1995): *Die Caritas-Armutsuntersuchung. Eine Bilanz.* Hrsg. im Auftrag des Deutschen Caritasverbandes e.V.. Freiburg: Lambertus
- Hurrelmann, Klaus/Klocke, Andreas (1997): Armut und Gesundheitsgefährdung im Kindes- und Jugendalter. in: *proJugend* Nr. 2, S. 4-9
- Huster, Ernst-Ulrich (1993): *Neuer Reichtum und alte Armut.* Düsseldorf: Patmos
- Huster, Ernst-Ulrich (1995): Migration: Von der absoluten zur relativen Armut? In: Hanesch (Hrsg.) (1995), S. 450-471
- Huster, Ernst-Ulrich (1996): *Armut in Europa.* Opladen: Leske + Budrich
- Huster, Ernst-Ulrich (Hrsg.) (1997): *Reichtum in Deutschland. Die Gewinner der sozialen Polarisierung.* 2., aktualisierte und erweiterte Auflage, Frankfurt/Main und New York: Campus
- Iben, Gerd (1992): *Armut und Wohnungsnot in der Bundesrepublik Deutschland.* In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 49/92, S. 18-29
- Institut für Regionalforschung der Universität Kiel (1997): *Statistischer Arbeitsmarktbericht für Schleswig-Holstein 1996.* Bericht im Auftrag der Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Schleswig-Holstein. (Leitung: Prof. Dr. Karin Peschel. Bearbeitung: Dr. Hayo Herrmann, Michael Niese) Kiel
- Institut für Regionalforschung der Universität Kiel (1998): *Statistischer Arbeitsmarktbericht für Schleswig-Holstein 1997.* Bericht im Auftrag des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Schleswig-Holstein. (Leitung: Prof. Dr. Karin Peschel. Bearbeitung: Dr. Hayo Herrmann, Stefan Callsen, Markus Hirschfeld) Kiel
- Institut für soziale Arbeit e.V. (Hrsg.) (1996): *Lebensort Straße. Kinder und Jugendliche in besonderen Lebenslagen.* Münster: Votum
- ISS (1997): *Kommunale Sozialberichterstattung – Sozialraumanalyse – für den Kreis Dithmarschen.* Frankfurt/Main: ISS-Aktuell Nr. 20
- Jacobs, Herbert (1995): *Armut. Zum Verhältnis von gesellschaftlicher Konstituierung und wissenschaftlicher Verwendung eines Begriffs.* In: *Soziale Welt*, Jg. 46., H. 4, S. 403-420

- Jacobs, Herbert/Ringbeck, A. (1994): Hilfen zur Überwindung von Sozialhilfebedürftigkeit. Eine Untersuchung zur Hilfe zum Lebensunterhalt in den alten Bundesländern. (Schriftenreihe des BMFuS Bd.31) Stuttgart/Berlin/Köln: Kohlhammer
- Jahoda, Marie/Lazarsfeld, Paul F./Zeisel, Hans (1975): Die Arbeitslosen von Marienthal. Ein soziographischer Versuch über die Wirkungen langdauernder Arbeitslosigkeit. Frankfurt/Main
- Joos, Magdalena (1997): Armutsentwicklung und familiäre Armutsrisiken von Kindern in den neuen und alten Bundesländern. In: Otto (Hrsg.) (1997), S. 47-78
- Joos, Magdalena/Meyer, Wolfgang (1998): Die Entwicklung der relativen Einkommensarmut von Kindern in Deutschland 1990 bis 1995. In: Mansel/Neubauer (Hrsg.) (1998), S. 19-33
- Kaiser, Joachim (1997): Wirtschaftliche und soziale Lage von Niedrigeinkommensbeziehern. In: Wirtschaft und Statistik, H. 9, S. 653-662
- Kaltenborn, Bruno (1995): Modelle der Grundsicherung: Ein systematischer Vergleich. (Schriftenreihe des ZEW Bd. 4) Baden-Baden: Nomos
- Kaufmann, Franz Xaver (1995): Zukunft der Familie im vereinten Deutschland. Gesellschaftliche und politische Bedingungen. München
- Klein, Thomas (1987): Sozialer Abstieg und Verarmung von Familien durch Arbeitslosigkeit. Eine mikroanalytische Untersuchung für die Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt/Main und New York: Campus
- Klingner, Roland (1998): Pauschalierung der Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem BSHG. In: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge, Jg. 78., H. 1, S. 5-9
- Klocke, Andreas (1996): Aufwachsen in Armut. Auswirkungen und Bewältigungsformen der Armut im Kindes- und Jugendalter. In: Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie, Jg. 16., S. 390-409
- Klocke, Andreas/Hurrelmann, Klaus (Hrsg.) (1998): Kinder und Jugendliche in Armut. Umfang, Auswirkungen und Konsequenzen. Opladen: Westdeutscher Verlag
- Koch, Franz/Reis, Claus (Hrsg.) (1992): Wohnungspolitik in sozialpolitischer Perspektive. (Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, Arbeitshilfen Heft 44) Frankfurt/Main
- Kohl, Jürgen (1992): Armut im internationalen Vergleich. Methodische Probleme und empirische Ergebnisse. In: Leibfried/Voges (Hrsg.) (1992), S. 272-299
- Korczak, Dieter/Pfefferkorn, Gabriela (1992): Überschuldungssituation und Schuldnerberatung in der Bundesrepublik Deutschland. Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Familie und Senioren und des Bundesministeriums der Justiz. (Schriftenreihe des BMFS Bd. 3) Stuttgart/Berlin/Köln: Kohlhammer
- Krämer, Walter (1997): Statistische Probleme bei der Armutsmessung. Gutachten des Bundesministers für Gesundheit (Schriftenreihe des BMG Bd. 94), Baden-Baden: Nomos
- Krappmann, Lothar/Oswald, Hans (1995): Alltag der Schulkinder. Weinheim und München: Juventa
- Krause, Peter (1994): Armut im Wohlstand. Betroffenheit und Folgen. (DIW Diskussionspapier Nr. 88) Berlin
- Krause, Peter (1995): Zur Messung von Einkommensarmut am Beispiel des vereinigten Deutschlands. Theoretische Ansätze und empirische Analysen auf Grundlage der Daten des sozio-ökonomischen Panels (SOEP). Berlin
- Kreis Plön (1997): Sozialraumanalyse (Sozialatlas) für den Kreis Plön. Materialien und Berichte zur Jugendhilfeplanung Bd. 1. Plön

- Krieger, Ingrid (1993): Zur Operationalisierung des Lebenslageansatzes für qualitative Forschung. In: Hanesch, Walter (Hrsg.): Lebenslageforschung und Sozialberichterstattung in den neuen Bundesländern. (HBS Graue Reihe/Neue Folge 60) Düsseldorf, S. 109-126
- Kronauer, Martin (1997): "Soziale Ausgrenzung" und "Underclass". Über neue Formen der gesellschaftlichen Spaltung. In: Leviathan, Jg. 25, H. 1, S. 28-49
- Kronauer, Martin/Vogel, Bernhard/Gerlach, Frank (1993): Im Schatten der Arbeitsgesellschaft. Arbeitslose und die Dynamik sozialer Ausgrenzung. Frankfurt/Main und New York: Campus
- Krüger, Helga (Hrsg.) (1992): Frauen und Bildung. Wege der Aneignung und Verwertung von Qualifikationen in weiblichen Erwerbsbiographien. Bielefeld
- Kürner, P./Nafroth, R. (Hrsg.) (1994): Die vergessenen Kinder. Vernachlässigung und Armut in Deutschland. Köln
- Lampert, Heinz (1996): Priorität für die Familie. Plädoyer für eine rationale Familienpolitik. Berlin: Duncker & Humblot
- Landeshauptstadt Kiel/Sozialdezernat (1993): Bericht über die Entwicklung der Armut in Kiel. Kiel
- Landeshauptstadt Kiel/Sozialdezernat (1998): Bericht über die Entwicklung der Armut in Kiel. Kiel
- Landeshauptstadt München/Sozialreferat (Hrsg.) (1994): Münchner Armutsbericht – Fortschreibung 1992. (Beiträge zur Sozialplanung 009) München
- Landua, Detlef/Habich, Roland (1994): Problemgruppen der Sozialpolitik im vereinten Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B3/94, S. 3-14
- Lauterbach, Wolfgang/Lange, Andreas (1998): Aufwachsen in materieller Armut und sorgenbelastetem Familienklima. Konsequenzen für den Schulerfolg von Kindern am Beispiel des Übergangs in die Sekundarstufe I. In: Mansel/Neubauer (Hrsg.) (1998), S. 106-128
- Leibfried, Stephan/Leisering, Lutz/Buhr, Petra/Ludwig, Monika/Mädje, Eva/Olk, Thomas/Voges, Wolfgang/Zwick, Michael (1995): Zeit der Armut. Lebensläufe im Sozialstaat. Frankfurt/Main: Suhrkamp
- Leibfried, Stephan/Tennstedt, Florian (Hrsg.) (1985): Politik der Armut und die Spaltung des Sozialstaats. Frankfurt/Main: Suhrkamp
- Leibfried, Stephan/Voges, Wolfgang (Hrsg.) (1992): Armut im modernen Wohlfahrtsstaat. (KZfSS Sonderheft 32) Opladen: Westdeutscher Verlag
- Leisering, Lutz (1993): Zwischen Verdrängung und Dramatisierung. Zur Wissenssoziologie der Armut in der bundesrepublikanischen Gesellschaft. In: Soziale Welt, Jg. 44., H. 4, S. 486-511
- Leisering, Lutz (1995): Zweidrittelgesellschaft oder Risikogesellschaft? Zur gesellschaftlichen Verortung der "neuen Armut" in der Bundesrepublik Deutschland. In: Bieback/Milz (Hrsg.) (1995), S. 58-92
- Lewis, Jane/Ostner, Ilona (1994): Gender and the Evolution of European Social Policies. (Arbeitspapier Nr. 4 des Zentrums für Sozialpolitik der Universität Bremen) Bremen
- Lewis, Oscar (1966): The Culture of Poverty. In: Scientific American, Nr. 215, S. 19-24
- Lompe, Klaus (Hrsg.) (1987): Die Realität der neuen Armut. Analysen der Beziehungen zwischen Arbeitslosigkeit und Armut in einer Problemregion. (Kölner Schriften zur Sozial- und Wirtschaftspolitik Bd. 4) Regensburg
- Lucke, Doris (1990): Die Ehescheidung als Kristallisationskern geschlechtsspezifischer Ungleichheit. Eine 'verrechlichte' Statuspassage und ihre Folgen. In: Berger/Hradil (Hrsg.) (1990), S. 363-385

- Ludwig, Monika (1996): *Armutskarrieren zwischen Abstieg und Aufstieg im Sozialstaat*. Opladen: Westdeutscher Verlag
- Ludwig, Monika/Leisering, Lutz/Buhr, Petra (1995): *Armut verstehen. Betrachtungen vor dem Hintergrund der Bremer Langzeitstudie*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B31-32/95, S. 24-34
- Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang (1992): *Arbeitslosigkeit, Erwerbsarbeit und Armut. Längerfristige Armutsrisiken im Kontext von Haushalt und Sozialstruktur*. In: *Leibfried/Voges (Hrsg.) (1992)*, S. 380-402
- Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang (1996): *Was heißt, und gibt es kumulative Arbeitslosigkeit? Untersuchungen zu Arbeitslosigkeitsverläufen über 10 Jahre*. In: *Zapf/Schupp/Habich (Hrsg.) (1996)*, S. 210-239
- Lüscher, Kurt/Lange, A. (1992): *Konzeptionelle Grundlagen einer Politik für Kinder. Ansätze und Begründungen aus sozialwissenschaftlicher Sicht*. In: *Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie*, Jg. 12, S. 204-232
- Mädje, Eva/Neusüß, Christa (1994): *Alleinerziehende Sozialhilfeempfängerinnen zwischen sozialpolitischem Anspruch und gesellschaftlicher Realität*. In: *Zwick (Hrsg.) (1994)*, S. 134-155
- MAGS Baden-Württemberg (Hrsg.) (1994): *Sozialhilfebedürftigkeit. Ein Personenkreis verändert sein Gesicht. Arbeitslose Sozialhilfeempfänger/innen*. Erarbeitet von Weeber und Partner, Büro für Stadtplanung und Sozialforschung Stuttgart. Stuttgart
- MAGS Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (1992a): *Armut im Alter*. (Landessozialbericht Bd. 1) Düsseldorf
- MAGS Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (1992b): *Wohnungsnot und Obdachlosigkeit*. (Landessozialbericht Bd. 2) Düsseldorf
- MAGS Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (1993): *Alleinerziehende – Lebenslagen und Lebensformen*. (Landessozialbericht Bd. 3) Düsseldorf
- MAGS Schleswig-Holstein (1994): *Beratungseinrichtungen des Sozial- und Gesundheitswesens in Schleswig-Holstein*. Bericht der Landesregierung. Kiel
- MAGS Schleswig-Holstein (Hrsg.) (1997): *Zur Gesundheitslage der Kinder in Schleswig-Holstein*. Kiel
- Mansel, Jürgen/Brinkhoff, Klaus-Peter (Hrsg.) (1998): *Armut im Jugendalter*. Weinheim und München: Juventa
- Mansel, Jürgen/Hurrelmann, Klaus (1994): *Außen- und innengerichtete Formen der Problemverarbeitung Jugendlicher. Aggressivität und psychosomatische Beschwerden*. In: *Soziale Welt*, Jg. 45., H. 2; S. 147-179
- Mansel, Jürgen/Neubauer, Georg (Hrsg.) (1998): *Armut und soziale Ungleichheit bei Kindern. Über die veränderten Bedingungen des Aufwachsens*. Opladen: Leske + Budrich
- Markefka, Manfred/Nauck, Bernhard (Hrsg.) (1993): *Handbuch der Kindheitsforschung*. Neuwied: Luchterhand
- Marshall, Thomas H. (1981): *Changing Ideas about Poverty*. In: *Ders.: The Right to Welfare and Other Essays*. London, S. 29-49
- MASFG Rheinland-Pfalz (Hrsg.) (1993): *Armut in Rheinland-Pfalz*. Mainz
- MASJG Schleswig-Holstein (Hrsg.) (1996): *Bericht Landesjugendhilfeplanung*. Kiel
- Mayer, Karl Ulrich/Allmendinger, Jutta/Huinink, Johannes (Hrsg.) (1991): *Vom Regen in die Traufe. Berufsverläufe und Familienentwicklung von Frauen*. Frankfurt/Main und New York: Campus
- McLeod, Jane D./Edwards, K. (1995): *Contextual Determinants of Children's Response to Poverty*. In: *Social Forces*, Vol. 58, S. 1487-1516

- Mielck, Andreas (Hrsg.) (1994): Krankheit und soziale Ungleichheit. Ergebnisse der sozial-epidemiologischen Forschung in Deutschland. Opladen: Leske + Budrich
- Mielck, Andreas (1998): Armut und Gesundheit bei Kindern und Jugendlichen: Ergebnisse der sozial-epidemiologischen Forschung in Deutschland. In: Klocke/Hurrelmann (Hrsg.) (1998), S. 225-249
- Müller, Dagmar/Buitkamp, Martin (1996): Soziale Ungleichheiten und Lebensweisen in Niedersachsen. Zur Entwicklung regionaler Sozialstrukturen. Hannover: agis texte Bd. 10
- Müller, Siegfried/Otto, Ulrich (Hrsg.) (1997): Armut im Sozialstaat. Gesellschaftliche Analysen und sozialpolitische Konsequenzen. Darmstadt und Neuwied: Luchterhand
- Mutschler, Roland (1995): Wohnungsnot und Armut. In: Bieback/Milz (Hrsg.) (1995), S. 235-259
- Mutz, Gerd/Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang/Koenen, Elmar J./Eder, Klaus (1995): Diskontinuierliche Erwerbsverläufe. Analysen zur postindustriellen Arbeitslosigkeit. (Biographie & Gesellschaft Bd. 21) Opladen: Leske + Budrich
- Napp-Peters, Anneke (1995): Armut von Alleinerziehenden. In: Bieback/Milz (Hrsg.) (1995), S. 107-121
- Nationale Armutskonferenz in der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.) (1993): Die Bekämpfung von Armut und Unterversorgung in Deutschland. Positionspapier der Nationalen Armutskonferenz in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn
- Natter, Ehrenfried/Riedlsperger, Alois (Hrsg.) (1988): Zweidrittelgesellschaft. Spalten, splitten – oder solidarisieren? Wien/Zürich
- Nauck, Bernhard (1997): Sozialberichterstattung zu den Lebensverhältnissen von Kindern. In: Noll (Hrsg.) (1997), S. 167-194
- Nauck, Bernhard/Bertram, Hans (Hrsg.) (1995): Kinder in Deutschland. Lebensverhältnisse von Kindern im Regionalvergleich. (DJI-Familien-Survey 5) Opladen: Leske + Budrich
- Neubauer, Erika (1994): Alleinerziehende in den zwölf Ländern der EG. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B7-8/94, S. 14-21
- Neuberger, Christa (1997): Auswirkungen elterlicher Arbeitslosigkeit und Armut auf Familien und Kinder. Ein mehrdimensional empirisch gestützter Zugang. In: Otto (Hrsg.) (1997), S. 79-122
- Neumann, Udo/Hertz, Markus (1998): Verdeckte Armut in Deutschland. Forschungsbericht im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung. Frankfurt/Main: ISL
- Niedersächsisches MFAS (Hrsg.) (1998): Niedersächsischer Landesbericht zur Entwicklung von Armut und Reichtum. Hannover
- Niepel, Gabriele (1994a): Alleinerziehende. Abschied von einem Klischee. Opladen: Leske + Budrich
- Niepel, Gabriele (1994b): Soziale Netzwerke und soziale Unterstützung alleinerziehender Frauen. Opladen: Leske + Budrich
- Noll, Heinz-Herbert (Hrsg.) (1997): Sozialberichterstattung in Deutschland. Konzepte, Methoden und Ergebnisse für Lebensbereiche und Bevölkerungsgruppen. Weinheim und München: Juventa
- Oberhauser, Alois (1994): Modelle und Finanzierbarkeit des Familienlastenausgleichs. In: MFFWK Baden-Württemberg (Hrsg.): Familie heute – ausgewählte Aufsätze zur Situation der Familien in Baden-Württemberg. Stuttgart, S. 226-235
- Olk, Thomas/Rentzsch, Doris (1998): Kinder in ostdeutschen Armutshaushalten. In: Klocke/Hurrelmann (Hrsg.) (1998), S. 87-111

- Ostner, Ilona (1995): Arm ohne Ehemann? Sozialpolitische Regulierung von Lebenschancen für Frauen im internationalen Vergleich. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B36-37/95, S. 3-12
- Ostner, Ilona/Voges, Wolfgang (1995): Verschwindet der Ernährer-Ehemann? In: Bieback/Miltz (Hrsg.) (1995), S. 93-106
- Otto, Ulrich (Hrsg.) (1997): *Aufwachsen in Armut. Erfahrungswelten und soziale Lagen von Kindern armer Familien*. Opladen: Leske + Budrich
- Otto, Ulrich/Bolay, Eberhard (1997): Armut von Heranwachsenden als Herausforderung für Soziale Arbeit und Sozialpolitik. In: Otto (Hrsg.) (1997), S. 9-45
- Paritätischer Wohlfahrtsverband (Hrsg.) (1989): "... wessen wir uns schämen müssen in einem reichen Land ..." Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes für die Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart
- Paritätischer Wohlfahrtsverband (1995): "Wir brauchen eine Alternative zum bisherigen Kinderlastenausgleich." Das Konzept des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes für einen einkommens- und bedarfsorientierten Kinderlastenausgleich. In: *Blätter der Wohlfahrtspflege*, Jg. 142, S. 147-149
- Perik, Muzaffer/Schmidt, Wilhelm/Wendt, Peter-Ulrich (1995): *Arm dran. Armut – sozialer Wandel – Sozialpolitik*. Marburg: Schüren
- Piachaud, David (1992): Wie mißt man Armut? In: Leibfried/Voges (Hrsg.) (1992), S. 63-87
- Quack, Sigrid (1993): *Dynamik der Teilzeitarbeit. Implikationen für die soziale Sicherung von Frauen*. Hrsg. vom WZB. Berlin: edition sigma
- Ramprakash, D. (1994): Poverty in the Countries of the European Union. A Synthesis of Eurostat's Statistical Research on Poverty. In: *Journal of European Social Policy*, 4, S. 117-128
- Reiter, G. (1991): *Kritische Lebensereignisse und Verschuldungskarrieren von Verbrauchern*. (Beiträge zur Verhaltensforschung Heft 29) Berlin
- Rentzel, Ulrich/Wagner, Gerd (Hrsg.) (1991): *Lebenslagen im Wandel. Zur Einkommensdynamik in Deutschland seit 1984*. Frankfurt/Main
- Riedmüller, Barbara (1994): Sozialpolitik und Armut. Ein Thema zwischen Ost und West, in: Beck, Ulrich/Beck-Gernsheim, Elisabeth (Hrsg.): *Risikante Freiheiten*. Frankfurt/Main: Suhrkamp, S. 74-88
- Riedmüller, Barbara/Olk, Thomas (Hrsg.) (1995): *Grenzen des Sozialversicherungsstaats*. Wiesbaden
- Rohwer, Götz (1992): Einkommensmobilität und soziale Mindestsicherung. Einige Überlegungen zum Armutsrisiko. In: Leibfried/Voges (Hrsg.) (1992), S. 367-379
- Roth, R. (1992): *Über den Monat. Am Ende des Geldes*. (Schriftenreihe des FB Sozialarbeit der FH Frankfurt/Main) Frankfurt/Main
- Sachße, Christoph/Tennstedt, Florian (1988): *Geschichte der Armenfürsorge in Deutschland*. Bd. 2: Fürsorge und Wohlfahrtspflege 1871-1929. Stuttgart
- Salz, Günther (1991): *Armut durch Reichtum. Soziale Brennpunkte als Erbe der sozialen Frage: praktische Erfahrungen und theoretische Einsichten*. Freiburg: Lambertus
- Schäfers, Bernhard/Zimmermann, Gunter E. (1995): Armut und Familie - Zunahme der familialen Verarmung seit den 70er Jahren. In: Nauck, Bernhard/Onnen-Isemann, C. (Hrsg.): *Familie im Brennpunkt von Wissenschaft und Forschung*. Neuwied: Luchterhand, S. 561-578

- Scharpf, Fritz W. (1993): Umbau des Sozialstaats: Von der Finanzierung der Arbeitslosigkeit zur Subventionierung niedriger Erwerbseinkommen. In: Gewerkschaftliche Monatshefte, H. 7
- Scheewe, Peter (1997): Wohnsituation von Haushalten mit Kindern. In: Wirtschaft und Statistik, H. 5, S. 306-314
- Schindler, Hans/Wacker, Ali/Wetzels, Peter (Hrsg.) (1990): Familienleben in der Arbeitslosigkeit. Ergebnisse neuer europäischer Studien. Heidelberg: Asanger.
- Schindler, Hans/Wetzels, Peter (1990): Familiensysteme in der Arbeitslosigkeit. In: Schindler/Wacker/Wetzels (Hrsg.) (1990), S. 43-73
- Schlemmer, Elisabeth (1994): "Singles" in den neuen Bundesländern und ihre Netzwerke, in: Grözinger, Gerd (Hrsg.): Das Single. Opladen: Leske + Budrich, S. 65-92
- Schleswig-Holsteinischer Landtag, Drucksache 14/227: Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN: Landesarmutsbericht. Kiel, 10.9.1996
- Schmid, Friedrich (1992): Einkommensdisparität der privaten Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland 1950 bis 1988. In: DIW-Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, H. 3/4
- Schmidt, Alfons/Krömmelbein, S./Klemms, W./Gaß, G. (1994): Neue Wege der Arbeitsmarktpolitik für Langzeitarbeitslose. (SAMF, Neue Folge Bd. 1) Berlin: edition sigma
- Schmidt, Heike (1997): Geringfügige Beschäftigung – Umfang, Struktur und Folgen. In: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, H. 3, S. 121-127
- Schöne, Reinhold/Gintzel, Ullrich/Jordan, Erwin/Kalscheuer, Mareile/Münder, Johannes (1997): Kinder in Not. Vernachlässigung im frühen Kindesalter und Perspektiven sozialer Arbeit. Münster: Votum
- Schubert, Herbert J. (1995): Sozial- und Armutsberichte als neues Instrument der kommunalen Sozialverwaltung. Ergebnisse einer explorativen Umfrage des Vereins für Sozialplanung. In: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge, Jg. 75, S. 101-106
- Schulte, Bernd (1995): Reformperspektiven der Sozialhilfe. In: Hanesch (Hrsg.) (1995), S. 176-194
- Schulz, Joachim (Hrsg.) (1994): Sozialhilfe: Eine systematische Einführung. Ausgewählte Texte. Weinheim/Basel: Beltz
- Schwenk, Otto G. (1997): Soziale Lagen in der Bundesrepublik Deutschland. Diss., Universität Mainz
- Seewald, Hermann (1997): Wirtschaftliche und soziale Lage von Niedrigeinkommensbezieher. In: Wirtschaft und Statistik, H. 10, S. 653-726
- Seifert, Wolfgang (1995): Die Mobilität der Migranten. Die berufliche, ökonomische und soziale Stellung ausländischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik. Hrsg. vom WZB. Berlin: edition sigma
- Sell, Stefan (1995): Sozialhilfe, Arbeitsmarkt und Arbeitsmarktpolitik. In: Sozialer Fortschritt, H. 8-9, S. 214-220
- Sell, Stefan (1998): Weiterentwicklung der Sozialhilfe an der Schnittstelle zwischen Leistungsbezug und Erwerbstätigkeit? In: Sozialer Fortschritt, H. 2, S. 27-30
- Sellin, C./Besselmann, K. (1987): Erscheinungsformen und Auswirkungen sozialer Not und Verarmung. Untersuchung im Auftrag des Diakonischen Werkes der EKD. Köln: Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik (ISG)
- Sen, Amartya (1983): Poor, Relatively Speaking. In: Oxford Economic Papers, Jg. 35., S. 153-169
- Siebel, Walter (1997): Armut oder Ausgrenzung? In: Leviathan, Jg. 25, H. 1, S. 67-75

- Sievers, Kai Detlev (1991): *Leben in Armut. Zeugnisse der Armutskultur aus Lübeck und Schleswig-Holstein vom Mittelalter bis ins 20. Jahrhundert.* Heide: Westholsteinische Verlagsanstalt Boyens & Co.
- Simmel, Georg (1992) [1908]: *Soziologie. Über die Formen der Vergesellschaftung.* Kap. VII: *Der Arme.* Gesamtausgabe Bd. II, Frankfurt/Main: Suhrkamp, S. 512-555
- Sørensen, Annemette (1992): *Zur geschlechtsspezifischen Struktur von Armut.* In: Leibfried/Voges (Hrsg.) (1992), S. 345-366
- Sozialforschung und Beratung Dr. Helmut Hartmann (1991): *Armut in Lübeck. Analyse der Situation und Möglichkeiten zu ihrer kommunalen Bekämpfung.* Gutachten im Auftrag der Hansestadt Lübeck. Hamburg
- Spanier, Wolfgang (1998): *Notwendige Maßnahmen des Gesetzgebers zur Sicherung des Existenzminimums. Lösungsstrategien zur Bekämpfung von Armut.* In: Mansel/Neubauer (Hrsg.) (1998), S. 274-285
- Stadtteilbüro Malstatt (1993): *Von der Not, im Wohlstand arm zu sein. Eine Armutserkundung in Saarbrücken-Malstatt.* Saarbrücken
- Statistisches Bundesamt, in Zusammenarbeit mit dem WZB und dem ZUMA (Hrsg.) (1997): *Datenreport 1997. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland.* Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (1998a): *Gesundheitsbericht für Deutschland.* Stuttgart: Metzler-Poeschel
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (1998b): *Fachserie 1, Reihe 3, Haushalte und Familien 1997 (Ergebnisse des Mikrozensus).* Stuttgart: Metzler-Poeschel
- Strang, Heinz (1970): *Erscheinungsformen der Sozialhilfebedürftigkeit. Beitrag zur Geschichte, Theorie und empirischen Analyse der Armut.* Stuttgart: Enke
- Teichert, Volker (1991): *Die ökonomischen Rahmenbedingungen junger Familien.* In: Ders. (Hrsg.): *Junge Familien in der Bundesrepublik.* Opladen: Leske + Budrich, S. 207-230
- Tessaring, Manfred (1994): *Langfristige Tendenzen des Arbeitskräftebedarfs nach Tätigkeiten und Qualifikationen in den alten Bundesländern bis zum Jahr 2010.* In: *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, H. 1, S. 5-19*
- Tobias, Gertrud/Boettner, Johannes (Hrsg.) (1992): *Von der Hand in den Mund. Armut und Armutsbewältigung in einer westdeutschen Großstadt.* Essen: Klartext-Verlag
- Townsend, Peter (1993): *The International Analysis of Poverty.* Hemel Hempstead Hertfordshire: Harvester Wheatsheaf
- Trauernicht, Gitta (1995): *Armut von Kindern und Jugendlichen und kommunale Jugendpolitik.* In: Bieback/Milz (Hrsg.) (1995), S. 220-234
- Ulbrich, Rudi (1990): *Wohnverhältnisse einkommensschwacher Schichten.* In: Döring/Hanesch/Huster (Hrsg.) (1990), S. 206-236
- Ulbrich, Rudi (1993): *Wohnungsversorgung in der Bundesrepublik Deutschland.* In: *Aus Politik und Zeitgeschichte B 9/93, S. 16-31*
- Vaskovics, Laszlo A. (1991): *Arbeitslosigkeit und Familienarmut.* In: *Soziale Probleme, Jg. 2, H. 1, S. 3-16*
- Veil, Mechthild (1996): *Debatten zur Zukunft des bundesdeutschen Sozialstaats – Feministische Einwände.* In: *Feministische Studien, H. 2, S. 61-74*
- Verein für Sozialplanung e.V. (1995): *Standards der Armutsberichterstattung. Fachpolitische Stellungnahme des Vereins für Sozialplanung e.V.* In: *Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge, Jg. 75, S. 120-123*

- Vester, Michael/von Oertzen, Peter/Geiling, Heiko/Hermann, Thomas/Müller, Dagmar (1993): Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung. Köln: Bund Verlag
- Voges, Wolfgang (1995): Pluralisierung familiärer Erscheinungsformen und Heterogenisierung der Armutslagen von Ein-Eltern-Familien. In: Sahner, Heinz/Schwendtner, Stefan (Hrsg.): 27. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. Gesellschaften im Umbruch. Kongreßband II. Opladen: Leske + Budrich, S. 132-139
- Voges, Wolfgang (Hrsg.) (1996): Kommunale Sozialberichterstattung. Opladen: Leske + Budrich
- Voges, Wolfgang/Buhr, Petra/Zwick, Michael M. (1996): Einmal drin – immer drin? Sozialhilfebezug von Familien. In: Behrens, Johann/Voges, Wolfgang (Hrsg.): Kritische Übergänge. Statuspassagen und sozialpolitische Institutionalisierung. Frankfurt/Main und New York: Campus
- Voges, Wolfgang/Ostner, Ilona (1995): Wie arm sind alleinerziehende Frauen? In: Bieback/Milz (Hrsg.) (1995), S. 122-147
- Voges, Wolfgang/Rohwer, Götz (1991): Zur Dynamik des Sozialhilfebezugs. In: Rendtel/Wagner (Hrsg.) (1991), S. 510-531
- Vollmer, Hans et. al. (1995): Bericht zur sozialen Lage in Dortmund. Münster/Hamburg/London: Lit
- Vonderach, Gerd/Siebers, Ruth/Barr, Ulrich (1992): Arbeitslosigkeit und Lebensgeschichte. Eine empirische Untersuchung unter jungen Langzeitarbeitslosen. (Biographie & Gesellschaft Bd. 14) Opladen: Leske + Budrich
- Wagner, Gert (1995): Ausgewählte sozialpolitische Probleme der Eingliederung von Zuwanderern. In: Kleinhenz, Gerhard (Hrsg.): Soziale Integration in Europa II. Berlin
- Wagner, Wolf (1991): Angst vor der Armut. Eine Einführung in die Sozialpolitik. Berlin
- Walper, Sabine (1988): Familiäre Konsequenzen ökonomischer Deprivation. (Fortschritte der psychologischen Forschung Bd. 2) München und Weilheim
- Walper, Sabine (1995): Kinder und Jugendliche in Armut. In: Bieback/Milz (Hrsg.), S. 181-219
- Weick, Stefan (1996): Zunehmende Kinderarmut in Deutschland? Studie zur Kinderarmut im Vergleich: 1984 und 1994. In: ISf Nr. 15, S. 1-3
- Weidacher, Alois (1995): Einkommenslagen in Haushalten ohne Kinder und mit Kindern. In: Bieback/Milz (Hrsg.), S. 148-180
- Weisser, Gerhard (1959): Distribution. In: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften Bd. 2. Stuttgart/Tübingen/Göttingen, S. 635-654
- Wilk, Liselotte/Bacher, Johann (Hrsg.) (1994): Kindliche Lebenswelten. Eine sozialwissenschaftliche Annäherung. Opladen: Leske + Budrich
- Willeke, Stefan/Fink, Andreas (1996): Abschied vom Wohlstand. Schleichende Verarmung setzt der unteren Mittelschicht zu. In: DIE ZEIT Nr. 23 vom 31.5.1996, S. 9-11
- Wilson, William J. (1987): The Truly Disadvantaged. The Inner City, the Underclass, and Public Policy. Chicago und London
- Wingen, Max (1997): Familienpolitik. Grundlagen und aktuelle Probleme. (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung Bd. 339) Bonn
- Wintersberger, Helmut (1998): Ökonomische Verhältnisse zwischen den Generationen – Ein Beitrag zur Ökonomie der Kindheit. In: Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie, Jg. 18, H. 1, S. 8-24

- Zapf, Wolfgang/Schupp, Jürgen/Habich, Roland (Hrsg.) (1996): *Lebenslagen im Wandel: Sozialberichterstattung im Längsschnitt*. Frankfurt/Main und New York: Campus
- Zimmermann, Gunter E. (1993): *Armut: Konzepte, Definitionen und Operationalisierungsansätze in der BRD. Wider ein Ende der Grundsatzdiskussion*. In: *Soziale Probleme*, Jg. 4, S. 193-228
- Zimmermann, Gunter E. (1995): *Neue Armut und neuer Reichtum. Zunehmende Polarisierung der materiellen Lebensbedingungen im vereinten Deutschland*. In: *Gegenwartskunde*, Jg. 44, S. 5-18
- Zwick, Michael M. (Hrsg.) (1994): *Einmal arm, immer arm? Neue Befunde zur Armut in Deutschland*. Frankfurt/Main
- Zwick, Michael M. (1997): *"panta rhei" – Fluktuation und Strukturwandel der Sozialhilfeklientel*. In: Müller/Otto (Hrsg.) (1997), S. 49-94

7. Anhänge

7.1 Danksagungen

Unserer besonderer Dank gilt den Familien, die uns in den Befragungen Einblick in ihr Leben in Armut gegeben haben.

Darüber hinaus möchten wir all jenen danken, ohne deren Unterstützung, Hilfe und ehrenamtliche Mitarbeit der Bericht nicht zustande gekommen wäre:

Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Schleswig-Holstein:
Frau Armbrorst
Frau Iwannek

Mitglieder des Beirats:

Frau Irene Johns, Landesjugendhilfeausschuß Schleswig-Holstein
Herr Rolf Martens, Schleswig-Holsteinischer Landkreistag
Herr Holger Rohde, Landesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände
Ministerium für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau

Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Expertengespräche:

Herr Rainer Adomat, Diakonieverein Migration – Beratung für Ausländer, Flüchtlinge und Aussiedler e.V., Pinneberg
Frau Helga Blau, Deutsches Rotes Kreuz, Kreisverband Stormarn e.V.
Herr Frederik Bode, Arbeiterwohlfahrt, Kreisverband Ostholstein e.V.
Frau Monika Boës, Gleichstellungsbeauftragte Kreis Stormarn
Frau Christiansen, Arbeiterwohlfahrt, Kreisverband Ostholstein e.V.
Herr Gies, Asylbewerberunterkunft der Stadt Kiel
Frau Christiane Grupe, Gleichstellungsbeauftragte Kreis Herzogtum Lauenburg
Herr Bernd Hannemann, Lichtblick Dithmarschen e.V.
Herr Klaus Hell, Deutsches Rotes Kreuz, Kreisverband Kiel e.V.
Frau Susanne Hild, Gleichstellungsbeauftragte der Gemeinde Henstedt-Ulzburg
Frau Angela Jagenow, Verband alleinstehender Mütter und Väter e.V., Landesverband Schleswig-Holstein
Frau Anne Jost, Christlicher Verein zur Förderung sozialer Initiativen in Kiel e.V.
Herr Dr. Klaus Klingner, Paritätischer Wohlfahrtsverband, Landesverband Schleswig-Holstein e.V.
Frau Mareile Lange, Deutsches Rotes Kreuz, Kreisverband Kiel e.V.
Herr Ingo Loeding, Deutscher Kinderschutzbund, Kreisverband Stormarn e.V.
Herr Stephan Nagel, Diakonieverein Pinneberg e.V. - Hilfe für alleinstehende Wohnungslose
Herr Hartmut Rimkus, "Haus Klein-Nordsee" der Evangelischen Stadtmission Kiel e.V.
Herr Thom, Sozialamt Elmshorn
Frau Ortrud Wulf, Vorwerker Heime Diakonische Einrichtungen e.V. – Beratungsstelle für alleinstehende Frauen, Lübeck

An den Befragungen beteiligte Einrichtungen und Organisationen:

Arbeiten für die Umwelt e.V., Flensburg
Arbeiterwohlfahrt, Landesverband Schleswig-Holstein e.V.
Arbeitslosen-Selbsthilfe Dithmarschen e.V.
Caritasverband für Schleswig-Holstein e.V.
Deutscher Familienverband, Landesverband Schleswig-Holstein e.V.
Deutscher Kinderschutzbund, Landesverband Schleswig-Holstein e.V.
Deutsches Rotes Kreuz, Landesverband Schleswig-Holstein e.V.
Diakonisches Werk Schleswig-Holstein, Landesverband der Inneren Mission e.V.
Frauen helfen Frauen in Not e.V., Frauentreff Elmshorn
Frauen- und Mädchentreff Eckernförde
Kieler Tafel, St.-Johannis-Kirchengemeinde
Landesarbeitsgemeinschaft der hauptamtlichen kommunalen Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten Schleswig-Holsteins
Sozialämter der Gemeinden, Kreise und kreisfreien Städte in Schleswig-Holstein
Verband alleinerziehender Mütter und Väter e.V., Landesverband Schleswig-Holstein
Wohnraum für Frauen e.V., Kiel

Beratung, Auswertung von Datenmaterial und sonstige Unterstützungen:

Dr. Petra Buhr, Universität Bremen
Dr. Magdalena Joos, Universität Trier
Dr. Robert Keczkas, Universität Köln
Thomas Seng, Neu-Isenburg
Wolfgang Strengmann-Kuhn, Universität Frankfurt
Dr. Otto G. Schwenk, Technische Universität Chemnitz
Statistisches Bundesamt, Wiesbaden
Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel
Studierende des Projektseminars "Kinder und Jugendliche in Armut" am Institut für Soziologie der Universität Mainz
Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA), Mannheim

**7.2 Ergänzende Tabellen zum Kapitel 3.2.6:
Regionale Unterschiede des Sozialhilfebezugs
in Schleswig-Holstein**

Tab. 90: Empfänger(innen) laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen in den Kreisen und kreisfreien Städten Schleswig-Holsteins 1980 sowie 1990 bis 1997

	Zahl der Empfänger(innen) laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen am Jahresende										
	1980	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	Relative Veränderung	
										1990 = 100	1994 = 100
Flensburg	4.458	5.774	6.045	6.877	7.321	7.406	7.910	7.367	7.669	172	104
Kiel	7.373	12.970	13.193	14.690	14.577	10.661	18.575	19.921	18.732	254	176
Lübeck	6.066	12.150	12.474	11.695	13.789	11.919	13.145	14.145	15.233	251	128
Neumünster	1.694	6.324	6.554	7.196	7.584	4.518	4.843	5.192	5.984	353	132
Kreisfreie Städte	19.591	37.218	38.266	40.458	43.271	34.504	44.473	46.625	47.618	243	138
Dithmarschen	1.260	3.134	3.272	3.613	3.611	4.123	4.785	5.320	5.933	471	144
Hzgt. Lauenburg	2.213	4.336	4.703	5.372	6.196	5.502	6.282	6.343	6.766	306	123
Nordfriesland	1.465	3.394	3.872	4.341	4.420	4.334	5.189	5.353	5.671	387	131
Ostholstein	2.149	4.849	5.247	6.208	6.098	5.740	6.496	6.238	6.747	314	118
Pinneberg	3.096	7.427	7.350	8.673	9.555	9.407	10.708	10.978	11.633	376	124
Plön	1.194	2.337	2.815	2.896	3.207	2.708	3.474	3.640	4.048	339	149
Rendsburg-Eckernförde	2.649	6.250	6.329	7.352	7.756	7.081	8.398	8.643	9.231	348	130
Schleswig-Flensburg	2.160	4.219	4.557	4.597	5.321	5.600	5.221	6.848	7.160	331	128
Segeberg	2.458	4.189	4.377	5.118	5.627	5.600	6.391	6.757	7.495	305	134
Steinburg	2.398	3.330	3.335	3.571	4.010	3.792	4.664	4.900	5.366	225	142
Stormarn	1.918	3.678	3.781	3.686	4.610	4.420	5.283	5.377	6.092	318	138
Kreise	22.960	47.143	49.638	55.427	60.411	58.307	66.891	70.397	76.162	332	131
Schleswig-Holstein	42.551	84.361	87.904	95.948	103.682	92.811	111.364	117.022	123.780	291	133
Von allen Sozialhilfeempfangern(innen) lebten in den Kreisen ... (in %)	54,0	55,9	56,5	57,8	58,3	62,8	60,1	60,2	61,5		

Daten: Sozialhilfestatistik.

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein; eigene Berechnungen.

Tab. 91: Entwicklung der Sozialhilfefquoten in den Kreisen und kreisfreien Städten Schleswig-Holsteins 1980 sowie 1990 bis 1997

	Von je 100 Einwohnern bezogen am Jahresende laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen										
	1980	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	Relative Veränderung 1980 = 100 1994 = 100	
Flensburg	5,1	6,6	6,9	7,9	8,3	8,4	9,1	8,5	9,0	176	107
Kiel	2,9	5,3	5,3	5,9	5,9	4,3	7,5	8,2	7,8	269	181
Lübeck	2,8	5,7	5,8	5,4	6,3	5,5	6,1	6,6	7,1	254	129
Neumünster	2,1	7,8	8,1	8,8	9,2	5,5	5,9	6,3	7,4	352	135
Kreisfreie Städte	3,1	5,9	6,1	6,4	6,8	5,4	7,0	7,4	7,6	245	141
Dithmarschen	1,0	2,4	2,5	2,8	2,7	3,1	3,6	3,9	4,4	440	142
Hzgt. Lauenburg	1,4	2,7	2,9	3,3	3,7	3,3	3,7	3,7	3,9	279	118
Nordfriesland	0,9	2,2	2,5	2,8	2,8	2,7	3,3	3,3	3,5	389	130
Ostholstein	1,1	2,6	2,7	3,2	3,1	2,9	3,3	3,1	3,4	309	117
Pinneberg	1,2	2,8	2,7	3,1	3,4	3,3	3,8	3,9	4,1	342	124
Plön	1,0	1,9	2,3	2,3	2,6	2,2	2,8	2,9	3,1	310	141
Rendsburg-Eckernförde	1,1	2,5	2,5	2,9	3,1	2,8	3,3	3,3	3,5	318	125
Schleswig-Flensburg	1,2	2,3	2,5	2,5	2,9	3,0	2,8	3,6	3,7	308	123
Segeberg	1,2	1,9	2,0	2,2	2,4	2,4	2,7	2,8	3,1	258	129
Steinburg	1,9	2,6	2,6	2,7	3,0	2,9	3,5	3,7	4,0	211	138
Stormarn	1,0	1,9	1,9	1,8	2,3	2,1	2,5	2,5	2,9	290	138
Kreise	1,2	2,4	2,5	2,7	2,9	2,8	3,2	3,3	3,6	300	129
Schleswig-Holstein	1,6	3,2	3,3	3,6	3,8	3,4	4,1	4,3	4,5	281	132

Daten: Sozialhilfestatistik.

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein; eigene Berechnungen.

Tab. 92: Sozialhilfebedarfsgemeinschaften in den Kreisen und kreisfreien Städten Schleswig-Holsteins 1997

	insgesamt		Bedarfsgemeinschaften von Empfänger(innen) laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen												Familien	
	Anzahl	dar: mit nd HHV ¹⁾ in %	Ehe						Bedarfsgemeinschaften nach Typ der Bedarfsgemeinschaft ²⁾						Andere BG	zusammen (ohne anderweitig nicht erfaßte BG)
			ohne K	Ehe mit K	NEL ohne K	NEL mit K	EEF weibl.	EEF männl.	All. Frauen	All. Männer	BG ohne HHV					
Flensburg	4.651	10,9	4,7	9,0	1,7	2,0	15,0	0,6	31,1	25,0	9,0	2,1	1.304	28,0		
Kiel	10.621	13,9	5,0	9,0	0,1	0,1	22,5	0,6	24,1	25,3	10,3	3,0	3.611	34,0		
Lübeck	8.077	15,2	6,2	10,9	1,4	1,9	22,4	0,8	23,7	22,6	7,7	2,3	3.044	37,7		
Neumünster	2.956	13,7	6,2	12,9	1,6	2,4	25,0	1,0	22,7	20,5	6,4	1,3	1.248	42,2		
Dithmarschen	2.860	6,2	5,7	13,3	1,2	2,2	24,3	0,5	22,4	18,0	8,8	3,6	1.217	42,6		
Herzogtum Lauenburg	3.431	14,0	7,3	13,4	1,7	2,4	19,8	0,5	23,1	14,1	13,6	4,1	1.369	39,9		
Nordfriesland	2.680	6,9	5,1	11,9	1,7	2,8	27,0	0,4	21,9	14,7	9,9	4,6	1.196	44,6		
Ostholstein	3.621	6,4	5,8	11,1	2,6	3,1	19,5	0,6	30,3	15,7	8,1	3,1	1.295	35,8		
Pinneberg	5.899	17,0	6,4	12,6	1,4	1,7	24,4	0,7	20,9	20,0	8,4	3,6	2.425	41,1		
Plön	1.928	6,5	6,3	11,9	1,2	2,1	25,5	0,9	21,3	13,3	12,1	5,4	854	44,3		
Rendsburg-Eckernförde	4.504	7,5	5,9	11,7	2,0	2,3	23,7	0,6	20,2	15,3	11,4	6,9	1.842	40,9		
Schleswig-Flensburg	3.427	5,0	5,4	11,2	1,9	2,5	26,3	0,6	20,3	14,4	11,8	5,5	1.541	45,0		
Segeberg	3.685	12,4	6,8	12,2	1,8	2,4	23,8	0,8	21,3	16,2	10,6	4,1	1.543	41,9		
Steinburg	2.620	6,1	5,6	10,9	2,5	2,8	26,9	0,5	22,7	15,3	8,0	4,8	1.121	42,8		
Stormarn	3.093	10,8	6,1	14,2	1,5	1,7	22,5	0,5	22,8	15,9	11,6	3,1	1.284	41,5		
Schleswig-Holstein	64.053	11,4	5,8	11,3	1,4	1,9	22,8	0,7	23,5	19,3	9,7	3,6	24.894	38,9		

1) Bedarfsgemeinschaften mit nichtdeutschem Haushaltsvorstand.

2) Ehepaare ohne Kinder (Ehe ohne K), Ehepaare mit Kindern (Ehe mit K), Nichteheilige Lebensgemeinschaften ohne Kinder (NEL ohne K), Nichteheilige Lebensgemeinschaften mit Kindern (NEL mit K), Alleinerziehende Frauen (EEF weibl.), Alleinerziehende Männer (EEF männl.), Alleinstehende Frauen (All. Frauen), Alleinstehende Männer (All. Männer), Bedarfsgemeinschaften ohne Haushaltsvorstand (BG ohne HHV), Anderweitig nicht genannte Bedarfsgemeinschaften (Andere BG).

Daten: Sozialhilfestatistik.

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein; eigene Berechnungen.

Tab. 93: Soziodemographische Struktur der Sozialhilfeempfänger(innen) in den Kreisen und kreisfreien Städten Schleswig-Holsteins 1997

	Empfänger(innen) laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen										
	Insgesamt	Frauen		davon waren						Hilfeeempfänger(innen) im Alter von ... bis unter ... Jahren	
		unter 18	18 - 25	25 - 50	50 - 65	65 und älter	unter 18	18 - 25	25 - 50	50 - 65	65 und älter
	Anzahl	in Prozent									
Flensburg	7.669	29,6	11,4	41,8	11,6	5,6					
Kiel	18.732	36,5	8,1	39,6	11,4	4,5					
Lübeck	15.233	36,3	8,7	37,4	12,2	5,3					
Neumünster	5.984	39,5	9,8	35,5	11,2	3,9					
Dithmarschen	5.933	41,6	9,7	35,8	8,2	4,8					
Herzogtum Lauenburg	6.766	37,9	9,4	36,4	11,1	5,2					
Nordfriesland	5.671	42,3	8,1	35,0	8,6	5,9					
Ostholstein	6.747	34,1	9,2	40,4	10,4	6,1					
Pinneberg	11.633	38,0	8,6	38,1	10,4	4,9					
Plön	4.048	41,9	7,8	35,8	9,0	5,5					
Rendsburg-Eckernförde	9.231	40,4	8,6	36,2	9,6	5,2					
Schleswig-Flensburg	7.160	43,2	9,0	34,5	8,5	4,8					
Segeberg	7.495	39,4	9,0	35,9	10,8	5,0					
Steinburg	5.386	39,9	8,9	36,1	9,7	5,4					
Stormarn	6.092	37,7	8,2	38,7	9,8	5,6					
Schleswig-Holstein	123.780	38,0	8,9	37,5	10,5	5,1					

Daten: Sozialhilfestatistik.

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein; eigene Berechnungen.

Tab. 94: Kinder und Jugendliche als Sozialhilfeempfänger(innen) in den Kreisen und kreisfreien Städten Schleswig-Holsteins 1997

	Kinder und Jugendliche als Empfänger(innen) laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen										Anteil an der Bev. 2)				
	Insgesamt					davon: nichtdeutsch									
	Anzahl					in Prozent									
	unter 7	7-15	15-18	insg.	unter 7	7-15	15-18	insg.	unter 7	7-15		15-18	insg.	dt. 1)	nd. 1)
Flensburg	2.269	916	1.006	347	21,4	22,5	19,6	23,6	14,8	15,0	15,0	14,0	13,2	27,5	17,0
Kiel	6.833	3.243	2.822	768	19,0	17,7	18,9	24,3	18,4	21,0	17,7	13,2	17,0	27,6	15,5
Lübeck	5.537	2.595	2.308	634	22,2	22,8	20,9	24,4	15,4	18,0	14,7	10,7	13,8	26,0	16,7
Neumünster	2.364	1.136	951	277	18,7	18,1	18,7	20,6	15,1	18,4	13,8	11,3	13,8	26,5	19,2
Dithmarschen	2.467	1.078	1.087	302	10,7	10,9	10,4	10,6	8,8	10,0	8,7	6,5	8,2	25,9	20,6
Herzogtum Lauenburg	2.561	1.021	1.176	364	18,9	18,1	18,4	19,8	7,4	7,5	7,5	6,7	6,5	19,2	19,9
Nordfriesland	2.400	1.091	1.052	257	11,8	12,3	11,1	12,5	7,3	8,4	7,2	4,9	6,7	22,0	20,3
Ostholstein	2.298	918	1.062	318	10,3	10,2	11,9	8,5	6,4	6,8	6,6	5,2	6,0	17,7	18,0
Pinneberg	4.420	1.995	1.955	470	20,9	21,5	20,0	22,3	8,4	9,4	8,4	5,7	7,3	18,4	18,4
Plön	1.696	724	760	212	12,1	9,1	13,7	17,0	6,9	7,8	6,8	5,4	6,3	24,9	18,9
Rendsburg-Eckernförde	3.728	1.654	1.644	430	9,4	9,3	9,5	9,5	7,0	7,9	6,9	5,1	6,6	16,2	20,2
Schleswig-Flensburg	3.093	1.266	1.434	393	7,2	6,6	6,7	10,9	7,5	7,9	7,8	5,9	7,2	17,2	21,3
Segeberg	2.950	1.242	1.357	351	15,7	15,9	14,1	20,5	6,1	6,6	6,3	4,6	5,5	15,7	19,9
Steinburg	2.149	922	966	261	5,9	6,6	5,6	4,2	7,8	8,4	7,8	6,1	7,7	8,8	20,4
Stormarn	2.297	1.016	996	285	13,6	13,2	14,1	13,3	5,8	6,4	5,8	4,4	5,3	15,6	18,6
Schleswig-Holstein	47.062	20.817	20.576	5.669	15,6	15,5	15,1	17,5	9,0	10,1	8,9	6,8	8,1	21,1	19,0

1) dt. = deutsche Kinder; nd. = nichtdeutsche Kinder

2) Anteil der Kinder und Jugendlichen bis unter 18 Jahren an der Gesamtbevölkerung.

Daten: Sozialhilfestatistik.

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein; eigene Berechnungen.

Tab. 95: Nichtdeutsche Sozialhilfeempfänger(innen) in den Kreisen und kreisfreien Städten Schleswig-Holsteins 1997

	Nichtdeutsche Empfänger(innen) laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen				Nichtdeutsche Empfänger(innen) nach aufenthaltsrechtlichem Status				Ausländeranteil an der Bevölkerung		
	Insgesamt		Frauen		Kinder und Jugendliche bis unter 18 Jahren	EU-Ausländer	Asyl-berechtigte	Bürgerkriegsfluchtlinge		sonstige Nichtdeutsche	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %							Anzahl
Flensburg	1.255	47,7	599	47,7	485	38,6	7,3	35,4	1,8	55,5	8,5
Kiel	3.453	48,8	1.684	48,8	1.296	37,5	5,3	14,3	2,9	77,5	8,8
Lübeck	3.092	49,3	1.523	49,3	1.228	39,7	10,7	14,7	0,6	74,0	9,0
Neumünster	1.100	49,3	542	49,3	441	40,1	6,9	16,5	3,3	73,3	7,3
Dithmarschen	551	45,0	248	45,0	263	47,7	2,4	49,0	2,7	45,9	2,7
Herzogtum Lauenburg	1.244	51,0	635	51,0	485	39,0	6,8	11,7	13,8	67,8	5,2
Nordfriesland	594	47,1	280	47,1	283	47,6	4,9	50,5	3,7	40,9	4,0
Ostholstein	598	46,2	277	46,2	237	39,6	8,7	34,2	4,7	52,4	3,9
Pinneberg	2.456	49,6	1.218	49,6	924	37,6	6,8	23,5	2,0	67,6	3,3
Plön	432	47,5	205	47,5	206	47,7	5,3	30,1	3,0	61,6	2,8
Rendsburg-Eckernförde	894	46,3	414	46,3	351	39,3	4,7	31,0	0,7	63,6	3,4
Schleswig-Flensburg	517	49,7	257	49,7	222	42,9	8,3	22,6	0,4	68,7	3,1
Segeberg	1.182	50,1	592	50,1	462	39,1	10,0	16,8	1,9	71,4	5,2
Steinburg	391	52,9	207	52,9	126	32,2	19,9	13,6	7,9	58,6	4,4
Stormarn	830	50,7	421	50,7	312	37,6	7,8	24,3	3,4	64,5	4,2
Schleswig-Holstein	18.590	49,0	9.102	49,0	7.321	39,4	7,5	21,8	3,1	67,7	5,3

Daten: Sozialhilfestatistik.

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein; eigene Berechnungen.

Tab. 96: Erwerbsstatus der Sozialhilfeempfänger(innen) in den Kreisen und kreisfreien Städten Schleswig-Holsteins 1997

	Empfänger(innen) laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren							
	insgesamt		davon waren					
	erwerbstätig	arbeitslos	nicht erwerbstätig zusammen	und zwar wegen				
Anzahl				Aus- Fortbildung	häuslicher Bindung	Krankheit, Behinderung	Altersgründe	sonstige Gründe
	in Prozent							
Flensburg	6,5	49,0	44,4	5,7	20,1	8,1	1,1	9,5
Kiel	6,0	43,8	50,2	7,8	24,3	10,7	1,8	5,6
Lübeck	7,0	41,1	51,8	5,3	21,8	7,8	1,1	15,8
Neumünster	9,0	36,7	54,3	8,7	23,5	10,2	2,1	9,8
Dithmarschen	6,0	27,0	67,0	3,3	17,5	5,2	0,6	40,4
Herzogtum Lauenburg	11,6	35,4	53,1	5,4	16,8	8,6	1,1	21,2
Nordfriesland	7,5	25,1	67,4	5,1	21,1	7,4	0,9	32,6
Ostholstein	10,8	35,5	53,7	4,5	22,4	9,5	0,8	16,5
Pinneberg	9,1	36,4	54,5	5,4	18,3	6,9	1,0	22,9
Plön	10,1	27,9	62,0	8,0	20,6	8,7	1,3	23,3
Rendsburg-Eckernförde	9,4	32,6	58,0	4,5	19,6	7,7	1,4	24,8
Schleswig-Flensburg	10,1	30,9	59,0	8,5	20,8	9,0	1,1	19,7
Segeberg	12,5	35,0	52,5	7,5	17,3	10,6	1,4	15,8
Steinburg	8,4	36,6	55,0	5,5	19,7	6,1	0,7	23,0
Stormarn	9,6	33,2	57,2	5,6	16,5	8,2	0,9	25,9
Schleswig-Holstein	8,5	37,0	54,5	6,1	20,5	8,5	1,2	18,2

Daten: Sozialhilfestatistik.

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein; eigene Berechnungen.

Tab. 97: Arbeitslose Sozialhilfeempfänger(innen) in den Kreisen und kreisfreien Städten Schleswig-Holsteins 1997

	Arbeitslos gemeldete Empfänger(innen) laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren													
	Insgesamt					Frauen		Männer						
	Anzahl	Anteil an den Empf.	mit AFG-Leistung	länger als 1 Jahr	in % ¹⁾	Anteil an den weibl. Empf.	mit AFG	länger als 1 Jahr	in % ¹⁾	Anteil an den männl. Empf.	mit AFG-Leistung	länger als 1 Jahr	in % ¹⁾	
														Anteil an den Empf.
Flensburg	2.609	49,0	40,0	72,4	32,7	37,8	72,1	70,7	41,3	72,5	28.126	37,0	42,2	59,6
Kiel	5.179	43,8	35,9	68,1	26,4	34,8	65,7	67,3	36,5	69,3				
Lübeck	3.921	41,1	40,0	64,2	25,7	40,2	62,9	62,1	39,9	64,9				
Neumünster	1.342	36,7	48,9	43,0	21,5	45,1	44,4	58,6	50,9	42,2				
Dithmarschen	942	27,0	43,6	50,1	16,5	40,1	44,2	42,7	45,7	53,5				
Herzogtum Lauenburg	1.491	35,4	40,3	55,2	22,8	39,9	54,4	53,8	40,6	55,7				
Nordfriesland	802	25,1	39,4	54,4	15,5	44,9	52,8	40,0	36,1	55,3				
Ostholstein	1.548	35,5	46,6	54,1	23,8	46,2	54,8	54,5	47,0	53,6				
Pinneberg	2.590	36,4	48,0	63,3	24,1	48,8	60,6	53,8	47,4	65,0				
Plön	653	27,9	49,9	50,7	18,1	49,0	50,6	43,7	50,5	50,8				
Rendsburg-Eckernförde	1.778	32,6	45,4	54,6	20,3	40,5	52,8	51,1	48,3	55,6				
Schleswig-Flensburg	1.272	30,9	47,3	53,5	19,4	47,0	55,4	49,0	47,5	52,2				
Segeberg	1.581	35,0	42,4	48,5	23,7	39,2	47,0	51,9	44,7	49,5				
Steinburg	1.176	36,6	43,2	56,2	25,8	40,4	60,6	53,8	45,3	52,9				
Stormarn	1.242	33,2	42,6	51,3	22,3	45,4	51,3	49,2	40,7	51,3				
Schleswig-Holstein														
	28.126	37,0	42,2	59,6	23,5	41,3	58,5	56,5	42,7	60,3				

1) In Prozent der arbeitslos gemeldeten Hilfeempfänger(innen).

Daten: Sozialhilfestatistik.

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein; eigene Berechnungen.

Tab. 98: Dauer der bisherigen Hilfestellung an Sozialhilfeempfänger(innen) in den Kreisen und kreisfreien Städten Schleswig-Holsteins 1997

	Insgesamt	Empfänger(innen) laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen				
		davon mit einer bisherigen Dauer der Hilfestellung von		durchschnittliche bisherige Dauer der Hilfestellung		
		unter 12 Monaten	50 u. mehr Monaten	insgesamt	Frauen	Männer
Anzahl	in %					
Flensburg	7.669	31,4	19,9	40,6	44,7	35,5
Kiel	18.732	62,6	6,0	19,4	20,5	17,9
Lübeck	15.233	36,2	17,1	37,0	39,3	34,1
Neumünster	5.984	43,2	13,0	30,1	32,6	27,0
Dithmarschen	5.933	44,0	8,2	23,9	26,2	21,1
Herzogtum Lauenburg	6.766	44,1	13,9	29,2	32,3	25,0
Nordfriesland	5.671	41,3	9,9	29,4	32,6	25,0
Ostholstein	6.747	39,7	14,4	30,6	33,3	26,7
Pinneberg	11.633	36,2	11,5	30,9	33,2	28,0
Plön	4.048	45,3	8,3	24,9	26,5	22,7
Rendsburg-Eckernförde	9.231	44,0	13,2	29,1	32,3	25,0
Schleswig-Flensburg	7.160	43,6	10,7	27,1	29,2	24,2
Segeberg	7.495	44,1	11,4	25,6	28,1	22,4
Steinburg	5.386	39,3	14,2	27,6	29,8	24,5
Stromarn	6.092	42,9	9,5	25,0	26,4	23,1
Schleswig-Holstein	123.780	43,7	12,0	28,7	31,0	25,6

Daten: Sozialhilfestatistik.

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein; eigene Berechnungen.

Tab. 99: Durchschnittliche Dauer der ununterbrochenen Hilfestellung an Sozialhilfebedarfsgemeinschaften in den Kreisen und kreisfreien Städten Schleswig-Holsteins 1997

	Durchschnittliche Dauer der ununterbrochenen Hilfestellung an mindestens ein Mitglied der Bedarfsgemeinschaften von Empfänger(innen) laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen (in Monaten)										
	Insgesamt	Typ der Bedarfsgemeinschaft ¹⁾								All. Frauen	All. Männer
		Ehe ohne K	Ehe mit K	NEL ohne K	NEL mit K	EEF weibl.	EEF männl.	All. Frauen	All. Männer		
Flensburg	57,4	59,2	26,8	35,1	28,6	37,4	30,7	64,7	40,4		
Kiel	25,2	22,4	11,4	12,1	4,9	16,2	11,8	36,4	23,1		
Lübeck	56,0	46,2	26,0	41,5	25,6	32,0	35,8	68,4	44,0		
Neumünster	50,6	40,5	19,0	37,8	15,3	28,5	20,1	59,6	35,7		
Dithmarschen	31,0	25,7	17,5	21,5	16,4	24,5	13,1	43,6	23,6		
Herzogtum Lauenburg	40,9	34,6	18,3	31,2	19,7	28,9	29,9	60,6	33,1		
Nordfriesland	39,9	38,6	18,2	41,1	20,1	25,2	37,4	62,1	29,1		
Ostholstein	38,2	36,6	19,5	36,3	22,9	28,8	18,2	60,0	30,5		
Pinneberg	38,7	35,9	21,1	44,7	21,8	29,6	19,7	57,6	31,6		
Plön	32,4	32,4	14,5	27,8	17,6	22,1	31,9	46,2	28,2		
Rendsburg-Eckernförde	42,0	38,7	17,4	33,1	16,8	25,6	19,9	68,1	32,3		
Schleswig-Flensburg	37,5	35,2	16,5	35,2	20,3	22,9	20,1	56,7	30,4		
Segeberg	31,5	31,1	17,3	34,9	19,7	25,9	20,3	45,5	26,1		
Steinburg	35,4	29,4	18,5	28,6	25,5	26,1	23,3	51,7	28,3		
Stormarn	32,9	32,8	16,6	23,7	22,5	23,7	23,8	42,7	25,9		
Schleswig-Holstein	40,9	42,1	26,8	44,1	33,7	34,9	31,2	62,5	34,5		

1) Bedarfsgemeinschaften mit Haushaltsvorstand: Ehepaare ohne Kinder (Ehe ohne K), Ehepaare mit Kindern (Ehe mit K), Nichteheliche Lebensgemeinschaften ohne Kinder (NEL ohne K), Nichteheliche Lebensgemeinschaften mit Kindern (NEL mit K), Alleinerziehende Frauen (EEF weibl.), Alleinerziehende Männer (EEF männl.), Alleinstehende Frauen (All. Frauen), Alleinstehende Männer (All. Männer).

Daten: Sozialhilfestatistik.

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein; eigene Berechnungen.

Tab. 100: Durchschnittlicher Sozialhilfeanspruch von Bedarfsgemeinschaften in den Kreisen und kreisfreien Städten Schleswig-Holsteins 1997

	Durchschnittlicher Sozialhilfeanspruch (netto) von Bedarfsgemeinschaften von Empfängern(innen) laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen (in DM)										
	Insgesamt	Ehe			Typ der Bedarfsgemeinschaft (mit Haushaltsvorstand) ¹⁾			EEF			All. Männer
		ohne K	mit K	ohne K	NEL ohne K	NEL mit K	EEF weibl.	EEF männl.	All. Frauen		
Flensburg	742	717	1.111	809	974	972	837	632	676		
Kiel	781	809	1.108	728	1.388	1.027	1.043	657	708		
Lübeck	776	777	1.055	807	948	981	1.005	617	672		
Neumünster	703	552	901	746	785	885	816	578	627		
Dithmarschen	799	767	1.218	671	926	1.015	699	594	612		
Herzogtum Lauenburg	756	825	1.132	791	793	973	960	566	641		
Nordfriesland	770	690	1.206	784	828	907	813	572	639		
Ostholstein	738	674	1.090	723	870	976	1.022	582	569		
Pinneberg	807	894	1.205	948	887	955	946	583	671		
Plön	828	763	1.411	706	1.056	1.011	1.170	567	650		
Rendsburg-Eckernförde	762	794	1.127	778	843	928	1.080	561	642		
Schleswig-Flensburg	749	736	1.100	766	915	909	788	559	657		
Segeberg	764	797	1.094	866	969	912	890	551	644		
Steinburg	774	747	1.190	834	893	923	749	552	682		
Stormarn	781	812	1.239	726	928	914	1.030	570	655		
Schleswig-Holstein	770	773	1.132	794	903	961	950	597	664		

1) Ehepaare ohne Kinder (Ehe ohne K); Ehepaare mit Kindern (Ehe mit K); Nichteheliche Lebensgemeinschaften ohne Kinder (NEL ohne K); Nichteheliche Lebensgemeinschaften mit Kindern (NEL mit K); Alleinerziehende Frauen (EEF weibl.); Alleinerziehende Männer (EEF männl.); Alleinstehende Frauen (All. Frauen); Alleinstehende Männer (All. Männer).

Daten: Sozialhilfestatistik.

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein; eigene Berechnungen.

Dokumentation der Erhebungsinstrumente

7.3.1 Schriftliche Befragung

7.3.1.1 Anschreiben an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der an der Befragung armer und armutsnaher Familien beteiligten Einrichtungen

JOHANNES GUTENBERG-UNIVERSITÄT MAINZ
 Forschungsgruppe „Schleswig-Holstein“
 FB 12 - Institut für Soziologie



Prof. Dr. S. Hradil
 Universität Mainz • Institut für Soziologie
 Kleinmann-Weg 2 • D-55099 Mainz

☎ 06131/39-2692 fax-3/26
 e-mail: abtsh@lehre.sowi.uni-mainz.de

Anschreiben
 an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
 der an der Befragung armer und armutsnaher
 Familien in Schleswig-Holstein beteiligten
 Einrichtungen

Mainz, 1998

Sehr geehrte Frau / Sehr geehrter Herr ...,

Sie haben sich freundlicherweise bereit erklärt, uns bei der Befragung von Familien in Schleswig-Holstein zu helfen. Wir sind uns durchaus bewusst, daß die Befragung Ihren Arbeitsablauf zusätzlich belastet. Daher vielen Dank für Ihr Engagement!

Wie Sie wissen, führen wir die Befragung im Rahmen des „Landesarmutsberichts Schleswig-Holstein“ durch. Die Ergebnisse sollen die Situation der von Armut bedrohten Familien und Kinder deutlich machen und dazu beitragen, die Hilfestellungen für Menschen in Not zu verbessern. Das Projekt wird im Auftrag des Sozialministeriums und auf der Grundlage eines Beschlusses des Schleswig-Holsteinischen Landtages durchgeführt. Wir freuen uns sehr, daß das Vorhaben auf breite Unterstützung stößt. So werden sich neben Ihrer Einrichtung auch zahlreiche andere Beratungsstellen der freien Wohlfahrtsverbände, Selbsthilfeinitiativen, Sozialämter und kommunale Gleichstellungsbeauftragte an der Befragung beteiligen.

Nun zur Befragung selbst. Anhand der folgenden Fragen können Sie sich ein Bild machen, wie Sie im einzelnen vorgehen sollen:

1. Wann wird die Befragung durchgeführt?

Die Erhebung findet zwischen dem 18. März und dem 3. April 1998 statt. Wir bitten Sie, in dieser Zeit die Fragebögen zu verteilen.

2. Wer soll befragt werden?

Die Befragung richtet sich *ausschließlich* an Familien, die arm oder von Armut bedroht sind. Das heißt, die zu befragenden Personen müssen zwei Kriterien erfüllen:

- *Sie müssen mit mindestens einem Kind unter 18 Jahren zusammen leben.* Dabei ist es nicht wichtig, ob es sich um leibliche Kinder handelt. Neben Mutter oder Vater können also zum Beispiel auch Stief-, Pflege- oder Großeltern befragt werden (Geschwister nicht!). Selbstverständlich werden auch Alleinerziehende und minderjährige Mütter befragt.
- *Die Befragten müssen arm sein oder sich zumindest in einer „armutsnahen“ Situation befinden.* Denken Sie dabei bitte nicht nur an Sozialhilfeempfänger oder einkommensschwache Personen. Die Befragung soll ein möglichst breites Spektrum armutsgefährdeter Lebenslagen erreichen, also zum Beispiel auch
 - wohnungslose oder in unzumutbaren Wohnverhältnissen lebende Familien,
 - von Arbeitslosigkeit betroffene Eltern,
 - überschuldete Haushalte, die trotz hohen Einkommens nur wenig zum Leben haben,
 - Migrantinnen und Migranten,
 - Personen, die sich nur kurzfristig in einer finanziell bedrängten Lage befinden.

3. Wie wählen Sie die Personen aus?

Um ein repräsentatives Bild zu bekommen, ist es wichtig, daß die Befragten nach einem *Zufallsprinzip* ausgewählt werden. Wir möchten Sie daher bitten, bei *jedem dritten Klienten*, der Sie aufsucht, abzuklären, ob die Person die oben genannten Kriterien („armutsnahe“ Situation, mit Kind lebend) erfüllt. Wenn ja, bitten Sie den Klienten um die Teilnahme an der Befragung. Wenn nein, klären Sie bitte ab, ob der nächste Klient die Kriterien erfüllt.

Selbstverständlich steht es jedem einzelnen frei, die Teilnahme an der Befragung zu verweigern. Auch in diesem Fall sollten Sie den nächsten Klienten (bzw. die nächste Klientin) ansprechen.

Je nach Besucherfrequenz können Sie die Zufallsauswahl abändern (und z.B. jeden zweiten oder jeden fünften Klienten ansprechen).

Wenn Ihnen eine Zufallsauswahl nicht möglich ist, sprechen Sie bitte ersatzweise arme Personen an, die Ihnen bekannt sind. Dabei sollten Sie jedoch möglichst unterschiedliche Personen für ein Interview gewinnen. Diese Lösung ist nur ein „Notnagel“. Wenn nicht zwingende Gründe dagegen sprechen, bitten wir Sie eindringlich, sich an die beschriebene Zufallsauswahl zu halten. Bitte lassen Sie sich auch nicht durch Verweigerungen entmutigen!

4. Wie können Sie Personen ansprechen und für ein Interview gewinnen?

Um das Vertrauensverhältnis zwischen Ihnen und Ihren Klienten nicht zu gefährden, sollten sie von vornherein klarstellen, daß es sich um eine Befragung der Universität Mainz handelt. Die Befragten werden den Fragebogen selbst ausfüllen und in einem verschlossenen Umschlag an Sie zurückgeben. Alle Angaben werden anonym ausgewertet;

Namen und Anschriften dürfen nicht notiert werden. Wir haben eine *Datenschutzerklärung* vorbereitet, die Sie jedem Befragten aushändigen können.

Die meisten Menschen geben nicht gerne Auskunft über ihre wirtschaftlichen Verhältnisse. Auch werden sich viele Personen, die wir in die Befragung einbeziehen wollen, nicht selbst als „arm“ ansehen. Daher sollten Sie eine neutrale Wortwahl finden. Beispielsweise können Sie die Klienten so ansprechen:

„Die Universität Mainz führt zur Zeit eine Befragung zur Situation der Familien in Schleswig-Holstein durch. Dabei geht es um die Lebensumstände von Familien wie z.B. Wohnen, Arbeit, Kinderbetreuung und Gesundheit. Die Forscher interessieren sich besonders für Menschen, denen es finanziell zur Zeit nicht so gut geht. Die Befragung wird im Auftrag des Sozialministeriums durchgeführt. Wären Sie bereit, an der Befragung teilzunehmen und einen etwa 30minütigen Fragebogen auszufüllen? Das wäre sehr hilfreich!“

Auf Wunsch können Sie die näheren Umstände der Befragung erläutern. Die wichtigsten Informationen sind auch noch einmal auf der zweiten Seite des Fragebogens vermerkt.

5. Wie geht die Befragung dann vor sich?

- Bitte händigen Sie jedem Befragten je einen Fragebogen, eine Datenschutzerklärung und einen Datenschutzumschlag aus. Die nötigen Unterlagen sind beigelegt.
- Bitte stellen Sie sicher, daß der/die Befragte den Fragebogen umgehend ausfüllt und in dem verschlossenen Datenschutzumschlag an Sie zurückgibt. Es ist nicht nötig, daß sich die Befragten die ganze Zeit in Ihrem Büro aufhalten.

Der Fragebogen wurde intensiv getestet, durch ein professionelles Forschungsinstitut geprüft und mehrmals überarbeitet. Je nach Lebenssituation werden die Befragten nicht alle Fragen beantworten müssen. Die probeweise befragten Personen brauchten zwischen 25 und 40 Minuten, um den Fragebogen auszufüllen. Es ist kaum zu erwarten, daß die Befragten größere Verständnisschwierigkeiten haben werden. Für Zweifelsfälle haben wir eine hotline eingerichtet:

Ab dem 18. März können Sie oder die Befragten uns werktags von 9 bis 13 Uhr unter der Rufnummer

(06131) 39 – 5435

erreichen (Fax: 39 – 3726). Selbstverständlich rufen wir Sie gerne zurück!

Aussiedler und nichtdeutsche Befragte sollten möglichst Sprachkenntnisse haben, die es ihnen erlauben, den Fragebogen selbständig zu lesen und auszufüllen. Ansonsten bitten wir Sie, das Interview *mündlich* durchzuführen. In diesem Fall lesen Sie bitte die Fragen der Reihe nach vor und tragen Sie die zutreffenden Antworten ein. Auf der zweiten Seite des Fragebogens finden Sie eine kurze Anleitung. Bitte vermerken Sie auf dem Deckblatt des Fragebogens, daß das Interview mündlich geführt wurde.

6. Was passiert mit den ausgefüllten Fragebögen?

Bitte sammeln Sie die Datenschutzumschläge mit den ausgefüllten Fragebögen und senden Sie uns diese *bis spätestens 4. April 1998* zurück. Wenn sich in Ihrer Einrichtung mehrere Mitarbeiter/innen beteiligen, schicken Sie bitte ein Sammelpaket. Die Portokosten können wir Ihnen gerne rückerstatten.

Bitte senden Sie auch unvollständig ausgefüllte Fragebögen (z.B. bei Abbruch des Interviews) zurück. Wenn Sie bis zum 3. April nicht so viele Interviews durchführen konnten, wie Sie eigentlich vorhatten, senden Sie uns bitte *in jedem Fall* die abgeschlossenen Interviews zu.

Die Fragebögen werden nach den üblichen wissenschaftlichen Standards mit Hilfe statistischer Programme ausgewertet. Alle Ergebnisse werden anonym und nur für Gruppen zusammengefaßt dargestellt.

Wir hoffen, daß wir Ihre Fragen weitgehend geklärt haben. Wenn nicht, rufen Sie uns bitte an!

Beiliegend finden Sie die Unterlagen für die Befragung. Es handelt sich im einzelnen um:

- die von Ihnen gewünschte Anzahl der Fragebögen (bzw. die Anzahl, die uns Ihre Einrichtung genannt hat),
- ebenso viele Datenschutzerklärungen,
- ebenso viele Datenschutzumschläge,
- einen bereits an uns adressierten Rücksendeumschlag,
- einen Erfahrungsbericht, den Sie, wenn Sie mögen, ausfüllen können. Wir würden uns freuen, Erfahrungen, Anregungen und Kritik von Ihnen zu hören.

Bei unseren telefonischen Vorgesprächen haben einige Gesprächspartner den Wunsch nach einer größeren Anzahl von Fragebögen geäußert. Unter den oben angegebenen Rufnummern können Sie jederzeit Fragebögen nachfordern. Wir schicken Sie Ihnen innerhalb eines Tages zu.

Im Namen aller Mitarbeiter nochmals herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!

Mit freundlichen Grüßen,

Stefan Hradil
Leiter der Forschungsgruppe

7.3.1.2 Fragebogen

Johannes Gutenberg-Universität Mainz
Forschungsgruppe „Schleswig-Holstein“
Kleinmannweg 2
55099 Mainz



Fragebogen
zur Situation von Familien
in Schleswig-Holstein (März/April 1998)



Angaben zur Person und zum Haushalt

1. Welches Geschlecht haben Sie?

Männlich

Weiblich

2. In welchem Jahr sind Sie geboren? 19 ____ (Bitte Jahreszahl eintragen)

3. Welche Staatsangehörigkeit haben Sie?

Bei doppelter Staatsangehörigkeit kreuzen Sie bitte beide an.

deutsch

bosnisch-herzegowinisch

dänisch

griechisch

italienisch

jugoslawisch (Serbien und Montenegro)

polnisch

türkisch

andere Staatsangehörigkeit, und zwar

staatenlos

4. Sind Sie in Deutschland geboren?

Ja → **Bitte weiter mit Frage 7**

Nein → **Bitte weiter mit Frage 5**

5. Seit wann leben Sie in Deutschland?

Wenn Sie schon öfter in Deutschland waren, denken Sie bitte nur Ihren jetzigen Aufenthalt.

Seit 19 ____ (Bitte Jahreszahl eintragen)

6. Sind Sie:

Aussiedler

Arbeitnehmer aus den Anwerbeländern der früheren BRD („Gastarbeiter“),
Vertragsarbeitnehmer der ehemaligen DDR

Asylbewerber

Asylberechtigter

Kriegs- oder Bürgerkriegsflüchtling

Anderer Flüchtling

Nichts davon

7. **Welchen Familienstand haben Sie? Sind Sie:**

Ledig

Verheiratet

Geschieden

Verwitwet

8. **Mit welchen Personen leben Sie in einem Haushalt zusammen?**

Bitte kreuzen Sie alle Personen an, mit denen Sie zusammen wohnen und leben. Dazu zählen auch Personen, die zur Zeit abwesend sind (z.B. auf der Arbeit, in den Ferien, im Krankenhaus), aber normalerweise bei Ihnen wohnen.

Ehepartner(in)

Lebenspartner(in)

eigene Kinder (auch Adoptivkinder)

andere Kinder (z.B. Stief- und Pflegekinder)

eigene Eltern

Schwiegereltern

Geschwister

andere Verwandte, und zwar (bitte eintragen):

Freunde, Bekannte

andere Personen, und zwar (bitte eintragen):

9. **Wenn Sie zur Zeit ohne Partner(in) leben: Seit wann?**

Seit 19 ____ (Bitte Jahreszahl eintragen)

Ich habe noch nie mit einem Partner / einer Partnerin zusammengelebt

10. **Wie viele Personen – Sie selbst eingeschlossen – leben ständig in Ihrem Haushalt?**

Personen ____ (Bitte Anzahl eintragen)

11. **Wie viele Personen in Ihrem Haushalt – Sie selbst eingeschlossen – sind zur Zeit berufstätig?**

Wenn Sie einen Familienbetrieb haben (Selbständige), zählen Sie bitte auch mithelfende Familienangehörige mit. Eine Lehre, Berufsausbildung oder ein Ferienjob gelten dagegen nicht als Berufstätigkeit.

Personen ____ (Bitte Anzahl eintragen)

Keine Person

12. **Wie hoch ist etwa das monatliche Einkommen, das Sie alle zusammen haben?**

Gemeint ist das gesamte Einkommen aller Personen, mit denen Sie zusammen leben, nach Abzug der Steuern und Sozialabgaben. Denken Sie bitte auch an Einnahmen wie Wohngeld, Kindergeld, Sozialhilfe, Arbeitslosengeld, Unterhaltszahlungen oder Renten.

(Bitte machen Sie nur ein Kreuz)

- unter 300 DM
- 300 bis unter 600 DM
- 600 bis unter 1.000 DM
- 1.000 bis unter 1.400 DM
- 1.400 bis unter 1.800 DM
- 1.800 bis unter 2.200 DM
- 2.200 bis unter 2.500 DM
- 2.500 bis unter 3.000 DM
- 3.000 bis unter 3.500 DM
- 3.500 bis unter 4.000 DM
- 4.000 bis unter 4.500 DM
- 4.500 bis unter 5.000 DM
- 5.000 bis unter 5.500 DM
- 5.500 bis unter 6.000 DM
- 6.000 bis unter 6.500 DM
- 6.500 bis unter 7.000 DM
- 7.000 bis unter 7.500 DM
- 7.500 DM und mehr

13. **Wenn Sie Ihre derzeitige finanzielle Situation mit der Situation vor fünf Jahren vergleichen:**

Geht es Ihnen heute

- viel besser
- etwas besser
- genauso
- etwas schlechter
- viel schlechter

als vor fünf Jahren? *(Bitte machen Sie nur ein Kreuz)*

14. **Wenn Sie einmal an Ihre Kindheit und Jugend zurückdenken: Wie beurteilen Sie insgesamt die finanzielle Lage in Ihrem Elternhaus?**

Wenn Sie bei anderen Verwandten oder in einer Pflegefamilie aufgewachsen sind, kreuzen Sie bitte für diese an.

- Sehr gut
- Eher gut
- Mittelmäßig
- Eher schlecht
- Sehr schlecht

Wohnsituation

15. Wie wohnen Sie zur Zeit? Was trifft auf Sie bzw. Ihren Haushalt zu?

(Bitte machen Sie nur ein Kreuz)

- Zur Untermiete.....
- Zur Miete in einer Genossenschaftswohnung
- Zur Miete in einer Wohnung des sozialen Wohnungsbaus
- Zur Miete in einer anderen Mietwohnung.....
- In einem gemieteten Haus oder Reihenhaus.....
- In einer Eigentumswohnung, die mir oder meiner Familie gehört....
- Im eigenen Haus (oder einem Haus in Familienbesitz)

**Bitte weiter
mit Frage 16**

- In einer städtischen Notunterkunft (z.B. für Obdachlose).....
- In einem Aussiedlerheim, einer Unterkunft für Aussiedler ...
- In einem Heim für Asylbewerber, Flüchtlinge.....
- In einem Frauenhaus, einem Frauenwohnheim.....
- Anders, und zwar: _____

Wenn Sie bereits länger als ein Jahr so wohnen, bitte weiter mit Frage 16.

Wenn Sie weniger als ein Jahr so wohnen, bitte weiter mit Frage 23.

Ohne Unterkunft, und zwar seit _____ →

Bitte weiter mit Frage 23

16. Wie viel Geld geben Sie im Monat für das Wohnen aus?

DM _____ für Miete, Unterkunft oder Wohneigentum (Tilgung und Zinsen)

DM _____ für Heizung, Strom, Warmwasser (falls nicht im Mietpreis enthalten)

Ich bezahle zur Zeit nichts.....

17. Wie viele Räume hat die Wohnung bzw. Unterkunft, in der Sie leben – ohne Küche, Bad, Toilette, Flur und Abstellräume?

Raum/Räume: _____ *(Bitte Anzahl eintragen)*

18. Wie viele Räume davon werden ausschließlich als Kinderzimmer genutzt?

Raum/Räume: _____ *(Bitte Anzahl eintragen)*

Kein Raum.....

19. Wie groß ist Ihre Wohnung insgesamt?

Die Wohnung ist _____ Quadratmeter groß.

20. Gehört zu Ihrer Wohnung:
(Bitte kreuzen Sie alle zutreffenden Merkmale an)

- ein Elternschlafzimmer (eigener Raum)
- eine Küche (eigener Raum)
- eine Kochnische
- eine Kochgelegenheit außerhalb der Wohnung (mit anderen zusammen)
- eine Toilette innerhalb der Wohnung
- Bad oder Dusche innerhalb der Wohnung
- Bad oder Dusche außerhalb der Wohnung (mit anderen zusammen)
- eine Gas- oder Zentralheizung
- ein Keller oder Abstellräume
- Balkon, Terrasse
- ein eigener Garten, Gartenbenutzung (mit anderen zusammen)

7. Wie groß ist die Gemeinde, in der Sie leben? Handelt es sich um:
(Bitte nur Kreuz machen)

- Einzelgehöfte, einen Weiler (kleine Landgemeinde)
- ein Dorf in ländlicher Umgebung
- ein Dorf in der Nähe einer Stadt
- eine Kleinstadt (bis 30.000 Einwohner)
- eine mittelgroße Stadt (bis 100.000 Einwohner)
- eine Großstadt (ab 100.000 Einwohner)
- den Vorort einer Großstadt

22. Leben die meisten Ihrer Nachbarn in ähnlichen finanziellen Verhältnissen wie Sie, oder geht es diesen besser oder schlechter als Ihnen selbst?

Die meisten Nachbarn leben finanziell, was das Geld betrifft,

- in ähnlichen Verhältnissen wie ich
- in besseren Verhältnissen als ich
- in schlechteren Verhältnissen als ich

- Ich kenne meine Nachbarn nicht
- Ich habe keine direkten Nachbarn

Einkommenssituation

23. Nun eine Frage zu Ihrem Haushaltseinkommen. Können Sie in etwa angeben, wie viel Sie selbst und die anderen Personen, mit denen Sie leben, zum gemeinsamen Einkommen beitragen?

Bitte geben Sie an, wie viel Geld jeder einzelne im Monat beiträgt. Denken Sie bitte auch an Einnahmen wie Wohngeld, Kindergeld, Sozialhilfe, Arbeitslosengeld, Unterhaltszahlungen oder Renten. Bei Personen, die kein Einkommen haben, machen Sie bitte einen Strich (/).

Sie selbst..... DM
 Ihr Partner/Ihre Partnerin..... DM
 Kinder..... DM
 Verwandte..... DM
 andere Personen..... DM

24. Aus welchen Einkommensarten setzt sich das Einkommen Ihres Haushalts zusammen?
 (Bitte kreuzen Sie alle Einkommensarten an, die es in Ihrem Haushalt gibt.)

Einkommen aus Berufstätigkeit.....
 Arbeitslosengeld.....
 Arbeitslosenhilfe.....
 Renten, Pensionen.....
 Aus- und Fortbildungsbeihilfen (z.B. Bafög,
 Leistungen aus dem Arbeitsförderungsgesetz).....
 Kindergeld.....
 Mutterschaftsgeld, Erziehungsgeld.....
 Wohngeld.....
 Sozialhilfe.....
 sonstige staatliche Hilfen (z.B. Leistungen an Asylbewerber).....
 Aufnahme von Krediten.....
 Unterhaltszahlungen von (früheren) Partnern.....
 regelmäßige Zuwendungen von Verwandten oder Freunden.....
 Einnahmen aus Vermietung, Vermögen, Zinsen.....
 sonstige Einkünfte.....

25. Wie oft gibt es in Ihrer Familie Streit ums Geld?

Häufig.....
 Selten.....
 Nie.....

26. Viele Menschen haben heutzutage besondere finanzielle Belastungen. Wie ist das bei Ihnen bzw. Ihrem Haushalt?

Tragen Sie bitte ein, welche Belastungen Sie haben. Geben Sie dazu Ihre Ausgaben an.

- Finanzielle Belastungen durch Krankheit, Behinderung
oder Pflegebedürftigkeit eines Familienmitglieds DM im Monat Trifft nicht zu
- Unterhaltszahlungen an frühere (Ehe-)Partner
oder Kinder DM im Monat Trifft nicht zu
- Ich unterstütze (wir unterstützen) andere Verwandte
oder Familienangehörige DM im Jahr Trifft nicht zu
- Schulden, und zwar in Höhe von insgesamt DM Trifft nicht zu
- Ausgaben für Ratenzahlungen, Kreditrückzahlungen,
Zinsen DM im Monat Trifft nicht zu
- Ausgaben für Fahrten zwischen Wohnort und
Arbeitsplatz (gegebenenfalls Ausgaben für einen
zweiten Wohnsitz) DM im Monat Trifft nicht zu
- Ausgaben für Versicherungen (z.B. Haftpflicht-,
Lebens-, Unfallversicherung) DM im Jahr Trifft nicht zu
- Ausgaben für eine Berufsausbildung DM im Monat Trifft nicht zu
- Andere finanzielle Belastungen, und zwar (*bitte eintragen*):
..... Trifft nicht zu

27. Die folgende Liste enthält eine Reihe von Lebensumständen, die zu finanziellen Belastungen führen können. Bitte kreuzen Sie alles an, was auf Sie bzw. Ihren Haushalt zutrifft.

- Arbeitslosigkeit
- Geringes Einkommen aufgrund von Teilzeitarbeit
- Arbeit wird schlecht bezahlt
- Keine oder abgebrochene Berufsausbildung
- Plötzliche Krankheit, die zu einer Lebensumstellung gezwungen hat
- Dauerhafte Krankheit, Behinderung, Erwerbsunfähigkeit
- Drogen-, Alkoholabhängigkeit, Spielsucht
- Gründung eines eigenen Haushalts nach Verlassen des Elternhauses oder Aussiedlung
- Schwangerschaft, Geburt von Kindern
- Scheidung, Trennung vom Partner/von der Partnerin
- Wechsel der Wohnung, des Wohnorts
- Miete wurde erhöht
- Wohnung verloren
- Kredite für ein Eigenheim, eine Eigentumswohnung
- Kredite für einen eigenen Betrieb, für den Familienbetrieb (beruflich Selbständige)
- Kredite für Urlaub, Möbel, Auto, Kleidung usw.
- Lohn- und Gehaltspfändungen
- Inhaftierung, Straffälligkeit
- Einwanderung nach Deutschland

28. Dinge, die man kaufen oder sich leisten kann, machen ja den Lebensstandard einer Familie aus. Also zum Beispiel Essen, Kleidung, die Wohnungseinrichtung und Reisen. Wie sehr muß sich Ihre Familie in diesen Bereichen aus finanziellen Gründen einschränken?

Bitte kreuzen Sie für jeden Bereich die zutreffende Antwort an. Eine „1“ bedeutet: Sie müssen sich überhaupt nicht einschränken. Eine „5“ bedeutet: Sie müssen sich sehr stark einschränken. Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen.

	überhaupt nicht einschränken				sehr stark einschränken
	1	2	3	4	5
Essen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Kinderkleidung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
persönliche Kleidung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Wohnungseinrichtung (Möbel, Hausrat)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Urlaub, Reisen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Besuch von Cafés, Gaststätten, Restaurants.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
persönliche Hobbies.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Spielzeug für Kinder	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

29. Was tun Sie, um Ihre derzeitige finanzielle Situation zu verbessern? Bitte kreuzen Sie alles an, was auf Sie bzw. Ihren Haushalt zutrifft.

Versuche, wieder Arbeit zu finden	<input type="checkbox"/>
Will wieder heiraten.....	<input type="checkbox"/>
Berufsausbildung, Weiterbildung	<input type="checkbox"/>
Umschulung.....	<input type="checkbox"/>
Halte mich mit Neben- oder Gelegenheitsjobs über Wasser.....	<input type="checkbox"/>
Überstunden, Schichtarbeit, Wochenendarbeit.....	<input type="checkbox"/>
Partner(in) ist berufstätig geworden, als ich arbeitslos wurde (oder umgekehrt: Ich bin berufstätig geworden, als mein Partner arbeitslos wurde).....	<input type="checkbox"/>
Leihe Geld von Verwandten oder Freunden.....	<input type="checkbox"/>
Leihe Geld von Banken, Kreditunternehmen.....	<input type="checkbox"/>
Kaufe auf Teilzahlungsbasis, Ratenzahlungen (z.B. im Versandhandel).....	<input type="checkbox"/>
Kaufe billig ein (z.B. Sonderangebote, Gebrauchsgüter).....	<input type="checkbox"/>
Gehe zu Tauschbörsen, Kleiderkammern, Essenstafeln usw.	<input type="checkbox"/>
Spreche auf der Straße Leute an und bitte sie um Geld	<input type="checkbox"/>
Suche eine neue Wohnung	<input type="checkbox"/>
Nehme an einer sozialen Maßnahme teil (z.B. Arbeitsbeschaffung durch das Sozialamt oder Arbeitsamt).....	<input type="checkbox"/>
Beteilige mich an einer Selbsthilfegruppe.....	<input type="checkbox"/>
Sonstiges, und zwar (bitte eintragen):	<input type="checkbox"/>
Nichts davon, schlage mich irgendwie durch.....	<input type="checkbox"/>
Kann nichts an meiner Situation ändern	<input type="checkbox"/>
Ich bin mit meiner finanziellen Situation ganz zufrieden.....	<input type="checkbox"/>

Sozialhilfe

30. Erhalten Sie bzw. Ihr Haushalt zur Zeit Sozialhilfe?

- Nein → Bitte weiter mit Frage 34
 Ja → Bitte weiter mit Frage 31

31. Welche Sozialhilfeleistungen erhalten Sie? Bitte kreuzen Sie alle zutreffenden Hilfearten an.

- Hilfe zum Lebensunterhalt, und zwar
 laufende Hilfe zum Lebensunterhalt
 einmalige Leistungen (z.B. für Kleidung, Möbel)
- Hilfe in besonderen Lebenslagen, und zwar
 Hilfe zur Familienplanung
 Krankenhilfe
 Hilfe zur Pflege
 Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten
 Eingliederungshilfe für Behinderte
 sonstige Hilfen

32. Seit wann erhalten Sie diese Leistungen?

- Hilfe zum Lebensunterhalt seit _____ Monat 19 ____ Jahr
 Hilfe in besonderen Lebenslagen seit _____ Monat 19 ____ Jahr

33. Diese Frage beantworten Sie bitte nur, wenn Sie zur Zeit laufende Hilfe zum Lebensunterhalt bekommen. Für welche Personen in Ihrem Haushalt erhalten Sie laufende Hilfe zum Lebensunterhalt?

- für mich selbst
 Ehepartner(in)
 Kinder unter 18 Jahren, und zwar _____ (bitte Anzahl eintragen)
 Kinder von 18 Jahren und älter, und zwar _____ (bitte Anzahl eintragen)
 andere Personen, und zwar _____ (bitte Anzahl eintragen)

34. Haben Sie früher schon ein- oder mehrmals laufende Hilfe zum Lebensunterhalt bekommen?

- Nein
 Ja, einmal
 Ja, mehrmals

Angaben

Nun einige Fragen zu den Kindern, mit denen Sie zusammen leben. Denken Sie bitte auch an Ihre erwachsenen Kinder (überleben). Bitte kreuzen Sie für jedes Kind, mit dem Sie zusammen leben, die zutreffenden Antworten an. Wenn das Ausfüllen

	1. Kind	2. Kind	3. Kind
Vorname des Kindes (freiwillige Angabe)			
35. Geschlecht des Kindes			
Männlich.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Weiblich.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
36. Geburtsdatum des Kindes (Bitte geben Sie Monat und Jahr an, zum Beispiel „März 1989“ oder „3/89“)			
37. Besucht Ihr Kind zur Zeit: (Mehrere Kreuze sind möglich)			
Kindergarten, -krippe, -hort.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grundschule.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Hauptschule.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Realschule.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Gymnasium.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Integrierte Gesamtschule.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Freie Waldorfschule.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Sonderschule.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Kind macht berufliche Ausbildung.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Kind studiert.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Kind ist berufstätig.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Nichts davon trifft zu.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
38. Welchen Schulabschluß hat Ihr Kind? (Bitte nur ein Kreuz machen)			
noch keinen Abschluß.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Abschluß einer Sonderschule.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Haupt- oder Volksschulabschluß.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Realschulabschluß (Mittlere Reife).....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Fachhochschulreife.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Hochschulreife (Abitur).....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Anderen Abschluß (bitte eintragen).....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
39. Bekommt Ihr Kind regelmäßig Taschengeld? Wenn ja, wieviel?			
Das Kind bekommt:			
regelmäßig Taschengeld in Höhe von monatlich.....	DM.....	DM.....	DM.....
unregelmäßig Taschengeld.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
kein Taschengeld.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
40. Ist Ihr Kind Mitglied in einem Verein (z.B. Sportverein, Kirchenchor)?			
Ja.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Nein.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

41. Wer ist hauptsächlich für die Betreuung Ihres jüngsten Kindes zuständig?
(Bitte kreuzen Sie nur eine Person an)

Kind ist schon _____ Jahre alt und braucht keine Betreuung.

Niemand

Ich selbst

der andere Elternteil (Vater/Mutter) des Kindes

mein neuer Partner, meine neue Partnerin

älterer Bruder, ältere Schwester des Kindes

Großeltern des Kindes

andere Personen im Haushalt

andere Personen,

die nicht im Haushalt leben, und zwar: _____

Bitte weiter
mit Frage 43

Bitte weiter
mit Frage 42

42. Wenn Sie bzw. die Person, die das Kind hauptsächlich betreut, einmal krank sind: Gibt es eine feste Person, die dann das Kind betreut?

(Bitte kreuzen Sie nur eine Person an)

Ich selbst

der andere Elternteil (Vater/Mutter) des Kindes

mein neuer Partner, meine neue Partnerin

älterer Bruder, ältere Schwester des Kindes

Großeltern des Kindes

andere Personen im Haushalt

Freunde, Bekannte

Nachbarn

der Kindergarten, eine Erzieherin aus dem Kindergarten

Jugendpfleger(in), Vertreter des Jugendamtes

eine bezahlte Haushaltshilfe

Unterbringung in Tagespflege, in einer Pflegefamilie

Unterbringung im Heim

Keine feste Person

43. Wie lange beschäftigen Sie sich jeden Tag mit Ihrem Kind / Ihren Kindern (zum Beispiel spielen, Gespräche führen, Hausaufgaben betreuen)?

Stunden pro Tag: _____

44. Heutzutage wollen viele Kinder Markenkleidung tragen (z.B. Jeans, Turnschuhe) oder bestimmtes Spielzeug haben (z.B. Gameboy, Inline-Skater). Viele Eltern können oder wollen da finanziell nicht mithalten. Wie ist das bei Ihnen? Wieweit treffen die folgenden Aussagen auf Sie zu?

	trifft ganz genau zu	trifft eher zu	trifft eher nicht zu	trifft überhaupt nicht zu
Ich sehe nicht ein, für solche Dinge Geld auszugeben.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Meine Kinder kaufen sich ihr Spielzeug selbst.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ich möchte meinen Kindern gerne mehr ermöglichen, kann mir das aber nicht leisten.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Meine Kinder wollen keine Markenkleidung.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ich fürchte, daß meine Kinder gelegentlich klauen, um mit anderen Kindern mithalten zu können.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Meine Kinder schmerzt es sehr, daß wir uns diese Dinge nicht leisten können.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ich spare bei mir selbst, um meinen Kindern mehr kaufen zu können.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Meine Kinder finden schwer Freunde, weil sie sich vieles nicht leisten können.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ich achte darauf, daß meine Kinder immer ordentlich angezogen sind.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Meine Kinder werden schlechter angesehen, weil sie nicht alles mitmachen können.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Privater Unterhalt

45. Haben Sie oder Ihre Kinder Anspruch auf private Unterhaltszahlungen?

Gemeint sind Unterhaltsansprüche gegenüber Personen, mit denen Sie nicht zusammen leben. Das können zum Beispiel Ihre Eltern oder frühere (Ehe-)Partner sein. Bitte kreuzen Sie auch dann „ja“ an, wenn Sie keine Aussicht haben, diese Gelder auch zu bekommen.

Ja, ich habe Anspruch auf Unterhalt

Ja, meine Kinder haben Anspruch auf Unterhalt

Bitte weiter mit Frage 46

Nein

Bitte weiter mit Frage 48

46. Werden diese Unterhaltsansprüche ganz, nur teilweise oder nicht erfüllt?

Werden ganz erfüllt

Bitte weiter mit Frage 48

Werden nur teilweise erfüllt

Werden nicht erfüllt

Bitte weiter mit Frage 47

47. Warum werden die Unterhaltsansprüche nicht oder nur teilweise erfüllt?

(Bitte machen Sie nur ein Kreuz)

Die Person, die Unterhalt zahlen müßte,

ist verstorben

ist nicht bekannt

ist nicht erreichbar

will nicht zahlen

kann nicht zahlen (z.B. aufgrund von Arbeitslosigkeit, Erwerbsunfähigkeit, Schulden)

Ich habe auf die Unterhaltszahlungen verzichtet

Ich habe die Unterhaltsansprüche noch nicht geltend gemacht

Der Unterhalt wird noch gerichtlich festgelegt

Sonstige Gründe

Bildung und Beruf

Die nächsten Fragen betreffen Sie selbst und Ihren Partner / Ihre Partnerin. Wenn Sie zur Zeit ohne Partner(in) leben, antworten Sie bitte nur für sich selbst.

48. Welchen höchsten allgemeinen Schulabschluß haben Sie und Ihr Partner?

	Sie selbst	Partner(in)
Zur Zeit noch Schüler.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Abschluß einer Sonderschule.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Haupt- oder Volksschulabschluß.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Realschulabschluß (Mittlere Reife).....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Fachhochschulreife.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Hochschulreife (Abitur).....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Schule ohne Abschluß beendet.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Anderer Abschluß (<i>bitte eintragen</i>).....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

49. Nun zu Ihrer Berufsausbildung. Welchen letzten beruflichen Abschluß haben Sie und Ihr Partner?

	Sie selbst	Partner(in)
Noch in der Berufsausbildung, Weiterbildung, Student.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Anlernausbildung.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Abgeschlossene Kaufmännische Lehre.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Abgeschlossene Gewerbliche Lehre.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beamtenausbildung.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Berufsfachschule, Handelsschule.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Schule des Gesundheitswesens.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Fachschule (z.B. Meister-, Technikerschule).....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Fachhochschulabschluß (auch Ingenieurschule).....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Universität, Hochschule.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Kein Abschluß.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Anderer Abschluß (<i>bitte eintragen</i>).....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

50. Was von der folgenden Aufzählung trifft zur Zeit auf Sie und Ihren Partner zu?
(Mehrere Kreuze sind möglich)

	Sie selbst	Partner(in)
voll berufstätig (mindestens 35 Stunden in der Woche)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
teilzeitberufstätig (18 bis 34 Stunden in der Woche).....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
regelmäßig nebenher berufstätig (unter 18 Stunden die Woche)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
nur gelegentlich, „von Job zu Job“ berufstätig.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
arbeitslos.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
im Mutterschutz, im Erziehungsjahr.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
in Umschulung, Fortbildung.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Schüler, in Berufsausbildung, Student.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Wehrpflichtiger, Zivildienstleistender	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Rentner, Pensionär	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
nicht berufstätig, Hausfrau, Hausmann.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Sonstiges (bitte eintragen)		

51. Seit wann befinden Sie sich in dieser Situation?

Ich selbst seit _____ Monat 19 ____ Jahr

Partner(in) seit _____ Monat 19 ____ Jahr

52. Sind andere Mitglieder Ihres Haushalts arbeitslos? Wenn ja, tragen Sie bitte die Anzahl der arbeitslosen Personen ein.

Nein.....

Ja, diese Haushaltsmitglieder sind auch arbeitslos:

Kinder _____ (bitte Anzahl eintragen)

Verwandte _____ (bitte Anzahl eintragen)

andere Personen _____ (bitte Anzahl eintragen)

53. Als was sind Sie berufstätig oder waren Sie berufstätig?

Bitte kreuzen Sie nur Ihre Haupttätigkeit an. Wenn Sie oder Ihr Partner zur Zeit nicht berufstätig sind geben Sie bitte Ihre letzte Stellung an.

	Sie selbst	Partner(in)
noch nie berufstätig gewesen.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
ungelernte oder angelernte Arbeiter.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Facharbeiter, Vorarbeiter, Meister.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
einfache Angestellte.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
mittlere Angestellte.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
leitende Angestellte.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beamte im einfachen und mittleren Dienst.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beamte im gehobenen und höheren Dienst.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Freie Berufe.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Selbständige ohne Beschäftigte.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Selbständige mit Beschäftigten.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Landwirte.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Mithelfende Familienangehörige.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Praktikanten.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Andere (Ausbildung, Wehrdienst, Zivildienst usw.).....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

54. Und welchen Beruf üben Sie aus bzw. haben Sie zuletzt ausgeübt?

Bitte geben Sie die genaue Berufsbezeichnung an, z.B. „Bürokauffrau“ (nicht „Büroangestellte“) oder „Kraftfahrzeugmechaniker“ (nicht „Facharbeiter“).

Ihr Beruf _____

Der Beruf Ihres Partners/Ihrer Partnerin _____

55. Sind Sie früher schon ein- oder mehrmals arbeitslos gewesen?

Nein.....

Ja, einmal.....

Ja, mehrmals.....

→ Die nächste Frage beantworten Sie bitte nur, wenn Sie oder Ihr Partner zur Zeit arbeitslos oder nicht berufstätig sind. Ansonsten bitte weiter mit Frage 57.

56. Warum sind Sie zur Zeit arbeitslos oder nicht berufstätig? Bitte kreuzen Sie alles an, was auf Sie und Ihren Partner zutrifft.

	Sie selbst	Partner(in)
habe keinen Ausbildungsplatz gefunden.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
habe nach der Ausbildung keinen Arbeitsplatz bekommen.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
der Betrieb, in dem ich gearbeitet habe, hat zugemacht.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
bin entlassen worden.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
hatte nur einen zeitlich befristeten Arbeitsvertrag.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
habe selbst gekündigt.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
bin Saisonarbeiter (z.B. in der Landwirtschaft oder auf dem Bau).....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
habe eine wirtschaftliche Existenz als Selbständige(r) aufgegeben.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
habe die Berufstätigkeit aus familiären Gründen unterbrochen.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
konnte oder wollte wegen einer Schwangerschaft keine Arbeit aufnehmen.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
habe keine Teilzeitstelle gefunden.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
wollte aus familiären Gründen nie arbeiten.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
bin in (Vor-)Ruhestand gegangen.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
habe nach der Entlassung aus dem Strafvollzug keinen Arbeitsplatz bekommen.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
bin vorübergehend krank (z.B. in Rehabilitation).....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
bin dauerhaft krank oder erwerbsunfähig.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
eine Berufstätigkeit würde meine finanzielle Situation nicht verbessern.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
habe keine Arbeitserlaubnis.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
habe keine Lust zu arbeiten.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
sonstige Gründe, und zwar (bitte eintragen):	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

→ Die beiden folgenden Frage beantworten Sie bitte nur, wenn Sie selbst zur Zeit berufstätig sind. Ansonsten bitte weiter mit Frage 59.

57. Wenn Sie Ihre jetzige Stelle verlieren würden, wäre es dann für Sie leicht, schwierig oder praktisch unmöglich, wieder eine mindestens gleichwertige Stelle zu finden?

Es wäre

leicht.....

schwierig.....

praktisch unmöglich.....

58. Befürchten Sie, in naher Zukunft arbeitslos zu werden oder Ihre Stelle wechseln zu müssen?

Ja, ich befürchte, arbeitslos zu werden.....

Ja, ich befürchte, meine Stelle wechseln zu müssen.....

Nein.....

Weiß nicht.....

Soziale Unterstützung

59. Wenn Sie einmal an Ihre Verwandten und Freunde denken, mit denen Sie wirklich engen Kontakt haben, wie viele Personen rechnen Sie dazu?

Gemeint sind hier nur Personen, mit denen Sie nicht zusammen leben.

Anzahl der Verwandten _____

Anzahl der engen Freunde _____

Ich habe keine engen Freunde und Verwandte. → Bitte weiter mit Frage 61

60. Denken Sie jetzt bitte nur an Ihren besten Freund oder ihre beste Freundin: Wie oft treffen Sie sich mit diesem Freund oder dieser Freundin?

Täglich, fast täglich.....

Mindestens einmal in der Woche.....

Mindestens einmal im Monat.....

Seltener.....

Nie.....

61. Haben Sie in den letzten 12 Monaten Unterstützung erhalten? Kreuzen Sie bitte die Personen oder Einrichtungen an, die Ihnen wiederholt geholfen haben (Mehrere Kreuze sind möglich).

Gemeint sind Unterstützungen von Einrichtungen oder Personen, mit denen Sie nicht zusammen leben, zum Beispiel: Geld, Geschenke von Dingen, die sie benötigen (z.B. Kleidung, Hausrat, Kinderspielzeug usw.), Hilfe im Haushalt, gute Ratschläge, ein vertrauliches Gespräch usw.

Frühere(r) Partner(in).....

Kind, Kinder.....

Eltern, Schwiegereltern.....

Geschwister.....

Großeltern.....

Andere Verwandte.....

Freunde, Bekannte.....

Nachbarn.....

Arbeitskollegen.....

Pfarrer.....

Arzt, Therapeut.....

Gemeinde.....

Sozialamt (auch Allgemeiner Sozialer Dienst).....

Jugendamt.....

Beratungsstellen, Mitarbeiter von Wohlfahrtsverbänden.....

Selbsthilfegruppe.....

Sonstige Personen oder Einrichtungen,
und zwar (bitte eintragen):.....

Keine Unterstützung erhalten.....

Gesundheit und Wohlbefinden

62. Bitte beantworten Sie folgende Fragen, indem Sie einfach Ja oder Nein ankreuzen:

	Ja	Nein
Fühlen sie sich öfter erschöpft und zerschlagen?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Fühlen Sie sich gewöhnlich unglücklich oder niedergeschlagen?.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Machen Sie sich große Sorgen über Ihre Gesundheit?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Sind Sie öfter über starkes Herzklopfen beunruhigt?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Leiden Sie öfter unter Kopfschmerzen?.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bringt es Sie völlig durcheinander, wenn Sie Dinge schnell tun müssen?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Zittern Sie öfter oder schüttelt es Sie?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Sind Sie ständig aufgeregt oder nervös?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Kommen Ängste und Sorgen immer wieder über Sie?.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Haben Sie öfter Schlafstörungen?.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

63. Sind Sie oder ein anderes Mitglied Ihres Haushalts dauerhaft krank oder pflegebedürftig?

- Nein.....
- Ja, ich selbst.....
- Ja, mein Partner/meine Partnerin.....
- Ja, ein oder mehrere Kinder (*bitte Anzahl eintragen: _____*).....
- Ja, andere Haushaltsmitglieder (*bitte Anzahl eintragen: _____*).....

64. Es wird heute viel über die verschiedenen Bevölkerungsschichten gesprochen. Welcher Schicht rechnen Sie sich selbst eher zu?

- Unterschicht.....
- Mittelschicht.....
- Obere Mittelschicht.....
- Oberschicht.....

65. Im folgenden finden Sie verschiedene Ansichten zu Problemen des Lebens ganz allgemein. Bitte kreuzen Sie für jeden Satz an, wieweit das auch Ihre Meinung ist.

	stimmt ganz und gar	stimmt eher	stimmt eher nicht	stimmt ganz und gar nicht
Ich kann an den meisten unserer heutigen Schwierigkeiten nicht viel ändern.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ich fühle mich oft einsam.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Meine Arbeit macht mir eigentlich keine Freude.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Das Leben ist heute so kompliziert geworden, daß ich mich fast nicht mehr zurechtfinde.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Wenn ich an die Zukunft denke, bin ich eigentlich sehr zuversichtlich.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

66. Würden Sie sich selbst als arm bezeichnen?

Ja

Nein

Weiß nicht

67. Glauben Sie, daß es Ihr Kind / Ihre Kinder einmal besser haben werden als Sie?

Ja

Nein

Weiß nicht

**Bitte legen Sie den ausgefüllten Fragebogen in den beigefügten Briefumschlag
und geben Sie diesen – verschlossen – an Ihren Sachbearbeiter zurück.**

Vergessen Sie bitte nicht, den Umschlag zu verschließen.

Herzlichen Dank für Ihre Mitarbeit!

Haben wir etwas Wichtiges vergessen?

Möchten Sie uns noch etwas mitteilen?

Hier können Sie Ihre Anregungen, Gedanken oder Probleme notieren:

7.3.1.3 Datenschutzerklärung

Datenschutzerklärung

Unsere Forschungsgruppe arbeitet nach den gesetzlichen Bestimmungen über den Datenschutz.

Der Datenschutzbeauftragte für Schleswig-Holstein wurde über die Befragung informiert. Die Befragung entspricht dem Ethik-Kodex der Deutschen Gesellschaft für Soziologie.

Die Ergebnisse dieser Befragung werden ausschließlich in

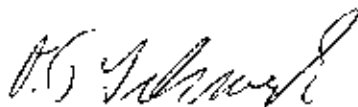
**anonymisierter Form und
für Gruppen zusammengefaßt**

dargestellt. Das bedeutet: Niemand kann aus den Ergebnissen erkennen, welche Person die Angaben gemacht hat.

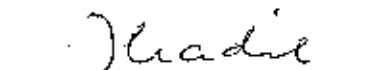
Es gibt keine Weitergabe von Daten, die Ihre Person erkennen lassen.

Die Befragung erfolgt im Auftrag des Sozialministeriums. Die Daten werden nicht im Auftrag der Einrichtung erhoben, die Sie soeben besuchen. Aus diesem Grund bitten wir Sie, den **ausgefüllten Fragebogen selbst in den Umschlag zu stecken und zu verschließen.**

Für die Einhaltung der Datenschutzbestimmungen sind verantwortlich:



O.G. Schwenk
EDV-Beauftragter am
Institut für Soziologie



Prof. Dr. Stefan Hradil
Leiter der Forschungsgruppe

7.3.2 Intensivinterviews

7.3.2.1 Gesprächsleitfaden

Johannes Gutenberg-Universität Mainz
Forschungsgruppe „Schleswig-Holstein“
Kleinmannweg 2
55099 Mainz



Qualitative Befragung von Familien in Schleswig-Holstein (März / April 1998)

Gesprächsleitfaden

Eingangsfrage: *„Zuerst möchte ich Sie bitten, mir etwas über Ihren Alltag zu erzählen. Wie sieht denn so ein ganz normaler Tag bei Ihnen aus?“*

Falls GP nachfragt: *„Bitte schildern Sie Ihren Tagesablauf, also vom Aufstehen über den ganzen Tag bis zum Schlafengehen.“*

Worauf Sie achten sollten:

- Gibt es überhaupt einen festen, geregelten Tagesablauf?
- In welcher Lebenssituation befindet sich der/die GP? (ggf. nachfragen)
- Welche Lebensumstände prägen den Tagesablauf (z.B. kindzentrierter Tagesablauf, Beruf, Arbeitslosigkeit, gesundheitliche Probleme, enge Wohnverhältnisse, Geldnöte)?
- Vergleicht der/die GP die aktuelle Situation mit früheren Erfahrungen?

Je nachdem, welche Schwerpunkte der/die GP setzt (z.B. Familie, Geldnöte, Biographie), sollten Sie das passende Thema des Leitfadens aufgreifen. Die Reihenfolge der Themen ist nicht vorgegeben. Bitte versuchen Sie immer, an die Erzählungen der GP anzuknüpfen.

Im Verlauf des Gesprächs müssen nur die groß gedruckten Hauptthemen abgedeckt werden (Oberpunkte: Wege in die Armut, Was passiert in der Familie, Bewältigungsmuster). Die Unterpunkte dienen als Anregung und müssen nicht im einzelnen erfragt werden. Die Fragen sind jeweils auf die spezifische Situation der GP (z.B. Migrantenfamilie, Alleinerziehende, Arbeitslose, Überschuldete) zuzuschneiden.

Wege in die Armut

- *Wege in die aktuelle Situation*

Was wir wissen wollen:

- Ursachenkonstellation für die derzeitige Armutssituation
- Dauer der derzeitigen Armutslage
- Wird die derzeitige Situation als vorübergehend oder als dauerhaft betrachtet?

In der Regel werden die GP selbst ansprechen, wie es zu ihrer derzeitigen Lebenssituation kam. Wenn nicht, sollten Sie konkret nachfragen, z.B.:

„Wie kam es dazu, daß Sie Ihren Arbeitsplatz verloren haben?“

„Wie kam es dazu, daß Sie sich von Ihrem Partner getrennt haben?“

„Wie war das, als Sie nach Deutschland ausgesiedelt sind?“

- *Biographie*

Was wir wissen wollen:

- Wie hat der/die GP früher gelebt? Was genau hat sich im Vergleich zu früher geändert (z.B. Familiensituation, finanzielle Situation, Wohnverhältnisse, Freundeskreise)?
- Welche Veränderungen werden als besonders belastend wahrgenommen? Welche Rolle spielen dabei Geldnöte im Vergleich zu Veränderungen in anderen Lebensbereichen? (vielleicht sind ja z.B. die Trennung vom Partner, Abbruch einer Ausbildung, Arbeitslosigkeit, ein Wohnortwechsel, Einwanderungserfahrungen usw. viel einschneidender für den/die GP)
- Welche Veränderungen werden positiv wahrgenommen? (z.B. Zusammenleben mit Kindern; Gefühl, auch mit schwierigen Lebenssituationen fertig werden zu können; „die kleinen Dinge des Lebens richtig schätzen lernen“)
- Hat der/die GP schon früher Erfahrungen mit Armut gemacht? Wenn ja, wann und warum?

Für die GP wird es hilfreich sein, wenn Sie biographische Veränderungen entlang einzelner Lebensbereiche (Familie, Beruf, Wohnen, Freunde usw.) erfragen, z.B.

„Und wie war das, als Sie noch gearbeitet haben? Was war Ihnen im Beruf besonders wichtig?“

„Und wie war das, als Sie noch mit Ihrem Partner zusammen gelebt haben? Wie sah da Ihr Alltag aus?“

„Erzählen Sie mir doch bitte, wie Sie in ... (XY-Land) gelebt haben.“ (ggf. auch: „Fiel es Ihnen schwer, das Land zu verlassen?“)

Belastende und positive Erfahrungen können direkt erfragt werden, z.B.:

„Was vermissen Sie am meisten?“

„Welche Vorteile sehen Sie in Ihrer jetzigen Situation?“

Wenn die GP nicht auf biographische Aspekte eingehen, fordern Sie sie einfach auf, ihren Lebensweg seit Ende der Schulzeit zu erzählen.

- *Soziale Herkunft*

Was wir wissen wollen:

- Soziale Situation der Herkunftsfamilie (ggf. auf Adoptiv- oder Pflegefamilie oder Aufwachsen im Heim beziehen)
- Einstellungen der Herkunftseltern zu materiellen Dingen (Geld, Sparen, Konsum, Status usw.)
- Umgang mit Geld in der Herkunftsfamilie (z.B. Rollenteilung der Eltern, Streit ums Geld, planvolle oder spontane Haushaltsführung, wann und wie hat GP gelernt, mit eigenem Geld umzugehen)

Wie Sie z.B. als Einstieg fragen können:

„Wenn Sie einmal an Ihre eigene Kindheit zurückdenken: Wie war da die finanzielle Lage in Ihrem Elternhaus?“

Was passiert in der Familie?

- *Haushaltsführung*

Was wir wissen wollen:

- Wer trägt alles zum Haushaltseinkommen bei? Woher bekommt die Familie die Mittel für ihren Lebensunterhalt?
- Hat die Familie einen Überblick über ihre finanzielle Situation? (Sind z.B. Einnahmen und Ausgaben überhaupt bekannt? Wird u.U. ein Haushaltsbuch geführt?)
- Wie machen sich Geldnöte im Alltag bemerkbar? In welchen Bereichen muß sich die Familie (subjektiv) besonders einschränken? (z.B. Essen, Kleidung, Möbel, Freizeit)
- Wie gehen die GP mit der Situation um: Leben Sie einfach „über ihre Verhältnisse“ (z.B. weitere Verschuldung; Geld ausgeben, solange es reicht)? Versuchen sie, sich anzupassen (z.B. sparsamer sein, preiswert einkaufen, Ansprüche zurückschrauben, Kleiderkammer usw. nutzen)? Versuchen sie, neue Geldquellen zu erschließen (z.B. Nebenjobs, Schwarzarbeit, Sozialamt)?
- Wer entscheidet konkret über die Ausgaben? Wie war das z.B. bei der letzten größeren Anschaffung?
- Kommt es zu Streitereien wegen dem Geld? Was sind die Auslöser, Gründe?

Wie Sie z.B. als Einstieg fragen können:

„Woher bekommen Sie das Geld, das Sie so zum Leben brauchen?“
„In welchen Bereichen müssen Sie sich besonders einschränken?“

„Wo kaufen Sie Ihre Lebensmittel ein?“

„Wenn Sie z.B. neue Kleidung anschaffen müssen, worauf achten Sie da besonders?“

„Wenn Sie etwas sehen, das Sie schon immer haben wollten (passendes Beispiel finden!), leisten Sie sich das dann auch?“

„Gibt es auch schon mal Streitereien ums Geld?“

- **Partnerschaft**

Was wir wissen wollen:

- Wie ist faktisch die Rollenverteilung (z.B. Geldverwaltung, Kinderbetreuung, Hausarbeit, Außenkontakte, darunter auch Behördengänge)? Hat sich die Rollenverteilung durch die Armutssituation verändert?
- Gibt es ein Rollenideal (z.B. Mann als Familiernährer, gleichberechtigte Partnerschaft)?
- Wieweit klaffen Ideal und Realität auseinander? Wie „präsentiert“ sich die Familie? (Stellt z.B. die Frau ihren Mann als Familienoberhaupt dar, obwohl eigentlich sie alles managt?)
- Führt die Rollenverteilung zu Spannungen? Gibt es Streit unter den Partnern, insbesondere in Fragen der Kindererziehung und der Finanzen?

Wie Sie z.B. als Einstieg fragen können:

„Worauf kommt es Ihnen in Ihrer Partnerschaft besonders an?“

„Wer übernimmt bei Ihnen so Dinge wie die Kinder zur Schule bringen, Hausaufgaben betreuen, mal ein ernstes Wort reden (ein passendes Beispiel auswählen!)?“

„Wer ist bei Ihnen fürs Einkaufen, Kochen, Abwaschen usw. zuständig?“ „War das früher anders?“ (z.B. bei früherer Berufstätigkeit)

„Sind Sie und Ihr Partner immer einer Meinung?“

Bei alleinerziehenden Müttern und Vätern erfragen Sie bitte allgemeine Einstellungen zu Partnerschaft und die Beziehung zum früheren Partner (einschl. Trennungsgründe, Unterhaltsproblematik, Regelung des Sorge- und Besuchsrechts).

- **Eltern und Kinder**

Bei allen Fragen zu Kindern bitte auf geschlechtsspezifische Unterschiede achten: Werden Mädchen anders behandelt als Jungen? Kommen Mädchen besser mit der Situation zurecht als Jungen?

Was wir wissen wollen:

- Familialer Zusammenhalt: Werden viele Dinge gemeinsam unternommen (z.B. Einkaufen, Kochen, Behördengänge, Freizeitgestaltung)? Vermittelt die Familie ein Gefühl der Sicherheit?
- Erziehungsziele (z.B. Eigenschaften und Fähigkeiten, die das Kind lernen sollte; Vorstellungen über die schulische und berufliche Zukunft der Kinder)

- Erziehungsmethoden (an Beispielen festmachen, z.B. Hausaufgaben betreuen, Beteiligung an Elternabenden, Strafen/Belohnungen für schulische Leistungen, Lieblingsessen kochen, Fernsehgewohnheiten, gemeinsame Unternehmungen)
- Betreuung der Kinder in der Familie: Wer ist im „Normalfall“ zuständig, wer, wenn diese Person einmal ausfällt? Werden die Kinder sich selbst überlassen? Fühlen sich die Eltern stark angebounden durch die Kinder (z.B. wenig Zeit für persönliche Dinge, Außenkontakte, Vereinbarung mit Berufstätigkeit)? Fällt Ihnen manchmal „die Decke auf den Kopf“? (Wohnverhältnisse beachten!)
- Betreuung der Kinder außerhalb der Familie, z.B. Großeltern, Kindergarten, Schule, Tagesmutter, Jugendamt: Welche Arten von Betreuung werden in Anspruch genommen? Haben die Eltern darüber Kontakte zu anderen Eltern? Fühlen sich die Kinder in der Einrichtung wohl? Haben die Kinder dort Freunde? Mischen sich Außenstehende in die Erziehung ein? Gab es schon mal Probleme mit Schule, Jugendamt usw.?
- Zufriedenheit mit der Betreuungssituation insgesamt; gewünschte Betreuungssituation
- Wissen die Kinder über die finanzielle Situation Bescheid? Wenn ja: Inwieweit? Wenn nein: Warum nicht? Sprechen die Eltern mit ihren Kindern über Geld?
- Versuchen die Eltern, ihre Kinder vor Armut abzuschirmen? Welche Einschränkungen werden den Kindern auferlegt? (an Beispielen festmachen, z.B. Kleidung, Spielzeug, Kindergeburtstage, Sportverein, Teilnahme an Konzerten, Hobbies der Kinder)
- Bekommen die Kinder Taschengeld? Woran orientieren sich die Eltern in der Höhe des Taschengeldes (z.B. an Bekannten, an Freunden des Kindes, am verfügbaren Einkommen)? Was müssen die Kinder von dem Taschengeld bezahlen?
- Werden die Kinder verstärkt zur Mithilfe im Haushalt angehalten? Bieten die Kinder ihre Mithilfe an? Wer macht was?
- Müssen oder wollen die Kinder selbst Geld verdienen, das zum Haushaltseinkommen beiträgt (z.B. Aushilfsjobs)?
- Wieweit belastet es die Eltern, daß Sie ihren Kindern weniger bieten können als andere Eltern?
- Wieweit fühlen sich die Kinder durch die Lebenssituation der Eltern belastet?
- Was denken die Eltern, wie sich die finanzielle Situation langfristig auf die Kinder auswirkt? Welche negativen Folgen befürchten sie? Welche positiven Folgen sehen sie (z.B. Realitätssinn, Bescheidenheit, Sparsamkeit, frühe Selbständigkeit, Hilfsbereitschaft)?

Die Fragen müssen jeweils auf das Alter der Kinder bezogen werden, daher hier keine Beispiele für Einstiegsfragen.

• *Die Kinder selbst*

Was wir wissen wollen:

- **Beziehung zu Geschwistern:** Vertragen sich die Geschwister untereinander? Welche Rollenteilungen gibt es?

- Auswirkungen von Armut in der Schule: Motivation der Kinder (z.B. „Schwänzen“), Leistungen (z.B. Schulnoten, Hausaufgaben, Nachhilfe), Stellung im Klassenverband, Sozialstruktur der Schüler, Konflikte mit Lehrern, Teilnahme an Klassenfahrten, angestrebter Abschluß usw.; Kümmern sich die Eltern? (Bekommen die Kinder z.B. Essen von zuhause mit?)
- Gesundheit: Ist das Kind oft krank? Werden Vorsorgeuntersuchungen in Anspruch genommen? Ist das Kind drogengefährdet?
- Wohlbefinden der Kinder: Selbstvertrauen, Ängste, Einsamkeitsgefühle usw.
- Freundeskreis der Kinder: Größe, Zusammensetzung, Aktivitäten, Cliquenbildung usw. Hat sich der Freundeskreis durch die finanzielle Situation verändert? Können die Kinder alles mitmachen, was unter ihren Freunden üblich ist (z.B. Feten, Kinobesuch, Ausflüge)? Wie werden die Kinder von Nachbarskindern angesehen und behandelt? (Ausgrenzungserfahrungen, z.B. Hänseleien, Raufereien, Mißachtung)
- Aktionsradius der Kinder: Halten sich die Kinder überwiegend in der Wohnung auf? Haben Sie dort ein eigenes Zimmer oder Rückzugsmöglichkeiten? Gibt es im Wohnumfeld Spielmöglichkeiten? Sind Freundeskreise und Freizeitaktivitäten auf den Nahbereich beschränkt oder fahren die Kinder auch mal ins nächste Dorf, die Stadt, weiter weg? Wenn ja, fahren sie alleine oder werden sie von den Eltern gebracht?
- Verhaltensauffälligkeiten, z.B. Gewalt, Diebstähle, Delinquenz (nicht direkt erfragen!!!)

Deutungs- und Bewältigungsmuster

- *Netzwerke*

- Wie ist das Verhältnis zu den Nachbarn (z.B. anonym oder freundschaftlich, gegenseitige Hilfestellungen, Streit)?
- Wie ist das Verhältnis zu anderen Verwandten? (z.B. gemeinsame Unternehmungen, gegenseitige Unterstützung, Streit)
- Freundeskreise der GP: Größe, Zusammensetzung, Aktivitäten usw. Hat sich der Freundeskreis durch die finanzielle Situation verändert? Können Freunde bei Problemen helfen? Kann man Probleme bereden?

- *Unterstützung*

- Private Unterstützung: Quellen, Art und Ausmaß; Welche Entlastungen gibt es? Wird die Unterstützung von anderen auch als belastend erfahren? (z.B. weil sich andere dann in eigene Angelegenheiten einmischen oder weil man selbst nicht so viel zurückgeben kann)
- Unterstützung durch Institutionen (Sozialamt, Jugendamt, Wohlfahrts-einrichtungen, Verbände, Selbsthilfegruppen usw.): Welche Kenntnisse haben die GP über das bestehende Hilfsangebot (z.B. Ansprüche auf Sozialhilfe oder Wohngeld, Kenntnis von Kleiderkammern, Essentafeln, Beratungs-

stellen in der näheren Umgebung)? Welche Leistungen werden in Anspruch genommen? Werden Hilfen bewußt nicht in Anspruch genommen? Wenn ja, warum? Wie sind die Erfahrungen mit Ämtern, Beratungen, Sachbearbeitern? Gibt es Vorschläge, was man besser machen könnte?

- *Soziale Vergleichsprozesse*

- Würden sich die GP selbst als „arm“ bezeichnen? Was verstehen Sie unter „Armut“? Denken Sie z.B., daß es anderen noch schlechter geht?
- Äußern die GP Neid oder Mißgunst gegenüber anderen Personen/Gruppen, denen es besser geht? (nicht erfragen! nur explorieren, wenn GP das Thema selbst anspricht)
- Wie würden sich die Befragten ein finanziell sorgenfreies Leben vorstellen? Wonach orientieren Sie sich dabei (an ihren eigenen Möglichkeiten, an ihrer früheren Lebenssituation, an Bekannten, an bestimmten sozialen Gruppen)?

- *Wege aus der Armut*

- Wird die derzeitige Situation als vorübergehend oder dauerhaft eingeschätzt? Machen sich die GP Sorgen über ihre Zukunft?
- In welchen Lebensbereichen werden Änderungen gewünscht? Was ist derzeit das drängendste Problem?
- Welche Möglichkeiten sehen die GP, ihre Situation zu beeinflussen, zu steuern, zu überwinden?
- Gibt es konkrete Versuche? Welcher Art (z.B. Arbeitsplatzsuche, Weiterbildung, Betreuung für Kinder finden, Selbsthilfe)?

Assoziationsspiel

Bitte am Ende des Gesprächs durchführen, wenn das Tonband noch läuft. Je Begriff sollten sie den GP etwa 30 bis 60 Sekunden Zeit geben (Pausen aushalten!). Bitte stellen Sie keine Rückfragen und lassen Sie sich nicht in eine Diskussion über die Begriffe verwickeln!

„Abschließend möchte ich Ihnen noch zwei Begriffe nennen und Sie bitten, mir ganz spontan (ohne großes Nachdenken) zu sagen, was Ihnen dazu einfällt.“

„Der erste Begriff ist Glück.“

(Assoziationen abwarten, erst dann den zweiten Begriff nennen)

„Der zweite Begriff ist Gerechtigkeit.“

Ende des Gesprächs

- Fragen Sie nach, ob der Befragte denkt, es wurden wichtige Aspekte vergessen.
- Wenn nein, schalten Sie das Tonband ab.
- Bedanken Sie sich für die Teilnahme an dem Gespräch!

7.3.2.2 Fragebogen

Johannes Gutenberg-Universität Mainz
 Forschungsgruppe „Schleswig-Holstein“
 Kleinmannweg 2
 55099 Mainz



Fragebogen zur Situation von Familien in Schleswig-Holstein (März / April 1998)

L L L

1. Welches Geschlecht haben Sie?

Männlich

Weiblich

2. In welchem Jahr sind Sie geboren? 19 ____ (Bitte Jahreszahl eintragen)

3. Welche Staatsangehörigkeit haben Sie?

Bei doppelter Staatsangehörigkeit kreuzen Sie bitte beide an.

deutsch

bosnisch-herzegowinisch

dänisch

griechisch

italienisch

jugoslawisch (Serbien und Montenegro)

polnisch

türkisch

andere Staatsangehörigkeit, und zwar (bitte eintragen):

staatenlos

4. Sind Sie:

- Aussiedler.....
- Arbeitnehmer aus den Anwerbeländern der früheren BRD („Gastarbeiter“),
Vertragsarbeitnehmer der ehemaligen DDR.....
- Asylbewerber.....
- Asylberechtigt.....
- Kriegs- oder Bürgerkriegsflüchtling.....
- Anderer Flüchtling.....
- Nichts davon.....

5. Welchen Familienstand haben Sie? Sind Sie:

- Ledig.....
- Verheiratet.....
- Geschieden.....
- Verwitwet.....

6. Mit welchen Personen leben Sie in einem Haushalt zusammen?

Bitte kreuzen Sie alle Personen an, mit denen Sie zusammen wohnen und leben. Dazu zählen auch Personen, die zur Zeit abwesend sind (z.B. auf der Arbeit, in den Ferien, im Krankenhaus), aber normalerweise bei Ihnen wohnen.

- Ehepartner(in).....
- Lebenspartner(in).....
- eigene Kinder (auch Adoptivkinder).....
- andere Kinder (z.B. Stief- und Pflegekinder).....
- eigene Eltern.....
- Schwiegereltern.....
- Geschwister.....
- andere Verwandte, und zwar (bitte eintragen):.....
- Freunde, Bekannte.....
- andere Personen, und zwar (bitte eintragen):.....

7. **Wie alt sind die Kinder, mit denen Sie zusammen leben?**
(Bitte geben Sie für jedes Kind das Alter in Jahren an)

8. **Wie viele Personen – Sie selbst eingeschlossen – leben ständig in Ihrem Haushalt?**

Personen _____ *(Bitte Anzahl eintragen)*

9. **Welche Einkommensarten tragen zu Ihrem Lebensunterhalt bei?**
(Bitte kreuzen Sie alle Einkommensarten an, die es in Ihrem Haushalt gibt.)

- Einkommen aus Berufstätigkeit
- Arbeitslosengeld
- Arbeitslosenhilfe
- Renten, Pensionen
- Aus- und Fortbildungsbeihilfen (z.B. Bafög,
Leistungen aus dem Arbeitsförderungsgesetz)
- Kindergeld
- Mutterschaftsgeld, Erziehungsgeld
- Wohngeld
- Sozialhilfe
- sonstige staatliche Hilfen (z.B. Leistungen an Asylbewerber)
- Aufnahme von Krediten
- Unterhaltszahlungen von (früheren) Partnern
- regelmäßige Zuwendungen von Verwandten oder Freunden
- Einnahmen aus Vermietung, Vermögen, Zinsen
- sonstige Einkünfte

10. **Wie hoch ist etwa das monatliche Einkommen, das Sie alle zusammen haben?**

Gemeint ist das gesamte Einkommen aller Personen, mit denen Sie zusammen leben, nach Abzug der Steuern und Sozialabgaben. Denken Sie bitte auch an Einnahmen wie Wohngeld, Kindergeld, Sozialhilfe, Arbeitslosengeld, Unterhaltszahlungen oder Renten.

(Bitte machen Sie nur ein Kreuz)

- unter 300 DM
- 300 bis unter 600 DM
- 600 bis unter 1.000 DM
- 1.000 bis unter 1.400 DM
- 1.400 bis unter 1.800 DM
- 1.800 bis unter 2.200 DM
- 2.200 bis unter 2.500 DM
- 2.500 bis unter 3.000 DM
- 3.000 bis unter 3.500 DM
- 3.500 bis unter 4.000 DM
- 4.000 bis unter 4.500 DM
- 4.500 bis unter 5.000 DM
- 5.000 bis unter 5.500 DM
- 5.500 bis unter 6.000 DM
- 6.000 bis unter 6.500 DM
- 6.500 bis unter 7.000 DM
- 7.000 bis unter 7.500 DM
- 7.500 DM und mehr

11. Wie wohnen Sie zur Zeit?*(Bitte machen Sie nur ein Kreuz)*

- Zur Untermiete
- Zur Miete in einer Genossenschaftswohnung
- Zur Miete in einer Wohnung des sozialen Wohnungsbaus
- Zur Miete in einer anderen Mietwohnung
- In einem gemieteten Haus oder Reihenhaus
- In einer Eigentumswohnung, die mir oder meiner Familie gehört
- Im eigenen Haus (oder einem Haus in Familienbesitz)
- In einer städtischen Notunterkunft (z.B. für Obdachlose)
- In einem Aussiedlerheim, einer Unterkunft für Aussiedler
- In einem Heim für Asylbewerber, Flüchtlinge
- In einem Frauenhaus, einem Frauenwohnheim
- Anders, und zwar *(bitte eintragen)*:
- Ohne Unterkunft, und zwar seit *(bitte eintragen)*:

Die nächsten Fragen betreffen Sie selbst und Ihren Partner / Ihre Partnerin. Wenn Sie zur Zeit ohne Partner(in) leben, antworten Sie bitte nur für sich selbst.

12. Welchen höchsten allgemeinen Schulabschluß haben Sie und Ihr Partner?

	Sie selbst	Partner(in)
Zur Zeit noch Schüler.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Abschluß einer Sonderschule.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Haupt- oder Volksschulabschluß.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Realschulabschluß (Mittlere Reife).....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Fachhochschulreife.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Hochschulreife (Abitur).....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Schule ohne Abschluß beendet.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Anderer Abschluß <i>(bitte eintragen)</i>	_____	_____

13. Welche berufliche Ausbildung haben Sie und Ihr Partner?*(Mehrere Kreuze sind möglich)*

	Sie selbst	Partner(in)
Noch in der Berufsausbildung, Weiterbildung, Student	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Anlerausbildung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Abgeschlossene Kaufmännische Lehre	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Abgeschlossene Gewerbliche Lehre	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beamtenausbildung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Berufsfachschule, Handelsschule	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Schule des Gesundheitswesens	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Fachschule (z.B. Meister-, Technikerschule)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Fachhochschulabschluß (auch Ingenieurschule)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Universität, Hochschule	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Kein Abschluß	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Anderer Abschluß <i>(bitte eintragen)</i>	_____	_____

14. Was von der folgenden Aufzählung trifft zur Zeit auf Sie und Ihren Partner zu?*(Mehrere Kreuze sind möglich)*

	Sie selbst	Partner(in)
voll berufstätig (mindestens 35 Stunden in der Woche)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
teilzeitberufstätig (18 bis 34 Stunden in der Woche)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
regelmäßig nebenher berufstätig (unter 18 Stunden die Woche)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
nur gelegentlich, „von Job zu Job“ berufstätig	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
arbeitslos	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
im Mutterschutz, im Erziehungsjahr	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
in Umschulung, Fortbildung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Schüler, in Berufsausbildung, Student	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Wehrpflichtiger, Zivildienstleistender	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Rentner, Pensionär	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
nicht berufstätig, Hausfrau, Hausmann	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Sonstiges <i>(bitte eintragen)</i>	_____	_____

15. Seit wann befinden Sie sich in dieser Situation?

Ich selbst seit _____ Monat 19 ____ Jahr

Partner(in) seit _____ Monat 19 ____ Jahr

16. Als was sind Sie berufstätig oder waren Sie berufstätig?

Bitte kreuzen Sie nur Ihre Haupttätigkeit an. Wenn Sie oder Ihr Partner zur Zeit nicht berufstätig sind, geben Sie bitte Ihre letzte Stellung an.

	Sie selbst	Partner(in)
noch nie berufstätig gewesen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
ungelernte oder angelernte Arbeiter	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Facharbeiter, Vorarbeiter, Meister	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
einfache Angestellte	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
mittlere Angestellte	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
leitende Angestellte	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beamte im einfachen und mittleren Dienst	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beamte im gehobenen und höheren Dienst	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Freie Berufe	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Selbständige ohne Beschäftigte	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Selbständige mit Beschäftigten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Landwirte	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Mithelfende Familienangehörige	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Praktikanten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Andere (Ausbildung, Wehrdienst, Zivildienst usw.)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

17. Und welchen Beruf üben Sie aus bzw. haben Sie zuletzt ausgeübt?

Bitte geben Sie die genaue Berufsbezeichnung an, z.B. „Bürokauffrau“ (nicht „Büroangestellte“) oder „Kraftfahrzeugmechaniker“ (nicht „Facharbeiter“).

Ihr Beruf _____

Der Beruf Ihres Partners/Ihrer Partnerin _____

18. Eine letzte Frage: Wenn Sie einmal an Ihre eigene Zukunft denken, wie wird es Ihrer Meinung nach weitergehen?

Es wird bleiben wie jetzt

Es wird eher aufwärts gehen

Es wird eher abwärts gehen

Herzlichen Dank für Ihre Mithilfe!

7.3.2.3 Interviewerbericht

Johannes Gutenberg-Universität Mainz
Forschungsgruppe „Schleswig-Holstein“
Kleinmannweg 2
55099 Mainz



Qualitative Befragung von Familien in Schleswig-Holstein (März / April 1998)

Interviewerbericht

Interview-Nummer:

Interviewer/in: _____

Datum des Interviews: _____

Uhrzeit: von _____ bis _____ Uhr

Stadt/Landkreis: _____

Dauer des Interviews: _____ Minuten

Anzahl der Kassetten: _____ (*beschriftet nicht vergessen!*)

1. Wer hat uns die Befragte / den Befragten (Person, Adresse) vermittelt?

2. Wie ist das Interview arrangiert worden? Gab es Probleme bei der Kontaktaufnahme und Terminvereinbarung?

3. Wo fand das Interview statt?

In der Wohnung des/der Befragten, und zwar:

im Wohnzimmer.....

in der Küche.....

in einem anderen Raum (welcher?): _____

An einem anderen Ort, und zwar: _____

4. Wie wurden Sie empfangen?

freundlich.....

familiär.....

unsicher.....

distanziert, zurückhaltend.....

mißtrauisch.....

ablehnend.....

anders, und zwar: _____

5. Wie lange dauerte der „small talk“ vor dem eigentlichen Interview? Wer ergriff die Initiative? Worüber haben Sie gesprochen?

10. **Wie würden Sie die Beziehung zwischen Ihnen und dem/der Befragten beschreiben? (z.B. Sympathien und Antipathien)**
-

11. **Haben Sie das Gespräch nach Abschalten des Tonbands fortgesetzt? Wer ergriff die Initiative? Worüber haben Sie gesprochen?**
-

12. **Haben Sie dem/der Befragten irgendwelche Zusicherungen gemacht? (z.B. Datenschutz, Zusendung des abgeschriebenen Interviews)**

Nein.....

Ja, und zwar: _____

13. **Wie ist Ihr persönlicher Eindruck von dem/der Befragten? (z.B. wirtschaftliche Lage, Familiensituation, Milieu, gesundheitlicher Zustand, Umgang mit der Armut)**
-

14. **Wie war der/die Befragte bekleidet? (z.B. Art der Kleidung, Preisniveau, Stil, gepflegt oder ungepflegt)**

15. **Wie sind die Wohnverhältnisse des/der Befragten? (z.B. Größe, Ausstattung, Nutzung, Einrichtung, Wohnumfeld)**

16. **Wie groß ist die Gemeinde, in der der/die Befragte lebt. Handelt es sich um:**

- Einzelgehöfte, einen Weiler (kleine Landgemeinde).....
- ein Dorf in ländlicher Umgebung.....
- ein Dorf in der Nähe einer Stadt.....
- eine Kleinstadt (bis 30.000 Einwohner).....
- eine mittelgroße Stadt (bis 100.000 Einwohner).....
- eine Großstadt (ab 100.000 Einwohner).....
- den Vorort einer Großstadt.....

17. **Ist Ihnen sonst noch etwas Wichtiges zur Interviewsituation oder zum Befragten aufgefallen?**
